

Tobias ten Brink

Chinas Kapitalismus

Entstehung, Verlauf, Paradoxien

campus

Schriften aus dem Max-Planck-Institut
für Gesellschaftsforschung

Chinas Kapitalismus

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



Tobias ten Brink, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt.

Tobias ten Brink

Chinas Kapitalismus

Entstehung, Verlauf, Paradoxien

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39880-8

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2013 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Gebäude des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln

Satz: Jeanette Störte, Berlin

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

Inhalt

Dank	9
Einleitung	13
Kapitel 1	
Forschungsstand und Forschungsrahmen	35
1.1 Einsichten, Defizite und Desiderate in der Chinaforschung	35
1.1.1 Vom Plan zum Markt: Diskurse der Transformationsforschung	37
1.1.2 Vermarktlichung und innovatives Unternehmertum	38
1.1.3 Die Debatte um die Anpassungs- und Steuerungsfähigkeit des Partei-Staates	39
1.1.4 China als sozialistische Marktwirtschaft und Hybridmodell	40
1.2 Zur Untersuchung Chinas in politökonomischer Perspektive	43
1.2.1 Spielarten des Kapitalismus und Spielarten der Kapitalismustheorie	44
1.2.2 Kapitalistisch dominierte Moderne(n)	47
1.2.3 Institutionen und historischer Wandel: Zur soziokulturellen Einbettung des Kapitalismus	58
1.2.4 Fünf Dimensionen des Kapitalismus	67
1.2.5 Zwischenfazit	78

Kapitel 2

Von Mao über Deng bis zur Hu/Wen-Ära: Entstehung und Verlauf der kapitalistischen Modernisierung in China	81
2.1 Proto-Kapitalismus: Zur Vorgeschichte der Deng'schen Wende	81
2.1.1 Exkurs: Die Revolution von 1949 und der Maoismus	85
2.1.2 Zwischen Kommandowirtschaft und Plan-Anarchie: Wesensmerkmale der chinesischen Ökonomie zwischen den 1930ern und den 1970ern	90
2.1.3 Die Krise nach der Krise: Der erschöpfte Maoismus in den 1970ern	101
2.1.4 Zwischenfazit	111
2.2 Die Entstehung des staatlich durchdrungenen Kapitalismus (I): Zwei Phasen der Reform	113
2.2.1 Reform des Agrarsektors, Marktexpansion und der Aufstieg der <i>township and village enterprises</i>	116
2.2.2 Zur Transformation der urbanen Zentren und industriellen Sektoren	120
2.2.3 Das politische System im Prozess der Marktexpansion: De- und Rezentralisierung	135
2.2.4 Umwandlung des Finanzsystems	151
2.2.5 Veränderungen im System der Arbeitsbeziehungen und der Sozialpolitik	163
2.2.6 Zwischenfazit	169
2.3 Die Entstehung des staatlich durchdrungenen Kapitalismus (II): Chinas Integration in den globalen Kapitalismus	174
2.3.1 Die Entstehung des Exportismus	175
2.3.2 Hongkong, Taiwan und die Überseechinesen	181
2.3.3 Die Rolle globaler Produktionsverbände und der Überakkumulation von Kapital im »Norden«	187
2.3.4 Zwischenfazit	191

Kapitel 3

Gegenwärtige Entwicklungslinien

des chinesischen Kapitalismus	193
3.1 Unternehmensorganisation und gesamtwirtschaftliche Dynamiken	193
3.1.1 Einheit in der Vielfalt? Heterogene Unternehmensformen und Produktionsregime	194
3.1.2 Die privat-öffentliche Organisation der chinesischen Wirtschaft	204
3.1.3 Der Unternehmenssektor als Stabilisator des Status quo: Erste Schlussfolgerungen	213
3.1.4 Paradoxien der Prosperität: Zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nach 2008	215
3.1.5 Zwischenfazit	238
3.2 Für und mit Märkte(n) planen: Der heterogene Parteistaat	240
3.2.1 Politische Steuerungskapazitäten des unternehmerischen Planstaates	243
3.2.2 Wie steuert der Staat? Zum Verhältnis lokaler Modellexperimente und zentraler Koordination	253
3.2.3 Das fortwährende Gewicht der KPCh	259
3.2.4 Grenzen der politischen Steuerung	268
3.2.5 Zwischenfazit	278
3.3 Grenzen des chinesischen Typus der Subordination? Der Wandel der industriellen Arbeitsbeziehungen	281
3.3.1 Strukturmerkmale des chinesischen Arbeitssystems	284
3.3.2 Die »vier Parteien« im System der Arbeitsbeziehungen	289
3.3.3 »Tripartismus mit vier Parteien«: Erste Schlussfolgerungen	298
3.3.4 Zwischen einem unvollständigen Korporatismus und eruptiven Sozialprotesten: Perspektiven der Arbeitsbeziehungen im chinesischen Kapitalismus	300
3.3.5 Zwischenfazit	309

Kapitel 4	
Fazit	311
4.1 Kapitalistische Entwicklung in China	311
4.2 Paradoxien des chinesischen Kapitalismus	323
4.3 Theoretische Implikationen für die Kapitalismus- und Chinaforschung	329
Abbildungen und Tabellen	339
Abkürzungen	341
Literatur	343

Dank

Die vorliegende Arbeit stellt die überarbeitete und gekürzte Fassung meiner im November 2012 vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt angenommenen Habilitationsschrift dar. Der Titel lautete: Kapitalistische Entwicklung in China. Entstehungskontexte, Verlaufsformen und Paradoxien eines eigentümlichen Modernisierungsprozesses.

Bei den hierfür notwendigen Untersuchungen und Überlegungen haben mich eine Reihe von Personen und Institutionen unterstützt. Mein erster Dank gilt den Gutachtern der Arbeit, Andreas Nölke, Heike Holbig und Wolfgang Streeck. Stipendien der Thyssen-Stiftung und des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung (MPIfG) sowie schließlich eine Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG ermöglichten mir eine aussichtsreiche Durchführung des Vorhabens. Die intellektuell äußerst lehrreiche Arbeit an diesem Institut und dessen ausgezeichnete Infrastruktur bildeten eine denkbar günstige Grundlage auch und gerade für die Niederschrift der Habilitation. Danken möchte ich daher den beiden Direktoren, Jens Beckert und Wolfgang Streeck, genauso wie Martin Höpner, mit dem ich eng kooperierte, sowie allen weiteren Mitarbeitern des MPIfG. Zu Dank verpflichtet bin ich ferner Axel Honneth und den Kollegen des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt, an dem ich Teile der Untersuchung durchführte. Hier lieferten mir zudem die Pionierarbeiten von Boy Lüthje auf dem Feld der Arbeitsbeziehungen Chinas einen wichtigen Impuls. Darüber hinaus hatte ich in Ulrich Rödel einmal mehr einen äußerst kompetenten Ratgeber und gründlichen Kritiker.

Für überaus wichtige und anregende Gespräche, für ihre Hilfsbereitschaft und kritischen Kommentare danke ich des Weiteren Iwo Amelung, Johann P. Arnason, Hauke Brunkhorst, Sonja Buckel, Florian Butollo, Anita Chan, Cho Hyekyung, Christoph Deutschmann, Kai Enzweiler, Laura Gruss, Julian Guin, He Gaochao, Peter Hall, Annika Hennl, Martin Höpner, Christoph Hoffmeier, Bob Jessop, Jia Wenjuan, Roy Karadag, Lee Chun-Yi, Boy Lüthje, Luo Siqi, Chris McNally, Daniel Mertens, Guido Möllering, Sascha Münnich, Andreas

Nölke, Thomas Paster, Geny Piotti, Susanne Rühle, Thomas Sablowski, Armin Schäfer, Stefan Schmalz, Alexander Schröder, Sum Ngai-Ling, Kathleen Thelen und René Trappel. In Thomas Pott hatte ich einen sehr hilfsbereiten und sensiblen Lektor.

Gewidmet ist dieses Buch meiner lieben Dražena.

Frankfurt, im April 2013

Tobias ten Brink

Verwaltungsgliederung der Volksrepublik China



Grafik: Max-Planck-Gesellschaft.

Einleitung

Das chinesische Wirtschaftswachstum seit Ende der 1970er-Jahre stellt mittlerweile jeden anderen langen Aufschwung in der Geschichte der Moderne in den Schatten. Während die größten OECD-Ökonomien noch immer mit den Folgen der schärfsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg kämpfen, schickt sich die Volksrepublik an, mit vergleichsweise gewaltigen Wachstumsraten darauf hinzuwirken, nicht mehr nur als »Werkstatt der Welt« zu fungieren, sondern selbst die Rolle eines Innovationsmotors zu übernehmen.

Freilich existiert jenseits dieser Entwicklungen auch ein anderes China, das noch immer mit sozialen Problemen zu kämpfen hat, die denen anderer Entwicklungs- beziehungsweise Schwellenländer vergleichbar sind. Dennoch stellt China nach Kriterien der ökonomischen Effizienzsteigerung den weltweit erfolg- und folgenreichsten Fall einer nachholenden Entwicklung dar. Selbst erfahrene Wachstumsforscher oder Industriesoziologen sind von den Ausmaßen der industriellen Expansion in einigen Gebieten des Landes überrascht, etwa im Pearl-River- oder im Yangtse-River-Delta. In den letzten dreißig Jahren sind hier die größten Industriezonen der Weltgeschichte errichtet worden. Was westliche Beobachter dabei häufig mehr als alles andere erstaunt, ist die Tatsache, dass sich die Entwicklung zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Erde in einem Land vollzog, das von einem autoritären Parteistaat dominiert wird, in dem die Herrschaft der »Kommunistischen Partei Chinas« (KPCh) noch immer uneingeschränkt gilt.

Die Renaissance des Reichs der Mitte hat ein großes Interesse an China angestoßen und viele Fragen aufgeworfen: Was für ein gesellschaftliches Gebilde ist im Zuge des chinesischen Reformprozesses entstanden, der mittlerweile die maoistische Ära (1949–1978) zeitlich um einige Jahre übertrifft? Welche Antriebskräfte haben die Entwicklung befördert? Welche paradoxalen Folgen zeitigt dieses »Wirtschaftswunder«? Unterschiedlichste Positionen, die zum Teil durch Argwohn gegenüber einem aufstrebenden China gekennzeichnet sind, bis hin zu einer »Sinomania« (Anderson 2010a), werden in der neuen China-Debatte vertreten. Die gegenwärtige Begeisterung über die wirtschaftliche Dynamik des Landes, obgleich zeitweise durch Berichte über die politische Repression in

der Volksrepublik relativiert, erinnert dabei an das 17. und 18. Jahrhundert, als Denker wie Leibniz, Voltaire oder Quesnay beeindruckt über den Wohlstand des imperialen China schrieben und ihm eine gegenüber Europa fortgeschrittenere Zivilisationsstufe beimaßen. Selbst die etwas skeptischeren Zeitgenossen wie Montesquieu oder Adam Smith bewunderten die Herrschaftsordnung und den Reichtum des Landes. Nachdem dann im 19. Jahrhundert und der Kolonialisierung von Teilen des Landes drastische Einstellungsveränderungen gegenüber China auftraten, in denen die militärische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Rückständigkeit des zerfallenden Reiches in den Vordergrund rückten – Antipathien, die im 20. Jahrhundert und schließlich mit der Machteroberung der Maoisten eskalierten –, erscheint heute eine von Befürchtungen durchdrungene Bewunderung die Oberhand zu gewinnen.

Problemstellung und Erkenntnisinteresse

Die chinesische Gegenwart erinnert in Vielem an kapitalistische Entwicklungsprozesse. In den emissionsgesättigten Großstädten des Landes besteht vor dem Hintergrund sich rasant auftürmender »Warenansammlungen« (Marx) ein hektisches Klima des Kaufens und Verkaufens. Ein rastloser Expansionismus und Erfindergeist verbindet sich mit einer nationalen Euphorie, in der alles möglich scheint. Die Durchsetzung einer neuen Wirtschaftsethik hat das »Erwerbsprinzip« (Sombart) und den Wettbewerb zu quasi unhinterfragten und irreversiblen wirtschaftlichen Leitbildern gemacht.

Eigentlich müsste die beispiellose wirtschaftliche Dynamik jedoch jeden Verteidiger des freien Markts verstummen lassen: Die Wirtschaft ist nämlich durch eine hohe staatliche Interventionsdichte gekennzeichnet, im Unterschied zu den Transformationsländern des Ostblocks wurde auf vorschnelle Liberalisierungen verzichtet und eine lange Zeit herrschten keine klar definierten privaten Eigentumsrechte. Auch das fortwährende Erbe einer bürokratischen Kommandowirtschaft und der herrschenden Partei sind ohne Zweifel erklärungsbedürftig.

Zur Analyse des chinesischen »Transformationsprozesses« ist eine reichhaltige wie kontroverse Literatur entstanden. In ihr lassen sich zentrale Problemstellungen identifizieren, die bislang nicht hinreichend analysiert wurden oder umstritten blieben:

- *Erstens* existiert keine plausible Antwort auf die Frage, wodurch das sozio-ökonomische System der Volksrepublik vorrangig gekennzeichnet ist;

- *zweitens* ist die Frage nach den wesentlichen Triebkräften und Dynamiken der Entstehung des neuen Entwicklungstyps und des folgenden schnellen Wachstums strittig;
- *drittens* bestehen hinsichtlich der Fragestellung nach den für den Wachstumsprozess charakteristischen Widersprüchen Differenzen.

Zur Beantwortung dieser Fragen stehen eine Reihe avancierter Einsichten und Konzepte bereit. Wie weiter unten erläutert, erwarte ich von einer Verknüpfung dieser zu einem Forschungsrahmen, der im Unterschied zu markt- beziehungsweise unternehmenszentrierten Ansätzen als *erweiterte Kapitalismusanalyse* bezeichnet werden kann, einen Beitrag dazu zu leisten, wesentliche Merkmale und Entwicklungsdynamiken der politischen Ökonomie Chinas, ihrer historischen Verlaufsformen und paradoxalen Entwicklungslinien verständlich zu machen.

Ich grenze mich dabei von folgenden, hier idealtypisch überspitzten Argumentationsmustern ab: In einer Reihe journalistischer, aber auch wissenschaftlicher Abhandlungen werden marktwirtschaftliche Formen in der chinesischen Wirtschaft mit einer »kommunistischen« Politik kontrastiert. Einerseits prägen ein neues Unternehmertum und die wirtschaftliche Entwicklung den sozialen Wandel. Andererseits übt der Parteistaat – der häufig noch immer, entgegen wissenschaftlichen Erkenntnissen der Chinaforschung, als monolithischer Einheitsstaat behandelt wird, in dem die Fäden im Zentralkomitee der KPCh zusammenlaufen – einen fortwährenden Einfluss auf diesen Wandel aus. Das politische System Chinas wird dieser Argumentation zufolge als inkompatibel mit den Anforderungen eines Marktsystems betrachtet. Wie kann dieses irritierende Nebeneinander theoretisch gefasst werden? Ist der chinesische Modernisierungsprozess überhaupt vergleichbar mit den »westlichen« Wegen der Modernisierung?

Ein anderes Argumentationsmuster rekuriert dagegen auf differierende zivilisatorische Wurzeln des Landes, die es gestatteten, das in den Augen westlicher Beobachter eigenartige Nebeneinander von Markt und Parteistaat gewissermaßen produktiv zu kombinieren. Wie kritische Chinaforscher feststellen, lässt sich mit dieser kulturorientierten, auf chinesische Traditionen enggeführten »China-ist-China«-Perspektive eine vergleichende sozialwissenschaftliche Perspektive jedoch streng genommen nicht vereinbaren (Kennedy 2011a). Auch eine im medialen Diskurs heimische postmoderne Perspektive verbietet eigentlich den Versuch, historisch zu vergleichen oder theoretisch zu verallgemeinern: In dieser Perspektive wird die Zeitgeschichte Chinas als chaotisch-kontingentes Geschehen nacherzählt und jegliche geschichtliche Gesetzmäßigkeit in Abrede gestellt. Es erscheint konsequenterweise als ein intellektueller Irrwitz, kohärente Aussagen über eine inkohärente Wirklichkeit machen zu wollen, in der die wesentliche Konstante der Wandel ist.

Darüber hinaus haben sich allerdings in der Chinaforschung und den an China interessierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften diverse Positionen herausgebildet, die die Transformationsprozesse weitaus überzeugender und über die bloße anekdotische Evidenz hinausgehend analysieren. Auf diese Ansätze wird im weiteren Verlauf der Arbeit noch vielfach zurückzukommen sein.

Bei der Erklärung, um was für eine gesellschaftliche Formation es sich in der VR China gegenwärtig handelt, gehen aber die Meinungen auch in den avancierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie der traditionellen Chinaforschung auseinander. Einer der renommiertesten Ökonomen der Gegenwart, Douglass C. North, merkt an: »Yet none of the standard models of economic and political theory can explain China« (North 2005). Von renommierten Chinaforschern wird kritisiert, dass es an Anstrengungen mangelt, die chinesische Entwicklung, ihre Dynamiken und Paradoxien, theoretisch zu verallgemeinern. Der Politologe David Shambaugh, ehemaliger Herausgeber der »China Quarterly«, der wohl bedeutendsten wissenschaftlichen Zeitschrift im Feld, benennt dieses Problem als

pervasive myopia and failure to generalize about »China.« The field is, in my view, far too micro-oriented in its foci [...]. China scholars today know »more and more about less and less« and see research methodologies as an end in itself rather than as a means to generate broader observations. [...] the result has been an unfortunate losing of the forest for the trees. Having deconstructed China over the past two decades in such considerable detail, scholars should begin to put the pieces of China back together again and offer generalizations about »China« writ large. (Shambaugh 2009a: 916)

In vielerlei Hinsicht werden in der Chinaforschung etwa Faktoren benannt, die das wirtschaftliche Wachstum verursacht haben, nur um von einer Reihe anderer Argumentationen mit guten Gründen wieder relativiert zu werden. Das mag an der Größe und Heterogenität dieses Landes mit kontinentalen Ausmaßen liegen, möglicherweise aber auch an einer Hypostasierung einzelner empirischer Einsichten, wie die Wirtschaftssoziologen Fligstein und Zhang argumentieren:

Given there is some empirical support for all these positions, this implies that the empirical work is probably based on a non-random or narrow sample. [...] this reflects the limits of empirical study and the lack of systematic, overarching theoretical thinking about what is happening. (Fligstein/Zhang 2011: 41)

In der jüngsten Vergangenheit sind in diesem Zusammenhang erstmals vielversprechende politökonomische Analyseperspektiven in der Chinaforschung angewandt worden – wenn auch noch kaum systematisch. Der Herausforderung einer systematischen Untersuchung der Entwicklungsdynamiken Chinas mithilfe eines politökonomischen Scheinwerfers stellt sich die vorliegende Untersuchung. Zwar taucht der Kapitalismusbegriff in neueren Chinastudien auf,

er wird jedoch nicht genauer konzeptualisiert. Wenn dies doch der Fall ist, wird »Kapitalismus« wiederholt auf »Marktwirtschaft« reduziert oder für das Verhalten einzelner sozialer Gruppen vorbehalten – der Netzwerke der Überseechinesen, anderer ausländischer Investoren oder der neuen festlandchinesischen Privatunternehmer. Wie aber sind etwa die staatseigenen Unternehmen und überhaupt die politischen Institutionen des Parteistaates zu fassen? Hat sich in China eine »hybride«, kapitalistisch-sozialistische Zwischenform entwickelt? Muss die Wirtschaft in kapitalistische Privatsektoren und quasisozialistische Staatssektoren unterteilt werden, weil dem öffentlichen Eigentum eine nicht-kapitalistische Eigenschaft innewohnt? Wie unterscheidet sich die chinesische Sozialordnung von anderen Spielarten des Kapitalismus und nachholenden Entwicklungsprozessen? Welche Vorteile genoss sie im Vergleich zu anderen Schwellenländern?

Um diese und die hiermit verbundenen, eingangs erwähnten Fragen zu klären, stelle ich im Folgenden einen gangbaren Weg vor, der sich an einer erweiterten Konzeption der globalkapitalistischen Entwicklung orientiert, die zugleich Restriktionen in der Kapitalismusforschung selbst überwinden möchte. Zuerst wird hierfür der Forschungsstand und der Forschungsbedarf diskutiert.

Forschungsstand und Forschungsbedarf

Um die Fragen nach den wesentlichen Merkmalen der neuen chinesischen Ökonomie, ihren sozioökonomischen Verlaufsformen und Paradoxien in Ansätzen beantworten zu können, kombiniere ich eine Reihe theoretischer Einsichten zu einem flexiblen Analyseinstrumentarium. Um den Problemstellungen gerecht zu werden, knüpfe ich hierfür an ein Bündel empirischer Wissensbestände und innovativer theoretischer Instrumentarien an, die bislang kaum miteinander in Beziehung gesetzt und interdisziplinär verkoppelt wurden.

(1) Einen zentralen Stellenwert besitzt die *sozialwissenschaftliche Chinaforschung*. Ein beträchtliches Spektrum wissenschaftlicher Literatur, besonders im englischen Sprachraum, zu der chinesische Wissenschaftler beigetragen haben, liefert fundierte Analysen. In einschlägigen Forschungsarbeiten werden unterschiedliche Dimensionen des chinesischen Modells beschrieben.¹ An der Schnittstelle zwi-

1 Zur Transformation des Wirtschaftssystems, der Unternehmensorganisation und des Finanzsystems vergleiche exemplarisch: Naughton (2007), Nee (2005), Nolan (2004), Wu (2005), Zweig (2002); zu Parteistaat und politischem System: Brodsgaard/Zheng (2004), Fewsmith (2008),

schen den Gesellschafts-, den Wirtschaftswissenschaften und der Sinologie haben in den letzten Jahrzehnten auch in Deutschland eine Reihe von Wissenschaftlern² wichtige Arbeiten vorgelegt.³

(2) Einen weiteren, bislang noch wenig mit der Chinaforschung verbundenen Strang von theoretischen Analysestrategien stellt die *Vergleichende Politische Ökonomie* (VPÖ) dar. Während die vergleichende politökonomische Untersuchung westlicher Industriegesellschaften insbesondere unter Politikwissenschaftlern, aber auch Wirtschaftssoziologen, inzwischen einen kanonischen Status erreicht hat, ist es erst in jüngerer Zeit zur Anwendung der VPÖ-Ansätze auf Länder außerhalb der OECD gekommen. Eine Anwendung auf China ist bislang kaum geleistet worden (vgl. folgende Ausnahmen: Ahrens/Jünemann 2006; Chu 2010; McNally 2007a; Wilson 2007a). Als besonders interessant stellen sich dabei Überlegungen heraus, die über eine Unternehmenszentrierung hinausgehen.⁴ Diese Theorien greifen auf Erkenntnisse zurück, in denen historische Prozesse der Markterweiterung in ihrer institutionellen Einbettung begriffen und ökonomische Prozesse immer auch in ihrem Verhältnis zum Staat und anderen nichtökonomischen Institutionen gefasst werden. Als Ausgangspunkt für die Differenzierung verschiedener Spielarten des Kapitalismus gilt zudem die Realität raum-zeitlicher Ungleichheiten in den regionalen Subsystemen der globalen Ökonomie. Die Annahme diverser Variationen des Kapitalismus, die auch und gerade in ihrem Verhältnis zu staatlichen Einrichtungen ihre charakteristischen Züge ausbilden, ist eine wesentliche Grundlage der vorliegenden Untersuchung.

Darüber hinaus ermöglicht der politökonomische Zugang einen Blick auf die kombinierte und ungleiche, krisenhafte Dynamik in Volkswirtschaften und auf die sozialstrukturellen Konflikte in modernen Gesellschaften, die sich in Spannungen zwischen der Marktexpansion und der sozialen Integration ausdrücken (vgl. Brenner 2006; Deutschmann 2009a; Dörre/Lessenich/Rosa 2009; Streeck 2010a, b). Die Annahme einer instabilen Dynamik der kapitalistischen Sozialordnung steht in diesem Forschungsvorhaben im Vordergrund. Da in der Chinaforschung eine derartige Analyseperspektive vernachlässigt wird – in ei-

Goldman/MacFarquhar (1999a), Lam (2006), Lieberthal (1995), Saich (2004), Shambaugh (2009b), Yang (2004), Zheng (2007); zu den Arbeitsbeziehungen: Chan (1993), Lee (2007).

2 Bezeichnungen wie Wissenschaftler, Unternehmer, Parteikader, Arbeiter usw. sind im Folgenden als Funktionsbezeichnungen zu verstehen, die stets beide Geschlechter umfassen.

3 Vergleiche exemplarisch: Chang/Lüthje/Luo (2008), Heberer/Schubert (2009), Heilmann (2004), Holbig/Reichenbach (2005), Schubert (2001a).

4 Vergleiche zur vergleichenden Kapitalismusforschung exemplarisch: Amable (2003), Coates (2000, 2005), Streeck (2009); in regulationstheoretischer Perspektive: Hollingsworth/Boyer (1997), Jessop/Sum (2006); zur Wirtschaftssoziologie: Beckert/Diaz-Bone/Ganßmann (2007), Fligstein (2001), Swedberg (2005).

nem Land, dem regelmäßig eine sehr rasche Veränderungsdynamik attestiert wird –, füllt sie insofern eine Lücke. Entgegen der gegenwärtig um sich greifenden »Sinomania«, in der BIP-Wachstumsraten voreilig extrapoliert werden (Holz 2008; Jacques 2009), möchte ich die spezifischen Destabilisierungsdynamiken der chinesischen Entwicklungsweise untersuchen.

(3) Zugleich liegen instruktive *politikwissenschaftliche Instrumentarien* zur Untersuchung des *graduellen institutionellen Wandels* vor – verstanden als sozioökonomischer und politischer Wandel unterhalb der Schwelle des Systemwandels (vgl. Mahoney/Thelen 2010; Streeck/Thelen 2005) –, die erst in Ausnahmefällen auf den chinesischen Transformationsprozess übertragen wurden (vgl. Tsai 2007; Young 2011). Das gilt in ähnlichem Maße für den einschlägigen Forschungsstand zur *Transformation des Staates* im Zeitalter der Globalisierung, das Konzept des *Mehrebenensystems*, Untersuchungen zur *lokalen Staatlichkeit* und weiteren *nicht-ökonomischen* Institutionen (Benz 2009; Brand 2006; Brenner 2004; Block 1994; Jessop 2007; Leibfried/Zürn 2006; Mackert 2006; Thompson et al. 1991). Darüber hinaus liegt eine Literatur zur *Transformationsforschung* in ehemals »realsozialistischen« Ländern vor (Eyal/Szelényi/Townsley 2000; King/Szelényi 2005; Lane/Myant 2007) sowie zur Untersuchung der Industrialisierungsprozesse in den *Entwicklungsstaaten* Ostasiens, die auf Gemeinsamkeiten und markante Unterschiede der »asiatischen« Kapitalismen hinweist (vgl. Deyo 1993; Evans 1995; Hamilton/Biggart 1997; Pohlmann 2002; Wade 1990).

(4) In der Disziplin der *Internationalen Politischen Ökonomie* (IPÖ) können Ansätze aufgegriffen werden, in denen es um den Aufstieg Chinas im Rahmen der Umstrukturierungen der Weltwirtschaft und überregionaler beziehungsweise transnationaler Institutionen, Regulierungs- und Hegemonialstrukturen geht. Der Aufstieg Chinas kann nicht ohne Bezug auf die Integration des Landes in den übergreifenden Makroprozess des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts schlechthin, die liberale Globalisierung, erklärt werden.⁵ Eine global ausgerichtete Analyseperspektive rekurriert dabei unter anderem auf die herausragende Bedeutung spezifischer Akteure und Prozesse, die jenseits und/oder nicht nur innerhalb des chinesischen Hoheitsgebietes agieren beziehungsweise ablaufen und maßgeblichen Einfluss auf die Dynamik und das Gepräge der politischen Ökonomie Chinas genommen haben. Weder in einer liberalen Erfolgsgeschichte der innerchinesischen Vermarktlichung (vgl. Hung 2008) noch in Ansätzen unternehmenszentrierter Provenienz oder in staatszentrierten Betrachtungs-

⁵ Vergleiche Arrighi et al. (2003), Beeson (2009), Breslin (2007a), Bunker/Ciccantell (2007), Hung (2009a), ten Brink (2008, 2011b), van der Pijl (2006), Zweig/Chen (2007).

weisen (vgl. Yang 2004) wird den besonderen Bedingungen der ostasiatischen Wachstumsregion und einer Phase fortgeschrittener Transnationalisierung der Weltwirtschaft ein gebührender Platz eingeräumt.

(5) Darüber hinaus stellen Theorien der *Historischen Soziologie* in der Debatte um die »multiplen Modernen« wichtige Einsichten bereit, die wiederum bislang in der VPÖ beziehungsweise IPÖ keine hinreichende Berücksichtigung fanden. Um den Aspekt der Kontinuität *im* Wandel Chinas zu verstehen, die Verbindung von pfadabhängigen und pfadgestaltenden Prozessen, muss der Aspekt der Überformung von aus dem Westen adaptierten Momenten der Modernisierung durch soziokulturelle und normative Traditionsbestände beachtet werden (vgl. Arnason 2003a, 2003b, 2005, 2008; Eisenstadt 2006; Knöbl 2007; Pomeranz 2000; Schwinn 2009). Die »anpassungsfähigen« Institutionen Chinas sind erst vor dem Hintergrund ihrer längerfristigen historischen Entwicklung hinreichend zu erfassen (vgl. Gates 1996; Hamilton 2006a).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ein reichhaltiger Korpus von Forschungsliteratur zum Thema vorliegt. Als wesentliches Forschungs*desiderat* resultiert die Aufgabe der Bewältigung einer unzureichenden Verknüpfung zwischen den unterschiedlichen Forschungsstraditionen und Disziplinen im Sinne einer Synthetisierung von theoretischen wie empirischen Erkenntnissen.⁶ Im Zentrum meines Interesses steht dabei der Versuch, die eingangs entwickelten Fragestellungen innerhalb eines Forschungsrahmens zusammenzuführen, der die inkohärente Wirklichkeit Chinas in einen kohärenten Zusammenhang einzuordnen hilft. Des Weiteren ist mir an einer Bereicherung der kritischen vergleichenden und internationalen Politischen Ökonomie gelegen, die vom »Sonderfall« China profitieren kann.

Hierfür muss das Vorhaben die Schranken des eigenen Fachs überschreiten und im Grenzgebiet verschiedener Disziplinen vernachlässigte Einsichten zutage fördern: Die Chinaforschung beispielsweise liefert nicht allein interessante Daten, die in einen bereits vorgegebenen (politökonomischen) Rahmen nur noch einzuordnen wären. Einige ihrer Forschungsstrategien und theoretischen Instrumentarien sind selbst als überaus innovativ einzustufen und daher in einen erweiterten politökonomischen Forschungsrahmen zu integrieren. Weil

⁶ Ich bin mir darüber im Klaren, dass die hier eingeführten Erkenntnisse teilweise aus recht unterschiedlichen theoretischen Traditionen stammen und deshalb nicht willkürlich miteinander kombiniert werden können. Im Forschungsrahmen unterscheide ich aus diesem Grund *theoretische Annahmen* von *heuristischen Instrumentarien* und *Konzepten*, die ich bestimmten Theorien entlehne, ohne damit zugleich umstandslos deren weiterreichende theoretische Perspektiven zu übernehmen.

die Annahme, dass noch keine »marxistisch-leninistische« Partei einen erfolgreichen Übergang in ein hochtechnologisches Produktionsmodell organisieren konnte, von der Reformpolitik der KPCh genauso widerlegt wird wie die Zweifel daran, dass eine bürokratische Herrschaftsorganisation ihre eigentümlichen Beharrungstendenzen nicht überwinden könnte, beziehen Chinastudien etwa die politisch-institutionellen Kontexte in einer umfassenden Weise ein, die in Kapitalismusanalysen häufig nicht hinreichend bedacht werden.

Globalkapitalistische Triebkräfte und divergierende nationale *outcomes*: Theoretischer Zugang und methodisches Vorgehen

Da ich nicht umstandslos auf ein bereits bestehendes Forschungsprogramm zurückgreifen kann, sind einige allgemeine Überlegungen an dieser Stelle unerlässlich. Sie werden im Folgenden umrissen. In Kapitel 1 erweitere ich diese zu einem Forschungsrahmen, um – im Anschluss an die historische Rekonstruktion des Reformprozesses in Kapitel 2 und der Untersuchung gegenwärtiger Entwicklungslinien in Kapitel 3 – im Fazit nach dessen Validität zu fragen und Lücken beziehungsweise Potenziale künftiger Forschungen zu identifizieren.

Der allgemeine Ausgangspunkt meiner Untersuchung kapitalistischer Entwicklungen sind die drei Akteure, die die historische Entwicklung in modernen Gesellschaften maßgeblich geprägt haben: Unternehmen, staatliche Akteure und die (häufig forschungsstrategisch vernachlässigte) Arbeiterschaft.

The comparative capitalism literature causes us to focus on three main actors in society: the government, firms, and workers. It may not tell us what that relationship will be, but it does argue that all economic development projects have produced stable institutions built around those relationships. (Fligstein/Zhang 2011: 50)⁷

Über markt- beziehungsweise unternehmenszentrierte Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung hinaus gilt es demzufolge, die sozialen Verhältnisse zwischen diesen (in sich inhomogenen und durch wandelnde normative Orientierungen gekennzeichneten) Akteurgruppen, ihre Anordnung und Beziehungen zu anderen sozialen Gruppen sowie ihre historische Evolution zu untersuchen. Es wird nach den institutionellen Ausgestaltungen beziehungsweise Konkurrenz- und Kooperationsbeziehungen gefragt, die aus dem Zusammenhang der drei Akteure resultieren. Das je konkret zu bestimmende Wechselspiel zwischen

⁷ Der Begriff Arbeiterschaft wird im Folgenden in einem weiten Sinne benutzt und umfasst lohnabhängig Beschäftigte in Agrar-, Industrie- und Dienstleistungssektoren.

Unternehmen, staatlichen Akteuren und den »subordinierten« Gruppen hat unterschiedliche Formen des Marktverkehrs, der politischen Steuerung und andere Koordinationsweisen sozialer Akteure – zum Beispiel in der Arbeitswelt – zur Folge. Verbunden sind hiermit desgleichen Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Leitbilder und Normen.

Zugleich finden diese Wechselbeziehungen immer in gewissermaßen vorgeprägten, vorgefundenen Arenen des Sozialen statt, in sozialen Verhältnissen also, die sich gegenüber dem bewussten Handeln und Wollen der Akteure selbstständig haben und die sowohl Wahrnehmungen als auch Handlungen beeinflussen. Dieses zwar von historischen Akteuren geschaffene, jedoch sich selbstständigende gesellschaftliche Gefüge befördert institutionalisierte Handlungszwänge und zugleich unterschiedlich verteilte Handlungsoptionen. Meine Annahme lautet, dass dieses »Struktur-/Handlungs-Geflecht« besonders in den letzten Jahrzehnten mehr als alles andere durch die Triebkräfte der globalen kapitalistischen Entwicklung präformiert (wenn auch nicht determiniert) wurde. Ein Bindeglied zwischen den im vorherigen Abschnitt eingeführten Wissensbeständen ist die These, dass die *Triebkräfte* und *Grundkomponenten des Kapitalismus* – unter anderem ein maß- und endloser Akkumulations- und Profitmaximierungsimperativ, die Konkurrenz, eine strukturelle Anfälligkeit für soziale Spannungen und Krisen, das Angewiesensein auf nichtökonomische Institutionen wie den Staat – als übergreifendes Moment in modernen Gesellschaften begriffen werden müssen.

Gegenüber weitreichenden historischen Kontingenzannahmen vertrete ich *erstens* die Annahme, dass der Kapitalismus als eine umfassende soziale Ordnung in den letzten hundert Jahren die vielfältigen Wege in die Moderne auf unterschiedlichen Kontinenten nachhaltig strukturierte – auch den chinesischen Weg in die Moderne, selbst in der Phase des Maoismus. Es existieren dabei Grundbestandteile des Kapitalismus, die die Abgrenzung einer Vielfalt von Kapitalismen überhaupt erst ermöglicht. Letztere sind im Rahmen einer globalkapitalistischen Entwicklung als differierende Ausprägungen gemeinsamer Grundmuster zu verstehen, die eine Vervielfältigung besonders entlang der historischen Wechselbeziehungen der drei erwähnten Akteurgruppen zulassen. Zugleich nehmen die übergreifenden Triebkräfte in unterschiedlichen historischen *Phasen* des Kapitalismus eine spezifische Form an – etwa in der global wirksamen Periode des Staatsinterventionismus ab den 1930ern oder der Liberalisierungsphase ab den 1970ern.

Weil, *zweitens*, die globalen Triebkräfte der kapitalistischen Entwicklung zugleich auf unterschiedlichste historische Entwicklungspfade treffen, trage ich der Rolle nichtökonomischer Institutionen und Traditionen bei der Bildung unterschiedlicher Variationen des Kapitalismus Rechnung – die Chinaforschung

stellt dabei beispielsweise neben älteren konfuzianischen Traditionen und engen, interpersonalen Handelsnetzwerken (*guanxi*⁸) den »Sino-Marxismus« heraus; ergänzt werden könnte dies um die noch weiter zurückreichende Traditionen eines starken Staates. Zwar werden historische beziehungsweise soziokulturelle Traditionen durch kapitalistische Modernisierungsprozesse überformt, was die bereits benannte »China-ist-China«-Argumentation infrage stellt. Doch setzen sich die weltwirtschaftlichen Prozesse ungleichmäßig durch, da verschiedene lokale, nationale und überregionale Räume unterschiedliche Voraussetzungen für die Etablierung kapitalistischer Sozialordnungen bieten. Diese Eigentümlichkeiten bringen differierende Formen der Koordination wirtschaftlicher, politischer und sozialer Prozesse hervor und verleihen einer politischen Ökonomie ihr spezifisches, sich historisch entwickelndes Gesicht.

Insgesamt vertrete ich also *zunächst* eine geradezu konvergenztheoretische Position: Nationale beziehungsweise regionale kapitalistische Entwicklungsprozesse können sinnvollerweise nicht komparativ-statisch untersucht werden, sondern eher als Facetten einer globalkapitalistischen Vergesellschaftung, das heißt unter Bezug auf diverse Triebkräfte beziehungsweise Grundkomponenten, die der kapitalistischen Entwicklung universell eigen sind.

In einem *zweiten Schritt* wird diese Annahme allerdings relativiert, weil die übergreifenden Triebkräfte des Kapitalismus keine identischen *outcomes* zeitigen, die Auseinandersetzungen der wichtigsten sozialen Akteurguppen zu unterschiedlichen Koordinationsformen führen, letztere auf völlig unterschiedlichen sozioökonomischen Voraussetzungen beruhen, eine je spezifische Stellung im Weltsystem besitzen usw. Um *Gemeinsamkeiten und Unterschiede* beziehungsweise allgemeine Triebkräfte und differierende Resultate der kapitalistischen Entwicklung beschreiben zu können, wird auf das Konzept eines *international variegated capitalist world system* (Jessop 2009; Streeck 2010a) zurückgegriffen, und es wird ein historischer Institutionenbegriff in den Untersuchungsrahmen integriert, der jenseits von Strukturalismus und Intentionalismus die Handlungsebene berücksichtigt. Im Sinne meiner Problemstellung untersuche ich dabei nicht allein die nationale Volkswirtschaft Chinas, sondern auch ihre Einbettung in weitere ostasiatische und weltwirtschaftliche Räume.

In einem *dritten Schritt* lässt sich daraufhin – vor dem Hintergrund von Defiziten und Desideraten sowohl der vergleichenden Kapitalismusanalyse als auch der Chinaforschung – eine Analyse kapitalistischer Sozialbeziehungen in China weiter ausbuchstabieren: Dazu gehört der bereits erwähnte inter- beziehungsweise transnationale Analysefokus und die These einer Unvereinbarkeit der hier

8 An einigen relevanten Stellen verwende ich in dieser Arbeit für chinesische Begriffe die Pinyin-Umschrift.

vorgetragenen Forschungsperspektive mit kulturalistischen Argumentationsfiguren, die von einer historischen Kontinuität Chinas ausgehen, in der »die Einheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zur zweiten Natur geworden ist« (Weggel 1997: 122). Zusätzlich wird auf weitere Instrumentarien der VPÖ und Konzepte etwa der positiven beziehungsweise negativen »Externalitäten« zurückgegriffen. Diese dienen der Untersuchung unterschiedlicher Produktionsregime und von Querwirkungen zwischen Institutionen, das heißt funktionalen Effekten, die sich über institutionelle Sphären hinweg ergeben.

Darüber hinaus gilt es auf zwei weiteren Ebenen die Beziehungen zwischen ökonomischen und nichtökonomischen Institutionen zu berücksichtigen:

(1) Als ein Problem der Chinaforschung und der vergleichenden Kapitalismusforschung erweist sich das *Wechselspiel zwischen Wirtschaft und Staat* beziehungsweise Unternehmen und staatlichen Institutionen auf unterschiedlichen räumlichen und administrativen Ebenen sowie in informellen Beziehungsnetzwerken. Einerseits vereinseitigen marktzentrierte Ansätze, wie noch zu zeigen sein wird, die Analyse der chinesischen Reformära: So erwiesen sich Prognosen eines schroffen Übergangs vom »Plan« zum »Markt« angesichts der Anpassungsfähigkeit der staatlichen Entwicklungssteuerung als unzulänglich. Auch wenn es zu einer Aufgabenübertragung von staatlichen Agenturen auf Unternehmen kam und ein Rückbau verbindlicher Planvorgaben zugunsten einer stärker marktlich gesteuerten Allokation nachzuweisen ist, lässt sich China kaum als eine liberale Marktwirtschaft ausweisen. Andererseits attestiert ein staatszentrierter Ansatz der chinesischen Führung einen Grad an Voraussichts- und Kontrollfähigkeit, der mit der anarchischen Wirklichkeit des chinesischen Reformprozesses mitnichten zur Deckung gebracht werden kann und darüber hinaus, wenn auch vielleicht unbeabsichtigt, mit der Selbstbeschreibung der politischen Führung korreliert. Möglicherweise trägt dabei die Erblast der elitenzentrierten Totalitarismusforschung dazu bei, Staat und Wirtschaft, und erweitert, Gesellschaft, schroff einander gegenüberzustellen, den Staat als ein externes Regime und nicht als einen Akteur in der Gesellschaft zu fassen (vgl. Fewsmith 2008).

In dieser Arbeit wird dagegen eine Gleichursprünglichkeit staatlicher Institutionen und marktlicher Akteure in modernen Gesellschaften behauptet. Diese erfordert es, zur Untersuchung wirtschaftlicher Dynamiken auf die Interdependenzen zwischen Wirtschaft und Staat zu rekurrieren, auf die sich überschneidenden Räume des Staates und der Wirtschaft, die im Reformverlauf enge Allianzen zwischen privaten Akteuren und staatlichen Machteliten hervorgebracht haben. Aus diesem Grund darf die kapitalistische Entwicklung in China (und auch andernorts) nicht mit Marktwirtschaft und Privatunternehmen gleichgesetzt werden. In bestimmten Phasen der kapitalistischen Entwicklung und eini-

gen Spielarten des Kapitalismus kam und kommt der politischen Lenkung eine besondere Bedeutung zu, die in hohem Maße von kapitalistischen Triebkräften bestimmt sein kann. Politische Akteure können zudem in gewissen Situationen private Marktakteure ersetzen – vor allem dann, wenn sie sich der Bewältigung redistributiver Aufgaben in geringerem Ausmaß widmen müssen, weil etwa soziale Rechte und zivilgesellschaftliche Räume eingeschränkt sind oder die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse dies zulassen. In der Chinaforschung wird in diesem Zusammenhang vom unternehmerischen Staat, vom »local state corporatism« und Ähnlichem gesprochen. Des Weiteren fallen die juristische und die faktische Verfügungsgewalt über Produktionsmittel in China in dem Maße auseinander, wie die juristischen Eigentümer die Verfügungsmacht ganz oder partiell an andere Akteure abtreten. Im Unterschied zu Annahmen, die die Präferenzen von Akteuren fest an deren institutionelle Form ketten (etwa an die »öffentliche« Staatsphäre und die »private« Marktsphäre), beziehe ich mich auf eine alternative Erklärung: die Einbettung auch der politischen Akteure in ein weiteres kapitalistisches Umfeld, das deren Präferenzen zwar nicht determiniert – staatliche Institutionen besitzen andere Kriterien der Reproduktion als Unternehmen und sie weisen differierende Entwicklungsmechanismen auf –, jedoch stark beeinflusst.

Aus diesem Grund wird weiter unten gefragt, ob und inwiefern *privat-öffentliche Mischregime* beziehungsweise staatskapitalistische Formen ein übergreifendes Moment des chinesischen Kapitalismus bilden, in denen sich globalkapitalistische Triebkräfte und nationale beziehungsweise regionale Eigentümlichkeiten spezifisch ausdrücken.⁹ In einem nachfolgenden Schritt frage ich nach den unterschiedlichen *Mechanismen und Strategien der staatlichen Intervention und Regulierung* im chinesischen Mehrebenengeflecht, das heißt der Existenz vieler Machtzentren unterhalb der Ebene der Zentralregierung und von heterogenen Produktionsregimen auf wirtschaftlicher Ebene. So soll ein Augenmerk auf das sich wandelnde Verhältnis zwischen indikativen beziehungsweise marktschaffenden und imperativen beziehungsweise marktbegrenzenden politischen Steuerungsformen einen Eindruck davon verschaffen, inwiefern sich der neue Kapitalis-

⁹ Aufgrund des Fehlens präziser Grenzen zwischen privaten und öffentlichen Institutionen in China – die für liberale Demokratien typische (letztlich jedoch auch lediglich idealtypische) Trennung zwischen Markt, souveränem Staat und Zivilgesellschaft ist nicht analog aufgetreten – wird weniger von einer Trennung als von einer *Ausdifferenzierung* zwischen marktlichem und staatlichem Handeln ausgegangen. Hierauf aufbauend soll mit dem Begriff des *privat-öffentlichen Regimes* der Sachverhalt gefasst werden, dass zu den bekannten Kernaufgaben des Staates in China nicht nur eine weitreichende Koordination der Wirtschaftstätigkeit gehört, sondern die staatlichen Instanzen über enge Beziehungen zu privaten Akteuren verfügen und politische Akteure mitunter selbst unternehmerisch tätig werden.

mus in China von koordinierten, asiatischen, abhängigen oder anderen staatlich durchdrungenen Kapitalismen unterscheidet (vgl. May/Nölke/ten Brink 2013).

(2) Aufgrund eines weitgehenden Fehlens zivilgesellschaftlicher Freiräume und demokratischer Verhältnisse haben sich in China extrem ungleiche Machtbeziehungen herausgebildet. Während einerseits enge privat-öffentliche Allianzen zwischen Unternehmern und häufig lokalen Staatsapparaten entstanden sind, verfügen die *Beschäftigten* praktisch über keinerlei Partizipationsmöglichkeiten und es kam im System von Arbeit, sozialer Sicherung und Beschäftigung zu einer unvollständigen, zersplitterten Koordination. Eine umfassende Analyse der chinesischen Entwicklungsweise muss diese häufig vernachlässigte Handlungsebene einbeziehen. Im letzten Jahrzehnt ist hierzu unter Rückgriff unter anderem auf die Korporatismusforschung eine wichtige Literatur entstanden, die die Folgen der relativen Ohnmacht der Subordinierten, aber auch ihre punktuelle Wirkmacht untersucht (vgl. Y. Cai 2010; Chan 2001; Chang/Lüthje/Luo 2008; Friedman 2011; Lee 2007; Lüthje/Luo/Zhang 2013; Perry/Selden 2003). Dabei gilt es nicht zuletzt, die Frage zu klären, ob der Parteistaat ausreichend soziale Kohärenz erzeugt, um nicht nur eine enge Allianz zwischen den politischen und wirtschaftlichen Machteliten zu befördern, sondern auch die subordinierten Klassen zu integrieren und soziale Aufstiegserwartungen zu kanalisieren, oder ob sich vielmehr Grenzen des chinesischen Modells der Subordination und soziale Gegenbewegungen andeuten.

Methodisch beruht die Untersuchung in weiten Teilen auf Literaturstudien. Sie stützt sich auf öffentlich zugängliche Quellen, insbesondere auf die in Deutschland bislang nicht hinreichend rezipierte angelsächsische Debatte und Analysen von chinesischen Wissenschaftlern, die sekundäranalytisch aufbereitet wurden. In den stärker empirisch ausgerichteten Abschnitten habe ich zudem ökonomische Fachliteratur und Statistiken unter anderem des National Bureau of Statistics of China ausgewertet. Außerdem sind die Ergebnisse mehrerer Forschungs- und Konferenzreisen nach China in den Jahren 2008 bis 2010, von Betriebsbesichtigungen in privaten, halbstaatlichen und staatlichen (in- und ausländischen) Unternehmen sowie von Gesprächen mit chinesischen Wissenschaftlern integriert worden. Des Weiteren konnte ich von der Teilnahme an mehreren Interviews mit Unternehmens-, Gewerkschaftsvertretern und Mitgliedern von NGOs profitieren, die im Rahmen eines Forschungsprojekts des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (unter der Leitung von Boy Lüthje) zur Untersuchung der chinesischen Arbeitsbeziehungen stattgefunden haben.

Zur historischen Rekonstruktion sozioökonomischer Dynamiken in China bediene ich mich der Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. Hall 2008).

Dabei kombiniere ich empirisch-historische Analyse und theoretische Generalisierungen in einer Weise, die »keine statischen Zusammenhänge zwischen Variablen [sucht], sondern eine *Erklärung* des fraglichen Makrophänomens durch die Identifikation der an seinem *Zustandekommen* beteiligten Prozesse und Interdependenzen« (Mayntz 2002: 13). Kurz, ich rekonstruiere und typisiere historische Entwicklungen auf einer theoriegeleiteten Grundlage.

Zentrale Thesen

Hinsichtlich der drei eingangs genannten Problemstellungen lassen sich nun folgende Thesen formulieren – zu *vorrangigen Kennzeichen* des sozioökonomischen Systems der Volksrepublik (1a, b), zu den dieses System wesentlich strukturierenden *Dynamiken* (2a, b und c) und *paradoxalen Entwicklungslinien* (3a, b):

(1a) Die politische Ökonomie Chinas repräsentiert eine »variierte«, intern heterogen strukturierte, wettbewerbsgetriebene Spielart eines staatlich durchdrungenen Kapitalismus, die ab Ende der 1970er weitgehend in weltwirtschaftliche Prozesse integriert und damit durch den phasenspezifisch dominanten Prozess der Liberalisierung beeinflusst wurde. Die zeitgenössische Entwicklung in China beruht demnach wesentlich auf kapitalistischen Triebkräften, die auch in anderen Modernisierungsprozessen beobachtet werden, jedoch in vielerlei Hinsicht eine eigentümliche Form angenommen haben. Wie der etwas schwerfällige Ausdruck eines *variegated state-permeated capitalism*¹⁰ nahelegt, zieht sich der Parteistaat in China gegenüber den Liberalisierungs- und Vermarktlichungstendenzen nicht zurück, sondern trug und trägt zur Konstituierung einer neuartigen Form des Kapitalismus bei.

(1b) Der Parteistaat ist insofern selbst zentraler Bestandteil des neuen chinesischen Kapitalismus und muss als solcher analysiert werden. Um zu einem Verständnis der politischen Ökonomie Chinas zu gelangen, muss daher der Bedeutung kapitalistischer Triebkräfte im *privat-öffentlichen Mehrebenensystem* Chinas Rechnung getragen werden. Dabei lassen sich eigentümliche kapitalistische Formen nachweisen, etwa den Typus eines (lokal-)staatlichen Entrepreneurs, eine Kompatibilität zwischen Konkurrenz und Planung sowie nichtmarktliche Institutionen, die gleichwohl einem Wettbewerb ausgesetzt sind. Den Blick hie-

¹⁰ Ich verstehe dies als einen analytischen Begriff (vgl. Nölke 2011), im Unterschied zu Autoren und politischen Akteuren, die den Begriff des »Staatskapitalismus« mit einer politischen Zielsetzung in Dienst nehmen, um die Vorzüge der »freien« Marktwirtschaften des Westens den Nachteilen der »aggressiven« staatskapitalistischen Regime des Ostens und Südens gegenüberzustellen (vgl. Bremmer 2010).

rauf schärfen staatstheoretische Überlegungen sowie die an die neuere VPÖ anknüpfende Analyse effektiver Querwirkungen von Institutionen, die auf einer (wenigstens auf den ersten Blick) nicht kohärenten Grundlage basieren. Eine zusätzliche Annahme, die die institutionellen Grundlagen und Kontextbedingungen der Marktexpansion betrifft, schenkt weiteren Besonderheiten Chinas Beachtung: etwa einer wenig stringenten Auslegung von Verträgen im Unterschied zur harten Grammatik sanktionierbarer Regeln sowie den informellen Beziehungsnetzwerken und Konsultationen zwischen politischer Führung, Verwaltung, Unternehmen und der Staatsgewerkschaft.

(2a) Um die Frage nach den Ursachen, Kontexten und Folgewirkungen der wirtschaftlichen *Dynamik* detaillierter beantworten zu können, begründe ich eine Lesart der Modernisierung Chinas, in der die Wende Ende der 1970er nicht als kompletter Bruch mit der Vergangenheit erscheint, sondern als gradueller, wenngleich im Ergebnis *tief greifender Umstrukturierungsprozess*. Entgegen der Vorstellung eines schroffen Wechsels von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft fand, so meine These, ein Übergang von einer Form der nationalen Modernisierung im klassischen Maoismus, die bereits kapitalistische Mechanismen imitierte, wenngleich nicht in erster Linie auf marktliche Formen zurückgegriffen wurde (»Proto-Kapitalismus«), zu einer neuartigen Form der kapitalistischen Modernisierung statt. Wesentliche Institutionen Chinas unterlagen damals einem Veränderungsprozess, der nach den 1970ern in ein neuartiges, polyzentrisches Mischungsverhältnis zwischen Plan, Markt und anderen Koordinierungsformen mündete. Die Träger der anschließenden Marktexpansion lassen sich dabei nicht allein im neuen Privatsektor finden. Die Figur des risikobereiten, regelverletzenden Entrepreneurs, die im Zeitverlauf zunehmend mit einer Symbolik belegt wurde, in der Fachkenntnisse, moralische Autorität, Professionalismus und geschäftlicher Erfolg zusammenflossen – Unternehmer wirken auf diese Weise als soziale Vorbilder und Hoffnungsträger –, hat auch im Sektor der staatseigenen Betriebe und in den staatlichen Institutionen eine signifikante Bedeutung erhalten. Zu den krisenbetroffenen Prozessen der Marktexpansion in der Wirtschaft, in denen die kapitalistischen Triebkräfte in recht unvermittelter Form nachzuweisen sind, treten also weitere Phänomene, in denen sich jene Triebkräfte, obgleich teilweise in gebrochener Weise, identifizieren lassen.

(2b) Eine überragende Bedeutung bei der Erklärung der wirtschaftlichen Dynamik nehmen *günstige weltwirtschaftliche Konstellationen* ein. Zu einigen vorteilhaften inländischen institutionellen und sozialstrukturellen Voraussetzungen des Wachstums des Volkseinkommens traten externe Faktoren, zu denen die dynamischen Ökonomien Ostasiens, die »patriotischen« Exilchinesen und, in der zweiten Reformphase ab den 1990ern, Kapitelverlagerungen aus den größten OECD-Wirtschaften zählen.

(2c) Des Weiteren nehme ich an, dass die *relative Kontinuität der wirtschaftlichen und politischen Eliten* den nach wirtschaftlichen Kriterien als Erfolg zu bezeichnenden, besonders aber in den 1980ern noch weitgehend ungerichteten, Reformprozess sicherte. Letzterer entfaltete sich zwar in Form einer ungleich kombinierten, krisengetriebenen Dynamik und nicht im Modus einer vorausschauenden Planung. Dennoch hat sich die in mehrere Segmente ausdifferenzierte privat-öffentliche Machtelite als Stabilisator des Status quo erwiesen. Dabei stießen die Kapitalverwertungsprozesse als zentrale Determinante staatlicher Politik eine Reihe bürokratischer Restrukturierungen an. Zugleich wurde das politische System Chinas im Sinne eines *institutional learning* und einer institutionellen Überlagerung, zum Beispiel durch das Unterlaufen von formellen Regeln durch neue Unternehmer, reorganisiert. Im Unterschied zu den noch vor einigen Jahren vielfach geäußerten, demokratietheoretischen Annahmen zu einem wahrscheinlichen Regimewechsel in China lässt sich eine Konsistenz der Machteliten und des politischen Systems insgesamt nachweisen, die den Reformpfad stabilisierten und das Wirtschaftswachstum förderte. Eine wesentliche Grundlage hierfür bildete, so eine weitere These, eine Segmentierung der Arbeiterschaft und die Segregation des Arbeitsmarkts.

(3a) Allerdings ist das nur eine Seite eines komplexen Gesamtbilds. Zwar trugen die Restrukturierungen der staatlichen Institutionen im Kontext einer rekombinierten Machtelite und einer rigiden Umwelt dazu bei, dass die Regierung in Beijing beziehungsweise ihre lokalen Gegenstücke mit mehr Kapazitäten als andere Schwellenländer ausgestattet waren, um die Paradoxien des Akkumulationsmodus bearbeiten zu können. Doch zugleich konstituieren die regionalen Entwicklungsunterschiede des Landes und die multiskalar artikulierten Staatsapparate kein konfliktfreies soziales Gebilde. Der chinesischen Zentralregierung gelingt es gerade in jüngerer Zeit nur noch bedingt, den internen Standortwettbewerb und die damit verbundenen risikoreichen Wachstums- und Finanzpolitiken subnationaler Regierungen, im Finanzsystem und im Unternehmenssektor in den Griff zu bekommen. Aus diesem Grund, so lautet die These, dürfen die Steuerungskapazitäten des heterogenen Parteistaates nicht hypostasiert und können *widersprüchliche gesamtwirtschaftliche Entwicklungslinien* sowie *Grenzen der politischen Steuerung* herausgearbeitet werden.¹¹ Ich werde daher Faktoren identifizieren, die in jüngerer Zeit, besonders nach Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, zur Destabilisierung beitragen. Um die Auswirkungen der

11 Diese Annahme ist auch normativ von Bedeutung. Schließlich gilt dieser »Kapitalismus ohne Demokratie« im Westen und in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern schon allein deshalb als vorteilhaft, weil in diesem längerfristig und nachhaltiger politische Strategien verfolgt werden könnten als in liberaldemokratisch verfassten Kapitalismen, die einem von Wahlperioden gekennzeichneten Handlungsrythmus unterworfen sind.

kapitalistischen Modernisierung und der extremen Exportabhängigkeit abzumildern – normativ wird dies mit dem Ziel einer »harmonischen Gesellschaft« (*hexie shehui*) begründet –, drängt die chinesische Zentralregierung dabei auf eine umfangreiche Restrukturierung der Wirtschaft beziehungsweise eine Stärkung des Binnenkonsums. Wie ich zu zeigen beabsichtige, ist dieses Unterfangen jedoch schwer zu realisieren.

(3b) Zusätzlich zu den paradoxen Effekten der Marktexpansion und der politischen Makro-Steuerung existieren im *Arbeitsystem* mangelhafte Konfliktregulierungsmechanismen und sind aufseiten der *Arbeiterschaft* Grenzen des chinesischen Typus der Subordination zu erkennen, die die Herrschaft des Parteistaates vor Belastungsproben stellen. Es wird belegt, dass die Arbeiterschaft Chinas nicht allein als passive Manövriermasse fungiert und daher die Analyse von Klassenausinandersetzungen ein wichtiges Feld der Untersuchungen über Entwicklungen der politischen Ökonomie Chinas bildet.

Die Untersuchung¹² verfolgt darüber hinaus zwei weitere Ziele: Einerseits möchte ich einer sozialwissenschaftlich interessierten Leserschaft den chinesischen Weg in die kapitalistisch geprägte Moderne zumindest ansatzweise aufschlüsseln, und damit über den Kreis der Chinaforschung hinausgelangen, die in den letzten Jahrzehnten sehr viel, aber möglicherweise vor einem begrenzten Publikum, zum Verständnis des chinesischen Reformprozesses beigetragen hat. Andererseits erhoffe ich mir, dass der hier entwickelte Forschungsrahmen und einige der aus ihm resultierenden Befunde auch das Interesse an politökonomischen Überlegungen und Konzeptualisierungen wecken. Im besten Fall kann

12 In dieser Arbeit wird kein klassischer Hypothesentest durchgeführt. Es lassen sich jedoch einige allgemeine Prüfmerkmale formulieren, die die genannten Thesen falsifizieren können: Würden nicht die eingeführten kapitalistischen Triebkräfte den Reformprozess maßgeblich dominieren, müssten vor- oder nichtkapitalistische Dimensionen des Handelns nachgewiesen werden können. Hinsichtlich des Akkumulationszwangs würden dann eher eine traditionelle Subsistenzorientierung oder eine bewusste Steuerung des Wachstums, hinsichtlich der Konkurrenz und der individuellen Profitorientierung dagegen kooperative beziehungsweise solidarische Handlungsorientierungen und eine demokratische Planung dominieren. Zudem würde etwa eine Ständeordnung oder eine basisdemokratische Struktur moderne Klassenstrukturen und -ausinandersetzungen überlagern und würden die staatlichen Institutionen und andere »nicht-ökonomische« Beziehungen durch vormoderne oder auch selbstbestimmte Handlungsorientierungen überwogen. Gleichzeitig würde die These des staatlich durchdrungenen Kapitalismus durch die bloße Einführung von Marktmechanismen entkräftet. Die These eines notwendigen Einbezugs externer Faktoren zur Erklärung der wirtschaftlichen Dynamik würde dagegen durch die Dominanz endogener Faktoren widerlegt, die These einer Kontinuität im Wandel durch die Signifikanz radikaler gesellschaftlicher Brüche falsifiziert. In ähnlicher Weise können ebenfalls die Thesen zu den Paradoxien der chinesischen Wirtschaftsentwicklung dann als entkräftet gelten, wenn die bisherige relative Kohärenz der Entwicklung auch weiterhin anhält.

die Darstellung und Erklärung grundlegender Dynamiken und Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung in China damit auch als eine Vorarbeit und Hilfestellung für weitere, stärker fokussierte empirische Untersuchungen von einzelnen Wirtschaftssektoren oder Politikfeldern dienen, in denen spezifische Kausalitäten nachgewiesen werden können.

Einen letzten Hinweis möchte ich hinsichtlich der *Beschränkungen* geben, die diese Arbeit aufweist. So werden nicht alle Dimensionen der kapitalistischen Modernisierung in China untersucht, etwa die Heraufkunft einer Konsumgesellschaft, die Entstehung neuer Mittelschichten oder die Agrarfrage. Ebenso diskutiere ich die Inwertsetzung der Natur und die Langzeitkosten der Vernutzung natürlicher Ressourcen nur vereinzelt. Selbiges gilt für die »Kolonialisierung der Lebenswelt« (Habermas) und etwa die Entwicklung der Geschlechterverhältnisse. Internationale Implikationen des chinesischen Aufstiegs werden nur ansatzweise aufgegriffen. Hinsichtlich des politischen Systems wird nur punktuell auf die Rolle der Volksbefreiungsarmee und des inneren Repressionsapparates eingegangen. Schließlich ließ ich auch der Rolle ideeller Orientierungen, sozialer Aufstiegs motive und überhaupt der Frage nach der normativen Integration und der Herrschaftslegitimation in China keine ausreichende Würdigung zuteilwerden.

Gliederung der Arbeit

In *Kapitel 1* wird ein Forschungsrahmen auf Grundlage von Einsichten, Defiziten und Desideraten in der Chinaforschung und im theoretischen Instrumentarium der VPÖ und IPÖ entwickelt. Um einen Staat/Markt-Dualismus zu vermeiden, füge ich Einsichten aus verschiedenen Disziplinen und Ansätzen zusammen, die der Untersuchung des neuen chinesischen Kapitalismus zum Vorteil gereichen. Ich beziehe mich dabei auf die Annahme einer kapitalistisch dominierten Moderne und das Konzept eines *international variegated capitalist world system*.

Um die instabile Dynamik des chinesischen Entwicklungsprozesses beschreiben zu können, knüpfe ich zusätzlich an eine globale Analyseperspektive, das Konzept der ungleich-kombinierten Entwicklung, und an einen, die Handlungsebene berücksichtigenden Institutionenbegriff an. Zur Operationalisierung des Forschungsrahmens führe ich fünf Dimensionen kapitalistischer Ökonomien ein:

1. Konkurrenzverhältnisse zwischen Unternehmen und Krisendynamiken;
2. Formen der Arbeitsbeziehungen;

3. das Finanzsystem;
4. die Interaktion zwischen ökonomischen und politischen Akteuren; sowie
5. die Einbettung politischer Ökonomien in weltwirtschaftliche Zusammenhänge.

Entlang dieser Bereiche werden im Hauptteil der Arbeit die sozioökonomische Beschaffenheit und die instabilen Dynamiken des Landes untersucht.

Das *Kapitel 2* rekonstruiert vor diesem Hintergrund historisch relevante Prozesse, die es aufgrund der Wirkmacht kapitalistischer Triebkräfte plausibel machen, von einer kapitalistischen Entwicklung in China zu sprechen. Dabei lege ich dar, wie der Reformprozess neuartige Mischungsverhältnisse zwischen Markt, Staat und anderen Koordinierungsmechanismen hervorbrachte.

Der erste Teil dieses Kapitels fasst den Zeitraum von 1949 bis 1978 zusammen (2.1). Das Phänomen einer relativen Konsistenz der Machteliten nach 1978 wird mit Hinweisen auf die proto-kapitalistischen Mechanismen im klassischen Maoismus, eine Veränderung der Sozialstruktur des Landes und die Einbettung der Krise des Maoismus in die globale Krise der 1970er zu beantworten gesucht. Letztere führte weltweit, über verschiedenartige politische Systeme hinweg, zu einer Liberalisierungswelle. Dass diese in China Wirkung entfaltete, jedoch nicht ein- und dieselbe Form wie etwa in angelsächsischen Ländern erhielt, zeige ich unter anderem mit Verweis auf die Vorbildfunktion der ostasiatischen Entwicklungsstaaten.

Mithilfe der im Forschungsrahmen entwickelten Analysestrategie rekonstruiere ich im zweiten Teil des Kapitels die Entstehung des variierten Staatskapitalismus vom Ende der 1970er bis in die Hu/Wen-Ära der 2000er (2.2). Zuerst analysiere ich die landesinternen Dynamiken und unterscheide zwei Phasen der Reform in den Unternehmenssektoren, dem politischen Mehrebenensystem, den Arbeitsbeziehungen und dem Finanzsystem.¹³

Daraufhin wird die Analyse um externe Einflussfaktoren erweitert, indem ich Chinas Integration in den globalen Kapitalismus, die Evolution des exportabhängigen Wachstums, die Rolle der Überseechinesen, des ostasiatischen Wirtschaftsraums sowie der transnationalen Produktionsverbände und der Überakkumulation von Kapital im Norden nachzeichne (2.3). Es wird gezeigt,

13 Um etwas Licht ins Dunkel des schier labyrinthisch verzweigten institutionellen Wandels in der Volksrepublik zu bringen, die es auch und gerade dem Interessierten außerhalb der Chinaforschung erleichtert, die historische Entwicklung nachvollziehen zu können, habe ich in den Kapiteln 2 und 3 an vielen Stellen historische Erläuterungen und Illustrationen angeführt. Zu dem erscheinen der Zugänglichkeit halber die einzelnen Dimensionen des neuen chinesischen Kapitalismus an manchen Stellen schematisch voneinander getrennt; gewisse Redundanzen sind daher nicht zu vermeiden gewesen.

wie die chinesische Volkswirtschaft von einer Reihe günstiger Gelegenheitskonstellationen erheblich profitierte und derart mehr als andere Schwellenländer die nachholende Entwicklung forcieren konnte.

Das *Kapitel 3* widmet sich den gegenwärtigen Entwicklungslinien des chinesischen Kapitalismus. Auch wenn ich darin an einigen Stellen historisch zurückgreife, liegt der Schwerpunkt auf den Jahren 2008 (dem Beginn des folgenschweren weltwirtschaftlichen Einbruchs) bis 2011. Analog zur Annahme, dass eine Kapitalismusanalyse auf das Zusammenspiel dreier Akteurguppen Bezug nehmen muss, ist es in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil diskutiere ich die Unternehmensorganisation und untersuche gesamtwirtschaftliche Dynamiken (3.1). Es wird einerseits nach einer Einheit in der Vielfalt gefragt, das heißt einer privat-öffentlichen Organisation der Wirtschaft vor dem Hintergrund heterogener Unternehmensformen und Produktionsregimes. Andererseits analysiere ich destabilisierende Entwicklungen in der chinesischen Volkswirtschaft, die unter anderem mit der Persistenz des exportistischen Regimes und chronischer interner Nachfragemängeln zusammenhängen.

Ob die Staatsführung diese Herausforderungen meistern und ein »Rebalancing« der Wirtschaft bewirken kann, ist Gegenstand des zweiten Teils (3.2). Hier wird zum einen an den bereits in Kapitel 2 eingeführten Thematiken der staatlichen Steuerkapazitäten, originärer Politikzyklen und des fortwährenden Gewichts der KPCh weitergearbeitet. Zum anderen stelle ich Grenzen der politischen Steuerung im wettbewerbsgetriebenen Staatskapitalismus heraus.

Im dritten Teil (3.3) erweitere ich den Blick auf die restrukturierte Arbeiterschaft Chinas und das zersplitterte System der Arbeitsbeziehungen, um das Spannungsverhältnis zwischen der von der Staatsführung proklamierten harmonischen Gesellschaft und den drohenden Grenzen der Unterwerfung zu verdeutlichen.

Im *Fazit*, Kapitel 4, fasse ich die zentralen Befunde noch einmal zusammen. Nach der ins Detail gehenden historischen Rekonstruktion und der Analyse gegenwärtiger Entwicklungsverläufe werden die Beschaffenheit des neuen chinesischen Kapitalismus und seine instabilen Dynamiken abschließend ausgewertet. Zudem wird nach Implikationen sowohl für die Kapitalismus- als auch für die Chinaforschung gefragt.

Kapitel 1

Forschungsstand und Forschungsrahmen

Im Folgenden wird auf Grundlage des Forschungsstandes ein Weg für die Untersuchung der politischen Ökonomie Chinas vorgestellt. Um eine Nachvollziehbarkeit des Argumentationsstrangs zu gewährleisten, stelle ich im Anschluss relevante Diskurse in den Chinawissenschaften und die ihr innewohnenden Defizite und Desiderate in groben Zügen vor. Daraufhin wird im zweiten Teil der eigene Forschungsrahmen expliziert.

1.1 Einsichten, Defizite und Desiderate in der Chinaforschung

Nachfolgend gebe ich eine Zusammenschau über relevante Traditionen und Diskurse in der Chinaforschung der letzten Jahrzehnte, die gehaltvolle Erkenntnisse hervorbrachten, aber auch Defizite und Desiderate aufweisen. Ich konzentriere mich dabei auf Arbeiten in den Gesellschaftswissenschaften und nehme nur am Rande zu Autoren in angrenzenden Disziplinen Bezug.

Die sozialwissenschaftliche Debatte über die Volksrepublik China war im Westen eine lange Zeit eingebettet in die Untersuchung »realsozialistischer« Systeme (einen konzisen Überblick der theoriegeschichtlichen Entwicklung liefern: Stark/Nee 1989, Scharping 1988). Während in der Epoche des frühen Kalten Krieges eine totalitarismustheoretische Analyse Chinas vorherrschend war, prägten ab den 1980ern institutionalistische Untersuchungen das Feld.¹

Die nach dem Zweiten Weltkrieg vorherrschenden *totalitarismustheoretischen Ansätze* lenkten ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf die kommunistische Weltanschauung, die Bedeutung individueller Führungspersonlichkeiten und auf die Machtfülle der maoistischen Partei (exemplarisch: Lewis 1963). China galt als Antipode zur liberalen Demokratie westlichen Typs. Spiegelbildlich

¹ Untersuchungen zur Entwicklung der chinesischen Arbeitsbeziehungen und die Traditionen des Kulturalismus in der Chinaforschung werden in diesem Kapitel unter 1.2.3.3 eingehender diskutiert. Weitere Überlegungen finden sich in: ten Brink (2012c).

hierzu argumentierten Ökonomen, indem sie mit einer schroffen Entgegensetzung von dezentraler Markt- und zentraler Verwaltungswirtschaft einen in der Zeit des Kalten Krieges politisch verwertbaren Systemgegensatz konstruierten. Etwas vereinfacht ausgedrückt, kulminierten wissenschaftliche Untersuchungen vielfach in folgender elitenzentrierten These: Mit einer nahezu vollkommenen Kontrollmacht ausgestattet und autonome gesellschaftliche Bereiche eliminierend, gelingt es einer parteigesteuerten Bürokratie, die chinesische Gesellschaft nach ihrem Gutdünken zu lenken. Da diese Annahmen jedoch die Ein-Parteiherrschaft zu einer stabilen, unhinterfragten Herrschaft zu hypostasieren drohten und von den internen Konflikten in der KPCh oder von sozialen Widerständen weitgehend abgesehen wurde, neigten die totalitarismustheoretischen Annahmen dazu, unzutreffende Schlussfolgerungen zu ziehen (zur Kritik siehe: Dreyer 1996, 7–21; vgl. Shue 1988; Walder 1986).²

In den 1980ern entwickelten daher *institutionalistische Ansätze* eine Anziehungskraft.³ Diese, gegen effizienztheoretische Schemata gerichteten Theorien rekurrten stärker auf die institutionellen Kontexte politischen beziehungsweise wirtschaftlichen Verhaltens. Triebfedern des Wandels in staatssozialistischen Systemen wurden identifiziert, die jenseits der Kontrollmacht des Staates lagen. Es ging nunmehr darum, das Spannungsverhältnis zwischen Staatsmacht und Gesellschaft zu untersuchen, um politische Konflikte und sozioökonomische Entwicklungstendenzen benennen zu können (Xie 1993) oder um etwa unterkomplexe Annahmen einer starren betrieblichen Despotie durch Hinweise auf die innerbetrieblichen Aushandlungsprozesse in »kommunistischen« Unter-

2 Differenzierter, weil stärker auf politische Kämpfe und Interessengruppen innerhalb des Partei-Staates ausgerichtet, argumentierte etwa Liu (1986). Neben die totalitarismustheoretischen Studien traten Untersuchungen zu den nicht intendierten Folgen der totalitären Kontrolle des Landes. Die mit dem Problem des industriellen Wachstums konfrontierte Parteidiktatur sah sich *modernisierungstheoretischen* Annahmen zufolge gezwungen, große Teile des revolutionären Enthusiasmus über Bord zu werfen und auf moderne Entwicklungsmethoden – zum Beispiel routinisierte bürokratische Apparate zur Förderung des industriellen Wachstums – zu rekurrieren (vgl. Field 1976).

3 Auch und gerade Forschungen zu den Ostblockstaaten beeinflussten die Chinaforschung: Ab den 1970ern hatten osteuropäische Sozialwissenschaftler wie János Kornai oder Iván Szélenyi avancierte Untersuchungen vorgelegt. Es wurden unter anderem Thesen vorgestellt, die die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien thematisierten: Die Problematik der weichen Budgetrestriktionen in Staatsunternehmen (Kornai 1992) und weitere alloкатive Ineffizienzen der Planökonomien hatten Reformkräfte im Machtapparat dazu veranlasst, Planelemente mit Marktmechanismen zu kombinieren (Stark/Nee 1989). Zur Bedeutung marktwirtschaftlicher Prinzipien im Realsozialismus, etwa in Jugoslawien, vergleiche Selden (1993: 39, 56–67), Gey (1985). In der DDR wurde vielen Betrieben zwischen 1961 und 1971, in der Phase der »Dezentralisierung«, die Möglichkeit einer Gewinnbeteiligung und einer eigenverantwortlichen Gewinnverwendung zugestanden (Solga 1995: 107–115).

nehmen zu verfeinern (Walder 1986). Die Problematik der lange Zeit üblichen, einseitigen Konzentration auf die Machtspitze Chinas behandelten Autoren unter anderem im Rahmen eines akteurzentrierten Interaktionismus: Staatliches Handeln wird demzufolge in seiner Einbettung in das Interaktionsgefüge Staat/Gesellschaft verstanden, um die Prozess- und Konflikthaftigkeit staatlichen Agierens in den Blick zu rücken (Derichs/Heberer 2008). Demnach konnte China mit ähnlichen Instrumentarien untersucht werden, die für die Analyse der liberaldemokratischen Ordnungen des Westens bereits lange anerkannt waren.

Von den 1990ern bis heute legten zahlreiche Autoren empirische Untersuchungen vor, die in der einen oder anderen Weise an diese Traditionen anknüpften. Des Weiteren werden einige Diskurse vorgestellt, die wichtige Einsichten hervorbrachten, jedoch auch auf ungelöste Probleme in der Chinaforschung verweisen.

1.1.1 Vom Plan zum Markt: Diskurse der Transformationsforschung

Zur Beschreibung des chinesischen Transformationsprozesses wurde in aller Regel auf die These eines Übergangs vom Plan zum Markt Bezug genommen. Liberal-rationalistische Theorien (Nee 1989; Sachs/Woo 1999) sind hier von institutionalistischen Theorien zu unterscheiden (Guthrie 2002; McMillan/Naughton 1996). Beide Ansätze beziehen sich häufig auf die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks politisch-praktisch wirksame Debatte um die Frage, wie Planwirtschaften in Marktwirtschaften umzuwandeln seien.

Während (neo-)liberale Autoren den Transformationsgesellschaften Osteuropas eine Schocktherapie (»Big Bang«) empfahlen, der zufolge das Neue nicht innerhalb des Mantels des Alten entstehen könne, sprachen dieselben Autoren China, das diesen politischen Empfehlungen offensichtlich nicht Folge leistete, den Charakter eines Sonderfalls zu: Das Land konnte nur deshalb erfolgreich wachsen, weil es günstigere Ausgangsbedingungen als die ehemaligen Ostblockstaaten besaß. Perspektivisch wurde von einer Abschwächung des chinesischen Wachstums und erheblichen Destabilisierungen ausgegangen (exemplarisch: Sachs/Woo 1999). Zudem wurden das Fehlen klar definierter Eigentumsrechte und die Einmischung staatlicher Bürokratien in unternehmerisches Handeln als wesentliche Hindernisse eines Übergangs in eine effiziente Marktgesellschaft betrachtet (Yang 2004: 11–12).

Dagegen akzentuierten institutionalistische Autoren das innovative Unternehmertum, das nicht notwendigerweise im Gewand der abrupten Privatisierung auftreten müsse. Sie empfahlen die Verknüpfung des Alten mit dem Neuen und verwiesen auf einen institutionellen Rahmen, der unternehmerisches Risiko förderte und Vertrauen beziehungsweise vertragliche Garantien etablierte. Au-

toren wie Guthrie fokussierten dabei, unter Einbezug wirtschaftssoziologischer Einsichten, auf die Wirksamkeit von vorgefundenen Institutionen und von Pfadabhängigkeiten, die die Bildung von neuen Märkten in China beeinflussten (Guthrie 2002: 8–11, 22–23). Andere Autoren (Wank 1999; Yang 2002) verwiesen zusätzlich auf die Tradition der engen, häufig informellen Netzwerkbeziehungen (*guanxi*).

Einen weiteren Strang repräsentieren vergleichende Forschungen zu den »postkommunistischen« Übergangsländern (vgl. Pickles/Smith 1998). Mithilfe einer klassentheoretischen Perspektive arbeiteten beispielsweise King/Szelényi drei grundlegende Muster der Formierung neuer kapitalistischer Systeme in ehemaligen »staatssozialistischen« Gesellschaften heraus. Erstens bezeichnet der Pfad eines *capitalism from above* den Versuch der alten Staats- und Parteielite vor allem in Russland, ein Marktsystem nach dem Vorbild neoliberaler Konzepte und im Rahmen groß angelegter Privatisierungsprozesse zu schaffen, der jedoch einen patrimonialen Kapitalismus entstehen ließ. Zweitens beschreiben King/Szelényi einen *capitalism from without* wie zum Beispiel in Ungarn, in dem die alte Machtelite keinen ausreichenden Transfer ihrer Machtressourcen erzwingen konnte und stattdessen ausländische Investoren eine dominierende Stellung errangen. Drittens wird mit dem Ausdruck des *capitalism from below* die Entstehung einer neuen indigenen Unternehmerklasse vor allem in China beschrieben, die bereits vor 1989 entstand und ihren Einfluss sukzessive steigern konnte. Technokratische Fachkräfte und Manager errangen Ende der 1970 eine hegemoniale Stellung, ohne den alten Parteikader in der Bürokratie zu stürzen; eine Allianz dieser beiden Klassenfraktionen bestimmte fortan die gesellschaftliche Entwicklung. Im Rahmen gradueller Reformen und einer allmählichen Öffnung gegenüber ausländischen Direktinvestoren bildete sich in der Volksrepublik ein neuer Kapitalismustyp heraus (King/Szelényi 2005, 220–222; vgl. Eyal/Szelényi/Townsley 2000).

Diese »von unten« animierte, ungerichtet-experimentelle Dynamik bildete auch die Grundlage einer weiteren Debatte, die nun kurz Erwähnung findet.

1.1.2 Vermarktlichung und innovatives Unternehmertum

Um das Paradox einer Entfesselung von Marktkräften inmitten eines »kommunistisch« geführten Landes zu lösen, beschreiben markt- beziehungsweise unternehmenszentrierte Ansätze die Heraufkunft eines neuen Unternehmertums als essenzielle Ursache des Wandels. Die Ausdehnung der Marktkräfte wird im Allgemeinen als eine Folge des Rückzugs öffentlicher Kontrolle über die Wirtschaft bewertet. Doch erst der schöpferische Unternehmer bildete die Voraussetzung und die fortwährende Bedingung erfolgreichen Wachstums. Er hat

diesem Argument zufolge besonders in Teilen des ländlichen Chinas der 1980er eine neue Heimat gefunden – und sich in einer dynamischen Bewegung in die Städte ausgebreitet (exemplarisch: Huang 2008).

Das rigide politische System Chinas wird dieser Argumentation zufolge als inkompatibel mit den Bedürfnissen eines Marktsystems betrachtet. In China stoßen zwei Entwicklungslogiken – die politische Macht- und Kontrolllogik und die ökonomische Wachstums- und Profitlogik – diametral aufeinander. Hinsichtlich der hieraus resultierenden Entwicklungstendenzen wurden und werden daraufhin entweder eine unausweichliche Demokratisierung oder ein Kollaps des Systems prognostiziert – je nachdem, welche sozialen Kräfte obliegen (überblicksartig: Heberer/Senz 2009).⁴ Im ersteren Fall wird eine Marktwirtschaft entstehen, die ähnliche liberale Züge trägt wie in anderen Teilen der Erde. Dieser Prognose wird jedoch gerade in neueren politikwissenschaftlichen Arbeiten mit guten Gründen widersprochen, wie der nächste Abschnitt zeigt.

1.1.3 Die Debatte um die Anpassungs- und Steuerungsfähigkeit des Partei-Staates

In einer Reihe von Arbeiten wird die Notwendigkeit einer proaktiven politischen Zentralgewalt und/oder subnationaler politischer Instanzen für einen förderlichen Wachstumspfad unterstrichen (vgl. Heilmann 2008, 2009; Hu 2010; Lin 2006; Perry 2007; Yang 2004; Zheng 2010). Die chinesische Partei- und Staatselite wird als pragmatisch-vorausschauende politische Kraft verstanden, die – ähnlich wie in anderen Entwicklungsstaaten in Ostasien – als Triebkraft der Modernisierung agiert.⁵ Das autoritäre System Chinas, das gleichwohl innerhalb der Eliten einen Spielraum für Debatten lässt (bei gleichzeitiger Einschränkung und gegebenenfalls Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Räume), wird in dieser Betrachtungsweise zu einer äußerst förderlichen politischen Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung. Zudem entstand ein politisches Beziehungsgefüge, das wiederum einen interregionalen Wettbewerb der politischen Instanzen unterhalb der Zentralregierung nach sich zog, der die wirtschaftliche Dynamik

4 Pei argumentiert in diesem Zusammenhang, der chinesische Staat habe sich in einen »räuberischen« Staat verwandelt und würde das Land in eine Entwicklungsfalle führen (Pei 2006: 132–166). In He Qinglians Arbeit über die Missstände Chinas wird eine Art »failing state« beschrieben (He 2006). Aus liberal-evolutionärem Blickwinkel wird dagegen eine Entwicklung prognostiziert, in der sich die herrschende Elite dem Schicksal eines Verlusts an Macht durch Demokratisierung fügt (Rowen 2007).

5 Einen Überblick über Varianten dieser These, die vom »sozialistischen« Entwicklungsstaat über den »unternehmerischen«, »regulatorischen« bis hin zum »local corporatist state« reichen, vermittelt Howell (2006).

antrieb (Oi 1995; vgl. Montinola/Qian/Weingast 1995). Chinaforscher erklären mit Blick auf den Partei-Staat nach den 1970ern, dass dieser über spezielle Fähigkeiten verfügte, sich einer wandelnden Umwelt anzupassen: Von höchster Bedeutung sei die Orientierung an der nationalen Souveränität gewesen sowie die staatliche Kontrolle von wichtigen Kernbereichen der Wirtschaft und die öffentliche Infrastrukturplanung.

Aus diesem Grund wird der These widersprochen, dass sich in China eine Art »crony capitalism« herausgebildet hat, der ähnlich wie in anderen Entwicklungs- und Schwellenländern Wachstumsblockaden befördert. Alles in allem trägt die Lern- und Anpassungsfähigkeit der politischen Führung zur Stabilisierung des Systems bei. Die Parteiherrschaft bleibt demnach auch bei fortgesetzter Marktexpansion aufrechterhalten – wenngleich dies in einem Prozess des »muddling through« stattfinden mag.

Im Verlauf der Arbeit wird immer wieder an diese Studien angeschlossen. Doch weisen sie Schwachstellen auf, die meines Erachtens auf einen *Markt/Staat-Dualismus* hinauslaufen. Während der politikzentrierte Ansatz der chinesischen Führung eine weise Voraussichtsfähigkeit attestiert, die mit der anarchischen Wirklichkeit des chinesischen Reformprozesses nicht zur Deckung gebracht werden kann, akzeptiert der (im letzten Abschnitt eingeführte) marktbeziehungsweise unternehmenszentrierte Ansatz eine zu einseitige Beschreibung der Reformdynamiken. Darüber hinaus trägt die Erblast der elitenzentrierten Totalitarismusforschung möglicherweise immer noch dazu bei, Staat und Wirtschaft, und erweitert, Gesellschaft, schroff einander gegenüberzustellen, den Staat als ein externes Regime und nicht als einen Akteur *in der* Gesellschaft zu fassen (vgl. Lieberthal 1995: 292–304).

Doch bevor diesem Problem Aufmerksamkeit geschenkt wird, weise ich auf einen weiteren Diskurs hin, der den Charakter der Wirtschaft Chinas zu ergründen sucht.

1.1.4 China als sozialistische Marktwirtschaft und Hybridmodell

Bis vor einigen Jahren firmierte China als maoistische Variante des Sozialismus. Nachdem die chinesische Staatsführung seit den frühen 1990er-Jahren auch offiziell von einer Wende zur »sozialistischen Marktwirtschaft« spricht, zeitigt diese Argumentation Risse. Doch weil die Rolle der Partei noch immer überragend ist und das Staatseigentum weiterhin in Teilen der Wirtschaft vorherrscht, gehen einige Autoren, der offiziellen Position der chinesischen Staatsführung nicht unähnlich, nach wie vor von einer relativ intakten Grundlage einer nichtkapitalistischen Gesellschaft aus (Lin 1995; Robins 2010). Einige Autoren stimmen sogar mit der Position der Regierung überein, der zufolge die Öffnungspolitik und die

Vermarktlichung ein Durchgangsstadium zu entwickelteren Formen einer sozialistischen Gesellschaft (und Demokratie) darstellen (vgl. Itoh 2003; Li 2008).

Allerdings beurteilen selbst Autoren, die mit einem theoretischen Instrumentarium arbeiten, welches eine marktsozialistische Gesellschaft idealtypisch vorstellbar macht, diese Annahmen skeptisch (Lippit 1997). Ein Vorwurf lautet, dass in keiner der vorherrschenden Unternehmenstypen die Arbeitnehmer mehr demokratische Kontrolle als Arbeitnehmer in kapitalistischen Gesellschaften besitzen. Weder auf der betrieblichen noch auf anderen Ebenen der chinesischen Gesellschaft haben solidarische Verhaltensformen eine unverhältnismäßig größere Bedeutung als in anderen Ländern. Und: Die marktliche Allokation ist kein Anhängsel eines vorwiegend im Interesse der Bedürfnisproduktion gesteuerten Systems.⁶

Hat sich in China aber vielleicht eine hybride Zwischenform entwickelt? Muss die Wirtschaft in kapitalistische Privatsektoren und quasisozialistische Staatssektoren unterteilt werden, weil dem öffentlichen Eigentum eine nichtkapitalistische Eigenschaft innewohnt? Oder sollte China als »nichtkapitalistische Marktwirtschaft« bezeichnet werden? Laut Arrighi unterscheidet sich eine kapitalistische von einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft »durch die größere Macht der Kapitalisten, ihre Klasseninteressen anderen auf Kosten der nationalen Interessen aufzuzwingen« (Arrighi 2008: 120). Nicht die »Präsenz kapitalistischer Institutionen und Dispositionen« ist »für den kapitalistischen Charakter einer marktorientierten Entwicklung entscheidend, sondern die Beziehung zwischen Staatsmacht und Kapital« (Arrighi 2008: 412). Solange der Staat den Klasseninteressen der Kapitalisten nicht unterstellt ist, bleibe die Marktwirtschaft nichtkapitalistisch. Die Reformbürokratie war seit den 1980ern mit der Situation konfrontiert, so ein anderer Autor, bürokratische Pläne vollstrecken zu müssen, zugleich jedoch auf interne wie externe Marktkräfte zu setzen, um mögliche Planineffizienzen zu korrigieren (Smith 1993: 60, 85). Es entstand eine private Wirtschaft *jenseits* der Staatswirtschaft. Die Bürokratie, verstanden als nichtkapitalistische Gruppe, kontrollierte die bürokratische Planökonomie, die wie ein gigantisches Unternehmen funktionierte, und war daher nicht von der Profitmaximierung, sondern eher vom Ziel der Steigerung des Outputs und der Aneignung des produzierten Mehrprodukts beseelt (Smith 1993: 71).

Doch eine schroffe Gegenüberstellung von marktorientierter Wirtschaft und Staatswirtschaft beziehungsweise einem kommunistischem Staat kann als defizient angesehen werden. Wie Staatstheoretiker herausgestellt haben, darf

6 Wie Szelényi (2010: 202–203) argumentiert, lässt sich eine »sozialistische Marktwirtschaft« ebenfalls nicht im Sinne des bekannten Konzepts von Oskar Lange nachweisen, da dieses die Zentralität des öffentlichen Sektors und die Abwesenheit eines Privatsektors vorsah.

der bei Arrighi verwendete Begriff des »nationalen Interesses« nicht als objektive Kategorie verstanden werden: Bei Arrighi erscheint der Staat unzulänglicherweise als eine Apparatur, die »allgemeine gesellschaftliche Interessen« zum Ausdruck bringt, außer

wenn Kapitalisten der Marktentwicklung ihre engen [...] Interessen aufzwingen. Die spezifische Organisationsweise eines kapitalistischen Staates und die ihn definierenden Funktionen der Sicherung von Eigentumsverhältnissen, der Reproduktionen der Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Kapital sowie der Aufrechterhaltung der Akkumulation fehlen in dieser schwachen Begriffsbildung. (Panitch 2009: 20; vgl. ten Brink 2008: 70–76)

Anstelle der Erwartung, die beinahe unaufhaltsame Marktdynamik würde die bürokratische Machtordnung infrage stellen oder gar stürzen, hat die Bürokratie es vielmehr vermocht, Markt und Plan gewissermaßen miteinander zu versöhnen.⁷

Da es offensichtlich schwerfällt, die Entstehung einer kapitalistischen Ökonomie im Rahmen eines »sozialistischen« Staats- und Gesellschaftssystems theoretisch zu fassen, scheint es vielen Autoren gegenwärtig hinreichend, die Entwicklung in China weiterhin allein unter dem Aspekt des Übergangs, des *hybriden*, noch nicht abschließend zu bezeichnenden Transformationscharakters zu fassen (vgl. Meyer 2011; für die deutsche Chinaforschung: Hartmann 2006: 10; Taube 2001: 167–168). Doch auch wenn eine Herangehensweise, die die Komplexität der Verknüpfung verschiedener institutioneller Formen in China darzustellen sucht, zweifelsohne angebracht ist, erscheint der Hybrid-Begriff in gewisser Weise als Verlegenheitsformel. Letztlich sind alle gesellschaftlichen Entitäten Hybride, gekreuzte beziehungsweise gemischte Formen. Darüber hinaus weist der Begriff nicht aus, welche institutionellen Formen dynamischer als andere Teile des komplexen Ganzen sind und es etwa als sinnvoll erscheinen lassen, von einer, gleichwohl eigentümlichen, kapitalistischen Dynamik zu sprechen.

Erst im letzten Jahrzehnt beziehen sich mehr Autoren unmittelbar auf den Kapitalismusbegriff, wenn sie die Entwicklung Chinas beschreiben – häufig allerdings in einer eher flüchtigen, wenig systematischen Weise, wie McNally argumentiert (McNally 2007c: 3–7). So taucht der Begriff häufig in den Titeln von Studien auf, ohne dass dieser genauer erörtert wird. Manches Mal wird Kapitalismus lediglich mit Marktwirtschaft gleichgesetzt (Huang 2008) oder es werden gesellschaftliche Teilphänomene, zum Beispiel die Netzwerke der Überseechinesen, als »kapitalistisch« analysiert (Guthrie 2002). Autoren sprechen im Rahmen einer engen Definition des Begriffs »Privateigentum« zögerlich von

⁷ Wie Smith konzediert, hat sich in der Bürokratie selbst eine Kraft konstituiert, die eine kapitalistische Modernisierung unterstützt (Smith 1993: 97–98).

»Quasi-Kapitalismus« und messen dem staatlichen Eigentum weiterhin eine nichtkapitalistische Eigenschaft bei (Breslin 2007a: 79–80).

Dass es plausibel ist, die chinesische Wirtschaft und erweitert, die chinesische Gesellschaft, mit einem kapitalismustheoretischen Scheinwerfer systematisch auszuleuchten, sollen die Hauptteile der Arbeit (Kapitel 2 und 3) zeigen. Im Folgenden wird hierfür ein Forschungsrahmen entwickelt.

1.2 Zur Untersuchung Chinas in politökonomischer Perspektive

Die bislang erst in Ansätzen auf den Raum Chinas übertragene Kapitalismusforschung bietet einen Rahmen, um die chinesische Entwicklungsweise zu untersuchen. Im Folgenden wird ein kontingenzsensibler Forschungsrahmen vorgestellt, der auf eine synthetisierende Weise aus diversen Theorieansätzen schöpft. Es wird eine holistische Perspektive eingenommen – »only in a panoramic view can one truly recognize the details« (Streeck 2009: 17).

In den nächsten Abschnitten stelle ich erstens einige Dimensionen der Untersuchung kapitalistischer Dynamiken vor, die in der jüngeren vergleichenden Kapitalismusforschung thematisiert werden (1.2.1).

Zweitens umreiße ich das Konzept der kapitalistisch dominierten Moderne(n), das heißt die Annahme, dass die in den letzten hundert Jahren beschrittenen Wege in die Moderne(n) in unterschiedlichen Teilen der Erde als Prozesse beschrieben werden können, in denen kapitalistische Triebkräfte die soziale Ordnung übergreifend strukturierten. Dabei werden wesentliche Merkmale der globalkapitalistischen Vergesellschaftung und ihrer instabilen Dynamik eingeführt (1.2.2).

Drittens stelle ich einige Überlegungen vor, die der Realität des historischen Wandels von Institutionen und den gesellschaftlich bedingten Handlungsfähigkeiten von Akteuren Rechnung tragen. Ich diskutiere zudem die Rolle soziokultureller Eigentümlichkeiten beziehungsweise historischer Traditionsbestände und Sozialstrukturen, die politischen Ökonomien ein spezifisches Gesicht verleihen und unterschiedliche Formen der Koordination wirtschaftlicher und politischer Prozesse hervorbringen (1.2.3).

Viertens werden fünf zentrale Dimensionen kapitalistischer Systeme unterschieden (1.2.4), die den weiteren Verlauf des Buches maßgeblich strukturieren.

1.2.1 Spielarten des Kapitalismus und Spielarten der Kapitalismustheorie

Um dem Ziel einer angemessenen Konzeptualisierung des Kapitalismus beziehungsweise seiner differierenden historischen Varianten näher zu kommen, beziehe ich mich zuerst auf neuere Theorien in der *Vergleichenden Politischen Ökonomie* (VPÖ). Diese knüpfen kritisch an die aktuell einflussreichste Spielart der Kapitalismustheorie an – den Ansatz der »Varieties of Capitalism« (VoC).

In den Sozialwissenschaften ist der VoC-Ansatz (Hall/Soskice 2001) mit seiner idealtypischen Unterscheidung von »liberalen« (USA, Großbritannien) und »koordinierten« Marktwirtschaften (BRD, Japan) in den letzten Jahren nahezu kanonisiert worden. Als Gegenpol zur Vorstellung von einem *Best-Practice*-Modell hat er wichtige Untersuchungen angestoßen.⁸ Marktwirtschaften setzen sich demzufolge aus einem Bündel von funktional aufeinander bezogenen Subsystemen zusammen: Die Ausgestaltungen des Produktionssystems, der Unternehmensverfassung und -finanzierung sowie der Beziehungen von Unternehmen untereinander, die industriellen Beziehungen sowie Aus- und Weiterbildungsaktivitäten werden auf ihre »institutionellen Komplementaritäten« hin untersucht. Komplementärbeziehungen gelten als Ursachen wirtschaftlichen Wachstums und sozialer Stabilität.⁹

In den letzten Jahren sind eine Reihe von Begrenzungen dieser Forschungsperspektive thematisiert worden (vgl. Bohle/Greskovits 2009; Coates 2005a; Hancké/Rhodes/Thatcher 2007; Streeck 2010a). Dazu gehören die folgenden, für die Untersuchung der politischen Ökonomie Chinas relevanten Punkte:

- Der VoC-Ansatz weist eine *Markt- und Unternehmenszentrierung* auf. Diese Konzentration auf den Markt und Unternehmen würde jedoch in einer umfassenden Untersuchung Chinas zu kurz greifen: Die Dynamisierung der chinesischen Wirtschaft ist beispielsweise nicht allein auf das wiedererstarbte *entrepreneurship* in Teilen des Landes sowie der Exilchinesen zurückzuführen.

⁸ Ähnliches gilt in Teilen für die neue Institutionenökonomik und die evolutionäre politische Ökonomie in der Volkswirtschaftslehre, die, um über die verengten Markt-, Preis-, Knappheits- und Eigennutzenmaximierungskonzepte der Neoklassik hinauszugehen, die Wirkung von Institutionen auf den Bereich der Wirtschaftseinheiten »Haushalte« und »Unternehmen« berücksichtigt.

⁹ Institutionelle Komplementaritäten verkörpern funktionale Querwirkungen von Institutionen, die die Entwicklungsfähigkeit von Kapitalismen aus der Perspektive der Abhängigkeit mehrerer institutioneller Formen untereinander bestimmen. Die Komplementarität verschiedener Institutionen ist das historische Resultat eines Experimentierens und hybrider Formen, die sich als »komplementär« erweisen können. Diese Überlegungen weisen Ähnlichkeiten mit der Vorstellung einer systemischen Kongruenz als »historischer Fundsache« in der Regulationstheorie auf (vgl. Lipietz 1985: 113–114). Der Begriff der Fundsache ist jedoch stärker als bei Hall/Soskice eine geronnene Form der Ergebnisse sozialer Kämpfe (Lipietz 1985; vgl. Aglietta 1979).

ren, sondern repräsentiert ebenso eine Strategie großer Teile der politischen Eliten.

- Die Kehrseite dieser einseitigen Orientierung bildet die *Vernachlässigung der Rolle von Machtbeziehungen, des Staates und staatlicher Regulierungen*, auf die im Verlauf des Kapitels noch näher eingegangen wird.
- Im Rahmen einer Fokussierung des VoC-Ansatzes auf OECD-Länder wird ein *Dualismus* sichtbar – Hall/Soskice unterscheiden zwischen liberalen (*liberal market economies*, LME) und koordinierten Marktwirtschaften (*coordinated market economies*, CME) und heben die *Unterschiede* in diesen beiden Idealtypen des Kapitalismus hervor. Das chinesische System lässt sich jedoch nicht einfach einem der beiden Idealtypen zuordnen (vgl. zu jüngeren Versuchen, dies zu leisten: Ahrens/Jünemann 2006; Wilson 2007a; Witt 2010). In Auseinandersetzung mit, aber auch parallel zur Entstehung des VoC-Ansatzes sind unterdessen Ansätze ausgearbeitet worden, die neben LMEs und CMEs *weitere Kapitalismusvarianten* beschreiben. Coates unterscheidet marktlich gelenkte, staatlich gelenkte und verhandlungs- beziehungsweise konsensorientierte Kapitalismen (Coates 2000). Boyer konstruiert vier kapitalistische Spielarten – einen marktorientierten, einen meso-korporatistischen, einen staatlich gelenkten und einen sozialdemokratischen Kapitalismus (Boyer 2005). Amable unterscheidet sogar fünf verschiedene Typen des Kapitalismus, die jeweils durch ein spezifisches Set an institutionellen Komplementaritäten gekennzeichnet sind: marktbasierter und sozialdemokratischer Ökonomien, ein kontinentaleuropäischer und ein südeuropäischer Kapitalismus sowie ein asiatischer Kapitalismus (Amable 2003). Typen des staatlich durchdrungenen Kapitalismus beziehungsweise des Staatskapitalismus sind zwar nicht bruchlos auf die VR China zu übertragen. Dennoch können sie als Vergleichsfolie dienen (vgl. Crouch 2005; Fligstein/Zhang 2011; May/Nölke/ten Brink 2013; Schmidt 2000). Das gilt ebenso für »asiatische« Kapitalismen wie Japan, Südkorea oder Taiwan, die sich vielfach staatlicher Lenkungsformen bedienen, auch wenn dem entgegengehalten werden kann, dass die These eines asiatischen Kapitalismus die Unterschiede der asiatischen Spielarten zu vernachlässigen droht, ungeachtet der Tatsache, dass alle Länder den Weg einer exportorientierten Industrialisierung beschritten haben.
- Der VoC-Ansatz tendiert dazu, *Kontinuität gegenüber Wandel* hervorzuheben, was sich in einer relativ statischen Konzeption von Institutionen niederschlägt. Kritiker verweisen daher auf eine Vernachlässigung der Handlungsebene,

since the great danger of too »functionalist« a mapping of institutional complementarities is that the role, experience, and resistance of labor to the changing requirements of capi-

tal will then be systematically excluded or marginalized [...] and the degree of institutional coherence and strength exaggerated accordingly.

(Coates 2005b: 19; vgl. Hancké/Rhodes/Thatcher 2007: 19–20)

Wie noch zu zeigen sein wird, besitzt dieser Einwand nicht allein im Falle der neuen chinesischen Arbeiterklasse Bedeutung, sondern auch bei der Untersuchung strategischer Projekte der inhomogenen Staats- und Parteielite.

- Der Begriff der *Komplementarität* als produktives, funktionales Zusammenwirken weist ebenfalls Schwächen auf. Im VoC-Ansatz erwächst Komplementarität aus Kohärenz, das heißt aus einer strukturellen Ähnlichkeit von Institutionen. Wie Höpner herausstellt, greift diese These nicht in jedem untersuchten Fall. Ebenso können inkohärente Settings institutionelle Komplementaritäten, das heißt produktive Folgen, zeitigen: »Complementarity can exist without coherence, coherence without complementarity« (Höpner 2005: 56). Kritiker des VoC-Ansatzes bedienen sich daher des Begriffs der positiven beziehungsweise negativen »Externalitäten« (Streeck 2009: 93–146) oder des Terminus der »produktiven Inkohärenz«, um institutionelle Querwirkungen zu beschreiben, die auf einer nicht kohärenten Grundlage basieren (Crouch/Schröder/Voelzkow 2009). (Positive) *Externalitäten* beziehungsweise *produktive Inkohärenzen* sind der institutionellen *bricolage* in China womöglich angemessener:

China's experience with systemic restructuring is characterized overall by an unsynchronized, piecemeal process of reform-making whose strength is not its coherence but its openness to unexpected and tentative policy solutions. (Heilmann 2011a: 116)

- Schließlich weist der VoC-Ansatz einen *engen, auf die nationale Volkswirtschaft gerichteten Fokus* auf. Eine auf den nationalen Raum verengte Betrachtungsweise, die dazu tendiert, Globalisierungssphänomene gering zu schätzen und weltwirtschaftliche Verflechtungen unberücksichtigt zu lassen, kann jedoch zu einseitigen Verallgemeinerungen führen, wie das besonders die IPÖ herausstellt (ten Brink 2008). Im Falle Chinas ist dies besonders akut – hier haben sich transnationale »Verträglichkeiten«¹⁰ in der Form positiver Exter-

10 Es existieren neben komplementären Verbindungen auch schwächere Formen der wechselseitigen Verträglichkeit: »[T]he connections across realms of the economy may be weaker than complementarity, and should also comprise compatibilities, where the existence of one institution does not interfere with or impede another« (Schneider 2008: 19–20). Bereits länger werden zudem Prozesse der *Koevolution* beschrieben, in denen verschiedene Institutionen zunächst getrennt und formal voneinander unabhängig existieren, später jedoch ein kohärentes Arrangement ausbilden und eine entwicklungsfähige institutionelle Konfiguration etablieren (vgl. Höpner 2005).

nalitäten herausgebildet.¹¹ Das Land konnte wie kein anderes von günstigen weltwirtschaftlichen und ostasiatischen Konstellationen profitieren.

Streeck fasst die Probleme des VoC-Ansatzes zusammen:

Ultimately, the functionalist make-up of the Hall and Soskice conceptual schema would seem to be most apparent in, and perhaps to derive from, the way it equates its main concept, »capitalism,« with that of »market economy. The very problems of *distribution* and *exploitation* that are centrally emphasized when a socioeconomic formation is referred to as capitalist are thereby submerged in, or redefined as, problems of efficient production. As a consequence, the fundamental ambivalence inherent in the concept of capitalism as a system of both economic progress and private appropriation is eliminated. Similarly, *conflict* and *power* are thrown out as sources of socioeconomic order in favor of coordination and cooperation. Reconciled as a market economy, capitalism becomes a political technology for cooperative wealth creation, where the pursuit of efficiency is identical with the pursuit of profit and where political conflict results, if at all, from misunderstandings and insufficient knowledge of economic »laws.« Thus the notion of capitalism, originally inseparably associated with conflict and crisis, becomes not just technocratically sterilized but also de-historicized. (Streeck 2010a: 27; eigene Hervorhebung)

Es geht mit anderen Worten darum, eine umfassendere, gesellschaftstheoretische Grundlage für die Untersuchung kapitalistischer Systeme zu entwickeln. Meine Überlegungen hierzu folgen im nächsten Abschnitt.

1.2.2 Kapitalistisch dominierte Moderne(n)

Gegenwärtig arbeiten sozialwissenschaftliche Makrotheorien in aller Regel mit der Kategorie der Moderne beziehungsweise der »multiple modernities«. Der Begriff des Kapitalismus spielt dagegen in der Gesellschaftstheorie eine untergeordnete Rolle. Demgegenüber vertrete ich in dieser Arbeit die Ansicht, dass der Kapitalismus als eine umfassende soziale Ordnung in den letzten hundert Jahren die vielfältigen Wege in die Moderne auf unterschiedlichen Kontinenten nachhaltig und übergreifend strukturierte.

Die Moderne geht auf einen Zuwachs menschlicher Handlungs- und Reflexionskapazitäten zurück und ist von einem qualitativ höheren Grad an Autonomie – beziehungsweise potenziell zu realisierender Autonomie – gekennzeichnet als vor- oder frühmoderne Gesellschaften. Wesentlich gekennzeichnet durch Institutionen zur Akkumulation von *Reichtum* und *Macht*, die um die Dimension der *Bedeutung* beziehungsweise des Normativen erweitert werden müssen,

11 Vgl. Bohle/Greskovits 2009. Zur Analyse von Ländern Osteuropas als »abhängige Marktwirtschaften« ist diese inter- und transnationale Perspektive bereits nutzbar gemacht worden (Nölke/Vliegenthart 2009).

stellt sich die Moderne als ein von Verselbstständigungstendenzen durchzogenes Beziehungsnetzwerk dar. In avancierten gesellschaftswissenschaftlichen Theorien wird dieser Umstand meist in einem Bündel autonomer Machtquellen zusammengefasst beziehungsweise als ein Nebeneinander mehr oder weniger unabhängiger Institutionen betrachtet. Daraus folgt in der Diskussion über die Vielfalt der Moderne die Annahme, dass differierende zivilisatorische Erbschaften und makroregionale beziehungsweise nationale Pfade das Gesicht je distinkter Modernen prägen (vgl. Arnason 2003a; Eisenstadt 2006; Knöbl 2007; überblicksartig: Schwinn 2009).¹²

Untersuchungen thematisieren zumeist diverse Dimensionen der Moderne, die in kontingenten Kombinationen auftreten: Zu den am häufigsten genannten Dimensionen gehören Prozesse der Säkularisierung, der Individualisierung, der Pazifizierung, der Demokratisierung, der Ökonomisierung und der Bürokratisierung. Insofern ist der hier entwickelte Analyserahmen zweifelsohne eingeschränkt, da vor allem Ökonomisierungs- und Bürokratisierungsprozesse analysiert werden, auch wenn an einzelnen Stellen Bezüge zu anderen Dynamiken der Modernisierung hergestellt werden.

Allerdings kommt diesen, hier als kapitalistisch gefassten Ökonomisierungs- und Bürokratisierungsprozessen eine besondere Bedeutung zu, wie ich gegenüber weitreichenden Kontingenzannahmen argumentiere. Die Annahme lautet: In modernen Gesellschaften stellen kapitalistische Institutionen herausragend wichtige Vergesellschaftungsformen dar. Autoren aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen haben dies jüngst in überzeugender Weise konkretisiert, indem sie verschiedene empirische Charakteristika moderner Sozialordnungen als kapitalistische Dimensionen identifizieren und diese nicht als gewissermaßen überhistorische Konstanten menschlichen Handelns behandeln (Callinicos 2006; Deutschmann 2009a; Dörre/Lessenich/Rosa 2009; Jessop 2007; Schimank 2009; Streeck 2010b).

Folgende Triebkräfte und Grundkomponenten des Kapitalismus sind für die Untersuchung zentral:

12 Dabei spiegelt die These institutioneller Komplementaritäten in kapitalistischen Systemen in gewisser Weise die Annahme einer Vielfalt von Modernisierungsmustern. Im Folgenden wird der Annahme gefolgt, dass bestimmte Grundbestandteile der Moderne existieren, die die Abgrenzung einer *Vielfalt von Modernen* überhaupt erst ermöglicht – »there can only be multiple modernities if there are multiple *components* of modernity – economic, political, cultural, etc. – [...] capable of different combinations in different settings« (Arnason 2008: 395). Der Begriff der Vielfalt der Moderne bezeichnet insofern angemessener als der Ausdruck der »multiplen Modernen«, dass die Spielarten der Moderne als Abwandlungen beziehungsweise Umgestaltungen eines gemeinsamen Grundmusters zu verstehen sind.

- ein maß- und endloser Akkumulationszwang¹³ und eine Profitorientierung – verknüpft unter anderem mit einer legitimen Habgier und mythenartigen utopischen Verheißungen –, die im Unterschied zu traditionellen, subsistenzorientierten Gesellschaften spezifische Innovationsdynamiken und Richtungsabhängigkeiten des institutionellen Wandels freisetzen;
- die Rolle von Konkurrenz, Wettbewerbsdenken sowie Beschleunigungslogiken in markt- *und* nicht marktförmigen sozialen Beziehungen, die moderne Sozialordnungen permanent zu destabilisieren drohen, weil diese den Wettbewerb gegenüber solidarischen Handlungsorientierungen privilegieren;
- strukturell unterschiedliche strategische Handlungskapazitäten der Akteure, die aus ungleichen Ressourcenausstattungen beziehungsweise Klassenpositionen resultieren;
- das Angewiesensein auf nichtökonomische Institutionen, unter denen der moderne Staat die herausragende Rolle einnimmt (der zugleich strukturelle Interdependenzen mit der Wirtschaft aufweist). Erhebliche Varianzen im Verhältnis zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Instanzen bestehen nicht zuletzt aufgrund eines weiteren, hier aufgeführten Charakteristikums:
- eine grundlegende Spannung zwischen der Marktexpansion und der sozialen Kohärenz, die soziale, politische und ideologische Konflikte in modernen Gesellschaften nachhaltig beeinflusst;
- schließlich besitzen die Triebkräfte des Kapitalismus neben einer charakteristischen Expansionsdynamik und einer hiermit verbundenen Tendenz der Akteure, Regeln zu unterlaufen¹⁴, das Potenzial, nicht- und vorkapitalistische Strukturen in sich aufzunehmen und umzugestalten.

Vor dem Hintergrund meiner Annahme einer umfassenden Wirksamkeit kapitalistischer Triebkräfte, ihrer jedoch divergierenden *outcomes*, soll in den Hauptteilen der Arbeit, im Sinne einer »heuristic checklist« (Streeck 2010b: 10), untersucht werden, ob und inwiefern die genannten Charakteristika in sozialen Phänomenen der chinesischen Zeitgeschichte nachzuweisen sind.¹⁵

13 Die Geld- beziehungsweise Kapitalverwertung erscheint in diesem Fall als primärer Zweck der Produktion, die Bedarfsdeckung als sekundäres Produkt.

14 Diese Verhaltensweise beruht auf einer »non-traditionalist super-norm«: »Actors in a modern-capitalist context, as they confront institutionalized expectations, find themselves encouraged and enabled to proceed on the premise that everything that is not explicitly forbidden is allowed. In traditionalist settings, by comparison, the governing premise is the opposite: Everything that is not allowed is forbidden« (Streeck 2010b: 17).

15 Die Auswirkungen dieser Triebkräfte auf weitere soziale und zwischenmenschliche Beziehungen, auf Entfremdungs-, Ohnmachts- oder Individualisierungsphänomene etwa, bleiben in dieser Arbeit aus Platzgründen unberücksichtigt.

Um dem Vorwurf des Reduktionismus vorwegzugreifen, muss an dieser Stelle klargestellt werden, dass ich, wie bereits erwähnt, nicht alle Modernisierungsprozesse zu beschreiben versuche, die gegenwärtig in China ablaufen. Zugleich vertrete ich nicht die These, dass sich sämtliche nichtkapitalistischen Handlungsformen beziehungsweise eigenständigen Interpretationsleistungen im Zuge kapitalistischer Modernisierungsprozesse auflösen.¹⁶ Vielmehr lassen sich Rekombinationen von Institutionen und Ideen nachweisen, die die Untersuchung von Varianz in Modernisierungsprozessen allererst nötig machen. Historisch-kulturelle Traditionen und Bedeutungsmuster werden jedoch durch kapitalistische Modernisierungsprozesse überformt. Dass der Kapitalismus die »schicksalsvollste Macht unseres modernen Lebens« ist, entstammt dabei nicht lediglich der Marx'schen Feder oder den Überlegungen seiner Epigonen: Auch Weber weist in der Vorrede zur *Protestantischen Ethik* darauf hin, dass dieser nicht allein die sozialen Bedingungen wesentlich bestimmt, sondern ebenfalls den »Geist« beherrscht (Weber 1991: 12).

Die Überlagerung nichtökonomischer Institutionen beziehungsweise Sphären durch kapitalistische Triebkräfte (zum Beispiel Hausarbeit, Familie, kulturelle Phänomene, Naturverhältnisse, gesellschaftliche Antagonismen und Unterdrückungsverhältnisse, die nicht direkt aus dem Kapitalismus resultieren) kann mit dem Begriff einer *kapitalistisch dominierten Gesellschaft* zum Ausdruck gebracht werden. Als übergreifende Momente, die soziale, politische und ökonomische Prozesse miteinander verknüpfen, üben die kapitalistischen Triebkräfte einen nachdrücklichen Einfluss auf andere Dimensionen des Gesellschaftlichen aus, ohne vielfach umgekehrt deren Einflüssen in gleichem Maße ausgesetzt zu sein.¹⁷

Für ein Verständnis der benannten übergreifenden Triebkräfte des Kapitalismus und ihrer konkreten nationalen und/oder regionalen Erscheinungsformen gilt es nunmehr, in mehreren Schritten nach den Makro-, Meso- und Mikrodynamiken ihrer Inkraftsetzung und Reproduktion zu fragen. Die historischen Variationen des Kapitalismus werden dabei als variierende *outcomes* eines global übergreifenden Vergesellschaftungsmodus, welcher in unterschiedlichen historischen Phasen des Kapitalismus noch einmal Spezifika aufweist (etwa in der Phase des *Staatsinterventionismus* ab den 1930ern oder der *Liberalisierungsphase*

16 In einer kapitalistisch dominierten Moderne zu leben, bedeutet keineswegs, dass jegliche nichtkapitalistische Autonomie sozialer Praxis verloren gegangen wäre.

17 Ähnlich, wenn auch aus dem Blickwinkel einer akteurzentrierten Differenzierungstheorie, spricht Schimank in jüngster Zeit von funktional differenzierten *kapitalistischen* Gesellschaften. Einerseits bestehen diese aus einem Nebeneinander ausdifferenzierter Teilsysteme mit eigenen Sinnorientierungen, andererseits werden sie jedoch von den Erfordernissen nach wirtschaftlicher Prosperität und dem »unvergleichliche[n] Generalisierungsgrad des Einflussmediums Geld« überlagert (Schimank 2009: 256).

ab den 1970ern), betrachtet. Die nationalen Volkswirtschaften konvergieren nicht einfach zu einer homogenen weltwirtschaftlichen Einheit. Ein Geflecht sich unterscheidender, aber miteinander verbundener und durch ständige Differenzierungs- und Anpassungsprozesse gekennzeichnete Kapitalismen konstituiert das globale System.

Um die Klippen eines ökonomischen Funktionalismus, ahistorischer Gleichgewichtsmodelle sowie eines politischen Voluntarismus zu umschiffen, integriere ich folgende Annahmen und Konzepte in den Analyserahmen:

(1) Die Annahme der *instabilen Dynamik der kapitalistischen Sozialordnung*, ohne die übereilte technizistische Schlüsse drohen, und der zu Recht in vielen klassischen Kapitalismustheorien – der Marx’schen Kapital- und Krisenanalyse, der Luxemburg’schen Landnahmehese, der Schumpeter’schen Unternehmeranalyse, der Keynes’schen oder der Polanyi’schen Theorie – eine hohe Priorität eingeräumt wird. Die Aktualität ebendieser Klassiker liegt in ihrem Beharren auf der Widersprüchlichkeit und Konflikthaftigkeit kapitalistischer Entwicklungsprozesse, ihrer strukturellen Anfälligkeit für soziale Spannungen und Unsicherheit.

Die sich steigernde wechselseitige Abhängigkeit sozioökonomischer Prozesse bildet dabei nur eine Seite des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Denn auch wenn die moderne Arbeitsteilung als »Hauptquelle der sozialen Solidarität« und darüber hinaus als »Basis der moralischen Ordnung« gelten kann (Durkheim 1988: 471), entwickelt sie ihre eigentümliche kapitalistische Form erst im Rahmen der wettbewerbsgetriebenen Akkumulation, der permanenten Konkurrenz zwischen den Produktionseinheiten, die eine ungleichzeitige und krisen- beziehungsweise konflikthafte Innovationsdynamik stiftet. Damit verbunden ist, dass die kapitalistische Moderne Räume gesellschaftlicher Beziehungen konstituiert, in denen sich »Rationalisierung« immer bloß »partikular« entfaltet (Adorno 1996: 231), auch und gerade weil Entscheidungen intentional rationaler Akteure häufig in Fiktionen verankert sind, das heißt, auf unrealistischen Erwartungen basieren (Beckert 2011). Während in den letzten Jahren einige vergleichende Kapitalismustheorien den Wandel von kapitalistischen Institutionen nur schwer erfassen konnten, weil in ihnen die Stabilität von Institutionen im Vordergrund steht beziehungsweise die Stabilität nachgerade aus ihrer wechselseitigen Komplementarität abgeleitet wird (vgl. auch: Hall/Soskice 2001: 64), argumentiere ich dafür, den Wandel der politischen Ökonomie Chinas mit der instabilen Dynamik der globalkapitalistischen Entwicklung, ihrer ständigen krisenhaften und ungewissen Erneuerung, in Verbindung zu setzen. Die Untersu-

chung kapitalistischer Entwicklungen in einzelnen Ländern oder Regionen muss weniger auf Gleichgewichte als auf dynamische Ungleichgewichte abzielen.¹⁸

(2) Um Gemeinsamkeiten und Unterschiede einzelner Kapitalismen beschreiben zu können, wird auf das Konzept eines *international variegated capitalist world system* zurückgegriffen (vgl. Jessop 2009; Streeck 2010a). *Gemeinsamkeiten* rühren aus der Tatsache, dass sich der moderne Weltmarkt als Zusammenwirken einer unüberschaubaren Anzahl von Faktoren herstellt, die sich von den beteiligten Akteuren nicht einfach durchschauen lassen. Er besteht als global wirksamer Handlungszusammenhang und übt erhebliche Handlungszwänge aus. Die Reproduktion der Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit verkörpert insofern einen Prozess ohne steuerndes Subjekt, der unzählige nicht intendierte Effekte zeitigt. Auch wenn sich im nationalen Rahmen spezifische Entwicklungspfade herauskristallisieren, so unterliegen sie doch einem externen Anpassungsdruck, der durch nationale oder regionale pfadabhängige Beharrungstendenzen zwar relativiert (und deshalb nicht immer in gleichartiger Form in die ursprüngliche institutionelle Architektur eingebaut wird), jedoch kaum vollständig aufgehalten werden kann. Die Tatsache des relativ simultanen und allgemeinen Charakters besonders der großen Krisen des Kapitalismus in den 1870ern, 1930ern, 1970ern und 2008/2009, obgleich sie unter verschiedenartigen sozioökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen auftraten, verweist auf diesen Zusammenhang (Brenner 2006). Seit den 1970ern hat sich dieser Trend verstärkt, wie unter anderem Untersuchungen zur Transnationalisierung von Wertschöpfungsketten nahelegen (Gereffi/Humphrey/Sturgeon 2005). Auch die seit den 1970ern fast universal auftretenden Liberalisierungstendenzen belegen diesen Sachverhalt.

Zugleich muss den *Unterschieden* einzelner Kapitalismen Rechnung getragen werden.¹⁹ Der globale Wettbewerb wirkt nicht, wie in der Neoklassik angenommen (kritisch zu dieser Denkschule: Kaldor 1972), als eine Kraft, die

18 In jüngerer Zeit werden auf Grundlage der Luxemburg'schen Annahme einer äußeren und inneren »Landnahme« des Markts gegenüber der sozialen Lebenswelt (Luxemburg 1981; vgl. Dörre/Lessenich/Rosa 2009; Harvey 2010) »raum-zeitliche Fixierungen« des Kapitals beschrieben, das heißt den endemischen Drang zur geografischen und intensiveren (etwa die Vermarktlichung ehemals öffentlicher Güter oder des Körpers betreffend) Ausdehnung der Kapitalakkumulation, nicht zuletzt mit dem Ziel einer Lösung wirtschaftlicher Krisen.

19 Streeck argumentiert: »There is no need for a theory of global capitalism to deny the possibility of diversity, along national or regional lines, just as current theories of national capitalism sometimes allow for internal variation between regimes and practices by subnational territories or economic sectors. In recent years, the concept of »variegated capitalism« [...] has been put forward in explicit criticism of the VoC approach, not in an attempt to deny differences, but in order to place them in a context of economic and political interdependence« (Streeck 2010a: 38–39).

die Beziehungen zwischen den Kapitaleinheiten harmonisiert und Unterschiede zwischen Unternehmen, Regionen und letztlich auch Nationen nivelliert. Diese Konvergenzthese beruht auf unhaltbaren Prämissen – wie der Annahme der vollständigen Konkurrenz und Markttransparenz, homogener Güter, konstanter Produktionstechnik sowie Nachfragestruktur. Sie ignoriert die raum-zeitliche Bewegung der Unternehmen, ihre variierende institutionelle Einbettung sowie die Realität von ungleich entwickelten Kapitalien aufgrund ungleich entwickelter Produktivitätsniveaus. Die Expansion des Kapitalismus bringt aus diesem Grund gravierende raum-zeitliche Ungleichheiten nicht nur zwischen der OECD-Welt und Schwellen- beziehungsweise Entwicklungsländern, sondern auch innerhalb ersterer und letzterer hervor. Akkumulationsprozesse setzen sich ungleichmäßig durch, weil die verschiedenen nationalen Gesellschaften unterschiedliche Voraussetzungen für die Etablierung und Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse bieten (Block 2005).

(3) Methodisch ist für einen derartigen Untersuchungsrahmen eine *inter- beziehungsweise transnationale Perspektive* geboten. Die modernen Gegenwartsgesellschaften dürfen nicht als getrennte Einheiten, sondern müssen als föderative, sich überlagernde Geflechte begriffen werden (Mann 1990: 33). Kapitalistisch geprägte Gesellschaften sind erst vor dem Hintergrund ihrer Integration in weltwirtschaftliche, weltpolitische und weitere intergesellschaftliche Beziehungen hinreichend zu analysieren. Eine allein auf den nationalen Raum bezogene Perspektive greift zu kurz. Stattdessen ist das Ineinandergreifen von nationalen, inter- und transnationalen Mechanismen zu untersuchen. Wie weiter unten deutlich wird, mangelt es selbst in avancierten neoinstitutionalistischen Chinaforschungen häufig an einer Integration weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen in die Analyse. Hieraus resultiert eine einseitige Begründung für den erfolgreichen Aufstieg der Volksrepublik, der allein als eine Folge der innergesellschaftlichen Innovations- und Steuerungskapazitäten betrachtet wird (McMillan/Naughton 1996; vgl. auch den Überblick zur Chinaforschung von Perry 2007, in dem internationale Einflussfaktoren fast ausgeklammert sind).

(4) Die instabile Dynamik der kapitalistischen Sozialordnung gerade in Schwellenländern lässt sich mithilfe der Vorstellung einer *ungleichen und kombiniert-verknüpften Entwicklung* fassen (Rosenberg 2006; Selwyn 2011; ten Brink 2008: 81–86). Dass Gesellschaften sich in ungleichem Maße entwickeln, scheint erst einmal eine triviale Beobachtung zu sein. Und doch ist ein Blick auf die *Heterogenität* sozialer Entwicklungen für die Bestimmung der Dynamik Chinas hilfreich. Wie in mehreren Abschnitten weiter unten gezeigt wird, waren und sind es uneinheitliche Produktionsregime, Unternehmenstypen und staatliche Politi-

ken, die der wirtschaftlichen Entwicklung förderlich waren, zugleich aber auch paradoxe Folgen in Gang setzten.

Der Begriff der kombiniert-verknüpften Entwicklung verweist darüber hinaus auf die Verquickung von Altem und Neuem, von archaischen und modernen Formen, und von inner- mit intergesellschaftlichen Entwicklungen, die gerade in spät entwickelten Gesellschaften zu unerwarteten Tendenzen führen (vgl. Gerschenkron 1966). Dass die wirtschaftliche Entwicklung ab Ende der 1970er ausgerechnet in China einen wahrhaften »Sprung nach vorne«, über seine etwa in der Modernisierungstheorie vorgezeichneten Entwicklungsstufen hinweg auslösen würde, war wenige Jahrzehnte zuvor kaum absehbar. Um ihre Rückständigkeit zu überwinden, konnte die chinesische Wirtschaft von den Entwicklungsvorsprüngen der dominanten Ökonomien profitieren: durch den Transfer von technischem und organisatorischem Know-how, oder, vor dem Hintergrund der Verlangsamung des Wachstums in den alten Zentren, vermittelt durch ausländische Direktinvestitionen. Eine selektive Aneignung von Elementen der fortgeschritteneren Länder führte zu einer Kombination mit autochthonen Strukturen und historischen Traditionen, die ein neuartiges gesellschaftliches Ganzes zur Folge hatten.

(5) Eine weitere Untersuchungsannahme übernehme ich von Wirtschaftssoziologen, die erklären, dass die Reproduktion von kapitalistischen Märkten und der auf ihnen agierenden Unternehmen auf *außerökonomische Bestandsvoraussetzungen* und weitere *Mechanismen der Kooperation* angewiesen ist.²⁰ Es besteht in modernen Gesellschaften eine spannungsreiche Ko-Konstitution der Kapitalakkumulation durch die Interaktionen marktvermittelter und nichtmarktlicher sozialer Beziehungen. Da soziale und politische Institutionen Marktunsicherheiten bis zu einem gewissen Grad reduzieren können, müssen diese in die Untersuchung von sozioökonomischen Entwicklungstendenzen einfließen (Fligstein 2001).

Märkte sind dabei selbst von einer Reihe nicht marktförmiger Koordinationsmechanismen durchzogen (vgl. Lütz 2003; Thompson et al. 1991). Neben der marktförmigen Koordination konstituieren weitere Governance-Typen wie die Firmenhierarchie, das Netzwerk, der Verband und die Bürokratie die Wirtschaft. Die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen findet nicht allein durch den Wettbewerb statt, in dem idealtypisch der Preismechanismus als wichtigste Steuerungsinstanz wirkt, sondern ebenso mittels hierarchi-

20 Moderne kapitalistische Gesellschaften unterliegen niemals allein dem marktlichen Allokationsprinzip, wenn dieses auch zu einer dominanten Form werden kann. Ebenso werden Güter unter dem Gesichtspunkt der Bedürftigkeit (eine redistributive Allokationsentscheidung etwa, zum Beispiel öffentliche Leistungen des Staates) oder dem der Reziprozität (etwa im Haushalt) verteilt (vgl. Aspers/Beckert 2008).

scher Steuerungsinstrumente Geltung (Beckert 2007). Hinzu tritt das Vertrauen als Grundlage wirtschaftlichen Handelns.

Erst auf der Basis von Vertrauen werden die notwendigen komplexen Transaktionen möglich. Insbesondere kann Zugang zu Geldkapital erleichtert werden, wie [...] am Beispiel der »rotating credit associations« chinesischer Unternehmerfamilien [aufgezeigt werden kann]. (Deutschmann 2009a: 21)

Zudem darf der Faktor der Macht in Marktbeziehungen genauso wenig geringgeschätzt werden wie weitere Formen der gesellschaftlichen Einbettung, die gewissermaßen zwischen Markt und Hierarchie stehen: Dazu gehören der Koordinationstypus des Netzwerks, und erweitert, durch historisch gewachsene Solidarität gekennzeichnete Gemeinschaften, Verbände oder Clans. Auch weil sich diese verschiedenen Koordinationstypen je unterschiedlich kombinieren, muss von diversen Kapitalismen ausgegangen werden (Bradach/Eccles 1991; Stark 1996). Da in empirischen Untersuchungen Chinas häufig von einer »Verhandlungsgesellschaft« gesprochen wird (vgl. Saich 2004: 222–236), in der das Aushandeln zum entscheidenden Instrument der Willensbildung und Entscheidung geworden ist, drängt sich der Nutzen der nichtmarktlichen Koordinationsformen bei der Erfassung einiger Spezifika der politischen Ökonomie Chinas geradezu auf.

(6) Den nicht allein im Falle Chinas bedeutsamsten nicht marktförmigen Koordinationstypus verkörpert der *moderne Staat*. Im Kontrast zu anderen Organisationsformen kann er sich im Regelfall auf das legitime Gewaltmonopol stützen. Es sei hier nur knapp in Erinnerung gerufen, dass kapitalistische Systeme im Gegensatz zu vorkapitalistischen Gesellschaften – in denen die ökonomisch herrschenden Klassen meist direkte Gewalt zur Aneignung des Mehrprodukts anwenden mussten – in der Produktionssphäre sowie im Marktverkehr freier, von einer zumindest formell unabhängigen Instanz regulierter Vertragsverhältnisse bedürfen. Der Staat definiert Eigentumsrechte und erzeugt damit wesentliche Voraussetzungen des Marktverkehrs (Bidet 1991). Eine ökonomische Analyse muss somit immer auch Politikanalyse sein. Ohne eine relativ autonome politische Instanz, die das Gewaltmonopol innehat, kann sich eine dauerhaft gelingende Kapitalakkumulation nur schwerlich etablieren. Der Staat als ein Ensemble widersprüchlicher Beziehungen garantiert Integrations- und Anpassungsleistungen, die die Aufrechterhaltung kapitalistischer Vergesellschaftung allererst ermöglichen –

they include the pacification of social life (stressed by Elias), the overall rationalisation of social rules and norms (central to Weber's analyses of bureaucratization), and the institutionalization of controls needed to ensure the maintenance of legal order.

(Arnason 2005: 33; vgl. Brand 2006; Hirsch 2005; Jessop 2007; Mann 1998; Offe 2006).

Die Staatsmacht kann als ein Kondensat institutionell und diskursiv vermittelter Prozesse in sich wandelnden gesellschaftlichen Kräftekonstellationen untersucht werden. Deshalb gilt es, den Staat zu disaggregieren und beispielsweise die Beschaffenheit der lokalen Staatsapparaturen zu untersuchen. Das Angewiesensein des modernen »Steuer«-Staates auf materielle Einnahmen hat indes eine Verknüpfung politischer und wirtschaftlicher Institutionen zur Folge. Was eine Reihe von Ansätzen nicht nur im Falle Chinas nicht oder nur unzulänglich berücksichtigen, ist die enge Verbindung von »Staat« und »Wirtschaft« in kapitalistisch dominierten Gesellschaften. Zwar beruhen staatliche Institutionen auf Kriterien der Reproduktion, die sich von den Reproduktionskriterien moderner Unternehmen unterscheiden: Während letztere ihre Kapitalstärke und damit ihre Profitabilität behaupten müssen, muss der Staat darauf abzielen, die Herrschaft gegenüber der jeweiligen Bevölkerung und gegenüber anderen Staaten zu behaupten. Doch gewöhnlich bilden Wirtschaft und Staat ein Geflecht, welches durch *strukturelle Interdependenzen* gekennzeichnet ist. Das Paradigma der strukturellen Interdependenzen »insists [...] that state action *always* plays a major role in constituting economies, so that it is not useful to posit states as lying outside of the economic activity« (Block 1994: 696).²¹ Was häufig als »externer« Kraft gefasst wird, muss folglich als grundlegender Bestandteil kapitalistischer Systeme betrachtet werden – auch wenn der Staat historisch (meist infolge von sozialen Kämpfen und sich wandelnden innergesellschaftlichen Kräftekonstellationen) eine größere Unabhängigkeit erlangen kann, als er diesen Annahmen zufolge auf den ersten Blick erhält.²² Die sich in der Realität überlagernden Aufgabenbereiche des Staates und seine sedimentierten institutionellen Merkmale begründen *distinkte politische Systeme* – etwa die liberale Demokratie oder, im Falle Chinas, den »Partei-Staat«. Der Staat im Kapitalismus muss nicht zwangsweise ein repräsentativ-demokratischer sein.

21 Tamás veranschaulicht: »Wir können nicht ehrlicherweise behaupten, dass die britischen und holländischen Ostindiengesellschaften und ihre Ableger pure »Markt«-Institutionen gewesen sind. Physischer Zwang durch militärische und paramilitärische Kräfte formte den Marktkapitalismus genauso sehr, wie es die Börse tat. Reinvestitionen und Umverteilungen in Mangelwirtschaften sind immer durch das *fiat* von Staat und Regierung veranlasst worden, auch in Gesellschaften, die offiziell als bürgerlich gelten [...]. Und wir wollen auch nicht vergessen, dass das neokonservative Modell der Marktökonomie das Ergebnis politischer Aktion, angetrieben von Ideologie, war und dass es bei den Korngesetzen und beim Freihandel im neunzehnten Jahrhundert nicht anders gewesen war« (Tamás 2007: 11).

22 Insofern knüpft der vorliegende Ansatz auch an ältere Einsichten an, die von einer Möglichkeit der parallelen Expansion marktlicher und staatlich-bürokratischer Strukturen und/oder von einer Annäherung privater Unternehmens- an bürokratische Organisationsformen in der Moderne ausgehen (vgl. Castoriadis 1988; Tilly 1992; Shonfield 1968).

(7) Die widersprüchliche Entwicklungsdynamik kapitalistisch dominierter Gesellschaften muss des Weiteren als Resultat von *Kämpfen zwischen Marktkräften* beziehungsweise Prozessen der Kommodifizierung, und den in den sozialen Lebenswelten der Subordinierten permanent entstehenden *Anliegen nach sozialer Sicherheit sowie rechtlicher, politischer und zwischenmenschlicher Anerkennung* verstanden werden. Kapitalistische Dynamiken zerreiben Polanyi zufolge als anonym vernetzte Handlungssysteme (»Teufelmühlen«) permanent soziale Bindungen und konstituieren einen fundamentalen Widerspruch zwischen der kapitalistischen Entwicklung und den Voraussetzungen einer intakten Lebenswelt (Polanyi 1978: 59). Kommt es zum Übergreif des Markts und, in einem weiteren Sinne, der Produktionsverhältnisse, auf die Fundamente gesellschaftlicher Reproduktion, geht hiermit unvermeidlich die mal verdeckte, mal offene Mobilisierung sozialer Selbstschutzkräfte einher. Sie finden in der kapitalistisch geprägten Moderne ihren charakteristischen Ausdruck hauptsächlich in den sozialen und politischen Kämpfen in und um den Staat und den Versuchen einer Institutionalisierung des »Klassenkonflikts« (Wright 1997).

In der Untersuchung soll gezeigt werden – entgegen einer noch immer verbreiteten Annahme, politische Prozesse in nicht liberaldemokratischen Gesellschaften allein als Resultate einer von oben herab verfügten funktionalen Problemlösung zu analysieren –, dass *gesellschaftliche Kräfteverhältnisse* und *Klassenauseinandersetzungen* in der historischen Entwicklung auch in China eine zentrale Rolle spielen. Über die Politik der Marktordnung hinaus können diese etwa marktbegrenzende Maßnahmen und eine Verbesserung von Arbeits- und Sozialstandards erzwingen. Dies zeigt die Notwendigkeit der Untersuchung mobilisierender, zivilgesellschaftlicher Akteure, aber auch von »Quasi-Gruppen« an, die ein bestimmtes handlungsrelevantes Merkmal gemeinsam haben, ohne jedoch als kollektive Akteure, in denen Handlungsorientierungen bewusst gleichgerichtet sind, qualifiziert werden zu können (Mayntz/Scharpf 1995: 51). Bezogen auf China lassen sich eine Reihe von Beispielen für dieses Phänomen nennen – auch wenn bisweilen argumentiert wird, dass der chinesischen Geschichte aufgrund gegensätzlicher Wertvorstellungen zum christlich geprägten Europa solche Autonomiekonzepte fehlen, die einem Kampf um »gerechte« Löhne oder sozialstaatliche Absicherungen zugrunde liegen müssten (vgl. allerdings zur Entwicklung der chinesischen Arbeitsbeziehungen und sozialer Bewegungen: Y. Cai 2010; Chan 2001; Chang/Lüthje/Luo 2008; Lee 2007; Perry/Selden 2003).

Wie der nächste Abschnitt verdeutlicht, gilt es über diese Annahmen hinaus einen Institutionenbegriff in den Untersuchungsrahmen zu integrieren, der jenseits von Strukturalismus und Intentionalismus die Handlungsebene berücksichtigt.²³

1.2.3 Institutionen und historischer Wandel: Zur soziokulturellen Einbettung des Kapitalismus

Nachfolgend gebe ich kursorisch an, wie ich die Problematik des Verhältnisses von »Struktur« und »Handeln« sowie von pfadabhängigen und pfadgestaltenden Entwicklungsprozessen in dieser Arbeit behandle. Daraufhin stelle ich hilfreiche Konzepte zur Untersuchung des graduellen institutionellen Wandels vor und führe einige historische und soziokulturelle Traditionsbestände aus China und Ostasien ein, die ich auf eine nicht kulturalistische Weise in den Untersuchungsrahmen zu integrieren versuche.

1.2.3.1 *Strukturen, strategische Kapazitäten und historischer Wandel*

Das Leben in kapitalistisch dominierten Gesellschaften legt den sozialen Akteuren äußerliche Handlungszwänge auf. Im Unterschied zu liberalen Erklärungen, die ein Gleichgewicht rationaler individueller Wahlentscheidungen postulieren, erzeugen diese Zwänge Praktiken, die nicht allein Resultat intentionalen Handelns sind. Die Beziehungen zwischen Struktur und Handeln (sowie des Sinns) müssen daher sozusagen dialektisch gefasst werden (Hay 2002). Zudem muss den unterschiedlichen *strategischen Kapazitäten* der Akteure, etwa von chinesischen Arbeitsmigranten im Unterschied zu einflussreichen Unternehmern, Rechnung getragen werden, die ungleiche Spielräume für bewusste beziehungsweise strategische Interventionen eröffnen.

Die menschliche Arbeitskraft zeichnet sich des Weiteren durch ihre kreativen Eigenschaften aus, Probleme erkennen und in innovativer Weise lösen

23 Neben der Bedeutung, die vor diesem Hintergrund der jeweilige historische »Geist des Kapitalismus« erhält, wird damit deutlich, dass sich mein Forschungsrahmen normativ an einer gesellschaftskritischen Tradition orientiert, deren innerster Kern eine Kritik an folgendem Sachverhalt bilden dürfte: Dieser Betrachtungsweise »zufolge ist der Prozess der gesellschaftlichen Rationalisierung durch soziale Struktureigentümlichkeiten, die nur dem Kapitalismus eigen sind, in einer Weise unterbrochen oder vereinseitigt worden, dass solche Pathologien unvermeidlich sind, die mit dem Verlust eines vernünftigen Allgemeinen einhergehen« (Honneth 2007: 45). Honneth bezieht sich an dieser Stelle explizit auf die Tradition der Kritischen Theorie von Horkheimer bis Habermas; freilich orientieren sich an dieser Betrachtungsweise jedoch auch andere gesellschaftskritische Autoren und Perspektiven.

zu können. Sie gehören zu jenen Phänomenen, die theoretisch schwer fassbar, geschweige denn vorhersehbar sind. Ebenso wenig sind unternehmerische Innovationen rational kalkulierbar, sie resultieren häufig aus Ein- oder Zufällen in paradoxen Such- und Lernprozessen (vgl. Sauer/Lang 1999). Innovationen sind auf Bedingungen angewiesen, die im Moment des Innovierens meist nicht erfüllt sind, weshalb die Möglichkeit rationaler Kalkulation von Risiken beschränkt bleibt. Für die kapitalistische Dynamik ist es dabei entscheidend, dass nicht nur die sozial Privilegierten, sondern die mittleren und unteren sozialen Schichten eine Aufstiegschance wahrzunehmen versuchen: »Denn nur durch ein starkes Aufstiegsmotiv kann jene außeralltägliche Leistungsbereitschaft geweckt werden, die die Basis der Verwertung der Kapitalvermögen ist« (Deutschmann 2009a: 47). Zur Untersuchung politischer Ökonomien müssen aus diesem Grund ebenfalls normative Orientierungen der Akteure einbezogen werden. Eine Analyse gesellschaftlicher *Strukturen* darf weder die Optionen und Strategien der Handelnden noch ihre Motivationen und Wahrnehmungen außer Acht lassen:

In stressing the interdependence and co-evolution of [...] interrelated semiotic (cultural) and extra-semiotic (structural) moments in complexity reduction and their consequences for meaning-making and social structuration, [one can] avoid two complementary theoretical temptations. The first is seen in different forms of structuralism and social determinism, which reduce agents and actions to passive bearers of self-reproducing, self-transforming social structures. [...] The second temptation is the sociological imperialism of radical social constructivism, according to which social reality is reducible to participants' meanings and understandings of their social world. (Jessop 2010: 7–8)²⁴

Im Gegensatz zu sozialwissenschaftlichen Analysen, in denen historische Entwicklungen in den engen Bezugsrahmen einer kapitalistischen Entwicklungslogik eingeordnet werden, gilt es insgesamt, kapitalistische Triebkräfte in ihrem *historischen Wandel* zu untersuchen (vgl. Arnason 1976). Strukturelle Dynamiken und Handlungszwänge werden in der historischen Realität durch soziale und politische, das heißt auch normativ motivierte Handlungsstrategien überformt – strategische Projekte von Machteliten fallen hierunter. Letztere können eine strukturbildende Kraft besitzen. Die Einbettung kapitalistischer Triebkräfte in soziale, politische und weitere soziokulturelle Institutionen darf daher nicht funktionalistisch gedeutet werden.

Einerseits verleihen spezifische Traditionsbestände und Sozialstrukturen politischen Ökonomien eigentümliche Voraussetzungen für wirtschaftliches Handeln. Eyal/Szelényi/Townsley verweisen zum Beispiel mit Bezug auf die

24 Im Gegensatz zu starken konstruktivistischen Annahmen sollten die, je konkret zu bestimmen, weil sich wandelnden strukturellen Grenzen normativer Wirkungspotenziale Beachtung finden (Jessop/Oosterlynck 2008: 1155).

postkommunistischen Regime in Russland und Zentraleuropa auf *Pfadabhängigkeiten*²⁵, die den Fortbestand eines »politischen Kapitalismus« nähren. In ähnlicher Weise trifft dies auf die jüngste Geschichte Chinas zu:

Political capitalism is capitalism in the sense that it is oriented towards the rational acquisition of profits, but it is political because this happens under the tutelage of the state and/or in conditions of systematic political interference in the economic system. There are many reasons why managers who have become owners might feel more comfortable navigating a Weberian world of political capitalism rather than a world governed by the conditions of *laissez-faire* competition. As former socialist and post-communist managers, they know the rules of the game in a system in which economics and politics are interconnected.

(Eyal/Szelényi/Townsley 2000: 172)

Wichtig für den institutionellen Wandel ist jedoch andererseits die Schaffung *neuer Pfade*, wie Streeck mit dem Terminus des »institutionalized cynicism« erläutert, der Akteure dazu veranlasst, geltende Regeln zu unterlaufen:

Since institutions always require a modicum of good faith on the part of their constituents, the high social legitimacy under capitalism of *creative cleverness* in relation to social obligations must give rise to a typical conflict between rule makers and rule takers in which the latter permanently test the vigilance of the former. The result is a particular direction in the evolution of capitalist institutions, in the course of which these are continuously redesigned to anticipate and adapt to a systemic bad faith of interest-seeking rule takers. [...] The typical rule taker that capitalist institutions must reckon with as the normal case is a rule bender: He reads rules entrepreneurially, untiringly looking for ways of twisting them in his favor.

(Streeck 2010b: 14–15)

Ein Verständnis von *Pfadabhängigkeit* und *Pfadgestaltung* verweist dabei auf die Relevanz evolutionärer Mechanismen der Variation, der Selektion, aber auch der Aufrechterhaltung von Institutionen. In der Chinaforschung wird an die offensichtlich relevante Dimension des Weiterwirkens der Vergangenheit in der Gegenwart in institutionalistischer Perspektive bereits länger angeknüpft (vgl. McMillan/Naughton 1996). Dabei gilt es jedoch, eine vermeintliche Stabilitätstendenz pfadabhängiger Prozesse zu hinterfragen (Beyer 2006: 12). Pfadabhängige Entwicklungen sind anfällig für signifikanten Wandel.

Im folgenden Abschnitt stelle ich ein hiermit vereinbares Konzept zum Verständnis historischen institutionellen Wandels vor, dass in den Dienst der Chinaforschung gestellt werden kann.

25 Üblicherweise wird mit dem Terminus der Pfadabhängigkeit beschrieben, wie sich Institutionen im Rahmen vorgefundener historischer Strukturen in spezifischer Form ausbilden. »Once created, these institutions exhibit large sunk costs and thus display increasing returns« (Boyer 2005: 38; vgl. Beyer 2006; Mayntz 2002).

1.2.3.2 Gradueller institutioneller Wandel

Um die erstaunlichen sozioökonomischen und politischen Veränderungen in China bei gleichzeitiger Persistenz der Parteiherrschaft und eines starken Staates fassen zu können, bietet es sich an, auf neuere Typologien des graduellen institutionellen Wandels zurückzugreifen (vgl. Mahoney/Thelen 2010; Streeck/Thelen 2005).²⁶ Diese werden seit Kurzem partiell auch in der Chinaforschung angewendet (vgl. Tsai 2006, 2007; Huang 2011; Young 2011).

Entgegen einer formalistischen Institutionenanalyse werden Institutionen hier als »soziale Regime« verstanden, um ihren vorläufigen, wandlungsfähigen, weil umkämpften historischen Charakter zu erfassen, beziehungsweise als »Herrschaftsverbände« im Weber'schen Sinne (Streeck/Thelen 2005).²⁷ Hierbei werden gesellschaftliche Kräftekonstellationen und Klassenauseinandersetzungen in den Blick genommen – vorgängige, die zur Bildung von Institutionen geführt haben, sowie gegenwärtige, die unter Einfluss des Vorgängigen das Gesicht von Institutionen verändern (Mahoney/Thelen 2010: 7–8).

Um einen historischen Determinismus zu vermeiden, müssen die politischen Prozesse in der Genese von Institutionen beachtet werden beziehungsweise die Bedeutung sozialer Konflikte und Kompromisse bei der Übertragung in eine institutionalisierte Form. Institutionen verändern sich aufgrund von Verschiebungen in den politischen Koalitionen, auf denen sie beruhen. In der Regel erfolgen diese Änderungen inkrementell und kumulativ, manchmal jedoch

26 An dieser Stelle bleiben andere Schulen des (Neo-)Institutionalismus unberücksichtigt: So erklärt etwa der ökonomische Institutionalismus Veränderungen im Lichte neuer wirtschaftlicher Anforderungen und Interessen mithilfe schematischer Rational-Choice-Annahmen. Wie Streeck in einer Kritik an institutionalistischen Ansätzen ausführt, neigen diese insgesamt dazu, die Kategorie der »ökonomischen Institutionen« überhistorisch zu fassen – und nicht als solche Institutionen, die von der Wirkmächtigkeit der Kapitalakkumulation in spezifischer Weise berührt werden. »Institutions matter, their *Eigenlogik* rules supreme, but capitalism does not matter, and its *Eigenlogik* does not exist. Institutions may be constrained and shaped by their past or by other institutions, but not by their location in an unfolding historical process or by their association with a historical mode of production and social order« (Streeck 2009: 13). Der Fokus muss sich daher richten »not on *institutions as such*, and not even on *economic institutions*, but on the *economic institutions of capitalism*« (Streeck 2009: 231).

27 Institutionen werden in dieser Arbeit als fortwährend reproduzierte Regeln und Handlungsressourcen verstanden, als gesellschaftlich akzeptierte, relativ stabile Muster sozialer Interaktion. Sie erzeugen Verhaltensregelmäßigkeiten hinsichtlich sozialer Normen und der Verteilung und Anwendung von Macht. Institutionen gründen auf formellen Regeln (Verfassungen, Gesetze), weisen aber zuweilen auch einen informellen Charakter auf. Institutionalisierte soziale Beziehungen ermöglichen so bestimmte Formen sozialen Handelns oder schließen sie aus. Das Ziel von Institutionen besteht in der Schaffung stabiler, reziproker Handlungserwartungen und der Ermöglichung von Kooperationsbeziehungen. Durch (funktionierende) Institutionen werden die Handlungsspielräume durch eine Erwartungsstabilisierung erweitert.

auch abrupt und diskontinuierlich. Durch den Anbau neuer Elemente können signifikante Funktionsänderungen gestiftet werden. Gemeinhin wird institutioneller Wandel mit radikalen historischen Umbrüchen (Kriegen, Revolutionen, schweren gesellschaftlichen Krisen) in Verbindung gebracht. Darüber hinaus kann jedoch auch institutioneller Wandel nachgewiesen werden, der auf einem kontinuierlich-inkrementellen Wandel beruht, dennoch aber transformatorische Resultate zeitigt. Weitreichender Wandel muss zudem nicht durch einen exogenen Schock ausgelöst werden, sondern kann auf kleinere endogene Veränderungen zurückgehen (vgl. auch: Lawrence/Suddaby 2006).

Bei der Untersuchung des sozialen Wandels in historischer Perspektive gilt es, die Ebenen einer eher statischen institutionellen Reproduktion zu verlassen und die Folgewirkungen und Rückkopplungsschleifen von Institutionen in den Blick zu nehmen. Im Laufe ihrer Entwicklung können sich Institutionen selbst infrage stellen und damit das Gegenteil einer pfadabhängigen Reproduktion verkörpern. Während die institutionelle Reproduktion Phänomene bezeichnet, in denen routinierte Abläufe und Organisationsformen von Institutionen selbst im Kontext historischer Zäsuren überdauern – in der Volksrepublik wäre das oberflächlich betrachtet die KPCh –, können immer wieder auch Folgewirkungen von Institutionen beobachtet werden, die einen *evolutionären* Wandel anzeigen. Ebendiesem Wandel unterliegt in der Tat die KPCh. Auch wenn die in Institutionen dominierenden Akteure über längere Zeit bestimmte, zielgerichtete Intentionen verfolgen, kann es zu Veränderungen des Charakters der Akteure innerhalb der Institution sowie zwischen der Institution und ihrer Umwelt kommen, aus denen Diskrepanzen zwischen den ursprünglichen Zielen einer Institution und ihrer tatsächlichen Funktionsweise folgen.

Streeck/Thelen (2005) konzeptualisieren – vor dem Hintergrund der Frage, in welcher Weise die globale Liberalisierungstendenz seit den 1970ern auch vermeintlich stabile Institutionenensembles in nicht liberalen Kapitalismen überlagert – mehrere idealtypische Strategien und Mechanismen, die den schleichenden Wandel zentraler Institutionen entwickelter politischer Ökonomien zu erfassen versuchen und meiner Untersuchung als heuristische Werkzeuge dienen:

- Mit dem Begriff des *displacement* wird die Auflösung bestehender als inkohärent betrachteter Institutionen und ihre Ersetzung durch neue Einrichtungen beschrieben, wenn etwa ihre Steuerungsfähigkeit untergraben wurde. Er bezeichnet überdies den graduellen Einbau fremder Elemente in das Institutionensystem einer politischen Ökonomie – zum Beispiel die Adaption westlicher Sozialversicherungen in China, das heißt den Transfer von Institutionen, der ein institutionelles »Lego« repräsentieren kann (Höpner 2005: 8). Einstmals untergeordnete Institutionen können derart an Bedeu-

tung gewinnen, was sich etwa in intrastaatlichen Konflikten um den Aufstieg bestimmter Ministerien ausdrückt; das Gleiche trifft auf externe Einflüsse zu (beispielsweise, wie ich weiter unten nachzuweisen versuche, auf die Rolle westlicher Unternehmenspraktiken in China).

- Unter einer institutionellen Überlagerung (*layering*) verstehen Streeck/Thelen Prozesse, in denen es zur häufig erst einmal informellen Institutionenbildung neben und in Interaktion mit bereits bestehenden Institutionen kommt, die Änderungen in den bestehenden Institutionen hervorrufen. Im Unterschied zum Displacement werden nicht gänzlich neue Institutionen oder Regeln eingeführt. Akteurgruppen, die über zu wenig Macht verfügen, bestehende Institutionen zu beseitigen, führen vielmehr Modifikationen an Institutionen sozusagen flankierend herbei (Streeck/Thelen 2005: 24). In China übernahmen diese Rolle (wie in Kapitel 2 erläutert) halbstaatliche Unternehmen (TVEs), die einen Umstrukturierungsdruck auf den gesamten Unternehmenssektor ausübten. Neue Komponenten oder Funktionen werden an das bestehende Institutionensystem angelagert.
- Eine *conversion* bezeichnet hingegen Prozesse, in denen die Akteure in bestehenden Institutionen (zum Beispiel der Mitarbeiterstab eines Ministeriums) eine Anpassung vornehmen, und diese fortan neuen Zwecken dienen, auch wenn gewohnte Regeln erst einmal formal weiterbestehen. »Different from layering and drift, here institutions are not so much amended or allowed to decay as they are redirected to new goals, functions, or purposes« (Streeck/Thelen 2005: 26). Ebenso können Änderungen in den gesellschaftlichen Akteurkonstellationen den Sinn einer Institution fundamental verändern. Dabei wird der hierfür notwendige Anpassungsdruck durch die Einbindung neuer sozialer Gruppen erzeugt – in der Volksrepublik hat dies unter anderem im Rahmen der Integration von Unternehmern in den Partei- und Staatsapparat stattgefunden, wie ich weiter unten zu zeigen versuche.
- Das Phänomen des *drift* bezeichnet die Erosion oder Auflösung von Institutionen, die durch häufig vorsichtige Abweichungen von allgemein anerkannten Regeln in Gang gesetzt wurden. Würde in der Bundesrepublik Deutschland die Aufweichung des Systems kollektiver Tarifverträge als *drift* bezeichnet werden können – weil die hierfür taktgebenden Institutionen fortbestehen, jedoch immer weniger Arbeitnehmer absichern –, so wäre in Bezug auf China zu fragen, ob möglicherweise die schleichende Aushöhlung des strikten Einwohnermeldesystems (*hukou*) ein Beispiel für diesen Mechanismus des institutionellen Wandels ist.
- Der Begriff *exhaustion* weist schließlich auf die Möglichkeit des Erschöpfens von Institutionen im Zeitablauf hin, der im Zusammenbruch der Institution münden kann. In Kapitel 2 wird gefragt, ob der Verfall klassischer maoisti-

scher Politikstile und Institutionen in den 1970ern und 1980ern eventuell ein Beispiel dieser Form des Wandels darstellt.

Der Wandel des chinesischen Institutionensystems scheint von Elementen aller fünf Veränderungsmodi tangiert worden zu sein. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird jedoch zu klären sein, ob bestimmte Veränderungsmodi möglicherweise einen größeren Einfluss als andere hatten.

1.2.3.3 *Kapitalismus mit »chinesischen Charakteristika«? Zur Rolle ideeller und historisch-kultureller Bestände*

Kapitalistische Triebkräfte vermitteln sich immer mit normativen und kulturellen Traditionen. Auch wenn in China Momente der »westlichen« Kultur adaptiert worden sind, trägt die Gesellschaft historisch-kulturelle Traditionsbestände mit sich: Neben älteren historischen Traditionen – in der internationalen Diskussion wird dabei der *konfuzianischen Tradition* und den *engen, interpersonalen Beziehungsnetzwerken (guanxi)* eine hohe Bedeutung beigemessen – gehört hierzu der *Sino-Marxismus*, der das sowjet-marxistische Modernisierungsmodell nach 1949 zu imitieren suchte, es jedoch erheblich modifizierte und auch aus diesem Grund einen eigentümlichen Weg in die Moderne begründete (vgl. Arnason 2003b).

Historische und soziokulturelle Traditionen verursachen wie erwähnt Pfadabhängigkeiten, die globale Konvergenzprozesse infrage stellen. Im Falle Chinas argumentieren Historiker, historische Soziologen und Anthropologen beispielsweise dafür, dass zur Erklärung der außerordentlichen wirtschaftlichen Dynamik ältere handelskapitalistische Traditionen Chinas und Ostasiens einbezogen werden müssen (Pomeranz 2000; Hamilton 2006a). Die reiche Tradition handelskapitalistisch orientierter, auf Verwandtschaftsbasis agierender Gruppen in China, die über Jahrhunderte mit der vorherrschenden »tributären« Staatsklasse koexistierten, jedoch niemals eine dominante Stellung errangen, sind demnach im Verlaufe des 20. Jahrhunderts im Rahmen der neuen »Tributherrschaft« der KPCh zu einem Motor der wirtschaftlichen Restrukturierung geworden (Gates 1996). Anderen Autoren zufolge zehrt der Aufstieg des Kapitalismus in China von weiteren kulturellen Traditionen – auch und gerade der Überseechinesen. Dazu gehören Familienwerte, netzwerkbasierte Beziehungen (*guanxi*) und paternalistische Autoritätsstrukturen. Der Geist des chinesischen Kapitalismus wird ferner als konfuzianisch beschrieben (vgl. Redding 1990; Yang 2002).²⁸ Nachdem der Diskurs lange von einer an Weber angelehnten Theorie dominiert

28 Ähnlich argumentieren neoweberianische Ansätze, die ostasiatische Geschäftssysteme, Netzwerke der Exilchinesen und neuerdings Prozesse der kapitalistischen Entwicklung auf dem chinesischen Festland untersuchen (Redding 2005; Whitley 2002; Yeung 2004).

war, der zufolge das Unvermögen Chinas zur Modernisierung ursächlich in den statischen traditionellen Werten einer konfuzianisch geprägten Kultur lag, wird gegenwärtig häufig auf gegensätzliche Annahmen rekurriert. Nunmehr gelten gerade bestimmte Werte des Konfuzianismus wie Fleiß und Sparsamkeit als Stimulus der ökonomischen Dynamik. Eine konfuzianische Lebensführung gilt dann gewissermaßen als Äquivalent der »protestantischen Ethik« (vgl. Pohlmann 2002; Arnason 2003a).

In der neueren historisch-soziologischen Forschung werden weitere Argumente dafür benannt, weshalb in China (und Ostasien) günstige Voraussetzungen für eine kapitalistische Dynamik bestanden. In der ostasiatischen Region, das heißt in China, Japan und Korea, hatten kumulierte Erfahrungen historisch folgenreiche Konsequenzen: Im Vergleich zu anderen Weltregionen beruhte die ostasiatische Geschichte auf einer relativen Kontinuität, die über einen langen Zeitraum in der relativen Beständigkeit der chinesischen Kultur ihre Grundlage hatte (Arnason 2003a: 304–308). Was die ostasiatische Geschichtsregion in der Vormoderne zudem verbindet, ist die im Unterschied zur indischen, islamischen oder auch zur späteren westlichen Welt entwickeltere und kontinuierlichere Existenz staatlicher Strukturen, die langwierige Prozesse der Nationenbildung anregten.

[In China] the result was [...] a more marked cultural unity than any other imperial order has achieved, and – in due course – an enduring ambition to transform this legacy into a full-fledged national identity. (Arnason 2008: 401)

Schließlich verbindet den vormodernen ostasiatischen Raum eine im Vergleich zu anderen Weltregionen geringere ausländische Machteinflussnahme. Selbst der Kolonialismus im 19. und 20. Jahrhundert war trotz der intensiven westlichen Einflussnahme eine überwiegend mit dem japanischen Imperialismus verbundene Erfahrung. Die relative Begrenztheit der westlichen Präsenz und Militärmacht begründete einen Bewegungsspielraum bei der Rezeption und Adaption westlicher Modelle und den kapitalistischen Modernisierungen in Ostasien.

Freilich ist die China- und Ostasienforschung aber jenseits der gerade vorgestellten Perspektiven eine lange Zeit von Ansätzen beeinflusst worden, deren Herangehensweise als *kulturalistisch* beschrieben werden kann (vgl. Weggel 1997, 1999; Pye 1998, jüngst selbst: Jacques 2009). Der Konfuzianismus droht hier, derart abstrahiert, in seinen Merkmalen essenzialisiert zu werden (Dirlik 1997: 311).²⁹ Mit dieser »China-ist-China-ist-China«-Engführung lässt sich eine ver-

29 Eher müsste die Veränderungsdynamik »konfuzianischer« Vorstellungen vor dem Hintergrund differierender historischer Kontexte untersucht werden. Der Konfuzianismus wurde zu verschiedenen Zeitpunkten, ebenso wie von differierenden sozialen Gruppen, unterschiedlich interpretiert (Zurndorfer 2004).

gleichende Perspektive nicht vereinbaren. Es kommt diesen Ansätzen vielmehr darauf an, die Einzigartigkeiten Chinas herauszustellen – die konfuzianischen Elemente der Wirtschaft etwa, die auf Konsensorientierungen sowie auf das Kollektiv bezogene Verantwortungsethiken verweisen würden.³⁰ Das heutige China sollte Jacques zufolge als »civilisational-state« betrachtet werden, der im Unterschied zum »westlichen« Nationalstaat eine über zweitausendjährige Tradition in sich weiterleben lässt (Jacques 2009: Kapitel II). Seinen wichtigsten moralischen Bezugspunkt bildet der Wille zur Einheit des chinesischen Volkes. Während im Westen das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in einer Weise konstruiert sei, in der die Autorität und Legitimität eines Staates wesentlich aus demokratischen Prozessen resultieren, bezieht der chinesische »civilisational-state« seine Legitimität aus seiner Rolle als Repräsentant der chinesischen Zivilisation. »Chinesen« empfinden Jacques zufolge den Staat als Oberhaupt der Familie, wohingegen in westlichen Gesellschaften die Staatsmacht regelmäßig als störend betrachtet wird und begrenzt werden soll.³¹ Einerseits verhält sich dieser flexibler als National-Staaten – das Modell zur Integration Hongkongs »one country, two systems« steht sinnbildlich hierfür –, andererseits weist er doch im Kontrast zu multiethnischen Gesellschaften eine selten einheitliche Identität auf, den Han-Nationalismus.

In einer kulturalistischen Perspektive werden zudem häufig vormoderne Lebenserscheinungen bruchlos auf moderne Begriffe gebracht.³² Ebenso drohen vorschnelle Parallelen zwischen Kaisern und KP-Führern oder zwischen Konfuzianismus und Kommunismus der Kraft der Tradition ein zu hohes Gewicht beizumessen: »The problem with the China-is-China-is-China school is that although there are parallels between imperial and contemporary China, they are incomplete. Accepted too rigidly, these parallels are misleading« (Dreyer 1996: 13). Dass das imperiale China ab dem 19. Jahrhundert gerade aufgrund

30 Als Leitlinien rationalen Verhaltens galten in China historisch relativ statische und hierarchische Ordnungsvorstellungen, Reziprozität sowie ein familienbasierter »Kollektivismus«. Zugleich bildete der Respekt gegenüber vertikal beziehungsweise paternalistisch ausgerichteten Strukturen die Grundlage legitimer Herrschaft.

31 Ebenso wenig habe in China das Verhältnis zwischen »Staat« und »Wirtschaft« eine ausschlaggebende Bedeutung, es werde »ganzheitlich« gedacht, nicht dichotomisch (Hartmann 2006: 174). Eine *Verschränkung* von Staat und Gesellschaft könne als historische Konstante betrachtet werden (Schmidt-Glintzer 2008: 263–264).

32 Zweifellos können kulturelle Erklärungsansätze interessante Ergebnisse zeitigen, zum Beispiel wenn subjektive Aspekte des Handelns im Zusammenhang mit kulturellen Praktiken untersucht werden. Für den Versuch, die komplexe Verbindung von Handelspraktiken in China (am Beispiel der Stadt Wenzhou) nachzuzeichnen, in denen rituelle Praxen und ländliche, auf Verwandtschaftsbasis beruhende Haushaltsökonomien mit maoistischen und exilchinesisch-kapitalistischen Elementen verknüpft wurden, vergleiche Yang (2000).

der verstärkten Einflussnahme der westlichen Mächte und Japans in eine fundamentale Krise geriet, die viele der als sakrosankt geltenden Traditionen infrage stellte, droht derart außer Acht gelassen zu werden. Auch wenn an bestimmte soziokulturelle Traditionen angeknüpft wurde und wird, galt es doch erst einmal – zu Beginn des 20. Jahrhunderts weniger erfolgreich, mit der Machtübernahme der Maoisten allerdings nachhaltig – eine radikale Modernisierung und damit Überwindung von traditionellen, vormodernen Formen zu bewältigen.

Als wesentliche Unzulänglichkeit kulturalistischer Ansätze erscheint ferner das Fehlen einer Einbettung der jüngeren historischen Entwicklung Chinas (und Ostasiens) in die globalkapitalistische Ordnung. Dies soll hier abschließend mit Dirlik festgehalten werden:

The problem with »Chineseness« based explanations of Chinese capitalism is that they suppress the structural context within which this capitalism has arisen. Whatever resemblances it may have in particulars to past practices, this capitalism has acquired an identity of its own only in the very recent past with the success of East and Southeast Asian societies, which has empowered the projection of this newfound identity upon the more remote past and its assertion against others, in particular Euro-American capitalism [...]. We need not deny creativity to, or the increasing autonomy of, Chinese capitalism to recognize nevertheless that economically speaking, the structural context for this success resides in a Global Capitalism in which the United States and Japan have been the key players. A product of such a Global Capitalism, so-called Chinese capitalism remains dependent on the functioning of the global economy and has been shaped largely by its requirements. (Dirlik 1997: 315–316)

Annahmen, die allein eine Kontinuität kultureller Faktoren betonen, können den Wandel in China demzufolge nicht hinreichend erklären. Um einem kulturellen Determinismus und übertriebenen innerzivilisatorischen Homogenitätsunterstellungen Vorschub zu leisten, gilt es im Gegenteil widersprüchliche historische Verläufe und die Interaktionen zwischen »Kulturen« zu erforschen, die miteinander verwobene Formen der kapitalistischen Modernisierung(en) erzeugten.³³

1.2.4 Fünf Dimensionen des Kapitalismus

Um die These zu prüfen, der zufolge die politische Ökonomie Chinas im Rahmen einer weit gefassten Kapitalismusanalyse plausibel gefasst werden kann, wird nun auf Grundlage der bisherigen Überlegungen der Untersuchungsrahmen konkretisiert: Ich unterscheide hierfür fünf Dimensionen kapitalistischer

33 Zur Diskussion der transkulturellen Grundlagen chinesischer Institutionen und ihrer Analogie zu westlichen Institutionen am Beispiel des Werkes von Adam Smith und Konfuzius vergleiche Herrmann-Pillath (2007).

Systeme in Raum und Zeit.³⁴ Da die Mischungsverhältnisse dieser in allen Kapitalismen auftretenden Grundkomponenten jeweils unterschiedliche Variationen des Kapitalismus hervorbringen – und in ihnen die drei als zentral identifizierten Akteurgruppen (Unternehmen, staatliche Akteure, Arbeiter) jeweils eine (zumal ungleiche) Rolle spielen –, soll hiermit dem Anspruch der Identifikation einer übergreifenden Identität kapitalistischer Triebkräfte und Handlungsorientierungen auch und gerade im Hinblick auf die realhistorische Vielfalt des Kapitalismus Rechnung getragen werden.³⁵

1.2.4.1 Die horizontale Achse kapitalistischer Sozialbeziehungen

Die erste Dimension kapitalistischer Systeme bezieht sich auf die instabile Dynamik von Märkten und Unternehmen sowie die Bedeutung von konkurrenzgetriebenen ökonomischen Prozessen. Die Notwendigkeit der erweiterten Akkumulation und Innovation setzt sich in kapitalistischen Ökonomien vermittelt durch die *Konkurrenz* zwischen Unternehmen durch. Diese wirkt als sozialer Sanktionsmechanismus, der jedes Einzelkapital dem Zwang zur Akkumulation bei Strafe der Existenzgefährdung unterwirft. Im Unterschied zu vorkapitalistischen Marktformen generiert die wettbewerbsgetriebene Akkumulation eine für kapitalistische Märkte typische, ungleichzeitig-kombinierte, krisenhafte Dynamik. Um den Begriff der Konkurrenz nicht unscharf werden zu lassen, könnte man ihn handlungstheoretisch als Antizipation einer potenziellen Gefährdung fassen: In einem durch viele Akteure strukturierten Feld existiert das Potenzial eines Wettbewerbers oder eines neuen Mitbewerbers, an den potenziellen Gewinnen zu partizipieren und/oder Marktanteile an sich zu reißen. Die Beziehung erzeugt einen Zwang zur ständigen Reinvestition und zur Innovation der Produktionsprozesse, des Vertriebsnetzes usw.

Unter den Bedingungen der wettbewerbsgetriebenen Akkumulation sind die beteiligten Produktionseinheiten dazu genötigt, zu verkaufen um zu kaufen, zu kaufen um zu überleben und sich zu reproduzieren sowie schließlich zu expandieren und zu innovieren, um die ökonomische Position gegenüber anderen Produktionseinheiten zumindest halten zu können. Unter diesen Voraussetzun-

34 Der in dieser Arbeit verwendete Ansatz erinnert damit an die Unterscheidung von fünf institutionellen Formen bei Boyer (2005: 13–14; vgl. Becker 2002; ten Brink 2008: 60–76).

35 Die im Folgenden idealtypisch präsentierten Dimensionen treten in unterschiedlichen *historischen Phasen* des Kapitalismus in diversen Kombinationen auf. Ebenso betrifft das die Hierarchie zwischen den verschiedenen Merkmalen, das heißt, es können historische Konstellationen auftreten, in der bestimmte Dimensionen so viel Wirkmacht besitzen, dass sie andere Grundkomponenten dominieren (wie das etwa in der These des Staatskapitalismus oder der These eines finanzdominierten Akkumulationsregimes zum Ausdruck kommt; vgl. Boyer 2000).

gen entsteht die Notwendigkeit, Waren für den Markt zu produzieren, anstatt Reproduktionsbedürfnisse direkt zu befriedigen, und Kapital zu akkumulieren, das heißt, das Mehrprodukt für die Erweiterung der Produktion zu verwenden (Brenner 2006). Die hiermit verbundene Bewegung verkörpert ein Spezifikum des Kapitalismus,

da es überhaupt kein Maß dafür gibt, was eine ausreichende Verwertung ist. [Dem] entspricht die Tendenz zur Steigerung sowohl des *Grades der Verwertung* (d.h. Steigerung der Profitrate [...]) als auch der *Größe des zu verwertenden Kapitals* (d.h. der Akkumulation des erzielten Profits sei es als Investition in produktives oder in zinstragendes Kapital). (Heinrich 2003: 314–315)

Kapitalistische Märkte sind nur bis zu einem gewissen Grad steuerbar. Zugleich werden kapitalistische Marktwirtschaften nicht allein durch marktförmige Prozesse, sondern auch durch weitere Koordinationsmechanismen gesteuert: (Firmen-)Hierarchien, Netzwerke beziehungsweise Clans, Verbände und staatliche Institutionen. Märkte entsprechen nicht dem neoklassischen Idealmodell des Wettbewerbs, sondern werden durch Netzwerke, aber auch Kartelle oder Monopolisierungstendenzen modifiziert. Die institutionellen Voraussetzungen und Kontexte, unter denen sich der Akkumulationszwang durchsetzt, bestimmen insofern die Kooperations- und Konkurrenzverhältnisse zwischen Unternehmen.³⁶

1.2.4.2 Die vertikale Achse kapitalistischer Sozialbeziehungen

Die Struktur der Lohnarbeitsverhältnisse, die hiermit verbundenen Formen der Arbeitsteilung sowie die Entstehung korporatistischer Arbeitsbeziehungen bilden eine weitere Grundkomponente des Kapitalismus.

Die instabile Dynamik kapitalistischer Systeme resultiert nicht nur aus den horizontalen Beziehungen zwischen den auf Märkten agierenden Unternehmen. Soziale Stratifizierungen und insbesondere die vertikale »Klassenpolarisierung zwischen Vermögensbesitzern und Vermögenslosen und die durch sie geschaffene sozialstrukturelle Spannung« ist eine weitere »objektive Grundbedingung kapitalistischer Dynamik« (Deutschmann 2009a: 38; vgl. Wright 1997).³⁷ Der Kapitalismus als soziale Ordnung beruht auf der partikularen Aneignung der

36 Hierzu gehören, wenn sich spezifische Interessen von Unternehmen bündeln und daran ein subjektives Interesse geknüpft wird, auch verschiedene *Kapitalfraktionen* beziehungsweise Unternehmensallianzen.

37 Die Verfügung beziehungsweise die Nicht-Verfügung über Kapitalvermögen stellt somit eine besondere Form sozialer Ungleichheit dar, die sich von ständischen oder ethnischen Formen der Ungleichheit unterscheidet. »In der Inklusion der freien, d.h. im Gegensatz zur Sklavenarbeit auch subjektiv eingebundenen Arbeitskraft in den Markt – dies ist die Marx zu verdankende Erkenntnis – liegt der Ursprung kapitalistischer Dynamik« (Deutschmann 2009a: 13).

produzierten Waren, die wiederum nicht auf einem zuvor hergestellten gesellschaftlichen Konsens gründet.³⁸ Die Abhängigkeit der (untereinander in Konkurrenzverhältnissen stehenden) Arbeiter und Angestellten von der Nachfrage nach Arbeitskraft, die Dispositionsmacht der Kapitaleigner über die Formen der Nutzung der Arbeitskraft sowie das Recht zur Aneignung des von den Lohnabhängigen erzeugten Mehrprodukts begründen mit anderen Worten einen spezifischen *Herrschaftscharakter* des Lohnarbeitsverhältnisses. Dieser schränkt die Partizipationsmöglichkeiten an den ökonomischen Entscheidungs-, Planungs- und Kontrollprozessen über Produktion, Verteilung und Konsumtion ein.

Historisch haben sich institutionelle Mechanismen etabliert, die die Klassenpolarisierung abzumildern versuchen – diverse Varianten des *Korporatismus*, das heißt Abstimmungsprozesse zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Staat. Verbunden sind hiermit vorherrschende, jedoch umkämpfte Normen und Werte, die, je nach theoretischer Herkunft, als Rechtfertigungsordnungen oder hegemoniale Konstellationen beschrieben werden (vgl. exemplarisch: Burawoy 1985; Wright 2000). Zugleich nährt die Klassenpolarisierung ein starkes Aufstiegsmotiv und die Innovationskonkurrenz (Deutschmann 2009a). Denn zur Umsetzung dieser sozialen Spannung in wirtschaftliche Dynamik kommt es vor allem dann, wenn eine Situation existiert, in der die *strukturelle* Klassenpolarisierung *individuell* überwindbar erscheint.

1.2.4.3 Geldverhältnisse und Finanzsysteme

Kapitalistische Gesellschaften sind auf Geld- und Finanzsysteme angewiesen: Das Geld vermittelt den Austausch von Waren. Der Kreislauf des industriellen Kapitals beispielsweise gewinnt durch den Mechanismus des Kredits oder des Verkaufs von Aktien seine charakteristische Elastizität. Geld vermittelt jedoch nicht nur Tauschprozesse, sondern kann in Form des Finanzkapitals ein »Eigenleben« führen (Marx 1986). Da die Expansion der Kapitalakkumulation vom Kredit abhängt, schließen moderne Kreditbeziehungen gewissermaßen die Kommodifizierung der Zukunft ein:

Capitalism, in other words, is more dynamic than other economic systems because it has found ways to turn promises and expectations into presently available resources, enabling the economy at any point in time to invest and consume more than it has already produced. By creating

38 An dieser Stelle ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass juristisches Eigentum und faktische Verfügungsgewalt über Produktionsmittel in kapitalistischen Systemen in dem Maße auseinanderfallen können, wie die juristischen Eigentümer die Verfügungsmacht ganz oder partiell, freiwillig oder unfreiwillig, an andere Akteure abtreten (an Manager, Staaten, evtl. auch Mitbestimmungsorgane). Die Verstaatlichung von Unternehmen kann aus diesem Grund lediglich eine Formveränderung der Aneignung des Mehrprodukts verkörpern (Solga 1995: 58).

binding obligations for individuals to devote long stretches of their future lives to working toward paying off their debts, the economy redeems the advances it continuously draws on its future production. While profit is the carrot of capitalist growth, debt is the stick.

(Streeck 2010b: 25)

Geld beziehungsweise das in Kapital verwandelte Geld spielt in den historischen Kapitalismen darüber hinaus mitnichten nur eine ökonomische Rolle, sondern verkörpert eine Quelle utopischer Verheißung und kann die Funktion der Repräsentation der »Einheit« der Gesellschaft übernehmen.

Geld ist – dies erkannte bereits Simmel – die Basis moderner, funktional differenzierter Vergesellschaftung. Recht, Wissenschaft und Politik sind nicht möglich ohne Organisationen; Organisationen aber sind nicht möglich ohne Geld. Und schließlich: Indem das Geld persönliche in funktionelle Abhängigkeiten verwandelt, erlaubt es den Individuen erst, sich durch Abgrenzung gegen die Anonymität des Geldes selbst zu finden. Damit ist das Geld nicht nur die Basis der organisierten, sondern indirekt auch der intimen Sozialgebilde. (Deutschmann 2009a: 20)

Darüber hinaus wird der Grad der staatlichen Beeinflussung des Finanz- und Bankensektors zu einer zentralen Determinanten der Durchgriffstiefe des Staates in der Wirtschaft.

1.2.4.4 *Wirtschaft und Staat*

Auf Grundlage der historischen Erkenntnis, dass Unternehmen und Märkte keine fortwährende Selbstregulierung aufbieten können (Polanyi 1978), eine »market road to a market economy« nicht realisierbar ist, und historisch ein harter Staatskern als essenzielle Voraussetzung für diesen Wandel und dessen Verstetigung fungierte, lautet eine zentrale These meiner Arbeit, dass sich der Parteistaat in China gegenüber den Vermarktlichungstendenzen nicht zurückzieht, sondern er zur Konstituierung einer neuartigen Form des Kapitalismus beiträgt, weiterhin wird und in diesem Sinne selbst als zentraler Bestandteil des neuen chinesischen Kapitalismus gefasst werden muss. Da die Interaktionen zwischen »ökonomischen« und »politischen« Akteuren komplexe Prozesse verkörpern und nicht lediglich in der sozialwissenschaftlichen Chinaforschung sehr unterschiedlich konzeptualisiert und beschrieben werden, wird der vierten Dimension kapitalistischer Sozialordnungen an dieser Stelle mehr Platz eingeräumt.

Erstens erörtere ich Grundlagen moderner Staatlichkeit, zweitens Formen der staatlichen Intervention und Regulierung sowie, drittens, Handlungen politischer Akteure, in denen diese unmittelbar unternehmerische Funktionen ausüben. Dabei plädiere ich dafür, über schroffe Gegensetzungen von Markt und Staat hinauszugehen und zu untersuchen, wie sich Wirtschaft und Staat strukturell verkoppeln und, gewissermaßen ko-konstituierend, historisch entwickeln.

(1) Als ein zentrales Merkmal kapitalistischer Gesellschaften kann das wechselseitige Angewiesensein von Staat und Wirtschaft gelten. Wirtschaft und Politik begründen ein Geflecht, das durch strukturelle Interdependenzen gekennzeichnet ist (vgl. Block 1994; Brand 2006; Hirsch 2005; Mann 1998; Offe 2006). Der Staat spielt bei der Gestaltung wirtschaftlicher Vorgänge eine konstitutive Rolle. Er sanktioniert Vertragsverhältnisse, dirigiert und/oder koordiniert Infrastrukturmaßnahmen und stellt den Unternehmen ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung. Gegenüber nicht hierarchischen Regelungsformen und in Verhandlungssystemen verfügt die staatliche Seite häufig »über am Ende ausschlaggebende Interventionsmöglichkeiten« (Mayntz 1996: 159), sei es in der Form der rechtlichen Ratifizierung, oder der letztinstanzlichen Entscheidung bei Nichteinigung. Dies liegt darin begründet, dass alleine Staaten über die notwendigen Zwangsmittel, das heißt ein legitimes Gewaltmonopol, verfügen, die diejenigen institutionellen Grundlagen zu schaffen *und* aufrechtzuerhalten vermögen, die die kapitalistische Vergesellschaftung allererst ermöglichen. Ein funktionierender Staat bedarf hierfür der zumindest relativen Unabhängigkeit gegenüber den gesellschaftlichen Klassen, Verbänden usw. – wenngleich die Staatsmacht realiter ein Kondensat institutionell und diskursiv vermittelter Prozesse in sich wandelnden gesellschaftlichen Kräftekonstellationen verkörpert. Als ein Terrain von sozialen Auseinandersetzungen sind staatliche Institutionen permanent Gegenstand von Instrumentalisierungsbemühungen.

Nicht nur die Unternehmen sind abhängig von den jeweiligen staatlichen Instanzen, umgekehrt hängt die Existenz des Einzelstaates von den erfolgreichen Aktivitäten der Unternehmen auf seinem Territorium (und darüber hinaus) ab. Einzelstaatliche politische Apparate sind strukturell von einer gelingenden Akkumulation innerhalb ihres Hoheitsgebietes abhängig, weil diese die Besteuerungsgrundlagen sichert. Aus diesem Grund

lautet der generelle und oberste politische Vermeidungsimperativ, alles zu unterlassen beziehungsweise zu unterbinden, was die ökonomische Prosperität gefährden könnte. Positiv formuliert, muss der Staat ein »gesundes Investitionsklima« herstellen und wahren beziehungsweise wiederherstellen, um zu verhindern, dass die Unternehmen von ihrem »negativen Eigentumsrecht« – dem Recht, nicht zu investieren – Gebrauch machen.

(Schimank 2009: 259)

Insgesamt geht es meiner Betrachtungsweise also weniger darum, das *Ob*, als vielmehr das *Wie* der Staatsintervention zu beleuchten.³⁹ Es lässt sich hierfür an Polanyi anschließen, der analog zu seinem Begriff der drei »fiktiven« Waren –

39 Vergleiche aus der Perspektive der Untersuchung von »Entwicklungsstaaten«: Evans (1995: 3–20).

Arbeitskräfte, Boden und Geld (Polanyi 1978: 102–112) – drei Koordinationsprobleme identifizierte, die durch Märkte allein nicht gelöst, sondern erst mithilfe staatlicher Arrangements bearbeitet werden können. Erstens werden im Zuge der Schaffung von Sozialversicherungen, Bildungseinrichtungen, Migrationskontrollpolitiken und von Systemen der (kollektiven) Lohnfindung das Angebot von und die Nachfrage nach *Arbeitskräften* sowie die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit reguliert. Zweitens bleibt die private Verfügung über *Kapital, Land und Boden* der staatlich garantierten Vertragsfreiheit, Eigentumsgesetzen, Nutzungsrechten und weiteren Regulierungen unterworfen. Selbst das *Geld* oder zumindest die Geldmenge wird, *drittens*, über Zentralbanken und weitere Regulierungsbehörden (heute partiell auch international) bis zu einem gewissen Grad gesteuert. Polanyis Ansatz kann noch um weitere Koordinationsprobleme ergänzt werden (vgl. Block 2005). So wird *Wissen*, eine weitere fiktive Ware, in hohem Maße durch nichtmarktliche Institutionen wie Universitäten, Forschungseinrichtungen, Formen kollektiver Arbeit in Unternehmen, die die »Wissensarbeit« betreffen, koordiniert. Schließlich werden zur Aufrechterhaltung des Marktwettbewerbs Koordinationsanstrengungen wirksam gemacht, unter anderem Antitrust-Gesetzgebungen und Kartellrechte.

(2) Um die Bedeutung distinkter politischer Systeme für die Herausbildung von Kapitalismen bestimmen zu können, muss in einem weiteren Schritt unterschiedlichen *Mechanismen und Strategien der staatlichen Intervention und Koordination* Rechnung getragen werden. Diese haben sich im Verlaufe der historischen Entwicklung seit dem späten 19. Jahrhundert erheblich erweitert. In neueren staats-theoretischen Untersuchungen wird zwischen einer *marktvermittelten Ex-post-Koordination*, einer *hierarchisch* verordneten *Ex-ante-Koordination*, einer durch Prozesse der Selbstorganisation, vermittelt über Netzwerke, Verhandlung und Deliberation gesteuerten, *heterarchischen* Koordination sowie einer auf Solidarität aufbauenden *Kooperation* unterschieden. Staatliche Machthaber beschränken sich in der Regel nicht auf das hierarchische Kommando, sondern kombinieren Formen der Governance auf spezifische Weise. Um Marktfehler und Inkohärenzen zu kompensieren, werden zudem diverse Interventionsmethoden kombiniert. Man spricht dann von »Meta-Governance« oder von der »Governance der Governance« (vgl. Jessop 2007: 207–224, vgl. Brand 2006; V. Schmidt 2009). Zugleich gilt es, den Staat zu disaggregieren, das heißt, unterschiedliche *räumliche* und *administrative* Ebenen zu berücksichtigen. Zur Untersuchung des lokalen Staates und der räumlichen Ebenen unterhalb der Zentralregierung ziehe ich zu diesem Zweck einschlägige Literatur aus der sozialwissenschaftlich orientierten Geografie heran (vgl. Brenner 2004; Brenner/Heeg 1999; Harvey 1989; Krumbain et al. 2008).

Wirtschaftspolitisch greifen moderne Staaten auf direkte und indirekte Methoden zurück, um die nationale Volkswirtschaft zu beeinflussen.⁴⁰ So kann der Staat, nach Maßgabe einer keynesianischen Nachfragepolitik, in Form von (antizyklischen) *fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen* agieren, um volkswirtschaftliche Effekte zu erzielen.⁴¹ Er greift dabei nicht in die Investitionsentscheidungen der Unternehmen ein, plant nicht in einem strengen Sinne, sondern er *reguliert*. Weiter reicht dagegen die *indikative Planung*, die in den gemischten Wirtschaften des Nordens nach 1945 angewandt wurde: Der Staat verhandelt mit Investoren über Grundlinien des Wachstums und empfiehlt ein wünschenswertes Verhalten der Privatunternehmen, ohne allerdings grundlegend in die Besitzverhältnisse einzugreifen. Im Unterschied zu dieser Form der Koordination privater und öffentlicher Sektoren ist die *imperative Planung* vollzugsverbindlich; der Staat schreibt bestimmte Verhaltensweisen zwingend vor und greift gegebenenfalls in die Investitionsentscheidungen ein. Diese Form der direkten Intervention fand historisch in einigen Entwicklungsstaaten, aber auch etwa in westlichen Kriegswirtschaften Anwendung.

Die strukturellen Interdependenzen zwischen Wirtschaft und Staat in kapitalistisch dominierten Gesellschaften treten historisch in unterschiedlicher Weise auf und konstituieren auch deshalb variierte Formen des Kapitalismus. Eine besonders wichtige Rolle nahmen politische Instanzen in den verschiedenen Varianten des staatlichen Dirigismus ab den 1930ern ein, dem keynesianischen Interventionsstaat im Westen, dem Entwicklungsstaat im Süden und auch im Osten. In diesem Zusammenhang wurde der *Begriff des staatlich gelenkten Kapitalismus* oder des *Staatskapitalismus* genutzt.⁴² In der neueren Kapitalismusforschung

40 In ähnlichem Maße gilt dies für die Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Allerdings verfügen vor allem die mächtigsten Staaten über solche Möglichkeiten, um auch wirtschaftliche Prozesse außerhalb ihres Hoheitsgebietes beeinflussen zu können.

41 In den Wirtschaftswissenschaften argumentieren Ökonomen um Masahiko Aoki mit dem Theorem des »market enhancing«, das heißt, staatliche Akteure helfen dem privaten Sektor bei der Überwindung von Koordinationsproblemen. Ähnlich der Annahme struktureller Interdependenzen zwischen Staat und Wirtschaft sowie von Grenzen der politischen Steuerung heißt es: »In analyzing the capability of government to facilitate private-sector coordination, the behavior of government should be treated as constrained by its limited information-processing capacity and the incentives of government can be seen to be influenced by the political economy of its institutions and interactions with the private sector« (Aoki/Murdock/Okuno-Fujiwara 2005: 2).

42 So vertrat etwa Friedrich Pollock in den 1940ern die Position, dass eine neue Form des organisierten Kapitalismus, der »Staatskapitalismus«, die Wert- und Akkumulationsgesetze außer Kraft setze und alte Krisenmechanismen nicht mehr greifen würden (Pollock 1975). Später optierten kritische Gesellschaftstheoretiker dafür, auch die unterschiedlichen Varianten des Realsozialismus als Formen eines »bürokratischen Kapitalismus« beziehungsweise »bürokratischen Staatskapitalismus« zu fassen (vgl. für frühe Arbeiten zu diesem Thema: Castoriadis 1988; Cliff

versucht Schmidt mit dem Staatskapitalismusbegriff Länder wie Frankreich von koordinierten Marktwirtschaften wie der BRD abzugrenzen (Schmidt 2000). Zur Untersuchung unter anderem von osteuropäischen und zentralasiatischen Transformationsländern wird mit der Kategorie des »politischen« Kapitalismus im Sinne Webers (Eyal/Szelényi/Townsley 2000) oder des Staatskapitalismus, als einer seiner Varianten, gearbeitet (Schneider 2008; Lane/Myant 2007). Auch asiatische Kapitalismen und aufstrebende Schwellenländer werden wie bereits erwähnt als staatlich gelenkte beziehungsweise durchdrungene Kapitalismen beschrieben.

Weil sich hinsichtlich wirtschaftspolitischer Maßnahmen der Vergleich Chinas mit anderen süd- und ostasiatischen Ländern anbietet, schließe ich kritisch an Konzepte des Entwicklungsstaates an. Für den Erfolg eines Entwicklungsstaates ganz besonders wichtig ist die Frage, ob der nationale Staat ausreichend soziale Kohärenz erzeugt, um eine enge Partnerschaft zwischen den lokalen politischen *und* wirtschaftlichen Machteliten zu erzeugen (vgl. Gerschenkron 1966). Hierfür muss er erstens mit einer effektiven, Regeln befolgenden Bürokratie ausgestattet sein und innerhalb des Staatsapparates muss sich die bürokratische Rationalität im Sinne einer angemessenen Machtverteilung zwischen Ministerien und/oder Planstäben spiegeln (Evans 1995). Zweitens gilt es, ausreichende Kapazitäten für eine Disziplinierung der privaten Unternehmenssektoren zu besitzen, die, wie Chibber am Beispiel Indiens erklärt, nicht automatisch eine Rolle als »nationale« Bourgeoisie übernehmen, das heißt, die Entwicklung der Nation betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten überordnet (Chibber 2003).

(3) Der Staat kann darüber hinaus selbst als Unternehmer in Erscheinung treten. Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik moderner Staaten müssen die Staatsintervention sowie das Staatseigentum daher keine Negation kapitalistischer Mechanismen darstellen, sondern können als eine unter mehreren Formen der partikularen Verfügung über ökonomische und politische Macht fungieren – etwa in der Form des Staatskapitals. Staatliche Einheiten können sich damit dem Akkumulations- und Konkurrenzimperativ unterwerfen (Lin 2011: 70).

Da lokale staatliche Akteure in China beziehungsweise lokale privat-öffentliche Allianzen geradezu als Brutstätte der Entwicklung der Produktivkräfte wirken, gilt es, nicht allein den »Privat«-Unternehmer beziehungsweise Eigentümer als kapitalistischen Akteur zu identifizieren. Denn nicht lediglich Individuen oder eine aus mehreren Personen zusammengesetzte Kapitalgesellschaft, sondern

1974; Harris 1978; Szelényi 1982; einen Überblick über neuere Arbeiten zu diesem Thema bietet: Haynes 2002; Solga 1995; Resnick/Wolff 1989).

auch staatliche Funktionsträger beziehungsweise Instanzen, besonders auf lokaler Ebene, können als *exklusiver*, kontrollierender Eigentümer fungieren. Neben dem klassischen Privateigentum existieren andere Formen des exklusiven Eigentums, unter anderem in staatseigenen Unternehmen. Die Haupteigenschaft von Eigentum im Kapitalismus ist die Trennung derer, die die Produktionsmittel im Austausch für einen Arbeitslohn bedienen, von der Verfügung über Produktionsmittel. Der alleinige Bezug auf die (politisch definierte) juristische Stellung des Eigentums kann von diesem Sachverhalt ablenken (vgl. Tamás 2007). Eine zu enge Verbindung von Kapitalismus und Privateigentum führt bei manchen Autoren dazu, staatliche Sektoren in modernen Volkswirtschaften außerhalb des kapitalistischen Systems zu stellen (Huang 2008). Dagegen verspricht eine Analyse, die das staatliche beziehungsweise das kombinierte, privat-öffentliche Eigentum vor dem Hintergrund der Wirkmacht kapitalistischer Triebkräfte untersucht, im Falle Chinas angemessener zu sein. Im Falle Chinas spricht McNally daher von einer »competitive state coordinated economy« (McNally 2007b) und jüngst von »state capitalism« (McNally 2011), Lin bezeichnet China als »centrally managed capitalism« (Lin 2011), Jessop verwendet den Begriff des »coordinated market state capitalism« (Jessop 2009: 18), Fligstein/Zhang sehen Ähnlichkeiten zum französischen Modell des »dirigisme« (Fligstein/Zhang 2011: 51–52; vgl. Pearson 2011, die zusätzlich den Vergleich zu Brasilien heranzieht), ich selbst habe vor kurzer Zeit von einem »marktliberalen Staatskapitalismus« gesprochen (ten Brink 2010). Auch Nee argumentiert mit Hinweis auf bedeutende Verfassungsänderungen in China nunmehr in eine ähnliche Richtung (Nee 2005; Nee/Opper 2007; vgl. auch: Redding/Witt 2007; Kennedy 2011a). *Marktaufbau* und *staatliche Aufgaben* werden hier zusammengefasst – als zwei Seiten eines Prozesses der kapitalistischen Modernisierung. In diesem beeinflussen Marktdynamiken staatliche Policies und befördern politische Reformen – und umgekehrt können staatliche Re-Regulierungen die Marktexpansion mithilfe von marktschaffenden Maßnahmen intensivieren beziehungsweise durch Ordnungspolitik den Versuch einer *Marktordnung* aufbieten.

1.2.4.5 Die inter- und transnationale Einbettung kapitalistischer Sozialordnungen

Die fünfte Dimension des Kapitalismus in Raum und Zeit bildet die Einbettung einzelner kapitalistischer Gesellschaften in weltwirtschaftliche, weltpolitische und weitere intergesellschaftliche Beziehungen. Meines Erachtens ist eine Kapitalismusanalyse erforderlich, in der das Ineinandergreifen von nationalen, inter- und transnationalen Prozessen untersucht wird. Das gilt auch und gerade für die Analyse wirtschaftlicher Instabilitäten und Krisen, deren Verlaufsformen letztlich auch aus der kapitalistischen Entwicklung im Weltmaßstab analysiert

werden müssen.⁴³ Die Veränderungen Chinas unter dem Gesichtspunkt ihrer Verbindung mit transnationalen kapitalistischen Dynamiken zu betrachten, verhindert somit eine *Binnenzentrierung*: »This view of China, as a national success story [...], is seriously misleading. The reality is that China [is] being jointly re-shaped by a larger transnational corporate restructuring dynamic« (Hart-Landsberg/Burkett 2006: 13; vgl. Hamilton 2006a).

Dabei folge ich wie erwähnt neueren Konzeptionen, die von einem variierten Weltkapitalismus sprechen. Variationen des Kapitalismus können nicht allein nach Maßgabe eines methodologischen Nationalismus und komparativ-statisch untersucht werden, sondern eher als Facetten einer globalkapitalistischen Vergesellschaftung. Dies erlaubt es, variierende Verlaufsformen der kapitalistischen Entwicklung in einem internationalen, und erweitert, intergesellschaftlichen Zusammenhang zu betrachten.

Dabei spielt hinsichtlich der Ausrichtung des Akkumulationsregimes eine *extravertierte*, nach außen gerichtete Akkumulation gegenüber einer vorwiegend intravertierten, binnenmarktorientierten eine zentrale Rolle (Becker 2002: 64–77). Im Unterschied zur weltwirtschaftlichen Entwicklungsphase nach der großen Krise der 1930er – in der sich Internationalisierungs- und Nationalisierungstendenzen die Waage hielten – muss zum Beispiel davon ausgegangen werden, dass seit den 1970ern die inter- und transnationale Integration an Bedeutung zunimmt. Eine Folge dessen ist, dass die Kapitalverwertungsprozesse auf Weltmarktebene unvermittelter als früher Inhalte und Bewegungsspielräume der nationalen Politik bestimmen und stärker als zuvor zur Determinante nationalstaatlicher Politik werden. Der Liberalisierungsschub der Weltwirtschaft hat dabei nicht nur den individuellen Unternehmer wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, sondern insbesondere der ostasiatischen Region (mit Abstrichen, wie das Beispiel Japans anzeigt) zu einem Wachstumsschub verholfen. Ostasiatische Entwicklungsstaaten, deren ökonomische Dynamik stark durch die Außenwirtschaftsbeziehungen geprägt war und ist, haben verstärkt Zugang zu den Akkumulationskreisläufen des Nordens gewonnen und sind selbst zu Zentren der Wertschöpfung avanciert. Chinas Aufstieg steht damit am Ende

43 Die inter- und transnationale Sphäre selbst verkörpert eine raum-zeitlich variable Dimension der Realität, die aus der Interaktion vieler Gesellschaften, das heißt nicht nur Staaten, entsteht. Eine Gesellschaftstheorie muss demzufolge das »Intergesellschaftliche« integrieren. Die Räume des Inter- und Transnationalen konstituieren soziale Beziehungen, für die häufig andere Handlungsrationitäten als innerhalb von Gesellschaften gelten. Die vergleichsweise gesteigerte Bedeutung der Dimension von Hierarchie und Unsicherheit auf der Ebene der internationalen Beziehungen untermauert, dass inter- und transnationale beziehungsweise erweiterte, intergesellschaftliche Dynamiken Prozesse ohne steuerndes Zentrum sind (vgl. Rosenberg 2006; ten Brink 2011, 2012a).

einer Kette von vergleichsweise erfolgreichen nachholenden Ökonomien in Ostasien, die einen Trend zu einer Rezentrierung der Weltwirtschaft auslösten.

1.2.5 Zwischenfazit

Nachdem in der Einleitung und in diesem Kapitel die Fragestellung, der Forschungsstand und -rahmen umfassend dargestellt wurden, fasse ich nun abschließend noch einmal diejenigen Punkte zusammen, die die Untersuchung im Hauptteil der Arbeit wesentlich strukturieren. Zur Beantwortung der drei zentralen Forschungsfragen – nach den vorrangigen Strukturen der politischen Ökonomie Chinas, nach den wesentlichen Triebkräften und Dynamiken der neuen Entwicklungsweise und des folgenden schnellen Wachstums sowie nach den für den Wachstumspfad charakteristischen Paradoxien – lässt sich folgende Analysestrategie formulieren.

Erstens habe ich Triebkräfte und Dimensionen der kapitalistischen Entwicklung, in einem weiten Sinne, identifiziert und nichtökonomische Institutionen in den kapitalismustheoretischen Forschungsrahmen integriert. Es wird nachfolgend untersucht, inwiefern kapitalistische Triebkräfte in China in Erscheinung traten. Neben den Dynamiken der Marktexpansion gehören dazu Dimensionen einer kapitalistischen Politik und weitere nicht marktförmige, jedoch als der kapitalistischen Entwicklung eigen beurteilte Prozesse und Beziehungen, die zur Modernisierung des Landes beitrugen und -tragen. Die Analyse der Verknüpfungen zwischen Staat, Markt/Wirtschaft und weiteren Konflikt- beziehungsweise Kooperationsbeziehungen soll nicht nur Einsichten in die Struktur der politischen Ökonomie Chinas liefern, sondern ebenso Erklärungen für die relative Konsistenz des politischen Status quo liefern beziehungsweise Anhaltspunkte für dessen Destabilisierung. Plausible Erklärungen erwarte ich vom Einbezug des Sachverhalts enger Allianzen zwischen Unternehmen und staatlichen Instanzen sowie einer Segmentierung, Segregation und Subordination der arbeitenden Bevölkerung.

Ich ziele dabei auf einen internationalen Analysefokus – aufgrund der Annahme, dass sich Variationen der kapitalistischen Entwicklung nicht gegen den Weltmarkt (und globale Wettbewerbszwänge), sondern sich mit und in ihm entfalten. Der historische Reformverlauf Chinas kann mit anderen Worten hinreichend nur unter Einbezug seiner inter- und transnationalen Einbettung überzeugend rekonstruiert werden, weil das Land wie kaum ein anderes von günstigen weltwirtschaftlichen Konstellationen profitierte.

Zweitens wurde die starke Annahme von universell geltenden (jedoch phasenspezifisch unterschiedlich artikulierten) kapitalistischen Triebkräften durch handlungstheoretische Perspektiven relativiert. Der Forschungsrahmen ist his-

torisiert worden: Kapitalistische Dynamiken trafen und treffen in China auf vorgefundene Arenen des Sozialen und auf soziokulturelle Traditionen, die der politischen Ökonomie des Landes eine eigentümliche Form verleihen. Diese Faktoren – dazu gehören enge, interpersonale Beziehungsnetzwerke, sinomarxistische und konfuzianische Traditionen – werden im Hauptteil der Arbeit untersucht und in das Konzept miteinander verwobener, gleichwohl eigenständige Formen generierender Prozesse der kapitalistischen Modernisierung(en) integriert. Mit Blick auf die konflikthaftern, durch Machtungleichheiten gekennzeichneten Wechselwirkungen der drei als wesentlich beschriebenen Akteurguppen (Unternehmer, staatliche Akteure, Beschäftigte) möchte ich nunmehr Dynamiken und Widersprüche der chinesischen Entwicklungsweise erklären.

Drittens sind auf Basis dieser Grundannahmen und im Rekurs unter anderem auf Einsichten der Chinaforschung und der VPÖ/IPÖ Instrumentarien vorgestellt worden, die der weiteren Analyse dienen:

- Um die Wirksamkeit kapitalistischer Triebkräfte in konkreten Institutionen nachvollziehen zu können, verbinde ich politökonomische Analysen der dynamisch-krisenhaften Expansion von Märkten mit empirischen Erkenntnissen der Chinaforschung. Derart werden verschiedene, teils spezielle Formen des politisch eingebetteten Unternehmertums, des auch in nichtökonomischen Institutionen auftretenden Wettbewerbs sowie gesamtwirtschaftliche Entwicklungstendenzen herausgearbeitet. Zugleich rekurriere ich damit über ein einseitiges, (neo-)schumpeterianisches Verständnis der Innovationsfähigkeiten des Einzelunternehmers hinaus auf die institutionellen und öffentlich bereitgestellten Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung.
- Auch die aus der VPÖ/IPÖ stammende Unterscheidung zwischen verschiedenen Dimensionen kapitalistischer Wirtschaften nützt bei der systematischen Untersuchung von kapitalistischen Triebkräften in China. Hinsichtlich der fünf benannten Dimensionen – der institutionellen Sphäre der »horizontalen« Konkurrenzverhältnisse zwischen Unternehmen, der »vertikalen« Konfliktachse der Arbeitsbeziehungen, der Interaktionen zwischen ökonomischen und politischen Akteuren, des Finanzsystems und schließlich der Sphäre der inter- und transnationalen Einbettung – werde ich überprüfen, ob und in welcher Weise auf diesen Ebenen in China kapitalistische Dynamiken ins Leben gerufen wurden und eine dominante Rolle ausüben. Zudem frage ich nach Kompatibilitäten zwischen diesen Sphären und nach Querwirkungen zwischen Institutionen im Sinne der ökonomischen Effizienzsteigerung.
- Die eingeführten sozialwissenschaftlichen Instrumentarien zur Untersuchung des graduellen institutionellen Wandels dienen insbesondere dazu, die Bedeutung von informellen Institutionen und Aushandlungsprozessen in China, die Adaptionsfähigkeit des Parteistaates sowie das Phänomen des

Unterlaufens von formellen Regeln (etwa hinsichtlich der umfassenden Unternehmensreformen) zu verstehen.

- Die Annahme von ungleich-heterogenen und kombiniert-verknüpften Entwicklungen in kapitalistisch dominierten Modernisierungsprozessen ist für die Untersuchung instabiler Dynamiken in China dienlich: Es wird die These zu begründen versucht, der zufolge heterogene Produktionsregime, Unternehmenstypen und staatliche Politiken der wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur förderlich waren, sondern zugleich paradoxe Folgen in Gang setzten.
- Staatstheoretische Erkenntnisse sind mir bei der Untersuchung politischer Reformstrategien im uneinheitlichen chinesischen Mehrebenensystem, der Erklärung der Adaptionfähigkeit des Parteistaates sowie von Grenzen der politischen Steuerung behilflich. Es können auf diese Weise Formen der staatlichen Intervention und Regulierung unterschieden werden, zum Beispiel marktschaffende, marktordnende und marktbegrenzende Maßnahmen. Zusätzlich können mithilfe der Annahme einer Ausdifferenzierung zwischen Markt- und Staatsakteuren in modernen Gesellschaften und von Ergebnissen der jüngeren Chinaforschung weitere Spezifika des *Politischen* in der politischen Ökonomie Chinas herausgearbeitet werden, unter anderem Handlungen politischer Akteure, in denen diese unmittelbar unternehmerische Funktionen ausüben, und die Relevanz lokaler Experimente beziehungsweise Pilotprojekte für die Dynamisierung der Reformprozesse.
- Schließlich dienen Erkenntnisse aus der Chinaforschung, besonders von Soziologen, dazu, die segmentierten chinesischen Arbeitsbeziehungen und das Phänomen der Arbeitsmarktsegregation (*Hukou*-System) untersuchen zu können. Dabei wird über den Produktionsbereich hinaus auf eine »concrete analysis of the institutional arrangements of the economy, the political regime, and legal development« (Lee 2007: 14) Wert gelegt – nicht zuletzt, um mögliche Grenzen des chinesischen Modells der Subordination anführen zu können.

Zwar werde ich im Hauptteil der Arbeit eine Untersuchung der kapitalistischen Entwicklung in China nicht hinreichend vollständig und auch nicht im Sinne einer zufriedenstellenden Bearbeitung aller in diesem Kapitel eingeführten theoretischen Überlegungen leisten können.⁴⁴ Doch ich verstehe den Forschungsrahmen auch als eine Vorarbeit für weitere empirische Forschungen, die anhand des »Sonderfalls« Chinas zur Entfaltung einer erweiterten Spielart der Kapitalismustheorie beitragen könnten.

44 Zu den nicht realisierten Ansprüchen des Analyserahmens zählt im Folgenden unter anderem die unzulängliche Berücksichtigung von strategischen Optionen der handelnden Akteurguppen, besonders an historischen Wendepunkten und in Krisensituationen. Ebenso habe ich weitere motivationale Elemente und Wahrnehmungen der Akteure außer Acht gelassen.

Kapitel 2

Von Mao über Deng bis zur Hu/Wen-Ära: Entstehung und Verlauf der kapitalistischen Modernisierung in China

Meinem Forschungsrahmen entsprechend werden die fünf genannten Dimensionen des Kapitalismus in Raum und Zeit sowie die drei zentralen Akteurgruppierungen nunmehr anhand des chinesischen Falls historisch rekonstruiert. In der Form des typisierenden Nachvollzugs wird geprüft, in welchem Umfang und in welcher Weise sich kapitalistische Triebkräfte in den untersuchten Sphären nachweisen lassen.

Der Schwerpunkt dieses Kapitels liegt auf der historischen Reformphase der 1980er bis 2000er. Zu Beginn stelle ich jedoch die Vorgeschichte der Wende unter Deng Xiaoping dar, das heißt wichtige historische Merkmale der politischen Ökonomie Chinas von den 1930ern bis in die 1970er. Im Unterschied zu binnenzentrierten Darstellungen werden bereits an dieser Stelle internationale Faktoren beschrieben, die die Transformation des maoistischen Modells in eigentümlicher Weise vorantrieben.

2.1 Proto-Kapitalismus: Zur Vorgeschichte der Deng'schen Wende

Mit dem Beginn des Reformprozesses Ende der 1970er stand die Regierung der Volksrepublik vor der geradezu herkulischen Aufgabe, ein Land mit einer Milliarde Einwohnern umzustrukturieren, ohne die soziale Stabilität zu gefährden. Erschwerend kam hinzu, dass die Partei- und Staatsführung nach der Kulturrevolution einer schweren gesellschaftlichen Krise ausgesetzt war. Es war diese Krise, die ihr keinen anderen Ausweg als den prekären Versuch eines substantiellen Umsteuerns ließ.

Wie ich in nachstehendem Abschnitt aufzeige, der wesentliche Charakteristika der klassisch-maoistischen Entwicklungsphase zusammenfasst und auf Kontinuitäten mit der späteren, häufig vorschnell als »neue chinesische Revolution« (Pei 1994) bezeichneten Umgestaltung unter Deng verweist, müssen ergänzend zu den innergesellschaftlichen auch die externen weltwirtschaftlichen und -po-

litischen Entwicklungen Berücksichtigung finden. Dies erlaubt eine fruchtbare Analyse des Maoismus, der Elemente des Stalinismus, des Dritte-Welt-Nationalismus und originäre soziokulturelle Traditionsbestände¹ zu einer nationalen Modernisierungsstrategie kombinierte, die faktisch proto-kapitalistischen Entwicklungspolitiken ähnelten (vgl. zu diesem Teil der Arbeit: Bian 2005; Dittmer 1987; Harris 1970, 1978; Karl 2010; Leys 1972; Lieberthal/Oksenberg 1988; Naughton 2007; Osterhammel 1989; Spence 1995; Unger 2007; Walder 1986).²

Entgegen der landläufigen Ansicht, der zufolge in China wie in anderen realsozialistischen Ländern auch entweder nichtkapitalistische oder postkapitalistische Imperative strukturell wirkmächtig waren (vgl. Lane 1976), wird der Entwicklungspfad der Volksrepublik hier als ein Weg in die kapitalistisch dominierte Moderne aufgefasst, der ähnlich wie andere, jedoch als »kapitalistisch« bezeichnete, unterentwickelte Länder mit den Dilemmata einer nationalen Entwicklung im Rahmen eines sich globalisierenden Kapitalismus konfrontiert wurde.³

Wie ich an anderer Stelle ausführlicher dargelegt habe, erlaubt es der Horizont einer globalen Analyseperspektive, die verschiedenen Varianten des real existierenden Sozialismus *und* die staatsinterventionistischen Kapitalismen der Nachkriegszeit – auch in den Entwicklungsländern, häufig in proto-kapitalistischen Formen – als Variationen einer *gemeinsamen* Phase der globalen Entwicklung des Kapitalismus beziehungsweise kapitalistisch geprägter Modernisierungen zu verstehen (ten Brink 2008: 136–217). Weltwirtschaftliche und geopolitische Interdependenzen – teilweise kam es nach 1945 zu einer Überla-

1 Die chinesische Zivilisation geriet Mitte des 19. Jahrhunderts vor dem Hintergrund interner Stagnation und externer Interventionen in eine schwere Krise, die bis 1949 andauerte. Die im selben Zeitraum sich etablierende kapitalistische Weltwirtschaft und die mit diesem Prozess in Verbindung stehende Umwälzung der Geopolitik moderner Staaten aktivierte die wechselseitige, ungleich-kombiniert verlaufende Interaktion zwischen Gesellschaften auf verschiedenartigem Entwicklungsniveau in bisher nicht erreichtem Ausmaß. Verschiedene »Zivilisationen« beziehungsweise »Kulturen« wurden fortan den Handlungszwängen und Normen der kapitalistischen Moderne einem nachdrücklichen Einfluss ausgesetzt. Aus dieser Perspektive kann bereits die Geschichte Chinas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als eine, gleichwohl durch Brüche gekennzeichnete Variante der an (proto-)kapitalistischen Imperativen orientierten Modernisierung bezeichnet werden. Diese nahm eine reichhaltige zivilisatorische Tradition in sich auf, die freilich in der Phase des Maoismus partiell entsorgt wurde, jedoch nach 1978 wieder, wenn auch in einem moderneren Gewand, zu mehr Geltung gelangte.

2 Da der »Marxismus-Leninismus« in den 1940ern nicht mehr der organisierte, antikapitalistische Ausdruck des Bemühens um eine *internationale* Revolution unter Führung der Arbeiterklasse war, sondern der KPCh eher als Muster eines erfolgreichen *nationalen* Aufbaus diente, begründete der Sino-Marxismus insofern eine spezifische Variante des Versuchs einer nationalen Modernisierung (Arnason 2008: 403–407; vgl. Arnason 2003b).

3 In einer ähnlichen Perspektive weist Aoki auf historische Parallelen der Entwicklung Chinas mit der Japans hin, auch wenn diese zu unterschiedlichen Zeitpunkten auftraten (Aoki 2011).

gerung des ökonomischen Wettbewerbs durch die geopolitische Rüstungskonkurrenz, die nicht allein die UdSSR, sondern auch das China Maos unter eine rüstungspolitische Spannung setzte – sorgten dafür, dass eine genuin autonome sozioökonomische Entwicklung nicht realisiert werden konnte. Ebenso waren Bewegungen mit dem Ziel einer alternativen Gesellschaftsorganisation, das heißt insbesondere die radikalen Flügel der Arbeiterbewegung und im Falle des Maoismus, bäuerliche Bewegungen, geführt von einem militärischen Verband, mit dem Problem konfrontiert, bei Übernahme sozialer und politischer Macht in den Sog des globalen Kapitalismus und seiner Machthierarchien zu geraten, wie zuvor bereits die Geschichte der Russischen Revolution eindrucksvoll belegte. Dabei kam in China, beinahe noch mehr als in Russland, das Erbe der Unterentwicklung zur Geltung. Die mit dem Ziel einer radikalen Gesellschaftsveränderung operierenden Maoisten konnten sich über diese Umstände nicht hinwegsetzen. Aus diesem Grund schenke ich im Folgenden vorwiegend den tatsächlichen *Praktiken* des Regimes und nicht in erster Linie dessen ideologischem Selbstverständnis Aufmerksamkeit.

Der klassische Maoismus war gewissermaßen, seiner unerreichten normativen Zielvorstellungen ungeachtet, eine radikale Variante der »instrumentellen Vernunft« (Horkheimer/Adorno), das heißt des Versuchs, die Effizienz der Beherrschung von Natur und Gesellschaft zu steigern.

The absurd Western images of Mao as some kind of utopian ruralist or twentieth-century peasant rebel have now been laid to rest: he was a super-industrializer and an empire-builder of the most ambitious kind. (Arnason 2008: 406).

Im Unterschied zur Nutzung privater Arbeitskraft wurde hierbei auf die »Staatsarbeiter« und die Bauern rekurriert, um das hierfür notwendige Mehrprodukt zu erzielen. Die Existenz subordinierter Klassen ermöglichte allererst die Reproduktion der Staatsklasse. In gewisser Weise wurden unter Mao nach 1949 also kapitalistische Produktionsverhältnisse auf der Grundlage eines sehr niedrigen Entwicklungsniveaus nachgeahmt, wenngleich klassisch-bürgerliche Verteilungsverhältnisse, Konsumweisen und Herrschaftsstile durch einen bürokratischen Verwaltungsmodus ersetzt wurden. Ein Amalgam aus vorindustriellen und industriellen Traditionen kombinierte sich zu einer historisch eigentümlichen sozialen Formation. Diese stieß jedoch an Grenzen der Entwicklung und wurde ab Ende der 1970er durch einen erneuten Umstrukturierungsprozess abgelöst.

Dabei stellt sich die maoistische Ära im Nachhinein als eine gleichsam zweckdienliche Übergangsphase dar, die sowohl die nationale Integration wiederherstellte als auch einige Voraussetzungen für die spätere Wachstumsdynamik schuf:

[D]er Maoismus war kein Irrsinn (obwohl es einige seiner Aktionen waren). Er brachte tatsächlich eine mögliche Antwort auf das Grundproblem der chinesischen Revolution zum Ausdruck: wie man China stark und unabhängig machen und die Macht der Kommunisten in einer Welt bewahren könne, die von Supermächten beherrscht ist und in der die technologische und wirtschaftliche Entwicklung an den gegenüberliegenden Küsten des Chinesischen Meeres mit hohem Tempo voranging. (Castells 2003: 325)

Dass dies mit erheblichem menschlichen Leid, Repression und Gewalt einherging, bestätigt indessen, dass die zweckrationale Dynamik der Moderne(n) ein radikal widersprüchliches Unterfangen darstellt.

Um den Reformprozess unter Deng Xiaoping in seiner historischen Kontinuität mit dem System Chinas vor 1978 analysieren zu können, erscheint ein Blick auf die Entwicklung der *Eigentumsverhältnisse* unabdingbar. Entgegen einem verengten Blickwinkel auf das Privateigentum wie es aus westlichen Industriegesellschaften bekannt ist, wird des Weiteren eine Analyse des Eigentums, basierend auf seiner tatsächlichen Verfügungsgewalt, durchgeführt. Darunter fällt die Fähigkeit, den Zugang zu bestimmten Ressourcen exklusiv zu kontrollieren, ohne formalrechtlich als Privateigentümer klassifiziert zu sein.⁴ In diesem Fall ist es möglich, den chinesischen Reformprozess ab Ende der 1970er sozialstrukturell als einen Schritt zur Seite zu betrachten, von einer Form der Klassengesellschaft in eine andere, noch näher zu bestimmende, indem die zentrale Verfügungsgewalt weiter regionalisiert wurde, in privat-öffentliche Mischregime übergang, *ohne* die hierarchische Ordnung des Landes grundlegend infrage zu stellen.

Die Trennung von rechtlich fixiertem Volkseigentum und der tatsächlichen Verfügungsgewalt vieler staatlicher Entscheidungsträger über die Produktionsmittel konstituierte in China in den 1950ern eine staatsbürokratische Klassengesellschaft, in der die verfügende Staatsklasse sich durch ein spezialisiertes Wissen auszeichnete und ihre Herrschaft mit dem teleologischen Beweis begründete, einer höheren Sache im Interesse der Mehrheit Ausdruck zu verleihen. Aus dieser Trennung resultierten unterschiedliche Grade von Teilhabe an politischen beziehungsweise wirtschaftlichen Entscheidungen, Differenzen zwischen leitenden und ausführenden Tätigkeiten sowie des Zugangs zu Informationen und zu (häufig knappen) Gütern. Da die maoistischen Machteliten als exklusive, kontrollierende Eigentümer ihr Recht auf Verfügung und Kontrolle beanspruchten, neigte die gesellschaftliche Umverteilung in ihre Richtung.

4 Diese Perspektive ist ebenso zur Untersuchung vorwiegend privatkapitalistisch organisierter Gesellschaften hilfreich, seitdem große Kapitalgesellschaften die wirtschaftlichen Strukturen prägen und hiermit der rechtliche Besitz und die faktische Verfügungsgewalt über die Produktion getrennt wurden.

Die Aneignung von Mehrarbeit wurde vor 1978 vorwiegend nicht in privater Form realisiert, sondern in einer vermittelten, politisch administrierten Weise. Das unmittelbare Interesse der Staatsbürokratie nach 1949 bestand keineswegs in der Ermöglichung und Garantie der privatwirtschaftlichen Profitmaximierung. An ihre Stelle trat vielmehr der Wille der Eliten zur Aufrechterhaltung ihrer *redistributiven* Macht. Weder übten die subalternen Klassen die demokratische Verfügung über Produktion und Konsumtion aus – sie blieben von allen strategischen Ressourcen und Entscheidungsbefugnissen ausgeschlossen und waren den Staatsfunktionären und deren parteigebundenem Hilfspersonal unterstellt –, noch waren die Entscheidungen der Bürokratie stets den materiellen Bedürfnissen und normativen Erwartungen der Mehrheit untergeordnet. Die redistributiven Institutionen lenkten große Teile der Ressourcen in die Industriesektoren, um quantitative Wachstumsziele zu erreichen und um dem Konkurrenzdruck des Auslandes, der auch militärischer Natur war, standzuhalten. Nationale Entwicklungsziele entwickelten sich vor diesem Hintergrund zu Äquivalenten des Akkumulationszwanges. Die KP-Führung wurde nicht zuletzt aufgrund des Fehlens eines starken Bürgertums (beziehungsweise ihres Exodus) gewissermaßen zum Vollstrecker einer »Mission«, die noch Marx eigentlich der Bourgeoisie zugewiesen hatte.

Während Unternehmen auf freien Märkten das (Waren-)Angebot an die von ihnen erwartete zahlungskräftige Nachfrage zu koppeln versuchen, mit der Absicht, ihren individuellen Profit zu steigern, um überleben zu können, stellen sich die Anreize in redistributiven Staatswirtschaften erst einmal andersartig dar: Das Angebot wird von den Redistributoren innerhalb eines Rahmenplans ermittelt, die Nachfrage entsprechend daran angepasst – und in einem nächsten Schritt müssen die Entscheidungen der Redistributoren von den (Staats-)Unternehmen erfüllt werden. In China hat sich dieses idealtypische Modell, wie ich im Anschluss an den folgenden Exkurs nachweise, realiter als »Plan-Anarchie« vieler partikular verfügender Machtinstanzen durchgesetzt.

2.1.1 Exkurs: Die Revolution von 1949 und der Maoismus

Die KPCh hat sich historisch von einer an der industriellen Arbeiterklasse und deren Kämpfen orientierten Partei nach 1927 zu einer Partei der nationalen Modernisierung mit einer Verankerung in der Bauernschaft entwickelt.⁵ Unter den

5 »Nach dem vernichtenden Schlag der Kuomintang gegen die Kommunistische Partei Chinas im Jahr 1927 bedeutete in kommunistischen Schriften das »Proletariat« kaum mehr als die Partei selbst. Nach 1927 gehörten zur KPCh kaum irgendwelche städtischen Klassen, und unter Maos Führung von 1948 belief sich die tatsächliche Mitgliedschaft der Proletarier auf weniger als

Bedingungen eines permanenten Befreiungskampfes und Bürgerkriegs ab den 1930ern bildete sie eine Gegen-Elite heraus. Ihre äußere Existenzbedingung war der Krieg, aus der eine »Partei in Waffen« resultierte (Osterhammel 1989: 344).

Legitimität bezog die Partei aus verschiedenen Quellen: Besonders der erfolgreiche Widerstand gegen den japanischen Imperialismus verlieh ihr sowohl den Nimbus der antikolonialen wie auch den einer nationalen Kraft (Selden 1993: 5). Eine Generation von Intellektuellen wurde von der Partei angezogen, weil sie konsequent gegen den Kolonialismus vorging und eine Alternative zum westlichen Imperialismus/Kapitalismus anzubieten versprach. Und: Gegenüber der Politik der Guomindang erschien großen Teilen der Landbevölkerung das Vorhaben einer »kommunistischen« Landreform als eine begrüßenswerte Entwicklung.

Die erfolgreiche nationale Befreiung Chinas 1949 verkörperte eine antikoloniale Revolution. Die Machtübernahme Maos entsprach gleichwohl nicht einer »sozialistischen« Umwälzung, wenngleich sie vor 1949 mit Bauernrevolten und sozialen Bewegungen in einigen Städten einherging (Spence 1995: 575–615). Anstelle einer Umwälzung, in der die Masse der Bevölkerung aus eigener Anstrengung eine fundamentale Neuordnung des Sozialen anstrebt, gründete diese auf militärischen Aktionen, ausgehend von ländlichen Regionen. Faktisch beruhte sie auf dem Aufbau eines Gegenstaates:

A revolution can break the monopoly of the state's power by destroying the legitimacy of its rule, so that coercion cannot be exercised to repress the movement against it. [...] Alternatively, a revolution can pit an insurgent violence against the coercive apparatus of the state, overwhelming it in a quick knock-out blow, without having secured any general legitimacy. This was the Russian pattern, possible only against a weak opponent. Finally, a revolution can break the state's monopoly of power, not by depriving it from the outset of legitimacy, nor rapidly undoing its capacity for violence, but by subtracting enough territory from it to erect a counter-state, able in time to erode its possession of force and consent alike. This was the Chinese pattern. (Anderson 2010b: 64; vgl. Osterhammel 1989: 343–347)

Den Kampf zweier quasistaatlich strukturierter Kollektivakteure – die KPCh und die Guomindang – um die Nachfolge des chinesischen Imperiums entschied schließlich nicht die militärisch potentere Guomindang, sondern die mit einer größeren Legitimation ausgestattete KPCh. Resultat war weniger eine Demokratisierung der Macht oder gar eine partielle Auflösung von Herrschaft als ihre Übertragung auf eine Gruppe von Militärs und Führern der KPCh, die

ein Prozent. Im Allgemeinen wurden die Großstädte zur Nachhut und nicht zur Vorhut der Revolution« (Harris 1970: 207). Die Strategie der ländlichen Revolution, die Bündnisse und Brüche mit der nationalistischen Guomindang, der chinesische Bürgerkrieg von 1945 bis 1949 und schließlich die Machtübernahme der KPCh im Jahr 1949 veränderten die Partei signifikant (Leys 1972; Spence 1995).

sich zu Vertretern eines sozialistischen Aufbaus erklärten, faktisch jedoch eine nationale Entwicklungsdiktatur in einem unentwickelten Agrarland befehligen.

Die Revolution stellte eine Befreiung von ausländischen Imperialmächten und der reaktionär-nationalistischen Guomindang dar. Langfristig schuf sie eine landesweite Einheit, wie sie über hundert Jahre nicht erreicht wurde. Die KPCh trieb eine Landreform voran, indem sie die Macht der »parasitären Grundherrenfamilien« (Osterhammel 1989: 357) brach; sie konnte die Inflation eindämmen und begründete zum ersten Mal wieder eine zentralstaatliche Autorität, die die landesweite Ordnung aufrechterhielt.⁶

Die KPCh begründete fortan einen bürokratischen Parteistaat, dessen leitendes Personal den Marxismus-Leninismus als Ideologie der nationalen Modernisierung betrachtete und letztere mit unterschiedlichen Mitteln auf rücksichtslose Weise vorantrieb. »Inasmuch as the CCP came to power through a popular, anti-imperialist revolution, the very essence of the legitimacy of the communist state was not Marxism but nationalism« (Zhao 2004: 209).⁷ Der Nationalismus der KPCh war freilich nicht allein Resultat einer nationalen Gesinnung; auch drückte er einen umstandsbedingten Anpassungsversuch aus, in einer Welt zu überleben, die von wesentlich entwickelteren Ländern beherrscht wurde.⁸ Dabei wurde, im Unterschied etwa zum postkolonialen Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten, auf eine reiche Tradition etatistischer Vorstellungen zurückgegriffen.

The Maoists never paid much attention to the liberal and democratic elements in the teachings of Marx and Engels, such as those dealing with free development of the individual and the relationship between the individual and the state. In fact, it can be argued that Mao drew more inspiration about governance from Chinese classics such as *Shi Ji* (Historical Memoirs, by Sima

6 Die Anziehungskraft des Maoismus erklärt sich auch daraus, dass der »große Traum aller chinesischen Revolutionäre vom Opiumkrieg bis zur Generation von Mao war, dass das Vaterland dereinst wieder seinen angestammten führenden Platz unter den Völkern der Welt einnehmen werde. Dieser Traum ging in Erfüllung, als Mao auf der Staatsgründungszeremonie am 1. Oktober 1949 in Beijing erklärte: *Das chinesische Volk ist aufgestanden!*« (Lin 2009: 57–58).

7 Harris schreibt: »Antimperialismus im Ausland und Industrialisierung im eigenem Land, wobei sich diese beiden Ziele innerhalb eines nationalistischen Rahmens im Wesentlichen nicht von denen irgendeiner anderen nationalistischen Bewegung in einem unterentwickelten Land unterscheiden. Wie beim Stalinismus gilt der Begriff »proletarisch« im eigenen Land für Freunde, während er im Ausland dazu neigt, alle gegen den Imperialismus gerichteten Kräfte zu bezeichnen« (Harris 1970: 212). Die Teile der Bevölkerung, die das Regime der KPCh unterstützten beziehungsweise duldeten, konstituierten das »Volk«. Über die Regimegegner wurde dementsprechend die »demokratische Diktatur des Volkes« ausgeübt.

8 Diese kurze Schilderung gelingt freilich nur auf Kosten ihrer historischen Komplexität (etwa der vielen taktischen und strategischen Wendungen des Maoismus an der Macht, der internen Machtkämpfe usw.).

Qian) [um 145 v. Chr. – um 90 v. Chr.] and *Zizhi Tongjian* (Compendium on Governance, by Sima Guang) [1019 n. Chr. – 1090 n. Chr.], which he reread dozens of times. (Lam 2006: 260)⁹

Ähnlich wie andere Entwicklungsländer jener Epoche, die teils auf Grundlage sozialistischer Leitbilder, teils auf Basis kapitalistischer Normen aufgebaut wurden, wies die neue Gesellschaft Merkmale auf, die an die »ursprüngliche Akkumulation« des Kapitals weit mehr erinnerten als an die Ideale einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft. Dazu gehörten die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit, eine Subsumption unter das Staats-Kapital, ausgeprägte betriebliche wie lebensweltliche Hierarchien, die Unterdrückung von Widerstand, genauso wie patriarchale Familienstrukturen, staatlicher Nationalismus sowie die Zensur von Wissenschaft und Kunst.¹⁰

The key institutions of the Maoist era such as work units (*danwei*) which isolated the industrial labor force, people's communes (*renmin gongshe*) that enforced rural self-sufficiency, job allocations (*fenpei*) that rendered intellectuals dependent upon state favor, labor insurance (*laobao*) that bestowed generous welfare benefits upon permanent workers at state-owned enterprises while leaving the majority of the workforce unprotected, personnel dossiers (*dang'an*) which marked citizens with »good« or »bad« political records, household registrations (*bukou*) that separated urban and rural dwellers, class labels (*jieji chengfen*) that categorized people into »five kinds of red« (*hong wulei*) and »five kinds of black« (*hei wulei*) – all served to divide society and foster subservience to the state. (Perry 2007: 11)

Um eine etablierte Sichtweise auf den sogenannten Anti-Bürokratismus des Maoismus infrage zu stellen, unterscheidet Whyte zwei Aspekte der Bürokratisierung: Während der Begriff der Bürokratisierung zum einen auf einen Prozess abhebt, in dem immer größere Bestandteile des gesellschaftlichen Zusammenlebens von großen, hierarchischen Organisationen beherrscht werden, rekurriert er zum anderen auf den Befund, dass sich diese Organisationen idealtypisch einer Gestalt annähern, die anstelle charismatischer oder anderer traditioneller Autoritätsformen eine legal-rationale, auf Regeln und formalisierten Prozeduren basierende Autorität aufweisen. Weil Mao und seine Anhänger vorwiegend letztere Form der Bürokratisierung bekämpften und faktisch charismatische anstelle von legal-rationale Verhältnissen förderten, gleichwohl jedoch die staatlich administrierte Regulation gesellschaftlicher Verhältnisse insgesamt steigern wollten, mit einer Unterbrechung in den Jahren der Kulturrevolution, kann

⁹ Ich beschreibe die heutige Philosophie der KPCh in Kapitel 3 als eine Form des Synkretismus – genau besehen war sie das jedoch, in einer anderen Mischung, bereits unter Mao (vgl. auch Arnason 2008: 406).

¹⁰ Es erscheint daher unzutreffend, den sozialistischen Charakter Chinas unter Verweis auf die führende Rolle der KPCh begründen zu wollen (Selden 1993: 4).

schwerlich von einem antibürokratischen Kern des Maoismus gesprochen werden (Whyte 1989). Zugleich drückte sich im Konzept des Anti-Bürokratismus auch ein Inter-Eliten-Konflikt aus. Der maoistische, in politische Kampagnen übersetzte Begriff des »Klassenkampfes« unter anderem gegen »bürokratische Auswüchse« war zu einem großen Teil dem Versuch gewidmet, die alten, auch nach 1949 noch über »kulturelles« Kapital verfügenden intellektuellen Eliten in Wirtschaft und Staat zu bekämpfen (Andreas 2009; vgl. Selden 1993: 7–13). Kollektivistische Ethiken und Bemühungen zur Nivellierung von Klassenunterschieden wurden daher gegen technokratische beziehungsweise bürokratische Gruppen gerichtet.¹¹ Allerdings verlor diese »Red-over-expert power structure [...] in which incumbent managers and specialists were relegated to subordinate technical positions« (Andreas 2009: 269) im Zeitverlauf an Bedeutung. Im Anschluss an den Höhepunkt dieses Inter-Eliten-Konflikts, der Kulturrevolution, konvergierten die maoistischen und technokratischen Eliten unter Deng Xiaoping zu einer neuen herrschenden Elite (Andreas 2009: 269–276).¹²

Ein letztes hier aufgeführtes Merkmal des Maoismus bestand in der Verbindung des Nationalismus mit einem ländlichen Populismus, die in den *Voluntarismus* des Maoismus mündete, das heißt in den Versuch, mittels des Appells an die Moral des Volkes die materielle Rückständigkeit des Landes zu »überspringen« (Lieberthal 1995: 62–70). Im Gegensatz zur UdSSR besaß der Parteistaat weder ein proletarisches noch ein liberales Erbe, mit dem er fertig werden musste.

Entsprechend dem Fehlen der von Marx in seinen Schriften postulierten Klassenstruktur und gemäß der Rolle der Intelligentsia, frei von der Loyalität gegenüber einer bestimmten Klasse, [...] ist der Maoismus im wesentlichen »voluntaristisch«: das bedeutet, dass die Ziele der Führung als durchführbar betrachtet werden, wobei nicht so sehr vorausgesetzt wird, dass die objektive Lage dafür spricht, sondern dass jeder hart arbeitet. Die Rolle der Theorie ist also

11 Im Gegensatz zu anderen Fraktionen des Machtapparates war die Technokratie nahezu ausschließlich auf die rationale Durchführung zielorientierter Vorhaben ausgerichtet, was einen politisch-ideologischen Pragmatismus begründete.

12 Andreas veranschaulicht am Beispiel der Eliteuniversität Qinghua in Beijing, wie die »roten« Ingenieure zur herrschenden Machtelite aufsteigen konnten. Die KPCh baute die Qinghua in den 1950ern nach sowjetischem Vorbild zur Wiege der »roten Ingenieure« um. Dabei übernahm die kommunistische Elite zunächst die Kontrolle. Allerdings wurde im Rahmen der Einführung einer zentralisierten Aufnahmeprüfung (*gaokao*) sichergestellt, dass nur eine kleine Minderheit, vorwiegend Kinder der alten intellektuellen Elite, ihren Weg in diese Einrichtung fand (Andreas 2009: 42–44). Derart konnte die alte Elite der Intellektuellen und ihre Nachkommen mithilfe von kulturellem Kapital weiterhin Macht ausüben. In der Kulturrevolution wurde das *Gaokao*-System zwar für einige Jahre abgeschafft, im Jahr 1977 jedoch wieder eingeführt, was einer Übereinkunft der Parteieliten und der technokratischen Intellektuellenschichten geschuldet war. Diese »new class« schaltete schließlich auch die maoistischen Rebellen und »linken« Parteiströmungen aus.

nicht mehr dieselbe wie bei Marx; für Mao ist Theorie eher ein Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit bei der zur Bewusstseinsveränderung notwendigen Propaganda, als eine mehr oder weniger genaue Analyse der Wirklichkeit um die Praxis zu beeinflussen.

(Harris 1970: 206; vgl. Harris 1986: 170–186)

Der Voluntarismus und sein Gegenstück, der extreme Mao-Kult, beförderten hierarchische Methoden der Entscheidungsfindung genauso wie die Aufwertung intuitiver Handlungen von Führungspersönlichkeiten. Der institutionalisierte Voluntarismus an der Macht äußerte sich in zahlreichen Produktionskampagnen, die wie militärische Offensiven geführt wurden, ein Sachverhalt, der in die Sprache der KPCh überging (»Produktionsbrigade«, »Getreidefront« usw.). Verbunden hiermit war eine »erziehungssozialistische« Tradition, in der der Erzieher die Massen, die spiegelbildlich infantilisiert wurden, führte. Das wiederum beseitigte in einem hohen Maß das individuelle Verantwortungsbewusstsein von Parteikadern, die sich im Rahmen der übergeordneten Prämisse des Handelns »im Interesse der Massen« moralischen Skrupeln entledigen konnten (Saich 2004: 219–220).¹³

2.1.2 Zwischen Kommandowirtschaft und Plan-Anarchie: Wesensmerkmale der chinesischen Ökonomie zwischen den 1930ern und den 1970ern

Um Legenden entgegenzutreten, die das maoistische Entwicklungsmodell entweder als Kopfgeburt eines wahnsinnigen Diktators, andere Male als antibürokratisches Idyll von Bauernkommunen oder Ähnliches verzerren, verweist Naughton auf die etwa im Vergleich zu Indien relativ hohen BIP-Wachstumsraten Chinas (Naughton 2007: 140; vgl. auch Karl 2010). Der jahresdurchschnittliche Zuwachs des BIP betrug zwischen 1952 und 1978 etwa 6 Prozent. Der industrielle Output steigerte sich zwischen 1952 und 1978 jährlich im Durchschnitt um 11,5 Prozent (Naughton 2007: 56). Schon 1954 konnte eine Investitionsrate von 26 Prozent im Verhältnis zum BIP erreicht werden, ein im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern hoher Wert. Vor allem in den Jahren des »großen Sprungs« und der Kulturrevolution kam es jedoch zu heftigen wirtschaftlichen Rückschlägen.¹⁴

13 Die Maoisten gingen im Übrigen davon aus, dass in der Anfangsphase einer »sozialistischen« Umwälzung unvermeidlich hierarchische Arbeitsteilungen, leistungsbezogene Einkommensdifferenzierungen und andere Überbleibsel »feudaler« oder »bürgerlicher« Verhältnisse fortleben, aus denen eine neue Bourgeoisie hervorgehen könne, wenn nicht der »Klassenkampf« gegen diese Elemente weitergeführt wird.

14 Die Jahre der Kulturrevolution ab 1966 waren eher von Politiken geprägt, die eine Abkehr von den Maximen der ökonomischen Effizienzsteigerung mit sich brachten – etwa die Reduzierung

In ihren nationalen Modernisierungsbestrebungen konnte die KPCh an Residuen der Vorkriegszeit anknüpfen (Bian 2005). Dazu gehörte die im frühen 20. Jahrhundert entstehende Industrie in den Vertragshäfen des Kolonialismus, zum Beispiel in Shanghai, Tianjin oder Qingdao. Auch wenn diese »enclave industrialization« zu einem großen Teil von außen initiiert wurde und erst einmal unter ausländischem Einfluss stand, konnten autochthone Firmen schnell aufschließen (Hamilton 2006a). In den 1930ern produzierten chinesische Firmen bereits zwei Drittel des industriellen Outputs (Naughton 2007: 44). Hinzu kamen großangelegte, japanische Industrieprojekte in der Mandschurei, die aufgrund ihrer qualitativen Bedeutung (Schwerindustrie) eine größere Bedeutung erlangten, als es der Anteil von lediglich 14 Prozent des industriellen Outputs im Jahr 1933 suggeriert.¹⁵

Industriepolitisch fand die Praxis der zentralstaatlichen Intervention und der politischen Verfügungsgewalt über Unternehmen in der Guomindang-Regierung ihren Vorläufer. Die Verlagerung der industriellen Produktion aus der Region Shanghai in das Landesinnere im Zuge der Invasion Japans und des Krieges wurde beispielsweise von einer Planungskommission der Guomindang organisiert (Bian 2005: Kapitel 2 und 3). Staatsunternehmen in den nicht von Japan besetzten Gebieten verfügten in den frühen 1940ern über 70 Prozent des Kapitals. Die KPCh bezeichnete die Machthaber jener Zeit – in einer Art unbewusster Antizipation ihres späteren Wirkens – als »bürokratische Kapitalisten« (Au 2009).¹⁶

der Bildungsausgaben (die teilweise von den Produktionsbrigaden im ländlichen Raum und den Fabriken in den Städten übernommen wurden), die Dominanz von Armeeführern in den zivilen Institutionen, und, im Verlaufe des sich zuspitzenden Konflikts mit der UdSSR ab 1969, die erhebliche Zunahme der Verteidigungsausgaben. Zugleich stärkten die »ultra-linken« Exzesse der Kulturrevolution Strömungen, die auf eine Förderung des Agrarsektors durch Märkte hinwirkten und dies als Grundlage einer späteren schwerindustriellen Entwicklung sahen.

15 Nach 1937 nahm vor allem die japanisch kontrollierte Mandschurei an Bedeutung zu. 1942 wurde hier mehr als die Hälfte der industriellen Produkte (auf dem Gebiet des heutigen Chinas) hergestellt und der Großteil der elektronischen Energie, des Eisens und Zements produziert (Naughton 2007: 48).

16 Eine komplizierte Gemengelage aus imperialistischem Druck und der Notwendigkeit einer grundsätzlichen Reform im Inneren setzte sowohl die KPCh als auch die Guomindang unter enormen Anpassungsdruck, der den beiden Kontrahenten der erbitterten Kämpfe zum Trotz eine ähnliche Perspektive der nationalen Wohlstandsmehrung aufzwang: »This mixture [...] could be perceived and adapted in different ways by different parts of the Chinese political spectrum. In this sense, the Chinese Communists and the Guomindang represented two sections of a continuum, with considerable overlap« (Arnason 2008: 405–406; vgl. Bian 2005: 217–220; und zu Vorstellungen einer staatlichen Planung bei Sun Yat-Sen: Bian 2005: Kap. 7). Ebenso knüpfen beide Parteien, wenngleich in ungleicher Form, an Vorstellungen früherer Reformkräfte an, die die Revolution von 1911 inspirierten und auf eine Fusion chinesisch-konfuzianischer und westlicher, das heißt nationalistischer und marxistisch-leninistischer Denkweisen abzielten. Im

Hinsichtlich der Arbeitsorganisation sind ebenfalls Pfadabhängigkeiten nachgewiesen worden:

The emergence of the Maoist system in the 1950s was itself the result of path-dependent development based on industrial arrangements that arose during the Republican era under the Nationalist government. In the 1920s and 1930s, a newly established legal framework for industrial relations, along with state-corporatist tendencies, heavy-handed state intervention, and paternalistic practices to curb a high labor turnover rate among skilled workers helped lay down the preconditions for the socialist workplace (*danwei*) system. (Chan/Unger 2009: 6–7; vgl. Bian 2005: 167–179)

Gewisse Bedingungen für eine industrielle Entwicklung in Form des Staatseigentums und des autoritären Kollektivismus waren also vorhanden. Nach Ende der japanischen Besatzung wurde dies unter der Herrschaft der KPCh schrittweise fortentwickelt – »institutional and ideological evolution, not revolution, explains the basic structure of state-owned-enterprise and its ideology in post-1949 China« (Bian 2005: 213). Die staatlich gelenkten Wirtschaftsbereiche wurden nach 1949 von der KPCh weitgehend übernommen.¹⁷ Weil große Teile der (Schwer-)Industrie unter der Guomindang-Regierung bereits verstaatlicht waren, konnte sich die spätere Enteignungspolitik in den urbanen Zentren auf die Leichtindustrien konzentrieren. Die intern auch zu diesem Zeitpunkt bereits in Strömungen zergliederte KPCh übernahm nunmehr als eine Art Ersatz-Bourgeoisie die Rolle einer nationalen Machtelite. Viele leitende Angestellte der Guomindang-Planungskommission nahmen ihre Arbeit unter Führung der KPCh zudem wieder auf.

Insgesamt aber hatte die neue Elite in China nach 1949 vor allem mit vielen problematischen Vermächtnissen zu kämpfen. Die Zeit zwischen 1937 und 1945 hinterließ eine verwüstete wirtschaftliche Infrastruktur, eine sich in Form der Hyperinflation manifestierende finanzielle Krise und eine ausgezehnte Be-

Übrigen war auch der berühmte »Mao-Anzug« (der mehr an die Armut des Landes und weniger an egalitäre Prinzipien erinnerte) bereits von Sun Yat-Sen eingeführt worden.

17 Ein Beispiel ist die Guangzhou Guangzhong Enterprise Group Corp. (vgl. <www.gzhm.com>), ein traditionsreiches Maschinenbauunternehmen in Südchina, das die neuen Machthaber nach 1949 von der Guomindang übernahmen. Innerhalb weniger Jahre ersetzte das nunmehr von der Zentralregierung in Beijing gesteuerte Unternehmen die alten Führungskräfte durch Kader, die betriebsintern rekrutiert wurden. Bereits früh kam es zu einer Stratifizierung der Belegschaft, durch eine Lohnspreizung auf freilich sehr niedrigem Niveau. Ab den 1970ern wurde die Firma der Stadt Guangzhou überschrieben. Nach Jahrzehnten der inkrementellen Reformen, die eine erhebliche Reduzierung der Belegschaft, einen Anstieg der flexiblen (durch Boni erzielbaren) Lohnbestandteile und eine Reihe von Veränderungen in der Unternehmensführung zur Folge hatten, gilt dieses Staatsunternehmen heute als größtes Maschinenunternehmen in Südchina, das etwa ein Joint Venture mit einem großen deutschen Unternehmen geschlossen hat (Betriebsbesichtigung, Herbst 2010).

völkerung, die nicht nur einer heftigen japanischen Aggression, sondern auch der Guomindang-Repression ausgesetzt war. Zudem war die Volkswirtschaft regelrecht balkanisiert.¹⁸ Die Jahrzehnte der nationalchinesischen Herrschaft, der japanischen Besatzung von Teilen des Landes, des Krieges und schließlich des Bürgerkrieges konfrontierten die siegreiche KPCh mit einer desintegrierten Wirtschaft (Herrmann-Pillath 1995: 54–59).

In den ersten Jahren nach der antikolonialen Revolution und dem Sieg über die Guomindang versuchte China, das entwicklungspolitische Vorbild der UdSSR nachzuahmen (Gey 1985: 15–22). Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg hatten westlich-kapitalistische Entwicklungspolitiken diskreditiert, dagegen konnte die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt die höchsten Wachstumsraten aller großen Ökonomien vorweisen, wie der chinesische Chefökonom und gegenwärtige Vizepräsident der Weltbank, Justin Yifu Lin, rückblickend schreibt:

Der New Yorker Börsenkrach [...] löste in der ganzen westlichen Welt eine zehnjährige Depression mit gewaltiger Massenarbeitslosigkeit aus. Scheinbar völlig unbeeindruckt davon, schwang sich die Sowjetunion unter Stalin ausgerechnet in dieser Zeit von einem armseligen Agrarland zu einer ernst zu nehmenden Industrie- und Militärmacht empor. Den Kommunisten umgab somit das Faszinosum, dass er hielt, was er versprach. (Lin 2009: 56; vgl. Osterhammel 1989: 364–369)

Die pragmatische Orientierung an der Sowjetunion wurde aber gleichwohl den differierenden Voraussetzungen des Landes angepasst. Es erscheint deshalb trennschärfer, von einem originären *maoistischen Typus* der Industrialisierung zu sprechen, dem ein »gewissermaßen kriegskommunistisches Mobilisierungsregime unter Betonung ideeller Anreize« zugrundelag und das von heftigen Richtungswechseln, die jeweils unterschiedliche Methoden der nationalen Entwicklung verkörperten, gekennzeichnet war (Gey 1985: 29; vgl. Dittmer 1987: 12–61).¹⁹

18 Die Regionalisierung der chinesischen Wirtschaft besitzt ebenfalls eine lange Vorgeschichte, die unter anderem mit der Einführung von Provinzen seit dem 13. Jahrhundert (Yuan-Dynastie) einhergeht (Saich 2004: 158). Nachdem am Ende des 19. Jahrhunderts erstmals von einem relativ einheitlichen Binnenmarkt gesprochen werden konnte, löste sich dieser vor dem Hintergrund politischer Unruhen auf, ein Prozess, der sich mit dem Sturz des Kaiserreichs im Jahr 1911 verschärfte.

19 Derart kann auch der Zickzackkurs der veröffentlichten politischen Meinung partiell nachvollzogen werden: Wurde zu bestimmten Zeitpunkten die »Selbstständigkeit« der lokalen Einheiten gefordert, griff man diese kurze Zeit später kritisch an; wurde Arbeitern verordnet, die »Kontrolle zu übernehmen«, konnten sie nur wenig später mit dem Argument der »Autorität« des Fabrikmanagements zurückbeordert werden; wurde die Adaption westlicher Techniken unterstrichen, war in Beijing bei offiziellen Anlässen Beethoven zu hören, betonten gleichzeitig andere Teile der Machteliten das Gegenteil, galt Beethoven mitunter als »kapitalistischer Komponist« usw.

An die Phase der wirtschaftlichen Wiederbelebung von 1949 bis 1952 und einer Bodenreform (»Neudemokratische Politik«) schloss zwischen 1953 und 1957 der erste Fünfjahresplan an, der durch ein Bündel kommandowirtschaftlicher Anpassungen geprägt war. Noch 1955/1956 war China faktisch eine »mixed economy«. Erst danach wurde auf dem Land mit der von oben herab verfügbaren Bildung kollektiver Produktionseinheiten, die später als Volkskommunen in die Geschichtsbücher eingingen, begonnen. In den Städten wurden die Unternehmen fortan zu staatlich gelenkten Produktionsstätten, wohingegen die Entscheidungen in den verantwortlichen, branchenspezifischen Ministerien fielen. Auf diese Weise sollten betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte durch eine volkswirtschaftliche Orientierung ersetzt werden.²⁰

Im Gefolge einer fehlgeschlagenen nationalen Kampagne (»Hundert Blumen sollen blühen«) wurde 1958 der »Große Sprung nach vorne«²¹ ausgerufen, der den Einfluss der Partei stärken und eine Intensivierung der Industrialisierung einleiten sollte, aus dem aber ein Abzug menschlicher und materieller Ressourcen aus der Landwirtschaft resultierte und der in einer katastrophalen, vor allem ländlichen Hungersnot mündete, verstärkt durch Naturkatastrophen. Als Folge kam es im Machtapparat zur Stärkung der Gruppe um Liu Shaoqi, die im Gegensatz zur voluntaristischen Politik der Massenlinien materielle Anreize, den Gewinn als Erfolgsmaßstab und die Ausweitung von Märkten betonte – und später als Variante der »Neuen Ökonomischen Politik« (in der frühen Sowjetunion) beschrieben wurde. Sie förderte die landwirtschaftliche Entwicklung und innerhalb von Unternehmen die Manager gegenüber den Parteikomitees. Nach einer erneuten Wachstumsphase wurde mit der Kulturrevolution 1966 bis 1976 – dem Ringen um die Macht zwischen den verschiedenen Fraktionen der KPCh und hiermit verbundenen Massenunruhen und militärischen Meutereien – schließlich eine Periode der politischen Instabilität und wirtschaftlichen Paralyse eingeleitet (vgl. Leys 1972; Dittmer 1987: 77–107; Unger 2007).

Weil sie wichtige Voraussetzungen für die spätere Reformpolitik unter Deng bildeten, beschreibe ich im Folgenden die Schwerpunktsetzung auf das industrielle Upgrading (1) sowie die Struktur der maoistischen Kommandowirtschaft (2) detaillierter:

20 Private Unternehmer hätten ihre Anlagen womöglich in der Leichtindustrie investiert, weil dort höhere Profitraten zu erzielen waren. Daher wurden die »privaten Unternehmen eliminiert. Nur so war zu gewährleisten, dass alle Überschüsse unmittelbar der Staatskasse zufließen, die sie dann im Einklang mit dem Staatsplan verteilen kann« (Lin 2009: 64).

21 Vor dem Hintergrund der Öffnung von Firmenarchiven, etwa dem der bereits genannten Guangzhou Guangzhong Enterprise Group Corp., kann mittlerweile rekonstruiert werden, dass der Politik des »großen Sprungs« Arbeiterunruhen vorangingen.

(1) Zentral für den maoistischen Entwicklungsstaat war im Allgemeinen eine *Big-Push-Entwicklungsstrategie*, die der Entwicklung der Schwerindustrie (das heißt auch der Rüstungsproduktion) auf Kosten der Konsumtion oberste Priorität beimaß (Lin 2009: 82; Saich 2004: 241). Die profitablen Produktionsstätten des Landes führten dem Zentralstaat erhebliche Ressourcen zu, die diese fiskalische Macht wiederum dazu nutzte, die Entwicklung der Schwerindustrie zu fördern.²²

Ähnlich wie in anderen Entwicklungsländern ging dies mit einem Transfer des auf dem Land geschaffenen Mehrprodukts in die Städte beziehungsweise die Industrie einher, der die Grundlage sozialer Konflikte schuf (Aoki 2011: 19). Naughton verweist auf einen wichtigen Krisenmechanismus dieser Phase der Industrialisierung:

[E]very time the system really began to accelerate, it ran into fundamental problems. The economy would overshoot and hit its head on the ceiling. What was this »ceiling«? The ceiling was the inability of agriculture to rapidly generate adequate food surpluses, combined with the weak capacity of the system to generate productive employment for its abundant labor. (Naughton 2007: 79)

Dabei führten die Landreformen und Kollektivierungen zu einer relativ egalitären Einkommensverteilung auf dem Land (auf niedrigstem Niveau), der zugleich eine privilegierte Kaderschicht gegenüberstand, die die politische Macht auf sich vereinte. Zementiert wurde das Stadt-Land-Gefälle mit der Etablierung des *Hukou*-Systems in den 1960ern: einer strengen Haushaltsregistrierung mit einem Landbewohner- und Stadtbewohnerstatus.²³

Wie auf dem Land trieb die KPCh in den Städten eine soziale Homogenisierung voran, die jedoch mit den Privilegien der Parteikader kontrastierte.²⁴ Das entstehende *Danwei*-System, die Schaffung einer städtischen Arbeits- und Lebensinheit vom Arbeitsplatz, dem Krankenhaus, der Schule bis zur Verwaltung und kulturellen Angeboten, sicherte zugleich Teilen der Industriearbeiter-

22 Hierbei spielte die bereits erwähnte geopolitische Dimension eine bedeutende Rolle: Im Zuge der sogenannten 3.-Front-Strategie wurden vor allem ab den 1960ern Anstrengungen unternommen, neue industrielle Zentren im chinesischen Hinterland auf Kosten der entwickelten, aber schlecht militärisch zu verteidigenden Industriezonen an den Küsten zu errichten (Taubé 2007: 185–186). Der Kalte Krieg und die Konflikte mit der UdSSR wirkten sich nachdrücklich auf die Wirtschaftspolitik des Maoismus aus.

23 Die Rigidität des *Hukou*-Systems erinnert an die britische Sozialgesetzgebung des frühen 19. Jahrhunderts (zum Beispiel »Speenhamland laws«) und die damalige Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter (Polanyi 1978: 113–124; Walker/Buck 2007: 44).

24 Wie selbst der für seine gewiss nicht überaus chinakritische Haltung bekannte Journalist Edgar Snow festhielt, bestanden zu Beginn der 1960er auch in der Volksbefreiungsarmee erhebliche Einkommensunterschiede: Während die Gefreiten monatlich umgerechnet etwa 2,50 USD erhielten, erwarben die Generäle zwischen 190 und 230 USD und die Mitglieder der Heeresführung zwischen 360 und 400 USD (Snow 1963: 289).

schaft Gratifikationen, die erst während der Kulturrevolution zur Disposition gestellt wurden. Die Bedeutung des *danwei* konnte nicht auf die eines Kontrollinstruments reduziert werden: Sie besaß wirtschaftliche, politische und soziale Funktionen, darunter auch eine paternalistische, indem sie als eine Art Familienersatz diente, und sie stiftete Identität (Heberer 2008: 94–98).²⁵ Zugleich war der Gewerkschaft ACFTU (All China Federation of Trade Unions) die Rolle eines Arms der Partei in den Betrieben beschieden. Sie hatte sich dem Ziel der nationalen Entwicklung der Produktivkräfte unterzuordnen:

The general direction was definitively established in a 1948 report by Chen Yun in which he proclaimed a policy of, »developing production, making the economy prosper, caring for both public and private, benefiting labor and capital« for trade unions in liberated areas. [...] In order to do this, union leadership exhorted the working class to distinguish between »short term« and »long term« interests, i.e. to sacrifice immediate economic and political advancement for the good of the nation. (Friedman 2011: 48)

Zwar sorgten etwa 1950/1951 und 1956/1957 betriebliche Auseinandersetzungen und Unzufriedenheit der Arbeiter dafür, dass sich Teile der Gewerkschaft politisch von dieser Position wegbewegten. Doch wurden diese als »ökonomistisch« beziehungsweise »syndikalistisch« bezeichneten Tendenzen von der Partei- und Staatsführung eingedämmt.²⁶

Einige Autoren vergleichen das industrielle System dieser Zeit mit autoritär strukturierten Kriegswirtschaften des 20. Jahrhunderts im kapitalistischen Westen: »Individuals were asked to sacrifice for the common national cause during speed-up-production mass mobilization campaigns that swept the nation one after another« (Chan/Unger 2009: 7; vgl. Walder 1986: 85–122). Die geringe materielle Entwicklung des Landes in Verbindung mit den kollektivistischen Praktiken des Maoismus beförderte ein Fabrikregime, das in Begriffen eines »bürokratischen Despotismus« gefasst werden kann (Burawoy 1985: 12). Zwar überwog hinsichtlich der Leistungsanforderungen ähnlich dem frühkapitalistischen »Marktdespotismus« der Zwang gegenüber dem Konsens, anders jedoch als im 19. Jahrhundert wurde dieser von einem staatlichen Regiment ausgeübt. Hieraus resultierten Konflikte am Arbeitsplatz, auch vor der Kulturrevolution (Unger 2007).

25 Der Abhängigkeit der Menschen von der *Danwei*-Einheit und die geringe Mobilität der Bevölkerung standen gewisse Rechte wie eine relativ hohe Beschäftigungssicherheit und (teilweise) Mitspracherechte auf unteren Betriebsebenen gegenüber. Faktisch erwiesen sich die voluntaristischen Arbeitsmotivationen unter den Bedingungen materieller Not dabei häufig als Hindernis für das Engagement der Beschäftigten (Kosta 1985: 237–238).

26 Insgesamt besaß die Gewerkschaft zudem eine eingeschränkte Wohlfahrtsfunktion im Betrieb (Chan/Unger 2009: 7). Unter Mao war sie angewiesen, als »Transmissionsriemen« für das soziale Gemeinwohl sowie die Erziehung und Ausbildung der Beschäftigten Sorge zu tragen. Während der Kulturrevolution wurde die ACFTU aufgelöst und erst nach 1978 wieder legalisiert.

Ein Teil der Arbeiterschaft konnte von der Orientierung am industriellen Aufbau jedoch durchaus profitieren: Vor allem die Kernsektoren der Industrie-arbeiterschaft in den Staatsunternehmen kamen im Unterschied zu den Arbeitern in den Kollektivunternehmen in den Genuss sozialer Sicherungen (Lee/Selden 2007).²⁷ Chan sieht daher in den betriebsgemeinschaftlichen Kennzeichen des *danwei*, den konsensorientiert-hierarchischen Beziehungen zwischen Betriebsleitung und Arbeitern und der lebenslangen Beschäftigungsgarantie ebenfalls Ähnlichkeiten mit dem japanischen Nachkriegssystem (Chan 2006: 93).²⁸ Teile der Arbeitsorganisation stellten sich hier nicht bürokratisch-despotisch, sondern vielmehr bürokratisch-paternalistisch dar.²⁹

(2) Die *Struktur der Kommandowirtschaft* gründete in einem hohen Maß auf der regionalisierten Volkswirtschaft. Nach 1949 kam es immer wieder zu Reibungen zwischen den Provinzen beziehungsweise den Provinzen und dem Zentralstaat. In den 1950ern erschien es der zentralen Staatsführung plausibel, die einzelnen Regionen des Landes als selbstständige und gegebenenfalls unabhängige Wirtschaften zu konzipieren (»Stützen auf die eigene Kraft«).³⁰ Zusätzlich wurde diese Perspektive einer regionalen Autarkie durch die Befürchtungen ernsthafter geopolitischer Konfrontationen an den Außengrenzen des Landes genährt sowie durch die voluntaristische Tradition des Maoismus, aus der Not eine Tugend zu machen. Hieraus resultierte insgesamt eine *Plan-Anarchie*.

27 Wohlfahrtsstaatliche Leistungen wurden an den Beschäftigungstyp geknüpft. Befristete Stellen erhielten geringere Zuweisungen als Dauerstellen. »China shared with capitalist economies the determination of job status based on the degree of welfare benefits« (Smutthlikan 2011: 179; vgl. Walder 1986: 43–48). Ähnlich wie in anderen als kapitalistisch bezeichneten Entwicklungsländern, »particular segments of an [...] urban sector (full-time state enterprise workers, civil servants, Party and military officers) received welfare provisions, to the exclusion of the rest of the population« (Frazier 2011: 93). Wie andere staatssozialistische Länder auch wies China zugleich eine verdeckte Arbeitslosigkeit auf (Gey 1985: 47).

28 Ebenso erinnern die vergleichsweise geringen Lohnunterschiede zwischen einfachen Arbeitern, Vorarbeitern und Managern an große japanische Unternehmen in den 1960ern (Chan/Unger 2009: 9).

29 Bestimmend für diese gegenüber der ländlichen Bevölkerung sozial privilegierten Teile der Arbeiterschaft war deren Disziplinierung im Sinn der »Tonnen-Ideologie und des Gehorsams gegenüber dem Plan und seinen Kader-Vertretern. Das achtstufige Lohnsystem nach Status statt nach Leistung und der Immobilismus (eiserner Reisnapf und lebenslange Zugehörigkeit zur *danwei*) unterwarfen die Arbeiter in der unmittelbaren Lebensführung dem Diktat der vorgeetzten Funktionäre« (Grobe-Hagel 1990: 32). Darüber hinaus blieben geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen bestehen.

30 Das Verhältnis zentralstaatlicher und subnationaler Kontrolle von Unternehmen variierte im Zeitverlauf. So wurden 1958 circa 85 Prozent aller zentral verwalteten Industriebetriebe an die darunterliegenden Instanzen delegiert. Im Jahr 1962 wurde dieser Schritt rückgängig gemacht (Park 1986: 149).

Auf der einen Seite bestand der Versuch, im Modus des »material balance planning« (Naughton 2007: 61) Kommandos auszugeben, die den Produktionsstätten Produktionsziele zuwies und die Ressourcen und Güter unter den verschiedenen Wirtschaftseinheiten aufteilten. Innerhalb der nationalen Planorganisation war die Aufteilung der Plankompetenzen auf verschiedene Branchenministerien wesentlich, in der etwa das Kohleministerium (wie andere Ministerien auch) ein eigenes Planbüro besaß. Um die Koordination sowohl zwischen den Ministerien als auch die interprovinzielle Abstimmung zu gewährleisten und einen nationalen Plan zu erstellen (der auf der Orchestrierung regionaler und nationaler Pläne beruhte), kam der »State Planning Commission«, die unter formaler Kontrolle des Staatsrates stand, eine Schlüsselstellung zu (Lieberthal/Oksenberg 1988: 63–72, 137–145). Die Preise verloren dabei die in privatkapitalistischen Systemen relevante Funktion, Angebot und Nachfrage zu regulieren. Das Geld- und Finanzwesen diente vorwiegend dem Aufbau der Kommandowirtschaft, nicht der Finanzierung privater Investitionen (Wu 2005: 217–219).

Auf der anderen Seite, im Unterschied zur UdSSR, teilweise aber ähnlich den osteuropäischen Vasallenstaaten, war das Plansystem jedoch weniger zentralisiert und straff geführt (vgl. Lieberthal/Oksenberg 1988; Lyons 1990).³¹ Das von Kornai für die Ostblockstaaten beschriebene »bargaining« um die Investitionen (»plan bargaining«) traf hier in besonderem Maße zu (Kornai 1992: 121–124) und entfaltete sich als Konkurrenz zwischen Staatsunternehmen, zwischen (Branchen-)Ministerien, den subnationalen Machteliten, zwischen den Kollektivunternehmen sowie der Armee. Untereinander und im Ringen um die Sympathie der obersten Machtinstanzen verhandelten diese über die Investitionsmittel, wobei nicht immer die Erfüllung der Planvorgaben ausschlaggebend war, sondern ebenso politische Manöver, Bestechung und Lobbying durch Vertreter spezifischer Industriezweige zum Tragen kamen.³² Genauso wenig wie im Kapitalismus allein der anonyme Markt bestimmt, welche Güter produziert und wie sie hergestellt werden, lenkten in der Kommandowirtschaft Chinas die Planstäbe Produktion, Distribution oder Konsumtion.

Wesentlich für das maoistische Planwesen waren also die zentralstaatlichen Anstrengungen, die bedeutsamsten subnationalen Einheiten, die Provinzen, zu koordinieren. Tatsächlich hatte dies allerdings eine wechselhafte Geschichte der *Dezentralisierung und der Rezentralisierung* zur Folge, mit denen makroökonomische

31 Auch kleine und mittlere Firmen waren bedeutsamer als in der Sowjetunion. Im Bereich der Mobilität der Arbeitskräfte war das chinesische System allerdings noch undurchlässiger als das sowjetische.

32 Leider mangelt es im Falle Chinas an einer umfangreichen Literatur, da diese Phänomene häufig informell, das heißt ohne archivierbare Spuren abgelaufen sind und daher auf einer anekdotischen Evidenz beruhen.

Kontrollverluste in den Griff bekommen werden sollten (Lyons 1990: 40). Dabei kristallisierte sich ein Regime heraus, das wesentlich eine Kombination lokaler/regionaler und nationaler Planung darstellte. Bereits in dieser Phase der Planwirtschaft war die Ökonomie demzufolge gleichzeitig »zellulär« und »zentral« gesteuert (Herrmann-Pillath 1995: 112).³³

Zwei parallel verlaufende Systeme bildeten die hier grob nachgezeichneten Kernkomponenten: eine nationale, ministeriale Planorganisation, die innerhalb der Provinzen zentral gesteuerte Wirtschaftseinheiten überwachte *und* eine regionale Provinz-Planorganisation, die mit Ausnahme der zentral gesteuerten Wirtschaftseinheiten sämtliche anderen Bereiche in ihren Plan einbezog. Diese Planlogik wurde zusätzlich durch weitere Wirtschaftseinheiten mit sich überschneidenden Zuständigkeitsbereichen flankiert:

Abstracting from the sub-branches and tiers within each ministerial and provincial branch, there are four types of planned agents: provincial, provincial/central, central/provincial and central [...]. The two mixed cases are those subject to dual leadership, with either the province or the centre (i.e. a ministry) predominant. In the case of a provincial/central enterprise, the province is responsible for the production and financial plans, and the enterprise is accommodated in provincial balances. In operating its provincial/central enterprises, a province must comply with national plans and, in particular, must ensure any required »exports« from the province. The relevant ministries provide »guidance and support« and may supply some key inputs. In the case of a central/provincial [...] enterprise, a branch ministry is responsible for the production and financial plans, for providing most inputs and for distributing outputs. The province in which the enterprise is located handles political and ideological work, arranges »co-operative assistance« and supplies of locally controlled inputs, and receives in return a fixed share of the output or the right to have materials worked up after completion of ministry orders. (Lyons 1990: 41–43)

Mitte bis Ende der 1970er zählten lediglich 10.000 Unternehmen zu den zentral oder »central/provincial« geführten Produktionseinheiten. Sowohl die überwiegende Mehrzahl der Staatsunternehmen (über 70.000) als auch die noch größere Zahl der Kollektivunternehmen wurden von regionalen oder lokalen Instanzen kontrolliert.³⁴ Viele Provinzen verfügten daher über einen erheblichen Manö-

33 Außerhalb des formalen Planprozesses koordinierten Akteure wirtschaftliche Transaktionen häufig mithilfe des Tauschhandels (Lyons 1990: 49). Im ländlichen Raum – der Agrarbereich wurde wenig zentralstaatlich gelenkt – spielte ebenfalls ein schattenwirtschaftlicher Sektor eine Rolle.

34 Lin erläutert exemplarisch: »Das Staatsministerium für Stahl und Eisen kümmerte sich [...] um die Erfüllung der Planziffern für Eisen und Stahl. Die Verteilung des Stahls war jedoch nicht Aufgabe des Staatsministeriums für Stahl und Eisen. Dies war alleinige Aufgabe des Staatsausschusses für Wirtschaft. Es ist klar, dass dieser zentralistische Ansatz in der Praxis immer wieder zu grotesken und jeglicher Logik entbehrenden Verteilungsaktionen führte. Um den Verteilungssinn zu stoppen, ordnete die Regierung schließlich an, dass die Verteilungsbefugnis vom

vrier- und einen nicht zu unterschätzenden finanziellen Bewegungsspielraum. Während in den 1950ern noch ein schwerindustrieller Kern unter zentraler Kontrolle aufgebaut und die Verteilung bedeutender Industriegüter kontrolliert wurde, delegierte der zentrale Machtapparat die Befugnisse für eine Vielzahl von industriellen Unternehmen im Zeitverlauf an regionale Administrationen. Die maoistische Ära war infolgedessen durch eine disparate Raumökonomie gekennzeichnet, was auch für die Lage in den Provinzen selbst zutrif:

So konnte es innerhalb einer Stadt ein Unternehmen geben, das der Stadtverwaltung zugeordnet war, und das eigentlich Inputs für ein Unternehmen herstellte, welches zwar ebenfalls in der Stadt angesiedelt war, aber in der Zuständigkeit der Provinzverwaltung stand. Beide Unternehmen durften aber ihre Lieferbeziehungen eigentlich nicht direkt abstimmen, sondern mussten erstens, entsprechende Pläne jeweils von ihren zuständigen, aber nicht identischen Verwaltungen genehmigen lassen, was die Produktion betraf. Die produzierten Güter mussten aber gegebenenfalls ohnehin an das staatliche Materialbüro abgeliefert werden, das ebenfalls einen Zweig in der Stadt unterhielt. Unter Umständen wurden die Inputanforderungen des zweiten Unternehmens erst über die gesamte Hierarchie des staatlichen Amtes für Materialverwaltung bearbeitet, bis das Unternehmen eventuell – aber noch nicht einmal selbstverständlich – über das örtliche Büro dieses Amtes Inputs zugewiesen bekam, die wiederum durch das andere ortsansässige Unternehmen produziert worden waren.

(Herrmann-Pillath 1995: 113–114)

Dieses System lokaler und regionaler staatlicher Eigentumsrechte und das Prinzip unterschiedlicher Zuständigkeiten – wonach ein Unternehmen etwa einer subnationalen Instanz zugeordnet wurde, jedoch funktionell der zentralen Verwaltung unterstellt blieb – unterschied sich vom Idealtypus einer zentralen Verwaltungswirtschaft. Komplexe Verhandlungsprozesse zwischen den verschiedenen Einheiten mündeten in Wirtschaftspläne, deren grob formulierten Planziele den Unternehmen in der Regel gewisse Bewegungsfreiheiten bei der Entscheidung über die Produktion ließen. Die widerstreitenden Interessen der Staatsapparate auf unterschiedlichen Ebenen können dabei als Ausdruck eines »Quasimarkts« verstanden werden, in der die Verantwortlichen in permanenten Tauschaktivitäten und Beschaffungsbemühungen gefangen waren, wenngleich die Preise offiziell festgelegt blieben und nur eine geringe Allokationsfunktion ausübten (Herrmann-Pillath 1995: 116).

Die nationale Planung manifestierte sich demnach auch als ein kompetitiver Prozess – als Plan-Anarchie, die sich in Diskrepanzen zwischen zentralem und regionalem Plan sowie übergeordneten Planvorgaben und den Kalkülen lokaler

Zentralministerium auf die Provinzen überzugehen habe, damit diese nunmehr selbst für die Verteilung ihres Stahls sorgen sollten« (Lin 2009: 135). In der Folge kam es zu einer eifrigen Investitionstätigkeit der Provinzen. Dem standen jedoch eine mangelhafte Ressourcenausstattung und fehlende Verkehrsinfrastrukturen gegenüber.

Behörden und Manager äußerte. Der Versuch des administrativen Kommando-zentrums, eine Vielzahl partiell konkurrierender ökonomischer Subeinheiten hinter einer überspannenden Akkumulationsstrategie zu sammeln, schlug fehl (Lyons 1990: 53).

Um die Gründe des Umbruchs Ende der 1970er näher bestimmen zu können, müssen nun die unmittelbaren Ursachen der Deng'schen Wende dargestellt werden.

2.1.3 Die Krise nach der Krise: Der erschöpfte Maoismus in den 1970ern

Mitte der 1970er schien sich die Nation vom Trauma der Kulturrevolution langsam zu erholen. Doch in den sich ab 1975/1976 intensivierenden politischen Konflikten innerhalb der Parteispitze drückten sich gesellschaftliche Widersprüche aus, die lediglich zeitweise in den Hintergrund gerückt waren. In ihnen spiegelte sich ein Erschöpfen der maoistischen Selbstverständnisse, Entwicklungspolitiken und der betriebs- beziehungsweise lebensweltlichen Modelle des *danwei* und der ländlichen Volkskommunen (Dittmer 1987: 207–209).

In der Umorientierung in Teilen der Machteliten ab Ende der 1970er kam diese Zwangslage zum Ausdruck. Die Politik Deng Xiaopings bedeutete jedoch keinen völligen Bruch mit der Wirtschaftsgeschichte des Landes. Deng gehörte einem Lager innerhalb der KPCh an, welches im Gegensatz zum Modell Maos für eine sachorientierte Wirtschaftspolitik plädierte. In den 1950ern war zwischen diesem »rechten« Parteiflügel um Liu Shaoqi und dem »linken«, präziser, voluntaristischen Parteiflügel um Mao ein heftiger Streit um die Geschwindigkeit entbrannt, mit der die Kollektivierung der Landwirtschaft bewältigt werden sollte.³⁵ Während der maoistische Voluntarismus vorwiegend (wenn auch nicht zu allen Zeiten) eine Basis in der einfachen Landbevölkerung und der Partei fand, entfaltete der Pragmatismus Lius und anderer eine nicht zu unterschätzende Wirksamkeit unter Industriearbeitern und Intellektuellen. Der »Große Sprung nach vorn« von 1958 und die Errichtung von Volkskommunen konnten daher nur gegen einen heftigen parteiinternen Widerstand durchgesetzt werden (Kosta 1985). Nach 1961 wurden zeitweilig und unter Anleitung von Liu Shaoqi Aspekte der Kollektivierung aufgehoben und etwa Parzellen für die private Nutzung bereitgestellt. Die Landwirtschaftspolitik der Provinz Anhui 1962/1963 schuf Grundlagen für die spätere Strategie der Landverpachtung.

35 Genau genommen war der »Kampf zwischen zwei Konzepten« Maos und Lius zusätzlich noch durch weitere Mischkonzepte gekennzeichnet. Die Debatten erinnerten an die sowjetischen Diskussionen der 1920er, in denen etwa Bucharin und Preobaschinski als Protagonisten unterschiedlicher Auffassungen zur Frage des ökonomischen Wachstums, des Verhältnisses von Landwirtschaft und Industrie usw. auftraten.

Ein monolithisches, einheitliches Entwicklungsmodell existierte in China niemals. Auch deshalb ist es unzutreffend, die Reformperiode nach 1978 als genuinen Bruch mit der Vergangenheit zu beschreiben. Deng selbst setzte wie Mao auf die nationale Entwicklung, die »kommunistische« Politik und die KPCh waren Vehikel, um ein wohlhabendes und mächtiges China in einem kompetitiven globalen Umfeld zu schaffen. Und ebenso galt dem Flügel um Deng die führende Rolle der Partei als Instrument der Modernisierung als unverrückbar. Die internen Strömungen der KPCh standen also letztlich für differierende Antworten auf ein- und dieselbe Frage der nationalen Entwicklung. Die langsame Umwandlung der Parteiideologie von der »Klassen-« zur »Volkspartei« nach 1978 trägt dieser auf das ganze »Volk« zielenden, nationalistischen Entwicklungspolitik insofern erst verspätet Rechnung.³⁶

Zur Beantwortung der Frage, weshalb sich der Parteiflügel um Deng durchsetzen konnte, sind *erstens* ein Verständnis der tiefen Krise der 1970er und des Erschöpfens maoistischer Institutionen sowie *zweitens* der Einbezug von weltwirtschaftlichen und -politischen Restrukturierungsprozessen wesentlich.

2.1.3.1 Merkmale der Krise

Die Verlangsamung der industriellen Wachstumsrate auf nur noch jährlich 8 Prozent zwischen 1970 und 1979 markierte eine Funktionskrise der maoistischen Entwicklungsweise in ihren urbanen Zentren. Ebenso stagnierte der Lebensstandard der Landbevölkerung (Selden 1993: 60). Die Mischung aus stagnativer Wirtschaftsentwicklung, Krise der Agrarwirtschaft, Versorgungsgenpässen und einer hieraus resultierenden politischen und sozialen Unzufriedenheit konstituierte ab Mitte der 1970er eine instabile Konstellation (Lieberthal 1995: 297).³⁷

Die mit dieser Lage in Verbindung stehende Krise der politischen Führung des Landes genügte aber noch nicht, um einen signifikanten Wandel herbeizuführen. Die Koalition von marktorientierten Reformern in der Partei und der ländlichen Peripherie um Deng Xiaoping – gründend unter anderem auf einer technokratisch orientierten Intellektuellenschicht (Andreas 2009) – stand

36 Freilich wies die Klassentheorie der KPCh im Unterschied zum klassischen Marxismus schon unter Mao spezifische, »volkstümlicherische« Merkmale auf, indem etwa die industrielle Arbeiterklasse zu einem unter mehreren Verbündeten des »Volkes« wurde und die Bauerschaft einen revolutionären Charakter zugesprochen bekam. Auf den »nationalen« Aufbau orientierte Teile der Bourgeoisie wurden in der Anfangszeit der Volksrepublik zudem von den »bürokratischen« Kapitalisten geschieden, da letztere mit den imperialistischen Mächten im Bunde standen.

37 Eine weitere, konfliktbeladene Erblast der »zehn verlorenen Jahre« der Kulturrevolution bestand in denjenigen städtischen Massen, die im Zuge des Endes der »Aufs-Land-Bewegung« (*xiaofeng*), dem erzwungenen Einsatz von etwa 15 Millionen meist jungen Stadtbewohnern in der Landwirtschaft, in die urbanen Zonen zurückkehrten.

nach Maos Tod 1976 einem »Maoismus ohne Mao« unter Hua Guofeng (Parteivorsitzender ab 1976) gegenüber. Besonders letzterer insistierte darauf, die Planwirtschaft, unter Zuhilfenahme traditioneller sowjetischer Methoden, zu reaktivieren (Yang 1996: 441). Erst eine Zunahme des sozialen Widerstands erzeugte genügend Antriebskräfte, um das Machtgleichgewicht in der politischen Führung zugunsten der Reformier zu kippen.

Die Jahre nach 1976 bis zur Demokratiebewegung 1978/1979 – der Forderung unter anderem einer »Fünften Modernisierung«, das heißt einer Demokratisierung – und vereinzelte Arbeiterproteste im Jahr 1980 stellten eine Zeit des vielfältigen sozialen Protests dar (Spence 1995: 774–783; Wenten 2011: 33–34). Die Ursachen der politischen Umorientierung können aus diesem Grund in einem Konfliktmodell herausgearbeitet werden, in dem die Bauern- und Arbeiterschaft die Machtelite zum Umsteuern zwang (Bernstein 1999: 204–205; Heberer 2008: 37–40). Bereits die »Bewegung vom 5. April« im Jahr 1976 – Massenproteste, ausgelöst durch den Tod eines Hoffnungsträgers der Massen, des Ministerpräsidenten Zhou Enlai – verdeutlichte dies. Die Proteste des sogenannten Pekinger Frühlings überzeugten den Parteiflügel um Deng Xiaoping von der Dringlichkeit eines Kurswechsels (Eifler 2007: 102–107; Xie 1993: 323). Besonders die Landbevölkerung spielte eine aktive Rolle. In einer Konstellation, in der eine Nahrungsmittelknappheit mit einer Vertrauenskrise der Partei zusammenfiel, mussten die Partei und die von ihr befehligten Staatsapparate in der Folge spontane Landaufteilungen zulassen, die der Rückkehr zu familiären Bewirtschaftungsformen den Weg ebneten.

Ende des Jahres 1978 kam es schließlich zu einem Durchbruch auf politischer Ebene: Auf der Vollversammlung des 11. Zentralkomitees der KPCh setzten sich Deng und seine Verbündeten als neue Führungsgruppe durch. Ein Jahr später wurden daraufhin, sehr zaghaft und noch weitgehend ungerichtet, modifizierte wirtschaftspolitische Konzepte eingeführt. Um den Widerstand hoher Kader in Partei und Armee (in Beijing, aber auch und gerade in den Nordprovinzen) zu brechen, bemühte sich die Deng-Gruppe um die Unterstützung seitens subnationaler Regierungen. Die Aussicht auf eine fiskalische Dezentralisierung gab vielen Lokalführungen Hoffnung auf eine Vergrößerung ihrer bereits bestehenden Spielräume. Zudem wurden Produktivitätszuwächse in den Provinzen Anhui und Sichuan mit den Reformen in Verbindung gebracht; sie stärkten die institutionelle Macht der Reformier (Goldman/MacFarquhar 1999b: 7–8).³⁸

38 In den Provinzen implementierte man teilweise schon vorher Reformkonzepte: »For instance, in the late 1970s, Wan Li, then provincial leader of Anhui, initiated rural reforms without clear central policy guidance« (Xie 1993: 316). Das Umlenken wurde zudem durch eine extreme Dürre im Jahr 1978 befördert.

Dass die Führungsgruppe des »institutionalized revisionism« (Dittmer 1987: 266) um Deng Xiaoping die Mittel der partiellen Liberalisierung und, etwas später, der dirigierten Öffnungspolitik favorisierte – auch wenn sie dies noch als Effizienzsteigerung der *Planwirtschaft* bezeichnete –, kam dabei nicht von ungefähr, wie ein Blick auf die globale Liberalisierungsbewegung dieser Epoche verrät.

2.1.3.2 Die globale Reformbewegung der 1970er und neue entwicklungspolitische Vorbilder

Der Richtungswechsel in der chinesischen Führung fiel mit einer neuartigen weltwirtschaftlichen Situation zusammen – charakterisiert durch das Ende der langen Wachstumsphase nach 1945 und den Übergang in die sogenannte neo-liberale Phase des Weltkapitalismus. Die Tendenz hin zu staatlich dirigierten Volkswirtschaften ab den 1930ern war an ihr Ende gelangt (Altwater/Mahnkopf 1996; Harris 1986; ten Brink 2008).

Die Veränderungen der 1970er – das Ende des »Wirtschaftswunders«, die Krise des westlichen Fordismus und Stagnationstendenzen an der »Peripherie« – bildeten weltweit die Grundlage der Wirksamkeit neoliberaler Diskurse. Das betraf auch die Entwicklungs- und Schwellenländer. Galt im Westen der Keynesianismus als gescheitert, wurden in vielen weniger entwickelten Ländern bestimmte Versionen der Entwicklungstheorie und der stalinistischen Kommandowirtschaft als erledigt betrachtet. Anstelle dessen wurden liberalere Entwicklungsmodelle von den Eliten der Dritten Welt zunehmend als Alternative bewertet (Hurtienne 1988; Chibber 2003). Regierende, die sich bis dato zu mehr oder weniger staatlicher Planung und »Importsubstitution« bekannt hatten (Fröbel/Heinrichs/Kreye 1988), versuchten nunmehr, die Volkswirtschaft zu liberalisieren, stärker in den Weltmarkt zu integrieren und eine erhöhte Exportorientierung durchzusetzen.³⁹ Dabei konnte auf positive Vorbilder verwiesen werden: Besonders in Ostasien befanden sich einige auf den Export orientierte Wirtschaften, vor allem Japan und die später als »Tigerstaaten« bezeichneten Länder, auf einem erfolgreichen Wachstumspfad, der der Begründung neuer entwicklungspolitischer Leitbilder diente (siehe 2.1.3.3).

In diesem Zusammenhang gerieten auch die Konzepte einer sozialistischen Planung mehr und mehr in die Krise. Die Ostblockstaaten und China stellten gewissermaßen die extremste Form der Staatsintervention seit den 1930ern dar. Deren wirtschaftliche Dynamik wurde jedoch weiterhin auch von den Rhyth-

39 In Ländern wie Ägypten, Polen und Jugoslawien seit Mitte der 1970er, in verschiedenen latein-amerikanischen Ländern und in Indien in den 1980ern, im ehemaligen sowjetischen Block und in Teilen Afrikas in den 1990ern kam es daraufhin zu umkämpften Umstrukturierungsprozessen.

men der Weltwirtschaft und den Kräfteverhältnissen des Staatensystems diktiert.⁴⁰ Während die staatskapitalistische Phase ab den 1930ern es dem Modell nachholender Industrialisierung mit Importsubstitution im nationalen Raum gestattete, einen relativ effizienten Aufholprozess zu beginnen, stieß diese Strategie mit der zunehmenden Integration des Weltmarkts ab den 1960ern an ihre Grenzen. Im Laufe der Zeit verloren die Autarkiebestrebungen an Dynamik. Die Entwicklung der Produktivkräfte, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine enge Anbindung von Unternehmen und Einzelstaaten mit sich brachte, entfaltete sich nunmehr auch und gerade in einen Trend zur Überschreitung nationaler Volkswirtschaften. Die Bemühungen in den »staatssozialistischen« Ländern, die damit einhergehende neue internationale Arbeitsteilung zu umgehen, schränkten, wie sich herausstellte, zunehmend eine effiziente Kapitalakkumulation ein. Wie neuere Forschungen zeigen, gehörte die Unfähigkeit, sich der Internationalisierung der Kapitalströme anzupassen, zu den wichtigsten Ursachen des Niedergangs dieser Herrschaftssysteme (vgl. Dale 2004; Haynes 2002). Ein mangelhafter Technologietransfer durch die Abschottung vom Weltmarkt spiegelte beispielhaft das Dilemma einer auf Eigenständigkeit ausgerichteten Wirtschaft wider. Je stärker es zu einer globalen Produktentwicklung kam, wie das etwa bei der Mikroelektronik der Fall war, umso augenscheinlicher erwies sich das Modell als defizitär. Der Übergang von »fordistischen« in »postfordistische« Produktions- und Arbeitsformen vollzog sich hier am wenigsten effizient.

Die Krise der Staatsinterventionismen beziehungsweise der Kommandowirtschaften traf auch die bevölkerungsreichsten Länder Asiens. Die indischen Machteliten zum Beispiel, die noch kurz nach ihrer Unabhängigkeit in Form von Entwicklungsplänen (»Bombay Plan«) Wirtschaftspolitik betrieben, erklärten den Nehru'schen »Sozialismus« für beendet und begannen, vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Stagnationstendenzen nach alternativen Strategien der Akkumulation zu suchen (Chibber 2003: 248–253).

Letztlich durchlief die VR China eine ähnliche Entwicklung (Harris 1986: 163–169). Neben den Ineffizienzen in der Staatswirtschaft wurden hier die unsten außenwirtschaftlichen Beziehungen der Mao-Ära Gegenstand der Kritik, zumal die außenwirtschaftliche Integration faktisch bereits an Relevanz gewon-

40 Castoriadis beispielsweise bezeichnet die realsozialistischen Gesellschaften als »bürokratische« Kapitalismen, weil in ihnen wie in den westlichen Kapitalismen die unbegrenzte Ausdehnung der Beherrschung von Natur und Gesellschaft sowie die end- und maßlose Entfaltung der Produktivkräfte mit allen Mitteln betrieben wurden (Castoriadis 1988; vgl. Haynes 2002). Die Subjekte der Produktion wurden, völlig entgegen der Zielsetzung einer sozialistischen Transformation, als Objekte behandelt. Den »realsozialistischen« Gesellschaften wurde mittels der gewaltsamen Aufhebung der Differenz zwischen dem politischen Herrschaftsapparat und zivilgesellschaftlichen Sphären eine totalitäre Struktur verliehen.

nen hatte.⁴¹ Das Vorbild der erfolgreichen Entwicklung einiger ostasiatischer Ökonomien, besonders Japans, die eine Welle der Industrialisierung in Ostasien antrieben, geriet hier zum Muster, dem man freilich seine spezifischen nationalen Konturen erst noch zu verleihen hatte. Deng sprach das auf dem Parteitag der KPCh von 1982 aus:

[Wir sollten] aufmerksam vom Ausland lernen und uns ein Beispiel an fremden Erfahrungen nehmen. Allerdings wird das wörtliche Abschreiben und das mechanische Nachahmen ausländischer Erfahrungen nicht erfolgreich sein. (zitiert in: Hartig 2008: 43)

Mit dem impliziten Hinweis auf die problembehaftete Übernahme sowjetischer Industrialisierungsstrategien wies er darauf hin, dass man bereits »viele Lektionen gelernt« habe.

Insbesondere die ökonomische Dynamik der Nachbarländer galt, wenn gleich kaum eingestanden, als Vorbild (Goldman/MacFarquhar 1999b: 5). Die Nähe der um 1945 noch durch den Krieg zerstörten japanischen Wirtschaft, die ab den 1950ern sämtliche Wachstumsrekorde brach und neben wettbewerbsfähigen Exportindustrien eine moderne Konsumgesellschaft hervorbrachte, ließ die Errungenschaften unter Mao als begrenzt erscheinen. Selbst historische »Vasallenstaaten« Chinas wuchsen schier unaufhaltsam:

By the late 70s, South Korea had industrialized at a break-neck pace under Park Chung Hee and, most galling of all, the GMD regime in Taiwan was not far behind. The pressure of this setting on the PRC was inescapable. (Anderson 2010b: 79)

Wenngleich der Stadtstaat Singapur nur schwerlich mit China verglichen werden konnte, suggerierten auch die Entwicklungen im staatskapitalistischen De-

41 In den 1950ern expandierte der chinesische Außenhandel noch. Während der Außenhandelsumsatz mit den westlichen Ländern zurückging, vergrößerte sich der Anteil der realsozialistischen Länder, besonders der der UdSSR. Im Gefolge der Krise des »Großen Sprungs« kam es Anfang der 1960er zur Kontraktion des Außenhandels (vgl. Hagemann 1990). Doch im Rahmen einer Hinwendung zu westlichen Industrieländern und Entwicklungsstaaten steigerte sich der Außenhandel danach wieder. Bereits 1965 kamen mehr als die Hälfte aller chinesischen Einfuhren (etwa Maschinen und Ausrüstungen) aus OECD-Ländern. Formell wurde das Land unter Mao von den ausländischen Lieferanten mithilfe einer doppelten »Luftschleuse« vom Weltmarkt zu separieren versucht. Dem zentralstaatlich verfügbaren Außenhandelsmonopol wurde auf der Ebene des Währungssystems eine weitere Schleuse beigeordnet: Der Kurs des RMB wurde staatlich festgelegt, die Währung war nicht konvertierbar. Teilweise wurden jedoch bereits vor 1978 über den Planvorgaben liegende Produktionsüberschüsse exportiert (Öl und Nahrungsmittel) und moderne Technologien importiert. Zwischen 1970 und 1980 verachtfachte sich das chinesische Exportvolumen (NBS 1983: 420). Faktisch erzeugten die wachsenden Handelsvolumen und die Einführung von (zuerst meist amerikanischen und japanischen) Technologien bereits seit Beginn der 1970er einen Antriebsimpuls für Wirtschaftsreformen (Selden 1993: 34–35). Zugleich investierten schon vor der Gründung der Sonderwirtschaftszonen im Jahr 1980 einige exilchinesische Firmen auf dem Festland (Yeung 2004: 123).

facto-Einparteienregime unter Lee Kuan Yew nach 1955 und dessen politisch-ideologische Wendungen vom Sozialismus über den Antikommunismus zum Konfuzianismus einen möglichen Pfad zur ökonomischen Modernisierung (Lee 1997: 54–71). Zusätzlich entkräftete die wirtschaftliche Stagnation in anderen staatssozialistischen Ländern diejenigen Argumentationsmuster im chinesischen Parteistaat, die eine liberale Wende verhindern wollten.

Noch eine weitere Entwicklung bot den pragmatischen Teilen der KP-Führung die Gelegenheit, die Reformen voranzutreiben und die Wirtschaft zu öffnen: *Geopolitisch* befand sich die VR China nach der Kulturrevolution in einer Lage, die eine Umorientierung jenseits sowjetmarxistischer Pfade erleichterte: Die UdSSR zählte gar als Feindstaat. Ab Beginn der 1970er kam es indessen zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA und es entstand eine bilaterale strategische Partnerschaft, die ab 1978 verstärkte außenwirtschaftspolitische Beziehungen nach sich zog. Diese Einbindung Chinas wiederum fiel in eine weltwirtschaftliche Phase der extensiven Freihandelspolitik, die von einer Steigerung der globalen Wirtschaftsaktivitäten begleitet wurde. Die Folgen der internationalen Krisen der 1970er bildeten insofern eine günstige Gelegenheitskonstellation für die Volksrepublik, die in den folgenden Jahrzehnten fortbestand. In diesem Kontext und einer Verlagerung der Waren- und Produktionsketten in Richtung Ostasien sowie einer gestiegenen Nachfrage des Nordens nach Konsumgütern konnte das exportbasierte Wachstum überhaupt Erfolg haben.

2.1.3.3 Exkurs: Die Vorbildfunktion des ostasiatischen Entwicklungsstaates

Im Herbst 1978 besuchte Deng Xiaoping Japan. Beeindruckt vom Entwicklungsniveau des Landes konzedierte er: »I understand what modernisation is at last« (zitiert in: Guo 2009: 12). Japan und andere ostasiatische Volkswirtschaften, das heißt deren Akkumulationsweise des Exportismus und die politische Regulierung durch autoritäre Entwicklungsstaaten galten (und gelten) in der Volksrepublik China als Vorbilder.⁴²

Im Zentrum der Aufmerksamkeit (nicht nur der chinesischen Regierung) steht bei der Analyse der ostasiatischen Kapitalismen der *Entwicklungsstaat* (vgl. Deyo 1993: 42–50; Wade 1990). Zwar kann nur auf einem hohen Abstraktionsniveau von einem »ostasiatischen Kapitalismus« (Amable 2003: 102–104) gesprochen werden. Länderuntersuchungen verweisen auf markante Unterschiede der Kapitalismen in Ostasien, auch wenn beinahe alle Länder den Weg einer

42 In China finden sich dagegen kaum positive Bezüge auf die Entwicklungspolitiken des (lange verfeindeten) Indiens. Der Bezug auf amerikanische und europäische Vorbilder nahm im Laufe der Reformen zu.

exportorientierten Industrialisierung beschränkt haben.⁴³ Gewisse Verwandtschaften können jedoch nicht gelehrt werden, was insbesondere auf ähnliche geschichtliche Erfahrungen sowie geopolitische und weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen zurückzuführen ist.

Wesentlich für den Anstoß zur staatlich-dirigistischen Industrialisierung war eine tief greifende gesellschaftliche Krisensituation als Folge des Zweiten Weltkrieges. Dies erleichterte es den staatlichen Instanzen, eine legitime Herrschaft zu begründen – was eine Unterordnung traditioneller, nunmehr desorganisierter herrschender Klassen genauso wie subalternen Gruppen zur Voraussetzung hatte – und Strategien des wirtschaftlichen Aufbaus zu formulieren beziehungsweise zu implementieren. Dabei knüpften die Regierungen in Japan, Südkorea und Taiwan an Traditionen einer starken Zentralmacht an (Hamilton/Biggart 1997: 140).

Infolgedessen konnten, im Gegensatz zu verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, erfolgreich umfassende Landreformen (unter anderem Enteignung und Neuverteilung von Grundbesitz) durchgesetzt werden, die die Produktivität erhöhten, die Industrialisierung beförderten und den Regimen Legitimation verschafften (Kay 2002).

Verschiedene ostasiatische Länder besetzten daraufhin in einer verwandten Weise, wenn auch zu unterschiedlichen Zeitpunkten, mit dem Mittel der wirtschaftlichen Außenorientierung Handelsnischen und erzielten Erfolge auf dem Gebiet des Exports von Industriegütern. Neben der Ausweitung des Welt Handels wurde dies durch die geopolitische Konstellation des Kalten Krieges begünstigt.⁴⁴ Da Ostasien in den USA lange Zeit als schwächstes Glied bei der Eindämmung des Kommunismus betrachtet wurde, konnten die nicht kommunistischen Länder Ostasiens im Gegensatz zu anderen »abhängigen« Staaten des »Südens« eine relativ autonome politische Strategie verfolgen, solange sie sich

43 Wie Pohlmann schreibt, findet der Theorieansatz eines »asiatischen« oder »konfuzianischen« Kapitalismus in der Heterogenität der politischen Ökonomien Ostasiens seine Grenzen (Pohlmann 2002: 309). In neoweberianischer Perspektive beschreiben etwa Hamilton und Biggart differierende gesellschaftliche Kontexte in Ostasien, die jeweils unterschiedliche kapitalistische Systeme beförderten (Hamilton/Biggart 1997: 134–147; Biggart 1997). Zugleich ist der ostasiatische Pionier des Kapitalismus, Japan, als eine koordinierte Marktwirtschaft ausgewiesen worden, die sich von den staatsdirigistischen Ökonomien Südasiens unterscheidet (Streeck/Yamamura 2001). In Ostasien insgesamt »finden wir eine Situation äußerst unterschiedlicher, länderspezifischer Heterogenitätsgrade vor« (Ziltener 2006: 17).

44 Die ostasiatische Region durchlief nach dem Zweiten Weltkrieg und dem anschließenden Koreakrieg einen einschneidenden Wandel – eine einstmals eng vernetzte Region war nun tief gespalten. Der amerikanisch-japanischen Vorherrschaft stand ein weitaus schwächeres »kommunistisches« Machtbündnis gegenüber, wobei China eingangs noch eng mit der UdSSR kooperierte. Die einstmals intensiven Beziehungen der Volksrepublik China mit Staaten der Region wurden durch Blockaden und Kriegsdrohungen massiv begrenzt, was beispielsweise die Rolle der Überseechinesen als Handelsvermittler erst einmal beendete.

gegenüber den stärksten Staaten im globalen System unterordneten. Das geopolitische Geflecht des Kalten Krieges – das die Einbindung vor allem Japans, Taiwans, Südkoreas, Hongkongs und Singapurs in den von den USA dominierten Block beinhaltete – schuf eine Art Sicherheitsschirm und erleichterte diesen Ländern bis in die 1970er die Integration in den Weltmarkt (Castells 2003: 303). Westliche Binnenmärkte wurden für ostasiatische Exportartikel geöffnet. Mit anderen Worten: Der ostasiatische Staatsdirigismus erlangte durch die Unterstützung des westlichen Hegemons zusätzliche Entwicklungsspielräume.

Aus der ökonomischen Dynamik in Ostasien resultierte eine intensive innerregionale wirtschaftliche Verflechtung, die sich bis in die 1970er als eine innere Hierarchie mit Japan an der Spitze entfaltete.⁴⁵ Dabei verfolgten besonders Hongkong, Südkorea, Singapur und Taiwan eine in Phasen unterteilbare »exportistische« Entwicklungsstrategie, in der die Exportorientierung auf Kosten des inneren Markts ging (Jessop/Sum 2006: 161–185). Eine hohe Investitionsquote fand ihre Entsprechung in einer niedrigeren Konsumquote. Zugleich wurde die Kreditvergabe an langfristige Wachstumsprioritäten gebunden. Der stark von Weltmarktschwankungen abhängige Wirtschaftskreislauf war dominiert von der ausfuhrorientierten Investitionstätigkeit und der Produktion von Exportgütern. Die Realisierung der Gewinne aus dem Export bildete wiederum den Beginn eines neuen Investitionskreislaufs. Auch wenn die Steigerung des BIP durch die Binnennachfrage zumindest der Mittelklassen befördert wurde, bildete die globale Nachfrage den wichtigsten Stimulus des Wachstums. Der Arbeitsprozess war in der Regel tayloristisch organisiert und in hohem Maße flexibel, weil eine Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Unternehmen beziehungsweise Produktionsstandorten existierte. Dies verkettete zunehmend lokale, nationale und überregionale Räume. Geldpolitisch förderte eine Bindung der Wechselkurse an den USD die Ausfuhrorientierung. Handelsüberschüsse und hohe Sparquoten befähigten die Staaten dazu, hohe Fremdwährungsreserven zu akkumulieren.

Die genannten ostasiatischen Staaten adaptierten eine Entwicklungsstrategie, die der nationalen Entwicklung mithilfe angebotsorientierter Policies diente

45 China konnte sich in den ostasiatischen Raum zwar erst nach Ende des Kalten Krieges weitgehend integrieren – Indonesien und Singapur nahmen beispielsweise erst 1990 diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik auf (Stubbs 2007: 79) – doch bereits zuvor trug die amerikanische Niederlage im Vietnamkrieg, die die amerikanische Kontrollfähigkeit in der Region einschränkte, zu einer Normalisierung der Handels- und diplomatischen Beziehungen Chinas mit anderen Staaten Ostasiens bei. Schließlich bereitete die schwere Krise im sowjetisch-chinesischen Verhältnis und die Entspannung in den Beziehungen zwischen China und den USA einer Reorganisation des gesamten ostasiatischen Raums den Weg. Mit der Wiedervereinigung Vietnams (1975) und später der Wiedereingliederung Hongkongs und Macaus in den Machtbereich Chinas verloren Konflikte früherer Tage an Schärfe.

und eine enge Koordination zwischen öffentlich-privaten Netzen des Bank- und Industriekapitals zur Folge hatte (»Listian Workfare National State«, vgl. Jessop/Sum 2006: 336–340): *Erstens* unterstützten die autoritären Regierungen das exportorientierte Wachstum durch Subventionen und schützten die nationale Volkswirtschaft durch Importkontrollen. Sie orientierten sich dabei unter anderem an den neomerkantilistischen Vorstellungen von Friedrich List (vgl. Cumings 1999; Elam 1997). *Zweitens* setzte sich die arbeitspolitische Orientierung des *workfare* durch, die durch die enge Verknüpfung von Sozialleistungen mit Arbeit (häufig in der Form betrieblicher Sozialleistungen) gekennzeichnet war und auf die Förderung des privaten Sparens abzielte. Zusätzlich wurde der Familie eine erhebliche sozialpolitische Kompensationsfunktion aufgebürdet. *Drittens* maß man der (imaginierten) nationalen Gemeinschaft eine hohe Bedeutung bei. Die politischen Eliten konnten aus der Notsituation um 1945 nicht nur eine breite gesellschaftliche Unterstützung ziehen, sondern diese bis in die 1970er festigen.⁴⁶

Über den Erfolg dieser exportistischen Regime und das Ausmaß der staatlichen Steuerungskapazitäten in stärker marktförmig strukturierten Ökonomien sind sich Teile der chinesischen Machteliten ab den 1970ern in zunehmendem Maße bewusst geworden – auch wenn sich Festlandchina von seinen entwicklungspolitischen Vorbildern in mehrfacher Weise (etwa hinsichtlich der Größe des Territoriums, des Beginns der hochindustriellen Entwicklung oder der geringeren Bedeutung privatwirtschaftlichen Unternehmertums) unterschied.

46 Um dies am Fall Südkoreas kurz zu veranschaulichen: Die politische Ökonomie des Landes wurde von einer »staatsdominierten Staat-Großkapital-Allianz« geprägt (Pohlmann 2002: 314). Die großen Unternehmensnetzwerke (*chaebol*) und die Infrastrukturprojekte der Regierung bildeten die Basis des koreanischen Kapitalismus (Deyo 1993: 17). Mit Fünfjahresplänen (nach 1962, unter Park Chung Hee) und der Kontrolle des einheimischen Finanzmarkts setzte der Staat die von ihm gewählten Investitionsschwerpunkte durch. Private Unternehmen erhielten Unterstützung vorwiegend dann, wenn sie bereit waren, sich den staatlichen Plänen anzufügen. Die Herrschaftsinstrumente des streng antikommunistischen Regimes (zum Beispiel Militärdiktatur und Staatsgewerkschaften) ähnelten damit faktisch denen der »kommunistischen« Systeme (You 2002: 111–131). Der südkoreanische Entwicklungsstaat vermochte es, die Arbeitskräfte im Rahmen eines quasimilitärischen betrieblichen Managements zu kontrollieren. Dies verhinderte jedoch nicht die Entstehung einer kämpferischen Gewerkschaftsbewegung ab den 1980ern. Auch in Singapur fiel dem Staat eine zentrale Rolle in der nachholenden Entwicklung zu, der einerseits ausländisches Kapital anzuziehen vermochte und andererseits durch die Schaffung eines »Economic Development Board« die strategische Organisation der Entwicklung übernahm. Niedrige Arbeitskosten bei gleichzeitiger Garantie des sozialen und politischen Friedens nach der Unterdrückung und Auflösung der unabhängigen Gewerkschaften Anfang der 1960er-Jahre, eine gut ausgebildete, häufig englischsprachige Arbeiterschaft, eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung und eine extensive Infrastrukturpolitik sorgten für ein günstiges Investitionsklima.

2.1.4 Zwischenfazit

In dieser Arbeit wird eine Lesart der Modernisierung Chinas zu begründen versucht, in der die Wende ab den 1970ern nicht als vollständiger Bruch mit der Vergangenheit erscheint, sondern als gradueller, wenngleich im Ergebnis tief greifender Umstrukturierungsprozess.

Entgegen der Annahme eines Wechsels von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, der in der Regel als systemischer Bruch gedacht wird, fand ein Übergang von einer Form der nationalen Modernisierung, die bereits kapitalistische Mechanismen imitierte – wenngleich nicht in erster Linie auf marktliche Formen zurückgegriffen wurde (»Proto-Kapitalismus«) – zu einer neuartigen Variante der kapitalistischen Modernisierung statt. Die Wirtschaft des Maoismus war, konträr zu landläufigen Vorstellungen, polyzentrisch strukturiert und setzte unkontrollierbare Eigendynamiken frei. Zugleich versorgte sich das System entgegen dem Mythos von Kooperation und Planung immer wieder mit Irrationalitäten (»Plan-Anarchie«). Genauso wenig wie in Marktwirtschaften allein der anonyme Markt determiniert, welche Waren produziert werden, lenkten in der maoistischen Kommandowirtschaft die Planstäbe Produktion, Verteilung oder den Konsum. Fragmentiert-anarchische Koordinierungsversuche, nicht die umfassende, vorausschauend-planende Lenkung zeichneten die maoistische Phase der Volksrepublik aus – ein Tatbestand, der sich zwar quantitativ von anderen staatsdirigistischen, jedoch als kapitalistisch bewerteten unterentwickelten Volkswirtschaften der historischen Phase des Staatsinterventionismus zwischen den 1930ern und Mitte der 1970er unterschied und dennoch als geeignete Grundlage für die späteren Markt-reformen und die weitere Durchsetzung kapitalistischer Triebkräfte diente.

Es kann daher nicht von einer schroffen Transformation vom Plan zum Markt ausgegangen werden. Vielmehr unterlagen die gesellschaftlichen Institutionen Chinas einem Veränderungsprozess, der in ein neuartiges Mischungsverhältnis zwischen Plan, Markt und anderen Koordinierungsformen mündete. Altes und Neues, interne und externe Traditionen kombinierten sich zu einer eigentümlichen Synthese des sozialen Wandels. Sowohl das im Vergleich zur Sowjetunion dezentralisiertere System als auch das niedrigere Niveau der Industrialisierung bildeten dabei für den graduellen institutionellen Wandel günstige Voraussetzungen (Naughton 1995: 38–51). Zugleich lag dem die Entstehung einer modernen Sozialstruktur zugrunde: Die Landreform und die maoistischen Wirtschaftspolitik hatten die verhältnismäßig unproduktiven, quasifeudalen Schichten Chinas beseitigt. Der Bildungsdurchschnitt der Gesamtbevölkerung lag vergleichsweise hoch.⁴⁷

47 Im Gegensatz zu Indien oder zu einigen Ländern Lateinamerikas erzielten die Landreformen eine größere Durchschlagskraft. Zudem unterschätzten etwa die indischen Planstäbe im Vergleich zu China »the productive role of better health, nutrition, and education and hence under-

Unmittelbare Ursachen der Deng'schen Wende waren die tiefe gesellschaftliche Krise nach der Kulturrevolution und das Erschöpfen maoistischer Institutionen und Selbstverständnisse. Die Realität eines Herrschaftssystems, welches Züge eines zeitweilig regellosen, widersprüchlichen Machtkomplexes mit sich überschneidenden Zuständigkeitsbereichen aufwies, dessen Regierung seit 1949 mehrmals bis in ihre Grundfesten erschüttert wurde, führte Teile der Machteliten zu der Einsicht, neue Wege gehen zu müssen. Sozialstrukturell wurde dies durch die Konvergenz maoistisch-kollektivistischer und technokratischer Eliten ermöglicht:

The new CCP leadership [...] insisted they were not abandoning egalitarian Communist ideals, only the destructive approach of class levelling. In the future, everyone would get rich, but some would get rich first. (Andreas 2009: 274; vgl. King/Szelényi 2005: 220–222)

Des Weiteren gilt es – wie im Forschungsrahmen unter Bezug auf eine erweiterte Kapitalismusanalyse und auf die Wirkmacht globalkapitalistischer Triebkräfte angenommen – in diesen Prozess die globale »organische Krise« (Gramsci) der 1970er einzubetten. Chinas Weg in die Liberalisierung reihte sich nämlich in einen globalen Umbruch ein, wenngleich sich die Umstrukturierung, oder präziser, die Transformation des Verhältnisses von Politik und Ökonomie, in eigentümlicher Weise vollzog.

Der mit dem historischen Erbe Chinas verbundene, ambitionöse Versuch einer nationalen Entwicklung mit überregionaler Ausstrahlkraft *nach* Mao kombinierte schließlich auf paradoxe Weise Aspekte, die zuvor konkurrierenden Projekten der Moderne zugeordnet wurden – das der Vermarktlichung und das des Parteistaates. Der nach quantitativen volkswirtschaftlichen Effizienzkriterien erfolgreiche Versuch einer nationalen Entwicklung beförderte einen Modernisierungsprozess, in dem der Sino-Marxismus im Rückbezug auf historische, weit mehr jedoch im Einbezug moderner Traditionen eine Transformation in eine neue Variante der kapitalistisch dominierten Moderne durchsetzte. Tatsächlich gründete die nunmehr stärker durch marktliche Prozesse gelenkte Erneuerung Chinas ab den 1980ern auch auf einem Wertewandel, der auf Modernisierung abzielt, Leistungsmotivationen befürwortet, das Unterlaufen von Institutionen provoziert und das Bedürfnis nach individueller Selbstentfaltung beinhaltet.

Die Entwicklungen, die die neue herrschende Klasse Chinas ab Ende der 1970er in Gang setzte, um ihre Machtposition über allmähliche Reformen, mole-

spent on them« (Perry 2007: 4; vgl. Manor 2009; Kay 2002). Des Weiteren verfügte der indische Staat über geringere Kapazitäten, die Unternehmen im Sinne der national-kapitalistischen Entwicklung zu disziplinieren beziehungsweise die Entwicklung der Nation betriebswirtschaftlichen Interessen überzuordnen (Chibber 2003).

kulare Prozesse der Veränderung und Modellexperimente sicherzustellen, sind Gegenstand der folgenden Kapitel. Den häufig unbeabsichtigten Resultaten des kriseninduzierten Reformprozesses ist der Hauptteil der Arbeit gewidmet. Was Ende der 1970er in der Form eines vorsichtigen »Trial-and-Error« und von begrenzten Regelverletzungen begann, hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer systematischen Förderung von Marktprozessen entwickelt.

2.2 Die Entstehung des staatlich durchgeführten Kapitalismus (I): Zwei Phasen der Reform

Meine historische Rekonstruktion des chinesischen Modernisierungsprozesses in politökonomischer Perspektive zielt darauf ab, nachzuweisen, dass der Wandel wirtschaftlicher und politischer Institutionen durch die Dynamik eines end- und maßlosen Akkumulationsprozesses maßgeblich vorangetrieben wurde. Sie berücksichtigt die Rolle der Konkurrenz in markt- und nicht marktförmigen Koordinationstypen und arbeitet heraus, wie krisenhafte Marktdynamiken die Transformation des Staates beförderten und, umgekehrt, wie staatliche Re-Regulierungen zu einer Determinante der Marktexpansion wurden.

Die wirtschaftliche und politische Wende ist, wie im vorangegangenen Teil beschrieben, durch die gesellschaftlichen Krisen der 1970er ausgelöst worden. Der sich hierbei beschleunigende Trend zur Dezentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen entsprang keinesfalls einer zielgerichteten Politik der Parteiführung unter Deng. Er muss vielmehr als Resultat einer kriseninduzierten Form der Umstrukturierung verstanden werden, in der es im Zeitverlauf zu permanenten Spannungen zwischen dem Prozess der Marktexpansion und den Problemen der sozialen Integration – begleitet von externen Schocks wie den Umbrüchen von 1989 bis 1991 oder der Asienkrise ab 1997 – kam.

Auch wenn die politischen Entscheidungsträger einige Schwerpunktverlagerungen vornahmen – etwa von der Binnenlandförderung zur Begünstigung der Küstenregionen – war die Transformation anfangs weder in einem imperativen Sinne noch nach Maßgabe gradueller Reformen geplant. Der im Nachhinein als gradueller Wandel charakterisierte Reformprozess darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die KPCh vor allem in der ersten Reformphase keineswegs ausgereifte politische und institutionelle Reformen vornahm – zumal der Begriff des Gradualismus Ruhe und vorausschauende Lenkungscompetenz suggeriert. Faktisch waren die Reformjahrzehnte permanent von gesellschaftlichen Konflikten begleitet, die einen Einfluss auf die Reformpraxis ausübten. Über-

dies kam es zu internen ideologischen Auseinandersetzungen der Machteliten.⁴⁸ Unterschiedliche Strömungen innerhalb des Machtapparats beanspruchten, die richtige »Linie« zu verfolgen. Jahre der Reformen (zum Beispiel 1979, 1984, 1987/1988) wurden durch reformfeindliche Policies (zum Beispiel 1981/1982, 1986, 1989–1991) teilweise konterkariert. Wenn überhaupt, dann bestimmte eine an erfolgreichen, das heißt Wirtschaftswachstum erzielenden Experimenten geschulte Umgestaltung im Sinne des Deng zugesprochenen Ausspruchs »Den Fluss überqueren, indem man nach den Steinen tastet« den Lauf der Dinge.⁴⁹

Die ab den 1970ern eingeforderten »Vier Modernisierungen« in Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft/Technik und Verteidigung fungierten dabei lediglich als allgemeine Kardinalprinzipien und blieben offen für Interpretationen und lokale Anpassungen. Verschriftlichte politische Entscheidungen können demzufolge allein kaum zu einem angemessenen Verständnis des Reformverlaufs beitragen:

Party policies, usually in the form of »Document No. 1 of Year 19XX«, consisted mainly of vague statements [...]. If the documents had been taken seriously, no reform would have happened. The famous Resolution of the 1978 Third Plenum of the Eleventh Central Committee, for example, did not mention institutional reform in the agricultural sector. Rather, it reaffirmed that the production team »should remain unchanged« [...] – only for the whole commune system to be completely dismantled immediately afterwards. Like many other reform »policies«, the document itself was as remarkable for what it did not say as for what it did, as it was open to interpretations, negotiations and reversals. (Zhu 2007: 1504)

Die wesentlichen institutionellen Innovationen wurden nicht in den Räumen des Politbüros aus der Taufe gehoben, sondern von zahl- und namenlosen Akteuren vor Ort eingeführt, häufig in Form von informellen, regelverletzenden Strategien.⁵⁰ Von entscheidender Bedeutung waren zudem die nicht intendierten Konsequenzen der Öffnungspolitik: Die Schaffung von einigen Sonderwirtschaftszonen etwa war von der Staatsführung um Deng Xiaoping eigentlich nur als ein begrenztes Experiment angesehen worden. Im Laufe der Zeit entwickelte die Partei- und Staatsführung jedoch eine Fähigkeit, positive lokale

48 Im Folgenden bleiben jedoch die normativen Spannungen zwischen den maoistischen Dogmen und dem zunehmendem Bedarf nach einem neuartigen Selbstverständnis sozialer Governance weitgehend unberücksichtigt.

49 Von offizieller Seite wurde nach 1978 ein neuer »Hauptwiderspruch« beschrieben, mit dem Ziel, diesen bis zum 100. Gründungstag der Volksrepublik, das heißt 2049, zu lösen: den Widerspruch zwischen den materiellen beziehungsweise kulturellen Bedürfnissen und der Rückständigkeit der Produktion (von Senger 2009: 10).

50 Interessant ist, dass es nicht immer nur die Küstenprovinzen waren, deren als erfolgreich angesehenen Innovationen in anderen Provinzen im Zeitverlauf zur Norm aufrückten. Bei der Professionalisierung der Verwaltungseinheiten erwies sich in der Mitte der 1980er etwa das ländliche Sichuan als Schrittmacher (Spence 1995: 817).

Erfahrungen landesweit nutzbar zu machen. Die Mehrheit der ausschlaggebenden Reforminitiativen wurde in Form von Pilotprojekten in lokalen Testläufen erprobt, bevor sie landesweit durchgesetzt wurden.

Im Nachfolgenden wende ich mich wesentlichen Entwicklungen der in der Chinaforschung meist in zwei Phasen unterteilten Reformperiode zu. Weil der Reformprozess zuerst im Agrarsektor zu Erfolgen, das heißt ein höheres Wachstum, Gewinne und Produktivitätszuwächse, führte, beginne ich mit der Reform der ländlichen Gebiete (2.2.1). Anschließend stelle ich den institutionellen Wandel im urbanen Wirtschaftssektor dar, unter besonderer Beachtung der Wechselwirkung zwischen ökonomischen und politischen Akteuren und der Rolle von Krisen (2.2.2). Im Anschluss werden mit den Umstrukturierungen der Staatsapparate (2.2.3), den Transformationen des Finanzmarkts (2.2.4) sowie der Arbeitsbeziehungen (2.2.5) weitere institutionelle Sphären skizziert. Insgesamt werden also die fünf in Kapitel 1 eingeführten zentralen Dimensionen kapitalistischer Modernisierungsprozesse berücksichtigt.

Wie beschrieben war die Wirtschaft vor den 1970ern in ein Branchen- und ein Regionalsystem gegliedert. Während im Branchensystem übergeordnete Ministerien, die in den jeweiligen Gebietskörperschaften regionale Außenstellen unterhielten, an der Spitze der Hierarchie standen, wurde das Regionalsystem dezentral organisiert. Hier oblag den jeweiligen Gebietskörperschaften (vor allem Provinz, Kreis, Kommune) die Regulierung von Staatsbetrieben und anderen Wirtschaftseinheiten. Die Koexistenz dieser beiden Systeme führte zu einem instabilen Verhältnis zwischen ihnen und zu Auseinandersetzungen über Fragen der innerstaatlichen Befehlshierarchie (Plan-Anarchie).

Die Verwaltungsreformen ab 1979 führten zu einer Machtverschiebung in Richtung der lokalen Machteinheiten. Die Gruppe um Deng konnte sich gegenüber konservativen Kräften um Hua Guofeng auch deshalb durchsetzen, weil sie sich

Unterstützung bei den lokalen Kadern dadurch [erkaufte], dass sie ihnen mehr Ressourcenkontrolle sowie bürokratische Positionen einräumte, die es den Kadern ermöglichte, am ökonomischen Erfolg der ihnen unterstehenden Betriebe direkt zu partizipieren, ohne ein entsprechendes Risiko im Falle (durch die Reform bedingter) wirtschaftlicher Verluste tragen zu müssen. (Krug 1993: 72; vgl. Shirk 1993: 208)⁵¹

51 Bei Shirk (1993) wird das größere Gewicht der Provinzen auf ihren Machtzuwachs im Zentralkomitee der KPCh und insgesamt im Staatsapparat zurückgeführt. Aus diesem Grund seien etwa Versuche, 1987/1988 und 1989 bis 1990 eine Rezentralisierung des Fiskalsystems einzuleiten, gescheitert. Diese politikzentrierte These ist jedoch infrage gestellt worden, weil spätere Rezentralisierungsmaßnahmen erfolgreich waren (Yang/Su 2000).

Während in der ersten Reformphase ab 1978 die Reichweite des zentralstaatlichen Einflusses zurückging, war die zweite Reformphase ab den 1990ern dagegen von umfassenden Versuchen gekennzeichnet, größere Handlungsspielräume für den Zentralstaat zu schaffen. Insgesamt wurden die Kapitalwertungsprozesse noch stärker als zuvor zur Determinante staatlicher Politik.

2.2.1 Reform des Agrarsektors, Marktexpansion und der Aufstieg der *township and village enterprises*

In der Zeit von 1978 bis 1984 wurden die kollektiven landwirtschaftlichen Produktionseinheiten – unterteilt in die »Kommune«, die darunterliegende »Brigade« und die Basiseinheit der »Produktionsteams« – faktisch durch eine kleinbäuerliche, familiäre Produktion ersetzt. Das »System der vertragsgebundenen Verantwortlichkeit« erlaubte die langfristige, im Laufe der Zeit auf 50 (und mittlerweile 70) Jahre erhöhte Pacht von Land⁵² und damit die Möglichkeit, eigenverantwortlich zu wirtschaften: »With the elimination of the workpoint system in most units after 1982, the household replaced the collective as the primary agricultural production, income-generating, and distribution unit« (Selden/Lu 1993: 192–193). Ein nach unten verlaufender Autoritätstransfer von den alten »Produktionsteams« (typischerweise 30 bis 40 Haushalten) zu den einzelnen Haushalten kennzeichnete einen Trend zur informellen Privatisierung, die die Bauern unter Einsatz härtester körperlicher Arbeit zu bewältigen hatten.

Intensiv an der Umstrukturierung beteiligt waren die lokalen Entscheidungsträger der KPCh, auch wenn immer wieder lokale Parteikader aufgrund eines befürchteten Machtverlustes opponierten (Shirk 1989: 341–342). Auf zentraler Ebene erleichterte die Staatsführung unterdessen die Absatzbedingungen für Landwirte:

Procurement targets were stabilized and slightly reduced; procurement prices were raised; and, most importantly, prices for farm deliveries above the procurement target were raised dramatically. [...] in order to pay for the policies, planners in 1979 had to reduce investment, double grain imports in three years, and chop back the ambitious technology import program. (Naughton 2007: 89)

Über die Planvorgaben hinausgehende Ernteüberschüsse konnten nach Abzug einer an die staatlichen Instanzen abzuführenden Quote nunmehr auf neu entstehenden Märkten gewinnbringend verkauft werden. Bereits 1983 setzte sich dieses Muster in China fast ausnahmslos durch. 1984 lag das Produktionsergeb-

52 Die Nutzungsrechte über das Land, die zum Beispiel von den Dorfvorstehern vergeben wurden, waren (und sind) Gegenstand heftiger Konflikte. Ein Großteil des ländlichen Grund und Bodens ist bis heute formell in Kollektivbesitz.

nis bei Getreide, unterstützt durch den gestiegenen Einsatz von künstlichem Dünger, ein Drittel über dem des Jahres 1978. Damit war ein Durchbruch bei der Behebung des Nahrungsmittelmangels erreicht (Naughton 2007: 266–268).⁵³

Insgesamt verringerte sich die für den Anbau des Getreides notwendige Arbeitszeit, was viele Bauern dazu nutzten, den landwirtschaftlichen Anbau zu diversifizieren oder in nicht landwirtschaftlichen Sektoren zu arbeiten. Eine soziale Differenzierung der Bauernschaft war die Folge. Nach dem Zerfall der Volkskommunen und ihrem Ausfall als Investitionsschwerpunkt wurden die frei werdenden Mittel in ländliche Klein- und Mittelunternehmen geleitet. Der in dieser Zeit beginnende Aufstieg von Kollektivunternehmen (*collectively owned enterprise*, COE), das heißt präziser von sogenannten *township and village enterprises* (TVEs), die bis 1996 ein goldenes Zeitalter erlebten, erfüllte eine Katalysatorfunktion bei der Ablösung der Plan-Anarchie. Sie operierten außerhalb der nationalen Pläne und wurden etwa in den Küstenprovinzen Jiangsu und Zhejiang zum Zentrum des Wachstums der 1980er (Naughton 2007: 271–293; Saich 2004: 251–253; Shirk 1989: 355). Ihr Einfluss reichte bis in die Städte, in denen sie auf die Staatsunternehmen einen erheblichen Wettbewerbsdruck ausübten. Die Zahl der in den TVEs beschäftigten Arbeiter und Angestellten stieg zwischen 1978 und 1996 von 28 Millionen auf 135 Millionen an.⁵⁴ Als Manager fungierten vielfach Dorf- oder Verwaltungsgemeindevorsteher.

Wesentliche Gründe für das rasante Wachstum der TVEs bis Mitte der 1990er waren:

- ein überdurchschnittlich hohes Angebot an Arbeitskräften und, hiermit verbunden, niedrige Löhne, die mit einer arbeitsintensiven Produktion korrelierten;
- eine sehr hohe Profitabilität – Profitraten von 30 Prozent waren in den 1980ern, in einer Phase, in der Unternehmen oft Nachfragenischen besetzten, die Regel;
- ein förderliches institutionelles Umfeld, das heißt die enthusiastische Förderung der TVEs durch ihre formellen Besitzer, die lokalen Dorfgregierungen.

53 Unger weist darauf hin, dass die größten Produktivitätszuwächse noch vor der umfassenden Entkollektivierung stattfanden – in einer kurzen Zwischenphase ab 1978, in der die Produktionsteams weitaus mehr Spielraum als zuvor hatten, eigene (Anbau-)Entscheidungen zu treffen (Unger 2002: 224).

54 Die von den TVEs erwirtschafteten Erträge betragen 1996 etwa 26 Prozent des BIP (Naughton 2007: 274). Lippit errechnet dagegen für das Jahr 1995 (ergänzt um die Wirtschaftsleistung der privaten Betriebe) nur einen Wert von 29,4 Prozent des Anteils der Industrieproduktion am BIP (Lippit 1997: 115). Kurz vorher, im Jahr 1993, konnten die TVEs etwa die Hälfte der gesamten Exporterlöse auf sich vereinen (Zweig 2002: 121).

gen; auch dann noch, wenn die TVEs sich in der zweiten Reformphase in formell private Unternehmen transformiert hatten. Diese sorgten für eine niedrige Besteuerung der (meist von landesweiten Steuern ausgenommenen) Betriebe.⁵⁵ Die lokalen Regierungen fungierten als Geldgeber und bauten die Infrastrukturen der Produktion aus. Darüber hinaus flossen Teile der in den 1980ern ansteigenden Ersparnisse der ländlichen Bevölkerung zum Teil via informeller Kreditinstitutionen in die TVEs (Cho 2005: 38);

- eine Belebung handelskapitalistischer Traditionen etwa in den Küstenprovinzen Jiangsu und Zhejiang⁵⁶;
- die mit der regionalisierten Struktur des Landes zusammenhängenden Konkurrenzbeziehungen: Auch wenn einzelne Gemeinden gewissermaßen Miniatur-Kommandowirtschaften betrieben, standen sie letztlich im Standortwettbewerb mit Tausenden anderen Dörfern. Außerdem förderte der Wettbewerb harte »Budgetbeschränkungen« (Kornä): Im Unterschied zu höheren Regierungsebenen konnten die Dorfgierungen kaum Schutzmaßnahmen im Interesse ihrer Firmen einleiten. Sie besaßen zum Beispiel nur selten genügend Mittel, um lokale Firmen im Falle von wirtschaftlichen Krisen zu stützen (Montinola/Qian/Weingast 1995: 68).
- internationale Faktoren: In Küstenprovinzen wie Guangdong oder Fujian stimulierten ausländische Direktinvestitionen (zu Beginn in großem Umfang exilchinesische Anlagen aus und über Hongkong) das Wachstum der TVEs und die Entstehung Zehntausender Produzenten von Verbrauchsgütern. Dabei begünstigten nicht zuletzt die interprovinziellen Handelsbeschränkungen eine Exportorientierung der TVEs, zum Beispiel im Bereich von Bekleidungs-gütern.

Ab den 1980ern vollzog sich dabei ein evolutionärer Wandel, in dem adaptive Institutionen im Mittelpunkt standen: Es etablierten sich de facto privatwirtschaftlich geführte Unternehmen im Gewand des Kollektivunternehmens (COE, TVE). Vor 1988 war es verboten, Privatunternehmen mit mehr als acht Beschäftigten zu führen. Eine Lösung zur Gründung größerer Privatfirmen stellte die

55 Umgekehrt wurden die Steuergelder wiederum partiell für die Schaffung neuer Betriebe verwendet.

56 In der Perspektive der neuen Institutionenökonomik wurde zu Beginn des Reformprozesses unternehmerisches Handeln aufgrund hoher Unsicherheit erst einmal erschwert. Doch das Fehlen von Mittlerinstitutionen wie freien Banken oder Anwälten (die die Vertrauenswürdigkeit potenzieller Partner garantieren oder Verträge aushandeln) wurde durch die Reaktivierung von traditionellen Institutionen ausgeglichen. Dazu gehörte das Anknüpfen an ein jahrhundertaltes Erbe schriftlich fixierter Verträge, die Geschäftstätigkeiten regelten (Krug 2001: 10).

Registrierung als COE beziehungsweise TVE dar.⁵⁷ In der regelverletzenden Praxis des »wearing a red hat«, einer im Alltagsdiskurs weithin gebräuchlichen Formel, spiegelte sich eine informelle adaptive Institutionalisierung, die im Laufe der Zeit den institutionellen Rahmen der Unternehmensführung veränderte (vgl. ten Brink 2011a). Der Erfolg dieser Praxis der Bildung von De-facto-Privatfirmen wurde sowohl in lokalen politischen Instanzen, die an der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung interessiert waren, als auch auf der Führungsebene der Reformkräfte zunehmend anerkannt (Tsai 2006, 2007; vgl. Holbig 2004).

Diese Prozesse der *Überlagerung* formeller Institutionen durch innovative informelle Praktiken mündeten in eine institutionelle *Konversion*: Die Parteiführung reagierte mit einer offiziellen Veränderung ihres Verhältnisses zur Privatwirtschaft und institutionellen Anpassungen.⁵⁸ Bereits 1988 setzte der Staatsrat eine Reform des Unternehmensrechts durch und »a subsequent constitutional amendment acknowledged the private sector as a supplement to the socialist public sector« (Chen 2007: 60). Immer mehr kam es fortan zur Bildung auch formalrechtlich privater Unternehmen (Walder 1995: 268).

Sehr schnell stellten die neuen Unternehmen eine Konkurrenz für die *state owned enterprises* (SOEs) dar, wie Naughton in einem Resümee zur ersten Phase der Reform festhält:

Entry of new firms combined with adoption of market prices on the margin led to enhanced competition and began to get state-sector managers accustomed to responding to the market-place. Gradual price decontrol was essential. Competition eroded initially high profit margins for state firms and induced the government, as owner of the firms, to become more concerned with profitability. [...] The economy gradually grew out of the plan. (Naughton 2007: 97)

Insgesamt schränkten die Reformschritte erst einmal die Möglichkeiten der politischen Instanzen ein, das neu geschaffene Mehrprodukt direkt abzuschöpfen. Kommandowirtschaftliche Mechanismen wichen Marktmechanismen und restrukturierten die Beziehungen zwischen politischen und ökonomischen Ak-

57 Huang zufolge ist die Mehrheit der TVEs sogar bereits ab Mitte der 1980er-Jahre als Privatunternehmen anzusehen (Huang 2008: XIV). Tsai schreibt: »Operating within the collective sector has offered de facto private entrepreneurs many advantages, including favorable tax treatment and preferential access to bank credit [...]. Estimates on privately owned collective enterprises range from one third nationally to as high as 90 % in some localities« (Tsai 2005: 1136). Auf die Entwicklung der Stadt Wenzhou zu einer Hochburg des privaten Unternehmertums bezogen sich bereits Ende der 1980er reformorientierte Kräfte in Partei- und Staatsapparat in einer Weise, die sich positiv auf den Status von Privatunternehmen insgesamt auswirkte.

58 Später wurde die elitenintern umstrittene Parteimitgliedschaft für Privatunternehmer zugelassen (2001), eine Verfassungsänderung zur Garantie des Privateigentums durchgeführt (2004) und schließlich ein Eigentumsrecht eingeführt (2007), das privatem und staatlichem Eigentum denselben Schutz garantiert.

teuren: einem neuartigen Unternehmenssektor, in das neben staatlichen Unternehmen auch private und weitere »kollektive« Unternehmer traten, sowie einem »unternehmerischen« Staat war der Weg geebnet. Im Unterschied zu Schwarzmärkten in anderen Kommandowirtschaften wuchs der marktlich regulierte Bereich gleichsam aus dem Plan heraus, anstatt ein durch den Staat delegitimiertes Eigenleben zu führen (vgl. Naughton 1995).

In der zweiten Phase der Reform ab den 1990ern kam es zu einer erneuten Transformation der TVEs. Wachsende Schwierigkeiten, von den Kreditinstitutionen Investitionskredite zu erhalten, erhöhten den Restrukturierungsdruck:

In a nutshell, TVEs [...] could develop speedily in particular once they received support by local governments to get access to credit. This privileged position was lost in the first credit crunch in the early Nineties [...]. This resulted in a strong pressure for restructuring. The most famous case is the so-called »Sunan model« [das heißt ein vorwiegend durch lokale politische Akteure gelenktes Industriemodell] which was silently and stepwisely dismantled after the crunch. (Herrmann-Pillath 2006: 19)

Zudem setzte, besonders ab 1996, ein kompetitiveres Umfeld die TVEs unter Druck und minderte ihre Profit- und Wachstumsraten. Insbesondere größere städtische Firmen agierten nun zunehmend in den einstmals von den TVEs dominierten Feldern. Es folgte eine große Privatisierungswelle der TVEs.

Wie der Abschnitt zur Transformation der Arbeitsbeziehungen (2.2.5) zeigt, wurde dieser Privatisierungstrend dadurch gefördert, dass ein formell privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen mehr Spielraum in der Regulierung und Bezahlung der Arbeitskräfte als ein Staats- oder Kollektivunternehmen besaß. Zugleich konnte die Unternehmensführung der TVEs (im Unterschied etwa zu Privatisierungsprozessen in osteuropäischen Ländern) ihre Machtstellung nach der Privatisierung häufig bewahren (»insider privatization«, vgl. Li/Rozelle 2003).

2.2.2 Zur Transformation der urbanen Zentren und industriellen Sektoren

Im Unterschied zum Agrarsektor hatte der Umstrukturierungsprozess in den urbanen Sektoren höhere Hürden zu nehmen. Die Organisation der Produktion war im Gegensatz zum geringfügig mechanisierten Agrarsektor von komplexeren Abhängigkeiten gesteuert, die es erschwerten, Marktmechanismen einzuführen (Saich 2004: 253–263; Shirk 1989: 332–340).⁵⁹ Es lassen sich zwei Phasen

⁵⁹ In den stalinistischen Gesellschaften des Ostblocks können ähnliche Schwierigkeiten bei Versuchen der Marktschaffung und Dezentralisierung nachgewiesen werden (etwa in der UdSSR ab 1957 und 1965, Polen 1956, Tschechoslowakei 1968, DDR ab 1961), die häufig von Rezentralisierungsbemühungen abgelöst wurden.

der Transformation unterscheiden: der Zeitraum von 1979 bis 1993 und der Zeitraum ab 1993.

2.2.2.1 *Die erste Phase*

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Konkurrenz durch nichtstaatliche Firmen auf dem Land kennzeichnen den ersten Zeitraum ab 1979 begrenzte Möglichkeiten des privaten Wirtschaftens, der freien Produktvermarktung sowie der Dezentralisierung durch Übergabe wirtschaftspolitischer Kompetenzen an die lokalen politischen Ebenen. Die neuen Konzepte schlossen an ältere Reformansätze innerhalb der Partei an.⁶⁰

Auf der betrieblichen Ebene beförderten neuartige Leistungsanreize die Umwandlung der Industrie. Mit der Einschränkung des Plansystems ging jedoch nicht die sofortige Ausweitung der Entscheidungsspielräume des betrieblichen Managements einher. In der Regel konnten zunächst lokale Regierungen ihre Interventionsbefugnisse erweitern. Zwar lockerte man den Zugriff zentralstaatlicher Instanzen. Doch enge Verflechtungen zwischen lokalen politischen Instanzen und den Unternehmen garantierten ein hohes Maß an nichtmarktlicher Allokation, auch wenn diese Allianzen gleichwohl mit anderen Allianzen im Wettbewerb standen (Nee/Su 1996: 116–124; Nee 2005). Die lokalen Regierungen wurden, auch wenn sie nicht selbst direkt unternehmerisch tätig waren, zum Inhaber von Residualansprüchen, das heißt, sie erhielten den Anspruch auf Anteile am Besitz und am Gewinn. Bis 1992 konnten die lokalen Regierungen den Anteil des industriellen Outputs unter ihrer Kontrolle erheblich steigern. Gleichzeitig nahm der Anteil der lokal kontrollierten ausländischen Investitionen, die zuvor vielfach von den Ministerien der Zentralregierung abgewickelt wurden, zwischen 1985 und 1992 von 35 Prozent auf 68 Prozent zu (Montinola/Qian/Weingast 1995: 62).

Hinsichtlich der Reform der staatseigenen Betriebe (SOEs) lassen sich drei Etappen von 1983 bis etwa 1993 nachzeichnen. In der ersten Etappe weitete die Zentralregierung die Kompetenzen der Manager staatlicher Unternehmen aus, die Separierung von Branchenministerien und Firmen wurde langsam vorangetrieben und marktwirtschaftliche Elemente wurden gefördert. So konnte ein Teil

60 Wichtig ist an dieser Stelle noch einmal der Hinweis, dass bereits vor Reformbeginn in China ein geringerer Anteil der Wirtschaftsleistung durch Staatsunternehmen produziert wurde als in anderen planwirtschaftlich gesteuerten Ländern (Wank 1999: 157). Zu Beginn der Reformen galt die vom Modell der UdSSR abweichende Unternehmensverfassung Jugoslawiens als ein Vorbild. Später wurde der Blick nach Ungarn gerichtet, wo ebenfalls mit Marktmechanismen experimentiert wurde. Die dramatischste Lektion wurde den chinesischen Machteliten jedoch wie erwähnt durch die ostasiatischen Entwicklungsstaaten erteilt.

des Gewinns in den Unternehmen einbehalten und in Eigenregie reinvestiert werden. Im Rahmen von Unternehmensreformen wurde in der zweiten Etappe das »vertragliche Verantwortlichkeitssystem« für Manager installiert und eine Neudefinition der Unternehmen als relativ unabhängige Produzenten mit einem eigenständigen Management festgeschrieben.⁶¹ Die Trennung von staatlichem Eigentum und der Verfügungsgewalt der Manager konnte derart beschleunigt werden.

Weitere Umgestaltungen der Corporate Governance der SOEs wurden in einer dritten Etappe ins Werk gesetzt, unter anderem durch die nochmalige Lockerung des staatlichen Zugriffs auf das Management. Die meisten Staatsunternehmen waren in den 1980ern hinsichtlich eines größeren Teils ihrer Produktion noch einem festgesetzten Plan unterworfen. Sie konnten bis Anfang der 1990er jedoch mehr und mehr Kapazitäten für die Produktion frei verkäuflicher Waren verwenden.⁶² Dies führte zu einem zweigleisigen Preissystem, in dem kommandowirtschaftliche Preissetzungen und marktlich regulierte Preise koexistierten. In der Regel existierte eine Gliederung, nach der eine Ware einen (häufig niedrigen) staatlich festgesetzten und einen (meist höheren) Marktpreis besaß.

Das Nebeneinander zweier Preissysteme manifestierte sich in der Art und Weise der Aufteilung der finanziellen Erträge. Mussten diese zuvor von den Unternehmen an den Staat abgeführt werden, erklärten sich zunächst insbesondere die lokalen politischen Machtinstanzen dazu bereit, nur mehr einen zuvor festgelegten Anteil des Profits einzuziehen – und begrenzten damit stillschweigend ihre Eigentumsrechte an der jeweiligen Firma. Diese Aufteilung der Verfügungs- und Kontrollrechte vergrößerte die betriebliche Autonomie: Das betriebliche Management, vorher zur Erfüllung von öffentlichen Produktionszielen verpflichtet, orientierte sich fortan stärker an der betrieblichen Profitmaximierung (Nee/Su 1996). Die Staatsunternehmen mussten nunmehr eine Steuer in Höhe von circa 50 Prozent der Überschüsse entrichten. Der dem Betrieb verbleibende Profit wirkte als Anreiz, um das industrielle Wachstum zu steigern. Das Betriebsmanagement erhielt die Verfügungsgewalt über die

innerbetriebliche Ressourcenallokation, den aus der Marktproduktion erzielten Residualgewinn sowie ein Kapitalnutzungsrecht. Letzteres enthält das Recht, Investitionen zu tätigen

61 Das in der Unternehmensreform von 1988 etablierte »management responsibility system« zielte ebenso auf die Zurückdrängung des Einflusses der betrieblichen Parteikomitees (Saich 2004: 256). Ideologisch begleitet wurde die Entstehung eines neuen Unternehmertums durch eine Rehabilitierung der Rolle der »nationalen Bourgeoisie« vor und nach 1949 sowie der Handelskammern (Holbig/Reichenbach 2005: 97).

62 Krug erläutert: »Die neuen Nutzungsrechte für Manager beinhalten das Recht, jede über das Soll hinausgehende Produktionsmenge an staatliche Agenturen oder auf dem Markt zu einem Marktpreis abzusetzen, wie auch das Recht, die nicht für die Planproduktion benötigten Produktionsfaktoren zur Erzeugung anderer Güter zu verwenden« (Krug 1993: 202).

sowie das Recht auf Kapitaltransfer. So können Betriebe vorgelagerte (oder nachgelagerte) Produktionsstufen in eine andere Betriebsform umwandeln, indem sie diese verpachten oder als Gemeinschaftsunternehmen mit anderen Kapitaleignern neu gründen. Auf die Nutzung von Kapital wird eine Gebühr erhoben. Bemessungsgrundlage ist der um die Abschreibung berichtigte Wert des Kapitalstocks und der Anschaffungswert neuer Investitionen, die mit Fremdkapital der Behörden oder aus Bankkrediten finanziert werden. (Krug 1993: 202)

Mehr und mehr wurden die Manager der SOEs motiviert, marktorientiert zu handeln. Nach 1984 ersetzten sie die Funktionäre der KPCh sukzessive als Entscheidungsträger in den Betrieben. Direktiven des Staatsrats lockerten ferner die Regulation der betrieblichen Arbeitsbeziehungen – etwa das System der »eisernen Reisschale«, das heißt die lebenslange Anstellung für Industriearbeiter –, indem den Betriebsleitern Vollmachten übertragen wurden, Arbeitskräfte zu entlassen und zugleich tüchtige Arbeiter mit Beförderung oder Boni zu belohnen.

Insgesamt hatten die Entwicklungen allerdings nicht zur Folge, wie in liberalen Theorien der Markt-Transformation erwartet, dass die »transition from redistributive to market coordination shifts sources of power and privilege to favor direct producers relative to redistributors« (Nee 1989: 663). Denn es waren schließlich hauptsächlich die Kräfte der »redistributiven« Macht, das heißt staatliche Akteure, die die neuen Möglichkeiten des Markts zu nutzen wussten (Szelényi/Kostello 1996).

Dieser Sachverhalt erklärt auch, warum die politischen Entscheidungsträger auf einen Teil der Verfügungsgewalt über den erwirtschafteten Reichtum verzichteten: *Erstens* tendierten viele lokale politische Führungen vor dem Hintergrund mehrerer Jahrzehnte der Instabilität und der Entbehrungen ohnehin in Richtung der Erprobung neuer politischer Entwicklungspfade. *Zweitens* boten die Änderungen in der Steuergesetzgebung der 1980er einen größeren finanziellen Spielraum, der mögliche Einbußen im Zuge der lokalen Wirtschaftsreformen kompensierte: Lokalregierungen konnten erheblich profitieren, indem sie, im Falle der Schaffung von Industrieparks oder der Bodenverpachtung, über Abgaben wie den *land transfer fees* ihre Einnahmen steigerten. Der relative Einflussverlust wurde durch ein wachsendes Steueraufkommen aufgewogen. *Drittens* übten die Folgen der Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf die Manager einen starken Druck in Richtung einer weiteren Vermarktlichung aus, der sich auch reformaversive Regierungen kaum erfolgreich widersetzen konnten. *Viertens* verschaffte die informelle und später die formelle Privatisierung vielen politischen Akteuren die Möglichkeit, sich individuell zu bereichern.⁶³

63 Bis heute geschieht dies häufig auf informellem Wege, etwa durch korrupte Praktiken der »Dividenden-Eintreibung« (Heilmann 2004: 185), bei der politische Akteure Teile des Unternehmerprofits einfordern – im Tausch gegen administrative Leistungen und Bevorzugungen.

Darüber hinaus verbesserte, *fünftens*, die Dynamik lokaler politischer Ökonomien die finanziellen Abschöpfungspotenziale des Zentralstaates, was zur Schwächung reformaversiver Strömungen insgesamt beitrug (Wank 1999: 228).

2.2.2.2 *Kriseninduzierter Übergang in die zweite Phase der Restrukturierung*

Die Tendenz zur Dezentralisierung führte in den 1980ern dazu, dass makroökonomische Zielsetzungen vielfach durch sich überschneidende Zuständigkeiten und divergierende lokale Kalküle konterkariert wurden, wie Spence exemplarisch erläutert:

So konnte die Zentralregierung die Gesamtkohleförderung der Provinz Shanxi [in den 1980er-Jahren] nicht einfach nach Belieben dirigieren, obwohl sich Deng Xiaoping persönlich für die Entwicklung riesiger Tagebaue unter Zuhilfenahme ausländischer Technik eingesetzt hatte. Denn die Zechen unterstanden drei ganz verschiedenen Verwaltungsinstanzen, die sich ihrerseits wieder in Unterinstanzen mit eigenem bürokratischem Apparat, Fach- und Aufsichtspersonal und eigener Arbeiterschaft auffächerten. (Spence 1995: 811)

Zugleich wurden zentrale Politikvorgaben uneinheitlich implementiert, es kam zu einem *implementation gap*, einem Missverhältnis zwischen zentralen Vorgaben und deren Umsetzung auf der subnationalen Ebene. Die gewachsenen Entscheidungsbefugnisse nicht nur der Provinzen, sondern ebenso der Städte und Kreise, hatten eine komplizierte Gemengelage der Implementierung von Vorgaben und lokalen Abweichungen zur Folge.

Weit davon entfernt, eine stabile Konstellation zu erzeugen, kulminierte die erste Phase der Transformation in einer schweren sozialen Krise, die sich bereits 1988 in einer wirtschaftlichen Destabilisierung ankündigte. Zudem sorgte die Aufhebung von weiteren Preiskontrollen für eine Inflation. Im Jahr 1989 gingen circa 3 Millionen TVEs in die Insolvenz oder wurden von anderen TVEs übernommen, viele SOEs wurden dagegen subventioniert (Montinola/Qian/Weingast 1995: 68). Ihren Höhepunkt fand die Krise in der Tiananmen-Bewegung 1989, die, weit mehr als eine Studentenbewegung, eine ernsthafte Gefahr für die soziale Integration besonders in den urbanen Zentren Chinas bedeutete. Rückblickend lässt sich der Zeitraum 1988/1989 »als eine Krise der Produktionsweise betrachten, die fast das Ausmaß eines Regimewechsels erreichte, da sie gleichermaßen das Akkumulationsregime betraf (beginnende Hyperinflation von 1988) und mit der Bürgerbewegung von 1989 auch den gesellschaftlichen Konsens gefährdet« (Herrmann-Pillath 2001: 196–197).⁶⁴ Das

64 Unabhängige Schätzungen gehen für das Jahr 1989 von einem Rückgang des BIP um 5,2 Prozent aus, im Gegensatz zur offiziellen Statistik, die ein Plus von 4 Prozent angibt (Breslin 2007a: 12).

»Tiananmen-Intermezzo«⁶⁵ führte zwischen 1989 und 1991 zu einem konservativen Rollback, der endgültig erst zu Beginn des Jahres 1992 vom Reformflügel der Partei gestoppt werden konnte.⁶⁶ Die gewaltsame Eindämmung des Protests förderte auf der einen Seite die Entschlossenheit des Regimes, einen Zusammenbruch wie im Ostblock mit allen Mitteln zu verhindern, ließ jedoch, nach einer Phase der Stagnation, ebenso die Einsicht wachsen, den Reformprozess, bei Strafe des Untergangs, mit allen Mitteln weiter vorantreiben zu müssen. Nunmehr wurde der Übergang zu einer Marktwirtschaft zu einer explizit formulierten Absicht der Reformer.

2.2.2.3 Die zweite Phase

Ab den 1980ern ersetzten Leistungsindikatoren wie die betriebliche Konkurrenzfähigkeit und Profitabilität sukzessive das Kriterium der Planerfüllung. Zugleich war eine große Nachfrage nach modernen Konsumartikeln entstanden.⁶⁷ Die KPCh reagierte hierauf auf dem 14. Kongress der KPCh im Oktober 1992 mit dem offiziellen Bekenntnis zur sozialistischen Marktwirtschaft, das zusammen mit der, dem Parteitag vorausgehenden und Agenda setzenden, berühmten Reise Deng Xiaopings in die florierenden südlichen Küstenregionen (*nán xun*) als symbolträchtige Einleitung der zweiten Phase der Transformation betrachtet werden kann.

Freilich besaß die wirtschaftliche Entwicklung weiter eine unvorhergesehene Eigendynamik. Aus Sicht der Zentralregierung resultierte aus der ersten Pha-

65 Vergleiche zur Analyse der Massenbewegung und der Entstehung unabhängiger Gewerkschaften: Selden 1993: 206–230. In der Extremsituation der Protestbewegung von 1989 war sogar die offizielle Gewerkschaft ACFU gezwungen, die Bewegung erst einmal zu unterstützen und mit Streik zu drohen. Im Verlauf der Bewegung nahm sie wieder eine stärker vermittelnde Rolle ein (Chan 1993: 56–57). Anstrengungen zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften (vor allem der Beijing Autonomous Workers' Federation) wurden schließlich zerschlagen, um die Gefahr eines Solidarnosc-Moments zu verhindern.

66 Unterdessen wurden die Reformen etwa in Guangdong weitergeführt. Parteintern war die Umwandlung besonders des industriellen Sektors natürlich auch schon vor 1989 umstritten. Unter Führung eines Parteiveteranen, Chen Yun, wurden in den 1980ern Vorstellungen einer modernisierten Planwirtschaft propagiert, die den Markt stärker begrenzen sollte. Dieses, im Gegensatz zu den Kräften um Deng Xiaoping moderatere Modell der Anpassung war nicht zuletzt eine Reaktion auf das Auftreten der radikalen Protestbewegung Solidarnosc in Polen, die die Partei in den frühen 1980ern für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens »sensibilisierte«.

67 Lo/Zhang schreiben: »[B]etween 1981 and 1992, for example, the ownership per 100 households in urban China of color television receivers increased from 0.59 to 74.87, that of washing machines increased from 6.31 to 83.41, and that of household refrigerators increased from 0.22 to 52.60« (Lo/Zhang 2011: 43).

se der Reform eine dynamische, jedoch regional zersplitterte Ökonomie, die die Vorstellung regelrechter »Selbstversorgungswirtschaften« in neuer Form aufkommen ließ. Weil die Beijinger Staatsführung der Faktizität der Dezentralisierung keinen radikal neuen organisatorischen Rahmen verleihen wollte, beruhten die Beziehungen zu den lokalen und regionalen Instanzen häufig auf jeweils individuell ausgehandelten Vereinbarungen. Und: Während die Binnenwirtschaft fragmentiert blieb, transnationalisierten sich die Küstenregionen zugleich mehr und mehr (Herrmann-Pillath 1995).

Zentrale Faktoren der zweiten Phase der Transformation – verbunden mit der weiter unten behandelten Vertiefung der Integration Chinas in den Weltmarkt – werden nun erläutert: eine neue Stufe der Unternehmensrestrukturierung, die in der Privatisierung von SOEs und der sukzessiven Zunahme nichtstaatlicher Unternehmen gipfelte (1); das faktische Ende des zweistufigen Preissystems⁶⁸ und ein erhöhter Wettbewerbsdruck, der den lokalen Protektionismus der ersten Phase durch einen Standortwettbewerb zwischen den Provinzen und Regionen ablöste (2); eine Erhöhung der Investitionsquote (3); und die Etablierung privat-öffentlicher Wachstumsregime, die häufig auf engen interpersonellen Allianzen beruhen (4). Hinzu traten die Restrukturierung des politischen Systems (siehe 2.2.3), eine Reform des Finanzsystems (siehe 2.2.4) sowie der Arbeitsbeziehungen und der Sozialpolitik (siehe 2.2.5).

(1) *Unternehmensrestrukturierung.* Im Jahr 1978 produzierten die an die zentralen und lokalen Regierungsbürokratien gebundenen SOEs 77 Prozent der industriellen Erzeugnisse. Kollektive, nominell im Besitz der Arbeiter, real in der Verfügungsgewalt lokaler Regierungen und Parteikader stehende Unternehmen vereinten die übrigen 23 Prozent auf sich. 1996 produzierten die SOEs nur noch 33 Prozent aller industriellen Erzeugnisse. Die Kollektivunternehmen (vor allem die TVEs) konnten 36 Prozent, private Firmen (auch und gerade kleinere Betriebe) 19 Prozent und auslandsfinanzierte Unternehmen 12 Prozent auf sich vereinen (Naughton 2007: 300; Nee 2005: 66).

In der zweiten Reformphase wuchs der Privatsektor schneller als alle anderen Sektoren. Das Unternehmensgesetz von 1994 und die Ersetzung von direkten Partei- und Staatskontrollen durch unabhängigeren Unternehmensvorstände markierten einen Meilenstein auf dem Weg zu einer marktorientierten Industriestruktur, der zu privaten Unternehmensneugründungen und einer Verringerung der Zahl der SOEs führte (Wu 2005: 198–204). Der bislang politisch

⁶⁸ Bis 2003 reduzierte sich die Rolle der Allokation durch den Plan beziehungsweise die Anzahl der durch die Staatsbürokratie verteilten Waren erheblich (O'Hara 2006: 402).

verhinderte Schritt zur De-facto-Privatisierung wurde nun auch für Teile der Staatswirtschaft ermöglicht.⁶⁹

Zuvor hatte die Konkurrenz nicht nur durch TVEs und neue Privatunternehmen, sondern zunehmend auch durch internationale Investoren, besonders bei den lokalen SOEs zur Senkung der Profitraten geführt (Naughton 2007: 304–305; Nee 2005: 68; vgl. Gallagher/Ma 2011). Während die über 4.500 zentralstaatlichen SOEs im Jahr 1995 einen Nettogewinn von etwa 33 Milliarden RMB erwirtschafteten, konnten die circa 83.000 lokalen (und häufig kleineren) SOEs lediglich 3 Milliarden RMB Gewinn verzeichnen (Yang 2004: 32). Zudem hatten sich ihre Schulden erhöht. Im selben Jahr formulierten die wirtschaftspolitischen Strategen der Regierung eine Lösungsstrategie, die als »grasping the large, releasing the small« (*zhuada fangxiao*) geschichtsmächtig wurde. Im Sommer des Jahres 2000 waren bereits drei Viertel der lokalen SOEs Restrukturierungen unterzogen worden, die von Rationalisierungen bis hin zu formellen Privatisierungen reichten. Zudem wies dieser Prozess erhebliche regionale Unterschiede auf und/oder es kam erst mit einer zeitlichen Verzögerung zu umfangreichen Restrukturierungsmaßnahmen (Oi/Han 2011; Zeng/Tsai 2011). Einige SOEs wurden in *foreign invested enterprises* (FIEs) umgewandelt, in Einzelfällen sogar im Finanzsektor (Gallagher/Ma 2011: 137, 147–155). Zwischen 1996 und 2006 wurde die Zahl der Staatsunternehmen insgesamt halbiert (Chen/Wang 2010: 44). Es wurden zwischen 30 und 40 Millionen Beschäftigte entlassen (Andreas 2009: 251; Cai 2011: 84–87).

Die Staatsunternehmen erhielten das Recht, Anteile des Unternehmens zu verkaufen. Die Zunahme an Aktiengesellschaften nach 1994 betraf also auch und gerade die SOEs selbst. Zugleich wurden die SOEs ab 1995 endgültig in Steuern abführende Unternehmen transformiert, das heißt, deren Unternehmensbudgets wurden vom öffentlichen Haushalt getrennt. Vorstand und Management in den zu AGs reorganisierten Unternehmen rekrutierten sich häufig aus dem alten Führungspersonal (He 2006: 121).

Hieraus folgte jedoch keineswegs der Übergang in eine liberale Marktökonomie: Weil die Unternehmen weiterhin eng mit staatlichen Akteuren verknüpft und zu ihrer Reproduktion auf staatliche Hilfestellungen angewiesen blieben, kam den staatlichen Behörden besonders auf lokaler Ebene eine entscheidende Rolle zu. Und, im Rahmen eines Konzepts, das kleinere SOEs in den Prozess der Privatisierung überführte, während als strategisch zentral bezeichnete Staatsunternehmen der staatlichen Aufsicht weiterhin unterstellt bleiben sollten, wurden auf zentraler Ebene die größten, zentralstaatlich kontrollierten Staats-

69 Im »kollektiven« Sektor erfolgte ab Mitte der 1990er ebenfalls eine Privatisierungswelle (Li/Rozelle 2003).

unternehmen ab 2003 von einer neuen State Asset Supervision and Administration Commission (SASAC) beaufsichtigt, die aus einer Unternehmensarbeitskommission des ZK der KPCh, Teilen des Finanzministeriums und den Büros für Staatsunternehmen der State Economic and Trade Commission (SETC) hervorging:

[SASAC] was designated as the agency responsible for exercising the central government's rights of ownership of nonfinancial firms. Subsequently, during 2004 and 2005, local SASACs were set up at the provincial and municipal level as well. (Naughton 2007: 303)

(2) *Regionaler Standortwettbewerb.* Hinsichtlich der Frage nach der Wirksamkeit kapitalistischer Triebkräfte in der Volksrepublik China erscheint der sich verschärfende Wettbewerb auf expandierenden Märkten im Reformverlauf als taktgebend. Er stimulierte die ökonomische Dynamik. Subnationale Regierungen setzten dabei ihre relative Autonomie dazu ein, mithilfe gezielter Industrie- und Steuerpolitiken (in- und ausländische) Investitionen anzuziehen und in einen Wettbewerb mit anderen Regionen zu treten.

In der ersten Phase trug der Binnenwettbewerb starke Züge des Protektionismus (Shirk 1993: 185–187; Wedeman 2011).⁷⁰ Letzterer wurde in der zweiten Phase der Reform relativ erfolgreich bekämpft.⁷¹ Stattdessen etablierte sich ein wirtschaftlicher Standortwettbewerb um Industrieansiedlungen und Investitionsprojekte. Wie der folgende Fall veranschaulicht, betraf (und betrifft) dieser auch und gerade Stadt- und Gemeinderegierungen:

Worried that Xiqiao [eine Gemeinde innerhalb des Nanhai-Distrikts der Stadt Foshan, in der Provinz Guangdong] might lose its standing in the national textile market, they [die Gemeindevorsteher] keep a watchful eye on the major centres elsewhere in China that produce chemical-fibre cloth. In 1995 a group of township officials led by the township head took an inves-

70 Zu Beginn des Reformprozesses errichteten die Provinzen Handelsschranken und setzten ihre neu gewonnene Autonomie dazu ein, um innerhalb ihrer territorialen Grenzen den Verkauf von Waren aus anderen Provinzen zu unterbinden. Während der gesamten 1980er-Jahre bemühten sich vor allem wirtschaftlich rückständigere Provinzen darum, den Import aus anderen Regionen einzudämmen.

71 Zwar verbot die Zentralregierung 1993 den internen Protektionismus (Li/Li/Zhang 2000: 284), doch führte die intensive Rivalität unter den Provinzen, besonders zwischen den armen Regionen des inneren China und den reichen Küstenprovinzen, noch 1996 zu über 1.000 Auseinandersetzungen über die Bestimmung der territorialen (Provinz-)Grenzen (Saich 2004: 163). Und: Trotz nationaler Pläne in Richtung der binnenwirtschaftlichen Integration – etwa entlang der »T-Strategie«, einem Synonym für den Versuch, die innovativen Regionalwirtschaften der Küstenregionen um das Zentrum Shanghai entlang des Yangtse-Flusses weit ins Landesinnere auszudehnen – haben die subnationalen politischen Apparate dies häufig zu verhindern gesucht. Noch in den 2000ern war die Kapitalmobilität zwischen den Provinzen vergleichsweise niedrig (Honohan 2008: 107).

tigative trip to the textile centres in Zhejiang, Xiqiao's major competitors, and returned with warnings that these were gaining on Xiqiao. Anxious for Xiqiao to strengthen its competitive edge, the township authorities decided to subsidize purchases by Xiqiao factory owners of a new generation of looms that cost some Y120,000 apiece. The Xiqiao government now provides a low-interest soft loan of Y20,000 for each new machine. In this and other programs to provide support to the private sector, the township administration (similar to the village governments) generally favours the more prosperous, larger entrepreneurs, feeling that they have the best chance of expanding local production against outside competition. (Unger/Chan 1999: 65)

Die Intensivierung des Wettbewerbs im Zuge der wirtschaftspolitischen Dezentralisierung und der Liberalisierung des Handels- und Investitionsregimes – besonders in den Küstenregionen, weniger in den westlichen und nordöstlichen Provinzen – wurde von Ökonomen Mitte der 1990er mit dem Modell des »market-preserving federalism« beschrieben (Montinola/Qian/Weingast 1995). Besonders hinsichtlich der dezentralen Verteilung von wirtschafts-, steuer- und finanzpolitischen Kompetenzen besaß die VR China einigen Autoren zufolge fortan gar eine »föderale« Struktur: Auch wenn die Lokalregierungen häufig eine weitgehende Kontrolle über die lokale Wirtschaft besitzen, sind Unternehmen harten Budgetzwängen ausgesetzt (Montinola/Qian/Weingast 1995; vgl. Zheng 2007). In die lokalen Ökonomien greift die Zentralgewalt zwar hin und wieder geld- und ordnungspolitisch ein, beschränkt sich jedoch weitgehend darauf, protektionistische Maßnahmen zu unterbinden. Unterhalb des Zentralstaates existieren kaum noch markthemmende Regulierungen, die die starken Anreize zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit abschwächen könnten. Wie noch zu zeigen sein wird, darf dieser Befund jedoch nicht überstrapaziert beziehungsweise einseitig verallgemeinert werden, wie insbesondere die seit Mitte der 1990er einsetzenden Rezentralisierungsbemühungen offenbaren.⁷²

(3) *Erhöhung der Investitionsquote.* In der zweiten Reformphase wurde das Wachstum in zunehmendem Maße durch eine Erhöhung der Investitionsquote animiert:

In essence, China subordinated most institutional issues to the quest for a high and adequate investment effort. [...] The leadership was alarmed at the under-investment of the early 1990s

72 Dabei kann eine Unterscheidung zwischen »Föderalismus« und »Dezentralisierung« aufgegriffen werden, die Ehlert/Hennl/Kaiser (2007) in einem anderen Zusammenhang machen: Während ersterer klar definierte *Entscheidungskompetenzen* umfasst, bezieht sich letztere auf umfassende *Implementierungsspielräume* subnationaler Einheiten. Streng genommen ist es im Falle Chinas daher sinnvoller, den Begriff des »Föderalismus« durch den der »Dezentralisierung« zu ersetzen.

[...]. As a result, they focused institutional development on measures that would strengthen the government and restore its ability to lead investment programs. (Naughton 2009: 11)⁷³

Das investitionsgetriebene Muster beruhte insbesondere auf einer Modernisierung der Infrastrukturen:

As late as 1990–1992, China was investing only 4% of GDP on physical infrastructure (narrowly defined as transport, communications and electricity). The extra-ordinary saver and investor we know today only emerged after the mid-1990s, after almost 20 years of successful reforms. (Naughton 2009: 11)

Der Bau des Dreischluchtendamms ist dabei nur eines unter vielen Projekten gewesen.

Folgende Schritte trugen zu einer höheren Investitionsneigung privater und staatlicher Akteure bei: Eine Reform des Steuerwesens (siehe 2.2.3.1) stockte die Ressourcenbasis des Zentralstaates auf; durch die Einbehaltung von Gewinnen nach Steuern wurde die Investitionsbereitschaft der SOEs erhöht; in zentralen Infrastrukturbereichen (wie Telekommunikation, Elektrizität und Luftfahrt) wurden wenige, meist staatliche Unternehmen einem hohem Wettbewerbsdruck ausgesetzt und daher zu permanenten Neuanlagen getrieben⁷⁴; Neugründungen im Finanzsektor, die staatlichen *policy banks*, lenkten systematisch Gelder in den Infrastruktursektor; und, zusätzlich zu den zentralstaatlich verfügbaren Neuordnungen in der Wirtschaft, sorgte die wettbewerbsgetriebene Investitionsneigung der lokalen Regierungen und Unternehmen entscheidend zur Reinvestition der Gewinne bei.

Die Investitionsexpansion hatte aber auch einen Preis: regelmäßige Überhitzungserscheinungen. So wuchs die Wirtschaft im vierten Quartal 1992 und in den ersten beiden Quartalen des Jahres 1993 investitionsgetrieben zwischen 14 Prozent und 17 Prozent und die industrielle Produktion sogar um 25 Prozent. Doch dies setzte eine spekulative Blase frei. Ebenso erhöhten sich die Preise um ein Fünftel. Erst eine Verminderung der Geldmenge und eine Reduzierung der Investitionsrate konnten dem entgegenwirken (Yang 2004: 67–68).

73 Noch in der ersten Reformphase der 1980er bestand ein stärker konsumtriebener Wachstumspfad (vgl. Zhu/Kotz 2011: 14–17).

74 Der Telekommunikationsbereich hat in diesem Prozess eine beispiellose Entwicklung genommen. Noch 1989 besaß lediglich einer von hundert Einwohnern ein Telefon. Das Ministerium für Post und Telekommunikation gründete ab 1993 die Unternehmen China Telecom, China Mobile und China Netcom. Die drei Firmen wurden von einem weiteren, börsennotierten Konzern, China Unicom, ergänzt. Diese unter der staatlichen (Wettbewerbs-)Kontrolle agierenden Firmen – SASAC moderiert den Wettbewerb zwischen ihnen – beherrschen den Markt in China bis heute fast uneingeschränkt (Ernst/Naughton 2007: 43–44). Bis auf Weiteres ist der chinesische Telefon- und Internetmarkt der größte der Welt.

(4) *Privat-öffentliche Wachstumsregime und Guanxi-Netzwerke.* In der zweiten Reformphase entwickelten sich privat-öffentliche Verknüpfungen zwischen staatlichen Institutionen und Unternehmen sowie enge interpersonale Allianzen (*guanxi*) zu Grundpfeilern des neuen chinesischen Kapitalismus. Um deren Relevanz und besonders die Entwicklung eines »unternehmerischen Staates« zu erläutern (unter anderem die Gründung von Unternehmen durch staatliche Akteure⁷⁵), muss der weitere institutionelle Rahmen, unter denen Akteure unternehmerische Kapazitäten entwickeln und gebrauchen, untersucht werden. In der Chinaforschung wurde hierfür der Begriff »local state corporatism« oder des »privat-öffentlichen« Sektors verwendet (vgl. Duckett 2001; Holbig 2004; Howell 2006; Oi 1995; Walder 1995).

Wie bereits angedeutet, übernahmen die subnationalen politischen Instanzen im Verlauf der Reformen vielfach die Rolle eines lokalen Entwicklungsstaates, in dem sie auf ihrem Hoheitsgebiet ökonomische Leistungen mittels Überwachung von und direkter Intervention in Firmen stimulierten. Ergänzend zu den Funktionen, die dem lokalen Entwicklungsstaat in aller Regel beigemessen werden – die Förderung von Marktreformen und der lokalen Entwicklung vor allem auf indirektem Wege, zum Beispiel über Subventionen und die Schaffung von Infrastrukturen usw. – griff der Staat beziehungsweise griffen einzelne staatliche Behörden direkt in die Wirtschaft ein. Der *unternehmerische Staat* auf lokaler Ebene gründete Unternehmen oder unterzog staatseigene beziehungsweise kollektive Unternehmen Restrukturierungsmaßnahmen und hatte so einen zentralen Anteil an der wirtschaftlichen Dynamik.⁷⁶ Teilweise agierten einzelne staatliche Einrichtungen und lokale Regierungsbeamte hierbei nicht im Sinne eines umfassenderen Projekts der Lokalregierung, sondern im Sinne der privaten Profiterzielung:

75 Wie Duckett an der traditionellen Industriemetropole Tianjin verdeutlicht, gründeten staatliche Akteure – auch in noch zu Beginn der 1990er nicht als überaus reformerisch geltenden Städten – in verschiedensten Sektoren Unternehmen: »These differed enormously in their size and in their spheres of economic activity, ranging from small trading companies or restaurants with only a handful of employees, to large department stores and real estate development companies [...]. Sometimes the businesses were related to the administrative work of the parent department, but many conducted unrelated business. For example, public property departments tended to establish real estate development companies – often more than one – but some had also set up trade companies and one had opened a large department store. [...] The profits generated by the businesses are shared with the parent department and are used to pay officials' bonuses, supplement administrative expenses, and carry out departments' official work« (Duckett 2001: 26).

76 Diese Thesen sind nicht unumstritten geblieben. Entgegen der Annahme des »local state corporatism« nehmen Nee/Opper/Wong an, dass die direkte Intervention auf Firmenebene weniger positive Effekte zeitigte: Eher konnte der Staat ein förderliches *Umfeld* für die wirtschaftliche Effizienzsteigerung schaffen (Nee/Opper/Wong 2007: 43).

Indeed this activity is best termed »entrepreneurial« since it involves individual departments investing directly, to generate income, in businesses that operate in a market environment. In these cases, individual departments invest their own finance in businesses, which therefore differ from traditional state enterprises that receive budgetary funding as designated in state plans. Moreover, they do so to employ some of their own staff and to generate profits for themselves rather than for local or central government. (Duckett 2001: 28)

Um zu erklären, weshalb im chinesischen Kontext nicht allein Privatunternehmer die Funktion des Entrepreneurs übernahmen, sondern auch lokale Regierungen, verbinde ich mehrere Argumente. *Erstens* verschaffte die informelle (und später die formelle) Privatisierung vielen politischen Entscheidungsträgern und Beamten die bereits benannte Möglichkeit, sich individuell zu bereichern. Aus diesem Grund wurden etwa die TVEs, die de jure »Kollektivunternehmen« waren, wie privatwirtschaftliche Unternehmen geführt. Rentabilitätsabwägungen fungierten, wie das Phänomen des »wearing a red hat« versinnbildlicht, besonders auf den unteren Ebenen als Anreize für die Investitions- und Innovationsdynamik:

[T]he private incentives are larger as one moves down the hierarchy of government, to the point where in many rural townships and villages local officials have something functionally equivalent to an »equity share« in public firms that ties their personal and family income directly to the growth and prosperity of local industry. (Walder 1995: 292)

Zweitens trieb eine Zunahme von Marktmechanismen und Konkurrenzimperativen einen Standortwettbewerb voran, in den die lokalen Regierungen involviert wurden (Naughton 1995). Aufgrund der Anwesenheit von vielen konkurrierenden staatlichen Instanzen auf unterschiedlichen Ebenen entfiel somit eine wesentliche Grundlage der Annahme von weichen Budgetbeschränkungen in Staatswirtschaften (vgl. Kornai 1992), die üblicherweise eine Lähmung staatlicher Wirtschaftsaktivitäten zur Folge haben:

[T]he analysis of soft budget constraints usually proceeds *as if there is only one owner* in the economy, »the state«, *although in fact* [in China] there potentially are *as many owners* of public enterprises as there are government jurisdictions. (Walder 1995: 268; eigene Hervorhebung)

Neben der sehr hohen Zahl konkurrierender Unternehmen und subnationaler Regierungen, die auf ihrem Hoheitsgebiet die ökonomische Performanz mittels Überwachung von und direkter Intervention in Firmen aufzubessern suchten – Regierungsbeamte substituierten derart unternehmerisches Handeln –, wurde auf den unteren administrativen Ebenen eine weitere Annahme der Theorie der »weichen Budgetbeschränkungen« relativiert: Im Unterschied zu höheren Regierungsebenen, die eine unüberschaubare Anzahl an Betrieben zu leiten hatten, verringerte sich die Anzahl der zu regulierenden Unternehmen auf den unteren Stufen der Hierarchie. Es erhöhte sich damit die Möglichkeit

einer ertragseffizienteren Unternehmensführung. Die Ministerien und Büros der Zentralregierung mussten zu Beginn der 1990er noch circa 4.000 SOEs, in unterschiedlichsten Branchen, verwalten. Die durchschnittliche Anzahl der zu betreuenden Unternehmen auf Provinz- und Stadtebene lag erheblich niedriger (Walder 1995: 273–276).⁷⁷ Auf Kreisebene waren es durchschnittlich nur noch etwa 30 Unternehmen, in Dörfern und Gemeinden lediglich vier.⁷⁸

Drittens existierten in den privat-öffentlichen, staatskapitalistischen Geflechten aus marktorientierten Staatsbeamten und ihren teils privaten, teils halbstaatlichen Partnern in der Wirtschaft weitere Anreize für die lokalen Regierungen, unternehmerisches Handeln zu fördern. Dazu gehörte, besonders in den Küstenregionen, die gewinnversprechende Verpachtung von Land an Unternehmen.⁷⁹ Mit der Reform des Steuersystems (seit Mitte der 1980er) erhöhten sich zudem hinsichtlich der Unternehmenssteuern und anderer außeretatmäßiger Posten die *lokalen* Einnahmen (Oi 1995: 1137–1141). Auf der einen Seite nahmen die Möglichkeiten ab, auf die Ressourcen der höher liegenden Gebietskörperschaften zuzugreifen, zumal der Zentralstaat Kürzungen im öffentlichen Sektor durchsetzte (siehe 2.2.3) – das heißt, die lokalen Wirtschaftsräume unterlagen fortan auch auf diesem Feld harten Budgetbeschränkungen (Burawoy 1996: 1107; vgl. Walder 1995: 280, 292).⁸⁰ Auf der anderen Seite setzten die Lokalregierungen ihre eigenen Ressourcen systematisch zur Förderung ihres Hoheitsgebietes ein. Burawoy benennt in diesem Zusammenhang wesentliche Unterschiede zwischen der Entwicklung in China und der in Russland:

In China regional and local governments strategize how to generate more resources from below whereas in Russia they strategize how to extract resources from above. [...] Social ownership is a decentralized property relation but not yet privatized. Managers cannot freely dispose the capital they use but they may control income flows, use of capital, and production. [...] the local state, can both monitor enterprise managers and apply sanctions for malfeasance. *Indicative planning can actually work quite effectively at this level.* Even where enterprises are nominally

77 Allerdings gab es auch hier große Unterschiede. Während die alte Industriemetropole Tianjin über 3.000 Unternehmen verwalten musste, lag die Anzahl in mittelgroßen Städten wie Suzhou bei einigen Hundert Firmen.

78 Neben den genannten Faktoren trug ein weiterer Umstand dazu bei, die unternehmerische Dynamik zu fördern. Im Zuge der Restrukturierungen der Unternehmen wurden diese harter »Sozialauflagen« entbunden.

79 Chan erklärt, dass im Pearl-River-Delta aufgrund des öffentlichen Landbesitzes ein besonderer Anreiz für die Lokalregierungen bestand, das Land gewinnbringend an (meist ausländische) Unternehmen zu verpachten. In Vietnam dagegen, »where land had not been widely collectivized, [...] [local] governments, though they have an interest in attracting foreign investment, do not have a direct stake in renting out land and factory buildings to foreign companies« (Chan 2011: 41).

80 Dass die lokalen Räume harten Budgetrestriktionen ausgesetzt waren, hat sich, wie erwähnt, im ökonomischen Abschwung 1988 bis 1990 ausgedrückt, als viele TVEs Insolvenz anmeldeten.

private they are dependent upon public enterprises, often in the urban areas, for orders and supplies, and on the local government for loans, subsidies, licenses and so forth. *The distinction between social and private ownership loses its significance.* In Russia, on the other hand, property relations have been privatized so that the state lost control over local resources. (Burawoy 1996: 1108; eigene Hervorhebung)

Insgesamt kann vor allem für die unteren, subnationalen Ebenen festgehalten werden, dass diese nicht nur die wirtschaftliche Effizienz- beziehungsweise Ertragssteigerung förderten, sondern hierfür auch enge Allianzen zu halbstaatlichen und immer mehr auch privaten Unternehmen schufen. Ein Setting bildete sich heraus, in dem »staatliche« Entscheidungsträger sowie Manager staatlicher oder kollektiver Betriebe in ihrem wirtschaftlichen Verhalten analog zu »privaten« Akteuren verstanden werden können.

Die privat-öffentlichen Regime beruhten und beruhen dabei auf engen interpersonalen Beziehungen (*guanxi*⁸¹) zwischen Unternehmern, lokalen Regierungsbeamten und Parteikadern.⁸² Das folgende Beispiel veranschaulicht dies:

According to Ms. A [Besitzerin der Möbelfirma AB Furniture], the rapid growth of AB Furniture in the late 1980s endeared her to top government officials in the township where AB was located. Therefore, starting with strong political contacts at the local level, Ms. A became a representative in D city's PCC and a member of one of D city's district-level People's Congresses in 1993. In 1996 Ms. A moved up a further step and became a representative in the D City People's Congress. Finally, in 1998 Ms. A was invited to serve on the D City Quality Inspection Association. [...] Despite Ms. A's refusal to acknowledge direct links be

81 *Guanxi* bezeichnete in der Zeit vor 1978 vorwiegend informelle Praktiken in Teilen der Bevölkerung zur Beschaffung knapper Güter. Ähnlich wie in der Sowjetunion (und dem Phänomen des *blat* beziehungsweise der Schwarzmärkte) wurden derart individuelle Bedürfnisse befriedigt (vgl. Ledeneva 2008). Nach 1978 haben sich die *Guanxi*-Beziehungen aus der Sphäre der Akquisition von Konsumartikeln in die Sphäre der Geschäftsbeziehungen verschoben (Ledeneva 2008: 135–136; Yang 2002: 463–464). Spence paraphrasiert einen Provinzfunktionär der frühen 1980er-Jahre: »Man muss *guanxi* haben oder man geht leer aus. [...] *Guanxi* hat nichts mit alten Schulfreundschaften oder dergleichen zu tun; *guanxi* beruht auf Eigennutz und der Regel »Eine Hand wäscht die andere«. Der Handel wird durch Austausch von Gütern und Gunsterweisen besiegelt. Dieser Zustand herrscht überall« (Spence 1995: 811). Über diese Beziehungen wurde etwa die informelle Kreditvergabe gestärkt. Einige Ökonomen bezeichnen diese Praktiken als attraktive Alternative zum formellen Vertragswesen, da in ihnen Transaktionskosten reduziert werden (Standifird/Marshall 2000).

82 Im Übrigen ist die *Guanxi*-Tradition auch im Maoismus auf spezifische Weise aufrechterhalten worden. Informelle Beziehungen traten in großem Umfang innerhalb der Institution auf, die mit den Traditionen des »alten« China eigentlich brechen wollte: Die KPCh war seit der Zeit des Bürger- und Befreiungskrieges in den 1930ern durch eine »Partisanen-Disziplin« gekennzeichnet, die vollkommenes gegenseitiges Vertrauen der Kämpfenden um den Erfolg der Aktion willen voraussetzte, und dabei enge »Seilschaften als Bindungen der Verantwortlichen einzelner Partisanenverbände untereinander ebenso wie mit ihren Untergebenen« beförderte (Grobe-Hagel 1990: 29).

tween AB Furniture's development and her political activities, [...] her political standing has yielded a standing in China's political system for AB Furniture. AB thus enjoys greater respect from government officials and the bureaucracy works faster, better, and with less trouble. [...] Specifically, AB Furniture has benefited in the following rather direct ways from Ms. A's political guanxi networks. First, the granting of official awards, such as the »famous brand name« award on the provincial level, has generated free advertising and public relations for AB Furniture. [...] Second, Ms. A's political status has made it easier for AB to access credit, especially in the early 1990s as it was very difficult for privately run enterprises [...] to take out big loans. Third, Ms. A's political stature facilitated access to crucial market information. [...] Finally, Ms. A's position on the D City Quality Inspection Association gives her indirect influence over the implementation of government policies in the furniture sector. (McNally/Guo/Hu 2007: 9–10)⁸³

Die Netzwerkarbeit der Unternehmer ermöglicht den Zugang zu politischer Hilfestellung, beispielsweise von kreisstädtischen Behörden. Zudem erhalten die Unternehmen Informationen hinsichtlich angestrebter politischer Reformen. He fasst diesen Sachverhalt weniger nüchtern zusammen:

In einigen Städten an der Küste erschienen [in den 1990ern] Stellenanzeigen für Fachkräfte, die das ganze offen aussprachen: Bewerber mit guten Beziehungen zu Regierungsabteilungen werden bevorzugt eingestellt! [...] Firmen, die versuchen, ganz normale Geschäftsstandards einzuhalten, werden häufig feststellen, dass sie sich in einem unfairen Konkurrenzkampf befinden. (He 2006: 158)

Empirische Studien in Xiamen (Provinz Fujian) erhärten die These der engen Beziehungen zwischen der Privatwirtschaft und den politischen Entscheidungsträgern, die als »Chef hinter den Kulissen« (*boutai laoban*) bezeichnet wurden (Wank 1996: 821). In Xiamen haben sich Kooperationen zwischen der Stadtregierung und den Privatunternehmen herausgebildet, die eine räumliche Ausdehnung noch dadurch erfuhren, dass die Stadtregierung die im Umland liegenden Lokalregierungen dazu drängte, Unternehmen aus Xiamen hinsichtlich der Steuererhebung und anderer Konzessionen zu bevorzugen (Wank 1999: 217).

2.2.3 Das politische System im Prozess der Marktexpansion: De- und Rezentralisierung

Die im Forschungsrahmen entwickelte These eines staatlich durchdrungenen Kapitalismus in China erfordert einen genaueren Blick auf Kontinuitäten und Veränderungen des politischen Systems der Volksrepublik und auf die Wechselverhältnisse zwischen Politik und Ökonomie. Was am Beginn der Reformen in

⁸³ Für das Jahr 1996 sind Zahlen bekannt geworden, denen zufolge allein 5.400 Unternehmer Sitze in Volkskongressen oberhalb der Kreisebene besaßen (He 2006: 424–425).

der Form eines behutsamen *trial and error* begann, hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer systematischen, staatskapitalistischen Förderung von Marktprozessen entwickelt.

Im Zuge der Reform wurden die Interventionen des Staates zunächst verstärkt auf die subnationalen politischen Ebenen verlagert, das heißt, sie wurden in Richtung der lokalen staatlichen Instanzen dezentralisiert. Während in der ersten Reformphase die Reichweite des zentralstaatlichen Einflusses zurückging, war die zweite Reformphase jedoch auch von politischen Anstrengungen gekennzeichnet, größere Spielräume für den Zentralstaat zu schaffen. Voraussagen einer mittelfristigen Erosion des Staates (vgl. Goldman/MacFarquhar 1999b) haben sich nicht bestätigt. Faktisch hat gerade seine partielle Schwächung in der ersten Phase der Reformen dem Zentralstaat und der Parteiherrschaft nach einer Periode der Instabilität neue Legitimität verliehen. Es gelang dem staatlichen Management insgesamt, eine innere Einheit zu schaffen und auch in Krisen zu bestehen.

Warum waren die politischen Entscheidungsträger hierzu in der Lage? Auch wenn in dieser Arbeit vorwiegend günstige, internationale wirtschaftliche Konstellationen für diesen Sachverhalt verantwortlich gemacht werden, erscheint es an dieser Stelle sinnvoll, kurz auf einige ergänzende politische Gründe dafür einzugehen, weshalb es der KPCh im Unterschied etwa zur KPdSU in der UdSSR gelang, trotz aller Schwierigkeiten ihre Macht zu sichern – und im Zuge der zweiten Phase der Reformen sogar auszubauen.

Mit der Einsicht großer Teile der Machteliten in die Notwendigkeit der Reformierung des Maoismus und der Etablierung einer modifizierten Leitideologie konnte früh eine verhältnismäßig hohe politisch-ideologische Homogenität erzielt werden, auch wenn innerhalb des Machtblocks Zentrifugalkräfte wirkten.⁸⁴ Dem lag sozialstrukturell die bereits erwähnte Neuzusammensetzung einer tech-

84 Hierbei half zu Beginn der 1980er eine im Unterschied zur unzulänglichen Bewältigung der Stalin-Ära in der UdSSR parteiöffentlich organisierte Aufarbeitung der Kulturrevolution: »De-Stalinization in Russia was the sensational but surreptitious act of a single leader, Khrushchev, who stunned the 20th Congress of his party with a speech denouncing the crimes of Stalin about which he had consulted no-one. [...] this rambling address was never officially published; nor was it followed by any more substantial documentation or analysis from the leadership of that time or later, until the days of *perestroika*. Deng and his colleagues proceeded very differently. Some 4,000 Party officials and historians were involved in a retrospect of the Cultural Revolution, out of whose discussions a drafting group of 20–40 distilled a 35,000 word balance-sheet under Deng's supervision, formally adopted as a resolution by the Central Committee of the CCP in June 1981. While certainly no complete accounting of the Cultural Revolution [...] it offered a reasoned explanation of it, beyond the misdeeds of one man: the peculiar traditions of a party whose road to power had inured it to harsh class struggle, as if this were a permanent task; the distorting effect of conflict with the USSR, fanning fears of revisionism within; and last but not least, »the evil ideological and political influence of centuries of feudal autocracy« (Anderson 2010b: 82; vgl. Breslin 2007a: 42).

nokratischen Klasse aus ehemaligen Maoisten, Bürokraten und Intellektuellen zugrunde, die in der Deng'schen These, dass wer »rot« sein wolle, auch »fachkundig« sein müsse, einen Ausdruck fand. Sie garantierte ab den 1980ern den Siegeszug der »roten Ingenieure« (Andreas 2009). Im Jahr 2002 waren alle neun Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros Ingenieure.⁸⁵ Die relative Homogenität und Autonomie der politischen Klasse bildete einen Spielraum für die Initiierung und Umsetzung neuer Politiken⁸⁶ – auch wenn viele Reformmaßnahmen heftige ideologische Kontroversen auslösten. Ein Unterschied zu anderen Transformations- und Schwellenländern bestand demzufolge in der Führungsfähigkeit der politischen Entscheidungsträger (Yang 2004: 295–296).

Zugleich entwickelte die Machtelite Kapazitäten fort, die es gestatteten, autoritäre Legitimationsmuster zur plausiblen Erklärung gesellschaftlicher Umbrüche zu schaffen. Exemplarisch dafür ist der Umgang der Partei- und Staatsführung mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und besonders dem Ende der UdSSR: Schnell begann ein eliteninterner Richtungsstreit über die Gründe des Zusammenbruchs, der teilweise halböffentlich, in Fachzeitschriften, geführt wurde. Es standen sich zwei Gruppen gegenüber: eine hegemoniale Gruppe unter Deng, die die Analyse des Zusammenbruchs in eine Anweisung zur Fortführung des Reformkurses synthetisierte, und eine marginalisierte, vom »linken«, beziehungsweise »maoistischen« Flügel der Partei getragene Gruppe. Letztere machte den »revisionistischen« Kurs unter Gorbatschow verantwortlich für den Zerfall der UdSSR und befürchtete von der Fortführung des Reformkurses in China ähnlich destabilisierende Resultate. Die den Diskurs beherrschenden Reformbefürworter dagegen wiesen auf eine stagnative Phase der wirtschaftlichen

85 In der Chinaforschung werden mehrere Generationen unterschieden, die jeweils eine innere Stabilität des Regimes zu garantieren versuchten. Die bisherigen Führungsgenerationen waren durch eine weitgehende Homogenität ihres gesellschaftlichen und beruflichen Hintergrundes gekennzeichnet: sowohl die aus einer bäuerlichen und/oder soldatischen Herkunft in das Feld des Berufsrevolutionärs wechselnden Kohorten der ersten und zweiten Generation als auch die vorwiegend aus Ingenieursberufen stammenden und in die technokratische Bürokratie aufgestiegenen Eliten der dritten und vierten Generation. Die fünfte, sich in den Zentren der Macht gegenwärtig etablierende Generation erscheint uneinheitlicher. In den in die leitenden Instanzen aufsteigenden Kohorten finden sich neben Naturwissenschaftlern auch (häufig im Ausland ausgebildete) Juristen, Unternehmer und Akademiker. Dies bedeutet freilich nicht notwendigerweise das Ende der technokratischen Dominanz, wie das Autoren (C. Li 2009: 17) unterstellen –, selbst wenn etwa neue Leitungsfiguren mit sozial- oder rechtswissenschaftlichen Abschlüssen ein größeres Interesse an rechtsstaatlichen Reformen formulieren (Lam 2006: 285–289).

86 Im Übrigen war die Organisationsabteilung der Parteiführung erst ab den 1980ern dazu in der Lage »to establish stable *nomenklatura* lists and orderly career paths, and the Central Party School began to play a greatly enhanced role, selecting and training upwardly mobile cadres« (Andreas 2009: 223).

Entwicklung unter Breschnew hin, die den Reformkurs unter Gorbatschow von vornherein strukturell zum Scheitern verurteilte (Wilson 2007b: 275; vgl. Shambaugh 2009b: 42–48, 54–67). Ferner führte ihnen zufolge die Überdehnung der sowjetischen Militärmacht zur wirtschaftlichen Erschöpfung.

Zusammenfassend hielt die faktisch an einer maß- und endlosen Akkumulation des Kapitals orientierte Deng-Gruppe daran fest, dass der graduelle Reformweg festgeschrieben werden müsse. Nachträglich wurde hiermit ebenso die gewaltsame Zerschlagung der Demokratiebewegung von 1989 legitimiert.⁸⁷

In den darauffolgenden Jahren ist das modernisierte maoistische Avantgarde-Denken unter Deng beinahe nahtlos mit meritokratischen Prinzipien verschmolzen, mit traditionellen konfuzianischen Tugenden genauso wie mit liberalen Traditionen der Förderung der »besten und fähigsten Köpfe«. Ein Fortschrittsglaube hielt Einzug, der an die Hochzeiten des modernen Industriekapitalismus Ende des 19. Jahrhunderts in Europa und den USA erinnerte, und zugleich auf die Vorzüge der wissenschaftlichen Planung *und* der unternehmerischen Schöpferkraft setzte.

Im Folgenden werden einige tief greifende politische Strukturreformen insbesondere der zweiten Reformphase ab den 1990ern beschrieben, die die Etablierung des variierten Staatskapitalismus begleiteten. Exemplarisch stehen hierfür die staatliche Finanzpolitik und die Restrukturierung der staatlichen Institutionen.

2.2.3.1 De- und Rezentralisierung im Haushaltsystem

Noch bis Anfang der 1980er überwiesen die subnationalen politischen Instanzen, das heißt vor allem die Provinzen, ihre *Einnahmen* zu großen Teilen an die Zentralregierung, die diese dann aufgrund einer Prioritätensetzung an die Provinzen umverteilte (Hartmann 2006: 143). Durch eine Reform der Finanzverfassung 1984 erhielten die Provinzen das Recht, den Großteil ihrer Einnahmen einzubehalten. Nur noch ein geringer Teil des Steueraufkommens floss nach Beijing, was insbesondere ärmere Provinzen vor große Herausforderungen stellte, da sie zuvor von einem Finanzausgleich profitieren konnten. Im Jahr 1993 vereinten die subnationalen Instanzen 78 Prozent der Einnahmen des Staates auf sich.

Bis zu Beginn der 1990er sanken die Einnahmen des Zentralstaates aufgrund rückläufiger Transfers aus den unteren Gebietskörperschaften sowie ei-

87 In darauf folgenden Debatten bis 2001 wurde zudem die Verweigerung der aktiven Integration in den Prozess der Globalisierung als ergänzende Ursache des Scheiterns des Ostblocks bewertet. Die Globalisierung wurde nunmehr als nützlich für die »sozialistische Entwicklung« angesehen. Zugleich setzte man die liberale »Big-Bang-Reformpolitik« in Russland nach 1991 wirksam in Kontrast zur inkrementalistischen Reformpolitik der Volksrepublik (Wilson 2007b: 280).

nes Rückgangs der Erträge aus den staatswirtschaftlichen Sektoren erheblich.⁸⁸ 1993 betrug der Anteil der zentralstaatlichen Einnahmen an den Gesamteinnahmen nur noch 22 Prozent (Wong 2007: 4–5; NBS 2010: Table 8-3). Organisatorische Mängel verstärkten die Dilemmata der Zentralregierung: Auch wenn die Zentralregierung das Monopol der Besteuerung besaß, verfügte Beijing bis 1994 über kein landesweit einheitliches Steuerverwaltungssystem. Die Zentrale blieb für die Steuererhebung auf die lokalen Verwaltungseinheiten und die Provinzen (als Verbindungsinstanz zwischen unteren Vollzugsinstanzen und der Zentrale) angewiesen. Die finanzpolitischen und infrastrukturellen Handlungsspielräume des Zentralstaates wurden auf diese Weise untergraben.

Der damalige Finanzminister Liu Zhongli drückte die daraus resultierenden Befürchtungen der Zentralregierung unverblümt aus – »when the [central] government does not have money, its words no longer count« (zitiert in: Yang 2004: 72). Abhilfe sollte eine große Finanzreform schaffen – die sowohl eine Veränderung des Verhältnisses zwischen nationalen und subnationalen Einnahmen als auch die Erhöhung des Steueraufkommens beabsichtigte. Der gesamte Kreislauf der Etatplanung wurde reformiert, von der Formulierung über die Entscheidungskompetenzen, die Implementierung bis hin zur Buch- beziehungsweise Rechnungsführung. Den Befürchtungen, auf eine Einheitsfront besonders von reformfeindlichen Provinzregierungen zu stoßen, wirkte die Zentralgewalt entgegen:

[T]he central leadership marshaled its organizational and other resources and adopted a divide-and-rule strategy vis-à-vis local officials. A special working group [...] travelled 17 provinces one by one to hammer out the base revenue figures for each province and readjust the fiscal relations between the central government and the provinces. (Yang 2004: 72)

Das Ergebnis: Nach Jahren der fiskalischen Auszehrung des Zentralstaates konnten die Einnahmen wieder erhöht werden. Ende der 1990er verfügte der Zentralstaat wieder über 50 Prozent der gesamten Staatseinnahmen (siehe Tabelle 2-1). Zwischen 1994 und 2009 reduzierte sich der Anteil der lokalen an den gesamten Staatseinnahmen auf etwa 47 Prozent. Das hälftige Verhältnis zwischen Zentrale und lokalen Instanzen stabilisierte sich seitdem, wenngleich die Steuerpolitik ein umkämpftes Feld geblieben ist (Li/Lin 2011: 529; vgl. Wong 2009).⁸⁹

88 Mit der Abwicklung vieler Staatsunternehmen schrumpften im Laufe der 1990er die Einnahmen, was den Staat zwang, eine steigende Neuverschuldung in Kauf zu nehmen. Ende 2005 betrug die Staatsverschuldung 17,9 Prozent des BIP (Naughton 2007: 441). Im internationalen Vergleich waren die Verschuldungsquote und das Haushaltsdefizit bis in die 2000er dennoch vergleichsweise niedrig, weil ein Teil der Finanzierung des staatlichen Sektors »vom Staatshaushalt auf die staatlichen Banken übertragen wurde« (Cho 2005: 113).

89 In den größten Volkswirtschaften der Erde sind seit 1970 keine derartig großen Schwankungen im Verhältnis zwischen lokalen und zentralen Staatseinnahmen festzustellen. Starke Zentral-

Tabelle 2-1 Staatseinnahmen der Zentralregierung und der Lokalregierungen, Anteil in Prozent

Jahr	Zentralregierung	Lokalregierungen
1980	24,5	75,5
1990	33,8	66,2
1993	22,0	78,0
2000	52,2	47,8
2009	52,4	47,6
2010	51,1	48,9

Quelle: NBS (2011: Tabelle 8-3).

Zwar kam es durch die Einführung einer ressortbasierten Haushaltsführung zur Integration von zuvor unberücksichtigten Gebühren und Abgaben in den offiziellen Haushalt, doch machten *außeretatmäßige Posten* weiterhin einen großen Teil der Staatseinnahmen (und -ausgaben) aus, insbesondere auf den subnationalen Ebenen (vgl. Saich 2004: 168–170; NBS 2010: Table 8-10). Dazu gehören etwa Gebühren und Abgaben, Subventionen, öffentliche Dienstleistungen, Ausgaben von SOEs für Ausbildung und Soziales, staatliche Geldtransfers beziehungsweise Kredite an SOEs oder öffentliche Einrichtungen sowie Einnahmen aus der Bodenverpachtung (Wong 2007: 15).⁹⁰ Insgesamt relativieren nicht zuletzt die hohen außeretatmäßigen Posten die Annahmen von Autoren, die China bereits auf dem Weg zu einem »lean state« sahen (vgl. Steinherr 2008: 833).⁹¹ Die Staatsfinanzen umfassen streng genommen auch die außeretatmäßigen Haushaltsposten, gerade auf lokaler Ebene, die Staatsunternehmen und die staatlichen Banken.

Des Weiteren ist die Rezentralisierung der Einnahmen jedoch nicht mit einer Rezentralisierung der *Ausgaben* einhergegangen. Im Gegenteil hat sich in

staaten wie die USA und föderale Staaten wie die BRD mit hohen Einnahmen (und Ausgaben) auf Landes- und Kommunalebene haben das Verhältnis in etwa gehalten. Auch in Japan oder Korea blieb das Verhältnis relativ stabil (vgl. OECD Stats; <<http://stats.oecd.org/index.aspx?r=526676>>).

90 Viele der während der fiskalischen Re-Zentralisierung eingeführten Steuern und Abgaben (zum Beispiel Bodennutzungssteuer, Bausteuer, Abgaben für Schlüsselprojekte) wurden auf subnationaler Ebene den Staatsunternehmen aufgebürdet, während private beziehungsweise ausländische Firmen weitaus geringer belastet wurden und insofern einen Wettbewerbsvorteil hatten. Eine weitere finanzielle Belastung der SOEs stellte die modifizierte Weiterführung des betrieblichen Systems sozialer Sicherung für die Beschäftigten dar – Verpflichtungen, denen wiederum private und ausländische Unternehmen in geringerem Ausmaß nachkommen mussten.

91 Die offizielle Steuer- und Abgabenlast Chinas betrug Mitte der 2000er nur etwa 22 Prozent des BIP. Sie liegt damit zum Beispiel unter dem Land Europas mit der niedrigsten Steuer- und Abgabenlast im Verhältnis zum BIP, Irland, und weit unter den Ländern Europas mit den höchsten Lasten (von über 40 Prozent), wie Dänemark (vgl. NBS 2010: Tabelle 2-1, 8-5; NBS 2011: Tabelle 8-12).

Tabelle 2-2 Staatsausgaben der Zentralregierung und der Lokalregierungen, Anteil in Prozent

Jahr	Zentralregierung	Lokalregierungen
1980	54,3	45,7
1990	32,6	67,4
1993	28,3	71,7
2000	34,7	65,3
2009	20,0	80,0
2010	17,8	82,2

Quelle: NBS (2011: Tabelle 8-4).

diesem Feld der Trend zur *Dezentralisierung* fortgeschrieben. Organisiert wurde dies über ein intrastaatliches Transfersystem (Duan/Zhan 2011: 59).⁹² Im historischen Zeitverlauf ist eine Vergrößerung des Missverhältnisses zwischen den Ausgaben des Zentralstaates und denen der subnationalen Instanzen nachzuweisen: Überwog der Anteil der Ausgaben der Zentrale in den 1960ern noch den der Lokalregierungen, und hielten sich diese Ausgaben in den 1970ern in etwa die Waage, kam es ab Mitte der 1980er zu einer Trendwende. 1990 lagen die subnationalen Ausgaben doppelt so hoch wie die der Zentrale, im Jahr 2007 dreimal so hoch (Li/Lin 2011: 529). Die Lokalregierungen kontrollierten in den 2000ern somit zwei Drittel der gesamten Staatsausgaben (siehe Tabelle 2-2).⁹³

Im internationalen Vergleich⁹⁴ ist China demnach, die Ausgabenseite betreffend, sehr weitgehend dezentralisiert worden:

By comparison, sub-national governments account on average for only 14% of total budgetary expenditures in developing countries, and 32% in developed countries. This decentralisation is even more notable because China is virtually unique among countries in the world in assigning responsibilities to local governments for providing vital social services such as social security, basic education, health care and public safety. Cities at the third and fourth tiers account for all expenditures for social security: pensions, unemployment insurance, and other income support and welfare schemes. Counties and townships (fourth and fifth tiers) are together responsible for providing basic education and public health for the rural populace; these two tiers account for 70% of budgetary expenditures on education, and 55–60% of expenditures on health. (Wong 2007: 17)

Alles in allem hat sich der hohe Dezentralisierungsgrad des Haushaltssystems verstetigt. Die Aufteilung in fünf relevante Regierungsebenen – Zentralregierung,

92 Der Zentralstaat hat in diesem Zusammenhang eine Reihe sozialpolitischer Aufgaben an die unteren Gebietskörperschaften delegiert (siehe 2.2.5).

93 Da zugleich auch die lokalen Steuereinnahmen bis 2008 stiegen, konnte das investitionsgetriebene lokale Wachstum insgesamt aufrechterhalten werden.

94 Laut OECD lag lediglich Japan auf einem annähernd hohen Niveau. Die BRD kam hinsichtlich der subnationalen Staatsausgaben auf einen 40-prozentigen Anteil (Wong 2007: 18).

Provinzen, Präfekturen, Kreise und Gemeinden⁹⁵ – ließ eine dezentrale Struktur entstehen. Dieser Sachverhalt trifft sich dann auch mit der Annahme, dass die lokalen Staatsausgaben die wirtschaftliche Dynamik in großem Umfang forcierten.

Ebenso wurde unternehmerisches Handeln der staatlichen Akteure durch den Umstand gefördert, dass die meisten öffentlichen Einrichtungen lediglich teilweise über den öffentlichen Haushalt finanziert wurden (und werden):

On average, budget allocations account for roughly one-half of their total funding, and they raise the other half from fees and »other incomes«. The budgetary portion varies across sectors and types of institution, though none is 100 per cent budget-financed, not even the police or fire departments. (Wong 2009: 94)

In manchen Regionen wurden sogar für polizeiliche Dienste Gebühren verlangt und öffentliche Dienstleistungen auf diesem Weg schleichend kommerzialisiert.

2.2.3.2 *Den Herausforderungen des Marktwettbewerbs gerecht werden:*

Die bürokratische Restrukturierung des (Zentral-)Staates

Seit den 1980ern, besonders aber in den 1990ern, sind eine ganze Reihe von Restrukturierungen vorgenommen worden, die die Effekte der kapitalistischen Modernisierung bearbeiten und ein wirkungsvolles Krisenmanagement entwickeln sollten (vgl. zu einer detaillierten Darstellung: Heilmann 2004; Yang 2004; Saich 2004). Dies stärkte die zentralen Staatsapparate – mit dem Ergebnis, dass diese die Marktexpansion in den 2000ern in einem größeren Ausmaß regulieren konnten, als das in anderen Schwellenländern der Fall war.

Die erste Phase der Transformation wies nicht nur erhebliche bürokratische Immobilitäten auf, sondern ebenso intrastaatliche Rivalitäten: etwa zwischen der reformaversiven State Planning Commission und dem Finanzministerium auf der einen, und der der Liberalisierung freundlich gesonnenen, weil stärker an der Perspektive einzelner Industrieunternehmen orientierten State Economic Commission auf der anderen Seite (Shirk 1989: 348–350). Dem folgten 1988 Anstrengungen, eine supraministeriale Institution zur Förderung der industriellen Entwicklung zu schaffen – die Verschmelzung der State Economic Commission mit der State Planning Commission.

Erst in den späten 1990ern nahm die Anzahl der durch den Zentralstaat⁹⁶ verfügbaren Restrukturierungsmaßnahmen zu. Die Asienkrise hatte hierfür einen

⁹⁵ Hinzu treten die Wohnviertel in den Städten und die Dörfer auf dem Land.

⁹⁶ Am wichtigsten ist dabei das zentrale exekutive Regierungsorgan Chinas, der Staatsrat, der vom Nationalen Volkskongress (NVK) gewählt wird. Letzterer tagt nur einmal im Jahr und setzt sich aus circa 3.000 Delegierten der Volkskongresse auf Provinzebene zusammen. Über 70 Prozent der Abgeordneten sind Parteimitglieder. Die Delegierten der Provinzebene werden auf Gemeinde- und Kreisebene gewählt. Das Prinzip der Mehr-Kandidaten-Nominierung für

letzten Anstoß gegeben (Yang 2004: 63). Sie ging mit erheblichen Einnahmeausfällen und einem Anstieg der Korruption einher. Die bereits länger etablierten Geschäftstätigkeiten innerhalb des Militärs, der Polizei und anderer Staatsorgane erlebten im Zuge der Asienkrise ab 1997 einen Aufschwung – in der Form des Warenschmuggels, der sich aufgrund sinkender Preise außerhalb Chinas als äußerst lukrativ erwies (vgl. Yang 2004: 110–149).⁹⁷ Um einer drohenden Legitimationskrise zu entgehen, handelte die Staatsführung rasch und ließ Unternehmen schließen.⁹⁸ Aus der Antikorruptionskampagne erwuchs schließlich eine Kampagne zur Restrukturierung öffentlicher Behörden.⁹⁹

Die wirtschaftliche Destabilisierung und die hiermit in Verbindung stehende Korruption nahm die Zentralregierung zum Anlass, umfassende Restrukturierungsschritte zu unternehmen – die gleichwohl dem Trend zur Ökonomisierung und Vermarktlichung entsprachen:

- Unter Führung der Administration um Zhu Rongji und Jiang Zemin wurde die Anzahl zentraler Ministerien im Jahr 1998 von 40 auf 29 (und bis heute auf 27) reduziert und ihr Verwaltungsapparat um die Hälfte abgebaut. Besonders traf der Restrukturierungsplan die Nachfolger der industriellen Branchenministerien. Die Ministerien der Kohle, Maschinenbau und Chemie wurden in die State Economic and Trade Commission (SETC) integriert (Yang 2004: 37–41). Das nun auch formell besiegelte Ende des Systems der Branchenministerien stärkte die Verhandlungsposition der chinesischen Delegation bei den Verhandlungen über den Beitritt zur WTO.

Wahlen innerhalb und außerhalb der Partei stellt die Staatsführung als pluralistisches Element des politischen Systems dar.

97 Ab den 1980ern erhielten Rüstungsfirmen die Möglichkeit, sich auf die zivilen Märkte auszurichten, und es wurde Offizieren der Volksbefreiungsarmee erlaubt, führende Tätigkeiten in Unternehmen auszuüben. Auf der Ebene der Provinzen fanden auf diesem Weg Tausende von Offizieren Zugang zu den Vorständen besonders der TVEs. In dieser Weise konstituierten sich engmaschige Netze von ehemaligen Armeeführern, staatlichen Apparaten, Familienclans und manchmal sogar ausländischen Unternehmern (Saich 2004: 152–153).

98 Insgesamt »blieb die Armee jedoch ein wesentlicher Bestandteil der neuen, profitablen staatskapitalistischen Wirtschaft Chinas« (Castells 2003: 341). Die Führung der VBA setzte in den Aushandlungsprozessen mit der Regierung durch, dass die Armee im Interesse ihrer Eigenversorgung Teile der von ihr geleiteten Betriebe weiter führen konnte (Heberer 2008: 154).

99 Zugleich beschleunigte sich zwischen 1997 und 2000 auf lokaler Ebene der Restrukturierungstrend im Unternehmenssektor: »Guangdong had 35.899 enterprises (*jingji shiti*) operated by or under the direct supervision (*zhiguan*) of party and government agencies. [...] Of these enterprises or economic entities, 2.510 were transferred (*yijiao*), 4.356 were closed (*hexiao*), 17.723 had their administrative ties (*xingzheng lisbu*) removed, and 8.828 ceased their affiliation with party or government agencies. The 20.293 firms that either were transferred or had their administrative ties cut were reorganized into about 200 asset management or fiduciary operating companies subject to government oversight and regulation« (Yang 2004: 143–144).

- Ab 1998 setzte die Regierung zudem eine Verwaltungsreform im gesamten öffentlichen Dienst durch, die bis Mitte des Jahres 2002 die Anzahl der Beschäftigten erheblich reduzierte. Auch die unteren Vollzugsinstanzen wurden dazu angehalten, Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen.¹⁰⁰
- Im Jahr 2003, nun unter der Leitung der Regierung um Hu Jintao und Wen Jiabao, kam es zu einer weiteren Restrukturierungswelle. Umgesetzt wurde die alte Idee, eine dem japanischen MITI (heute METI) ähnelnde Behörde zu schaffen. Teile der SETC und die State Development Planning Commission (SDPC) wurden fusioniert und bildeten als reorganisierte National Development and Reform Commission (NDRC) nunmehr ein Zentrum der Kontrolle und Organisation industrieller Entwicklung.¹⁰¹ Zugleich suggerierte der Wegfall des Begriffs »planning«, dass die NDRC ähnlich wie andere ostasiatische Entwicklungsministerien Marktmechanismen unterstützt, auch wenn sie weiter Formen der indikativen und, in geringerem Ausmaß als früher, der imperativen Planung vornimmt.
- Im Zuge der Privatisierung zahlreicher, vorwiegend kleiner und mittlerer Staatskonzerne (SOEs) wurden die größten Staatsunternehmen ab 2003 von der neuen Aufsichts- und Verwaltungskommission für Staatsvermögen (SASAC) erfasst. Die Kontrolle der SASAC, die keiner klassischen Planbehörde entspricht (an die die Unternehmen Gelder abführen), erstreckt sich vor allem auf die Öl-, Metall-, Strom- und Rüstungsindustrie sowie den Bereich der Telekommunikation. Die SASAC verwaltet die Staatsanteile beziehungsweise hält die Aktienanteile der größten nationalen Konzerne. Im Unterschied zu längst vergangenen Zeiten wurden die Unternehmen in ihrem operativen Geschäft allerdings auf sich allein gestellt und dem Wettbewerb anderer Konzerne ausgesetzt. Des Weiteren kam den staatlichen Instanzen im Privatisierungsprozess eine regulierende Funktion zu: Empirische Studien belegen, dass in 60 Prozent der Fälle staatliche Autoritäten die Privatisierung von SOEs in die Wege leiteten. Falls die Manager der Firmen den Prozess initiierten, bedurfte es nichtsdestoweniger des politischen Einverständnisses von (meist lokalen) Regierungsinstanzen (Oi/Han 2011: 28).
- Zusätzlich spielte das 2003 reorganisierte Ministry of Commerce (MOFCOM), das die Behörden für Außen- und Binnenhandel vereinigte, fortan

100 Auf den subnationalen Ebenen nahm der Personalabbau noch größere Ausmaße an, da hier weitaus mehr Beschäftigte arbeiteten. Dies war nicht immer von Erfolg gekrönt: In der Stadt Shishi in Fujian wurde der Verwaltungsapparat der lokalen Regierung bereits zu Beginn der 1990er drastisch reduziert. Ein Jahrzehnt später hatte sich der Apparat verdoppelt (Yang 2004: 31).

101 Zudem hat die NDRC auf der Provinzebene und in größeren Städten unmittelbar untergeordnete Stellen.

eine zentrale Rolle im Prozess der Marktexpansion, bei der Überwindung wettbewerbsverzerrender interner Handelsbarrieren und der Etablierung eines einheitlichen Binnenmarkts (Yang 2004: 62–63). Das Handelsministerium MOFCOM ist ein Fallbeispiel für die internen und externen Grundlagen des graduellen Wandels staatlicher Institutionen. Das in der ersten Phase der Öffnungspolitik aus bereits existierenden Behörden zusammengefügte Ministry of Foreign Economic Relations and Trade (MOFERT), welches von 1982 an eine effizientere Administration der Außenwirtschaftsbeziehungen gewährleisten sollte, war ein Amalgam verschiedener Traditionen innerhalb der KPCh (Chin 2007: 158–164). Doch die sich seit Mitte der 1980er klarer abzeichnende Exportorientierung des Landes garantierte einen innerbürokratischen Kompromiss, der einer institutionellen Konversion zum Durchbruch verhalf. Während ältere maoistische Entwicklungsleitbilder erodierten, traten neue wirtschaftspolitische Vorstellungen an ihre Stelle – ein Vorgang, der organisationsintern seinen Niederschlag in einer Verschiebung von der strikten Kontrolle zur regulierenden Begünstigung internationaler Wirtschaftsaktivitäten fand. Da dem MOFERT innerhalb der staatlichen Hierarchie nunmehr eine Schlüsselstellung zukam (sowie eine Rücken- deckung durch die noch mächtigere State Planning Commission und das Finanzministerium bestand), konnte es (beziehungsweise das umbenannte Folgeministerium MOFTEC in den 1990ern) die Rolle einer innerstaatlichen Avantgarde der Modernisierung übernehmen, die die Etablierung eines exportistischen Regimes landesintern vorantrieb und die großen Hoffnungen auf die erfolgreiche Weltmarktintegration auf andere staatliche Behörden übertrug (Chin 2007: 165–167).¹⁰²

- Schließlich sind erhebliche Schritte in Richtung einer (Rechnungs-)Kontrollbehörde gemacht worden. Das bereits 1983 gegründete National Audit Office (NAO), eine Behörde im Ministerialrang (mit lokalen Außenstellen), wurde aufgewertet, prüfte nunmehr wirksamer als zuvor Behörden und konnte diese gegebenenfalls mit Sanktionen belegen. Diese Form der »horizontal accountability« (Yang 2004: 259) weist darauf hin, dass moderne Buchführung und Rechenschaftspflicht auch in nicht liberaldemokratischen Settings realisiert werden.

Die genannten Ministerien und Kommissionen, aber auch weitere Komitees, Büros und Organe der Wirtschaftsregulierung mit Sonderstatus sind dem Staatsrat unterstellt. Dabei fasste man zentrale Ministerien und Kommissionen

¹⁰² Genau genommen wurden in das MOFCOM auch Büros der SETC und der SDPC eingegliedert, um Überschneidungen von Zuständigkeiten im Bereich des Binnen- und Außenhandels zu überwinden (Yang 2004: 62–63).

in Abteilungen der Staatsratsstruktur zusammen, die jeweils von einem stellvertretenden Ministerpräsidenten koordiniert werden sollen.¹⁰³ Viele dieser Behörden orientieren sich in ihrem internen Aufbau an ausländischen Vorbildern.

2.2.3.3 *Reorganisation des Verhältnisses zwischen Staat und Partei*

Seit Mitte der 1980er trat die Staats- und Parteiführung für eine stärkere Trennung zwischen Staat und Partei ein. In diesem Zusammenhang argumentiert Heberer, dass sich China gewissermaßen im Übergang von einer, im Weber'schen Sinne »traditionellen« hin zu einer »rationalen« Bürokratie befindet (Heberer 2008: 72–76).

Das politische System Chinas besaß und besitzt dabei eine Doppelstruktur, in der (idealtypisch) die Partei die politischen Vorgaben festlegt, die von den Verwaltungsorganen des Staates umgesetzt werden.¹⁰⁴ Es gilt sozusagen die Unterscheidung zwischen Ausführungsinstanz (Staat) und Leit- beziehungsweise Kontrollapparat (Partei). Bis 2012 war der Generalsekretär der KPCh, Hu Jintao, zugleich Staatspräsident und er stand an der Spitze der Zentralen Militärkommission.¹⁰⁵

Im Bereich der Wirtschaftspolitik kam es ab den 1990ern aber tatsächlich zu einer Übertragung von Entscheidungskompetenzen auf Regierungsstellen und zur Auflösung beziehungsweise Reorganisation der einstigen Parallelstrukturen.

103 Dazu zählen die Abteilungen für spezielle Wirtschaftszweige (zum Beispiel Ministerien für Informationstechnologie, Landwirtschaft, Verkehr, Eisenbahn, Wasserwirtschaft), die Abteilungen für Bildung, Wissenschaft und Soziales sowie für die innere und äußere Sicherheit.

104 Von offizieller Seite wird das Einparteiensystem Chinas als eine *Mehrparteienkooperation* unter Führung der KPCh beschrieben und den westlichen »Zwei- beziehungsweise Mehrparteien-systemen«, als Ausdruck einer divergierenden zivilisatorischen Tradition, gegenübergestellt. Gemeint sind hiermit insgesamt acht Demokratische Parteien (DP), die als Vertretungen spezifischer Bevölkerungsgruppen und sozialer Schichten agieren. In den Volkskongressen der verschiedenen Ebenen sitzen Abgeordnete dieser Parteien. In den Beratungsgremien des Landes, der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes und ihren bis auf die Kreisebene reichenden Untergliederungen findet eine institutionalisierte Zusammenarbeit statt (Kroymann 2009: 20). Ende 2007 zählten die acht Parteien insgesamt 700.000 Mitglieder. Sie übernehmen Beraterfunktionen und verfügen – ihre Mitglieder sind besonders in Intellektuellenschichten verwurzelt – über Expertenwissen, das in den Dienst des Landes gestellt wird. Die Verflechtungen mit der KPCh sind eng, sie kontrolliert die DP zudem über die Zuteilung finanzieller Mittel (Hartig 2008: 18–25). In den letzten Jahren erfahren die DP eine Aufwertung, Tausende Regierungsämter besonders auf den lokalen Ebenen sind mit Mitgliedern der DP besetzt. Dagegen ist die 1998 unter anderem von Teilnehmern der Demokratiebewegung von 1989 gegründete oppositionelle China Democracy Party verboten worden (Saich 2004: 184).

105 Die Militärkommission des ZKs der KPCh ist das höchste militärische Führungsorgan des Landes. Jiang Zemin und später Hu Jintao ließen sich an deren Spitze wählen, was dem Rang eines Oberbefehlshabers der Streitkräfte in anderen Ländern entspricht. Immer wieder wird von ho-

»Der mit wirtschaftlichen Aufgaben befasste Parteiapparat wurde [...] auf rund 500.000 Stellen beschränkt, was im Verhältnis zu den annähernd 40 Millionen chinesischen Staatsbediensteten [...] keine allzu große Zahl darstellt« (Heilmann 2004: 92). Es konnte ein partieller Rückzug der KPCh aus dem Gesetzgebungsprozess und den tagtäglichen administrativen Tätigkeiten beobachtet werden. Die wachsende Bedeutung des Volkskongresses auf Provinzebene (und den darunterliegenden Einheiten) spiegelte bis zu einem gewissen Grad einen gesellschaftlichen Pluralisierungsprozess und eine lokale Autonomie wider, die mit der wirtschaftlichen Regionalisierung des Landes verbunden sind. Die KPCh konnte folglich als eine zunehmend »reaktiv gestaltende« Partei bezeichnet werden, die sich auf autoritär-konsultative Art und Weise ihre Überlebensfähigkeit sichert (Hartig 2008: 29; Saich 2004: 183–212).¹⁰⁶

Allerdings wird eine Verselbstständigung von Kadern¹⁰⁷, Staatsorganen und staatseigenen Unternehmen nicht in Kauf genommen: So wird die Parteikontrolle etwa dadurch aufrechterhalten, dass Behördenleiter oder Direktoren von SOEs Mitglieder von Parteikomitees bleiben.¹⁰⁸ Letztere besitzen ein Vetorecht, manchmal Weisungsbefugnisse und nicht zuletzt die Möglichkeit, als schädlich eingestufte Verhaltensweisen höheren Stellen zu melden beziehungsweise diese zu skandalisieren. Zudem sind gegen eine Krise des Parteieinflusses in den 1990ern eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt worden (vgl. Shambaugh 2009b: 38, 161–170; Brodsgaard/Zheng 2004; Zheng 2010).

hen Offizieren auf die Führung der Volksbefreiungsarmee (VBA) durch die Staatspartei hingewiesen. Ein Rückhalt in der Armee ist Grundlage der Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols und mithin politischer Herrschaft (vgl. Lam 2009). Auch wenn die Zeit, in der hochrangige Militärs zugleich entscheidenden innenpolitischen Einfluss besaßen (vor allem in der Kulturrevolution, vgl. Leys 1972: 202–209, 269–272; Saich 2004: 145–146), vorbei sein mag, sendet die VBA als distinkte Statusgruppe weiterhin Delegierte in das Politbüro, das Zentralkomitee, den nationalen Volkskongress und lokale Parteieinheiten (Heberer 2008: 151).

106 Bereits in der Regierungszeit Zhao Ziyangs in den 1980ern ist eine recht erfolgreiche Praxis der Konsultationen nachgewiesen worden. Wichtige Reformvorhaben wurden in kleinen Arbeitsgruppen mit Vertretern von Ministerien und Kommissionen diskutiert und im Bemühen um konsensuelle Beschlüsse gegebenenfalls modifiziert (Shirk 1989: 350–354).

107 Von den etwa 40 Millionen offiziell als Kader (*ganbu*) bezeichneten Personen, die im öffentlichen Dienst, in Unternehmen, in Militär oder Partei arbeiten und deren Status ihnen Privilegien zusichert (deren Umfang je nach Ranghöhe wächst; es werden Führungskader und Nicht-Führungskader unterschieden), besitzen nicht einmal die Hälfte die Parteimitgliedschaft (Brodsgaard 2004: 72–73). Der Frauenanteil liegt bei 35 Prozent, nimmt jedoch mit Ranghöhe signifikant ab.

108 Im Allgemeinen sind hohe KP-Funktionäre auf zentraler Ebene nicht zugleich Unternehmer – im Gegensatz zu unteren Ebenen und speziell in ländlichen Gebieten. Teilweise übernahmen jedoch namhafte ehemalige politische Funktionäre die Rolle von Unternehmensvorsitzenden – so etwa ein ehemaliger Minister bei der State Power Corporation (heute State Grid Corporation), einem der größten Energieversorger der Welt (Yang 2004: 33).

Alles in allem hat dies eine in der Geschichte kapitalistischer Modernisierungsprozesse keineswegs außergewöhnliche Rationalisierung und Technisierung von Herrschaft durch Stärkung der staatlichen Institutionen bewirkt, indem aus personaler Befehlsgewalt eine vorwiegend bürokratische Gewalt wurde. Im Zuge der Reformen entstand insofern eine Herrschaft der Verwaltung, die wohl mehr Konformität zu erzeugen vermag als die un stetigen Inspektionen und Anrufungen der revolutionären Moral in der Phase der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals unter Mao.

2.2.3.4 Exkurs: Das chinesische Recht und die Regulierung der Ökonomie

Nach 1949 wurde die Bedeutung eines Rechtswesens geringgeschätzt. Die führende Rolle der KPCh in Staat und Gesellschaft war zwar in der Verfassung festgeschrieben, die Partei selbst konstituierte und legitimierte sich jedoch in einem vorrechtlichen Raum – und begründete ihren Herrschaftsanspruch unter Verweis auf ihr privilegiertes Wissen um den Weg des historischen Prozesses zum Kommunismus. Die Doppelstruktur zwischen Partei- und Staatsapparat reflektiert diesen Sachverhalt bis in die Gegenwart, auch wenn die mittlerweile vierte Verfassung des Landes von 1982 die Bedeutung der Partei verringert hat (Saich 2004: 122).

Mit der Reform und Öffnung des Landes wurde das Rechtswesen an die neuen gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst und dafür regelrecht umgewälzt. Analog zur graduellen Aufwertung rational-bürokratischer Autorität kam es zu stärker formalisierten Verfahrensregeln – in Anlehnung an international anerkannte Rechtsprinzipien (Pissler 2009: 1423; vgl. Bu 2009). Mit der Diskussion und Ausarbeitung eines umfassenden Gesetzbuches von 1979 bis zu seinem Abschluss 1986 ging der Ausbau der juristischen Fakultäten einher. Zahlreiche Ausführungsbestimmungen insbesondere hinsichtlich wirtschaftlicher Fragen wurden erlassen:

Im Zuge der Überarbeitung kam es zur Annahme zahlreicher neuer Zivilrechtsbestimmungen und zur gründlichen Revision des Eherechts (1980), des Wirtschaftsvertragsrechts (1981), des Warenzeichenrechts (1982), des Patentrechts (1984) und des Erbrechts (1985). Außerdem befasste sich das Bürgerliche Gesetzbuch mit Fragen wie der Rechtsfähigkeit der Bürger [...], der Rechtmäßigkeit von Handelsgesellschaften, der Definition von »Unternehmen« als »juristische Person« mit dem Anrecht auf gleiche Behandlung vor dem Gesetz. (Spence 1995: 824–825)

Der Aufbau des Rechtssystems diente demnach in erster Linie der effizienten Regulierung der Ökonomie. Die Geschichte der letzten dreißig Jahre kann insofern ebenfalls im Spiegel der nachträglich verankerten Gesetzesänderungen betrachtet werden, als Resultat der wirtschaftspolitischen Neuorientierung (Tsai 2006: 136). Die Entwicklung eines *Wirtschaftsrechts*, bei der häufig auf ausländi-

sche Regelwerke und Berater zurückgegriffen wurde, stellt infolgedessen zusammen mit dem *Arbeitsrecht* den modernsten Bereich des chinesischen Rechts dar.

Angesichts der umfassenden Reformen ist 1993 ein Unternehmen betreffendes »Gesellschaftsgesetz« verabschiedet und bis 2007 zweimal überarbeitet worden, 1999 wurde das Vertragsgesetz durch den Nationalen Volkskongress verabschiedet, 2004 eine Verfassungsänderung zur Garantie des Privateigentums beschlossen, und 2007 das Eigentumsrecht (»Sachenrechtsgesetz«) kodifiziert, das privates Eigentum anerkennt, schützt und im Falle der Enteignung eine Entschädigung garantiert. Die Kodifikation des Sachenrechts hat die zivilrechtliche Diskussion über Jahre dominiert (Bu 2009: 126–152).

Zusätzlich wurde das Arbeitsrecht bis 2008 mehrfach modifiziert und erweitert, um eine Ordnung der Arbeitsbeziehungen gewährleisten zu können, und 2010 ist ein Sozialversicherungsgesetz verabschiedet worden:

[T]he imperative of accumulation has to be balanced with one of legitimation, or the creation of consent among the subordinated classes, and of some means of conflict resolution so that stability can be maintained for accumulation to proceed on a peaceful and expanded basis. More fundamentally, the enforcement of labour contract requires the promulgation of the National Labour Law and institutionalization of a bureaucratic apparatus of regulating labour relations. This brings us to the strategy of »rule by law«, that is the attempt to channel conflicts into the bureaucratic and judicial apparatus controlled by the Chinese state. Unfolding concomitantly with economic reform in the past 30 years, Chinese legal reform entails a remarkable and momentous increase in law-making activities by the central authority and the professionalization of the judiciary and the legal workforce. (Friedman/Lee 2010: 515)

Zugleich unternimmt die Zentralregierung Anstrengungen zur Bekämpfung der Korruption, was sich an den Anstrengungen zur Etablierung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit und neuer Straftatbestände ablesen lässt (Heberer 2008: 112–119). Die Maßnahmen gegen Korruption (bis hin zur Todesstrafe für hohe Funktionäre) haben freilich auch die symbolische Funktion, auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu reagieren und den Staat als Garanten der Bekämpfung individueller krimineller Machenschaften darzustellen (Cho 2005: 228).

Um die neuen Gesetze und Verordnungen vollstrecken und ihre Einhaltung überwachen zu können, nahm die Zahl der Beschäftigten in der Judikative erheblich zu, auf über 10 Millionen. Hiermit in Verbindung steht eine neue Rechtskultur: Gerade junge Chinesen scheuen keine Prozesse mehr, um ihre Rechte wahrzunehmen. Hinsichtlich der Verletzung von Arbeitsrechten ist in den letzten Jahren, besonders in Folge des Arbeitsvertragsgesetzes von 2008, eine Flut von Klagen eingegangen.

Zusammenfassend lassen sich dennoch weiterhin erhebliche Unterschiede zum Rechtswesen entwickelter kapitalistischer Demokratien nachweisen, in denen das Recht idealtypisch ein autonomes Terrain verkörpert, auf denen sich

juristische Dogmatiken und Mechanismen verselbstständigen können und Politik beziehungsweise Wirtschaft höchstens vermittelt eingreifen. Im Gegensatz dazu lassen sich in China historische Elemente des »sozialistischen Rechts« finden: In der Präambel der Verfassung kommt weiterhin der Alleinherrschaftsanspruch der KPCh zum Ausdruck, was eine politische Instrumentalisierung des Rechts prinzipiell gestattet. Zwar ist der Oberste Gerichtshof (beziehungsweise die Gerichte auf Provinz-, Bezirks- und Kreisebene) das höchste Rechtsprechungsorgan.¹⁰⁹ Doch hinsichtlich der Gesetzes*auslegung* ist nicht er, sondern der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses maßgebend. Das Fehlen einer Instanz, die Konflikte zwischen staatlichen Gewalten lösen kann (wie das Bundesverfassungsgericht in der BRD), ist ein wesentlicher Unterschied zu liberaldemokratischen Rechtssystemen. Die Gerichte sind trotz ihrer in der Verfassung garantierten Unabhängigkeit permanent politischer Einflussnahme ausgesetzt (vgl. Kroymann 2009: 17–19, 31–32).¹¹⁰

Dies lässt auf den Mischcharakter des Rechts in China schließen: Ob die genannten Eigentümlichkeiten

eine Rechtfertigung dafür [sind], weiterhin von einem Rechtskreis »sozialistisches Recht« zu sprechen, ist fraglich, da im chinesischen Recht inzwischen Einflüsse des kontinentaleuropäischen Rechts und des *common law* mindestens ebenso stark zu spüren sind. (Pissler 2009: 1424)

Zugleich sind die Rechtsnormen häufig unbestimmt und gelten im Allgemeinen als weicher und ausdeutbarer als etwa in Europa, was es ermöglicht, heiklen Fragen durch vage formulierte Bestimmungen auszuweichen und sie durch politische Ad-hoc-Entscheidungen zu lösen. Die gegenwärtige Konstellation, in der der Parteistaat die Herrschaft *mittels* des Rechts (*yi fa zhi guo*), mit der Absicht einer effizienten Regulierung der Wirtschaft, aber nicht die Herrschaft *des* Rechts anstrengt – es also unabhängig von der Regierungssicht Anwendung finden würde – kann insofern als Ausdruck eines weiteren Spezifikums der chi-

109 Die Verfassung steht an der Spitze der Normenhierarchie, gefolgt von den Gesetzen, den Bestimmungen des Staatsrates, lokalen Bestimmungen, und auf der untersten Stufe, lokalen Vorschriften. Die Dezentralisierung der Nation hatte eine *Dezentralisierung des Normenerlasses* zur Folge: Durchschnittlich werden 80 Prozent der Normen auf lokaler Ebene erlassen; die Gesetze im engeren Sinne stellen nur einen geringen Anteil der kodifizierten Regelungen dar (Kroymann 2009: 22).

110 So erfolgt die Wahl der Richter nicht auf Lebenszeit, sondern sie ist an die Amtszeit des jeweiligen Volkskongresses gebunden. Richter (ohnehin fast ausnahmslos KP-Mitglieder) können zudem jederzeit abberufen werden. Ab 1996 sind Rechtsanwälte, zuvor als staatliche Justizangestellte verstanden, unabhängiger geworden, indem man sie als Dienstleister definierte, die im Interesse ihrer Mandanten und nicht des Staates arbeiten. Empirische Untersuchungen über die Arbeit von Rechtsanwälten verweisen allerdings darauf, dass diese ihre Aufgaben auf formellen wie informellen Wegen weiterhin in Abhängigkeit gegenüber Staat und Partei zu bewältigen haben (Michelson 2007).

nesischen Gesellschaft in der Phase ihrer kapitalistischen Modernisierung gelesen werden.¹¹¹

2.2.4 Umwandlung des Finanzsystems

Eine umfassende Untersuchung des Finanzsystems würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen (vgl. Allen et al. 2011; IMF 2011; Lardy 1998; Shih 2008; Walter/Howie 2011; Wu 2005: 217–253). An dieser Stelle gebe ich lediglich einen historischen Abriss der krisengetriebenen Restrukturierungen des Finanzsektors und einen Überblick über wesentliche Institutionen. Dabei stelle ich Charakteristika des chinesischen Finanzsystems heraus und frage, inwiefern dieses kompatibel mit den Bedürfnissen der »Realwirtschaft« ist. Weil das Finanzsystem im weiteren Verlauf der Arbeit zwar immer wieder einbezogen, jedoch nicht mehr systematisch untersucht wird und etwa ein eigenes Kapitel zugeordnet bekommt, wird an dieser Stelle der Reformverlauf des Finanzsektors bis in die Gegenwart nachgezeichnet.

Die Entwicklungen im Finanzbereich sprechen aufgrund der strategischen Rolle des Staates gegen die Heraufkunft eines liberalen Modells. Die Logik einer finanzgetriebenen Akkumulation hat sich in China nicht durchgesetzt, auch wenn mit dem Aufbau von Aktien-, Renten- und Immobilienmärkten sowie der Zunahme von Konsumentenkrediten hierfür Voraussetzungen geschaffen wurden. Bis heute überragt die Finanzierung über Bankkredite diejenige über die Kapitalmärkte. Die staatliche Lenkung ermöglicht bis zu einem gewissen Grad den effizienten Austausch von Geld, erzeugt jedoch auch spezifische Probleme. Zugleich wird das Finanzsystem von einem informellen und nicht standardisierten Kreditregime überlagert, weshalb mit guten Gründen ebenfalls gegen die Vorstellung argumentiert werden kann, der zufolge China hinsichtlich seines bankendominierten Finanzsystems eine koordinierte beziehungsweise organisierte Marktwirtschaft (wie historisch Japan oder Deutschland) repräsentiert.¹¹²

111 In Erinnerung zu rufen ist dabei, dass die Idee eines unabhängigen Rechtswesens im Falle der liberaldemokratischen Industriegesellschaften des Westens nicht zu allen Zeiten Geltung erlangte, sondern eher als das Ergebnis eines langen Kampfes zu verstehen ist. Vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahr 1900, also lange nachdem auf dem Territorium des Deutschen Reichs kapitalistische Imperative wirksam wurden, herrschten Rechtszersplitterung und teilweise spätf feudale Normen (etwa im Preußischen Allgemeinen Landrecht). Die Autonomie des Rechts besaß in der Realität kapitalistischer Gesellschaften zudem häufig lediglich eine *relative* Unabhängigkeit von gesellschaftlichen Entwicklungen. In Ausnahmefällen dominierte in kapitalistisch geprägten Gesellschaften sogar das Primat der Politik – im Falle von Kriegen etwa oder in Phasen autoritärer Herrschaft.

112 Immer wieder verwiesen daher in der Vergangenheit ausländische Kommentatoren oder Berichte der internationalen Wirtschaftsinstitutionen auf die Schwächen des chinesischen Finanz-

Die Kräfte der Marktexpansion zogen bereits in der ersten Reformphase erhebliche Veränderungen des Finanzsektors nach sich. Das Ende der Volkskommunen und die Entstehung von Agrarmärkten und TVEs hatten den Umfang der Geldaktivitäten und den Bedarf an Krediten erhöht. Ähnliches galt für die unabhängiger werdenden urbanen Unternehmen. Die politischen Entscheidungsträger waren daher gezwungen, eine Anpassung vorzunehmen, zumal es zu einer sprunghaften Zunahme informeller Kreditbeziehungen kam. Es folgten in den 1980ern Reformen des alten zentralstaatlichen Bankkomplexes und der Zentralbank, die Eröffnung von Rentenmärkten (ab 1987) und Aktienmärkten (ab 1990) sowie die Restaurierung von ländlichen Kreditkooperativen (Wu 2005: 219–222). Die kreditfinanzierte Investition gewann immer mehr gegenüber der direkten, über die staatlichen Haushalte erfolgenden Anlage die Oberhand. Die hiermit verbundenen Zinstilgungen setzten die Unternehmen einem verstärkten Druck aus, der, so die Annahme, ihre Investitionsentscheidungen sensibilisieren und den betriebswirtschaftlichen Blick auf die Rentabilität schärfen sollte. Profitieren konnten die maßgeblichen Entscheidungsträger unter anderem von den Erfahrungen auf dem Finanzmarkt in Hongkong, auf dem die Bank of China und ihre Tochtergesellschaften bereits lange vor 1978 präsent waren. Chinesische Finanzmarktakteure waren hier bereits in Kontakt mit westlichem Wissen über Finanzmärkte und modernen Standards der Finanzbranche gekommen – »even before economic reforms in 1978, China's bankers had a very good understanding of how capitalism functioned« (Tobin 2011: 707).

Die Bankenreformen der 1980er galten der Förderung der industriellen Entwicklung. Kredite wurden infolgedessen zwischen den lokalen Zweigstellen der Banken und den Unternehmen sowie den verantwortlichen lokalen Behörden (häufig informell) ausgehandelt. Die Dezentralisierung der wirtschaftlichen Dynamik hatte eine *Dezentralisierung des Finanzsystems* zur Folge. Der Einfluss lokaler Regierungen auf die Kreditallokation nahm zu:

Ex ante, the local governments were directly involved in the credit-plan formulation and might impose loans on specialized banks. Ex post, the local governments had the authority to decide whether the enterprise should pay back the loan.
(Montinola/Qian/Weingast 1995: 67; vgl. Honohan 2008).

Die Einflussnahme auf die Zweigstellen der Zentralbank (People's Bank of China, PBOC) stellte sogar zeitweise die übergreifenden Funktionen einer Zentralbank infrage (Yang 2004: 81–82).

systems und dessen Krisenanfälligkeit, die mit der dominanten Rolle des Staates in Verbindung gebracht wurde (vgl. IMF 2004: 88–89; Lardy 1998: 16–17, 124–127).

Ebenfalls bereits ab der ersten Phase der Reformen mündete das System der langfristigen Verpachtung von Land in eine Art »Einhebungsbewegung«, in der Grund und Boden in Richtung einflussreicher ökonomischer und politischer Akteure zentralisiert wurde (He 2006: 76–79). Ein primärer Markt der Nutzungsrechte über Grund und Boden unter politischer Kontrolle wurde um einen sekundären Bodenmarkt ergänzt, auf dem Dritte mit den Bodennutzungsrechten handeln konnten. Wie Autoren vermerken, weist die Strategie der Quasi-Vermarktlichung des Bodens als Triebkraft der kapitalistischen Entwicklung Parallelen zu den Einhebungsbewegungen im frühmodernen England oder zur Enteignung indigenen Landes in den USA auf (Walker/Buck 2008: 45).¹¹³ Darüber hinaus entwickelte sich im Rahmen der Demontage des *Danwei*-Systems, die den Verkauf von Immobilien beinhaltet, ein Immobilienmarkt, in den zusätzlich überseechinesisches Kapital floss. Viele der reichsten Chinesen verdanken ihr Vermögen dem Immobilienhandel.

Der Wandel des Finanzsektors war durch eine Zunahme des Wettbewerbs gekennzeichnet. Die Konkurrenz um innovative Neugestaltungen des Kreditregimes zwischen den lokalen Akteuren und Standorten, besonders auf den Kapitalmärkten, konnte dabei von der Zentralregierung nutzbar gemacht werden, indem sie den Wettbewerb der Regionen in einen eigentümlichen Politikzyklus integrierte. Letzterer war und ist als *Modus der experimentellen Innovation* zu bezeichnen. Getragen wurde dieser Modus von Pilotprojekten in meist lokalen Testläufen, etwa in den Sonderwirtschaftszonen, die die Staatsführung im Falle des Erfolges national verallgemeinerte:

Stock market history in China overall is marked by a series of experimental schemes. Most important are the repackaging of SOEs into listed shareholding companies (early 1990s), selected transfers of legal person shares to new owners (1992), Hong Kong listings of SOEs (1993), the creation of »national champions« (from the second half of the 1990s), and several attempts at reducing the holdings of state shares (1999, 2001, and 2005).

(Heilmann 2008: 18)¹¹⁴

113 Ebenso wie in der chinesischen Einhebungsbewegung schritt die kapitalistische Entwicklung in England oder Nordamerika in der Form des Pachtbesitzes (das heißt nicht bereits ursprünglich in einer strikt privaten Form) voran. Auch die mit der Verpachtung des Landes (und dem Immobilienhandel) verbundenen Spekulationswellen in China besitzen historische Vorläufer (vgl. Polanyi 1978: 243–269). Auch wenn die chinesischen Bauern im weiteren Reformverlauf ein Stück Land behalten durften, hatten Teile der Landbevölkerung, wie Untersuchungen bestätigen, ein Gefühl der Einhebung, weil sich die Lebenssituation auf dem Land im Verhältnis zum Leben in der Stadt verschlechterte und die nutzbare Landfläche zurückging (Pun/Lu 2010).

114 Einige Innovationsbemühungen waren dagegen durch ihr Scheitern gekennzeichnet, die jedoch keine katastrophartigen Folgen zeitigten beziehungsweise aufgrund ihrer lokalen Begrenzung eingedämmt werden konnten.

Doch auch wenn zentralstaatliche Institutionen und staatsnahe Gruppen den konkurrenzgetriebenen Reformverlauf prägten, war dieser keineswegs nach Maßgabe gradueller Reformen geplant. Ebenfalls sorgten Krisen der Banken- und Kapitalmarktsektoren regelmäßig für einen nicht antizipierten Restrukturierungsdruck:

- Am Ende der 1980er und der 1990er standen viele Staatsbanken kurz vor dem Bankrott und die Anzahl der notleidenden Kredite erreichte problematische Dimensionen; die Banken wurden daraufhin gerettet, saniert und restrukturiert (Walter/Howie 2011: 25–27, 46). In diesen Rettungsaktionen wurden Zehntausende Bankangestellte entlassen.
- Ökonomische Instabilitäten und Spekulationswellen zwangen die Regierung 1993/1994 zu Anpassungen, etwa zur Gründung von Policy-Banken, die die vier größten Staatsbanken bei der Finanzierung von Staatsprojekten entlasten sollten, und von Asset Management Companies, das heißt staatlichen Abwicklungsgesellschaften (Wu 2005: 222). Eine Makropolitik im Zeichen der Austerität wurde eingeleitet, leichte Kredite an staatseigene Unternehmen wurden reduziert.
- Noch weiter reichende Anpassungen zog die Asienkrise und der Bankrott einer wichtigen Investmentbank (GITIC) nach sich (Jessop/Sum 2006: 204–205; Yang 2004: 81–94). Ende 1998 wurde die PBOC weiter zentralisiert, um die Funktionen einer Zentralbank wirksamer ausüben zu können. Zudem gründete die Staatsführung mehrere nationale Aufsichtsbehörden, die China Securities Regulatory Commission (ab 1993) und die China Insurance Regulatory Commission (1998) etwa, sowie Vorläufer der erst 2003 gebildeten China Banking Regulatory Commission (CBRC) (Wu 2005: 228–229).¹¹⁵ Die Banken strafften ihre Kreditvergabe kriterien. Weil die asiatische Finanzkrise unter anderem auf Spannungen zurückgeführt wurde, die mit der Liberalisierung des Finanzsektors in Verbindung standen, zog die chinesische Regierung des Weiteren auf dem Feld der Kapitalmarktöffnung und Währungspolitik Konsequenzen. Der globale Liberalisierungstrend, so der Tenor, müsse durch staatliche Interventionen unter Kontrolle gehalten werden.

Ein weiterer Faktor beeinflusste den Reformverlauf: Konflikte zwischen rivalisierenden Fraktionen und zwischen Behörden. Eine etwa von Provinzbehörden getragene »generalist faction«, die die lokale Entwicklung über eine Dezentralisierung der Kreditvergabe anregen wollte, stand regelmäßig einer »technocratic faction« gegenüber, die eine effiziente Zentralisierung des Finanzsektors an-

¹¹⁵ Die China Securities Regulatory Commission orientierte sich in ihrem Aufbau an der amerikanischen Wertpapieraufsichtsbehörde (U.S. Securities and Exchange Commission).

strebte (Shih 2008). Zugleich kam es regelmäßig zu (Macht-)Konflikten zwischen den zentralen verantwortlichen Behörden, etwa zwischen Finanzministerium und der Zentralbank (Walter/Howie 2011: 129–135).¹¹⁶

2.2.4.1 *Drei Segmente des Finanzsystems*

Das Finanzsystem der Volksrepublik wurde eine lange Zeit nicht durch eine strenge Orientierung am Zinsertrag wie in liberalisierten Geldwirtschaften bestimmt. Es finanzierte beispielsweise verlustbringende Staatsunternehmen und ihre sozialen Sicherungssysteme (Herr/Tober 1999). Ebenso wurde die Vergabe von Krediten rationiert. Die Zentralbank setzte im Rahmen ihres Kreditplans den Verleih- und Einlagenzinssatz der Banken und das maximale Kreditvolumen fest (Herr 2002: 40). Immer wieder überschritten die staatlichen Banken jedoch das vorgegebene Kreditkontingent (Shih 2008: 33). Schließlich wurde der Kreditplan 1998 durch eine »Kreditempfehlung« ersetzt, die den Geschäftsbanken größere Spielräume gewährte, ohne die politische Macht der Zentralbank substanziell zu beschränken.¹¹⁷

Im Zuge der Reformen sind in China diverse *Finanzinstitutionen* wie Geschäftsbanken oder Versicherungsunternehmen und verschiedene *Finanzmärkte* entstanden (Geld-, Renten-, Aktienmärkte und weitere informelle Kreditbeziehungen). Hinsichtlich der Finanzierungsquellen von Investitionen steht neben den ADI, den staatlichen Haushalten, Bankkrediten und Aktienmärkten auch die individuelle Beschaffung von Geldmitteln an vorderer Stelle:

Self-fundraising, falling into the category of alternative finance (non-bank, non-market finance), includes proceeds from capital raised from *local* governments (beyond the state budget), communities and other investors, internal financing channels such as retained earnings and all other funds raised domestically by the firms. The size of total self-fundraising of all firms has been growing at an average annual rate of 23.6% over the period of 1994–2009. (Allen et al. 2011: 9)

116 Die intrastaatlichen Rivalitäten werden durch Macht- und Einflussmotive genauso geprägt wie durch divergierende inhaltliche Perspektiven: Im Gegensatz zu makroökonomischen Vorstellungen drängt etwa die »technocratic faction«, die eng mit der »Shanghai-Gruppe« (um Jiang Zemin und Zhu Rongji) verbunden ist, auf die Vorzüge der Effizienzsteigerung der Finanzmärkte durch eine Rücknahme staatlicher Interventionen und des »policy lending« (etwa Wohlfahrtsausgaben oder Infrastrukturinvestitionen).

117 Herr schreibt: »Die Zentralbank hat [...] durch die Festsetzung des Refinanzierungsvolumens nach wie vor entscheidenden Einfluss auf die Kreditexpansion der Geschäftsbanken. Der Freiraum der Geschäftsbanken wird zudem durch die staatliche Festlegung der Zinssätze begrenzt« (Herr 2002: 42).

Dies verweist auf eine eigentümliche Struktur des Finanzsystems, das grob in drei Segmente geschieden werden kann.

(1) Dem staatlich gelenkten *Bankensystem* kommt eine zentrale Bedeutung zu. Im Jahr 2006 wurden die Investitionen nach offiziellen Angaben zu drei Vierteln über Bankkredite finanziert, knapp 15 Prozent entfielen auf Aktien und weitere Anleihen.¹¹⁸ Der Bankkredit wurde zu einer bevorzugten Finanzierungsquelle besonders der staatseigenen und großen Unternehmen.¹¹⁹

Das Bankensystem weist eine Palette an zentralstaatlichen Geschäftsbanken, regierungsnahen und städtischen Banken sowie lokalen Banken und Kreditgenossenschaften auf. In dessen Zentrum befindet sich die People's Bank of China, die die Geldpolitik bestimmt, den Wechselkurs kontrolliert und den Geschäftsbanken Kredite bereitstellt. Sie verfügt, der Arbeitsweise der amerikanischen Zentralbank nachempfunden, über regionale Niederlassungen.¹²⁰

Die vier größten Banken, die heute als staatseigene, börsennotierte Geschäftsbanken agieren, sind aus Untergliederungen des einstigen zentralstaatlichen Bankkomplexes hervorgegangen (Shih 2008: 31). Sie dominieren das Kreditsystem: »The Big Four state owned commercial banks are still the most important part of the entire financial system, accounting for 53% of total banking system assets in 2005« (Naughton 2007: 456).¹²¹ Die größte unter ihnen, die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC), konzentriert sich auf Einlagen und Kreditvergabe in den Städten. Die Agricultural Bank of China (ABC) verfolgt diese Aufgaben auf dem Land. Die China Construction Bank (CCB) ist auf die Finanzierung von Immobilien- und Infrastrukturprojekten spezialisiert. Die Bank of China (BOC) fokussiert auf den Außenhandel und Devisentransaktionen. Die »Big Four« – seit 2007 spricht man von den »Big Five«, weil die

118 Allerdings bleiben in dieser Berechnung informelle und nicht standardisierte Finanzierungsquellen weitgehend unberücksichtigt.

119 In der Forschung wird hinsichtlich der Kreditbereitstellung ein Gegensatz zwischen staats-eigenen und nichtstaatlichen Unternehmen akzentuiert. In den wenigen empirischen Untersuchungen, die zur Kreditpolitik der großen staatseigenen Geschäftsbanken überhaupt existieren, wird herausgestellt, dass die Begünstigung von (profitablen) SOEs mit der fortwährenden strategischen Bedeutung des staatlichen Unternehmenssektors zusammenhängt (Yeung 2009: 292–294). Zudem gelten kleine und mittlere Privatunternehmen als potenziell risikobehaftetere Kooperationspartner (Yeung 2009: 296). Unterhalb der größten staatseigenen Banken scheinen große Privatunternehmen allerdings ebenfalls Wege gefunden zu haben, an Bankkredite zu gelangen (Herr 2011: 22).

120 Seit 2003 ist mit der China Banking Regulatory Commission (CBRC) ein weiterer übergeordneter Player hinzugetreten. Während chinesische Banken technisch betrachtet unter der Schirmherrschaft der CBRC stehen, fällt die Zins- und Wechselkurspolitik weiterhin der Zentralbank zu.

121 Bis 2009 ist der Wert auf 43 Prozent gesunken.

Bank of Communications zu den vier größten Banken aufrückte – gehören zu den bedeutendsten Finanzunternehmen der Welt. Der Börsengang der BOC im Jahr 2000 war einer der fünf größten Börsengänge in der Geschichte, und der Börsengang der ABC im Jahr 2010 brach alle bisherigen Rekorde.

Neben den Big Five existieren drei bedeutsame, 1994 gegründete *policy banks*: die China Development Bank, die Agricultural Development Bank of China und die Export-Import Bank of China (Saich 2004: 264–265). Sie haben Aufgaben der Finanzierung von Regierungsprojekten von den Big Four übernommen (ohne dass letztere jedoch hiervon völlig befreit worden wären, vgl. Shih 2008: 32). Das gilt ferner für internationale Projekte: Die China Development Bank und die Export-Import Bank of China sind (seit 2007 etwa über den China-Africa Development Fund) maßgeblich an der Unterstützung und Finanzierung von (auch privaten) ADI in Afrika beteiligt.

Ferner behaupten sich seit den 1980ern zunehmend Banken, die fast ausnahmslos regionalen Machtstrukturen entstammen und in enger Beziehung zu subnationalen Regierungen und Unternehmen stehen. Heute sind sie häufig börsennotiert. Mehr als ein Dutzend überregionale Banken – sogenannte *joint-stock banks*, das heißt Banken in Form von Aktiengesellschaften wie CITIC, China Everbright Bank (Pang 2005: 57–86; vgl. Hansakul 2007) –, über 115 City-Banken, die Einrichtung einer sehr großen Postbank und Tausende (städtische wie ländliche) Kreditgenossenschaften haben den Wettbewerb im Bankensektor erhöht.¹²² In den 2000ern wurden zudem Privatbanken zugelassen. Ebenso konnten ausländische Finanzmarktakteure ihren Einfluss erhöhen. Die im Rahmen des WTO-Beitritts ausgehandelte Öffnung für ausländische Banken (Lardy 2002: 133) zog ausländische Anlagen in chinesischen Finanzhäusern nach sich.¹²³

Als weitere wichtige Akteure erscheinen die chinesischen *Staatsfonds*. Da die Zentralbank keine sehr hohen Zinseinkünfte aus dem Halten von ausländischen Staatspapieren erzielt, werden die hohen Devisenreserven in der Form von Staatsfonds angelegt, die ein größeres Anlagespektrum ausschöpfen (Lim 2010:

122 Dieser wird aber durch den Umstand eingeschränkt, dass es Banken nur in geringem Ausmaß erlaubt ist, in einen Zinswettbewerb zu treten, das heißt, unterschiedliche Zinsen für Kredite und Geldeinlagen zu nehmen (Yeung 2009: 291).

123 Die CBRC begründet die Öffnung des Bankensektors mit der Absicht, die interne Reformbewegung zu beschleunigen und durch den Austausch Kenntnisse des »institution buildings«, des Managements und technologisches Wissen zu erwerben, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Banken erhöhen (Zhu et al. 2008: 49). Nationale Politiken restringieren den Einfluss ausländischer Investoren. Anlagen bedürfen der Bewilligung der Regulierungsbehörden, die diese strategisch und im Interesse der Eindämmung von Interessenkonflikten koordinieren: der Beteiligungsbesitz an den Banken darf 20 Prozent (bei Einzelinvestoren) beziehungsweise 25 Prozent (bei »joint investors«) nicht überschreiten (Hansakul 2007: 4). Insgesamt sind die Auswirkungen dieser Transnationalisierung noch schwer absehbar und bedürfen der weiteren Untersuchung.

681–682).¹²⁴ Der Staatsfonds Central Huijin gilt als eine treibende Kraft hinter Chinas Finanzreformen und bildet den Investitionsarm der China Investment Corporation (CIC). Die CIC hatte Central Huijin im Jahr 2007 übernommen.¹²⁵

(2) Auch die *Kapitalmärkte* werden von staatlichen oder staatsnahen Akteuren bestimmt. Diese unterscheiden sich in ihrem Anlageverhalten nicht prinzipiell von privaten Finanzmarktakteuren. Zwar wird den chinesischen Kapitalmärkten regelmäßig von westlichen Finanzexperten eine Ineffizienz aufgrund von ausgeprägtem, von staatlichen Akteuren dominierten Insiderhandel und der Tendenz zu spekulativen Blasen bescheinigt (vgl. Walter/Howie 2011; IMF 2011). Ob sich diesbezüglich jedoch *qualitative* Differenzen zu westlichen Geldsystemen nachweisen lassen, erscheint nicht erst seit einer Reihe von Finanzskandalen und der globalen Finanzkrise 2008 fragwürdig.

Der Aufbau von Kapitalmärkten wurde von lokalen Akteuren initiiert. Die Städte Shanghai und Shenzhen investierten bereits am Ende der 1980er in den Aufbau von Aktienmärkten, also vor der formellen Zustimmung durch die Zentralregierung (Naughton 2007: 467–468). Ursprünglich sollten die Kapitalmärkte lediglich die Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung vergrößern. Der Handel mit Aktien und Wertpapieren zwischen den Inhabern von Vermögenstiteln war verboten. Doch die überlagernde Institutionenbildung neben und in Interaktion mit bereits bestehenden Institutionen – konkret, der informelle Wertpapierhandel – leitete ähnlich wie in der Entwicklung des privaten Unternehmenssektors eine Transformation ein. Der Handel mit Wertpapieren wurde in der zweiten Reformphase schließlich erlaubt (und der zuvor prosperierende informelle Wertpapierhandel infolgedessen begrenzt).

Trotz ihrer im Verhältnis zum Bankensektor geringeren Bedeutung haben die festlandchinesischen Aktienmärkte bis heute zu den größten Asiens (Tokio, Hongkong) aufgeschlossen.¹²⁶ Die Börsen in Shanghai und Shenzhen waren

124 Im Ausland reflektiert sich die Machtposition dieser finanzkräftigen Fonds in den Versuchen, Beteiligungen in Unternehmen zu erwerben beziehungsweise Investitionen in Private Equity zu tätigen.

125 Dieser Vorgang drückt auch einen intrastaatlichen Machtkampf zwischen Finanzministerium und Zentralbank aus, denn die CIC ist unter der Federführung des Finanzministeriums gegründet worden (vgl. Anderlini 2008). Huijin war zuvor der Zentralbank unterstellt gewesen.

126 Rechnet man die Börse in Hongkong hinzu, was eigentlich notwendig ist, nicht nur weil Hongkong als Sonderverwaltungszone zu China gehört, sondern auch, weil im Jahr 2010 knapp die Hälfte der Marktkapitalisierung auf chinesische Firmen zurückging (Walter/Howie 2011: 13), steigt die Bedeutung der chinesischen Aktienmärkte noch einmal. In den Jahren 2001 bis 2007 lag die Marktkapitalisierung (auch ohne Hongkong) bei durchschnittlich 64 Prozent des BIP, ein wenig höher als der Durchschnitt in Schwellenländern, jedoch deutlich niedriger als in den großen OECD-Ökonomien (Allen et al. 2011: 7; vgl. Hansakul 2007).

der Restrukturierung großer staatseigener Firmen förderlich, da sie neue Wege der Kapitalbeschaffung eröffneten und Anteilseigner zuführten. Wichtig waren hierfür nicht allein innerchinesische Geldvermögen, sondern ebenso Kapitalrücklagen im Ausland:

How did China go from having small-scale companies that banks would hardly look at to ones raising billions of dollars in New York in just 10 years? If there is a single reason, it is the persistent enthusiasm for the China story among international money managers combined with their willingness to put vast amounts of money down on it. (Walter/Howie 2011: 156)

Dennoch sind den Aktienmärkten zwei »angeborene« Pfadabhängigkeiten eigen geblieben: Große Teile der Aktien sind nicht handelbar und vorwiegend staats-eigene Unternehmen sind gelistet. Die Mehrheit der börsennotierten Firmen befindet sich weiterhin unter staatlicher Kontrolle und staatliche Institutionen bleiben die größten Anteilseigner (etwa der Staatsfonds Huijin). Allerdings ist der Anteil handelbarer Aktien bis 2010 auf circa 50 Prozent vergrößert worden.¹²⁷ In den letzten Jahren ist es zudem für nichtstaatliche Firmen einfacher geworden, den Börsengang zu organisieren. Darüber hinaus sind eine Reihe von Joint Ventures gelistet, etwa in Shenzhen. Eine tief greifende Integration in die globalen Finanzmärkte besteht jedoch nicht (Lane/Schmukler 2007).

Neben den Aktienmärkten spielt der *Renten-beziehungsweise Anleihenmarkt* eine wichtige Rolle. Die auf den Rentenmärkten überwiegend gehandelten Wertpapiere und Schuldverschreibungen der chinesischen Regierung umfassten Mitte der 2000er etwa 20 Prozent des BIP. Hinzu kamen noch einmal Wertpapiere beziehungsweise Obligationen im Umfang von 10 Prozent des BIP, die von den *policy banks* ausgegeben werden. Der Markt für Unternehmensobligationen ist nach wie vor relativ unentwickelt (Allen et al. 2011: 24–25).

Schließlich ist der *Immobilienmarkt* weiter gewachsen – im Jahr 2005 verfügten drei Viertel der städtischen Haushalte über eine eigene Wohnung – und hat zur Entstehung von Hypothekenkreditgeschäften in großem Stil geführt, an dem sich die Banken beteiligen. »Not surprisingly, bank loans are the most important source of real estate financing« (Allen et al. 2011: 29; Honohan 2008: 116–118; vgl. Sum 2011).

(3) Ein in Untersuchungen häufig vernachlässigtes Segment des chinesischen Finanzsystems verkörpert ein *informelles* und *nicht standardisiertes Kreditregime*. In den letzten Jahrzehnten hatten es besonders nichtstaatliche und kleine beziehungsweise mittlere Unternehmen schwer, Darlehen der staatseigenen Banken

127 Die Aktien werden in A- und B-Aktien sowie in H-, N- und S-Aktien (das heißt in Hongkong oder im Ausland gelistete Aktien) aufgliedert (Bu 2009: 223; Walter/Howie 2011: 144–147). Chinesische Unternehmenstitel werden zunehmend international gehandelt.

zu erhalten (vgl. Allen/Qian/Qian 2003; Herrmann-Pillath 1995: 147–148). Es war und ist für die Banken weniger aufwendig, große Summen an wenige Großunternehmen auszuleihen als viele kleine Summen an kleine und mittelgroße Unternehmen; Großunternehmen können zudem Immobilien als Hypotheken einsetzen und erscheinen häufig vertrauenswürdiger. Zusätzlich war der Börsengang für kleine und mittlere Unternehmen mit sehr hohen, meist unrealistischen Eintrittskosten verbunden.

Wie erwähnt, entwickelte sich im Reformprozess eine durch staatseigene, halbstaatliche und private Unternehmen strukturierte *mixed economy*, die häufig auf informellen Beziehungen zwischen staatlichen und privaten Akteuren basierte. Die Formen der »privat-öffentlichen« Unternehmensallianzen fanden ihr Gegenstück in informellen und nicht standardisierten Kreditbeziehungen. Dazu gehören Geldmittel aus Familienbesitz, die in der Gründungsphase von Unternehmen eingesetzt werden, die Innenfinanzierung durch Gewinnrücklagen, die Finanzierung über private, oftmals informelle Kreditagenturen und Geldverleiher sowie die Kreditvergabe auf Grundlage von Vertrauen, Reputation und guten Beziehungen – etwa zu Lokalregierungen, die Darlehen vergeben, ohne dies im Haushalt zu kennzeichnen (Allen et al. 2011: 40–43).¹²⁸ Selbst Unternehmen wie Huawei mussten sich in einem früheren Stadium ihrer Entwicklung (das heißt bis in die 1990er) Geld von größeren Unternehmen leihen (Fan 2011: 835).¹²⁹

Bis heute ist das dritte Segment des chinesischen Finanzsystems nicht verdrängt worden, auch wenn immer wieder einmal politische Entscheidungsträger dazu aufrufen, die Kreditvergabe der Banken an kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern. Die Regierung duldet dieses Kreditregime, mutmaßlich weil sie dessen Effizienz insgesamt positiv bewertet. Sofern diese informellen und nicht standardisierten Beziehungen in Untersuchungen überhaupt beachtet werden (vgl. für eine Untersuchung, die sie beinahe unberücksichtigt lassen: IMF 2011), stellen Autoren sie sogar als den erfolgreichsten, da effektiv mit den Spezifika des Unternehmenssektors verschränkten Bestandteil des Finanzsystems dar (vgl. Allen et al. 2011: 45). Weil in diesem Segment zudem kaum bis gar nicht auf formalisierte Rechtsprozeduren zurückgegriffen wird, schlussfolgern Allen et al., dass dieser Teil des Finanzsektors nicht prosperiert, *obgleich* noch keine westlichen Institutionen adaptiert wurden, sondern gerade *weil* diese Institutionen *fehlen*. Diese These hat wohlgerne eine überaus pikante Note, denn in

128 Privatunternehmen sind demnach um eine hohe Eigenfinanzierungsquote bemüht und nutzen hierfür Formen der Beteiligungsfinanzierung im Rahmen einer Registrierung als »limited liability company« oder Aktiengesellschaft.

129 Diese Form des Geldverleihes ist nach wie vor üblich; auch zwischen staatseigenen Unternehmen.

anderen Worten heißt das: Ein ertragseffizientes kapitalistisches Finanzsystem kann auch ohne ein Rechtssystem beziehungsweise mit einem extrem unterentwickelten gedeihen.

2.2.4.2 Chinas eigentümliches Finanzsystem

Abschließend fasse ich wesentliche Dimensionen des chinesischen Finanzsystems zusammen, die im Zusammenhang von Marktexpansion sowie wettbewerbs- und kriseninduzierten Anpassungen zu beobachten sind.

Erstens versucht der Zentralstaat, eine fortwährende Lenkungsfunktion im Sinne einer makroökonomischen Ordnungspolitik zu erhalten. In einer Reihe von Fällen hat dies funktioniert: Der Staat hat seine Kapazitäten bei der Bankenrettung oder der nationalen Verallgemeinerung von als innovativ eingestuften lokalen Neuerungen im Finanzsystem unter Beweis gestellt. Es ist gelungen, durch eine Begünstigung von SOEs die Bedeutung des staatlichen Unternehmenssektors aufrechtzuerhalten und einen Kreditfluss in »strategische« Wirtschaftssektoren zu ermöglichen. Ganz besonders deutlich wird die makroökonomische Lenkungsfunktion in Fragen der internationalen Integration, auch wenn sich dies in einer transnationalisierten Weltwirtschaft als schwer umzusetzendes Ziel erweist. Die in einzelnen Bereichen strikte außenwirtschaftliche Regulierung des chinesischen Transformationsprozesses – die nur geringe Integration in die globalen Finanzmärkte, die Reglementierung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs oder die Einschränkung bei Kreditaufnahmen von chinesischen Unternehmen im Ausland – spricht hier Bände. Eine ähnliche Konstellation herrscht im Bereich der Währungspolitik: Aus der Asienkrise 1997/1998 hat Beijing wichtige Lehren gezogen. Die staatliche Kontrolle über den Kapitalverkehr und den Wechselkurs soll aufrechterhalten bleiben. Tatsächlich wurden durch die Unterbewertung des RMB in Folge einer Kopplung an den Kurs des USD jahrelang positive Nachfrageeffekte im Exportgeschäft erzielt. Außerdem überstand das chinesische Finanzsystem die in den USA einsetzende und sich rasch ausbreitende Finanz- und Bankenkrise ab 2007 weitaus besser als die westlichen Geldsysteme, was daran zu liegen schien, dass eine staatliche Kontrolle des Kapitalverkehrs und der Wechselkurse in den Jahren zuvor eine tief greifende Integration in die globalen Finanzmärkte unterband und damit ein potenzielles Übergreifen der Krisentendenzen eingegrenzt wurde.

Die politische Lenkungsfunktion wird dennoch, *zweitens*, immer wieder infrage gestellt. Zu den Versuchen einer übergreifenden staatlichen Lenkung tritt der Wettbewerb zwischen vielen staatlichen, halbstaatlichen und privaten sowie zwischen zentralen und lokalen Akteuren. Auch wenn die Organisationsabteilung des ZK der KPCh mittels ihres Nomenklatur-Systems in der Lage ist, zen-

trale Entscheidungsträger im Finanzsystem ein- beziehungsweise abzusetzen, folgt aus diesem Umstand keine umfassende Homogenisierung (Pistor 2009). Machtkonflikte zwischen Zentralbank und Finanzministerium und inhaltliche Differenzen zwischen Strömungen belegen das, ebenso die hohe Anzahl an (unterschiedlichen) staatlichen Eigentümern in Banken, deren Interessen nicht immer vereinbar sind.¹³⁰ Besonders auf den Ebenen unterhalb der wichtigsten Finanzgremien nehmen Akteure teils divergierende Operationen vor, auch wenn diese sich negativ auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auswirken – ein Aspekt, den ich in Kapitel 3 näher erläutere.¹³¹

Drittens weisen nicht zuletzt die informellen und nicht standardisierten Kreditbeziehungen darauf hin, dass sich in China ein eigentümliches Finanzsystem herausgebildet hat. Auch wenn es gewisse Ähnlichkeiten zu liberalen Finanzsystemen in den USA oder zu koordinierten Marktwirtschaften (BRD, Japan) gibt, kann es mitnichten zur Deckung mit ihnen gebracht werden.¹³² So erinnert die Unterscheidung von Geschäfts- und Investmentbanken (und das Verbot für Geschäftsbanken, im Versicherungs- und Investitionsgeschäft tätig zu werden) zwar an das amerikanische Trennbankensystem. Doch der Trend ging in den letzten Jahren ebenfalls in Richtung eines Universalbankensystems, in dem etwa Kreditunternehmen die gesamte Bandbreite der Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäfte abdecken (Wu 2005: 234). Der Kapitalmarkt nimmt an Bedeutung zu, zeichnet sich jedoch noch immer durch eine verhältnismäßig geringe Marktkapitalisierung aus. Ähnlich wie in Deutschland oder Japan haben SOEs häufig langfristige Bindungen mit einer Bank. Insgesamt spielen in China jedoch weder die Kapitalmärkte noch die Banken in der Praxis der Unternehmensführung und -kontrolle eine zentrale Rolle.¹³³ Insofern scheinen zur Analyse des

130 Huijin und das Finanzministerium halten gegenwärtig die größten (Aktien-)Anteile an den wichtigsten staatseigenen Banken (wie ICBC, CCB und BOC). Darüber hinaus halten aber zahlreiche weitere staatliche Akteure Bankenanteile, etwa der National Council of the Social Security Fund und zahlreiche SOEs – erst recht in den regionalen und lokalen Banken (Pistor 2009: 7).

131 Es wäre dennoch unzutreffend, das Finanzsystem und die herausgestellten drei Segmente ausschließlich auf (divergierende) politische Entscheidungen beziehungsweise interne politische Konflikte zu reduzieren (vgl. zu einer solchen Position: Shih 2008: 191).

132 Während sich die Unternehmen in den USA oder Großbritannien auf die regulatorische Funktion des Kapitalmarkts sowie des Vorstands verlassen, stützen sich die Unternehmen in Deutschland traditionell eher auf die Banken. Institutionelle Komplementaritäten bilden der neueren VPÖ zufolge insider-gesteuerte Corporate-Governance-Systeme und bankendominierte Finanzsysteme sowie outsider-gesteuerte Corporate-Governance-Systeme und kapitalmarktdominierte Finanzsysteme.

133 Naughton erklärt: »In most control-based systems, banks are privately owned, traditionally independent, powerful actors who vigorously enforce their interests [...]. In China, however, banks have very few ways to enforce their interests [...]. Banks are not allowed to own stock

Finanzsystems diejenigen Effizienzkriterien, die am Beispiel des amerikanischen und deutschen Finanzsektors entwickelt wurden und in der VPÖ zu Modellen einer effizienten Unterstützung des wirtschaftlichen Wachstums idealtypisiert wurden (Hall/Soskice 2001), im Falle Chinas nicht auszureichen: »Despite its poor legal and financial systems measured by existing standards, it has one of the fastest growing economies in the world« (Allen/Qian/Oian 2003: 35). Eine Kombination verschiedener Elemente, die nicht dem westlichen Standard entsprechen und daher häufig in die Kritik geraten (vgl. Walter/Howie 2011), haben institutionelle *Verträglichkeiten* generiert: »China has found very non-standard institutions to support its growth« (Ahrens/Jünemann 2006: 29; vgl. Herr 2011: 21–23). Das Finanzsystem konnte somit insbesondere das investitionsgetriebene Wachstum der zweiten Reformphase stützen.

Die Frage, ob das Finanzsystem eine erfolgreiche Kreditallokation auch noch nach 2008/2009 gewährleistet und damit zur Aufrechterhaltung der sozio-ökonomischen Stabilität beiträgt, wird in Kapitel 3 weiter behandelt.

2.2.5 Veränderungen im System der Arbeitsbeziehungen und der Sozialpolitik

Im nun folgenden Abschnitt geht es um die Entwicklung der »vertikalen« Sozialbeziehungen. Die kapitalistische Modernisierung Chinas, in der die Marktexpansion und der Versuch staatlicher Institutionen, die nationale Entwicklung mit allen Mitteln durchzusetzen, Hand in Hand gingen, erforderte historische Veränderungen im System von Arbeit, sozialer Sicherung und Beschäftigung. Es resultierten Prozesse der Liberalisierung, der Kommodifizierung und der Prekarisierung der Arbeitskräfte (Friedman/Lee 2010). An dieser Stelle werden die komplexen Reformen der Arbeitsbeziehungen nur kursorisch beschrieben; in Kapitel 3 folgt dagegen eine detailliertere Auseinandersetzung zumindest mit der gegenwärtigen Konstellation.

In der ersten Phase der Reformen, genau genommen im Jahr 1984, wurde die Liberalisierung des Arbeitsmarkts mit der Politik der Optimierung des Arbeitskräfteeinsatzes eingeleitet, die bestimmte Regularien wie die gesicherte Beschäftigung außer Kraft setzten und den Unternehmensführungen Befugnisse zur Auswahl der Arbeitskräfte nach Leistungskriterien einräumte. Die Stärkung betriebswirtschaftlicher Kriterien erleichterte es Unternehmen, Entlassungen

directly. Most important, because of their long tradition of passively accommodating government lending policies, banks have neither the capability nor a clear mandate to aggressively monitor enterprise performance. In China, although the pattern of financing reveals the importance of banks, the system of corporate governance has no corresponding role for bank oversight« (Naughton 2007: 320; vgl. Conlé 2011: 27).

vorzunehmen. Im Jahr 1986 führte die Regierung im Rahmen eines Arbeitsvertragssystems neue Regeln für die Beschäftigung in SOEs ein – Beschäftigungsverhältnisse wurden fortan sukzessive auf individuelle Arbeitsverträge umgestellt. Analog erodierte seit den 1980ern das *Danwei*-System der städtischen Arbeits- und Lebensseinheit. Die Entwicklung eines betriebsunabhängigen Sozialversicherungssystems bildet seitdem einen zentralen Aufgabenbereich des Staates (Wu 2005: 327–353).¹³⁴

In der zweiten Phase der Reformen ab 1992 wurde unter Verweis auf die Notwendigkeit einer Modernisierung der Staatsunternehmen die Zahl der Beschäftigten reduziert, was zur weiteren Flexibilisierung der Arbeitsmärkte beitrug. Die Etablierung neuer Eigentumsformen brachte eine Diversifizierung der Arbeitsbeziehungen mit sich –

privatunternehmerisch strukturierte Arbeitsbeziehungen wurden dabei zum [...] »Normaltypus«. [...] Der 14. Parteitag der KP Chinas [1992] beschloss die Einführung einer an der Arbeitsleistung orientierten Entlohnung, die zur Entstehung einer Vielzahl verschiedenartiger Lohnsysteme führte. (Chang/Lüthje/Luo 2008: 7)

Die ab Mitte der 1990er intensivierte Umstrukturierung des Unternehmenssektors – die Transformation der SOEs, die deutliche Zunahme der Privatunternehmen und der Aktivitäten ausländischer Unternehmen – verstärkte die benannten Tendenzen weiter. Schnell erhielten über 90 Prozent der Angestellten der SOEs neue Arbeitsverträge. Daneben entwickelten sich informelle Beschäftigungsformen.¹³⁵

Im Zuge der zweiten Reformphase haben sich flexible Arbeitsmärkte etabliert. Besonders die ansteigende Masse der Binnenmigranten – über 200 Millionen Menschen drängten vom Land in die neuen Industriezonen – sorgte für eine von der Volkswirtschaftslehre als Steigerung der »Faktormobilität« bezeichnete Entwicklung (Montinola/Qian/Weingast 1995: 65). Kontrolliert wurde dieser Zustrom durch das autoritäre *Hukou*-System, das eine Arbeitsmarktsegregation bewirkte. Die von Ökonomen immer wieder hervorgehobene Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft basierte auch und gerade auf dem

134 Zugleich bereiteten die *Danwei*-Einheiten in einem gewissen Sinne auch den Boden für eine graduelle Veränderung zu marktlich gesteuerten Arbeits- und Lebensformen (vgl. Heberer 2008: 97). Die Selbstbezogenheit vieler *Danwei*-Einheiten, in dem die einzelnen Einheiten primär darauf bedacht waren, die Interessen ihrer Mitglieder zu berücksichtigen und sich gewissermaßen in einer Konkurrenzsituation gegenüber anderen »Kollektiven« befanden, erleichterte die Entstehung von neuen Wettbewerbssystemen.

135 Der seit den 1990ern wachsende städtische informelle Sektor beschäftigte im Jahr 2003 etwa 14 Prozent der landesweit 744 Millionen Erwerbstätigen, zusammen mit auf dem Land informell Beschäftigten dürfte die Anzahl bei etwa 20 Prozent aller Beschäftigten gelegen haben (Naughton 2007: 181–185).

incremental and managed transfer of the world largest primary industry (agricultural) labor force into tertiary and secondary industries, made possible through the rigid agricultural/non-agricultural and local/non-local divisions of the hukou institution. (Young 2011: 135)

Der Wandel der Arbeitsbeziehungen beruhte dabei insgesamt auf einer fragmentierten staatlichen Regulierung, was sich in der unzulänglichen Durchsetzung rechtlicher Normen beziehungsweise dem Fehlen wirksamer Institutionen zur Herbeiführung eines sozialen Ausgleichs zwischen Arbeit und (Staats-)Kapital manifestierte. Die heterogene Mehrebenenstruktur des Landes spiegelte sich in einer Fragmentierung der Arbeitsbeziehungen.

Auch wenn Arbeitgeber und staatliche Akteure die Kräfteverhältnisse in den Arbeitsbeziehungen maßgeblich dominierten, wurden sie zugleich nicht einseitig von ihnen bestimmt. Schon früh wurden diese durch die kollektive *Gegenwehr* einiger Arbeitnehmergruppen berührt.¹³⁶ Sie bildete den Hintergrund für die Anstrengungen des Staates um die Schaffung sozialstaatlicher Einrichtungen und arbeitsrechtlicher Standards. Ein Ende der 1980er entstandener Zyklus von sozialen Auseinandersetzungen resultierte aus den Unzufriedenheiten der städtischen Bevölkerung, die von den damaligen Umstrukturierungen kaum profitierten und teilweise unter Arbeitsintensivierung, Arbeitslosigkeit und Inflation litten.¹³⁷ Die Tiananmen-Bewegung 1989 selbst wurde von den Studierenden ausgelöst und angeführt, war jedoch sozial getragen durch signifikante Teile der städtischen Bevölkerung. Mitte der 1990er begann vor dem Hintergrund der Privatisierung des Staatssektors eine zweite Welle an Auseinandersetzungen. Mit Petitionen, Streiks, Betriebsbesetzungen und Straßenprotesten erzwangen

136 Die These, dass in ostasiatischen Ländern wie China die Arbeits- und Sozialpolitik aufgrund gegensätzlicher Wertvorstellungen zum christlich geprägten Europa »nicht im Mittelpunkt des politischen Geschehens« steht (Schwinn 2009: 462), muss daher genauso relativiert werden wie die Annahme einer historischen »Duldfähigkeit« des Volkes (Hartmann 2006: 194–195).

137 Auf dem Land werden hinsichtlich der Gegenwehr von Bauern und Landarbeitern mehrere Zeiträume der »Regime-Empfänglichkeit« beschrieben (Bernstein 1999; vgl. Unger 2002: 213–216). Zwischen 1978 und 1983 zeigte die Zentralregierung eine relativ hohe Bereitschaft, auf die Interessen der ländlichen Bevölkerung einzugehen, als unter anderem Ressourcen zur Neugestaltung der Landwirtschaft bereitgestellt und die Beseitigung des Kommunessystems unterstützt wurden. Zwischen 1984 und 1990 ist eine geringe Empfänglichkeit seitens des Regimes nachgewiesen worden. In den 1990ern hatten die Proteste der Bauern dagegen Anteil an der Schaffung neuer Agrargesetze. Hatte die ländliche Bevölkerung in den Protesten des Jahres 1989 noch keine bedeutende Rolle spielte, entzündeten sich ab 1992 zahlreiche Proteste, die sich insbesondere gegen hohe Abgaben (an die Lokalregierungen) richteten. Die Zentralregierung verfügte daraufhin in den 2000ern die Abschaffung einer Reihe lokaler Gebühren (Unger 2002: 216–217). Die Inkraftsetzung neuer Gesetze gab den Landbewohnern zudem das Recht, die Zahlung »nicht angemessener« Gebühren zu verweigern. Weitere Proteste drängten die Zentralregierung dazu, erstmals einen Mindestbeitrag zum Unterhalt für alle Landbewohner Chinas festzuschreiben (CLB 2009: 6).

die Beschäftigten staatliche Kompensationszahlungen und teilweise eine Verzögerung der Zerschlagung der Industriekombinate. Allerdings konnte die große Entlassungswelle insgesamt nicht aufgehalten werden.

Im Jahr 2003 begann ein weiterer Zyklus betrieblicher Auseinandersetzungen. Diesmal befanden sich die Arbeitsmigranten im Zentrum, deren Kämpfe gegen unwürdige Arbeitsbedingungen mit den Mitteln der Petition, der Kundgebung und (häufig militanten) Demonstrationen, aber auch des Bummelstreiks und des Streiks ausgefochten wurden (Chan/Pun 2009; Wenten 2011: 42–43).

Reform der Sozialpolitik

Zugleich begründeten die Liberalisierung der Arbeitsmärkte, die Erosion des *Danwei*-Systems¹³⁸ und der Rückbau der öffentlichen Sektoren große sozialpolitische Herausforderungen. In der chinesischen *Sozialpolitik* findet eine grundlegende Aufgabe des Staates im Kapitalismus Geltung. Der chinesische Sozialstaat ist daher nicht allein als Resultat von sozialen Kämpfen zu fassen – auch wenn Quantität und Qualität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen in hohem Maße hiervon bestimmt sind. Er drückt ebenso ein Interesse der politischen Klasse am sozialen Ausgleich und damit der dauerhaften Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse aus. Auch für die KPCh stellen sozialstaatliche Einrichtungen wesentliche Faktoren zur Aufrechterhaltung ihrer Legitimität dar.¹³⁹

Das Ziel der Staatsführung beziehungsweise des Ministry of Human Resources and Social Security (MOHRSS) und der Sozialversicherungsbehörden, die von der Kreisebene aufwärts den jeweiligen Regierungen unterstehen, war es vor allem in der zweiten Reformphase, das alte System der sozialen Sicherheit (*Danwei*-System in den Städten, Kommunen auf dem Land) in ein an westlichen und ostasiatischen Vorbildern orientiertes, von öffentlichen Institutionen administriertes Sozialsystem zu überführen. Es galt, ein allgemeines, paritätisches Versicherungssystem zu realisieren. Zu den Kernpunkten der Sozialpolitik gehören:

138 Insgesamt hat die Bedeutung des *danwei* signifikant abgenommen. Das Leben der im staatlichen Unternehmenssektor Beschäftigten ist jedoch häufig (etwa Stahl-, Chemieindustrie und Schiffsbau) noch immer mit der *danwei* verbunden. Sie ist hier weiterhin »die Grundeinheit, der eine Person arbeits- und wohnmäßig zugehört« (Heberer 2008: 95). Zu ihren Aufgaben gehört die Gesundheitsversorgung, die Altersversorgung, die Kindeserziehung und die Wohnungszuteilung: »Sie sind für die Geburtenplanung ihrer Mitglieder zuständig, schlichten familiäre Streitigkeiten, teilen die tägliche Arbeitsmenge zu, organisieren Sport- und Freizeitaktivitäten, wählen Personen für spezielle Ausbildungen aus und rekrutieren Parteimitglieder« (Heberer 2008: 95).

139 Die chinesische Regierung verweist im Übrigen auf eine vergleichsweise hohe und über den Reformprozess leicht angestiegene Lebenserwartung (70,9 Jahre im Jahr 2002). Die Analphabetenquote unter Erwachsenen liegt unter 10 Prozent. Die Werte variieren jedoch regional.

- die Etablierung eines *Rentenwesens* ab Mitte der 1990er – »a basic public pension funded on a pay-as-you-go basis, a fully funded pension funded by mandatory contributions, and voluntary personal savings. The first two of these three elements are funded by contributions from the enterprises and the employees« (Naughton 2007: 203)¹⁴⁰; zugleich gab es jenseits der Staatsunternehmen einen Trend zur Etablierung einer betrieblichen Altersversorgung, etwa in ausländischen Unternehmen;
- ein *Arbeitslosengeld* und die Garantie einer (niedrigen) sozialen *Grundsicherung*, deren Höhe landesintern variiert (mit Spitzenwerten in den Metropolen)¹⁴¹;
- eine unter der Regierung Hu/Wen forcierte *Förderung der ländlichen Gebiete* mit dem Ziel der Verringerung der eklatanten Stadt-Land-Gegensätze: Steuern wurden reduziert und schließlich abgeschafft. Die Regierung verbesserte die ländliche Gesundheitsversorgung und förderte das Grundschulwesen.¹⁴² Eine Kampagne zur Förderung »sozialistischer Dörfer« wurde ab 2006 in verschiedenen Landesteilen durchgeführt (Ahlers/Schubert 2009; Lin 2009: 182–189). Dabei werden die ökonomischen Entwicklungsziele um soziale und soziokulturelle Bestandteile ergänzt und erhalten den Charakter einer umfassenden Mission, die als Leithorizont der ländlichen Kader dienen soll;
- kurz vor Ausbruch der Krise 2008 intensivierte die Regierung die Bemühungen zur Etablierung einer allgemeinen *Krankenversicherung*, denn noch einige Jahre zuvor verfügten nur zwei Drittel der städtischen Arbeitnehmer über eine garantierte Gesundheitsversorgung. Die Gesundheitsreformen besitzen die Absicht, ein einheitliches, universelles System von Basisdienstleistungen zu entwickeln. Dabei obliegt die Überwachung und Regulierung

140 Im Jahr 2000 befanden sich über 70 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Naughton vermutet schwerwiegende demografische Belastungen ab dem Jahr 2020 (vgl. Naughton 2007: 161–177). Im Jahr 2030 wird mit circa 380 Millionen Rentnern gerechnet. Autoren halten vor diesem Hintergrund (und der erwarteten Arbeitskräfteknappheit) einen Trend hin zu einer offiziellen »Zwei-Kind-Politik« für wahrscheinlich. »For the period from 1990 to the present, China's continuing high growth of GDP per capita is no longer supported by demographic gifts as a result of the one-child policy« (Aoki 2011: 7).

141 Nach 1998 versuchte die chinesische Regierung, entlassene Arbeiter und Angestellte mithilfe der Reemployment Centers wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren und Anteile der Sozialversicherungsbeiträge zu übernehmen. Ob die betroffenen Menschen kurzfristig wieder in den formellen Sektor integriert werden konnten, ist trotz gegenteiliger Beteuerungen der amtlichen Stellen fraglich, zumal in derselben Zeit informelle Beschäftigungsformen (zum Beispiel nicht lizenzierte Tätigkeiten wie der Straßenverkauf) erheblich zugenommen haben. In wenigen Städten wie Shanghai scheint der Versuch der Reintegration in den formellen Sektor dagegen recht gut gelungen zu sein (Naughton 2007: 186–189).

142 Noch im Jahr 2003 hatten 96 Prozent der Landbevölkerung keine Krankenversicherung. Mehrere Hundert Millionen Menschen waren weiter auf ältere Formen der familial oder ehrenamtlich organisierten Gesundheitsversorgung angewiesen.

des pharmazeutischen Sektors genauso den politisch Verantwortlichen wie die Beschaffung, Herstellung, Verteilung und Anwendungsvorschriften von medizinischen Gütern (Tong 2010: 52);

- hinsichtlich der prekären Lage von Arbeitsmigranten sind in den letzten Jahren viele Verbesserungen versprochen, aber nur teilweise umgesetzt worden. Viele der Arbeitsmigranten und der im informellen Sektor Arbeitenden beziehen nach wie vor kaum staatliche Transferleistungen.

Weil sozialstaatliche Aufgaben vom Betrieb auf die *lokalen* Regierungen (besonders auf die Kreise und Gemeinden) übertragen wurden (siehe Tabelle 2-3), verlief die Bildung der sozialen Sicherungssysteme in der Praxis uneinheitlich *und* langsam (vgl. Wong 2007: 17). Eine politische Prioritätensetzung, die in der Praxis *redistributiven* Maßnahmen eine geringe Beachtung schenkte, und interprovinzielle Rivalitäten trugen zur Verzögerung der Reformen bei (Smuthkalin 2011). Da die steuerliche Behandlung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge bei der Rentenversicherung in den Zuständigkeitsbereich der subnationalen Regierungen fällt, variiert die Handhabung. Bis 2005 waren erst 17 Prozent der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung und 48 Prozent der erwerbstätigen Stadtbevölkerung in die Rentenversicherung integriert (F. Cai 2010: 111). Aber auch auf zentralstaatlicher Ebene kam es zu erheblichen Verzögerungen: Die Kodifikation des Sozialversicherungsgesetzes war zwar bereits 1994 vorgesehen, scheiterte jedoch an parteiinternen Konflikten »über die Dringlichkeit und Finanzierbarkeit des Aufbaus eines Sozialversicherungswesens« (Brückner 2011: 1). Es wurde erst im Oktober 2010 verabschiedet.

Viele lokale Regierungen wurden erst vor dem Hintergrund von Protesten im Zuge der Privatisierung der SOEs in den 1990ern (etwa in Shenyang) dazu gebracht, sozialpolitische Maßnahmen durchzusetzen (Smuthkalin 2011: 194). Zwar haben sich die Sozialausgaben der Provinzregierungen seit den 1990ern von etwa 3 Prozent des BIP auf 4 Prozent im Jahr 2004 erhöht. Die untergeordneten Gebietskörperschaften steuerten im selben Jahr weitere 2,8 Prozent bei (Frazier 2011: 95).¹⁴³ Insgesamt sind die Sozialhaushalte jedoch im internationalen Vergleich finanziell noch immer gering ausgestattet, auch weil Organisationen einer Zivilgesellschaft, das heißt effektive, unabhängige Interessenvertretungen von Bürgern und Arbeitnehmern, die einen Druck in Richtung einer Prioritätenverschiebung ausüben könnten, fehlen.

143 Die chinesische Statistik bezieht dabei Bildungsausgaben mit ein. Im Vergleich zu anderen großen Schwellenländern liegt der sozialstaatliche Deckungsgrad Chinas zwischen Ländern wie Brasilien oder Südafrika mit einem höheren Deckungsgrad und Indien oder Indonesien, die einen noch geringeren Deckungsgrad aufweisen (Frazier 2011).

Tabelle 2-3 Ausgewählte öffentliche Ausgaben von Zentralregierung und Lokalregierungen, in Prozent, 2010

	Zentralregierung	Lokalregierungen
Gesamtausgaben der Regierung	17,79	82,21
Ausgaben für allgemeine		
öffentliche Dienste	8,97	91,03
Bildungsausgaben	5,74	94,26
Soziale Sicherung und		
Beschäftigung	4,93	95,07
Wohnungssubventionen	16,26	83,74
Medizinische Versorgung		
und Gesundheit	1,53	98,47
Umweltschutz	2,85	97,15
Öffentliche Sicherheit	15,86	84,14
Transport	27,14	72,86

Quelle: NBS (2011: Tabelle 8-6).

2.2.6 Zwischenfazit

In der Reformperiode lassen sich kapitalistische Triebkräfte in China umfassend nachweisen: In zentralen institutionellen Sphären der politischen Ökonomie des Landes – im Unternehmenssektor, den Arbeitsbeziehungen, der (Wirtschafts-) Politik und im Finanzsystem – haben sie sich zu vorrangigen Elementen des sozialen Wandels entwickelt. Die für die kapitalistische Entwicklung typischen Akkumulations-, Profitmaximierungs- und Konkurrenzzwänge sind dabei in der Reformphase genauso zum Vorschein gekommen wie ein neues Verhältnis zwischen Markt, staatlicher Steuerung und anderen Koordinierungsformen – etwa in den engen Verbindungen zwischen Unternehmen und lokalen Behörden sowie interpersonellen Allianzen. In diesem Prozess spielten die drei wichtigsten Akteurgruppierungen der kapitalistischen Entwicklung – Unternehmen, staatliche Entscheidungsträger und die Arbeiterschaft – folgende Rolle:

(1) Das *neue Unternehmertum* entwickelte nach Ende der 1970er – unter Beachtung der Wechselwirkung zwischen ökonomischen und politischen Prozessen sowie der Rolle von Krisen – eine unvorhergesehene Eigendynamik. Der Wandel ökonomischer Institutionen war vor diesem Hintergrund zuerst maßgeblich durch einen Trend zur informellen Privatisierung geprägt, in dem adaptive Unternehmer im Mittelpunkt standen (»wearing a red hat«). Diese Prozesse der Überlagerung formeller Institutionen »von unten«, durch innovative informelle Praktiken, mündeten in eine institutionelle Konversion. Immer mehr wurde

im Zeitverlauf der Wirtschaftssektor jedoch auch »von oben«, durch neuartige Leistungsanreize, eine Orientierung an der betrieblichen Profitmaximierung in staatseigenen Betrieben und (zweck-)rationalere Organisationsformen, reformiert. Zugleich unterstützte das staatlich dominierte Finanzsystem in der zweiten Reformphase zunehmend das investitionsgetriebene Wachstum.

Hieraus folgte mitnichten der Übergang in eine liberale Marktwirtschaft, wie unter Bezug auf die im Forschungsrahmen entwickelte Annahme der Relativierung global wirksamer Triebkräfte der Liberalisierung und Marktexpansion durch differierende historische Traditionen gezeigt wurde: Weil die Unternehmen weiterhin eng mit staatlichen Akteuren verknüpft und zu ihrer Reproduktion auf staatliche Hilfestellungen angewiesen blieben, kam den staatlichen Behörden vor allem auf lokaler Ebene eine entscheidende Rolle bei der Marktschaffung zu. Enge, auch informelle privat-öffentliche Verflechtungen zwischen Unternehmen und subnationalen politischen Instanzen führten darüber hinaus zu einem hohen Maß an nichtmarktlicher Allokation, obgleich diese privat-öffentlichen Allianzen wiederum in einen internen Standortwettbewerb mit anderen lokalen Wachstumsallianzen eintraten. Es bildete sich ein Setting heraus, in dem – im Gegensatz zu orthodoxen Annahmen, die unterstellen, dass staatliche Instanzen kein Interesse an einer marktlich orientierten Reformpolitik haben – politische Entscheidungsträger sowie Eigentümer staatlicher beziehungsweise kollektiver Betriebe in ihrem wirtschaftlichen Verhalten analog zu privaten Eigentümern verstanden werden können. Maßgeblich ist dabei nicht ihr rechtlicher Status, sondern ihre (ökonomische) Funktion. Die Rechtsform (privates Eigentum versus kollektives/staatliches Eigentum) determiniert in China die Wirkmacht der Budgetbeschränkungen nicht in der klassischerweise angenommenen Dichotomie von weichem, Staatsunternehmen betreffenden, und hartem, Privatunternehmen betreffenden Budgetzwang. Eher präformiert der, hier in einem weiten Sinne als staatskapitalistisch verstandene institutionelle Rahmen von Unternehmen die Wirksamkeit der Budgetbeschränkungen. Einander entgegengesetzte Vorstellungen von Privatunternehmen und Kollektiv/Staatsunternehmen, auf die häufig bei der Untersuchung »staatssozialistischer« beziehungsweise »redistributiver« Ökonomien zurückgegriffen wurde, tragen insofern wenig zur Klärung bei.¹⁴⁴

144 Ebenso wenig übrigens wie die Annahme eines perfekten Wettbewerbs in Theorien der Neoklassik, denn weiche Budgetzwänge sind auch in »liberalen« Varianten des Kapitalismus vorzufinden.

(2) Die Reformprozesse hatten insofern keine substanzielle Schwächung der politischen Mächteliten zur Folge, wie es viele Autoren noch Anfang der 1990er erwarteten. Es gelang den *partestaatlichen Entscheidungsträgern*, zuerst im Rahmen der Praxis des *trial and error*, relativ erfolgreich, durch die Unwägbarkeiten des Reformprozesses zu manövrieren. Dabei lässt sich, staatstheoretisch gesprochen, von einer Transformation der Staatlichkeit ausgehen, in der staatliche Akteure kapitalistische Unternehmerfähigkeiten entwickeln (staatliches *entrepreneurship*). Während ehemalige Manager von Staatskonzernen zu eng mit dem politischen Umfeld verbundenen Managern von Privat- oder Hybridunternehmen wurden, konnten viele lokale staatliche Institutionen, besonders in den Küstenregionen, ihre Machtstellung aufrechterhalten beziehungsweise ausbauen. Lokale Staatsbeamte entwickelten dabei in ihren Akkumulationsstrategien vergleichbare Kapazitäten wie privatkapitalistische Manager – im Unterschied zu anderen Kapitalismen, in denen politische Institutionen sich auf klassische Staatsaufgaben konzentrieren, und auch im Gegensatz zur Phase des Maoismus, als Lokalregierungen sich nicht in erster Linie um die betriebliche Rentabilität von Unternehmen sorgten, sondern stärker am Output, das heißt am Produktionsertrag orientiert waren. Durchaus vergleichbar mit der Transformation und Reterritorialisierung des lokalen Staates in westlichen Industriegesellschaften mobilisierte der chinesische Reformprozess den »Wettkampf der Regionen« und dieser beeinflusste das Handeln kommunaler Entscheidungsträger, die fortan wie selbstverständlich so agierten, als führten sie ein Unternehmen. Ähnlich wie hierfür in Europa und Nordamerika ein »cutting free from the local state activities from the welfare state and the Keynesian compromise« (Harvey 1989: 15)¹⁴⁵ eine Voraussetzung war, ging dies in China erst einmal mit Einschnitten in den redistributiven Angeboten des Staates einher.

Nachdem der *Zentralstaat* in der ersten Reformphase tendenziell eher »reaktiv« in Erscheinung getreten war und sein Einfluss zurückging, war die zweite Phase ab den 1990ern von einer proaktiven Haltung und von weitgreifenden Versuchen gekennzeichnet, größere Handlungsspielräume für die Zentralregierung zu eröffnen, um eine *Ordnung* des Markts zu garantieren. Exemplarisch wurde dies an der Rezentralisierung der Staatseinnahmen und der Reform des Finanzsystems gezeigt. Dabei entwickelte der zentrale Staats- und Parteiapparat im Laufe der Zeit die wirtschaftspolitische Fähigkeit, positive lokale Erfahrungen landesweit zu verallgemeinern. Die Entstehung einer relativ homogenen

145 Seit den 1970ern hatten neuartige Beziehungen zwischen Markt und Staat im Westen Konzepte des lokalen »unternehmerischen« Staates und der »Stadt als Unternehmen« hervorgebracht, die lokale Behörden verstärkt zu Förderern von Marktkräften machten (vgl. Brenner 2004; Krumbein et al. 2008).

technokratischen Machtelite war die sozialstrukturelle Voraussetzung dieser Entwicklung. Die reorganisierten Kapitalverwertungsprozesse als zentrale Determinante staatlicher Politik stießen des Weiteren eine Reihe bürokratischer Restrukturierungen an. Dazu gehören neue supraministeriale Organisationen (zum Beispiel NDRC) wie auch das Bemühen um eine stärkere Trennung zwischen Staat und Partei. Obgleich sich in China ein wettbewerbsgetriebenes, fragiles Mehrebenensystem und ein Nebeneinander von Re- und Dezentralisierungstendenzen ausbildete, konnte die Zentralregierung vor dem Hintergrund eines kaum unterbrochenen Wachstums des Volkseinkommens über eine Kontrolle des Finanzsystems, welches gleichwohl Raum für informelle Kreditbeziehungen ließ, großer Unternehmen, die dem Wettbewerb ausgesetzt wurden, und mithilfe von indikativen Plan-Politiken ihre Macht bis in die 2000er relativ problemlos reproduzieren.

(3) Auch wenn die *Arbeiterschaft* auf die in diesem Kapitel behandelten Reformen im Unterschied zu den Unternehmen und den staatlichen Institutionen keinen vergleichbaren Einfluss ausüben konnte – die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wandelten sich nicht zugunsten der arbeitenden Bevölkerung –, stellte die Regulation der Arbeitsbeziehungen und die Gewährleistung der sozialen Integration insgesamt eine zentrale Herausforderung für das Management der kapitalistischen Modernisierung dar. Grundlegende Veränderungen im System von Arbeit, sozialer Sicherung und Beschäftigung mündeten ab den 1980ern in Kommodifizierungs- und Prekarisierungsprozesse, die auch in liberalen, koordinierten und anderen staatlich gelenkten Marktwirtschaften zu finden sind. Die Unternehmensrestrukturierungen unterminierten etwa die alten, an den Betrieb gebundenen Wohlfahrtseinrichtungen. Besonders die Privatunternehmen besaßen nun mehr Spielraum in der Regulierung und Bezahlung der Arbeitskräfte als staatseigene Betriebe. Soziale Verwerfungen waren die Folge. In einigen Phasen der staatlich durchdrungenen Marktexpansion brachten soziale Bewegungen den latenten Legitimationsverlust öffentlich zum Ausdruck: in der Tiananmen-Bewegung 1989, getragen von breiten Teilen der städtischen Bevölkerung, in einer zweiten Welle sozialer Auseinandersetzungen infolge der großen Privatisierungswelle ab Mitte der 1990er und in einem weiteren Bewegungszyklus um das Jahr 2003, als erstmals die Arbeitsmigranten im Zentrum der Auseinandersetzungen standen. Diese Bewegungen bildeten einen Hintergrund für die Bemühungen der staatlichen Institutionen um die Schaffung sozialstaatlicher Einrichtungen und arbeitsrechtlicher Standards, die zu den ungelösten Problemen des neuen chinesischen Kapitalismus gehören.

Nicht zuletzt stieß die kapitalistische Modernisierung die größte interne Wanderungsbewegung in der Geschichte des Reichs der Mitte an und leitete

eine weitere Phase der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals ein. Über 200 Millionen Menschen drängten vom Land in die neuen, auch durch ausländische Konzerne dominierten Industriegebiete. Ließ sich insbesondere die erste Generation der Arbeitsmigranten noch als passive Manövriermasse der unterentwickelten (staatlichen wie betrieblichen) Sozialverwaltung überantworten, entwickelte die zweite Generation der Arbeitsmigranten jedoch Formen der kollektiven Gegenwehr und artikulierte soziale Ansprüche. Wie weiter unten gezeigt wird, mehren sich die Anzeichen dafür, dass eine der Grundlagen der chinesischen Wirtschaftsentwicklung – Hunderte Millionen niedrigst entlohnter und kaum sozialstaatlich geschützter Arbeitskräfte, die bislang vorwiegend ohnmächtig ihr Schicksal ertrugen – langsam erodiert und es schwerfällt, eine funktionierende korporatistische Struktur zu etablieren.

Insgesamt hat sich in China ein variiertes staatlich durchdrungenes Machtgeflecht herausgebildet. Aufgrund seiner Heterogenität kann es als fragmentierte Mehrebenenstruktur bezeichnet werden. Wie ich weiter unten zu belegen versuche, werden nationale Plan-Politiken dabei durch subnationale Regierungen immer wieder planwidrig konterkariert. Genauso führt der Versuch, staatliche Steuerungskapazitäten durch eine Rezentralisierung von Ressourcen wirksamer einsetzen zu können, zu Anpassungsschwierigkeiten und weisen die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen – ihren beachtlichen BIP-Wachstumsraten zum Trotz – Widersprüche auf. So ist etwa ein grundlegender Zielkonflikt zwischen dem sozialen Ausgleich und der Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit entstanden.

Wie der folgende Kapitelteil zur *globalen Einbettung* Chinas nahelegt – der fünften Dimension beziehungsweise Sphäre zur Untersuchung kapitalistischer Entwicklungsprozesse –, darf die Entstehung des variierten Staatskapitalismus des Weiteren nicht auf seine internen Umstrukturierungen reduziert werden. Ohne den günstigen internationalen Gelegenheitskonstellationen Rechnung zu tragen, die die wirtschaftliche Dynamik entscheidend förderten und die Steuerungskapazitäten der staatlichen Institutionen gewissermaßen materiell unterfütterten, droht das Argument einer Erfolgsgeschichte der Vermarktlichung oder das der weittragenden staatlichen Steuerungskapazitäten einseitig verallgemeinert zu werden.

2.3 Die Entstehung des staatlich durchdrungenen Kapitalismus (II): Chinas Integration in den globalen Kapitalismus

Wie ich im Forschungsrahmen ausführte, kann die politische Ökonomie Chinas wie andere Volkswirtschaften auch ohne eine Berücksichtigung ihrer globalen Integration nicht angemessen erklärt werden. Während in den Chinawissenschaften eine Fülle an einschlägiger Literatur existiert, die die innerchinesischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte thematisiert, kann die Auseinandersetzung mit der globalen Einbettung des Landes nicht auf einen vergleichbaren Forschungsstand zurückgreifen (vgl. jedoch: Breslin 2007a; Chen 2005; Hung 2009a, b; Hürtgen et al. 2009; Zweig/Chen 2007; Zweig 2002).¹⁴⁶

In der Literatur, die die Wachstumsquellen der chinesischen Volkswirtschaft behandelt, stehen häufig innerchinesische Faktoren an hervorgehobener Stelle – besonders die »Vorteile der nachholenden Entwicklung« (vgl. Holz 2008; Lardy 1998; Taube 2009). Die Volkswirtschaft konnte demzufolge aus hohen Produktivitätssteigerungen einen Nutzen ziehen, die mit dem Aufbau der Industrie in einem Ende der 1970er noch unzulänglich industrialisierten Land einhergingen – im Unterschied zur UdSSR und anderen Kommandowirtschaften:

The fact that socialism fell when world manufacturing already suffered from excess capacity contributed to the destruction of the productive capacities of former socialist economies. This is much less the case in China [...], where the agrarian sector remained dominant through the whole socialist epoch. (King/Szelényi 2005: 209)

Ein hiermit in Verbindung stehendes Argument rückt die Bedeutung eines schier unerschöpflichen Angebots an Arbeitskräften in den Vordergrund.¹⁴⁷

Doch weder die Wachstumsdynamik noch die sozioökonomischen Transformationen in der Volksrepublik gründeten allein auf internen Faktoren. Ergänzend thematisiere ich in den folgenden Abschnitten drei Ebenen: *Erstens* hat sich seit den 1980ern ein ausfuhrorientiertes Regime herausgebildet: Die Integration in überregionale und weltwirtschaftliche Prozesse im Rahmen der Öffnungspolitik und der Schaffung von Sonderwirtschaftszonen beeinflusste die Wachstumsdynamik und die Transformation der Binnenwirtschaft in hohem Maße (2.3.1).

146 Darüber hinaus kann auf eine Reihe sozialwissenschaftlicher Debatten, die den Aufstieg Chinas zu einer Weltmacht im Kontext der Umstrukturierungen der Weltwirtschaft und globaler Regulierungs- und Hegemonialstrukturen betrachten, zurückgegriffen werden (vgl. Arrighi et al. 2003; ten Brink 2008, 2011b; Schmalz 2011; van der Pijl 2006).

147 Ferner konnte das nachholende Wachstum in China gegenüber entwickelten Volkswirtschaften davon profitieren, dass durch den Einsatz bereits bewährter Technologien und Geschäftsmodelle nur niedrige Kosten für die Einführung von Innovationen entstanden.

Zweitens kam es zu einer weitreichenden Integration besonders zwischen den Küstenregionen Chinas und Hongkong, Taiwan (»China Circle«) sowie weiteren ostasiatischen Ökonomien (2.3.2). Dabei spielten die sogenannten Überseechinesen eine wichtige Rolle als patriotische Unternehmer.

Drittens wurde die chinesische Wirtschaft sehr stark von Verlagerungen der weltweiten Wertschöpfung seit den 1970ern beeinflusst: Während sich chinesische Produzenten in globale Produktionsverbünde einfügten, förderten Direktinvestitionen aus den hoch entwickelten Ländern das Wachstum und den Zugang zu Technologien und zeitgemäßen Formen der Unternehmensführung (2.3.3).

Insgesamt, so wird gezeigt, konnte das Land von einer Reihe günstiger Konstellationen erheblich profitieren und dadurch mehr als andere Schwellenländer die nachholende Entwicklung forcieren.

2.3.1 Die Entstehung des Exportismus

Im globalen Vergleich erscheint die Entwicklung Chinas auch deshalb so einzigartig, weil das Land die großen Krisen der nicht westlichen Welt seit den 1970ern beinahe unbeschadet überstand: Dazu zählen das »verlorene Jahrzehnt« der Schuldenkrise in den 1980ern, die katastrophalen wirtschaftlichen Einbrüche in den Ländern des ehemaligen Ostblocks in den 1990ern (mit Auswirkungen auf den Süden) sowie die Asienkrise ab 1997, die andere Schwellenländer in Ostasien, aber auch Argentinien, Brasilien, Russland oder Indien erschütterten. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt neben der landesinternen Dynamik in der Öffnungspolitik Chinas, die die Küstenregionen in wettbewerbsfähige Produktionsplattformen für in- und ausländische Unternehmen verwandelte und ein exportgestütztes Wachstum vor dem Hintergrund zunehmender Auslandsinvestitionen auch in instabilen Phasen ermöglichte.

China hat sich seit Beginn der selektiven Öffnungspolitik zu einer Handelsmacht entwickelt (Naughton 2007: 377–399). Hinsichtlich des Exportvolumens hat das Land sogar den Spitzenrang Deutschlands übernommen. Die Wirtschaft ist in Bezug auf bestimmte Bereiche des Handels mittlerweile offener als alle anderen großen kontinentalen Volkswirtschaften. Dies war kein widerspruchsfreier Prozess. In den letzten Jahrzehnten haben sich diejenigen Teile der Machteliten, die den Nutzen der Kooperation für die wirtschaftliche Entwicklung betonten, gegenüber denjenigen durchgesetzt, die eine zu starke Abhängigkeit des Landes vom Ausland befürchten. Die Aussichten positiver externer Effekte des ausländischen Kapitalzuflusses überwogen sozusagen das Risiko von Verdrängungseffekten gegenüber der einheimischen Industrie.

Als historische Marksteine für die Intensivierung der weltwirtschaftlichen Integration und die *partielle* Zulassung ausländischer Direktinvestitionen gelten

die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA zu Beginn der 1970er-Jahre sowie die darauf folgende Entstehung einer bilateralen strategischen Partnerschaft.¹⁴⁸ Hinzu trat eine bereits länger wirksame Verbindung zum Handels- und Finanzzentrum Hongkong (Tobin 2011).

Die Entstehung eines arbeitsintensiven Exportregimes in China seit den 1980ern fiel in eine weltwirtschaftliche Phase der extensiven globalen Freihandelspolitik, die von einer massiven Ausweitung der internationalen Wirtschaftstätigkeiten zugleich begründet und vorangetrieben wurde. Der Anbruch einer neuen internationalen Arbeitsteilung, auch als Folge der großen Krise der 1970er in den OECD-Volkswirtschaften, und die hiermit verbundenen Umstrukturierungen stellten für das chinesische Festland, umgeben von überaus dynamischen Volkswirtschaften und innovativen exilchinesischen Unternehmensgruppen, eine günstige Gelegenheitskonstellation dar, die in den folgenden Jahrzehnten andauerte.¹⁴⁹ All dies fand im Rahmen einer Rezentrierung der Weltwirtschaft in Richtung Ostasien statt: Lag das US-amerikanische BIP im Jahr 1950 noch dreimal so hoch wie das Ost- und Südasiens, glich sich dies in den folgenden fünfzig Jahren aus. Im neuen Jahrtausend erreichte das Sozialprodukt Ost- und Südasiens ein Niveau, das dem der USA (und dem Europas) nahezu gleichkam.

Eine besondere Rolle in der Öffnungspolitik spielten die *Sonderwirtschaftszonen*. In vier Wellen der Liberalisierung wurden Wirtschaftsräume geschaffen, die in Zwischenbereichen der traditionellen Ökonomie wuchsen.¹⁵⁰ Die neu-

148 Die Verbesserung der außenpolitischen Beziehungen mit den USA und schließlich der China-besuch des US-amerikanischen Präsidenten Nixon im Jahr 1972 führten zu einer Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den USA, Japan, Großbritannien und Frankreich. Die Umorientierung auf den »kapitalistischen« Weltmarkt erfolgte daraufhin in den 1980ern im Rahmen einer äquidistanten Positionierung zu den beiden Supermächten – der Annäherung an die USA seit Beginn der 1970er folgten Anfang der 1980er auch wieder engere Beziehungen zur UdSSR, mit der es 1969 noch zu einem ernsthaften Grenzkonflikt gekommen war. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks orientierte sich die Staatsführung um. Nun galt es, eine vorteilhafte Stellung in der von den USA geführten Welt zu finden, die die chinesische Führung teilweise selbstbewusst als Stellvertreter der Entwicklungsländer zu reklamieren suchte. Ab dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wurde schließlich mit dem Argument der Realität einer »multipolaren« Weltordnung eine »gebührende Stellung« auf der internationalen Bühne eingefordert (ten Brink 2011b).

149 Im Gegensatz zum sechzehn Jahre währenden Prozess der Verhandlungen um den Beitritt zum GATT beziehungsweise zur Welthandelsorganisation WTO, der im Jahr 2001 erfolgte, erhielt die Volksrepublik bereits 1980 einen Sitz in der Weltbank und im Internationalen Währungsfond. Zwischen 1982 und 1999 finanzierte die Weltbank über zweihundert Projekte in China, und ihre wirtschaftspolitischen Empfehlungen beeinflussten die Reformpolitik. Eine Kredithilfe des IWF wurde in den 1980ern nur zweimal in Anspruch genommen (Cho 2005: 169–170).

150 Die erste »Freie Produktionszone« Taiwans im Jahr 1965 stellte im Übrigen eine Blaupause für die Sonderwirtschaftszonen dar.

en Wirtschaftsräume überlagerten freilich mit der Zeit die ihnen vorgegebenen Grenzen und trugen zur Reorganisation der gesamten Volkswirtschaft bei.

- Nach der Eröffnung der ersten Sonderwirtschaftszonen ab 1980 in den Provinzen Guangdong (etwa in Shenzhen), Fujian (in Xiamen) und Hainan konnten ausländische Investitionen insbesondere aus Hongkong angezogen werden. Die Investoren profitierten von niedrigen Steuersätzen, einer geringen Bodenpacht und geringen bürokratischen Verwaltungsaufgaben. Zugleich wurden dringend benötigte Devisen in die chinesischen Staatskassen gelenkt.
- Nachdem im Jahr 1984 vierzehn Hafenstädte einen den Sonderwirtschaftszonen verwandten Status erhielten (zum Beispiel Guangzhou, Shanghai, Tianjin, Wenzhou), wurde zwei Jahre später die zweite Welle der Öffnung eingeläutet. Infolge der Politik der »22 Regulierungen« nahm die Zahl der überwiegend exilchinesischen Auslandsdirektinvestitionen (ADI) zu.¹⁵¹ Neben der Formierung von Joint Ventures bestand nun zusätzlich die Möglichkeit, vollständig auslandsfinanzierte Unternehmen zu gründen (*wholly foreign-owned enterprises*, vgl. Gallagher/Ma 2011: 138–139).
- In der ersten Reformphase überstieg der Anteil der ADI am BIP niemals den Wert von 1 Prozent. Erst die dritte Welle der Liberalisierung sorgte für einen qualitativen Wandel. Die Reise Deng Xiaopings in die florierenden südlichen Küstenregionen im Jahr 1992 symbolisierte eine Wende, die in der zweiten Reformphase noch stärker als in der ersten die Volkswirtschaft als Ganzes formte. Der Anteil der ADI stieg nun auf 5 bis 6 Prozent des BIP. Einzelne Küstenprovinzen wie Guangdong, Fujian oder Shanghai erzielten sogar Werte zwischen 9 Prozent und 13 Prozent. Diese Wende war eine Folge mehrerer Entwicklungen. Zum einen waren aus Sicht der internationalen Investoren ausreichende institutionelle Fundamente, das heißt Infrastrukturen der Produktion, geschaffen worden. Zum anderen ebneten die positiven Erfahrungen des überseechinesischen Kapitals anderen ausländischen Investoren den Weg. Des Weiteren leitete die Zentralregierung die selektive Öffnung des chinesischen Binnenmarkts und des Immobiliensektors ein. Eine zusätzliche Ursache der Zunahme der ADI bildete die Überakkumulation des Kapitals in den »alten« Zentren des Kapitalismus (siehe 2.3.3).
- Der WTO-Beitritt 2001 leitete die vierte Welle der (partiellen) Liberalisierung ein. Jetzt wurden selbst ausländische Übernahmen von chinesischen

151 ADI stellen im Unterschied zu (häufig weniger langfristig orientierten) Portfolioinvestitionen bis heute die vorherrschende Form des Zugangs des inter- und transnationalen Kapitals auf die chinesischen Märkte dar. »Portfolioinvestitionen von Privatpersonen sind von und nach China weitgehend verboten, jedoch von ausgewählten institutionellen Investoren in steigendem Umfang seit einigen Jahren erlaubt« (Herr 2008: 31).

Unternehmen gestattet. Im Jahr 2004 überstiegen die über die Jahre kumulierten ADI in China die Grenze einer halben Billion USD. Allein im Jahr 2007 wurden weitere 140 Milliarden USD auf dem chinesischen Festland investiert, besonders in der verarbeitenden Industrie (World Bank 2009: 144).

Nach einer Ansiedlungsreform im Jahr 2003 kontrollierte die chinesische Zentralregierung ungefähr zweihundert »Entwicklungszonen«, die sich bis weit ins Landesinnere erstrecken. Die Nachfolger der Sonderwirtschaftszonen wurden in *economic and technological development zones*, *high-tech industrial development zones* (häufig in der Nähe von Universitäten gelegen), *free trade zones* (in der Nähe der Seehäfen) und *export processing zones* gegliedert. Intern setzt sich eine Entwicklungszone häufig aus mehreren Entwicklungsparks zusammen. Hinzu kommen noch einmal bis zu zweitausend regional oder lokal beaufsichtigte Entwicklungszonen, die nicht einer unmittelbaren zentralstaatlichen Kontrolle unterliegen (Saich 2008: 182). Immer mehr verschmolzen im Zeitverlauf die Sonderzonen mit dem Rest der Wirtschaft.¹⁵²

Die Öffnungspolitik hatte ebenso Folgen für die Währungspolitik und hinsichtlich der Zunahme internationaler Wirtschaftsaktivitäten einheimischer Unternehmen: 1981 schuf die Regierung ein duales Wechselkurssystem.¹⁵³ Neben den festgelegten offiziellen Wechselkurs trat ein zweiter Wechselkurs für Handelstransaktionen (Herr 2008: 27). Zu den weiteren Liberalisierungsschritten gehörten die Aufhebung des Außenhandelsmonopols – etwa 10.000 Unternehmen wurden Import- und Exportrechte zugesprochen – und die Etablierung nationaler Zollschränken und nichttarifärer Handelshemmnisse (Cho 2005: 138–145).¹⁵⁴ Den im Außenhandel tätigen Firmen wurden nun direkte Beziehungen mit Abnehmern und Lieferanten gestattet sowie die Möglichkeit geschaffen, mit Zustimmung der Devisenkontrollbehörde »über einen Teil der erwirtschafteten Devisen selber verfügen zu können« (Hagemann 1990: 120). 1994 wurde die staatliche Import- und Exportplanung de facto abgeschafft. Immer mehr chinesische Unternehmen nahmen nun eine ausländische Finanzierung in Anspruch, auch aufgrund einer restriktiven Kreditvergabe der inländischen Banken. Zu-

152 Die Sonderwirtschaftszone Shenzhen, die die heutige Innenstadt von Shenzhen markiert, wurde bis in die 1990er vom Umland getrennt. Mittlerweile sind die Zollmauern genauso wie die Personenkontrollen abgeschafft. Die Stadtregierung von Shenzhen plante Ende der 2000er, die ganze Stadt zur Sonderwirtschaftszone umzustrukturieren, um über die Regierungen der einzelnen Stadtviertel mehr Kontrolle und einen stärkeren Durchgriff zu gewinnen.

153 In den Sonderwirtschaftszonen galten diverse Sonderregelungen.

154 Ab 1982 überwachte das Ministry of Foreign Economic Relations and Trade (MOFERT) die staatlichen Außenhandelsunternehmen und weitere, autorisierte Unternehmen, erstellte Pläne für Importe, Exporte und den Devisenverkehr. Es leitete zudem die Zollverwaltung.

gleich führten die bereits beschriebenen interprovinziellen Handelsbarrieren der 1980er dazu, dass Unternehmen verstärkt auf den Export setzten.

In der zweiten Reformphase schuf die Regierung ein einheitliches Außenwirtschaftssystem. »Formell ging China zu einem System flexibler Wechselkurse mit Interventionen der People's Bank of China [...] über« (Herr 2008: 28). De facto wurde der Wechselkurs jedoch an den Kurs des USD gekoppelt.

Mit der festen Bindung seit 1994 wurde das duale Preis- und Wechselkurssystem abgeschafft. Im Zuge der Finanzreform im Jahre 1994 wurde eine signifikante steuer- und tarifpolitische Vergünstigung für den Exportsektor, nämlich die Rückerstattung der Zölle und der Mehrwertsteuer eingeführt. Gleichzeitig kam es zur Zentralisierung des Devisenhandels. (Cho 2005: 146).

Schließlich reduzierte man im Zuge des WTO-Beitritts die Importzölle (IMF 2004: 83).

In einer umgekehrten Bewegung unterstützte die Zufuhr von Kapital, technischem Knowhow und modernen Formen der Corporate Governance die Bildung chinesischer Unternehmen verschiedenster Eigentumsformen mit *internationalem* Aktionsradius. Die Zentralregierung entwickelte zeitgleich eine Strategie der Exportoffensive, die eine aktive Einbindung in die inter- beziehungsweise transnationale Arbeitsteilung, die Ausnutzung komparativer Kostenvorteile, das Ziel einer wettbewerbsfähigen Exportindustrie und die Verbesserung des Technologieniveaus der Exportgüter beinhaltete. Die Heraufkunft einer ersten Generation von chinesischen transnationalen Konzernen (unter anderem Lenovo, Haier oder Huawei) signalisierte dem Ausland, dass das Land nicht länger nur als »Werkstatt der Welt« fungieren würde. Im Ergebnis führte die ökonomische Öffnung zu einer signifikanten Exportabhängigkeit und zu einer Zunahme des landesinternen Wettbewerbsdrucks. Während sich Chinas Exportabhängigkeit in der ersten Phase der Reformen erst andeutete, entwickelte sie sich ab den 1990ern in immer größerem Tempo. Bereits in den Krisenjahren 1988 bis 1991 avancierte die annähernde Verdopplung der Exportquote, unterstützt durch eine Abwertung des RMB, zum wesentlichen Faktor bei der Überwindung wirtschaftlicher Instabilitäten (Zhu/Kotz 2011: 20). In den 2000ern verdankte die chinesische Volkswirtschaft ihre außergewöhnlich hohen Wachstumsraten maßgeblich dem Anstieg des Exports um jahresdurchschnittlich etwa 25 Prozent. Der Anteil der Exporte am BIP stieg nach 2000 von 25 Prozent auf etwa 30 Prozent (Edmonds/La Croix/Li 2007: 169).¹⁵⁵ Im Jahr 2005 gingen 21 Prozent der Exporte in die USA, 22 Prozent nach Europa und 48 Prozent nach

155 Anderen Berechnungen zufolge lag die Exportquote zwischen 1992 und 2001 durchschnittlich bei über 20 Prozent des BIP und zwischen 2002 und 2007 bei etwa 38 Prozent (Zhu/Kotz 2011: 22).

Asien (Holz 2008: 1683). Da der Exportanteil die wichtigste einzelne Variable des Wirtschaftswachstums bildete, kann von der Entstehung eines *exportistischen* Regimes gesprochen werden.

Die Zuflüsse ausländischer Investitionen – insgesamt wurden zwischen 1979 und 2006 knapp 600.000 Projekte finanziert (Yuan 2008: 97) –, die ansteigenden Exporte von Fertigprodukten in die Märkte entwickelter Volkswirtschaften und wachsende Importe von Vorprodukten überwiegend aus Ostasien bildeten einen »virtuous cycle« und machten China zur neuen Drehscheibe und Wachstumsbasis für den internationalen Handel. Handelsbilanzüberschüsse mit den USA und europäischen Ländern sowie Handelsbilanzdefizite mit ostasiatischen Ländern waren die Folge. Dabei überstieg das Volumen der innerasiatischen Handelsbeziehungen ab den 1990ern den ebenfalls zunehmenden interregionalen Handel mit Europa oder Nordamerika. Die VR China hatte den größten Anteil an diesem Anstieg (Gaulier/Lemoine/Ünal-Kesenci 2007: 54–58; ADB 2011: 77).

Die Wirtschaft Chinas ist auf diese Weise unwiderruflich in den kapitalistischen Weltmarkt integriert worden. Die Staatsführung unterstützte dies. Kritische Stimmen konnten die Dynamik nicht aufhalten. Das lag auch daran, dass aus der weitreichenden Integration, im Unterschied zu den historischen Erfahrungen anderer Entwicklungsländer, keine einseitigen wirtschaftlichen Dependenz und Einschränkungen des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums folgten.¹⁵⁶ Eine Strategie des dynamisch-flexiblen Protektionismus und der selektiven Marktöffnung schützten einheimische Unternehmen bis zu einem gewissen Grad. Auch im Finanzsektor kam es lediglich zu einer selektiven Weltmarktintegration. Die Machtkapazitäten Chinas erlaubten es ferner, ausländischen Akteuren, wenn als nötig erachtet, Auflagen zu machen und den Technologietransfer zu organisieren. Auch der von vielen Kommentatoren in China als riskant bewertete Beitritt zur WTO im Jahr 2001 hat diese Konstellation nicht grundlegend verändert.¹⁵⁷

156 Die chinesische Öffnungspolitik verlief allerdings auf Kosten anderer Entwicklungs- und Schwellenländer. Nur wenige Volkswirtschaften des »Südens« konnten ab den 1990ern in großem Ausmaß (die begrenzten) ADI auf sich ziehen und zugleich zur Exportplattform avancieren. Mexiko ist etwa im Wettbewerb um den Bekleidungsmarkt von China verdrängt worden. Afrikanische Entwicklungs- und selbst südostasiatische Schwellenländer verloren Marktanteile an die Volksrepublik (Cho 2005: 150–151; IMF 2004: 82, 87; vgl. Gereffi 2009).

157 Zwar konnten die USA in den Verhandlungen über den WTO-Beitritt die hohe Abhängigkeit Chinas vom amerikanischen Exportmarkt nutzen. Bestimmte Sonderregelungen der WTO für Entwicklungsländer wurden von der amerikanischen Verhandlungsseite, unter Druck amerikanischer Konzerne, verweigert (vgl. Cho 2005: 192–207). Im Prinzip wurde jedoch zugleich eine Art Kompromiss zwischen dem Anliegen chinesischer Akteure, einen leichteren Zugang zu den Exportmärkten durchzusetzen, und dem »internationalen«, vorwiegend von den USA

Eine besondere Rolle in der Internationalisierung der chinesischen Volkswirtschaft spielte der sogenannte China Circle, dem ich mich nachfolgend zuwende.

2.3.2 Hongkong, Taiwan und die Überseechinesen

Die Weltmarktintegration Chinas besaß ein entscheidendes Moment in ihrem makroregionalen Umfeld, das heißt dem ostasiatischen Wachstums- und Verflechtungsprozess nach 1945. Chinas Entwicklung muss daher in den Kontext miteinander verbundener »Wirtschaftswunder« in Ostasien, häufig vereinfachend als Ausdruck eines regelrechten Schneeballeffekts beschrieben, gestellt werden. Die Renaissance Ostasiens als eines Zentrums der Weltwirtschaft – beginnend mit dem Aufstieg Japans in den 1950er- und 1960er-Jahren, weitergeführt in den Wachstumsschüben Hongkongs, Südkoreas, Singapurs und Taiwans ab Mitte der 1960er sowie den ASEAN-4 (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand) ab den 1970ern – schuf ein überregionales Setting, das die wirtschaftspolitische Wende Chinas und die Integration in kapitalistische Netzwerke begünstigte.

Eine herausragende Rolle besaßen in diesem Prozess die exilchinesischen Unternehmer. Weil die »Auslandschinesen« (*huaqiao*)¹⁵⁸ beziehungsweise die hier im Fokus stehenden exilchinesischen Unternehmer zur eigentümlichen Form des chinesischen Kapitalismus beitrugen, arbeite ich nun zum einen die Bedeutung ihrer Handels- und Produktionsnetze heraus. Zum anderen stelle ich die Rolle Hongkongs und Taiwans vor. Die Wachstumserfolge Hongkongs und Taiwans besaßen für die chinesische Machtelite schon in den 1970ern eine gewisse Vorbildfunktion (Naughton 2007: 416; vgl. Naughton 1997).

formulierten Anliegen, die Zugänglichkeit des chinesischen Markts und des Produktionsbereiches zu erleichtern und »fairer« zu gestalten, gefunden (Edmonds/La Croix/Li 2007: 173). Die wirtschaftlichen Folgen des WTO-Beitritts werden in Studien mehrheitlich positiv bewertet (vgl. EUCCC 2009; Brandt/Thun 2010).

158 Die chinesischen Minderheiten in südostasiatischen Ländern rekrutieren sich aus einer, zum Teil jahrhundertealten, wellenartig verlaufenden Migration, die sich insbesondere aus den südchinesischen Provinzen Guangdong und Fujian speiste (vgl. Hsing 1998; Meyer-Clement/Schubert 2004; Yeung/Olds 2000; Yeung 2006). Die Wirtschaftsnetze der Exilchinesen zeichneten sich historisch durch einen Einfluss familienbasierter Produktionsformen aus, die sich seit den 1980ern unter einem verstärkten Wettbewerbsdruck professionalisierten (Yeung 2004: 80). Zum Zwecke der geschäftlichen Expansion auf dem Festland setzten sie strategisch auf den Einsatz ihrer »chinesischen« Identität (Yeung 2006). Als charakteristischster Zug des »ethnic chinese capitalism« wird häufig seine »Netzwerkförmigkeit« beschrieben, da er weitgehend ohne staatliche Unterstützung und formalisierte Verträge auskam und auf alten Handelsnetzwerken beruhte (vgl. Redding 1990; Yeung 2004).

Während in den 1980ern westliche und japanische Unternehmer noch das Investitionsklima in China kritisierten, avancierten die exporterprobten exilchinesischen Unternehmen wie erwähnt zur wichtigsten Quelle der ADI. Zwischen 1980 und 1994 waren 70 Prozent der nach China fließenden ADI überseechinesischen Ursprungs (Hsing 1998: 147).

[D]ank ihrer Vertrautheit mit Bräuchen, Gepflogenheiten und der Sprache vor Ort, dank der Instrumentalisierung von verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Verbindungen zu Gemeinden – die sie durch großzügige Spenden an örtliche Institutionen stärkten – und dank der Vorzugsbehandlung, die Funktionäre der KPCh ihnen zuteilwerden ließen, [konnten die Exilchinesen beispielsweise komplizierte Regulierungen umgehen]. (Arrighi 2008: 436)

Weil die Investitionen der Exilchinesen zur Industrialisierung besonders der Küstenregionen beitrugen, gewährte die Regierung Ende der 1980er den Taiwanen viele Privilegien, die zuvor lediglich den Bewohnern Hongkongs zugutekamen. Die Regierung klassifizierte taiwanische Investitionen fortan als »patriotic ethnic Chinese« beziehungsweise »special *domestic* capital«, mit gegenüber anderen ADI vorteilhaften Eintritts- und Verweilregulierungen. All dies kompensierte zumindest auf dem geschäftlichen Sektor das historisch zerrüttete Vertrauen. Vielfach fungierten die patriotischen Unternehmer seitdem als Berater von lokalen Parteikadern und übernahmen eine Lehrfunktion für festlandchinesische Unternehmer (Lam 2006: 238; Taube 2009: 121).

Die transnationale Integration intensivierte sich in der zweiten Phase der Reform weiter. Nach Schätzungen der Weltbank betrug die Summe des ökonomischen Outputs der Überseechinesen im Jahr 1996 bereits circa 600 Milliarden USD (Yeung/Olds 2000: 7). Einige Handelsunternehmer aus Hongkong wie Li Ka-shing rückten in die Liste der reichsten Menschen der Erde vor. Häufig verschmolzen die Netzwerke der Exilchinesen dabei mit den Geschäften der Festlandchinesen. Seit geraumer Zeit wird aus diesem Grund von der Entstehung des »China Circle« beziehungsweise des »Greater China« gesprochen. In wirtschaftspolitischer Hinsicht wird mit dem China Circle ein geografischer Raum beschrieben, der die süd- und südostchinesischen Küstenprovinzen (Guangdong, Fujian, Jiangsu, Zhejiang sowie Shanghai), Macao und Hongkong sowie Taiwan umfasst. Häufig werden auch Singapur und weitere Staaten Südostasiens dazu gerechnet, die nennenswerte wirtschaftliche Beziehungen mit dem »Kerngebiet« pflegen.¹⁵⁹ Der Begriff Greater China wird dagegen mit einem sich homogenisierenden Politikraum in Zusammenhang gebracht, nicht selten

159 Naughton (1997: 5–8) unterteilt den China Circle in eine innere Ebene (Guangdong, Hongkong), eine darüberliegende Ebene (Küstenprovinzen Chinas, Hongkong, Taiwan) und eine noch umfassendere Ebene, die den (süd-)ostasiatischen Raum insgesamt abdeckt.

bezeichnet Greater China ein neues Epizentrum der internationalen Politik unter Führung der Volksrepublik (»Pax Sinica«). Weil dieser regionale Wirtschaftsraum jedoch politisch noch kaum integriert ist, wird im Weiteren der Terminus China Circle verwendet.

Die Struktur des China Circle weist Besonderheiten auf, die zentralen Annahmen der divergierenden Pole im Diskurs über die Folgen der Globalisierung – einerseits die These der Verflüssigung nationaler Grenzen und des Bedeutungsschwunds des Staates, andererseits eine Skepsis gegenüber der Reichweite von Inter- und Transnationalisierungsprozessen – widersprechen (Sum 1999). So behalten staatliche Interventionen, besonders auf festlandchinesischer Seite, ihre zentrale Bedeutung, wenngleich Prozesse der Transnationalisierung die Entstehung multiskalarer Räume zur Folge hatten. Ein neuartiges Kräfteverhältnis zwischen politischen Entscheidungsträgern – auf der Ebene der Zentrale, der Provinzen sowie der darunterliegenden Instanzen (die zentrale Schaltstelle bildete das Handelsministerium und dessen Untergliederungen) – sowie festland-, überseechinesischen und weiteren ausländischen Unternehmen brachte auf lokaler Ebene *privat-öffentliche Netzwerke* hervor:

[T]he networks [...] involve municipal authorities specializing in Hong Kong/Taiwan investment, county-township cadre entrepreneurs, as well as small- and medium-sized firms from Hong Kong and Taiwan. They draw on pre-existing guanxi to build a flexible and open system of networking relations which allows them to build trust, obtain advice, communicate demand, and gain resources at below-market prices. The form of interaction tends to be group- and not firm-based: [...]. However, this [...] involves power asymmetries between actors and institutions. [...] For example, local party-state officials still control resources such as land, labour, capital and regulations; semi-public enterprises command information and contacts; and private firms control capital, managerial skills and market outlets. (Sum 1999: 133–134)

Da sich im Verlauf der Zeit auch die westlichen und japanischen Produktionsverbände zunehmend veranlasst sahen, ihre Fertigung verstärkt nach China zu verlagern, konnten die Exilchinesen ihre etablierte Position gegenüber den mächtigen Großkonzernen in Stellung bringen: Multinationale Konzerne gerieten so in Abhängigkeiten von den überseechinesisch dominierten Netzwerken, die zum Hauptvermittler zwischen ihnen und örtlichen chinesischen Unternehmen avancierten. Das »Kapital der Überseechinesen« war so

hervorragend positioniert, um von der Ausweitung des vielschichtigen japanischen Subunternehmenssystems über Japans Grenzen hinaus und der wachsenden Nachfrage US-amerikanischer Unternehmen nach Geschäftspartnern in der Region zu profitieren. Je intensiver die Konkurrenz um ostasiatische kostengünstige und qualitativ hochwertige Arbeitskräfte wurde, um so stärker bildeten die Überseechinesen sich als eines der mächtigsten kapitalistischen Netzwerke in der Region heraus, das in vielerlei Hinsicht die Netzwerke der US-amerikanischen und japanischen Multis in den Schatten stellte. (Arrighi 2008: 434)

In der jüngeren Zeit hat dies beispielsweise zur Entstehung einer transnationalen Dreiecksbeziehung in der IT-Industrie zwischen Standorten des kalifornischen Silicon Valley, der taiwanesischen Stadt Hsinchu und Shanghai geführt (Saxenian 2005).

Neben den auslandschinesischen Unternehmern war für die Integration Chinas in den globalen Kapitalismus die Rolle Hongkongs von außergewöhnlicher Bedeutung. Die Metropole wurde bereits vor den 1980ern zur Schnittstelle zwischen globalem Kapitalismus und der chinesischen Wirtschaft.¹⁶⁰ Stabilisiert wurde dies durch eine enge Interessenkoalition zwischen einflussreichen Hongkongchinesen und der chinesischen Machtelite.

Der Aufstieg Hongkongs wird häufig seiner *Laissez-faire*-Struktur zugeschrieben (Huang 2008: 3). Doch trugen hierzu mehr noch historische Besonderheiten und ältere handelskapitalistische Traditionen bei (Hamilton 2006b). Und auch in diesem Fall schufen staatliche Institutionen Grundlagen für das Funktionieren und die spätere Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, etwa im Bereich arbeitsintensiver Exportgüter (McNally/Chu 2006: 56). Im Gegensatz zu Taiwan kam es in Hongkong nach 1949 allerdings nicht zur Bildung eines Entwicklungsstaates; weder britische Geschäftsinteressen noch die anfänglich behutsam agierenden chinesischen Flüchtlinge¹⁶¹ unterstützten eine Politik des starken Staates.

Ab den 1980ern gliederten sich aufstrebende Privatunternehmen aus Hongkong häufig in globale Produktionsverbünde ein und wirkten, wie beschrieben, maßgeblich an der Industrialisierung Südchinas mit. Der Verlagerung der Produktion in das Pearl-River-Delta entsprach damals die Ausweitung der Rolle Hongkongs als eines globalen Finanz- und Dienstleistungszentrums (Deyo 1993: 13–15). Zwischen 1988 und 1998 wurde die Hälfte der chinesischen Exporte über Hongkong geleitet. Zudem nutzten festlandchinesische Unternehmen den Stadtstaat zur (temporären) Investition, um schließlich auf dem Wege der Re-Investition in China von den Vorteilen zu zehren, die sonst lediglich ausländischen Unternehmen gewährt wurden (»round-tripping«, vgl. Breslin 2007a: 110).

160 Wie Auswertungen von Archivmaterialien bestätigen, hatte etwa die Bank of China schon ab den 1950ern enge ökonomische Verbindungen in den Stadtstaat aufgebaut, um den Devisenhandel (vor dem Hintergrund von internationalen Wirtschaftsblockaden) zu organisieren (Tobin 2011). Selbst in der Phase der Kulturrevolution wurde diese Brücke zum Weltmarkt aufrechterhalten: »During the Cultural Revolution [...], it formed a focal point for communist demonstrators in Hong Kong with loud speakers and pro-Mao banners draped from its building in 1967. But this outward show of loyalty to even the most radical of Maoist anti-imperialist and anti-capitalist campaigns concealed the reality of the pragmatic policies which the Beijing leadership expected from this bank whatever the ideological climate on the Mainland« (Tobin 2011: 702).

161 Viele Unternehmer aus Shanghai oder Guangdong wanderten in den 1950ern nach Taiwan oder Hongkong aus (Hung 2010: 57; Hamilton 2006b: 141).

Seit dem Beginn der Verhandlungen mit Großbritannien über die Wiedereingliederung der Stadt im Jahr 1981 galt das strategische Interesse der chinesischen Regierung vor allem einer engen Verbindung zur exilchinesischen Unternehmerklasse. Diese hatte bis 1997 die britischen Eliten aus den Führungspositionen der Wirtschaft verdrängt:

Keen to maintain Hong Kong's economic vitality throughout the transition period, Beijing cultivated the goodwill of the business elite, and increasingly prioritized their views. The PRC's dependence on foreign direct investment from Hong Kong in the 1980s only increased the CCP's sensitivity to these business interests, which feared that the introduction of universal suffrage would bring high taxes and a measure of redistribution. Consequently, Beijing sided with the business elite on practically all controversial issues during the drafting of the Basic Law, vetoing all the Democrats' proposals for articles on social rights – such as giving workers constitutional rights to collective bargaining and to strike – and on thoroughgoing political reform, such as full implementation of universal suffrage. (Hung 2010: 61)¹⁶²

Je abhängiger die exilchinesischen Unternehmer aus Hongkong im Laufe der Zeit vom chinesischen Standort und Binnenmarkt wurden, desto zuverlässiger entwickelten sie sich zu Partnern der chinesischen Machteliten.

Die geografische Nähe zu Taiwan und seiner als erfolgreich eingestuften Politik der exportorientierten Importsubstitution sowie enge Verbindungen vieler Taiwanesen nach China bildeten eine weitere günstige Gelegenheitsstruktur, die trotz aller geopolitischen Differenzen eine enge wirtschaftliche Verknüpfung zur Folge hatte (Hsing 1998).

Die politische Ökonomie Taiwans ist historisch durch ein enges Beziehungsgeflecht aus Partei, Regierung, Verwaltung und unternehmerischen Aktivitäten charakterisiert und wurde daher als »Parteistaatskapitalismus« bezeichnet (Pohlmann 2002: 206–209, 306–318). Nach 1949 bildeten die Machteliten der neu gegründeten Republik China (Taiwan) vor dem Hintergrund der Frontstellung im Kalten Krieg ein starkes Interesse an der Bildung unabhängiger Infrastrukturen und einer industriellen Entwicklung aus. Die vom Festland vertriebene bürgerlich-nationale Guomindang zielte wie die KPCh auf die nationale Modernisierung mit allen Mitteln. Ähnlich wie auf dem Festland formte nach

162 Politisch besitzt Hongkong nach seiner Überführung unter chinesische Oberhoheit im Juli 1997 formal einen hohen Grad an Autonomie, die in Beijing unter der Maßgabe »ein Land, zwei Systeme« gefasst wird. Es ist zum Beispiel eigenständiges Mitglied in internationalen Institutionen. China und Hongkong verfügen noch immer über unterschiedliche Währungen (RMB und HK-\$), obgleich eine Bezahlung mit RMB in den letzten Jahren üblich wurde. Die militärische Verteidigung und die außenpolitische Vertretung obliegen allerdings der chinesischen Regierung. Parteienpluralismus, gewisse politische Freiheiten und die (zumindest formal existierende) Möglichkeit einer Demokratisierung der Regierungswahl bilden Unterscheidungsmerkmale gegenüber dem Festland (Schubert 2008). Das Sonderverwaltungsgebiet weist insgesamt eine relativ starke kulturelle und nationale Identifikation mit der VR China auf.

1949 ein Entwicklungsstaat mit einer alles überragenden Partei an der Spitze die Konturen des industriellen Upgrading (Evans 1995: 54–60). Und genauso wie in China verlief in Taiwan die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals (trotz einer umfassenden Landreform) auf Kosten der Landbevölkerung, indem der Staat einen hohen Anteil des ländlichen Mehrprodukts in den industriellen Sektor transferierte (Kay 2002: 1081–1084; Selden/Ka 1993: 114, 116–121).¹⁶³

Der 1963 gegründete und eine ältere Planbehörde ablösende Council for International Economic Cooperation and Development leitete die ausfuhrorientierte Industrialisierung ein. Die Politiken des parteigestützten Autoritarismus – faktisch regierte die Guomindang bis 1987 mit dem Instrument des Kriegsrechts – zur Gründung von Stahl- und Elektronikindustrien ebneten aber auch privaten Marktakteuren den Weg. Dies führte zur Koexistenz von großen »Parteistaatsunternehmen«, das heißt parteigeführten Konzernen, und privaten Klein- und Mittelunternehmen (Pohlmann 2002: 156–157). Doch der Privatsektor, der in einer tradierten, familienbasierten Unternehmensorganisation wurzelte, entwickelte eine größere Dynamik. Ab den 1980ern vereinten die Privatunternehmen bereits mehr Marktanteile auf sich als die Staatskonzerne (Deyo 1993: 20–22).¹⁶⁴ Zehren konnten die taiwanesischen Unternehmen ähnlich wie in Hongkong von der »retail revolution«, einer steigenden Nachfrage nach (zu Beginn häufig einfachen) Gebrauchsgütern in westlichen Konsumgesellschaften (Hamilton 2006b: 141–143; Hamilton/Petrovic/Feenstra 2006).

Im Zeitverlauf verschmolz eine Vielzahl von kleineren Privatunternehmen zu konzernartigen Unternehmensgruppen, die ab den 1990ern verstärkt auf dem chinesischen Festland investierten. Häufig agierten und agieren diese im Modus des »original equipment manufacturing« (OEM), das heißt, sie produzieren Waren für den Export, die unter einem anderen (etwa amerikanischen) Markenlabel auf dem Weltmarkt abgesetzt werden.¹⁶⁵ Bekannt geworden ist etwa das Unternehmen Foxconn, das mittlerweile als weltgrößter Vertragsfertiger (zum Beispiel für Apple) in China die Montage von Mobiltelefonen und Laptops übernimmt. Allein in einem Firmenpark nördlich der Innenstadt von Shenzhen beschäftigt das Unternehmen im Jahr 2008 ungefähr 300.000 Arbei-

163 Die wirtschaftliche Rückständigkeit auf beiden Seiten der Formosastraße kann als primäre Ursache der Verwandtschaften in der Entwicklungspolitik betrachtet werden.

164 Dennoch stellten die engen Beziehungen zu den Staatsapparaten Taiwans eine Voraussetzung für den Geschäftserfolg dar. So beförderten staatliche Forschungsinstitute die Wettbewerbsfähigkeit der Elektronikindustrie. Galten die Beziehungen zwischen Staats- und Privatsektor in den 1980ern noch als dysfunktional, so konnte der Entwicklungsstaat später erhebliche Synergieeffekte in der Wirtschaft erzeugen (Amsden/Chu 2003: 162–176).

165 Ein Großteil der Gewinne wird auf diesem Weg den meist westlichen Leitunternehmen der transnationalen Netzwerke zugeführt.

ter, meist unterbezahlte Arbeitsmigranten. Als Basis für den stadttähnlich aufgebauten, aus gewaltigen Fertigungshallen bestehenden Foxconn-Industriepark (»Foxconn City«) dienten gute politische Beziehungen zur Provinz- und Stadtregierung, ohne die etwa die betriebsinterne Zollabfertigung (die die Transaktionskosten minimiert) nicht zustande gekommen wäre.

Durch die Verlagerung besonders von arbeitsintensiven Segmenten der Produktion auf das chinesische Festland hat sich ein enges Band zwischen taiwanesischen und chinesischen Unternehmen und häufig subnationalen politischen Instanzen entwickelt.¹⁶⁶ Ebenso wie im Falle Hongkongs bildeten enge Interessenskoalitionen eine förderliche Grundlage der wirtschaftlichen Integration. Bereits seit Beginn der 1990er ist es auf der Ebene der funktionalen Interessenrepräsentation sogar zur »Herausbildung von taiwanesischen Unternehmerverbänden auf dem Festland gekommen, die um eine enge Zusammenarbeit mit ihren dortigen semi-offiziellen Paralleloorganisationen sowie mit den chinesischen Behörden bemüht sind« (Meyer-Clement/Schubert 2004: 13).

2.3.3 Die Rolle globaler Produktionsverbünde und der Überakkumulation von Kapital im »Norden«

Die Entstehung des China Circle hat die Integration Chinas in den globalen Kapitalismus in signifikantem Ausmaß vorangetrieben. Doch noch weitere Variablen gilt es zu berücksichtigen: einerseits die globalen Produktionsverbünde, geführt von westlichen Markenfirmen, in die auslandschinesische und festlandchinesische Unternehmen integriert wurden, andererseits die historische Verlagerung von Produktionsstandorten in Richtung Ostasien, unterstützt durch eine Überakkumulation von Kapital im »Norden«.

Erst in den 1990ern stiegen die ADI aus den westlichen OECD-Ländern (inklusive Japans) in China steil an. Zuvor waren ausländische Konzerne zwar auch schon über regionale Partner an der industriellen Wertschöpfung beteiligt. Nun jedoch sprang das ausländische Kapital in weitaus größerem Umfang auf »den fahrenden Zug einer Wirtschaftsexpansion auf, die es weder gestartet hatte noch anführte« (Arrighi 2008: 437; vgl. McNally 2007b: 116).

Doch wieso kam es überhaupt zu dieser erklärungsbedürftigen Kapitalverlagerung aus den führenden Industrienationen der Erde? Eine Voraussetzung hierfür bildeten technologische und organisatorische Entwicklungen, die die Möglichkeiten einer Auslagerung relevanter Arbeitsprozesse verbesserten. Ein fortgeschrittener technologischer Entwicklungsstand gestattete es großen

166 Taiwanische Unternehmen dominieren häufig ihre festlandchinesischen Partner, weil sie etwa das Industrie-beziehungsweise Produktdesign von elektronischen Artikeln kontrollieren.

Konzernen, eine Umstrukturierung zu transnationalen Produktionsverbänden zu organisieren und im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung Teile komplexer Produktionsprozesse an Subunternehmer in unterentwickelten Regionen zu delegieren (Kontraktfertigung).¹⁶⁷ Industriegüterproduzenten nutzten auf diese Weise ungleiche Akkumulationsbedingungen aus (Hart-Landsberg/Burkett 2006). Ein qualitativer Unterschied zu den Internationalisierungsprozessen am Beginn des 20. Jahrhunderts besteht darin, dass es durch die Herausbildung staatenübergreifender Wertschöpfungsketten, das heißt nicht mehr nur Warenketten, zu einer raschen Neuzusammensetzung ökonomischer Räume kommt (Gereffi/Humphrey/Sturgeon 2005). Weil Ostasien bereits früh einen vergleichsweise hohen Internationalisierungsgrad aufwies – unter der Direktion japanischer Unternehmen, exilchinesische Netzwerke einschließend, bildete sich seit den 1960ern eine enge Verflechtung überregionaler Produktionsnetzwerke heraus –, stellte dieser Raum einen ausnehmend günstigen Rahmen für transnationale Produktionsprozesse dar (ADB 2011).

Mit der Öffnung der chinesischen Volkswirtschaft vergrößerte sich der Spielraum für das transnationale Kapital und der chinesische Produktionsstandort (sowie Binnenmarkt) konnte erfolgreich in die Unternehmensstrategien der umsatzstärksten Konzerne der Erde eingegliedert werden (Hürtgen et al. 2009; Naughton 2007: 368–371).¹⁶⁸ Dabei wandelte sich ebenfalls die Form der Anlagen: »In the mid-1990s, roughly three quarters of investments were joint ventures with Chinese partners. By the mid-2000s, three quarters were wholly foreign-owned subsidiaries of MNCs« (Kennedy 2007: 182–183).

Berechnungen zufolge exportieren die *foreign invested enterprises* (FIEs) in China, in denen die globalen Produktionsverbände eine überaus bedeutende Rolle einnehmen, mehr als alle anderen Unternehmen. Zwischen 2000 und 2004 lag ihr Anteil an den Exporten über 50 Prozent, gefolgt von den chinesischen

167 Die Kontraktfertigung und mit ihr der Aufstieg transnationaler Produktionsnetze als Antwort auf die Krise des hierarchisch-bürokratischen Großunternehmens in den 1980ern markierte den Beginn eines gravierenden Wandels in der industriellen Organisation. Während das in diesem Zusammenhang verwendete Konzept der Produktionsnetzwerke in den Zusammenhang einer postindustriellen Netzwerkgesellschaft gestellt wurde, machen Arbeitssoziologen darauf aufmerksam, dass genau jene Restrukturierung eine Ära des Neo-Taylorismus und flexibler, neotayloristischer Arbeitsformen eingeleitet hat (Hürtgen et al. 2009: 34).

168 Dabei ging etwa die Hälfte des Exportwertes seit den 1990ern auf den Import von Vorprodukten zurück. Die Wertschöpfung hielt sich in China also in Grenzen. Sinnvoller scheint es, von einer »Re-Exportwirtschaft« zu sprechen: »Die Exportsonderzonen in den Küstenregionen dienten als Endmontagestätten [...]. Die ADI-Exporteure griffen selten auf die Binnenressourcen wegen schlechter Qualität und unzureichender technologischer Standards zurück. Stattdessen importierten sie sowohl Produktionsanlagen als auch wichtige Vorprodukte [...]. Der Zustrom der ADI hatte daher einen gleichzeitigen Anstieg der Importe von Vorprodukten und teuren Produktionsmitteln zur Folge« (Cho 2005: 156–157).

SOEs mit etwa 25 Prozent. In höherwertigen Segmenten der Produktion ist das Verhältnis noch ungleicher:

In 2005, foreign-invested enterprises produced 58 per cent of China's total exports, but fully 88 per cent of high-technology exports [...]. As a result, China's emerging industrial economy in the IT industry cannot be meaningfully assessed except in the context of the GPNs [Global production networks] into which Chinese firms are increasingly integrated. (Ernst/Naughton 2007: 48)¹⁶⁹

Zusätzlich profitierte die aufholende Ökonomie Chinas ab den 1990ern in besonderem Maße von wirtschaftlichen Stagnationstendenzen im Norden. Die alten »Zentren« des Kapitalismus wiesen im Unterschied zur »goldenen« Nachkriegsphase eine niedrigere Investitionsquote und ein schwächeres BIP-Wachstum auf. Dem lag eine bereits länger währende stagnative Phase in Europa, Japan und Nordamerika zugrunde, eine Verminderung produktiver Investitionen, die die Internationalisierung der Produktion und, in einem hohen Maß, die sogenannte Finanzialisierung antrieben (vgl. Brenner 2006; Glyn 2006; Harman 2009; Hung 2009a, Sablowski 2009).¹⁷⁰ Das verhältnismäßig niedrige BIP-Wachstum im Norden und der unter Ökonomen als »Anlagenotstand« bezeichnete Zustand mangelnder profitabler Investitionsoptionen fanden ihr Gegenstück in der Tendenz zur Überakkumulation des Kapitals, das heißt nicht rentabel verwendbarer Kapitalüberschüsse und überschüssiger Arbeitskräfte.

Eine Möglichkeit der Bindung von Kapital zur Linderung des Überakkumulationsproblems konnte jedoch in Ostasien, mehr und mehr aber auch in China lokalisiert werden. »[T]he industrial countries are now accumulating at a slower rate than the world as a whole [...] The baton of »super-accumulator« was passed [...] to China in the 1990s« (Glyn 2006: 86–87). Mehr als in anderen Schwellenländern wie Indien, Brasilien, Mexiko oder Russland boten entwickelte Infrastrukturen und prosperierende »supply chain cities« politische Stabilität und die guten Erfahrungen der Überseechinesen Gründe dafür, in China zu investieren (Gereffi 2009).

169 Einer anderen Berechnung zufolge beliefen sich die von ausländischen Konzernen kontrollierten Anteile am »high-technology export« immerhin auf etwa zwei Drittel (Gaulier/Lemoine/Únal-Kesenci 2007: 48).

170 Die stagnativen Tendenzen in den größten OECD-Ländern entfalteten allerdings keine katastrophischen Folgen oder bildeten die Grundlage eines Niedergangs der Weltwirtschaft, wie es einige Autoren annehmen (vgl. M. Li 2009). »Profitability did not collapse completely, and there was a continuous growth of a mass of past surplus value seeking opportunities for fresh profitable investment. But there were not nearly as many of these in productive sectors as previously. One consequence of this [...] was a general slowdown in the level of accumulation and decline in average growth rates« (Harman 2009: 281–282).

In den Arbeiten von Harvey wird dieser Trend als kapitalistische Landnahme, als Ausfindigmachen neuer »raum-zeitlicher Fixierungen« für das Problem des »Überschusskapitals« bewertet (Harvey 2010).¹⁷¹ Das betraf nicht nur die Unternehmen aus Europa und Nordamerika. Auch die japanischen Unternehmen – die japanische Volkswirtschaft war ab den 1990ern einer dauerhaften Stagnation ausgesetzt, der selbst mittels großer Konjunkturprogramme nur zeitweise entgegengearbeitet werden konnte – restrukturierten ihr Investitionsregime in Richtung Ostasien und China.¹⁷² Die Verlagerung von Kapital beförderte die Weiterentwicklung des Wachstumstrends in Ostasien, indem überschüssiges, produktives Kapital und Arbeitskräfte in einer neuen Weise fixiert wurden. China konnte aus diesen Prozessen den größten Nutzen ziehen, selbst in Krisenphasen: Die für etliche Ökonomien einschneidenden Folgen der Asienkrise in den Jahren 1997 und 1998 beschleunigten nämlich noch die Verlagerungsprozesse auf das chinesische Festland (ADB 2011: 65). Dasselbe gilt für das Platzen der »Dotcom-Blase« in den Jahren 2000/2001, die – im Stile eines »Herdentriebs« – einen raschen Transfer von Kapazitäten der Massenproduktion in die neuen chinesischen Standorte der Kontraktfertigung einleitete.

Diese als historisch zu bezeichnende Verlagerung der Wertschöpfung in Richtung China gebot den weltwirtschaftlichen Stagnationstendenzen zwar erst einmal Einhalt: Die US-amerikanische und die chinesische Volkswirtschaft erzielten ihr Wachstum ab den 1990ern auf zwei unterschiedlichen, jedoch voneinander abhängigen Wegen. Während in den USA große Anteile des BIP-Wachstums auf den (schuldendfinanzierten) Konsum und weniger auf Investitionen zurückzuführen waren, verlief der chinesische Aufschwung gewissermaßen spiegelverkehrt zu den USA – er beruhte auf einer sehr hohen Investitionsquote und einer vergleichsweise geringen internen Konsumquote. Große Mengen an verfügbaren liquiden Mitteln im Norden stellten die Versorgung mit Geldanlagen sicher und heizten den Investitionsboom weiter an; die alten Zentren fungierten derweil als Endabnehmer von Exportgütern aus China.

171 Autoren, die insbesondere die »Pull-Faktoren« der niedrigen Arbeitskosten als Erklärungsfaktoren der Zunahme an ADI heranziehen (Lardy 2002: 61), vernachlässigen daher einen wesentlichen »Push-Faktor« für die (vielfach riskanten) Investitionen.

172 Zweifellos hatte die Verlagerung japanischer Wirtschaftsaktivitäten nach Ostasien bereits eine längere Geschichte: Mit dem Plaza-Abkommen von 1985 leiteten die Finanzministerien und Zentralbanken der stärksten Volkswirtschaften der Welt unter dem Druck der Vereinigten Staaten einen zehnjährigen Fall des USD ein, dem eine Aufwertung des Yen entsprach. Die Steigerung amerikanischer Wettbewerbsfähigkeit sorgte für eine Schwächung der japanischen Exportindustrien, die unter den Folgen hoher Wechselkurse litten. Dies beförderte die Wende von einem vorwiegend transpazifischen zu einem innerasiatischen Investitionsregime Japans, von dem wichtige Wachstumsimpulse in die »Tigerstaaten« und später nach China ausgingen (Hung 2009a: 10).

Allerdings neigte sich, wie in Kapitel 3 analysiert wird, diese *Win-win*-Konstellation im Jahr 2007 vorerst ihrem Ende zu.

2.3.4 Zwischenfazit

Wie im Forschungsrahmen angenommen, ist der Ursprung des chinesischen Wirtschaftswunders ab den 1980ern genauso wie seine Fortentwicklung nur unter Einbeziehung externer Variablen, das heißt mithilfe eines internationalen Analysefokus, zu erklären. Räumliche wie zeitliche Faktoren begünstigten den Erfolg der selektiven Öffnungspolitik und verschafften Vorteile gegenüber anderen nachholenden Schwellenländern, die in der Liberalisierungsphase ab den 1970ern größere Desintegrationstendenzen zu schultern hatten. *Räumlich* betrachtet, befand sich der chinesische Investitionsstandort in einer Nähe zur ostasiatischen Wachstumsregion mit ihren autoritären Entwicklungsstaaten – deren Wirtschaftspolitik in China zum Vorbild wurde – und den exilchinesischen Investoren, die zur Reorganisation der Küstenregionen Chinas und immer mehr auch des Inlandes beitrugen. *Zeitlich* betrachtet, konnte China besonders ab den 1990ern von einer fortgeschrittenen Transnationalisierung der Produktion, die dem »international production sharing« und damit transnationalen Produktionsverbänden zum Durchbruch verhalf, und einer Wachstumsschwäche in den alten Zentren des globalen Kapitalismus, inklusive Japans, profitieren. Letztere führte ab den 1990ern in großem Umfang zur Kapitalverlagerung auf das chinesische Festland und damit zur kapitalistischen »Landnahme«.

Bis heute hat sich die VR China zum neuen wirtschaftlichen Zentrum Ostasiens entwickelt. Eine sinozentrierte Konstellation löst den japanzentrierten Regionalismus ab. Die Exporte ostasiatischer Volkswirtschaften in Richtung China überflügeln seit einigen Jahren den Wert ihrer Exporte nach Japan oder in die USA. Zugleich findet der massenhafte Export von Endprodukten aus China auf die Märkte des Nordens auch im Interesse der asiatischen Nachbarn statt, die den chinesischen Produktionsraum mit Vorprodukten und Maschinen bedienen.

Um den chinesischen Kapitalismus genauer charakterisieren zu können, müssen die Entstehung des Exportismus beziehungsweise der Exportabhängigkeit, die Bedeutung des China Circle und die umfassende Weltmarktintegration erfasst werden: Ein weiteres Merkmal des variierten, das heißt intern heterogenen Staatskapitalismus ist folglich seine wettbewerbsgetriebene Einbindung in, wiederum inhomogene, transnationale Wirtschaftsnetze und die Abhängigkeit von patriotischen exilchinesischen und anderen ausländischen Unternehmen – ein Sachverhalt, der zugleich die Kritik an einer Verengung auf den nationalen Raum in der Kapitalismusforschung untermauert. Die spezifische Gestalt

des »ethnic chinese capitalism« entzieht sich einer Schematisierung entlang von nationalen Kapitalismusvarianten.

Mittlerweile werden aus China zwar ungefähr so viele hochtechnologische Produkte exportiert wie aus den USA. Allerdings sind die chinesischen Exporte zu einem erheblichen Anteil nur in dem Sinne chinesisch, dass sie in China montiert werden. Als untergeordneter Bereich der globalen Produktionsverbände, die ihre Produkte in China zusammensetzen lassen, häufig auf der Basis importierter Vorprodukte, und die den Großteil der Gewinne auf sich vereinen, ist die Volkswirtschaft den Rhythmen der Weltwirtschaft ausgesetzt.

In diesem Buchabschnitt zur selektiven Weltmarktintegration Chinas ist verdeutlicht worden, dass viele der zentralen Faktoren, die der chinesischen Wirtschaft zum Wachstum verhelfen und ihr Gesicht prägen, nicht unter Kontrolle der chinesischen Staatsführung stehen und alles andere als leicht zu steuern sind. Wie ich in Kapitel 3 zeige, schafft diese komplexe inter- und transnationale Integration in jüngster Zeit Abhängigkeiten und negative Externalitäten, die es dem Parteistaat erschweren, die sozioökonomische Dynamik aufrechtzuerhalten.

Kapitel 3

Gegenwärtige Entwicklungslinien des chinesischen Kapitalismus

In der Literatur gelten für den chinesischen Modernisierungsprozess für gewöhnlich vorwiegend zwei Akteure als wesentlich: die Unternehmen und die staatlichen Entscheidungsträger. In den nächsten beiden Kapitelteilen (3.1 und 3.2) stehen sie im Mittelpunkt der Untersuchung, wenngleich in einer internationalen Faktoren berücksichtigenden Perspektive. Weil jedoch gerade in jüngerer Zeit eine dritte Gruppe hinzutritt, die zuvor in der Chinaforschung vernachlässigt wurde – die Arbeiterschaft –, ist dieser der dritte Teil des Kapitels gewidmet (3.3). Es wird hiermit meiner Forschungsannahme Rechnung getragen, dass erst ein Blick auf das Zusammenspiel dieser drei Akteurgruppen eine umfassende Analyse des neuen chinesischen Kapitalismus und seiner Entwicklungslinien ermöglicht.

Zur Untersuchung von kapitalistischen Triebkräften stehen dabei erneut die fünf benannten Dimensionen des Kapitalismus im Fokus. Meine Absicht ist, zentrale *Dynamiken* und *Paradoxien* des variierten, staatlich durchdrungenen Kapitalismus in China herauszuarbeiten. Der Schwerpunkt liegt auf den Jahren 2008 bis 2011, obgleich ich an mehreren Stellen auf bereits länger währende Entwicklungstendenzen rekurriere, die bereits in Kapitel 2 eingeführt wurden.

3.1 Unternehmensorganisation und gesamtwirtschaftliche Dynamiken

In diesem Teil beschreibe ich, *erstens* – anknüpfend an das letzte Kapitel und dessen Ergebnisse vertiefend –, Unternehmensformen und Produktionsregime, die im Laufe des graduellen institutionellen Wandels auf dem chinesischen Festland entstanden sind (3.1.1). Eine durch sowohl formelle als auch informelle Vertragsbeziehungen gekennzeichnete »mixed economy«, die weder »frei« noch »geplant« ist, regelt den Unternehmenssektor.

Überlagert wird die heterogene Unternehmenslandschaft von engen Verknüpfungen zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren, das heißt

durch privat-öffentliche Regime, die einen zentralen Koordinationsmechanismus des chinesischen Systems verkörpern. Auf diese Weise haben sich, *zweitens*, die Interdependenzen zwischen ökonomischen Institutionen und politischer Macht rekonfiguriert (3.1.2). Bei der Bestimmung von vorherrschenden Koordinationstypen in der chinesischen Wirtschaft lassen sich neben der Expansion von Märkten hierarchische Steuerungsformen identifizieren; daneben stellen enge Verknüpfungen zwischen Unternehmen und Staat sowie Vertrauensbeziehungen beziehungsweise Sozialkapital (*guanxi*) weitere konstitutive Momente des chinesischen Kapitalismus und wichtige Faktoren für die Erklärung der Grundlagen der ökonomischen Effizienz- beziehungsweise Ertragssteigerung dar.

In einem weiteren Abschnitt schlussfolgere ich, *drittens*, dass die Dynamik des Unternehmenssektors und die engen Allianzen zwischen Unternehmen und staatlichen Institutionen bislang zur Stabilisierung des politischen Status quo beitragen (3.1.3), um schließlich zur Frage der jüngeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung überzuleiten.

Letztere ist, *viertens*, von instabilen Dynamiken geprägt, von Abhängigkeiten und Unwägbarkeiten, die es der Staatsführung besonders ab 2008 erschweren, die sozioökonomische Dynamik aufrechtzuerhalten und die Wirtschaft zu restrukturieren (3.1.4). Unterkonsumtions- und Überinvestitionstendenzen, auch als Resultat der Exportabhängigkeit des Landes, erinnern dabei an klassische kapitalistische Krisenmechanismen.

3.1.1 Einheit in der Vielfalt? Heterogene Unternehmensformen und Produktionsregime

Wird die industrielle Wertschöpfung nach Unternehmenstypen differenziert, so weist die offizielle Statistik in den letzten beiden Jahrzehnten eine deutliche Zunahme des Beitrags der privat geführten Betriebe auf. In der jüngeren Zeit etablierte sich dabei eine relativ stabile Konstellation eines *gedrittelten* Wachstums in der Industrie: Im Jahr 2006 vereinten die SOEs noch 31,2 Prozent der Industrieproduktion auf sich, private Unternehmen stellten mittlerweile 37,2 Prozent aller industriellen Erzeugnisse her, auslandsfinanzierte Unternehmen (einschließlich derjenigen aus Hongkong, Macao und Taiwan) 31,6 Prozent (Chen/Wang 2010: 45–50).¹ Einer weiteren Berechnung zufolge produzierten die SOEs im Jahr 2009 20,4 Prozent der industriellen Erzeugnisse, die inländischen Pri-

¹ Laut einer OECD-Berechnung vereinen die ausländischen und inländischen Privatunternehmen (mit mehr als 50 Prozent privater Beteiligung) im Jahr 2001 44,7 Prozent der industriellen Profite auf sich, im Jahr 2005 sogar 71,2 Prozent (vgl. Huang 2008, 13–19). Huangs eigenen Berechnungen zufolge ist dieser Anteil im gleichen Zeitraum dagegen nur von 38,8 Prozent auf 50,8 Prozent gestiegen (Huang 2008: 15).

vatunternehmen 33,6 Prozent und die ausländischen Privatunternehmen (FIEs) 27,7 Prozent (Naughton 2011a: 315).²

Die relativ stabile Konstellation eines gedrittelten Wachstums in den letzten Jahren ist Ausdruck des Abebbens der großen Privatisierungswelle nach Mitte der 1990er. Die Staatsführung ist demnach an der Persistenz eines Sektors staatseigener Unternehmen weiterhin interessiert. Heute steht dagegen die Verbesserung der Corporate Governance im Mittelpunkt der Restrukturierungsmaßnahmen.

3.1.1.1 Unternehmenstypen

Um in- und ausländische Privatunternehmen, Kollektivunternehmen und staats-eigene Unternehmen weiter ausdifferenzieren zu können, orientiere ich mich, wenn nicht anders angegeben, an den Daten und Definitionen des Nationalen Statistikbüros. *Privatunternehmen* werden danach in drei Gruppen unterteilt:

- *Inländische Betriebe in privater Eigentümerschaft (Privately Owned Enterprises, POEs)*. Der Privatsektor wurde, wie in Kapitel 2 erläutert, in der zweiten Reformphase vorwiegend durch private Firmenneugründungen, in Teilen aber auch durch die Reformen der COEs und SOEs, gestärkt. Schätzungen der All China Federation of Industry and Commerce und der Chinese Academy of Sciences zufolge sind lediglich 25 Prozent der offiziell registrierten Privatunternehmen ehemals Teile des SOE-Sektors gewesen (Dickson 2007: 832). Für Privatunternehmen gibt es heute mehrere Möglichkeiten, sich in das Firmenregister einzutragen (Li/Xia 2008: 44). Liegt der ausländische Kapitalanteil unter 25 Prozent, wird ein Unternehmen als inlandsfinanzierte Einheit klassifiziert. Im Jahr 2000 beschäftigten die POEs circa 40 Millionen Arbeitnehmer, in 2009 rund 55 Millionen (NBS 2010: Table 4–2).³
- *Unternehmungen aus Hongkong, Macao und Taiwan*. Die Statistik subsumiert hierunter sowohl Firmen aus den Sonderverwaltungszone Hongkong und Macao als auch aus Taiwan. Es werden vier Typen unterschieden:

2 Eine Reihe von Misch- und Kollektivunternehmen, etwa *joint stock firms* mit Staatsanteil, und kleine Privatunternehmen werden in dieser Berechnung nicht berücksichtigt, weshalb sich die Werte nicht zu 100 Prozent summieren (vgl. NBS 2010: Table 14-1).

3 Die Gruppe kleiner Selbstständiger umfasste 2009 weitere 42 Millionen Menschen. Andere Berechnungen kommen sogar auf 160 Millionen Beschäftigte in den privaten Sektoren (CLB 2011: 9). Die Eigentumsverhältnisse sind im Übrigen auch in Unternehmen, die angeblich im (Teil-)Besitz der Angestellten sind, als »kapitalistisch« zu definieren: »Huawei mandated that all of its employees purchase shares, which suggests that its employees own at least a portion of the firm. But the company has never issued any share certificates explicitly recognizing their ownership. The employees were required to sign share certificates upon purchasing the shares, but Huawei kept all the copies« (Huang 2008: 11).

Enterprises with Funds from Hong Kong, Macao and Taiwan refer to all industrial enterprises registered as the joint-venture, cooperative, sole (exclusive) investment industrial enterprises and limited liability corporations with funds from Hong Kong, Macao and Taiwan. (NBS 2010: Appendix)

- *Unternehmen aus dem Ausland.* Hierunter fallen andere privatwirtschaftlich operierende Gesellschaften, deren ausländischer Kapitalanteil über 25 Prozent liegt. Sie werden als *foreign-owned enterprises* (FOEs) beziehungsweise *foreign-invested enterprises* (FIEs) bezeichnet.⁴ Im Zeitverlauf ist der Anteil an Joint Ventures gegenüber vollständig auslandsfinanzierten Einheiten (*wholly foreign-owned enterprises*) zurückgegangen: Zwischen 2000 und 2009 sank der Anteil der ADI in Joint Ventures von über 50 Prozent auf etwa 20 Prozent, wohingegen Investitionen in *wholly foreign-owned enterprises* im gleichen Zeitraum von 47 Prozent auf 75 Prozent stiegen (Walter/Howie 2011: 7).

Im Vergleich zu den Privatunternehmen haben die *Kollektivunternehmen* (COEs) im Zuge der großen Privatisierungswelle erheblich an Bedeutung verloren. Sie umfassen heute beispielsweise TVEs, die noch nicht privatisiert wurden.⁵ In den Städten beschäftigten COEs im Jahr 2009 nur noch 6 Millionen Arbeitnehmer (NBS 2010: Table 4-2). Vielen politischen Kadern wurde in den 1990ern wie erwähnt der Weg des »Kaderkapitalisten« eröffnet, unter anderem durch eine Klausel des Unternehmensgesetzes von 1994: Diese erlaubte die Rekonstituierung von Kollektivunternehmen als »limited liability companies«. In diesen Unternehmen, Gesellschaften mit 2 bis 50 Anteilseignern, die über einen beschränkten Teilhaberstatus verfügen, behalten staatliche Stellen oftmals Eigentumsanteile. Auch wenn sie als Privatunternehmen registriert werden, bleiben sie in das lokale politische Umfeld eingebettet.⁶

4 Hierunter fielen lange auch die sogenannten *Fake-FIEs*, das heißt aus China stammende Investitionen auf dem Festland, die Steuervorteile sowie einen privilegierten Zugang zu Land und Krediten erzielen wollen.

5 Die Vermögenswerte dieser »Kollektivunternehmen« befinden sich häufig formal im Besitz der Mitarbeiter, die etwa Geld einzahlen und im Austausch einen festen Arbeitsplatz erhalten. Eine demokratische Mitsprache ist damit nicht verbunden. Faktisch werden sie von einzelnen Investoren(-gruppen) und/oder Lokalregierungen kontrolliert.

6 Die *limited liability companies* beschäftigten im Jahr 2009 etwa 24 Millionen Personen. »[H]igh-ranking officials resign to set up private companies that then enter into corporate partnership with state enterprises, shifting public assets that they formerly controlled or that are controlled by others they know into their limited-liability corporations. Once ensconced as corporate managers, they can continue to draw on their ties in the bureaucracy for profit and to forge new commercial activities. Although the managers and shareholders do not own the corporation, they gain through salaries, dividends, and management perks« (Wank 1999: 208; vgl. McNally/Wright 2010).

Entgegen einer landläufigen neoklassischen Annahme, der zufolge Staatsunternehmen im Gegensatz zu privaten Firmen zu einer schlechteren Performanz tendieren und auch in China eigentlich mittelfristig verschwinden müssten, besitzen die *staatseigenen Unternehmen* (SOEs) weiterhin eine gewichtige Rolle (Li/Xia 2008). SOEs agieren heute ähnlich wie Privatunternehmen, können jedoch durchschnittlich mehr als andere Unternehmen auf staatliche Hilfestellungen zurückgreifen. Von 2000 bis 2009 sank die Anzahl der Beschäftigten der SOEs von 81 Millionen auf 64 Millionen (NBS 2010: Table 4-2). Die staatseigenen Unternehmen werden in das *state owned enterprise* und das *state-controlled* beziehungsweise *state-holding enterprise* unterschieden. In letzterem Fall hält der Staat mehr Anteile als jeder andere Anteilseigner (Szamoszegi/Kyle 2011).

In verschiedenen Wirtschaftssektoren wie in der Stahlindustrie, der Petrochemie, weiteren »generativen« Wirtschaftssektoren (zum Beispiel Transport- und Energiesektor), dem Telekommunikationssektor, der öffentlichen Versorgung sowie dem Finanz- und Bankensektor besitzen die staatseigenen Gesellschaften eine vorherrschende Stellung. In anderen Industrien versuchen sie, über Joint Ventures ihren Einfluss aufrechtzuerhalten, etwa in der Automobil- oder Chemieindustrie.

Der Restrukturierungsprozess des staatlichen Sektors hat des Weiteren aufgrund von Effizienzerwägungen zur Bildung großer staatseigener Unternehmensgruppen geführt, sogenannten *enterprise groups* (*qije jituan*). Strategisch relevante Staatsunternehmen wurden wie folgt reorganisiert:

[T]he best portions of their assets were spun off to form new, financially attractive entities. The new firms would then be listed on the stock market, while the parent firms remained state-owned entities. The latter is referred to as an enterprise group. (Oi/Han 2011: 31; vgl. Shahid/Nabeshima/Perkins 2006: 90–97)⁷

Konzerngruppen wie die Baosteel Group oder die Donglian Petrochemical Group besitzen eine Form, die zwischen einem hochgradig integrierten *Konglomerat* und den locker miteinander verbundenen Firmen innerhalb eines japanischen *keiretsu* anzusiedeln ist. Zugleich konzentrieren sich die Gruppen in der Regel auf einen Industriezweig, im Unterschied zu den sektorenübergreifend agierenden Großunternehmen Japans (zum Beispiel Mitsubishi). Die Macht dieser gewaltigen SOEs überwiegt in Einzelfällen selbst die Machtfülle der staatlichen Regulierungs- und Wettbewerbskontrollbehörden (Naughton 2011b: 73).

Von einigen klassischen Staatsunternehmen besonders in Infrastrukturbereichen abgesehen, die ihr Kapital von der Regierung erhalten, dominiert zurzeit das börsennotierte Staatsunternehmen. Es agiert profitorientiert, besitzt jedoch

⁷ Das hat eine komplexe eigentumsrechtliche Gemengelage innerhalb einzelner *enterprise groups* zur Folge (Oi/Han 2011: 32).

zugleich einen privilegierten Zugang zu staatlich kontrollierten Krediten, zu Land und Fördermitteln (Li/Xia 2008: 44).⁸ Hinsichtlich der Corporate Governance erhält der Staat zwar auch in den zu Aktiengesellschaften umgeformten Unternehmen über den Vorstand der Firma Kompetenzen.⁹ Doch darüber hinaus wird die »Staatswirtschaft« dem Wettbewerb ausgesetzt. Auch in den ehemals monopolartig strukturierten Branchen konkurrieren immer mindestens zwei Firmen; und selbst im Rüstungssektor, in dem die Regierung der einzige Nachfrager ist, wurden Firmen zerschlagen und dem Wettbewerb ausgesetzt (etwa die North Industries Group Corp. und die South Industries Group Corp.). In der zivilen Luftfahrt stehen sich zentralstaatlich kontrollierte Firmen (Air China, China Southern und China Eastern) und weitere private beziehungsweise halbstaatliche Konzerne (wie Hainan Air oder Dragonair) gegenüber. Zudem sind die von der SASAC kontrollierten SOEs – von 2006 bis 2009 wurde ihre Anzahl von 161 auf 123 reduziert (<www.sasac.gov.cn/n1180/n1226/n2425/index.html>) – einem Anreizmechanismus unterworfen, der die individuellen Anreize für die Firmenmanager stärkt. Letztere werden im Falle der Erfüllung von individuell ausgehandelten »performance contracts«, in denen die Profitabilität des Unternehmens eine herausragende Stellung einnimmt, mit Zuschlägen belohnt, die das Dreifache des Grundlohns betragen (Naughton 2011b: 80).

Während der wissenschaftliche China-Diskurs noch vor wenigen Jahren von der These einer ineffizienten Staatswirtschaft dominiert war (vgl. hierzu exemplarisch: Yergin/Stanislaw 1999: 282–284; Lardy 1998: 4–6, 52–57, 220–222), ist diese durch die Erfolgsgeschichte diverser SOEs (und weiterhin auch von gemischten Eigentumsformen) infrage gestellt worden.¹⁰ Unter den »Fortune 500« des Jahres 2011, einer Liste der 500 umsatzstärksten Unternehmen der Welt, befanden sich 61 festlandchinesische Unternehmen. Sie sind fast ausnahmslos

8 Auch nach der radikalen Restrukturierungswelle gilt die Beschäftigung in einigen SOEs als vergleichsweise lukrativ, obgleich die einstigen Privilegien der Arbeiter in Staatsbetrieben im Vergleich zu anderen Arbeitnehmergruppen insgesamt an Bedeutung eingebüßt haben. In der staatseigenen Automobilindustrie verdienen die Beschäftigten jedoch noch durchschnittlich drei- bis viermal so viel wie in der Privatwirtschaft.

9 Der Staat ernennt die Mitglieder des Vorstandes auch in seiner Funktion als Aktieninhaber. Innerhalb der Firma, so die Ergebnisse einer Studie (über knapp 260 börsennotierte Unternehmen), besitzt das *board of directors* im Alltagsgeschäft die größten Entscheidungsbefugnisse, gefolgt von den Firmenmanagern, den Aktieninhabern und den Organisationen der KPCh (Nee 2005: 64). Die Umsetzung der neuen Unternehmensgesetze seit 1994 erweist sich in der Praxis jedoch als problematisch. So entstehen immer wieder Konflikte um die Nominierungsrechte der KPCh.

10 Vor den 2000ern hatten die SOEs diverse Verpflichtungen zu erfüllen, die einen Vergleich auf der Ebene der Rentabilität zwischen privaten und staatlichen Unternehmen eigentlich unmöglich machten. So mussten sie lange höhere Einkommensteuern zahlen und für die soziale Sicherung der Beschäftigten in höherem Maße als COEs, POEs oder FIEs aufkommen (Lo 2006: 25).

in staatlicher Hand, und 41 von ihnen haben ihren Hauptsitz in Beijing. Viele SOEs können, betriebswirtschaftlich betrachtet, auf erfolgreiche Umstrukturierungen verweisen (Oi 2011b: 3). Seit Mitte der 2000er berichten vor allem die größten, von der SASAC (auf zentraler wie lokaler Ebene) kontrollierten SOEs über eine erhebliche Zunahme der Produktionsmenge, der Gewinne und der an den Staat abgeführten Steuern (Oi/Han 2011: 34–35; Naughton 2011b: 74).

Auch die These eines lähmenden Einflusses der staatseigenen Unternehmen auf die nichtstaatlichen Bereiche der Wirtschaft (vgl. Huang 2008: 6) muss relativiert werden. So garantieren die SOEs vielen privaten Herstellern eine stabile Nachfrage, etwa auf dem Telekommunikationsmarkt, in dem Privatunternehmen eine wachsende Nachfrage der SOEs nach Ausrüstungen bedienen. Und umgekehrt sind enge geschäftliche Verflechtungen mit privaten Unternehmen zu beobachten: »For example, existing state owned companies would remain in existence, but perform a role of providing cheap supplies to a new privately owned company« (Breslin 2004: 22).

Der Reformprozess hat eine heterogene Unternehmenslandschaft hervorgebracht. Es gilt dabei jedoch folgenden Sachverhalt als Hintergrundannahme weiter zu beachten: Die Abgrenzung diverser Eigentumstypen, auch und gerade privater Formen, darf nicht dazu führen, deren Überlagerung durch privat-öffentliche Regime zu vernachlässigen. Es erscheint deshalb plausibel, von einer *Einheit in der Vielfalt* zu sprechen, von einem heterogenen Ensemble von Unternehmenstypen und Produktionsregimen, die gewissermaßen in einem staatskapitalistischen Dispositiv eingebunden sind.¹¹ Im Allgemeinen gilt das auch für das private Eigentum, wie an den Verlaufsformen und Konditionen von *management buy-outs* (MBO) nachgewiesen wurde:

Very often, the negotiated price is very low, which is accompanied by a maintenance of residual claims to profit by the local government. This is a clear example how even MBOs continue with mixed ownership because claims to residual income are a main component of property rights. (Hermann-Pillath 2006: 20)

Zudem sind viele private Unternehmen mit öffentlichen Einrichtungen (wie Universitäten oder Forschungsinstituten) verbunden. Umgekehrt sind die SOEs vielfach privat-kapitalistischen Dynamiken unterworfen, wie die nächsten Abschnitte weiter unterstreichen.

11 Darüber hinaus erscheint die Unterscheidung nach formalrechtlichen Kriterien problematisch. Das liegt unter anderem an undeutlichen Grenzen zwischen öffentlichen und privaten Eigentumsrechten sowie dem damit einhergehenden Bedeutungszuwachs von unpräzisen Bezeichnungen wie *Non-State-* oder *Popularly-managed-Firmen* (vgl. Holbig 2004: 241–245). Sie bezeugen die Legitimität von Arrangements, die nicht den vorgängigen rechtlichen Bestimmungen in China, aber ebenso wenig eigentumsrechtlichen Bestimmungen westlicher Kapitalismen entsprechen.

3.1.1.2 *Heterogene Produktionsregime*

In China existieren unterschiedlich beschaffene *regionale* und *sektorale* Produktionsregime, in denen entweder staatliche, private oder auslandsfinanzierte Unternehmen dominieren. In den meisten Fällen stellt das Produktionsregime allerdings eine Kombination aus privaten und staatlichen Unternehmen dar:

Most localities [...] have a hybrid economic structure that lies somewhere in the middle of the private-to-state sector spectrum, with an ambiguous mix [...] that may be quasi private, deeply embedded in the local political economy, or both. (Tsai 2005: 1144; vgl. Conlé 2011)

Exemplarisch für einen durch inländische Privatunternehmen dominierten regionalen Wirtschaftsraum steht Wenzhou in Zhejiang, eine mittlerweile auf 8 bis 9 Millionen Einwohner angewachsene Metropole, die bereits in der ersten Phase der Reformen einen prosperierenden Privatsektor (meist kleiner und mittlerer Betriebe) hervorbrachte. Im Gegensatz zu den auf engen Verbindungen mit den unteren Vollzugsinstanzen beruhenden Privatunternehmen lag der Anteil der SOEs an der Industrieproduktion hier bereits Mitte der 1980er weit unter dem landesweiten Durchschnitt. Von 19,4 Prozent im Jahr 1985 sank er bis in die 2000er auf 3 Prozent (Zeng/Tsai 2011: 50; vgl. Friedman 2011: 94–97). Nicht eine vorgezogene Privatisierungswelle, sondern die wettbewerbsgetriebene Dynamik der privaten Unternehmen sorgte für diese Verschiebung.¹² Zudem waren es vorwiegend einheimische Unternehmer, die die ökonomische Effizienzsteigerung antrieben.

Das bereits in der ersten Welle der Öffnungspolitik zur Sonderwirtschaftszone erklärte Xiamen in der Küstenprovinz Fujian stellt ein Beispiel für einen von auslandsfinanzierten Gesellschaften dominierten Wirtschaftsraum dar. Hier sank der Anteil des öffentlichen und halböffentlichen Sektors an der Industrieproduktion von annähernd 90 Prozent (1983) auf weniger als 17 Prozent (2004). Ausländische Unternehmen stellen hier seit Mitte der 1990er mehr als zwei Drittel aller Güter her (Zeng/Tsai 2011: 56; McNally/Chu 2006: 50). Ebenfalls von FIEs dominiert wird das Industriezentrum im Pearl-River-Delta in Guangdong. 65 Prozent der Industrieunternehmen sind hier als Privatunternehmen registriert, hinzu kommen 18 Prozent Joint Ventures. COEs und SOEs vereinen nur noch etwa 10 Prozent der industriellen Wertschöpfung auf sich.¹³

12 Im Süden der Provinz Jiangsu (»Sunan-Modell«, vgl. Huang 2008: 262–264) entstand ein dynamischer Privatsektor dagegen aus der Privatisierung staatlicher und kollektiver Unternehmen; eine familiale Organisation spielte eine untergeordnete Rolle.

13 Die maßgeblichen Investitionsräume besaßen lange bestimmte Produktionsschwerpunkte. Das Yangtse-River-Delta mit dem Zentrum Shanghai war und ist spezialisiert auf die kapitalintensive Produktion und die Herstellung von Computern, Halbleitern, Handys oder Autos. Das Pearl-River-Delta (vor allem Guangzhou, Dongguan, Shenzhen) vereinte bis vor wenigen Jah-

In den ehemaligen Zentren der Schwerindustrie im Nordosten Chinas lassen sich regionale Räume identifizieren, die noch bis Mitte der 1990er von den SOEs dominiert wurden, im Zuge der Restrukturierungswelle jedoch einem Wandel unterlagen, so dass sie nur noch bedingt als staatswirtschaftliche Produktionsregime betrachtet werden können. Die Provinz mit der höchsten Dichte an Staatskonzernen, Liaoning, wurde zu einem Pilotprojekt der Regierung: Die staatlichen Institutionen, nicht in erster Linie der anonyme Druck des Markts, leiteten hier die Transformation ein. Hunderte Manager von Staatsunternehmen, die zuvor noch den Status von Regierungsbeamten innehatten, wurden zu Eigentümern privater Unternehmen, stehen jedoch in fortwährend engem Kontakt zum Parteistaat (»red capitalists«). Teilweise werden auch große Metropolen wie Shanghai als staatszentrierte Produktionsregime bezeichnet. Eine Gruppe von Technokraten in der Stadtregierung hat hier ab den 1990ern einheimische, private Unternehmertätigkeiten eingeschränkt und stattdessen staatliche Investitionsprogramme sowie ausländische Investitionen zum Motor der wirtschaftlichen Dynamik gemacht (Huang 2008: 198–232).¹⁴

Auch wenn an dieser Stelle von einer genaueren *sektoralen* Analyse abgesehen werden muss, darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass Untersuchungen ebenfalls sektorspezifische Pfade der Restrukturierung diagnostizieren:

On the one side, the steel and to a lesser extent the petrochemical industry are still dominated by SOE, however, under strictly market-oriented management. [...] In the chemical industry, a rapidly expanding private sector exists and Joint Ventures and foreign companies are playing a bigger role, such as Germany's chemical giants BASF and Bayer with some of the largest petrochemical complexes in China. The auto industry occupies the middle ground between state-dominated and privately dominated industries. It is lead by Joint Ventures of multinationals with the three large Chinese auto holdings, FAW, Shanghai Automotive, and Dongfeng, with smaller private and local government owned automakers or auto holding companies as competitors. [...] On the other hand, the electronics and the textile and garment industries, China's two largest single manufacturing industries by employment, are mostly privately owned, industry structures are dominated by subcontractors or subsidiaries of foreign multinationals. (Lüthje 2009: 7; vgl. ausführlich: Lüthje/Luo/Zhang 2013)

Die, nach regionalen und sektoralen Kriterien betrachtet, heterogene Struktur der Wirtschaft konnte den Unternehmen zum Vorteil reichen. Aus der fragmentierten Entwicklung, besonders den ungleichen Produktionsbedingungen beziehungsweise Lohnsystemen zogen die in- und ausländischen Firmen ihren

ren eher die arbeitsintensive Herstellung auf sich, gleichwohl beherbergt die Region mittlerweile viele hochtechnologische Produktionsstätten.

14 In den ländlichen Gebieten Chinas lassen sich ebenfalls unterschiedliche Produktionsregime beobachten (He 2006: 332). Während einige ländliche Gebiete an funktionierende entwicklungsstaatliche Konstellationen erinnern, in denen die Unternehmerschaft teilautonom agieren

Nutzen. Die ungleichen Entwicklungsniveaus des Landes – hochmoderne urbane Zentren, Städte zweiter beziehungsweise dritter Kategorie, suburbane Räume und agrarisch geprägte, rückständige Gebiete – beförderten darüber hinaus einen internen Standortwettbewerb. Alles in allem wird hierdurch meine These einer *Einheit* in der Vielfalt zunächst infrage gestellt. In den nächsten Abschnitten werden jedoch weitere Dimensionen des chinesischen Kapitalismus analysiert, die es ermöglichen, auf den Aspekt der Vielfalt zu rekurrieren, ohne ihre verbindenden Elemente zu vernachlässigen.

Zunächst soll jedoch die Beschaffenheit der chinesischen Produktionsregime anhand des überaus bedeutsamen IT-Sektors weiter veranschaulicht werden.

3.1.1.3 Die Struktur des IT-Sektors

Der IT-Sektor gilt als technologisch fortgeschrittenster Industriebereich. Was die Performanz der chinesischen Unternehmen in diesem Sektor anbetrifft, konnten hier vor allem Unternehmen, die sich zwar teilweise nominell im Staatsbesitz befinden, jedoch praktisch eine operationelle Autonomie aufweisen, Marktanteile übernehmen und international konkurrenzfähig werden.

Seit den 1980ern erweiterten die Firmen des IT-Sektors ihre Autonomie. Die Zentralregierung ließ dies nach dem Vorbild des Silicon-Valley-Modells, der Bedeutung kleiner Start-up-Unternehmen für die Restrukturierung der amerikanischen Wirtschaft, zu. Als vielleicht bekanntestes Beispiel figuriert die mittlerweile in Lenovo umbenannte und privatwirtschaftlich operierende Computefirma Legend:

Legend became [...] what is arguably the first government-sanctioned management buy-out (MBO) of a state firm. Technically, Legend was an SOE, »owned« by the Chinese Academy of Sciences, which provided the initial personnel and modest financing for its creation. Along with other SOEs after the mid-1990s, Legend was to be »corporatized«, which involved explicitly demarcating the corporation's formerly vague and ambiguous ownership stakes. (Ernst/Naughton 2007: 41)¹⁵

Die Form eines Eigentümerwechsels, bei dem das betriebliche Management die Mehrheit des Kapitals von den staatlichen Eignern erwirbt, wurde fortan zu einem wesentlichen Vehikel der Umwandlung von SOEs im IT-Bereich.

kann und zugleich auf staatliche Hilfestellungen zurückgreift, dominieren in anderen Regionen »räuberische Praktiken« des Staatspersonals, die ihren Status dazu nutzen, exorbitant hohe Abgaben einzufordern (Unger 2002: 204–213). Daneben kam es außerhalb der urbanen Zentren, gewissermaßen in Umkehrung der ungleichen und kombinierten Entwicklung, partiell zu einer gesellschaftlichen Retraditionalisierung mit der Folge einer Wiederbelebung von patriarchalischen Clanstrukturen (Heberer 2008: 98).

15 Als passiver Investor hielt die Chinese Academy of Sciences im Jahr 2008 noch knapp 30 Prozent des Konzerns. Mittlerweile hat Lenovo die Unternehmensführung nach Hongkong verlagert.

Bis heute hat sich eine dreistufige Anordnung etabliert: Auf der *ersten Stufe* agieren große staatseigene Betriebe, vor allem in der Telekommunikationsindustrie, die von der SASAC beaufsichtigt werden.

The head of SASAC, Li Rongrong, has repeatedly made it clear that he sees SASAC's mission as increasing the value of government assets. While the central government will share ownership stakes with strategic investors and the public by floating some of the companies on stock markets, the government intends to maintain substantial control. Ironically, SASAC's interpretation of its mandate has increasingly followed a well-known business school logic: focus on core competencies, spin off non-core businesses. (Ernst/Naughton 2007: 43)¹⁶

Auf der *zweiten Stufe* befinden sich große Firmen mit Hybridcharakter, Firmen wie Lenovo, Haier, TCL, Founder, Huawei, ZTE, Datang oder SMIC. Sie gilt – abgesehen von den ausländischen IT-Unternehmen – als innovativster Bereich:

Second-tier firms have diverse origins: they may come from the state sector, from foreign investment, or, increasingly, may be domestic Chinese start-ups. [...] These firms are [...] creating one of the seed-beds of the new production forces and new interest groups shaping China's emergent capitalism. (Ernst/Naughton 2007: 45)

Anteile dieser Firmen befinden sich häufig im Besitz lokaler Regierungen. Überdies vernetzen sich diese Konzerne mit ausländischen Herstellern, orientieren sich an transnationalen Großunternehmen und delegieren große Teile der Produktion an Vertragsfertiger: »For example, in 2003, Lenovo outsourced 100 per cent of its laptops and 40 per cent of its motherboards to Taiwan contract manufacturers, thus turning the »international subcontracting« model on its head« (Ernst/Naughton 2007: 46).¹⁷

Auf der *dritten Stufe* lassen sich kleinere Privathersteller (und manchmal COEs) etwa in Zhejiang und anderen Küstenprovinzen identifizieren, die sich auf die Produktion spezifischer, nicht mehr allein niedrigtechnologischer Produkte konzentrieren, industrielle Cluster bilden und enge Verbindungen zu den lokalen Behörden pflegen. In den Industrieclustern konkurrieren und kooperieren jeweils Hunderte Firmen mit der Absicht, ihre Waren zumeist auf den Weltmärkten abzusetzen.

16 Einer der unter der Kontrolle der SASAC stehenden Elektronikkonzerne, »China Electronics Technology Corp.«, ist aus dem militärisch-industriellen Komplex hervorgegangen. Es ist ebenfalls kein Geheimnis, dass Firmen der zweiten Stufe wie Huawei enge Verbindungen zum Militär unterhalten.

17 Aus diesem Grund besteht auch das Personal von Firmen wie Huawei oder ZTE heute zu über 40 Prozent aus relativ gut bezahltem und umfassend ausgebildetem Forschungspersonal, und nicht vor allem aus Arbeitsmigranten, die eher bei den meist kaum namentlich bekannten Kontraktfertigern angestellt sind (Fan 2011: 845).

3.1.2 Die privat-öffentliche Organisation der chinesischen Wirtschaft

Wie gerade erläutert, lässt sich selbst im fortgeschrittensten Industriesektor eine enge Verschränkung zwischen Wirtschaft und Staat nachweisen. Annahmen einer sukzessiven »liberalen« Transformation scheinen sich nicht zu bestätigen. Das verweist exemplarisch auf ein allgemeines Kennzeichen der (heterogenen) chinesischen Produktionsregime, dem ich mich nachfolgend zuwende. Wie in Kapitel 2 bereits eingeführt, gehören die engen Verknüpfungen zwischen staatlichen, halbstaatlichen und privaten Akteuren genauso zu den Eigentümlichkeiten des chinesischen Kapitalismus wie die unternehmerischen Aktivitäten der unteren politischen Instanzen. Die manchmal als symbiotisch umschriebenen Beziehungen zwischen Partei, Staat und Unternehmen sind ab den 2000ern auch durch die formellen Privatisierungen nicht außer Kraft gesetzt worden.

Zur weiteren Erhärtung dieser These einer Verstetigung der privat-öffentlichen Organisation der chinesischen Wirtschaft untersuche ich nun Einflüsse der Unternehmen auf die staatlichen Institutionen und die sozialen Verbindungen der Wirtschaftselite mit der politischen Klasse. Anschließend werden die *Guanxi*-Beziehungsnetzwerke als fortwährend bedeutende nicht marktförmige Koordinationstypen des variierten Staatskapitalismus interpretiert.

3.1.2.1 Einflüsse der Unternehmen auf die staatlichen Institutionen

Seit Reformbeginn haben sich diverse Einflusskanäle der Unternehmen auf die staatlichen Institutionen etabliert. Das Erfordernis einer stetigen Einflussnahme resultiert aus der Struktur der politischen Ökonomie Chinas, die in einem hohen Maße Abhängigkeiten des unternehmerischen Handelns von staatlichen Institutionen begünstigt:

Every sector, from mining to computers, is highly regulated at every stage of business, including acquiring a business license; obtaining financing; engaging in research and development, production, sales, and distribution; distributing profits; and paying taxes. Because these regulations directly affect the profitability of MNCs and local industry alike, there is a strong incentive for firms to pay attention to and influence the policy process. (Kennedy 2007: 183)

Unternehmer bedienen sich aus diesem Grund einerseits des Mittels der *Konsultationen*. Andererseits werden über *Eingaben* Vorschläge an (lokale) »Politische Konsultativkonferenzen« zur Überarbeitung geltender Regeln gemacht – eingereicht durch Abgeordnete aus der Unternehmerschaft. Von noch größerer Bedeutung ist aber ein aktiver *Lobbyismus* (Heberer 2002; Holbig/Reichenbach 2005; Kennedy 2011c).

Zur *kollektiven* Einflussnahme stehen den Arbeitgebern eine Reihe von Verbänden oder verbandsähnlichen Organisationen zur Verfügung. Neben den

lokalen Handelskammern existieren große Verbände wie die All China Federation of Industry and Commerce (ACFIC), die Privatunternehmen repräsentiert, und zahlreiche kleinere, regional begrenzte Unternehmervereinigungen. Im Jahr 2010 existierten 700 nationale Wirtschaftsverbände und mehrere Tausend regionale Organisationen (Kennedy 2011c: 117). Auch wenn diese Verbände als Nichtregierungsorganisationen registriert sind, stehen sie in aller Regel unter staatlicher Aufsicht. Die ACFIC ist beispielsweise an die Abteilung »Einheitsfront« des Zentralkomitees der KPCh angebunden (vgl. Holbig/Reichenbach 2005). Doch das bedeutet nicht, dass sie nutzlos sind. Im Gegenteil, die vorhandenen Verbindungen mit dem Staatsapparat werden dazu genutzt, um nachdrücklich partikulare Interessen auf der politischen Ebene zu vertreten. Die ACFIC vermittelt zudem Kredite und kooperiert seit Längerem mit den staatlichen Banken, um zu einer Erhöhung des Kreditvolumens für den Privatsektor beizutragen (Holbig/Reichenbach 2005: 246–255).¹⁸ Und sie trug bereits mehrfach auch auf nationaler Ebene dazu bei, Reformen im Sinne der Privatunternehmen voranzutreiben, etwa im Falle der Verfassungsänderung zur Garantie des Privateigentums (2004) und der Kodifikation des Eigentumsrechts (»Sachenrechtsgesetz«) im Jahr 2007.¹⁹

Im Zuge der Etablierung eines Verbändewesens verlangen auch die *ausländischen Konzerne* nach Gesetzesänderungen und nutzen die Möglichkeiten der kollektiven Einflussnahme. Eine relevante Rolle besitzen verschiedene »trade groups«,

established without any Chinese government involvement, and thus, they fall outside the standard state-corporatist framework that governs local bodies. There are dozens of nationally based chambers of commerce, all of which have offices in the capital, and a few also have offices in Shanghai and Guangzhou. Some, such as the American Chamber of Commerce, were created by industry, and membership is limited to those who voluntary join. Others, such

18 Zu ihrem Funktionsspektrum gehören des Weiteren Markterschließungsmaßnahmen und außergerichtliche Schiedsverfahren (Holbig/Reichenbach 2005: 230–265). Auch sind bereits Spannungen mit Regierungsinstanzen aufgetreten (Holbig/Reichenbach 2005: 162). Im Herbst 2010 kam es zu Konflikten zwischen der NDRC und dem Arbeitgeberverband CAAM (China Association of Automobile Manufacturers) über die Frage von Überkapazitäten im Automobilsektor. Die CAAM argumentierte gegenüber der NDRC, die zuvor von einer möglichen Drosselung der Automobilproduktion durch den Staat sprach, dass die Überkapazitäten kein ernsthaftes Problem darstellten. Der Verband verwies sogar auf die wettbewerbsfördernden Wirkungen von Überkapazitäten.

19 Bereits 1998 votierten Privatunternehmer auf nationaler Ebene (in der Politischen Konsultativkonferenz, organisiert durch die ACFIC) für eine Änderung der Verfassung im Sinne einer Gleichstellung der Privatwirtschaft. Dabei wurde mit Verweis auf ein erfolgreiches Pilotprojekt in der Metropole Guangzhou und daran anschließend in der Provinz Guangdong – in dem gesetzliche Regelungen zugunsten privater Eigentumsrechte erlassen worden waren – dessen landesweite Generalisierung eingefordert (Heberer 2002: 16–20).

as the German Chamber of Commerce and the European Union Chamber of Commerce in China, were founded by their home governments, and all companies in China from their region are members. (Kennedy 2007: 187; vgl. GM 2010: 34–50)

Zudem agieren die ausländischen Konzerne in sektoralen Interessenverbänden und lassen sich von globalen »lobbying and public relations firms« beraten (Kennedy 2007: 188). Teilweise sind sie auch Mitglied in chinesischen Verbänden. Sollten diese Einflussnahmen ihre Wirksamkeit verfehlen, bleibt ihnen die Verbindung zu den Regierungen der Länder, in denen sie ihren Stammsitz haben, um auf diesem indirekten Wege zusätzlichen Druck auf die chinesischen Behörden auszuüben.

Darüber hinaus suchen Geschäftsleute den direkten, *individuellen* Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern. Abgesehen von den SOEs, die informellen Zusammentreffen immer schon den Vorzug gaben, hat diese Form der Einflussnahme bei privaten und ausländischen Unternehmen zugenommen. Die in der Literatur vielfach beschriebene Tradition der wechselseitigen, personalisierten Beziehungen (*guanxi*, siehe Abschnitt 3.1.2.3 in diesem Kapitel) spielt dabei eine wichtige Rolle, und nicht einfach nur als Ersatz für fehlende Gesetze oder Regulierungen. Selbst in den – auch die Verrechtlichung betreffenden – entwickeltesten Küstenregionen wie dem Pearl-River-Delta kultivieren Investoren enge Verbindungen zu Regierungsbeamten.²⁰ Aus demselben Grund besitzen die größten ausländischen Konzerne häufig ein Büro zu Repräsentationszwecken in der Hauptstadt Beijing, um direkten Kontakt zu Vertretern der Zentralregierung zu pflegen. Der Vorsitzende von Microsoft, Bill Gates, hat sich auf seinen über 25 China-Besuchen regelmäßig mit Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPCh im Sinne vertrauensbildender Maßnahmen getroffen.²¹

Genauer besehen, existieren darüber hinaus Varianten der Einflussnahme in verschiedenen Industrien und Regionen. Während in der Stahlindustrie aufgrund der dominanten Stellung von SOEs und ihrer volkswirtschaftlich überaus bedeutsamen Funktion kaum auf eine verbandliche Interessenpolitik zurückge-

20 Bei einem Betriebsbesuch bei einem führenden deutschen Leuchtmittelhersteller in Foshan im Rahmen einer Forschungsreise (am 6.11.2009) wurde dieser Befund bestätigt. Das Unternehmen kann nach Angaben des dortigen (deutschen) Betriebsleiters als einer der größten Hersteller Chinas auf gute Beziehungen zu politischen Institutionen zurückgreifen – auf der Ebene des Stadtbezirks sowie mit der Stadtregierung Foshan und dem verantwortlichen Ministerium der Provinzregierung von Guangdong. Ein Resultat dieser Verbindungen besteht darin, dass das Unternehmen in China offiziell als Vorzeigeunternehmen gilt und eine mediale Aufmerksamkeit auf sich zieht.

21 Dabei werden empirischen Untersuchungen zufolge vorwiegend *staatliche* Stellen kontaktiert, nationale Ministerien beziehungsweise Kommissionen unter Kontrolle des Staatsrates wie auch lokale Behörden, und weniger *Parteiorganisationen* (Kennedy 2011c: 118–119).

griffen wird und die Stahlkonzerne eher auf individuellem Wege mit den zuständigen Behörden interagieren (Kennedy 2011c: 119), erfordert die Situation in der Softwareindustrie – mit vielen kleineren, vorwiegend privaten Firmen ohne signifikanten politischen Einfluss – ein größeres Maß an kollektiver, verbandlicher Interessenvertretung. Geografisch lassen sich des Weiteren Regionen mit einem entwickelten Verbände- und Handelskammerwesen (etwa im Süden Zhejiangs, vgl. Friedman 2011: 101–106; Fewsmith 2011: 284–286) von Regionen mit einer unterentwickelten Verbandsstruktur unterscheiden.

Auch die Arbeitgeber insgesamt stellen keine homogene Einheit dar. So äußerten inländische Privatunternehmen vielfach Unmut über die Vorzugskonditionen staatseigener Betriebe und SOEs betrieben eine erfolgreiche Lobbyarbeit, um Steuervergünstigungen für ausländische Unternehmen zu beseitigen (Galagher/Ma 2011: 140). Zuletzt kam es allerdings auch zu grenzübergreifenden Interessenkoalitionen, zu transnationalen Allianzen. Ausländische Konzerne kooperieren etwa dann mit chinesischen Firmen, wenn aufgrund von Joint Ventures²² enge Verbindungen bestehen:

[H]aving Chinese allies has substantially increased their chances of changing regulations to suit their interests. When foreign companies have economically important and politically powerful Chinese firms on their side, it has been difficult for the Chinese government to adopt blatantly protectionist economic policies, because such regulations would hurt the Chinese partners as much as they would the foreign targets. (Kennedy 2007: 189)

Diese transnationalen Allianzen haben bereits auf mehreren Ebenen Wirksamkeit erlangt (Kennedy 2007: 191). Eine gemeinsame Interessenlage zwischen in- und ausländischen Unternehmen konnte den Ausgang von internationalen Handelsstreitigkeiten beeinflussen. Auf Grundlage einer Koinzidenz von Präferenzen der inländischen Automobil- und der ausländischen Stahlindustrie sind Bemühungen der chinesischen Regierung und großer staatlicher Stahlkonzerne konterkariert worden, die anstrebten, Zollerhöhungen für preisgünstigen Stahl aus dem Ausland durchzusetzen (Kennedy 2007: 192–193).

Alles in allem verleihen die engen Verknüpfungen zwischen Unternehmern und staatlichen Instanzen dem sozioökonomischen System jedoch ein vergleichsweise hohes Maß an Kohärenz. Sie überwiegen dabei die (in anderen Kapitalismusvarianten übliche) horizontale Kooperation zwischen Firmen bei Weitem. Weil (auch die ausländischen) Unternehmen zumindest auf lokaler Ebene in der Regel mit einer Unterstützung rechnen können – auf Ausnahmen in der aktuellen Diskussion um die Notwendigkeit des Rebalancing der Wirtschaft wird noch zurückzukommen sein –, gibt es für sie keinen ökonomischen Anlass,

22 In Joint Ventures, zum Beispiel in der Chemieindustrie, besitzt die chinesische Seite aber häufig eine Vormachtstellung bei wichtigen personal- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

das institutionelle Setting und das politische System Chinas insgesamt infrage zu stellen. Eher trägt die Unternehmerschaft dazu bei, staatliche Machtkapazitäten dieses Kapitalismus ohne wirksame demokratische Partizipationsrechte aufrechtzuerhalten, wie die nächsten Abschnitte zeigen werden.

3.1.2.2 Verbindungen der Wirtschaftselite zur politischen Klasse

Die engen Verknüpfungen zwischen Unternehmen und staatlichen Institutionen lassen sich nicht nur strukturell, das heißt aus dem eigentümlichen Aufbau der chinesischen Wirtschaft, ableiten. Ebenso bestehen enge *soziale* Verbindungen zwischen den wirtschaftlichen und politischen Führungskräften des Landes, wie sich elitensoziologisch zeigen lässt.

In der *Hurun Rich List* – dem chinesischen Äquivalent des *Forbes Magazine* – wird diese Annahme bestätigt: Von den 1.363 Einzelpersonen, die im Jahr 2010 als »Yuan-Milliardäre« gelten, besitzen 12 Prozent »significant government advisory posts, handing them a powerful platform in a business climate that values official contacts« (www.hurun.net/listreleaseen512.aspx).²³ Es wird geschätzt, dass jeder dritte Milliardär Parteimitglied ist und nahezu alle über gute bis sehr gute informelle Beziehungen zum politischen System verfügen. Ähnliches gilt für die breiter gestreute Schicht der reichen Chinesen, die verwandtschaftliche Bindungen mit politischen Entscheidungsträgern haben und/oder als Abgeordnete in lokalen Volkskongressen, den Politischen Konsultativkonferenzen und Unternehmerverbänden sowie Handelskammern tätig sind.

Die wirtschaftliche Führungsriege Chinas besteht – von den einflussreichen ausländischen und überseechinesischen Unternehmern abgesehen – aus mehreren Teilen. Dazu zählen *erstens* die Manager der SOEs und Staatsbanken, *zweitens* die Manager der großen und mittleren, nunmehr auch von Rechts wegen privaten Unternehmen sowie, *drittens*, die Eigentümer großer und mittlerer Unternehmen. Hinsichtlich des ersten und zweiten Segments der wirtschaftlichen Eliten können enge soziale Verbindungen zur politischen Funktionselite nachgewiesen werden. Die betreffenden Personen stammen häufig aus ehemals hohen Verwaltungspositionen im Staatsapparat oder der Staatswirtschaft. Auch das dritte Segment der wirtschaftlichen Elite setzt sich zu einem Teil aus Familien mit »offiziellen Hintergrund« zusammen, die vielfach nach der Devise »eine Familie, zwei Systeme« operieren – der Ehemann oder die Eltern bekleiden zum Beispiel hohe

23 Im erweiterten Zentralkomitee der KPCh saßen und sitzen Vorstandsvorsitzende nicht nur von staatseigenen Unternehmen. Dazu gehören etwa Zhang Ruimin, CEO bei Haier, eines der großen Vorzeigeunternehmen des Landes und offiziell als börsennotiertes Kollektivunternehmen geführt, und die Vorstandsvorsitzenden von anderen Flaggschiffunternehmen wie China Telecom, Sinopec, First Auto, TCL oder Shanghai Baosteel (C. Li 2009: 20–21).

Stellen in der (lokalen) Verwaltung, die Ehefrau oder die Kinder betätigen sich als Firmeneigentümer (eine Reihe von Beispielen gibt McGregor 2010: 194–228).

Eine weitere Gruppe von Unternehmern konnte den sozialen Aufstieg zwar aus einer benachteiligten Position heraus bewältigen. Doch selbst diese Gruppe

mit nichtoffiziellm Hintergrund hat ihren Weg nach oben durch den geschickten Austausch von extrasystemischen materiellen Werten gegen »Insider«-Machtressourcen gemacht. [Sie ist] mit der politischen Elite nicht durch personelle Bande, sondern über institutionelle Kanäle verbunden und setz[t] ihre Verbindungen zu Funktionären zur Maximierung ihrer persönlichen Interessen [...] ein. (He 2006: 422)

In jüngster Zeit hat des Weiteren eine Kohorte, die vor allem in High-Tech-Sektoren aktiv ist – als moderne Prototypen des Schumpeter'schen Entrepreneurs – die neuen Handlungsspielräume für ihren sozialen Aufstieg genutzt. Eine letzte hier aufgeführte Gruppe, die unmittelbar politische Funktionen innehat – städtische Beamte –, nutzt ihre Position ebenfalls dazu, unternehmerisch tätig zu werden.²⁴

Dass die Transformationsprozesse auf außergewöhnlich engen (wenngleich nicht immer konfliktfrei verlaufenden) Allianzen zwischen wirtschaftlichen und politischen Machteliten beruhen, die sich auch in faktischen Personalunionen²⁵ manifestieren, wird mit dem Terminus des »red capitalist« oder des »Kader-Unternehmers« gefasst. Wie Dickson auf der Basis zweier umfassender Feldforschungen von 1999 und 2005 in vier Provinzen (Hebei, Hunan, Shandong, Zhejiang) begründet, sind dabei im Verlauf des umfassenden Privatisierungsprozesses und der Heraufkunft eines Privatsektors keine signifikanten entgegenlaufenden Trends nachzuweisen (vgl. Dickson 2003, 2007). Im Gegenteil: Die Zahl der Privatunternehmer mit Parteimitgliedschaft ist zwischen Ende der 1990er und 2006 von circa 20 Prozent auf etwa 35 Prozent gestiegen (vgl. Heberer 2008: 55; Tsai 2007: 72–104).²⁶ Zum selben Zeitpunkt waren lediglich

24 Au veranschaulicht am Beispiel der Kommerzialisierung des öffentlichen Sektors: »For instance, the police department runs its own security guard companies; the labor department runs its own labor dispatch companies; the fire fighting department runs its own companies to sell fire extinguishers; and so forth. Their companies are always successful because they always use their coercive power to sell their services to firms and factories under their jurisdiction. [...] Their operations resemble the mafia; in fact, these officials often use local gangsters to do their jobs« (Au 2009).

25 Der Vorsitzende des Vorzeigeunternehmens Haier, Zhang Ruimin, beantwortete die Frage nach möglichen Konflikten zwischen der betrieblichen Parteipolitik und den Unternehmensinteressen unverblümt: »I appointed myself party secretary of Haier. So I can't have any conflicts with myself, can I?« (zitiert in: McGregor 2010: 194).

26 Heberer zufolge hat jedoch die direkte Mitwirkung etwa in lokalen Volkskongressen und in den ihnen zugeordneten Beratungsgremien, den Politischen Konsultativkonferenzen, mehr Vorteile als eine Parteimitgliedschaft (Heberer 2008: 55, 68–69).

6 Prozent der Gesamtbevölkerung Parteimitglieder. Parteinahе, »kooptierte« Unternehmer beziehungsweise »red capitalists« gaben in Umfragen an, dass ökonomische Vorteile und Verbindungen in die Politik wesentliche Gründe für den Parteieintritt darstellten (Dickson 2007: 841–842; Holbig 2004: 260).

Weil die Mehrheit zumindest der parteinahen Arbeitgeber im Allgemeinen zufrieden mit der Arbeit der Regierung und den Reformschritten ist, kann mitnichten davon ausgegangen werden – wie noch bis vor Kurzem in einer Reihe von Analysen (vgl. Rowen 2007 sowie das Sonderheft »Will China Democratize?« des *Journal of Democracy* 9[1] von 1998) –, dass die Unternehmerschaft ein Interesse an signifikanten politischen Veränderungen hegt. Dickson schlussfolgert:

In contrast to the popular perception that privatization is leading inexorably to democratization, and by extension that China's capitalists are democrats at heart, the most recent survey data suggest that they are increasingly integrated into the current political system. They are part of the status quo, not challengers on the outside looking in. On a variety of political questions, the views of entrepreneurs are remarkably similar to local Party and government officials. (Dickson 2007: 852)²⁷

Eher sind es Kleinunternehmer, die gegenüber dem politischen System und der Politik Vorbehalte äußern, dann jedoch im Allgemeinen zu politischer Indifferenz tendieren.

3.1.2.3 *Privat-öffentliche Wirtschaftsallianzen und Guanxi-Netzwerke: Mikrostrukturen des variierten Staatskapitalismus*

Eine erweiterte Analyse kapitalistischer Entwicklungen geht davon aus, dass moderne Wirtschaften von einer Reihe nicht marktförmiger Koordinationsformen durchzogen sind. In diesem Kapitel wurden bereits die Rolle der Verbände und die Verbindungen zwischen der Wirtschaftselite und der politischen Klasse behandelt. Hinzu tritt nun der Faktor des Vertrauens und des Sozialkapitals.

In der Chinaforschung wird der Sachverhalt enger Verknüpfungen zwischen Personen und Kleingruppen für gewöhnlich mit dem Begriff des *guanxi* umschrieben. Die Nation erscheint als *Guanxi*-Gesellschaft, in der extrem personalisierte und berechnende Interaktionsweisen das Handeln beherrschen – als Sys-

27 In der Partei wurden zwei Motivationen bei dem Versuch der Kooptation von Unternehmern festgestellt: Einerseits ist es der politischen Klasse an kooperativen Beziehungen mit denjenigen sozialen Gruppen gelegen, die verantwortlich für das wirtschaftliche Wachstum sind. Besonders ist das für Parteioffizielle der unteren Gebietskörperschaften relevant, deren Karrierepfade direkt an hohe Wachstumsraten geknüpft sind. Andererseits gilt es, gewissermaßen präventiv, die Bildung organisierter Oppositionen zu unterbinden (Dickson 2003: 89–115). In den Unternehmen mit »rotem« Vorstand ist es überdies wahrscheinlicher als in anderen, dass betriebliche Parteigliederungen bestehen.

tem von Leistung und Gegenleistung, das ebenso zwischen Unternehmen wie zwischen Unternehmen und bürokratischen Instanzen funktioniert. In diesem Zusammenhang wird auch von der »menschlich-affektiven Kreditkarte« (*renqing xinyongka*) gesprochen (Heberer 2008: 93).

Wie bereits erwähnt, weist die Wirtschaftsgeschichte des Landes eine reiche Tradition der netzwerkförmigen Geschäftstätigkeit und enger Familienbande auf (Yang 2002: 467).²⁸ Ihr Fortbestand stellt jedoch nur noch vordergründig eine vormoderne Vergesellschaftungsform dar. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass es gerade diese sozialen Interaktionsmuster, modern interpretiert, sind, die die kapitalistische Ressourcenallokation unterstützen. Der Begriff der *Guanxi*-Beziehungen darf daher nicht als eine essenzialistische Typisierung historischer Kulturen verstanden werden, sondern kann als eine Form der gering verrechtlichten, nicht marktförmigen Kooperation in vergleichender Perspektive untersucht werden.²⁹

In einer politökonomischen Perspektive werden die *Guanxi*-Interaktionen als Kompensation für fehlende ordnungssetzende Grundlagen marktwirtschaftlichen Handelns verstanden (Wank 1999; Wu 2001). Sie erleichtern eine schnelle Reaktion auf Marktsignale. Die Familie beziehungsweise die Beziehungen zwischen Verwandten oder engen Freunden als Mittel der Kapitalbeschaffung und der Neuerschließung von Geschäftsfeldern besitzen insbesondere dann eine Relevanz, wenn Vertrauen beziehungsweise Vertrauenswürdigkeit nicht einfach durch einen anonymen Markt hergestellt werden können.³⁰

28 Der geschäftliche Erfolg enger Netzwerke wird von Wirtschaftssoziologen wie folgt interpretiert: »Unternehmer müssen Beziehungen auch mit Kooperationspartnern außerhalb der eigenen Gemeinschaft aufbauen, ohne den Rückhalt der eigenen Gruppe zu verlieren [...]. Sie müssen, um es in der Terminologie Granovetters zu formulieren, die Kunst beherrschen, »weak ties« nach dem universalistischen Kriterium des geschäftlichen Erfolges aufzubauen, ohne dabei jedoch ihre »strong ties« einzubüßen. Diese Kunst selbst scheint freilich teilweise auf kulturellen Prädispositionen zu beruhen: Granovetter nennt die Auslandschinesen als Beispiel für eine unternehmerisch besonders anpassungsfähige Gruppe« (Deutschmann 2009a: 44).

29 In einer spezifischen Weise wirken hierbei auch kulturelle Traditionen fort, etwa Vorstellungen über Eigentumsrechte, die es in der komplizierten Matrix von formaler staatlicher Verfügung (etwa über Land) und informellem, privatem Wirtschaften erleichtern, unternehmerisch zu handeln: »The traditional concept of property in China never supported the absolute property rights familiar in the Western world [...]. Individual property was conceived as a relational category in two senses: First, property belongs to the family, such that the individual owner is only a temporary caretaker who is obliged to increase its value for the coming generations, and second, individual property was perceived as being embedded into a web of social relations in the village, which was a major obstacle to the emergence of land markets in China. Instead, a complex system of tradable and embedded lease-rights emerged« (Herrmann-Pillath 2006: 14).

30 Anerkannte *Guanxi*-Praktiken und die unter Strafe gestellte Korruption liegen dabei auf einem Kontinuum.

Ausländische Investoren passen sich diesen Gegebenheiten in gewisser Weise an. Ein Beispiel aus der Automobilindustrie veranschaulicht das: Es zeigt, wie der VW-Konzern Wettbewerbsvorteile gegenüber seinem Konkurrenten Peugeot durch den Einsatz nicht marktförmiger Strategien erzielen konnte. Beide Unternehmen waren seit 1985 in Joint Ventures auf dem chinesischen Markt vertreten. Während VW jedoch zu einem der wichtigsten ausländischen Automobilhersteller avancierte, schlugen die Bemühungen von Peugeot fehl:

VW's success lies in its market and nonmarket strategies, its amicable relationship with Chinese officials, [...] its use of local management, and its quick response to challenges with strong local manufacturing and distribution networks. Peugeot, on the other hand, used [...] approaches developed in France. It developed only narrow networks [...], and depended too much on French expatriate managers. (GM 2010: 54)³¹

Eine spezielle Funktion dieser Sozialbeziehungen besteht darin, dass sie als *politisierte* Netzwerke private Unternehmer mit Entscheidungsträgern verbinden und in dieser Weise eine vorteilhafte Grundlage der wirtschaftlichen Dynamik bilden:

In a sense, the practice of guanxi is being adapted to the structural needs of China's emerging capitalism [...]. Guanxi are melded with newly established formal institutions and serve as a key mechanism through which wealth is accumulated. In the future, the penetration of guanxi networks into all aspects of business-industrial activities might even be perceived to lend the emerging institutions of Chinese capitalism their competitive advantage. (McNally/Guo/Hu 2007: 2)

Mit Bourdieu ließe sich von einer Form des »sozialen Kapitals« sprechen, welches aus der Nutzung eines Netzwerks von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens resultiert (Bourdieu 1992: 63; vgl. Heberer 2008: 91–94). Es handelt sich hierbei um Mikrostrukturen des variierten Staatskapitalismus, in denen (in letzter Instanz vom Staat definierte) private und staatliche Akteure auf verschiedenen Ebenen verbunden sind. Die *Guanxi*-Netzwerke verleihen der chinesischen Ökonomie ein hohes Maß an partikularer, das heißt in den Grenzen einer Wettbewerbsgesellschaft verlaufenden Koordination.³² Häufig fungieren sie dabei als lokale

31 Ähnliches gilt für das Unternehmen Siemens. Im Jahr 2007 war das Unternehmen sogar in Bestechungsaffären verstrickt, die in langjährigen Haftstrafen für lokale Regierungsoffizielle gipfelten (GM 2010: 97–107).

32 In der Volkswirtschaft variiert die Bedeutung der *Guanxi*-Beziehungen. In den Sektoren mit traditionell weitreichender staatlicher Kontrolle wie dem Immobiliensektor kann eine hohe Dichte an *Guanxi*-Netzwerken beobachtet werden. Untersuchungen verweisen zudem darauf, dass die Bedeutung des *guanxi* mit dem Wachstum der Firma nicht abnimmt (McNally/Guo/Hu 2007: 16; vgl. Wank 1999). Eine weitere Differenzierung betrifft die *Struktur* des *guanxi*, die Unterscheidung von informellen und stärker formalisierten Typen. Während informelle Beziehungen besonders in Allianzen bestehen, deren privater Arm (zum Beispiel der Vorsitzende einer Firma)

Vermittlungsinstanzen zur Weltwirtschaft, das heißt zu den Exilchinesen und ausländischen Unternehmern. Die privat-öffentlichen Allianzen repräsentieren keinen allmählich fortschreitenden Übergang zum »reinen« Markt, sondern sind selbst als eine Form der Vermarktlichung anzusehen. Dieser Sachverhalt drückt zugleich eine, wenn auch eigentümliche Form der für kapitalistische Systeme charakteristischen strukturellen Interdependenz zwischen politischen und ökonomischen Akteuren aus.³³ Die kommerzielle Rationalität gründet hierbei gleichsam auf einer fortwährenden Kultivierung persönlicher Beziehungen zu lokalen Gebietskörperschaften, und umgekehrt.³⁴

3.1.3 Der Unternehmenssektor als Stabilisator des Status quo: Erste Schlussfolgerungen

Abschließend soll noch einmal verdeutlicht werden, dass ein im Unterschied zu markt- und unternehmenszentrierten Kapitalismustheorien erweiterter Forschungsrahmen bei der Untersuchung der chinesischen Wirtschaft und den Ursachen ihres Wachstums beziehungsweise dessen Verstetigung dienlich ist. Dabei ergibt sich ein vorläufiges, in den nächsten Teilen der Untersuchung zu vervollständigendes Bild:

In China hat sich eine heterogene Unternehmenslandschaft mit unterschiedlichen Produktionsregimen etabliert. Zum Verständnis dieser institutionellen Bricolage ist es notwendig, parteistaatliches Handeln sowie weitere nichtmarktliche Kooperationsweisen zu berücksichtigen, die den Unternehmenssektor in spezifischer Weise überlagern – und damit, in einem gewissen Sinne, eine Einheit in der Vielfalt erzeugen.³⁵ Das gilt auch für die Figur des neuen risikobe-

lediglich in der Vergangenheit politische Ämter bekleidete, dominieren formellere Beziehungen dann, wenn der private Arm zugleich offizielle Positionen im politischen System bekleidet.

33 Vergleichen könnte man diese mit »patrimonialen« Beziehungen in anderen »Transformationsländern« oder in einigen Staaten Lateinamerikas (King/Szelényi 2005: 221). Wank verweist ferner auf Parallelen zu westeuropäischen Industriedistrikten in Baden-Württemberg oder in der norditalienischen Region Emilia-Romagna, in der unzählige interpersonale Verbindungen zwischen lokalen Verwaltungen, staatlichen Unternehmen und Privatfirmen bestehen (Wank 1999: 12, 155). Andere Autoren ziehen Parallelen zu den USA: »What the Chinese call *guanxi* is very like what Americans call horse-trading. [...] The evidence in both the US and China is that this kind of wide-open alliance between state and capital for regional development works very well indeed« (Walker/Buck 2007: 64).

34 Es ist daher fragwürdig, davon auszugehen, dass die privaten Akteure in einem »höheren« Entwicklungsstadium Chinas zu den allein relevanten Agenten der Handlungskoordination werden, wie das Autoren unterstellen (Ahrens/Jünemann 2006: 32–33).

35 An dieser Stelle werden die *Gemeinsamkeiten* der verschiedenen chinesischen Produktionsregime akzentuiert. Diese Vorgehensweise steht meines Erachtens nicht im Gegensatz zur Annahme, dass zur detaillierteren Untersuchung einzelner Produktionsregime und Unternehmensformen

reiten (Privat-)Unternehmers in der Volksrepublik.³⁶ Das Handeln dieser, auf die Verfolgung begrenzter Einzelinteressen fokussierten Entrepreneur*innen muss im Zusammenhang mit ihrer institutionellen Einbettung analysiert werden. Auch wenn es immer wieder zu Störungen in den privat-öffentlichen Wachstumsallianzen des chinesischen Kapitalismus kommen mag, funktionieren die Beziehungen zwischen in- beziehungsweise ausländischen Unternehmen und den staatlichen Institutionen, flankiert von informellen *Guangxi*-Netzwerken, im Allgemeinen im Interesse einer maß- und endlosen Akkumulation des Kapitals.³⁷ Alles in allem überwiegen die privat-öffentlichen Wirtschaftsallianzen zudem die Bedeutung rein privater horizontaler Kooperationen zwischen Unternehmen. In der Sprache der Vergleichenden Kapitalismusforschung zeitigt hierbei ein auf den ersten Blick inkohärentes Setting institutionelle Komplementaritäten beziehungsweise positive Externalitäten, das heißt produktive Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung.

Der Unternehmenssektor hat auf diese Weise zur Dynamisierung der kapitalistischen Modernisierung und zur Stabilisierung des politischen Status quo beigetragen. Insbesondere gilt das für jene Unternehmen, die über besonders enge Verbindungen zu den staatlichen Instanzen verfügen:

Red capitalists operate the largest firms and are the most likely to be involved in the political arena. Indeed, most of them [...] are more likely to support the [...] existing authoritarian political system rather than pose a direct challenge to it. This is a key element of the CCP's strategy for survival, and so far it is working. (Dickson 2007: 852)

Dass diejenigen neuen Unternehmer, die nicht aus parteinahen Familien stammen, zu einer Bedrohung der Parteiherrschaft werden, ist unwahrscheinlich. Auch im Privatsektor, in dem zwar beispielsweise die Mittel der direkten Parteikontrolle begrenzt sind (Andreas 2009: 254), existieren enge Verbindungen zur politischen Klasse und Parteiorganisationen, die in der Regel als für die Entwicklung des Unternehmens förderlich betrachtet werden.

Ein weiteres Merkmal der chinesischen Wirtschaft kann unter Rückgriff auf das Konzept der ungleichen und kombinierten Entwicklung identifiziert wer-

beziehungsweise von spezifischen Interaktionen zwischen ihnen wieder ein stärkeres Augenmerk auf die *Unterschiede* gelegt werden muss.

36 Selbst im Zentrum der einheimischen Privatwirtschaft, in Wenzhou, existieren etwa enge Beziehungen zwischen Staat beziehungsweise Parteifunktionären und (vor allem den größten) Unternehmen (vgl. McGregor 2010: 215–219).

37 Naughton fasst diesen Nexus, vereinfachend, wie folgt zusammen: »Communist Party leaders have been given a stake in the marketization process, and became reasonably confident that marketization would benefit themselves and their families. If one imagines the Chinese reform process as a Coasian bargain between growth-oriented reformers and vested interest groups, one can capture almost all of the key dynamics« (Naughton 2009: 14).

den: So befördern die ungleichen Entwicklungsniveaus – Teile der Küstenprovinzen, die für sich genommen bereits eine größere Einwohnerzahl als die USA aufweisen und zu den produktivsten volkswirtschaftlichen Regionen der Erde aufschließen, stehen weniger entwickelten Regionen diametral gegenüber – *und* die heterogenen Produktionsregime des Landes einen internen Standortwettbewerb, in dem sich die Unternehmen ungleiche Produktionsbedingungen und Lohnsysteme zunutze machen. Zudem erschwert diese Heterogenität Bemühungen um eine Vereinheitlichung von Arbeitsstandards. Einheimische und ausländische Unternehmen ziehen aus der ungleichen Entwicklung in China erhebliche Vorteile – unter Billigung der daraus resultierenden sozialen Folgekosten. Weil sich soziale Anliegen bislang nicht oder nur unwesentlich gegen die Marktkräfte, die Prozesse der Kommodifizierung (und Prekarisierung) sowie im politischen Herrschaftssystem haben durchsetzen können, stehen unternehmerischen Initiativen entsprechend viele »Optionen« offen. Der Aspekt der kombinierten Entwicklung dient ferner der Erklärung, wie moderne Formen der Unternehmensführung mit autochthonen Traditionen (etwa *guanxi*) verknüpft wurden und werden, um einen relativ effizienten Ablauf wirtschaftlichen Handelns zu garantieren.

Alles in allem fungierten die privat-öffentlichen Unternehmensallianzen bislang als Stabilitätsanker der gesellschaftlichen Entwicklung Chinas. Allerdings drohen einige Entwicklungstendenzen des chinesischen Kapitalismus diesen über einen längeren Zeitraum vergleichsweise konsistenten Wachstumspfad zu unterminieren, wie der nächste Teil der Arbeit nachzuweisen versucht. Ebenso ist fraglich, ob sich das weitgehende Fehlen einer autonom agierenden Zivilgesellschaft nicht selbst als Wachstumshemmnis erweist und sich vielmehr Grenzen der »Subordination« andeuten.

3.1.4 Paradoxien der Prosperität: Zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nach 2008

Bislang konnte die in die Weltwirtschaft integrierte, öffentlich-private Mischwirtschaft Chinas eine außergewöhnliche Akkumulationsdynamik vorweisen. Doch zeichnen sich einer Reihe von Autoren gemäß in jüngster Zeit, nicht zuletzt als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008, Faktoren ab, die zur Destabilisierung des Wachstums und des relativen sozialen Friedens beitragen (vgl. Akyüz 2011; de Haan 2010; Hung 2009a; Liang 2010; Naughton 2010b; Walter/Howie 2011; und die Beiträge in: Zheng/Tong 2010).

Um dies zu überprüfen, werde ich im Folgenden einige Paradoxien der Prosperität herausarbeiten. Im Anschluss an die Darstellung wirtschaftlicher Fundamentaldaten, wie den BIP-Wachstumsraten, den Investitionsquoten und

den Profitraten von Unternehmen (3.1.4.1), untersuche ich die positiven und negativen Folgen der globalen Integration Chinas (3.1.4.2). *Einerseits*, so wird gezeigt, unterhöhlen die Abhängigkeiten des chinesischen Exportismus von transnationalen Produktionsverbänden und weltwirtschaftlichen Entwicklungen sowie die Empfindlichkeit gegenüber protektionistischen Maßnahmen die Wachstumsdynamik. *Andererseits* profitiert die Volkswirtschaft weiterhin von einer hohen Exportquote und vom Technik- und Wissenstransfer; zudem wird eine Diversifizierung der Exporte und werden internationale Aktivitäten chinesischer Konzerne vorangetrieben, um von den Konsumentenmärkten des Nordens unabhängiger zu werden.

In einem weiteren Schritt wird unter Zuhilfenahme der ermittelten Befunde infrage gestellt, ob das aktuelle Ziel der Zentralregierung eines Rebalancing der Wirtschaft erreicht werden kann, das heißt eine Abkehr von der einseitigen, auf einem Niedriglohnregime gründenden Exportorientierung und einem investitionsgetriebenen Wachstumspfad (3.1.4.3). Dabei stelle ich einen chronischen Mangel der Konsumnachfrage auf dem Binnenmarkt sowie Überinvestitionstendenzen fest und identifiziere diejenigen sozialen Kräfte, die einen Einstieg in das Ende des Niedriglohnmodells verhindern.

3.1.4.1 Wachstumsraten, Investitionsquoten und Profite

Jährliche Wachstumsraten des Industriesektors von 15 Prozent seit 1980 lassen es nicht als übertrieben erscheinen, diese Entwicklung als historisch außergewöhnlichen Prozess der Industrialisierung zu bezeichnen. China vereint mittlerweile etwa 20 Prozent der weltweiten Industrieproduktion auf sich und ist dabei, die USA als wichtigsten Industriestandort der letzten hundert Jahre zu überholen. Die weltweit umfangreichsten Investitionen in den Aufbau von Infrastrukturen haben darüber hinaus den Urbanisierungsprozess beschleunigt: Im Jahr 2011 wohnten offiziell 51 Prozent der Gesamtbevölkerung in Städten. Faktisch dürfte die urbane Bevölkerung die 50-Prozent-Marke bereits länger überschritten haben, weil viele ehemalige Bauern nicht in den Städten gemeldet sind und offiziell als »ländlich« deklarierte Zonen faktisch suburbanen Charakter aufweisen. Offiziellen Schätzungen zufolge wird die städtische Bevölkerung bis zum Jahr 2020 dem ungeachtet um weitere 200 Millionen Menschen wachsen.³⁸ Indiens Stadtbevölkerung machte im Jahr 2005 erst ein Drittel der Einwohner aus.

38 Eine Bevölkerungsdichte von über 16.000 Einwohnern pro Quadratkilometer ist in dicht besiedelten Teilen chinesischer Städte keine Seltenheit (in Berlin sind es etwa 4.000 Einwohner pro Quadratkilometer) und 20 bis 50 Stockwerke hohe Wohnhochhäuser prägen das Bild der über einhundert Millionenstädte. Diese weisen zudem eine sehr hohe Barrierehdichte auf: Teile der Stadtbevölkerung leben in durch Mauern und Zäune (sowie Rollgatter und Videokame-

Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts haben in der Reformperiode wie genannt Rekordwerte erzielt. Das durchschnittliche BIP-Wachstum konnte zwischen 1978 und 2010 jährlich um 9,6 Prozent erhöht werden.³⁹ Damit überragt die chinesische Entwicklung seit 1978 statistisch betrachtet jeden anderen langen Aufschwung in der Geschichte des Kapitalismus. Eine Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens von über 6 Prozent über einen längeren Zeitraum hinweg konnte selbst in Japan nicht über einen derart langen Zeitraum erzielt werden, zumal sie weitaus mehr Menschen betraf (Naughton 2007: 142–143).⁴⁰

Ähnlich wie in anderen kapitalistischen Ökonomien, wenn auch auf einem höheren Niveau, verlief das BIP-Wachstum zyklisch: Besonders hohe Wachstumsraten von 11 Prozent und mehr in den Jahren 1978, 1984/1985, 1992 bis 1994 oder 2006/2007 wurden von schwächeren Phasen mit 3 bis 4 Prozent Wachstum (1989/1990) und 7 bis 8 Prozent Wachstum (1998/1999) abgelöst. Noch volatiler erscheint die wirtschaftliche Entwicklung, wenn man wie in Abbildung 3-1 die Quartalszahlen analysiert, die Zuwächse zwischen 0,2 Prozent (4. Quartal 1989) und 17,3 Prozent registrieren (4. Quartal 1992).

Zudem sind erhebliche regionale Differenzen zu verzeichnen: Während die Küstenprovinzen über lange Zeiträume Wachstumsraten von über 11 Prozent aufwiesen, konnten die ärmeren Binnenprovinzen lediglich 6 bis 8 Prozent Wachstum erzielen. Allein das Pearl-River-Delta und das Yangtse-River-Delta als Motoren des Außenhandels und Vorreiter der Modernisierung vereinten im Jahr 2008 fast ein Viertel des BIP-Wachstums auf sich (Yu 2010: 90). Auch innerhalb von Provinzen kommt es zu signifikanten Wachstumsfluktuationen.

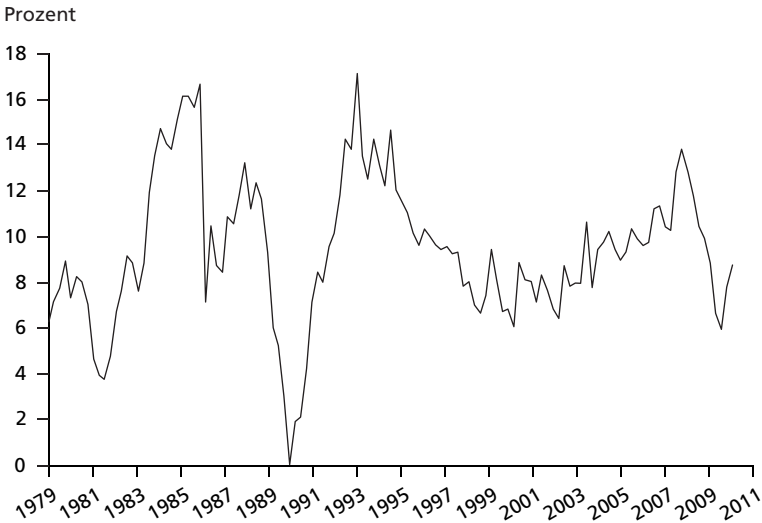
Die besonderen Erfolge in der Industrialisierung des Landes spiegeln sich in den Zahlen zur Wertschöpfung nach getrennten Wirtschaftssektoren wider:

ras) abgetrennten Wohnsiedlungen. Und: Zwar gilt offiziell die Abwesenheit von Slums als Rechtfertigung für das *Hukou*-System (Herd/Koen/Reutersward 2010: 22), doch leben viele Arbeitsmigranten faktisch in slumähnlichen Verhältnissen.

39 Zu den Fallstricken der offiziellen chinesischen Statistik vgl. Naughton (2007: 140–142). Naughton geht davon aus, dass diese das BIP-Wachstum um etwa ein bis zwei Prozent überschätzt. Weil lokale Offizielle im Falle einer Erfüllung von Planzielen eine Aufwertung erfahren können, werden lokale Statistiken häufig nach oben korrigiert. Dem steht allerdings auch ein hoher Anteil »grauer« und »schwarzer« Märkte gegenüber, der das reale BIP-Wachstum noch einmal um bis zu 10 Prozent ansteigen lassen würde. Zudem fälschen Unternehmen häufig ihre Bilanzen, um ihre Abgabenlast zu reduzieren.

40 Laut Weltbank ist China damit vom »low income« zum »middle income country« geworden. Den Indikatoren der Weltbank zufolge galten im Jahr 2004 nur noch etwa 15 Prozent der Bevölkerung als absolut arm. Anfang der 1980er lebte noch die Hälfte der Bevölkerung von weniger als einem USD pro Tag. Die Beijinger Regierung kämpfte lange dafür, besonders während der Verhandlungen über den WTO-Beitritt, den Status des Entwicklungslandes aufrechtzuerhalten, um eine günstigere Verhandlungsposition gegenüber entwickelten Volkswirtschaften einnehmen zu können.

Abbildung 3-1 Wirtschaftswachstum in China 1979 bis 2009



Quelle: Laurenceson/Rodgers (2010: 325).

Die Industrie produzierte 2010 über 46 Prozent des BIP (siehe Tabelle 3-1). Der Dienstleistungsbereich vereinte 43 Prozent des BIP auf sich, der landwirtschaftliche Sektor trägt nur noch etwa 10 Prozent der Wertschöpfung bei. Für das BIP-Wachstum von 10,3 Prozent in 2010 zeichnete zu zwei Dritteln der Industriesektor verantwortlich (ADB 2011: 119).⁴¹

Grundlage des Aufbaus moderner Industrien war die im internationalen Vergleich sehr hohe *Investitionsquote*. Die Bedeutung der Investitionen nahm im Zeitverlauf noch zu, von über 30 Prozent des BIP in den 1990ern auf 40 Prozent nach 2000. In den letzten Jahren sind historische Spitzenwerte in Höhe von 50 Prozent des BIP erzielt worden, die Überinvestitionstrends befördern. Damit rangiert die VR China in der Dauer des Investitionsbooms (auch und gerade des fixen Kapitals, also Fabriken, Straßen oder Anlagen) vor allen anderen kapitalistischen Ökonomien.⁴² In Japan (in den 1970ern) oder Südkorea (in den 1990ern)

41 Das zweitgrößte Schwellenland der Erde, Indien, besitzt eine etwas andere Struktur als China. Hier vereint der primäre Sektor noch circa 20 Prozent, der sekundäre (Industrie-)Sektor knapp 30 Prozent, der tertiäre Sektor dagegen über 50 Prozent der Wertschöpfung auf sich (Steinherr 2008).

42 Noch höher als in der verarbeitenden Industrie liegen gegenwärtig die Investitionsquoten im Baugewerbe und den mit ihm verbundenen Dienstleistungsbereichen (Ma/Yi 2010: 9).

Tabelle 3-1 Zusammensetzung des BIP nach Wirtschaftssektoren, in Prozent

	1979	1989	1999	2009	2010
Primärsektor	31,27	25,11	16,47	10,35	10,10
Sekundärsektor	47,10	42,83	45,76	46,30	46,75
Tertiärsektor	21,63	32,06	37,67	43,36	43,14

Quelle: NBS (2011: Tabelle 2-2).

konnten zwar ähnlich hohe, aber niemals über vergleichbar lange Zeiträume solche Zuwächse an Bruttokapitalinvestitionen erreicht werden.⁴³ Ein wichtiger Teil der Investitionen stammte dabei aus Rücklagen von Unternehmen des Nordens. Zudem wies der chinesische Finanzsektor eine hohe Liquidität auf.

In den letzten zehn Jahren hat sich aus diesem Grund der Trend von einer vorwiegend arbeitsintensiven zu einer zunehmend *kapitalintensiven Produktion* intensiviert. Seit Langem beruhte das chinesische Akkumulationsregime auf der extensiven Nutzung von Lohnarbeit und natürlichen Ressourcen. Dabei wurde eine Phase der vorwiegenden Stärkung leichtindustrieller Produktionsbereiche vom Wachstum technologieintensiver Sektoren überlagert. In der zweiten Reformphase endete damit der frühere, arbeitsintensive und zugleich stärker konsumorientierte Wachstumspfad (Lo 2006). Dem entspricht eine seit den 1990ern ansteigende *Arbeitsproduktivität*. Die Produktivität der Arbeitnehmer stieg jahresdurchschnittlich um 2,6 Prozent in den 1970ern, 3,2 Prozent in den 1980ern, 7,3 Prozent in den 1990ern und 13,3 Prozent von 2000 bis 2003 an (O'Hara 2006: 399–400).⁴⁴ In den letzten Jahren setzte sich dieser Trend mit Wachstumsraten um etwa 10 Prozent fort (Leung 2011).⁴⁵ Er ist auf die Zunahme des Wettbewerbs und der (ausländischen) Investitionen, auf höhere R&D-Ausgaben sowie den staatlichen Schutz junger Industrien zurückzuführen (Herr 2011: 10–12).

Was die *Rentabilität* des eingesetzten Kapitals anbetrifft, grenzen Autoren eine Phase der Senkung der Profitraten (nicht nur bei Staatsunternehmen) in den 1990ern von einem Anstieg der Profitraten von Ende der 1990er bis 2007 ab (Felipe/Laviña/Fan 2008: 748–753; Lo/Zhang 2011: 48–49; Ma/Yi 2010: 12; Naughton 2011b: 74–75). Der Anteil des Privatsektors an den gesamten

43 Laut Statistischem Bundesamt lagen die Bruttoinvestitionen im Verhältnis zum BIP in Deutschland im Jahr 2007 bei 18,3 Prozent, in den USA bei 18,7 Prozent, in Japan bei 17,6 Prozent. In Indien lag die Quote ebenfalls sehr hoch, bei 36,9 Prozent.

44 Die »totale Faktorproduktivität«, ein Maß zur Betrachtung des technischen Fortschritts, ist dagegen, so Huang, ab Mitte der 1990er, im Unterschied zur ersten Reformphase, weniger stark gestiegen (Huang 2008: 288–290).

45 Das Land weist damit höhere jährliche Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität auf als sämtliche OECD-Ökonomien (Südkorea eingeschlossen) sowie Indien, Südafrika und Brasilien (Herr 2011: 9).

industriellen Profiten hat sich in den 2000ern verdoppelt. In den »Krisenjahren« 2008/2009 konnte die hohe Profitabilität allerdings nicht aufrechterhalten werden (Liang 2010: 65). Im Jahr 2010 ist die Profitrate der SOEs dagegen wieder erheblich gestiegen (McNally 2011: 6).

Diese auf den ersten Blick eindrucksvollen wirtschaftlichen Fundamentaldaten haben jedoch Schattenseiten – wie Tendenzen zur Überinvestition beziehungsweise Überproduktion, das heißt eine fehlende zahlungskräftige Nachfrage, belegen – und sie werden durch eine Reihe problematischer Sachverhalte ergänzt, wie die folgenden Abschnitte zeigen.

3.1.4.2 *Die »chinesische Welt« in der Welt: Möglichkeiten und Grenzen der globalen Einbettung*

Die chinesische Volkswirtschaft ist, wie in Kapitel 2 beschrieben, unterschiedlich weit für den ausländischen Wirtschaftsverkehr geöffnet worden: Während die Banken- und Kapitalmarktsektoren nur selektiv internationalisiert wurden, weisen das Regime der ausländischen Direktinvestitionen, der Außenhandel und der Bereich des Technologie- und Wissenstransfers sehr hohe Internationalisierungsgrade auf. Zudem greift der Staat mithilfe außenwirtschaftspolitischer Maßnahmen (zum Beispiel Währungspolitik) in den internationalen Integrationsprozess ein. Und: Im Zuge einer *Going-out*-Strategie sind chinesische Konzerne auf den Weltmärkten aktiver geworden. Die Folgen dieser Entwicklungen in den letzten Jahren werden nun zusammengefasst.

(1) *Ausländische Direktinvestitionen.* Weil das Wachstum und die Innovationsfähigkeit der Volkswirtschaft von einem kontinuierlichen Zufluss ausländischer Investitionen abhängen – was im Übrigen die Hinwendung Beijings zu multilateralen Formen der Kooperation beeinflusst –, ist die komplexe Integration des chinesischen Produktionsraums in die Unternehmensstrategien der umsatzstärksten Konzerne der Welt nach wie vor von zentraler Bedeutung (ADB 2011; Hürtgen et al. 2009).⁴⁶

Die Summe der ADI hat sich in den letzten Jahren weiter erhöht: »Indeed, in the last 5 years [2005–2009], the PRC's inward FDI stock averaged \$349 billion a year – an amount far larger than Japan's as well as those of the 27 countries in the eurozone« (ADB 2011: 66). Die Krisen westlicher Kapitalismen

46 Die Bedeutung Chinas für amerikanische (und auch japanische) Unternehmen ist größer, als es Investitionsdaten und Handelsstatistiken abbilden können, denn sie agieren im Zuge der Bildung von globalen Produktionsverbänden häufig über dritte Parteien, zum Beispiel taiwanische oder festlandchinesische Firmen (Breslin 2007a: 129).

2000/2001 und 2008/2009 beförderten die Verlagerung der Investitionsflüsse. Der wichtigste Herkunftsort von Investitionen ist weiterhin Hongkong, da die Sonderverwaltungszone als Ausgangspunkt für die ADI zahlreicher ausländischer Unternehmen dient (NBS 2010: Table 6-14).⁴⁷ Ab 2005 überstiegen die ADI aus den EU-Ländern diejenigen aus den USA. Unter den ostasiatischen Investitionen sind neben denjenigen aus Japan Anlagen aus Südkorea und Singapur relevant. Neuerdings markieren koreanische und japanische ADI in den nördlichen Provinzen Shandong, Liaoning und Jilin eine neue Phase der industriellen Restrukturierung und begründen einen weiteren transnationalen Verflechtungsraum.

Die Dominanz der globalen Produktionsnetzwerke und ausländischen Unternehmen in der Exportwirtschaft ist in den letzten Jahren nicht durchbrochen worden. Berechnungen zufolge vereinen die FIEs, unter denen die globalen Produktionsverbände eine überaus bedeutende Rolle einnehmen, den größten Exportanteil aller Unternehmen auf sich – im Jahr 2010 lag er bei 54,6 Prozent (Naughton 2011a: 315). Damit ist der Anteil gegenüber 2005 um lediglich 4 Prozent gesunken.⁴⁸ Auch der Anteil des »processing trade«, das heißt der Montage von importierten Vorprodukten auf dem Festland, liegt im internationalen Vergleich weiterhin sehr hoch (Akyüz 2011: 10; Kroeber 2011: 59–63). Unter den zehn größten Exporteuren von High-Tech-Produkten aus China befanden sich noch vor Kurzem neun ausländische Unternehmen (fünf US-amerikanische, vier taiwanesishe). Insgesamt spielen die privaten und halbstaatlichen chinesischen Unternehmen und Kontraktfertiger in den transnationalen Produktionsverbänden meist noch immer nur eine untergeordnete Rolle. Dies bedeutet: Den Großteil der Profite erlangen die multinationalen Konzerne, nicht die lokalen Produzenten oder Zulieferer (Hart-Landsberg 2010). Ebenso sind erstere den Weisungen des chinesischen Staates in geringerem Ausmaß unterworfen.

Die ADI trugen bis 2011 einerseits zur Aufrechterhaltung des BIP-Wachstums bei. Die Konzentration der ADI in der verarbeitenden Industrie unterstützt dabei den Erfolg der Exportoffensive und resultiert in einer Verschiebung im Exportgüterprofil von einfachen zu technologisch anspruchsvolleren Produkten (wie kapitalintensiven Elektronikartikeln und Maschinen).⁴⁹ Andererseits

47 Hongkong ist Sitz von etwa 1.000 Niederlassungen und regionalen Firmenzentralen internationaler Konzerne, deren Investitionen teilweise über Hongkong nach China fließen. Die Bedeutung von Steueroasen (zum Beispiel British Virgin Islands oder Cayman Islands) als Ausgangspunkten von ADI nach China hat sich seit der globalen Rezession reduziert (ADB 2011: 74).

48 Der Exportanteil der SOEs ist auf etwa 15 Prozent gesunken, der Exportanteil der inländischen Kollektiv- und Privatunternehmen ist dagegen auf 30,5 Prozent gestiegen.

49 In absoluten Zahlen nahm jedoch auch der traditionell hohe Anteil an arbeitsintensiven Gütern, etwa Textilien, zu.

kennzeichnet die Abhängigkeit von ausländischen Investitionen eine Variable des Wachstums, die die chinesischen Behörden vor spezifische Steuerungsprobleme stellt, obgleich der chinesische Staat diesem Umstand zugleich eine sichere Quelle von Steuereinnahmen verdankt.

(2) *Außenhandel und Exportabhängigkeiten.* Hinsichtlich des Außenhandels ist auf die ungebrochene Abhängigkeit von den Konsumentenmärkten des Nordens hinzuweisen (ADB 2011: 122; Hung 2009b). Die Abhängigkeit vom amerikanischen Exportmarkt, die noch größere Dimensionen erreicht, wenn man den Transithandel über Hongkong einbezieht, ist ein bekannter Sachverhalt und wurde bereits im Zuge des Nachfrageausfalls 2008/2009 von der Staatsführung problematisiert (siehe Tabelle 3-2). Ähnliches gilt für die EU-Staaten, die mittlerweile zusammengenommen, in absoluten Größen gemessen, mehr Exporte aus China beziehen als die USA (EUCCC 2010).

Der Exportanteil am BIP liegt in den 2000ern durchschnittlich bei etwa 30 Prozent.⁵⁰ Die Außenhandelsquote (Exporte und Importe) lag 2006 bei 65 Prozent des BIP, das heißt etwa dreimal so hoch wie die Japans oder der USA, und auf ähnlich hohem Niveau wie in Deutschland. Das Übergewicht der Küstenprovinzen im Export drückt dabei fortwährende interne Ungleichgewichte aus: Die vier Küstenprovinzen Guangdong, Jiangsu, Zhejiang, Shandong und die Stadt Shanghai konnten im Jahr 2003 etwa 75 Prozent des gesamten Exportvolumens auf sich vereinen (Edmonds/La Croix/Li 2007: 180). Das Pearl-River-Delta und das Yangtse-River-Delta als Zentren der Exportwirtschaft wiesen 2008 eine Exportquote von 74 Prozent beziehungsweise 63 Prozent im Verhältnis zum regionalen BIP auf (Yu 2010: 90).

Zwischen 2001 und 2008 verdankte die chinesische Volkswirtschaft ihre hohen Wachstumsraten also auch dem Export (Akyüz 2011; Zhu/Kotz 2011). Infolgedessen löste der Abschwung in den OECD-Ländern ab 2008 erhebliche Kriseneffekte in den auf diese Verbrauchermärkte orientierten chinesischen Branchen aus. Der Rückgang des chinesischen Außenhandels seit der zweiten Jahreshälfte 2008 stellte den wichtigsten Übertragungskanal der globalen Krise dar. Im Jahr 2009 brach der Außenhandel um fast 20 Prozent ein. Im Einklang hiermit verringerte sich das Wachstum des BIP seit dem letzten Quartal 2008 beträchtlich. Die zwischenzeitliche Senkung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate auf etwa 6 Prozent hätte sich im Jahr 2009 verstetigt, wenn nicht von den gigantischen staatlichen Konjunkturprogrammen neue Impulse ausgegangen wären, die bereits im Jahr 2009 wieder eine Zunahme des BIP-Wachstums

50 Die offizielle Statistik gibt hiervon abweichend ein niedrigeres Exportvolumen an (vgl. NBS 2010: Table 6-7).

Tabelle 3-2 Exporte aus China, 1985 bis 2010, in Prozent

Ziel	1985	1989	1995	2000	2009	2010
Asien	68,76	70,70	61,84	53,09	47,32	46,39
Afrika	2,05	1,41	1,68	2,02	3,97	3,80
Europa	16,45	16,67	15,45	18,25	22,02	22,51
Lateinamerika	2,27	1,05	2,12	2,88	4,75	5,82
Nordamerika	9,45	9,14	17,64	22,18	19,85	19,38
Sonstige	0,93	1,04	1,28	1,57	2,07	2,09

Werden die Exporte nach Asien weiter aufgegliedert, vereint Hongkong der Statistik zufolge im Jahr 2009 allein 14 Prozent aller Exporte auf sich. Da über Hongkong ein Transithandel in den »Norden« stattfindet, verzerrt die Statistik. Die Anteile für Europa und Nordamerika liegen daher in Wirklichkeit noch höher.

Quellen: NBS (1986: 556–558; 1991: Tabelle 15-6; 1996: Tabelle 16-7; 2001: Tabelle 17-7; 2010: Tabelle 6-7; 2011: Tabelle 6-7).

um 8,7 Prozent ermöglichen. Bei der vorwiegend für den Weltmarkt produzierenden Elektronik- und Textilindustrie, aber auch in anderen Sektoren, gingen, besonders in den Küstenregionen, Millionen von Arbeitsplätzen verloren. Zusätzlich verringerte sich infolge der Finanz- und Kreditkrise kurzzeitig das Volumen von ADI, die nach China flossen (World Bank 2009: 28).

Bis heute hat der globale Einbruch, der die Bemühungen der Zentralregierung verstärkte, auf eine Binnenmarktorientierung der Wirtschaft zu drängen, die Exportabhängigkeit allerdings keineswegs abgeschwächt. Vielmehr verhalf die Steigerung der Exportquote im Jahr 2010 zu den erneut höchsten Wachstumsraten einer großen Volkswirtschaft (+ 10,3 Prozent in 2010, + 9,2 Prozent in 2011). Die Exportabhängigkeit verstetigt sich – entgegen der politischen Absicht, diese zu verringern –, wenn etwa, wie zwischen Mitte 2008 und Mitte 2009, Steuernachlässe für Exporteure gewährt werden (Zhu/Kotz 2011: 26). Auch nach 2011 blieb die hohe Abhängigkeit von (nur geringfügig wachsenden) anderen Volkswirtschaften bestehen. Zhu/Kotz (2011: 24) schreiben folgerichtig: »[T]here should be a problem if a very large country is growing at about 10 percent a year heavily dependent on exports when the markets to which it exports can be expected to grow at no more than 2–3 percent per year.«

Auf der Ebene des Technologie- und Wissenstransfers können dagegen noch immer vorwiegend positive Effekte der globalen Integration Chinas identifiziert werden.

(3) *Technik- und Wissenstransfer*. Es ist bekannt, dass das chinesische Wirtschaftswachstum vom Techniktransfer, der Übernahme rationellerer Formen der Un-

ternehmensführung und der Übernahme westlicher Wissensbestände profitiert.⁵¹ Zusätzlich studiert heute eine wachsende Anzahl von chinesischen Studenten im Ausland, zum Beispiel an US-amerikanischen Eliteuniversitäten, wird jedoch, im Unterschied zu Abwanderungsbewegungen in anderen Entwicklungs- und Schwellenländern (*brain drain*), beispielsweise durch lukrative Stellenangebote zur Rückkehr nach China bewegt (Holz 2008: 1672).

Was den Techniktransfer betrifft, kann exemplarisch am bereits genannten IT-Sektor gezeigt werden, wie in diesem Industriesegment eine Form der Abhängigkeit gegenüber globalen Produktionsverbänden entstanden ist, die gleichwohl die industrielle Modernisierung befördert. Ernst/Naughton erklären:

First and foremost, China has a huge and booming market for electronics products and services. Second, China has the world's largest pool of low-cost specialized and easily re-trainable labor. Third, deriving from the two previous factors, China has recently seen the emergence of sophisticated lead users and test-bed markets, giving it new opportunities in the area of innovation. Finally, Chinese policymakers can learn from the past achievements and mistakes of their East Asian predecessors to adjust national and local policies. At the same time, the global environment within which China seeks to develop is dramatically different from that of previous East Asian success stories. Most importantly, China's technological development over the past twenty years has been inseparable from the expansion of global production networks (GPNs) and the relocation of most production stages, including engineering and R&D. China is far more integrated into these networks than were Japan and South Korea earlier. (Ernst/Naughton 2007: 48)

Die Integration in globale Produktionsverbände vergrößert demzufolge die Möglichkeiten des technologischen Upgrading.⁵² Belegt wird das ebenso durch den Trend des *offshoring* von westlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Richtung China. Hieraus versuchen die chinesischen Lokalregierungen und inländischen Unternehmen einen Nutzen zu ziehen (Ernst 2006).

Zwar gilt im Allgemeinen, dass die chinesischen Produzenten nur wenig Einfluss auf die meist westlichen Markenfirmen und deren Produkttechnologien ausüben und letztere ihre Dominanz beibehalten. In China liegt jedoch eine Ausnahmesituation vor, die unter anderem auf die besondere Rolle des Staates zurückzuführen ist, der (im Gegensatz zu anderen Standorten der Kontraktfertigung in Osteuropa oder Mexiko) zusätzlich eine aktive Industrie- und Tech-

51 Wie bereits Gerschenkron schreibt, galt dieser Aspekt der kombinierten Entwicklung (»borrowed technology«) auch in früheren Fällen der nachholenden Entwicklung. Wie fruchtbar sich diese Praktiken jedoch erweisen, hängt zugleich von den indigenen Innovationskapazitäten ab: »In every instance of industrialization, imitation of the evolution in advanced countries appears in combination with different, indigenously determined elements« (Gerschenkron 1966: 26).

52 Nur wenige Konzerne verfolgen dagegen eine Strategie, die auf die Entwicklung einer eigenen Produktionskette setzt, zum Beispiel Lenovo (Conlé 2011: 19).

nologiepolitik zur Entwicklung eigenständiger Technologien und Standards be-
treibt (Hürtgen et al. 2009: 273).

Einerseits wird zur Erzielung eines Techniktransfers politischer Druck ausge-
übt.⁵³ Im Prozess der Genehmigung von ADI müssen ausländische Konzerne
bei den zuständigen Behörden, die manchmal mit Vertretern aus chinesischen
Unternehmen besetzt sind, häufig ihr technologisches Equipment in einer Wei-
se offenlegen, die dem Techniktransfer dienlich ist.⁵⁴ *Andererseits* verläuft der
Technik- und Wissenstransfer partiell auch im Modus des gegenseitigen Ein-
vernehmens: Die staatseigene Shanghai Automotive Industries Corporation
(SAIC) begründete bereits in den 1980ern ein Joint Venture mit Volkswagen.
Nach einer Phase der Unstimmigkeiten konnte die SAIC ab den 1990ern einen
Technologietransfer organisieren und die Methoden der Unternehmensführung
(etwa im Bereich der Anreizstrukturen für Arbeitnehmer) des westlichen Part-
ners übernehmen (Gallagher/Ma 2011: 144–147). Während VW erheblich vom
Joint Venture und den Möglichkeiten einer Expansion auf den chinesischen
Binnenmarkt profitiert, gilt SAIC mittlerweile als produktivstes Automobilun-
ternehmen Chinas mit einem zunehmend internationalen Aktionsradius.

Auch wenn ein großer Teil der chinesischen Exporte mithilfe ausländischer
Investitionen produziert wird, können einige chinesische Unternehmen, un-
terstützt durch staatliche Maßnahmen, diesen Sachverhalt in vielfältiger Wei-
se nutzen. Zusätzlich wurde die chinesische Industrie durch den Kontakt mit
ausländischen Großkonzernen an weitere Weltmarktstandards angepasst, was
einen Druck sowohl auf die Disziplinierung der Arbeitskräfte als auch auf
die Entwicklung eines modernen Ausbildungs- und Forschungssektors ausübt.
Ähnlich wie in früheren Entwicklungsphasen des Kapitalismus kann derart eine
aufbolende Wirtschaftsmacht von den Entwicklungsvorsprüngen der *dominanten*
Ökonomien in der Entfaltung der Produktivkräfte profitieren.

53 Diese Praxis wird regelmäßig von ausländischen Verbänden kritisiert (vgl. EUCCC 2009). Aus-
ländische Firmen antworten auf diese Anforderungen teilweise mit bewussten Fehlinformatio-
nen beispielsweise über den Aufbau technischer Anlagen.

54 Japanische Investitionen wurden zum Beispiel an Auflagen gebunden: »Die chinesische Regie-
rung begrüßte zwar ausländische Direktinvestitionen, aber auch diese nur, wenn sie der Ansicht
war, sie dienten Chinas nationalen Interessen. So wurde Toshiba und anderen großen japa-
nischen Firmen in den frühen 1990er-Jahren ohne viel Umschweife mitgeteilt, wenn sie ihre
Teilehersteller nicht mitbrächten, bräuchten sie gar nicht erst zu kommen. Neuerdings sind
chinesische Automobilfirmen in der beneidenswerten Lage, gleichzeitig Joint-Venture-Verträge
mit rivalisierenden ausländischen Herstellern zu haben, so wie Guangzhou Automotive mit
Honda und Toyota – auf so etwas hat Toyota sich noch nie irgendwo anders eingelassen. Dieses
Arrangement ermöglicht es dem chinesischen Partner, die besten Verfahren von beiden Kon-
kurrenten zu erlernen und der einzige im Netzwerk der drei Spieler zu sein, der zu allen anderen
Zugang hat« (Arrighi 2008: 440–441).

Mit dem WTO-Beitritt Chinas waren Befürchtungen verbunden, dieser würde den Marktwettbewerb über Gebühr forcieren und die chinesischen Hersteller in den Ruin drängen. Doch ein zuvor kaum wahrgenommener Sachverhalt trug dazu bei, dass die häufig erst einmal technologisch rückständigen einheimischen Unternehmen im Konkurrenzkampf mit ausländischen Herstellern überleben und, in einem gewissen Ausmaß, sogar aufholen konnten: die *Struktur der Nachfrage* auf dem *großen Binnenmarkt*. Zwar dominieren die ausländischen Hersteller die Premiumsektoren. Die inländischen Hersteller können jedoch die unteren Preissegmente bedienen und in manchen Bereichen auf den mittleren Ebenen, die die nachfrageintensivsten Bereiche mit den höchsten Wachstumsraten darstellen, aufschließen (Brandt/Thun 2010: 1556). Empirische Studien zu den Entwicklungen in der Automobilindustrie sowie dem Maschinen- und Baugerätebau weisen nach, dass die inländischen Hersteller – häufig privatwirtschaftlich agierende SOEs – zu diesem Zwecke Nutzen aus ihren Joint Ventures mit FIEs ziehen, indem sie etwa Beschäftigte anwerben, die in ausländischen Firmen ausgebildet wurden, und zugleich von den Vorteilen der »deep experience with a particular product range« sowie des »policy support« zehren (Brandt/Thun 2010: 1570).⁵⁵ In der Fahrzeugindustrie, in der ausländische Hersteller ihren Marktanteil seit Mitte der 1990er auf über die Hälfte des Absatzes haben erhöhen können, findet seit einigen Jahren im Zuge der Verlagerung des Gravitationszentrums der Nachfrage in Richtung günstigerer Automobile eine Kräfteverschiebung statt: Die chinesischen Hersteller BYD, Geely oder Chery konnten ihre Marktanteile auf Kosten ausländischer Hersteller erhöhen (Brandt/Thun 2010: 1561).

(4) »*Going global*« – *Internationale Aktivitäten chinesischer Unternehmen*. Im Unterschied zu Autoren, die in Anlehnung an Konstellationen des Postkolonialismus nach dem Zweiten Weltkrieg von der Entstehung einer extrem abhängigen und gefügigen chinesischen »Kompradorenkasse« (Breslin 2007b: 31) sprechen, deuten die zunehmenden internationalen Aktivitäten einheimischer Unternehmen in eine andere Richtung: Die Unternehmen der entwickelten Volkswirtschaften (auch in Ostasien) haben in China paradoxerweise neue Konkurrenten in dem Maße geschaffen, wie sie selbst versuchten, von der chinesischen Dynamik zu profitieren. Resultat ist eine *Restrukturierung der Konkurrenzverhältnisse auf den internationalen Märkten*, auf denen eine Reihe chinesischer Konzerne zu den etablierten Großunternehmen aufzuschließen versucht.⁵⁶

55 Auch in anderen Branchen erleichtern Bindungen an den Heimatmarkt den chinesischen Konzernen, die Übermacht westlicher Konzerne einzudämmen. Ein Beispiel dafür ist der Handymarkt in China, auf dem lokale Billiganbieter (mit häufig an westlichen Modellen angelehnten Produkten) Marktanteile gewinnen.

56 Die folgenden Ausführungen basieren auf ten Brink (2011b: 12–14).

In den letzten Jahren kam es zu einer signifikanten Zunahme weltweit wettbewerbsfähiger staatseigener, halbstaatlicher und privater Firmen aus China (Yeung/Liu 2008).⁵⁷ Im Jahr 2003 lagen die gesamten chinesischen ADI im Ausland bei 37 Milliarden USD. Bis 2009 haben chinesische Konzerne ihre ausländischen Investitionen weiter erhöht und liegen nun im weltweiten Vergleich auf dem fünften Rang. Im Jahr 2010 ist die Summe der ADI auf 59 Milliarden USD und die Anzahl der Unternehmenskäufe im Ausland im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel gestiegen (ADB 2011: 76).⁵⁸ 70 Prozent der ADI werden in Asien getätigt.

Folgende Wege zur Ausweitung des internationalen Radius chinesischer Unternehmen lassen sich unterscheiden:

- »Fokussierte« Exportunternehmen versuchen mit einem Produkt beziehungsweise in einem Marktsegment, Weltmarktanteile zu erwerben. Die Firma Galantz steht als mittlerweile größter Hersteller von Mikrowellengeräten prototypisch für diesen Unternehmenstyp (Williamson/Zeng 2007: 86–87).⁵⁹
- »Vernetzte Wettbewerber« stellen Unternehmenskonglomerate von meist kleineren Firmen dar, die unter Ausnutzung vorteilhafter Standortbedingungen zu Marktführern beim Verkauf einzelner, meist niedrigtechnologischer Produkte werden. Ein Netz von Hunderten Unternehmen in Wenzhou vereint beispielsweise im Bereich des Verkaufs von Feuerzeugen einen Weltmarktanteil von 70 Prozent auf sich und verdrängte wichtige asiatische Konkurrenten.
- Als »Technologieführer« werden Unternehmen bezeichnet, die in technologisch avancierten Bereichen international wettbewerbsfähig geworden sind (wie Lenovo in der Computerindustrie, Haier im Haushaltselektronikmarkt, Huawei in der Kommunikationsausrüstung und die Firma TCL in der Herstellung von Fernsehgeräten) oder es voraussichtlich werden. Sie greifen auf die Unterstützung der landesinternen Forschungseinrichtungen zurück (Fan 2011).

57 Im zehnten Fünfjahresplan von 2001 wurden die Internationalisierungsstrategien einheimischer Konzerne als ein Vorstoß zur Behauptung im Globalisierungsprozess festgeschrieben (Hong/Sun 2006: 620).

58 Zum Vergleich: Die Summe der ADI aus Deutschland lag vor 2008 zwischen 90 und 100 Milliarden Euro. Was den kumulierten Bestand an Investitionen im Ausland angeht, liegt China noch immer weit hinter großen OECD-Volkswirtschaften wie den USA, Deutschland, England oder Frankreich (Nolan/Zhang 2010: 103–104). Ähnliches gilt für die globalen Operationen der chinesischen Banken (Nolan/Zhang 2010: 105–107).

59 Ein anderes Beispiel ist die Firma Pearl River Piano, die unter anderem mithilfe des Erwerbs der Markenrechte an Ritmüller zu einem der größten Akteure am Weltklaviermarkt expandierte.

- »Ressourcenorientierte« Unternehmen agieren im Ausland, um den Zugang zu Rohstoffen zu sichern. Dazu gehören die Shanghai Baosteel Group, die ein großes Stahlwerk in Brasilien gebaut hat, oder die Firmen Sinopec und China National Petroleum Corporation mit Beteiligungen an Öl- und Erdgasprojekten in mehreren Ländern, darunter in geopolitisch sensiblen Staaten wie Irak oder Iran (Hong/Sun 2006: 620–622; ADB 2011: 76).⁶⁰

Da ein übergreifendes außenwirtschaftspolitisches Ziel in China die Bildung nationaler Flaggschiffunternehmen ist – unter »nationalen Champions« werden protegierte Firmen verstanden, die auf der Basis starker Positionen auf dem Heimatmarkt sukzessive einen transnationalen Einfluss geltend machen –, werden die Bemühungen der Unternehmen mitunter politisch flankiert. Die Staatsführung ist an einer engen Verbindung zu den Unternehmen auch im Ausland interessiert: »An interesting reflection of this trend is the fact that virtually every overseas trip by a senior Chinese official now includes a visit to the local Huawei subsidiary« (Williamson/Zeng 2007: 99).

Ähnlich gilt: Mithilfe von Richtlinienkatalogen lenken die verantwortlichen politischen Instanzen die ADI chinesischer Unternehmen teilweise in bestimmte Länder (vorwiegend in Asien, aber auch in Afrika, Lateinamerika und in etliche OECD-Länder) und in unterschiedliche Wirtschaftszweige.

Zum Ende des Jahres 2008 zeigten sich an die 12.000 chinesische Unternehmen in über 174 Ländern mit eigenen Direktinvestitionen aktiv. Unter ihnen dominieren mit 69,6 Prozent weiterhin die Staatsunternehmen als größte Gruppe chinesischer Auslandsinvestoren. (Schüler-Zhou/Schüller/Brod 2010: 2–3)⁶¹

Ferner werden Subventionen und Kredite für den Einstieg in Rohstoffprojekte oder den Ankauf technologieintensiver Auslandsunternehmen gewährt. In Gestalt der staatlichen *policy banks* können die chinesischen Firmen auf kompetente Finanzdienstleister zurückgreifen.⁶²

Die chinesischen Konzerne konzentrieren sich häufig erst einmal auf die Märkte der Schwellenländer, weshalb sie etwa in Europa noch in verhältnismä-

60 China verfügt im Verhältnis zum Energiebedarf über geringe Rohstoffvorkommen. Zusätzlich stehen einem Fünftel der Weltbevölkerung lediglich 7 Prozent der globalen landwirtschaftlichen Nutzfläche zur Verfügung (D. Schmidt 2009: 133).

61 Es soll hier nicht der Eindruck entstehen, als seien die gesamten ausländischen Aktivitäten chinesischer Unternehmen zentral geplant. Dennoch können die Unternehmen, die vor allem anderen einem betriebswirtschaftlichen Kalkül folgen, auf eine ausdifferenzierte Struktur politischer Hilfestellung zurückgreifen.

62 Mediale haben besonders die chinesischen Staatsfonds an Bedeutung gewonnen. Die China Investment Corporation versucht etwa, Devisenreserven des Staates gewinnbringend anzulegen (Lim 2010: 681–682; Walter/Howie 2011: 129–130).

big geringem Maße wahrgenommen werden.⁶³ Ziel der Außenwirtschaftspolitik ist es jedoch, sich auch in den wichtigsten OECD-Ökonomien stärker zu engagieren. Einen Hintergrund für die Aktivitäten in Lateinamerika stellt der Versuch dar, Exportplattformen für einen erweiterten Zugang zum nordamerikanischen Markt aufzubauen.

Die zunehmende Bedeutung der *Absatzmärkte des Südens* verweist dabei auf einen meiner These der extremen Abhängigkeiten von den Absatzmärkten des Nordens gegenläufigen Trend. Im Unterschied zu den alten Zentren der Weltwirtschaft ist in einigen Schwellenländern eine stärkere Wachstumsdynamik feststellbar: »The share of the South in world GDP rose from about 25% in 1980 to 45% in 2010, of which developing Asia alone contributed two-thirds« (ADB 2011: 39, 47). Der (etwas undifferenziert bezeichnete) »Süd-Süd-Handel« hat sich intensiviert. China nimmt darin eine herausragende Stellung ein:

Of developing Asia's imports from the South, almost 80 % was attributable to the PRC. Mainly consisting of primary commodities, these imports were used to fuel the country's economic expansion. In turn, the PRC's manufactures exports were increasingly absorbed by growing demands from Latin America, Africa, and the Middle East. (ADB 2011: 64)⁶⁴

Im Zuge der Diversifizierung des Exports wurde China 2009 beispielsweise zum wichtigsten Handelspartner Brasiliens.

Sollten besonders die ost- und südasiatischen Regionen (vor allem Indien) weiterhin höhere BIP-Wachstumsraten als die alten Zentren des Kapitalismus erzielen, könnte sich dort, so eine nicht ganz unbegründete Annahme, künftig nicht allein die weltweite industrielle Produktion, sondern in zunehmendem Maße auch die globale Nachfrage konzentrieren. Weil die Nachfragestruktur dieser Regionen, das heißt die Zusammensetzung des Konsums der Haushalte, erst einmal einen Schwerpunkt in den preisgünstigeren Produktsegmenten haben wird, wären chinesische (aber auch indische und weitere ostasiatische) Konzerne in einer gewissen Weise gegenüber westlichen Konkurrenten im Vorteil: In den Produktmärkten unterhalb der Premiumsektoren (die wohl noch längerfristig durch Unternehmen der OECD-Welt dominiert werden), fallen häufig nur relativ niedrige Eintrittskosten an, und ebenso können die Konzerne des Südens auf den ausgereifteren Erfahrungen in ihren Heimatmärkten aufbauen. Darüber hinaus beschreiben Autoren eine zurzeit einsetzende Transformation der globalen Waren- und Wertschöpfungsketten, die den chinesischen *Contra-*

63 Ihren Einfluss in der Euro-Zone stärkte China jüngst dadurch, dass es den wirtschaftlich angeschlagenen Mitgliedsstaaten, wie Portugal, Irland, Italien, Griechenland oder Spanien, Hilfsangebote unterbreitete.

64 Lenovo verzeichnet beispielsweise in den Schwellenländern erhebliche Nachfragezuwächse bei Computern.

tor-Firmen einen Wettbewerbsvorsprung gegenüber den großen westlichen Handelskonzernen zum Beispiel im Textilbereich verschafft:

Giant contractors [...] are themselves market makers for their own suppliers, exerting increasing control over key aspects of the production supply chain. [...] if the current trends continue, the giant contractors may come to challenge the power of all but the biggest »big buyers« they serve. This could alter the governance structure of some supply chains, raising the possibility that Taiwanese- and Chinese-based multinational big suppliers may themselves someday morph into big buyers, challenging the firms they now serve. (Appelbaum 2009: 66)

Bis heute haben die Märkte der Schwellenländer allerdings noch nicht die Bedeutung der des Nordens gewonnen. Zugleich wird dieses Potenzial von Anzeichen einer Verschlechterung der Beziehungen zu den größten Volkswirtschaften der Erde überlagert, wie der folgende Punkt aufzuzeigen versucht.

(5) *Außen(-wirtschafts-)politische Flankierungen und Währungskonflikte.* Die chinesische Staatsführung ist sich der neuen Machtkapazitäten bewusst, die das historische Wachstum der Wirtschaft mit sich gebracht hat. Um der aufholenden Entwicklung weitere Erfolgchancen zu eröffnen, bedient sie sich, vor dem Hintergrund von Kräfteverschiebungen im Weltsystem und der Existenz eines Standortwettbewerbs, diverser außenpolitischer Maßnahmen. Dazu gehören, wie erwähnt, außenwirtschaftspolitische Hilfestellungen bei der globalen Suche nach rentablen Investitionsstandorten und aussichtsreichen Märkten. Anderen Ländern werden dabei lukrative Kooperationsangebote unterbreitet. Der chinesische Staatsrat und die Ministerien, zum Beispiel das Handelsministerium, die Zentralbank oder die NDRC, verfügen ferner über weitere Regulierungsinstrumente, insbesondere handelspolitische (wie tarifäre und nicht tarifäre Handelshemmnisse, Zölle) und währungspolitische (Manipulation des Wechselkurses, Geldpolitik).⁶⁵ Die Regierung fördert in der Regel ausländische Investitionen in

65 Darüber hinaus wird mit der *Sicherheitspolitik* der Versuch eines Managements der internationalen Beziehungen unternommen, der eine gelingende Kapitalakkumulation zumindest indirekt zu unterstützen beabsichtigt. Das reicht von der gezielten Förderung der Sicherung der Rohstoffversorgung über weiche (geo-)politische Maßnahmen wie ökonomische Anreize bis hin zu harten geopolitischen Handlungen wie der Sicherung von Handels- und Seewegen. Durch ihr politisches Engagement im »Greater Middle East«, in Asien, Afrika und Südamerika, verspricht sich die Staatsführung eine langfristig gesicherte Versorgung mit Rohstoffen. Hieraus folgten bereits politische Konflikte besonders mit den USA, die sich im Ringen um die Sanktionen gegen den Iran im UN-Sicherheitsrat oder der Ablehnung einer UN-Intervention im Sudan widerspiegeln (vgl. ten Brink 2011b).

Entgegen der verbreiteten Vorstellung eines monolithischen Politikfindungsprozesses in China führt die Fragmentierung der chinesischen Gesellschaft in ein komplexes Mehrebenensystem auf außenpolitischer Ebene zudem dazu, dass immer wieder Kompetenzkonflikte nicht nur zwischen Außen- und Handelsministerium oder zwischen Militärs und zivilen Regierungsagen-

das eigene Territorium, zugleich kontrolliert sie jedoch auch nach dem WTO-Beitritt 2001 die Marktzugangskriterien, und bestimmte Schlüsselbereiche sind nur eingeschränkt zugänglich (Breslin 2010). Neben diesen marktbegrenzenden Maßnahmen nutzt sie ihre hohen Fremdwährungsbestände als politische »bargaining opportunity«

While sometimes regarded as a source of potential weakness and dependency for China, dollar holdings also represent a considerable source of structural and bargaining power. This fact has enabled China to manage its relationship with the US and global governance, in line with its developmental needs, from a position of strength. (Strange 2011: 13)⁶⁶

Die *Währungspolitik* des Landes ist dabei in den letzten Jahren ins Zentrum einer internationalen Kontroverse gerückt. Die Verschärfung der internationalen Konkurrenz um die weltweiten Exportmärkte – deren Erschließung sich vor allem ab 2009 als eine zentrale Krisenlösungsstrategie großer Ökonomien erwiesen hat – führte zu aufsehenerregenden Währungsrivalitäten (Zhu/Kotz 2011). Eine Reihe entwickelter Volkswirtschaften zielen gleichermaßen auf die Strategie des Exports ab. Um die Folgen der inneren Wachstumsblockaden abzumildern, möchte etwa die US-Administration den Export in den nächsten Jahren erheblich steigern. Da im Gefolge einer Exportschwemme Überkapazitäten entstehen können, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Konkurrenz um die Exportmärkte verschärft. Unter anderem deshalb versuchen einige Staaten, durch eine Verbilligung der eigenen Währung Marktanteile zulasten anderer Nationen zu gewinnen. In der amerikanischen Kritik an der »unterbewerteten Währung« des chinesischen RMB findet der ökonomische Wettbewerb insofern einen politischen Ausdruck.⁶⁷

Die chinesische Volkswirtschaft profitiert über die Förderung preisgünstiger Exportgüter hinaus auch deshalb von einer unterbewerteten Währung, weil diese eine Steigerung der Arbeitskosten ausgleicht – wenngleich in den letzten Jahren unter Druck des Auslandes tatsächlich in kleineren Schritten aufgewertet wurde. Die Führung der Volksrepublik, die eine im internationalen Vergleich weitreichende politische Kontrolle über das chinesische Finanzsystem und den

turen, sondern auch zwischen den zentralstaatlichen und regionalen Regierungen aufbrechen. Die außenpolitische Willensbildung ist demnach erheblich komplexer, als an dieser Stelle nachgezeichnet werden kann.

66 Die Summe der Devisenreserven ist von 800 Milliarden USD im Jahr 2005 auf umgerechnet annähernd 3 Billionen USD in 2010 gestiegen, wodurch China in die Rolle eines Nettogläubigers gedrängt wird (ADB 2011: 121). Ein Großteil davon ist noch immer in amerikanischen Staatsanleihen angelegt.

67 Zwar können amerikanische Hersteller somit weiterhin zu günstigen Preisen Waren in ihre Heimatmärkte liefern. Ihre Heimatregierung sieht das jedoch mit Blick auf die gesamte amerikanische Volkswirtschaft zuweilen anders.

Wechselkurs ausübt, entgegen der Forderung, den RMB aufzuwerten, mit dem Argument, dies schwäche die chinesische Wettbewerbsfähigkeit, was wiederum zu sozialen Unruhen mit negativen Folgen für ausländische Investoren führe.

Dass sich diese Spannungen etwa vor dem Hintergrund eines erneuten wirtschaftlichen Einbruchs zu ernsthaften Währungskonflikten oder gar schwerwiegenden politischen Auseinandersetzungen hochschaukeln könnten, hat zudem mit der Schwächung der Hegemonialposition des amerikanischen Finanzsystems und des US-Dollars zu tun (Schmalz 2011). Die vor 2008 mit dem Begriff »Bretton Woods II« umschriebene Lage, die auf Leistungsbilanzdefiziten der Vereinigten Staaten einerseits und Leistungsbilanzüberschüssen in China/Ostasien andererseits beruhte und die Dominanz des USD trotz der Staats- und Auslandsverschuldung der USA garantierte, wird angezweifelt, und ein fragmentiertes Währungssystem wahrscheinlicher (Cohen 2009). Die Erhöhung der Fremdwährungsbestände (in USD) im ostasiatischen Raum, die den internationalen Kapitalmärkten vermehrt Finanzkapital zur Verfügung stellten, konnte bis 2008 die Dominanz des USD trotz des hohen Zahlungsbilanzdefizits der Vereinigten Staaten garantieren. Diese wurde jedoch im Zuge der globalen Krise bedroht. Ein Wandel des Weltwährungssystems

could shake the foundations of international power politics – to the extent that the vulnerability of the greenback presents potentially significant and underappreciated restraints upon contemporary American political and military predominance. (Kirshner 2008: 418)

Da das Ende der Dollarvorherrschaft nicht im Interesse der USA liegt, deutet diese Entwicklung auf zukünftige Auseinandersetzungen hin. Vorschlägen aus China, eine neue Weltfinanzarchitektur zu errichten, und Androhungen, die Dollarbestände zu reduzieren,⁶⁸ ist in den USA nicht grundlos mit Argwohn begegnet worden (Nolan 2010: 86).

Alles in allem ergaben sich aus der Politik der unterbewerteten Währung zwar jahrelang positive Effekte auf das exportgestützte Wachstum Chinas. Doch die beschriebenen Entwicklungen führen in jüngster Zeit auf chinesischer Seite zu Befürchtungen, zukünftig vermehrt mit protektionistischen Abwehrmechanismen und Handelskonflikten konfrontiert zu werden (Naughton 2011a: 326; vgl. bereits: Edmonds/La Croix/Li 2007: 185).

68 Sollte die VR China ihre Dollarbestände zu schnell umschichten, würde deren Wert fallen und zugleich der Wert des chinesischen RMB steigen, was einen zentralen Wettbewerbsvorteil der Exportökonomie Chinas beseitigen würde. Die Staatsführung denkt mit ihren Vorschlägen daher vorwiegend an einen mittel- bis längerfristigen Prozess der Umschichtung, der die Erosion der aktuellen Leitwährung schrittweise vorantreiben würde. Es ist zudem möglich, dass der RMB in absehbarer Zeit zu einer vollwertigen Reservewährung wird.

3.1.4.3 »Rebalancing the economy«?

Besonders seit den während der globalen Krise 2008/2009 aufgetretenen Nachfrageausfällen im Exportsektor, aufgrund signifikanter weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte und der Befürchtung, mit protektionistischen Maßnahmen konfrontiert zu werden, verweist die chinesische Zentralregierung verstärkt auf die Notwendigkeit, von der einseitigen, auf einem Niedriglohnregime gründenden Exportorientierung sowie einem investitionsgetriebenen Wachstum abzukehren und den Binnenmarkt zu stärken (Li 2011; Naughton 2010b). Zusätzlich steht die Regierung seit einiger Zeit unter dem innenpolitischen Druck einer zunehmenden sozialen Unzufriedenheit, die in spontane Arbeitskämpfe einmündete.⁶⁹

Premierminister Wen Jiabao unterstrich daher im März 2011 bei der Vorstellung des 12. Fünfjahresplans (2011–2015), dass zu den Schlüsselzielen des Plans der Anstieg des Binnenkonsums gehört (Wen 2011). Neben eher allgemein gehaltenen Zusicherungen wie eine höhere Lebensqualität und eine Abkehr von bloßen Wachstumsimperativen – das BIP soll jährlich um »nur« noch 7 Prozent steigen – werden konkrete Ziele im Bereich des Ausbaus wohlfahrtsstaatlicher Leistungen genannt und eine jährliche Steigerung des Mindestlohns um 13 Prozent versprochen. Noch weiter gehen die Verlautbarungen des Ministry of Human Resources and Social Security, das eine Steigerung der Durchschnittslöhne um jährlich 15 Prozent verkündete (*China Daily*, 19.4.2011).⁷⁰

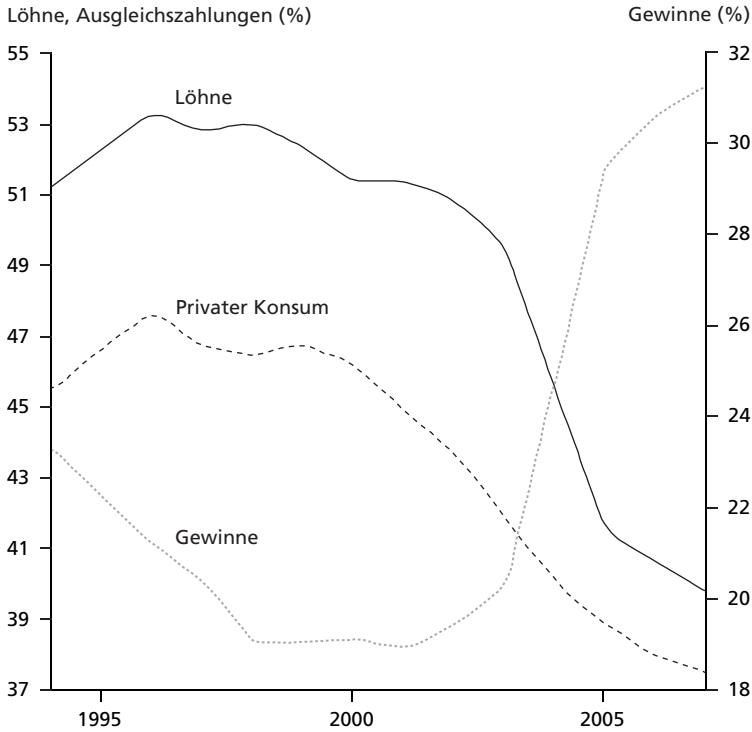
Die soziale Wirklichkeit Chinas ist jedoch noch weit entfernt von der Realisierung dieser Absichten. Das Gegenstück zur extremen Ausfuhrorientierung und der Überinvestition beziehungsweise Überproduktion bildet auf dem chinesischen Binnenmarkt ein Trend zur unzureichenden Nachfrage. Die Konsumquote ist seit den späten 1990ern von 50 Prozent auf 34 Prozent (im Jahr 2010) gesunken (ADB 2011: 119; vgl. Akyüz 2011; He/Kuijs 2007).⁷¹ Besonders die Löhne hinken seit Langem der Produktivitätsentwicklung hinterher. Zwar sind die durchschnittlichen Einkommen von Arbeiterhaushalten im letzten Jahrzehnt insgesamt gestiegen, zugleich jedoch haben sich die Lebenshaltungskosten erhöht. Der Typus eines dominant extensiven Akkumulationsregimes (Becker 2002), welches die Bedingungen der Arbeitsorganisation transformiert,

69 Teile des folgenden Abschnittes basieren auf: ten Brink (2012b).

70 Im Westen wird diese Aussicht auf eine sich rasch vergrößernde Binnennachfrage vor dem Hintergrund stagnierender OECD-Absatzmärkte bisweilen euphorisch aufgenommen, wie das Stephen Roach, bis 2010 Vorsitzender von Morgan Stanley Asia, exemplarisch ausdrückt – »the 12th Five-Year Plan is likely to spark the greatest consumption story in modern history« (Roach 2011).

71 Die Konsumquote liegt sowohl in den OECD-Wirtschaften als auch in anderen Schwellenländern durchschnittlich höher (Herr 2011: 23).

Abbildung 3-2 Anteil der Löhne, Gewinne und des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt



Quelle: Hung (2009c: 19).

zugleich aber den Wohlstand der Lohnabhängigen nur unwesentlich steigert, ist in China noch nicht durchbrochen worden. Nur in wenigen, hoch entwickelten Zentren des Landes lassen sich bereits Rudimente eines intensiven Akkumulationsregimes nachweisen.

Im chinesischen Kapitalismus stellen die Unterkonsumtionstendenzen einen konstitutiven Bestandteil einer Entwicklungsweise dar, die auf Niedriglöhnen, einer unterentwickelten Sozialpolitik und einer extremen Ungleichheit basiert (siehe Abbildung 3-2). Der Gini-Koeffizient der Weltbank, der die Ungleichverteilung von Vermögen misst, hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten fast verdoppelt. In den letzten Jahren ist er weiter angestiegen (Zhu/Kotz 2011: 23). Die strukturelle Nachfragerücke lässt sich beispielhaft an den im internationalen Vergleich sehr hohen Sparquoten der Arbeitnehmer ablesen, wobei die

Löhne etwa 80 Prozent der verfügbaren Einkommen der Privathaushalte bilden (Ma/Yi 2010: 17). Eine hohe Sparquote ist deshalb notwendig, weil chinesische Haushalte für Gesundheit, Altersversorgung und die Ausbildung der Kinder zu großen Teilen noch immer selbst aufkommen müssen.

China hat zwar einen großen, wachsenden Binnenmarkt. Dennoch liegt der durchschnittliche private Konsum trotz zahlreicher Meldungen über Rekordverkäufe von privaten PKWs usw. unter dem aller anderen großen Volkswirtschaften. Auch wenn sich absolut betrachtet eine beträchtliche Steigerung des Wohlstandes nachweisen lässt, fällt diese doch für die Masse der Bevölkerung immer noch bescheiden aus (Ma/Yi 2010: 11–15). Im Gegensatz hierzu hat eine kleine Schicht einen enormen privaten Reichtum angehäuft:

The consumer ethos clearly rules now for many tens of millions and yet remains irrelevant for hundreds of millions. [...] [T]he Chinese luxury market is quickly becoming the world's largest [...]. This is already having worldwide repercussions not only for the bottom lines of luxury brands but also in areas such as tourism. We can expect much more. Encouraging consumerism is, after all, the new party line. (Gerth 2010)

Um die von der Partei- und Staatsführung avisierte Umstrukturierung des Wachstumspfad zu erreichen, müssten jedoch sowohl die Löhne der Beschäftigten erheblich angehoben wie auch die sozialen Sicherungssysteme massiv ausgebaut werden. Doch der Durchsetzung dieser Erfordernisse fehlt es einerseits an einer zentralen Grundlage: der Vertretungskompetenz und Mobilisierungsfähigkeit von Gewerkschaften (siehe Teil 3 dieses Kapitels). Andererseits konnten auch die *sozialpolitischen Maßnahmen* der Regierung bislang den Binnenkonsum nicht ausreichend stärken.

Im internationalen Vergleich liegen die chinesischen Sozialausgaben weiterhin niedrig.⁷² Zwar garantierten die Ausgaben für das Konjunkturpaket im Jahr 2009 und 2010 die Aufrechterhaltung des BIP-Wachstums. Doch auch wenn sich die Investitionen zu einem größeren Prozentsatz auf die ärmeren Binnenprovinzen verteilen, wurde damit die Umorientierung zu einem stärker *konsumgestützten* Wachstumsmodell nicht einmal ansatzweise erreicht – »no more than 20 per cent of the stimulus package was in fact allocated to social spending; the large majority went to fixed-asset investment in sectors already plagued by overcapacity« (Hung 2009c: 22). Zwar wurden ähnlich wie in Deutschland der Kauf von Automobilen gefördert und zusätzlich Subventionen für Haushaltsgeräte gewährt (Liang 2010: 67). Ferner sind Anfang 2009 weitere 850 Milliarden RMB

72 Im Jahr 2010 lagen die Sozialausgaben der Zentrale und der Lokalregierungen bei nicht einmal 7 Prozent des BIP (vgl. NBS 2011: Tabellen 2-1, 8-6). Im Vergleich hierzu wiesen selbst diejenigen Länder Europas mit den niedrigsten Sozialausgaben, Estland und Lettland, fast doppelt so hohe Anteile auf.

(circa 85 Milliarden Euro) zu einem Ausgabenpaket gebündelt worden, das insbesondere der Konsolidierung des Gesundheitswesens dienen soll. Die Zentralregierung hat dabei die finanzielle Verantwortung über circa 2.000 Krankenhäuser (auf Kreis- und Gemeindeebene) übernommen und eine Reduzierung der Preise zahlreicher Medikamente angeordnet (Naughton 2011a: 322). Kurz- bis mittelfristig reichen diese Maßnahmen jedoch nicht aus, der schwachen Binnen- nachfrage substanziell entgegenzuwirken.⁷³

Welche sozialen Kräfte behindern das Rebalancing und forcieren damit den Fortbestand des ausfuhrorientierten Niedriglohnmodells? Eine besonders hohe Hürde des Rebalancing bilden, *erstens*, diejenigen einheimischen und ausländischen Unternehmen, die an einer Weiterführung des Billiglohnmodells interessiert sind. In den chinesischen Produktionsregimen gelten niedrige Lohnkosten wie erläutert weiterhin als zentral. Ausländische Großkonzerne beziehungsweise ihre lokalen Vertragsfertiger verlagern gegenwärtig Teile der Produktion in die nördlichen, zentralen und westlichen Provinzen, um von den dortigen Wettbewerbsvorteilen – niedrigeren Lohnkosten, Steuern und günstigen Bodenpreisen – zu profitieren. In großem Stil gilt dies für die IT-Industrie, die von lokalen Regierungen in den Binnenprovinzen umworben wird, damit sie ihre arbeitsintensiven Fertigungsprozesse verlagert. Aus denselben Gründen werden in den entwickeltsten Küstenprovinzen wie Guangdong Produktionsstandorte in nahe gelegene, weniger entwickelte Regionen der Provinz umgesiedelt (Huang/Chen 2010). Doch selbst im Pearl-River-Delta haben sich beispielsweise Investorenverbände aus Hongkong als Speerspitze einer Arbeitgeberfront bewährt, die sich steigenden Lohnkosten seit Jahren effektiv widersetzt (Huang/Chen 2010: 75). Deutsche Wirtschaftsanalysten signalisieren, dass mit einer signifikanten Anhebung des Lohnniveaus ein zentraler Wettbewerbsvorteil Chinas verloren gehen würde (DB 2010: 6). Die Regierung der VR China kann sich diesem Druck aller Rhetorik zum Trotz kaum entziehen.

Im Verlauf der Krise 2008/2009 führten zudem industrielle Konzentrationsprozesse zum Abbau von Arbeitsplätzen. Strömungen innerhalb der Wirtschaftselite, besonders in den Küstenprovinzen, sehen die Krise als Chance zur Modernisierung der Wirtschaft und der Bildung von ertragseffizient geführten Unternehmenskonglomeraten. Liberale chinesische Ökonomen drängen ganz im Sinne dieses Anliegen auf eine Ausweitung von Marktmechanismen und das technologische Upgrading (Wu/Fan 2010: 270–275; kritisch hierzu: An-

73 Langfristig wirksam kann der Wohnungsbau werden. Im neuen Fünfjahresplan verspricht die Regierung den Bau von 30 Millionen Wohnungen; eine Realisierung dieser Pläne entspräche dem größten öffentlichen Wohnungsbauprogramm der Geschichte (McNally 2011: 19). Ähnliches gilt für den Ausbau der Altersversorgung.

dreas 2010). Ob das technologische Upgrading und hiermit zusammenhängende höhere Qualifikationsanforderungen ebenfalls zu einem massenhaften Anstieg der Löhne führen, ist jedoch zu bezweifeln (Yu 2010). Aktuelle Forschungen im Pearl-River- und Yangtse-River-Delta stellen etwa eine fortdauernd hohe Arbeitsintensität und Fortdauer des Niedriglohnmodells selbst in den High-Tech-Produktionsstätten fest: In der IT-Industrie existiert eine geradezu extreme Spaltung zwischen hoch qualifizierten Technikern und gering qualifizierten Arbeitern (Butollo/Lüthje 2012). Zugleich trägt die Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu steigender Arbeitslosigkeit bei und übt damit wiederum Druck auf die Löhne durch die Bildung oder Erhaltung einer industriellen Reservearmee aus.

Zweitens konterkarieren mächtige Interessengruppierungen im Finanzsystem die Anstrengungen der Zentralregierung in Beijing (vgl. Walter/Howie 2011). Weil die hohe Sparquote der Arbeitnehmerhaushalte zugleich Grundlage der Finanzierung von Investitionen ist, die expansive Geldpolitik des Bankensystems unter anderem auf der hohen Sparrate der Bevölkerung gründet, kann im Falle einer Ausweitung des Binnenkonsums ein latenter Widerspruch zutage treten: Sinkt die Spartätigkeit in großen Teilen der Bevölkerung, schrumpfen die privaten Guthaben bei den Banken, die auch ein mächtiger Staat, dessen Verschuldungsquote erheblich höher liegt, als offiziell verlautbart wird, nicht unbegrenzt ausgleichen kann. Es darf daher nicht verwundern, wenn aus dem Finanzsystem kritische Stimmen gegenüber den Rebalancing-Plänen der Regierung lauter werden.

Weil einheimische und internationale Unternehmen an den mit niedrigen Löhnen verbundenen Wettbewerbsvorteilen weiterhin interessiert bleiben, kommen, *drittens*, die lokalen Regierungen diesem Interesse in aller Regel entgegen. Der Standortwettbewerb der politischen Instanzen unterhalb der Zentralregierung trägt insofern zur Persistenz des Niedriglohnmodells bei. Zudem tragen die konkurrierenden subnationalen Vollzugsinstanzen zum Fortbestand des investitionsgetriebenen Wachstums bei. Sehr hohe Investitionsquoten begünstigen den Trend zur Überinvestition, zur Dopplung von Investitionen und damit zur Überproduktion, was wiederum die Exportorientierung weiter befördert. Ein weiterer Effekt der Überinvestitionstendenz sind spekulative Blasen beim Erwerb von Vermögengütern, zum Beispiel im Immobiliensektor. Lokalregierungen nutzen im Gefolge der großen Konjunkturpakete zunehmend Grund und Boden als Pfand für Kredite und als Einkommensquelle. Diese »land-induced financialisation« (Sum 2011) verstärkt die Abhängigkeit staatlicher und privater Akteure von der Immobilienentwicklung. Begleitet wird dieser Prozess von steigenden Immobilienpreisen und einer Immobilienblase. Eine *real estate coalition* aus Lokalregierungen, staatlichen Banken, Unternehmern und

ausländischen Investoren hat sich herausgebildet (Sum 2011: 201–207).⁷⁴ Die Gegenmaßnahmen der Regierung – »these include the tightening of credit, raising deposits for the purchase of new land to 50 per cent; arranging for the exit from this sector of state-owned developers whose core business is not property, imposing a property tax on residential housing in some cities« (Sum 2011: 202) – zeitigten bislang nicht die erwünschte Marktkorrektur.

Dass schließlich auch die Zentralregierung selbst, *viertens*, nur halbherzig für ein Rebalancing der Wirtschaft eintritt – was an der zögerlichen Haltung des Parteistaates gegenüber einer Reform der Gewerkschaften und des Systems der Lohnfindung abzulesen ist –, verweist auf ein weiteres Problem: den Zielkonflikt zwischen sozialem Ausgleich und der Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Regierung befürchtet, dass der Wettbewerbsvorteil der niedrigen Löhne verloren geht und sich zugleich arbeits- und sozialpolitische Zusicherungen der Zentralregierung zu allzu »unrealistischen« Ansprüchen der Arbeiter und Angestellten verselbstständigenden und perspektivisch die Grundlagen ihrer Herrschaft infrage stellen könnten. Der Faktor also, der wohl mehr als andere in der Lage wäre, ein *social upgrading* einzuleiten, wird aus diesem Grund einzuhegen versucht, und eine tief greifende Reform und Stärkung der Gewerkschaften wird hinausgezögert.

3.1.5 Zwischenfazit

Dieses Kapitel hat offengelegt, dass die privat-öffentliche Organisation der durch heterogene Produktionsregime gekennzeichneten chinesischen Wirtschaft ein produktives Setting für Unternehmensstrategien schuf. Zugleich trug dieses über einen langen Zeitraum zur innergesellschaftlichen Kohärenz bei. Der durch Marktkräfte bestimmte kapitalistische Modernisierungsprozess konnte im Interesse der herrschenden Allianz aus wirtschaftlichen und politischen Eliten gesteuert werden – und vielfach wurde dabei auf eine auch aus westlichen Gesellschaften bekannte »regulation-for-competition« (Obinger et al. 2010), über die staatlichen Institutionen, gesetzt.

Allerdings wird diese Stabilität infrage gestellt. Auch wenn etwa die *Guanxi*-Netzwerke der chinesischen Ökonomie ein hohes Maß an partikularer Koordination ermöglichen, findet diese ihre Grenzen. In der chinesischen Wettbewerbsgesellschaft sind Paradoxien der Prosperität identifizierbar, die zur

⁷⁴ Zudem steigen die Investitionen aus dem Ausland an: »Given the rising status of the Chinese economy and its currency, coupled with the weakening of US economy (and other developed countries), the dollar and near-zero interest rates in most developed countries, it is reasonable to assume that the inflow of »hot money« into China's real estate markets (and other sectors) will not slow in the foreseeable future« (Allen et al. 2011: 31; vgl. IMF 2011: 17).

Destabilisierung der Entwicklungsweise beitragen. Um die Auswirkungen der kapitalistischen Modernisierung abzumildern – normativ wird dies mit dem Ziel einer harmonischen Gesellschaft begründet –, drängt die chinesische Zentralregierung aus diesem Grund seit mehreren Jahren auf ein umfangreiches Rebalancing der Wirtschaft. Doch dieses Unterfangen ist nur schwer zu realisieren. Zu den hohen Hürden auf diesem Weg gehören mehrere Faktoren:

Erstens wird aufgrund anhaltender (Export-)Abhängigkeiten von einer instabilen Weltwirtschaft und transnationalen Wertschöpfungsketten eine Weiterführung des Niedriglohnregimes befördert. Einheimische und internationale Unternehmen sind an den mit niedrigen Löhnen und Steuern verbundenen Wettbewerbsvorteilen überaus interessiert, und lokale Regierungen nur allzu oft bereit, diesem Interesse entgegenzukommen.

Zweitens existieren auf dem Binnenmarkt strukturelle Nachfragerücken. Hinsichtlich ihrer redistributiven Maßnahmen entpuppen sich die Projekte der Regierung als nur geringfügig wirksam. Viele der seit Jahren thematisierten Rebalancing-Ziele sind nicht erreicht worden. Wie zusätzlich an der zögerlichen Haltung des Parteistaates gegenüber einer Reform beziehungsweise Stärkung der Staatsgewerkschaften und des Systems der Lohnfindung abzulesen ist, ist mit einer hohen Wahrscheinlichkeit Ähnliches für die Absichten des 12. Fünfjahresplans (2011–2015) zu erwarten. Die avisierte Stärkung des Binnenmarkts, mit der nicht zuletzt auf die wachsenden Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung reagiert wird, erscheint als ein nicht beziehungsweise nur ansatzweise zu realisierendes Unterfangen.

Drittens verstärken die schwache Binnennachfrage und die volatile Nachfrage auf den Weltmärkten einen Trend zur Überinvestition. Die Staatsführung setzt zwar vor dem Hintergrund historisch sehr hoher Investitionsquoten, angetrieben durch risikoreiche Anlagen der Unternehmen und Lokalregierungen, auf einen weltweiten Konjunkturanstieg, der die Investitionen rentabel machen könnte. Doch bislang haben sich diese Erwartungen nicht in erhofftem Maße erfüllt. Tatsächlich sind die Überinvestitionstendenzen, die zum Beispiel in Form von erheblichen Büroerständen sichtbar werden, besonders in Großstädten zweiter beziehungsweise dritter Kategorie, durch die großen Konjunkturprogramme seit 2008 noch verstärkt worden. Zusätzlich erlaubte eine expansive Geldpolitik den Kreditnehmern, Grund und Boden sowie Immobilien, aber auch Aktien und andere Arten von Finanzprodukten zu erwerben. Der Erwerb solcher Vermögenstitel verursachte spekulative Blasen. Zwar bemühen sich die geldpolitischen Entscheidungsträger, Überhitzungserscheinungen einzudämmen, doch offenbaren sich auch in diesem Bereich die Grenzen nationalstaatlicher Interventionen in volatile Märkte. Die unter anderem mit der Politik des billigen Geldes verbundenen Inflationstendenzen wiederum konterkarieren die

sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung, denn eine Steigerung der Lebensmittelpreise trifft in der Regel ärmere Familien härter als vermögende.

Viertens bestehen im politischen System Chinas Grenzen der Steuerung. Trotz ihrer umfangreichen Steuerungskapazitäten gelingt es der Regierung nur unzulänglich, den internen Standortwettbewerb und die damit verbundenen risikoreichen Wachstums- und Finanzpolitiken subnationaler Regierungen in den Griff zu bekommen. Die Interessen taktgebender Gruppen in den lokalen Staatsapparaten, im Unternehmenssektor und im Finanzsystem konterkarieren die Anstrengungen der Zentralregierung in Beijing teilweise. Auch wenn die Überinvestitions- beziehungsweise Unterkonsumtionstendenzen erst einmal klassischen kapitalistischen Krisenmechanismen zu ähneln scheinen, und sozusagen Ausdruck der Anarchie des Markts sind, werden diese ergänzt um die punktuell krisenverschärfenden Policies der wettbewerblich verfassten lokalen staatlichen Institutionen und der Finanzmarktakteure. Die Analyse der Rolle staatlicher Institutionen bei der Herstellung sozioökonomischer Stabilität und als Ursache problematischer Entwicklungen soll daher Gegenstand des nächsten Buchabschnittes sein.

3.2 Für und mit Märkte(n) planen: Der heterogene Parteistaat

Bereits im ersten Teil dieses Kapitels ist mit Blick auf die Unternehmensbeziehungen und gesamtwirtschaftliche Dynamiken klar geworden, dass die staatlichen Institutionen im chinesischen Kapitalismus eine zentrale Funktion haben. In diesem Teil analysiere ich den »kapitalistischen« Parteistaat noch einmal systematischer, um weitere Kennzeichen und Spezifika, aber auch problematische Entwicklungen der staatlich durchdrungenen Variante des Kapitalismus in China herauszustellen. In den letzten Jahren ist eine Reihe aufschlussreicher Untersuchungen zum Wandel des politischen Systems in China erschienen, in denen der Übergang von einem totalitären zu einem autoritär-konsultativen Herrschaftssystem in beeindruckender Gründlichkeit nachgezeichnet wird (vgl. exemplarisch: Fewsmith 2008; Heilmann 2004; Heilmann/Perry 2011a; Saich 2004; Shambaugh 2009b; Wu 2005; Yang 2004; Zheng 2010). Dabei bescheinigen Autoren den chinesischen Machteliten regelmäßig eine meisterhafte Beherrschung von Regierungspraktiken (im Unterschied zur Nomenklatura in der Sowjetunion), die mitunter auf eine außergewöhnliche Lern- und Adaptionsbereitschaft zurückgeführt wird.

Da der Wandel der politischen Intervention und Steuerung in der Chinaforschung kaum in politökonomischen Begriffen gefasst wird, möchte ich nach-

folgend einige Ergänzungen vornehmen. Im Anschluss an meinen Forschungsrahmen untermauere ich die These, der zufolge auch weite Teile des politischen Systems kapitalistischen Triebkräften unterworfen sind und diese sich in der Praxis des Zentralstaates beziehungsweise seiner lokalen Gegenstücke niederschlagen. Der Parteistaat zieht sich gegenüber der Marktexpansion nicht zurück, sondern agiert selbst als zentraler Akteur des chinesischen Kapitalismus. Staatliche Akteure übernehmen in einem hohen Ausmaß die Rolle eines institutionellen Entrepreneurs. Zugleich wird damit eine Lesart des Reformprozesses infrage gestellt, die die zweite Phase der Reformen im Rahmen einer Kapitalismusdefinition, die Kapitalismus mit liberaler Marktwirtschaft gleichsetzt, gewissermaßen als bürokratischen Backlash versteht, weil staatliche Akteure sehr stark intervenieren (Huang 2008).⁷⁵ Der Transformationsprozess verläuft nicht nach Maßgabe der Prognose eines Übergangs in eine liberale Marktwirtschaft. Zugleich weist der variierte Staatskapitalismus Chinas jedoch auch gegenüber koordinierten und anderen staatlich gelenkten Kapitalismen Unterschiede auf.

Wie Chinawissenschaftler festhalten, kommen die Triebkräfte der Konkurrenz und die Imperative der ökonomischen Effizienzsteigerung bereits länger klar zum Vorschein: »Generally, it has been difficult for Chinese national planners to impose guidance and restrictions on local governments and companies if plan prescriptions ran counter to market incentives and business interests« (Heilmann 2010: 26). Elemente einer »Kommerzialisierung« und »Ökonomisierung« der Staatsapparate lassen sich identifizieren, die an Umstrukturierungsmaßnahmen in westlichen Industriegesellschaften erinnern, in denen es in den letzten Jahrzehnten nach Maßgabe einer internen Rationalisierung zur Übernahme betriebswirtschaftlicher Kosten-Ertrags-Kalküle in staatlichen Bürokratien kam. Der Wettbewerb zwischen staatlichen Entscheidungsträgern, auch auf Führungsebenen, hat zugenommen (vgl. McGregor 2010: 226–228).

All das bedeutet zweifelsohne nicht, dass staatliche Institutionen nunmehr identischen Anreizmechanismen und denselben Kriterien der Reproduktion unterworfen sind wie Unternehmen. Politische Institutionen sind beispielsweise weiterhin an der Erfüllung diverser Aufgaben orientiert, die entscheidend zur sozialen Integration beitragen: Dazu gehören neben ökonomischen auch rechtliche Ordnungsaufgaben sowie die Herstellung politischer Stabilität (etwa über die Schaffung eines sozialen Konsenses und von Arenen der Konfliktaustragung und Willensbildung). Ebenso sind spezifische politische Anreizmechanismen für politische Akteure in China auf unterschiedlichen Ebenen – »generated

75 Huang bezeichnet das gegenwärtige urbane China im Unterschied zur ersten Phase der Transformation als durch vorwiegend bürokratische Reformen geprägt, die vorwiegend ausländischen Unternehmen Freiräume gewähren (Huang 2008: 218–219, 222–223).

by the cadre responsibility system, the political contracting system, and the performance contracts« (Saich 2008: 186) – nicht außer Kraft gesetzt. Allerdings werden letztere besonders auf lokalen Regierungsebenen durch Erwägungen der kapitalistischen Ertragssteigerung überlagert. Damit überwiegen innerhalb des Parteistaates folgende Strategien, um Status und Anerkennung zu erreichen:

Früher war man bestrebt, die Macht der Behörden und den eigenen Rang zu erweitern und so den individuellen Aufstieg zu fördern. Jetzt verlangen die Behörden, dass man sich um »Extraeinkommen« bemüht, somit ist der Einzelne völlig aufs Geld fixiert. (He 2006: 218)

Die Abhängigkeit lokaler politischer Instanzen von unternehmerischem Handeln drückt sich zugleich in neuartigen Schemata des Wettbewerbs aus: »Previously, citizens competed to enter official's patronage networks. [...], now officials also compete with each other for links to larger private companies, with successful ones becoming shareholders and managers« (Wank 1999: 198).

Zuerst diskutiere ich nun ausführlich (zentral-)staatliche Steuerungskapazitäten im Feld der Wirtschaftspolitik und originäre Politikzyklen, die für ein Verständnis des chinesischen Staatskapitalismus unerlässlich sind. In diesem Zusammenhang frage ich nach Steuerungskapazitäten des unternehmerischen Planstaates (3.2.1). Es wird eine Transformation des Staates nachgewiesen, nicht sein Rückbau. Im anschließenden Abschnitt stelle ich Politikzyklen in China heraus, die zur Erklärung der Steuerungskapazitäten der staatlichen Institutionen beitragen (3.2.2). Dem folgt eine Diskussion der fortwährenden Rolle der KPCh im politischen Prozess, die als eine »Volkspartei« der Modernisierung agiert (3.2.3). Danach wende ich mich einigen staatskapitalistischen Leitbildern der Entwicklung zu, die der Legitimation der Parteistaats-Herrschaft dienen – und die, zumindest aus Sicht westlicher Beobachter, einen Charakter ideologischer Akrobatik aufweisen.

Schließlich werden diejenigen Faktoren zusammengefasst, die belegen, dass vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklung der (Welt-)Ökonomie auch der starke Staat der Volksrepublik an seine Grenzen gelangt (3.2.4). Ich analysiere die Regionalisierung der Macht und die Folgen der Konkurrenz zwischen Staatsapparaten auf unterschiedlichen Ebenen. Dabei muss die Macht, Entscheidungen zu formulieren, von der Kapazität, diese zu implementieren, unterschieden werden. Hierbei entstehen in China Lücken. Vor dem Hintergrund der Machtfülle lokaler staatlicher Instanzen, der Einflussnahme unterschiedlicher sozialer Kräfte auf den Staat, die den autoritären Parteistaat zum Terrain von sozialen Auseinandersetzungen machen, beschreibe ich – die Befunde des vorangegangenen Teils des Kapitels berücksichtigend – Paradoxien des chinesischen Mehrebenengeflechts, die auch etwa die Bemühungen um ein Rebalancing der Wirtschaft erschweren.

3.2.1 Politische Steuerungskapazitäten des unternehmerischen Planstaates

Wie in Kapitel 2 herausgestellt, sind seit den 1990ern eine ganze Reihe bürokratischer Restrukturierungen mit der Absicht, den zentralen Regierungsapparat zu stärken, unternommen worden. Mit dem Ergebnis, dass die zentralstaatlichen Machtapparate ihre Steuerungskapazitäten im Feld der Wirtschaftspolitik erhöhen und die Marktexpansion in einem größeren Ausmaß regulieren konnten, als das in anderen Schwellenländern der Fall war.

Besonders seit der zweiten Phase der Reform hat die Zentralregierung dabei *Institutionen der Marktkontrolle und -regulierung* geschaffen, die eine Entwicklungsplanung auf Grundlage der Einschätzung von Wachstumspotenzialen lokaler sowie internationaler Märkte ermöglichen sollen. Im Vergleich zur Administration unter Jiang Zemin und Zhu Rongji in den 1990ern setzte die Regierung Hu/Wen einen stärkeren Akzent auf die wirtschaftspolitische Steuerung. Ebenso wird die Rolle der Partei in diesem Prozess eindringlich betont (Shambaugh 2009b: 128–131; Fewsmith 2008: 255–258).

Im Kontrast zu einer bürokratischen Ressourcenverwaltung setzt die chinesische Entwicklungsplanung nunmehr das Bestehen von Märkten bereits voraus. Weil letztere, so wird in China auf höchster Regierungsebene angenommen, kaum zu bändigende Entitäten darstellen, müssen sie durch Formen der »Makro-Steuerung« (*bongguantiaokong*) in Schach gehalten werden. Neben modifizierten, meist indikativen Planelementen werden hierfür fiskal- und geldpolitische Maßnahmen herangezogen. Im Gegensatz zu den marktliberalen Projekten westlicher Gesellschaften dominieren in China staatszentrierte Leitbilder und der bewusst gesetzte Fokus auf die makropolitische Steuerung. Auch wenn sich in bestimmten Bereichen der Wirtschaft Liberalisierungstendenzen durchsetzen, ist sich die zentrale Staatsführung (mit wenigen Ausnahmen) einig darin, dass die Makro-Kontrolle und -Steuerung nicht aus der Hand gegeben werden darf:

[F]urther liberalization of certain sectors of the economy will proceed, such as for some service industries, parts of the financial system, and the *bukou* (residency) system. But this is »strategic liberalization« contained in key sectors. Overall, statist tools will be front and center to affect reforms in areas such as public housing, infrastructure, industrial policy, social welfare system reforms, and [...] the CCP controlled cadre incentive system.

(McNally 2011: 25; eigene Hervorhebung)⁷⁶

Nach 2008 wird diese Position vor dem Hintergrund der offensichtlichen Schwierigkeiten, in denen sich liberalisierte Volkswirtschaften befinden, mit

76 Eine Entwicklung an den Finanzmärkten besteht darin, dass die Liberalisierung partiell vorangetrieben wird. So ist im Jahr 2008 an der Shanghaier Börse der Derivate-Handel erlaubt worden; zusätzlich wächst die Zahl der institutionellen Investoren (Allen et al. 2011: 6).

noch mehr Nachdruck vertreten. Umgekehrt haben Stimmen in der Partei, die die Liberalisierung vorantreiben möchten, erst einmal an Einfluss verloren.

3.2.1.1 Neuere Trends in der Wirtschaftspolitik

Die autoritäre Herrschaft in China zielt offiziell auf die Heraufkunft einer Wissens- und Innovationsökonomie. Hierbei können Ähnlichkeiten zu anderen ostasiatischen Entwicklungsstaaten identifiziert werden. Letztere befinden sich in einem Übergang zu einem neodirigistischen, »schumpeterianischen« Wettbewerbsstaat (vgl. Jessop 2002: 95–139). Charakteristisch für den schumpeterianischen Staat sind dessen Versuche, die Innovationsfähigkeit zum zentralen Inhalt staatlicher Standortpolitik zu machen. Wirtschaftspolitische Strategien auf den Feldern der Technologie-, Struktur- und Innovationspolitik sind verstärkt an der Sicherung und Erneuerung technologischen Wissens interessiert, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts in der globalen Konkurrenz garantieren zu können.

Noch ist die Volksrepublik von diesem Ziel entfernt. Um einen Überblick über aktuelle wirtschaftspolitische Maßnahmen der (Zentral-)Regierung zu erhalten, die der Erreichung dieser Absicht dienen, können marktschaffende, marktordnende und marktbegrenzende Regulierungen differenziert werden. An die Wirtschaftspolitik angrenzende Politikfelder wie die Steuerpolitik, wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen, Finanzsektorreformen oder die Regulierung der Urbanisierung werden im Folgenden nur cursorisch berücksichtigt. Dem Bildungs- und Forschungssektor ist dagegen ein gesonderter Abschnitt gewidmet (3.2.1.2).

Zu den zentralen Elementen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik gehören:

- Staatliche Institutionen stellen nach wie vor grundlegende *Infrastrukturen der Akkumulation* bereit. Anstrengungen zur Unterstützung generativer Wirtschaftssektoren im Transport- und Energiesektor sowie im Feld der Ressourcen erhalten noch immer, auf zentraler wie lokaler Ebene, eine hohe Aufmerksamkeit.⁷⁷ Hinsichtlich der Logistikleistungen, etwa der Qualität der Transportinfrastruktur, der Abwicklung internationaler Sendungen und der Zollabfertigung, hat sich das Land der Welthandelsorganisation zufolge zum entwickeltsten Schwellenland emporgearbeitet.

Ende 2010 wurde ein limitierter Markt für risikoreiche Credit Default Swaps eröffnet (Schmalz/ Ebenau 2011: 153). 2011 sind zahlreiche Börsengänge durchgeführt worden. All dies drückt einerseits den Einfluss besonders marktfreundlicher Strömungen innerhalb der Machtelite aus; andererseits ist dies einem Pragmatismus in anderen Segmenten der Machtelite geschuldet, der vom Glauben lebt, der Kapitalmarkt könne trotzdem weiterhin ein politisch kontrollierbares Feld bleiben.

⁷⁷ Zwei Beispiele: In absehbarer Zeit wird die Größe des Autobahnnetzes zu dem der USA aufschließen. Die Binnenmetropole Chongqing am Yangtse wurde in den letzten Jahren mit 200

- Es lässt sich weiterhin ein *Trend zu marktschaffenden Maßnahmen* nachweisen, die durch *Momente der indikativen Planung* ergänzt werden: Ein Beispiel ist die Organisation der öffentlichen Auftragsvergabe (*public procurement*) durch die National Development and Reform Commission (NDRC).⁷⁸ Sie läuft mitnichten mehr so wie in einer Planbehörde ab. Zwar stellt die NDRC zunächst allgemeine Entwicklungsziele auf und erstellt ein Budget etwa für die Förderung der Windenergie. In einem nächsten Schritt wird jedoch eine Ausschreibung vorgenommen, um die diverse staatliche, aber auch nichtstaatliche Firmen konkurrieren. Einige wenige Unternehmen werden daraufhin ausgewählt – in netzwerkförmig strukturierten (und bisweilen überaus korrupten) Aushandlungsprozessen – und finanziert.⁷⁹ Schließlich obliegt es den zuständigen Behörden, durch operative Anpassungen den Markt für Windenergie für ausländische Anbieter (weiter) zu öffnen, die bislang bei Ausschreibungen nur geringe Chancen hatten – um derart noch härtere Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Marktschaffung und *Marktordnung* gehen in dieser Weise Hand in Hand.
- Einzelne andere Bereiche, wie die Märkte für Kredite, für Energie oder öffentliche Bauprojekte, sollen dagegen hochgradig reguliert bleiben. Das Mittel der *Marktbegrenzung* wird hier in Form von sektorspezifischen Re-Regulierungen angewandt (Hsueh 2011; Pearson 2010). So wurden *strategischen* Industriesektoren »unabhängige« Ministerien und Kommissionen beigeordnet, etwa das Ministry of Industry and Information Technology im Telekommunikationsbereich oder die State Electricity Regulatory Commission im Energiesektor. Diese als strategisch bedeutsam klassifizierten Sektoren werden stärker geschützt als zum Beispiel die Textilindustrie oder der Bereich der Unterhaltungselektronik (Hsueh 2011: 42–44, 254–256). Zudem besitzt die NDRC die Macht, Investitionsprojekte zu unterbinden. Und sie beeinflusst weiterhin den Preis bestimmter Güter und Dienstleistungen und kann Preiskontrollen bei Nahrungsmitteln verhängen (ADB 2011: 120; Wong 2009: 934).
- Es wird versucht, das relativ liberale *Außenhandelsregime* durch ein regulierteres *Investitionsregime* im Innern zu ergänzen. Dabei wird wiederum mit dem Mittel der *Marktordnung* gearbeitet: Nachdem der WTO-Beitritt etwa im Agrarsektor und im Einzelhandel zu einer Zunahme des Wettbewerbs mit

Milliarden USD gefördert. Die Stadt plant, bis 2015 zur größten Herstellungsplattform von Notebooks zu werden.

78 Gerade die NRDC hat im Gefolge der großen Konjunkturprogramme ab 2008 an Einfluss gewonnen, der Kommentatoren bereits von einem »Mini-Staatsrat« hat sprechen lassen, weil sie über erhebliche Querverbindungen in andere Ministerien verfügt (Gore 2011).

79 Entsprechend fatal ist es für Firmen, die aus dem Bieterverfahren ausgeschlossen werden.

ausländischen Herstellern führte, modernisierte die chinesische Regierung ab 2002 die (bereits länger wirksame) Praxis der Investitionslenkung in einem Anleitungskatalog für Investitionen mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 25 Prozent (vgl. Bu 2009: 190–197; Kroymann 2009: 41–56). Investitionsprojekte wurden in mehrere Kategorien unterteilt: Erstens werden »verbotene« Wirtschaftszweige benannt: Die Kategorie umfasst Investitionsvorhaben, die geeignet sind, die nationale Sicherheit zu gefährden, die dem Schutz der Umwelt abträglich sind oder Industrien betreffen, in denen der Staat seine Kontrolle aufrechterhalten möchte (unter anderem in der Energieversorgung, in der Rüstungsindustrie und dem Medienbereich). Zweitens markieren »beschränkte« Investitionsvorhaben Sektoren, die nur schrittweise für die internationale Konkurrenz geöffnet werden (unter anderem in der Konsumgüterherstellung). Ausländische Investitionen setzen in diesen Sektoren die Beachtung von vorgegebenen Höchstgrenzen am Beteiligungsbesitz voraus. »Gefördert« werden drittens Investitionen, die der »Entwicklung der Nation« zugute kommen, etwa im IT-Bereich. Insgesamt stellt dies eine Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten ausländischer Investoren dar.⁸⁰ Gleichwohl beabsichtigt die Regierung damit die Ordnung der (unterschiedlich kategorisierten) Märkte.⁸¹

- Wie in der Untersuchung der wechselseitigen Beziehungen zwischen Staat und Unternehmen bereits eingehender gezeigt, versuchen staatliche Akteure ihren Einfluss in der expandierenden Privatwirtschaft zu erhalten. Die »Privatisierung« der Staatsunternehmen ist dabei nicht vorwiegend als klassische Eigentumsprivatisierung erfolgt, in der öffentlicher Besitz an Privatpersonen verkauft wurde. Vielmehr bleibt der Staat bei der mehrheitlich als *Organisationsprivatisierung* vollzogenen Unternehmensrestrukturierung (Teil-)Eigentümer, auch wenn die betroffenen Unternehmen veränderten Regeln des Wettbewerbs ausgesetzt werden. Oder er delegiert öffentliche Aufgaben an private Anbieter, behält aber bei dieser *Aufgabenprivatisierung* Verantwortungen. In diesem Zusammenhang kann die dem Staatsrat direkt unterstellte SASAC ihrer offiziellen Aufgabe des Wirkens als Kontrollbehörde sehr großer staatseigener Unternehmen im Prinzip relativ flexibel nachkom-

80 Im Einzelfall gestaltet sich die Eingrenzung dieser Kategorien schwierig, und unter Umständen können Investitionsprojekte in eine günstigere Kategorie gelangen (Kroymann 2009: 43–44). Zudem werden die Einschränkungen in der Praxis bisweilen umgangen (Bu 2009: 192).

81 Bis 2007 hat die Regierung den Katalog weiter modifiziert: Einige Bereiche (etwa die Endmontage von Automobilen) wurden in die geförderte Kategorie verschoben; zugleich wurden, um die Konkurrenz zu erhöhen, einige verbotene Bereiche in eine Kategorie der »gestatteten« Investitionen umgewidmet. Um Überhitzungserscheinungen im Immobiliensektor zu bekämpfen, ist die Immobilienmaklerbranche in die »beschränkte« Kategorie aufgenommen worden.

men.⁸² Weil ein Teil des Finanzministeriums, das früher als Kapitaleigner der SOEs fungierte, jüngst mit der SASAC verschmolzen wurde, soll letztere nunmehr sowohl als Besitzer als auch Regulator fungieren (Jung 2011: 131–132). Wichtig ist noch einmal festzuhalten, dass die staatlichen Institutionen heute nicht allein staatseigene Unternehmen, sondern auch Privatunternehmen fördern – »instead of seeing private firms as rivals with publicly owned enterprises, these firms are now viewed as »national enterprises: nonstate firms can also be the national champions that represent China in the global market place« (Naughton 2007: 361).⁸³ Im Allgemeinen gilt: Je größer das Unternehmen, desto mehr sind die staatlichen Institutionen an engen Verbindungen interessiert. Um das an einem aktuellen Beispiel der Politik einer Stadtregierung zu erläutern: In Dezhou, in der Provinz Shandong, hat die lokale Regierung in den letzten Jahren eine lokale Entwicklungszone (Solar Valley) gegründet, um zum nationalen Vorzeigeort der Solarwirtschaft zu avancieren. Mithilfe staatlicher Förderungen ist das führende lokale Privatunternehmen, Himin, zum weltweit größten Hersteller von Solarwarmwasserbereitern geworden. Die Stadt war im Jahr 2010 zudem Gastgeber des International Solar City Congress.

- Wirtschaftlichen Desintegrationstendenzen begegnet der Zentralstaat mit quasikeynesianischen *Krisen- und Konjunkturprogrammen*. Ähnlich wie bereits in der Asienkrise ab 1997 – als Stimuli mit einem Volumen von 3.200 Milliarden RMB eingesetzt wurden (Lo 2007) – rekurrierte der Zentralstaat im Zuge des globalen Einbruchs 2008/2009 auf Konjunkturprogramme. Gemessen am BIP übertrafen diese die Hilfsmaßnahmen in allen anderen großen Industrienationen. Das unmittelbar im Gefolge der Krise im November 2008 vom Staatsrat verkündete Konjunkturpaket umfasst Maßnahmen in Höhe von 4.600 Milliarden RMB (circa 460 Milliarden Euro). Es dient vor allem dem Ausbau wirtschaftlicher Infrastrukturen, wie dem Schienen- und Autobahnnetz, sowie der Forschungsförderung. Die Staatsführung zielt auf das technologische Upgrading in verschiedenen Schlüsselindustrien (IT-Industrie, Automobil- und Stahlindustrie, Maschinen- und Schiffsbau; vgl. Schmidt/Heilmann 2010). Teilweise integriert das Paket bereits längerfristig geplante Projekte wie den Wiederaufbau einiger durch Umweltkatastrophen zerstörter Regionen. Beteiligt sind in einem hohen Ausmaß die unteren Voll-

82 Dies kann die SASAC auch deshalb, weil Arbeitnehmerinteressen keine vorrangige Rolle spielen: »In theory, SASAC is supposed to represent [...] their employees, but in reality, the interests of SOE workers barely register in SASAC's consciousness« (CLB 2011: 32).

83 Im Chinesischen gebräuchlich ist der Begriff »führendes Unternehmen« oder, genauer, »Drachenkopf-Unternehmen« (*longtou qiye*). Hierzu gehört nunmehr auch die Schaffung national und international renommierter Markenfirmen, wie Konsumforscher erläutern (Gerth 2010).

zugsinstanzen und die staatlichen Banken (Tong 2010: 50–58). Die Lokalregierungen stellten ferner lokale Entwicklungspläne auf, die zusammen eine Höhe von umgerechnet etwa 1,8 Billionen Euro aufweisen.⁸⁴

- Wie nicht anders zu erwarten, dient auch die *Steuerpolitik* der Wirtschaftsregulierung. Mit der Hilfe von Steuervergünstigungen und Sonderbehandlungen setzt die Regierung Investitionsanreize und zieht ausländische Investoren an.⁸⁵ Sie kann aber genauso auch das Gegenteil bewirken: So ist ab Januar 2008, befördert durch den Druck staatseigener Unternehmen, eine neue Rechtslage geschaffen worden, die eine Bevorzugung ausländischer Unternehmen beschränkt und Steuervergünstigungen entfallen lässt. Unternehmenssteuern sind somit für in- und ausländische Firmen weitgehend vereinheitlicht worden (Bai/Lu/Tao 2009: 473). Allerdings setzt die Regierung in bestimmten Bereichen weiterhin Steuervergünstigungen ein: Hochtechnologiesektoren werden mit einem verminderten Körperschaftsteuersatz (15 Prozent anstelle von 25 Prozent) gefördert, Softwareunternehmen können die Umsatzsteuer erstattet bekommen; ebenso existieren Steuerbefreiungen im Fall des Transfers von Technologien.
- Der Herausforderung der *Urbanisierung* wird mit einem Mix aus marktschaffenden und marktbegrenzenden Maßnahmen begegnet. Einerseits wurde das rigide System der Wohnsitzregistrierung (*hukou*) zwar punktuell liberalisiert, jedoch insgesamt aufrechterhalten (Chan/Buckingham 2008). Der relativ reibungslose Verlauf der Urbanisierung wird maßgeblich dem autoritären *Hukou*-System zugeschrieben – in Weltbankuntersuchungen wird es als »useful tool« bezeichnet (Shahid/Nabeshima 2008: 28). In den 2000ern haben sich die städtischen Investitionen (unter anderem im Wohnungsbau) erhöht.⁸⁶ Andererseits finden Konzepte, die man im europäischen oder nordamerikanischen Kontext als »privat-public partnership« bezeichnet (Brenner

84 Deren tatsächlicher Umfang ist kaum abzuschätzen (Tong 2010: 59). Im 12. Fünfjahresplan (2011–2015) wird zudem die besondere Berücksichtigung von Investitionen in umweltfreundliche Technologien werbewirksam hervorgehoben.

85 Bereits 1985 kam es etwa zwischen der BRD und der VR China zu einem Doppelbesteuerungsabkommen »zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen« (Kroymann 2009: 65).

86 Als Vorbilder des Städtebaus gelten Modelle aus Japan, etwa Tokio: In der japanischen Hauptstadt half eine langfristige staatliche Planung, die Probleme einer expandierenden Bevölkerung zu begrenzen. Chinesische Metropolen konnten derart Langfristprojekten (wie der Entwicklungszone Pudong in Shanghai) zum Erfolg verhelfen (Shahid/Nabeshima 2008: 21). Dies unterscheidet sich von anderen expandierenden »Megastädten« wie Lagos, Karachi oder Mumbai, in denen die Nachfrage in aller Regel das Angebot an urbanen Infrastrukturen überschreitet und die Entstehung großer Slums antreibt. Hierfür wurden jedoch auch Millionen Menschen (zwangsweise) umgesiedelt.

2004), in China ebenfalls einen Widerhall: Eine große Anzahl privater Akteure, zum Beispiel inländische und internationale Architekturbüros, ist mittlerweile in die Stadtplanung und die Umwandlung der Baustrukturen involviert.

Wie der folgende Abschnitt veranschaulicht, übernehmen staatliche Institutionen auch im Ausbildungssektor und im Feld der Forschungsförderung eine tragende Rolle.

3.2.1.2 *Ausbildungssektor und Technologieförderung*

Dem technologisch-deterministischen Geist einer dreipoligen Dynamik aus Bildung, Forschung und Innovation folgend, strebt die Machtelite im Ausbildungssektor und im Feld der Technologieförderung den Anschluss an die entwickeltesten Volkswirtschaften der Erde an.

Aufgrund eines im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern verhältnismäßig entwickelten Ausbildungswesens war der Bildungsdurchschnitt der Gesamtbevölkerung am Ende der Mao-Ära zwar nicht unterdurchschnittlich niedrig (Hung 2008: 154). Dennoch war es eine große Herausforderung, die nach der Kulturrevolution zerrütteten Ausbildungseinrichtungen wiederaufzubauen und in hochwertige, international anerkannte Bildungs- und Forschungseinrichtungen zu transformieren. Um dieses Ziel zu bewerkstelligen, wurden, ostasiatische Länder wie Japan oder Südkorea imitierend, ein autoritäres Bildungswesen, fehlende egalitäre Prinzipien und ein Fokus auf die Begabtenförderung, stetiges Lernen und eine extreme Betonung des Ausleseprinzips in bestimmten »Schwerpunktschulen und -hochschulen«, das heißt Eliteschulen, in Kauf genommen (Park 1986: 147).⁸⁷

Nach der Grundschule und einer Mittelstufe erreichen die Schüler im Allgemeinen mit 16 Jahren eine technische Schule (Berufsschule) oder eine Highschool. Während die technischen Schulen direkt in die Arbeitswelt führen und ganze Kohorten in dieser (dreijährigen) Ausbildung in Firmen eingesetzt werden⁸⁸ – die Streiks bei Honda Nanhai im Mai/Juni 2010 wurden maßgeblich von den Auszubildenden in der Montage getragen –, kann der dreijährige High-

87 Es regiert ein Alltagsdiskurs, in der die zukünftigen Generationen als »Humankapital« betrachtet werden: Kinder werden im Sinne einer Akkumulationsstrategie für die wirtschaftliche Zukunft der Familie betrachtet. Die zentrale Frage lautet also: »Wie viele Punkte erreicht mein Kind bei den Tests?« – besonders im *zhongkao* nach der 9. Klasse (bis dahin gilt allgemein der freie Zugang zur Schule) und später, im Rahmen der Zulassungsprüfung zum Universitätsstudium (*gaokao*). Sollte das Kind »versagen«, stigmatisiert der herrschende Diskurs sowohl das »schlechte« Kind wie auch die »schlechten« Eltern.

88 Die Firmen besitzen die Möglichkeit, auf Ausbildungsmessen Schüler auszuwählen und sie (ungefähr in der Höhe des Mindestlohns) anzustellen.

school-Besuch mit einer Universitätsqualifikation abgeschlossen werden. Um das Ziel des technologischen Upgrading mithilfe gut ausgebildeter Arbeitskräfte zu erreichen, wurden Versuche nach dem Vorbild des deutschen »dualen« Systems eingeleitet (vgl. Ahrens/Jünemann 2006: 24–27). Dabei hat die Praxis einzelner deutscher Konzerne Vorbildcharakter. Wie ich in zwei Betriebsbesichtigungen 2009 und 2010 bei einem führenden deutschen Leuchtmittelhersteller in Foshan (Provinz Guangdong) aufgezeigt bekam, verbindet sich hier eine zweijährige betriebsinterne Ausbildung mit einem einjährigen Besuch der technischen Schule. Dieses Modell wird in Guangdong als Vorreitermodell der Regierung betrachtet und publik gemacht. Landesweit scheint es jedoch nur wenig funktionierende Interessenkoalitionen zu geben, die das »vocational training« fördern. Zeitgleich steigt der Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitskräften rapide an.

Dem Zensus des Jahres 2000 zufolge verfügen 20 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung über einen höheren Schulabschluss. Das Land liegt damit noch weit hinter den Zahlen der entwickelten OECD-Ökonomien. Freilich relativiert die schiere Zahl an Universitätsstudenten in der Volksrepublik diesen Sachverhalt. Ende der 2000er waren mehr als doppelt so viele Studenten im Bachelor-Bereich eingeschrieben als in den USA. Und: Zahlreiche chinesische Auslandsstudenten werden mithilfe von Anreizen zu einer Rückkehr in die Heimat bewegt.

Um im globalen Wettbewerb zu bestehen, hat die *Technologieförderung* in den letzten Jahrzehnten einen hohen Stellenwert erhalten: China entrichtet mittlerweile die in absoluten Zahlen zweithöchsten *Forschungsausgaben* (R&D) weltweit.⁸⁹ Das Land übertrifft hinsichtlich der Anzahl an Fachkräften im Bereich Forschung wohl bald alle Wettbewerber. In zahlreichen universitären und anderen regierungsgeführten Forschungseinrichtungen, die manchmal innovative Unternehmen hervorgebracht haben – Legend (später Lenovo) wurde bereits 1984 als *spin-off* am Institut für Computertechnologie der dem Staatsrat der VRCh unterstellten Chinese Academy of Sciences gegründet –, arbeiten Wissenschaftler und Ingenieure an Produktinnovationen. Die ausländischen Investitionen stellen eine noch wichtigere Quelle von Innovationen dar. Dabei werden teure Technologien importiert und Übereinkünfte mit ausländischen multinationalen Konzernen geschlossen, die mit einem privilegierten Marktzugang in Chi-

89 Werden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den Zentren des chinesischen Kapitalismus berechnet, vor allem im Yangtse-River-Delta, kommen die Ausgaben für R&D an die Werte der USA, der BRD oder Japans heran. Ein weiterer Faktor, der auf die chinesische Innovationsfähigkeit hinweist, jedoch aufgrund ihrer transnationalen Gestalt kaum gemessen werden kann, liegt in der über die Landesgrenzen hinausreichenden Wissensaneignung von chinesischen Fachleuten, die für mehrere Jahre etwa in Taiwan oder Silicon Valley forschen und arbeiten und ihr Fachwissen später auf dem chinesischen Festland anwenden.

na abgegolten werden. Das nationale Innovationssystem der Volksrepublik ist folglich (wie auch unter 1.4.2. geschildert) massiv durch regionale und globale Innovationsprozesse beeinflusst.⁹⁰

Die seit Ende der 1980er aufgelegten Programme zur Innovationsförderung (wie der »Fackelplan«, das »863-Programm« und das »National Program 2006–2020 for the Development of Science and Technology in the Medium and Long Term«) ergeben ein gemischtes Förderungsinstrumentarium (Werner 2010). Beabsichtigt wurde auf der einen Seite, Wettbewerbsstrukturen in Forschungseinrichtungen und im System der Forschungsfinanzierung einzuführen, und auf der anderen Seite, ein neues System der Governance im Bereich von Forschung und Technologien zu begründen, um derart »neue Ideen schneller kommerzialisieren zu können« (Liu/Lüthje/Pawlicki 2007: 226). Geistiges Eigentum bewertet die Regierung nicht mehr als unveräußerliches Staatseigentum und Patentrechte werden dementsprechend an Forschungseinrichtungen oder Universitäten übertragen.

Das Förderungswesen der Forschungseinrichtungen wird heute nicht mehr allein aus den Staatshaushalten finanziert. Sie müssen wie in anderen Ländern auch auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Industrie, das heißt Auftragsforschung, setzen. Resultat ist ein Wettbewerb um

begrenzte Fördergelder aus staatlichen Töpfen oder industriellen Fonds. Dies führte zu einem erhöhten Druck auf die Wissenschaftler und zwang sie, kürzere Forschungsprojekte durchzuführen, die versprochen, einen ökonomischen Wert abzuwerfen. (Liu/Lüthje/Pawlicki 2007: 227)

Ab 1998 sind daneben viele der alten staatlichen Forschungseinrichtungen in Technologieunternehmen beziehungsweise Technologieserviceagenturen umgewandelt worden.

Bis heute verlagern sich die Ausgaben für R&D immer mehr auf die Unternehmen selbst. Der Anteil der Unternehmensausgaben an den Gesamtausgaben für Wissenschaft und Technologie hat sich signifikant erhöht. Konzentriert ist er vorwiegend auf staatseigene und ausländische Unternehmen. Als Infrastrukturen der Industrie- und Technologiepolitik von Unternehmen dienen jedoch weiterhin die staatlich geförderten Hochtechnologie-Experimentierzonen mit Vorzugsregelungen für ansässige Unternehmen. Dutzende Hochtechnologiezonen auf nationaler Ebene, etwa Zhongguancun in Beijing oder Zhangjiang in Shanghai, sowie nationale Inkubatoren zur Unterstützung von Hightech-Start-

90 Transnationale Unternehmen wie Microsoft bauen Forschungseinrichtungen an Universitäten auf. Die Henkel AG hat einen Kooperationsvertrag mit fünf Universitäten über Ausführungen von R&D-Aufträgen geschlossen.

ups bilden das Rückgrat der Innovationsförderung (Werner 2010: 7–8).⁹¹ Viele dieser Zonen folgen dem leuchtenden Vorbild des Silicon Valley.⁹² In den letzten Jahren sind die Anstrengungen weiter verstärkt worden. Sie betreffen etwa die »indigenen Innovationen« (*zìzhū chuāngxīn*). Nach 2009 erfuhren die Maßnahmen zur Innovationsförderung eine erneute Aufwertung (Naughton 2011a: 324–326). Erstens ist man um die Subvention von »strategischen Industrien« bemüht.⁹³ Zweitens werden Großprojekte unter anderem in der zivilen Luftfahrt und im Militärbereich initiiert. Drittens werden Anstrengungen zur Weiterentwicklung indigener Innovationen wie dem eigenen 3-G-Standard für Mobiltelefone (TD-SCDMA) unternommen.

Insgesamt liegt das chinesische Innovations- und Diffusionssystem⁹⁴ aber noch hinter seinen Konkurrenten zurück: Der relativ niedrige, wenngleich steigende Anteil der Patentanmeldungen bei chinesischen Unternehmen im Gegensatz zu taiwanesischen oder anderen ausländischen Konzernen lässt Rückschlüsse auf die noch unterentwickelten Innovationskapazitäten zu. Für den IT-Bereich weisen Ernst/Naughton hingegen nach, dass einige große nicht-staatliche Unternehmen wie Huawei zunehmend innovationsfähig sind. Sie prognostizieren relevante Produkt- und Technologieinnovationen, wenngleich keine »radikalen«, sondern vorwiegend »inkrementelle« (Ernst/Naughton 2007: 49–54). Firmen wie Huawei oder ZTE konnten nach einer Phase der technologischen Imitation und schließlich in Form von Kollaborationen mit transnationalen Konzernen den technologischen Standard ausländischer Wettbewerber erreichen (Fan 2011: 835).

91 In diesem Zusammenhang hat die Anlageform des Risikokapitals (*venture capital*), das ein Geldgeber (etwa eine Beteiligungsgesellschaft) bereitstellt, in China besonders unter den neuen Start-up-Technologieunternehmen Einzug gehalten. Das Ministry of Science and Technology interpretiert Risikokapital als einen Schlüsselfaktor für den Erfolg der amerikanischen High-Tech-Industrie. Das System der Wagniskapitalbeschaffung unterscheidet sich von seinen Vorbildern freilich durch eine direktere staatliche Involvierung (Zhang et al. 2007).

92 Die wohl wichtigste Person in der Gründungsphase der Hochtechnologiezone *Zhongguancun* in Beijing, Chen Chunxian, und viele weitere Akademiker, Regierungsoffizielle und Jungunternehmer nach ihm, wurden durch einen Aufenthalt beim Original in Kalifornien inspiriert (Sheng 2011: 45).

93 Es handelt sich hierbei um dieselben Industrien, die auch von europäischen oder amerikanischen Politikern identifiziert werden: zum Beispiel erneuerbare Energien, Biotechnologie und Elektro kraftfahrzeuge.

94 Um die Innovationskapazitäten eines Landes einschätzen zu können, wird zwischen der Invention (Erfindung), der Innovation (der Einführung einer Invention) und der Diffusion (der Verbreitung von Innovationen) unterschieden.

3.2.2 Wie steuert der Staat? Zum Verhältnis lokaler Modellexperimente und zentraler Koordination

Im Parteistaat sind Regulierungsaufgaben verankert worden, die der Ordnung des Markts dienen. Damit scheint sich die These eines »lernenden« beziehungsweise »adaptiven« Staates erst einmal zu bestätigen: Der Staat restrukturiert sich, ohne substanziell an Kontrolle zu verlieren, er setzt sich und andere Akteure verstärkt einem Wettbewerbsdruck aus, ohne dass die anarchischen Effekte der Vermarktlichung Überhand nehmen, und er sucht nach nichtstaatlichen Partnern für die Gewährleistung staatlicher Aufgaben – überwacht und reguliert diese jedoch weiterhin in letzter Instanz. Die chinesische Machtelite hat dabei in vielerlei Hinsicht Anleihen bei westlichen Kapitalismen, aber auch ostasiatischen Entwicklungsstaaten genommen. Muster des Staatsdirigismus wurden imitiert, japanische Modelle der Stadtplanung und Formen des *human resource managements* in Südkorea beziehungsweise Singapur nachgeahmt und westliche Sozialversicherungssysteme, unter besonderer Berücksichtigung kontinentaleuropäischer (auch deutscher) Erfahrungen, wurden zu Referenzmodellen. Nicht jedoch die exakte Übernahme westlicher oder ostasiatischer Vorbilder, sondern ihr komplementärer Einbau in ein *eigenständiges Institutionenensemble* und in *originäre Politikzyklen* erscheint als das übergreifende Kennzeichen der chinesischen Reform. Weil ich diese Spezifika in meiner Untersuchung noch nicht gezielt analysiert habe, wird das im Folgenden, unter Einbezug auch einiger Beispiele aus den 1990ern, getan.

Zu den Spezifika des politischen Systems gehört dabei weiterhin, dass der Parteistaat gerade in ökonomischen Krisensituationen (aber auch im Falle von Unruhen nationaler Minderheiten, von Umweltkatastrophen und weiteren externen Schocks) von einem Normal- in einen Krisenmodus schaltet – und Entscheidungsverfahren dann stärker zentralisiert werden als im Normalfall, wenn Entscheidungen mit dem Ziel der Konsensfindung viel Zeit in Anspruch nehmen (vgl. Heilmann 2004: 42–44).

Darüber hinaus hat sich ein Politikzyklus etabliert, der in drei Abschnitte gegliedert werden kann: Die *Planformulierung*, die *Planimplementierung* sowie die *Plananpassung* (vgl. Heilmann 2010).

(1) Die *Planformulierung* beziehungsweise die Formulierung von Entwicklungsprogrammen wurde modernisiert. Planziele werden heute überwiegend im Sinne einer indikativen und nicht mehr vorwiegend einer imperativen Planung verfasst; mehr und mehr gilt dabei die Reaktion auf Marktsignale als Grundlage (Naughton 2011a: 318).⁹⁵ Zugleich verlagerte sich der Schwerpunkt von quan-

⁹⁵ So wurde im Jahr 2001 etwa in einem Plan für die Automobilindustrie die steigende Nachfrage nach preiswerten Fahrzeugen akzentuiert.

tifizierten Sollvorgaben auf allgemeine Leitlinien.⁹⁶ Ab 2003 wurde vielfach der Begriff des »Plans« durch den des »Programms« abgelöst, wenngleich zur selben Zeit, gegen Widerstände marktliberaler Politiker, eine neue Kategorie bindender Ziele unter anderem im Bereich des Umweltschutzes und der Land- und Bodennutzung ins Leben gerufen wurde.

Gegenwärtig lassen sich mehrere Koordinationsmodi voneinander unterscheiden: Erstens werden im Rahmen *bindender* Vorgaben etwa Großprojekte im Infrastrukturbereich (beispielsweise im Aufbau des weltgrößten Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes) durchgesetzt. Die imperative Planung begrenzt sich aber auf einige ausgewählte Sektoren. Zweitens existieren flexiblere Koordinationsmodi, die auf *vertraglichen* Abmachungen etwa zwischen Zentral- und Provinzregierungen, aber auch zwischen Behörden und Unternehmen beruhen und zum Beispiel in der Technologiepolitik zur Geltung kommen. Drittens existieren offenere Formen der *indikativen* Lenkung, die Marktaktivitäten durch Anreize zu stimulieren versucht. Dazu gehören die in den (zentralen und regionalen) Entwicklungsprogrammen und anderen Plänen signalisierten Steuervergünstigungen genauso wie Anreize zum privilegierten Zugang zu Bankkrediten und/oder ausländischen Märkten (und sie finden sich beispielsweise im bereits diskutierten *Going-global*-Programm).

Schon während der Anfertigung der Pläne spielen Konsultationen eine bedeutende Rolle. Heilmann schildert:

In addition to the high-profile year-end planning conferences, there are frequent central, provincial or joint work meetings which officials from both administrative levels attend. Moreover, communication through phone calls and personal visits between provincial-level and central planning bodies to deal with *ad hoc* policy or investment adjustments belong to the daily administrative routines. (Heilmann 2010: 10)

Des Weiteren sind daran die zentralen Führungsgruppen der höchsten Parteebenen, Abteilungen der NDRC, einige nahestehende *think tanks*, wissenschaftliche Einrichtungen und einflussreiche Ökonomen beteiligt. Im Zuge einer Verwissenschaftlichung der Politik kommt der Politikberatung eine zunehmende Bedeutung zu, auch bei der Bearbeitung von Streitigkeiten im Prozess der Planerstellung.

Die Harmonisierung der Projektziele erscheint nämlich nur auf den ersten Blick als kooperativer Inter-Eliten-Prozess. Immer wieder kommt es zu (kaum dokumentierten) Konflikten zwischen verschiedenen staatlichen Instanzen und

⁹⁶ Zwischen 1953 und 1993 spielten jährliche, auf einzelne Branchen zugeschnittene nationale Investitions- und Kreditpläne eine zentrale Rolle. Nach 1993 nahm ihre Bedeutung ab. Im Gegensatz zu den jährlichen Provinzplänen beinhalten sie auch keine detailliert aufgeschlüsselten Investitionsprojekte mehr.

betrieblichen Geschäftsinteressen, unter anderem um die Inhalte der Entwicklungsprogramme und die Verteilung der Subventionen (Heilmann 2010: 10–12). Dennoch – hierin kommt ein hohes Maß an staatlicher Autonomie gegenüber partikularen, bereichsbezogenen Interessengruppen zum Ausdruck – resultieren aus ihnen nicht zu unterschätzende Sogwirkungen. In hohem Maße gilt das für Programme, die unterhalb der symbolisch weiterhin bedeutsamen Fünfjahrespläne liegen.⁹⁷ Dazu gehören Pläne zur Technologie- und Innovationsförderung, zum Aufbau von *economic and technological development zones* sowie überregionale Entwicklungsprogramme mit langen Zeithorizonten (wie etwa das Western Development Program und der Plan for the Reform and Development of the Pearl River Delta). Die überregionalen Programme haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und werden von den beteiligten Akteuren als gegenüber den Fünfjahresplänen flexiblere Lenkungsinstrumente bewertet.⁹⁸

(2) Die *Planimplementierung*, das heißt die Realisierung von Planvorgaben, trifft auf das auch aus westlichen Staaten bekannte Dilemma des hierarchischen Modus, das heißt auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung hierarchischer Steuerung. Letztere ist in China immer auch das Resultat von Aushandlungen. Die Planimplementierung erfolgte traditionell in einer stark personalisierten beziehungsweise netzwerkartigen Form. Daran ist im Prinzip bis heute festgehalten worden, was ebenfalls auf die lokalen Spielräume beim Abweichen vom Plan zutrifft. Eine Modernisierung hat in den 1990ern mit der Reform der Kaderevaluation stattgefunden: In der Bewertung von Partei- und Staatsbediensteten zieht man nunmehr zahlreiche ökonomische und soziale Indikatoren zurate, was durch die Wiedereinführung einer Kategorie von vollzugsverbindlichen

97 Im Übrigen besteht keine Synchronität zwischen dem Erscheinen der Fünfjahrespläne (1996, 2001, 2006, 2011) und Regierungswechseln (1998, 2003, 2008, 2012/2013). Neue Staatsführungen bleiben insofern erst einmal an die vorherigen Planziele gebunden, was der Kontinuitätssicherung dient.

98 Der vom Parteisekretär der Provinz Guangdong und Politbüro-Mitglied Wang Yang initiierte und durch die Zentrale geleitete Prozess zur Entwicklung des Plan for the Reform and Development of the Pearl River Delta (NDRC 2008) umfasst die Jahre 2008 bis 2020 und bezieht die Sonderverwaltungszonen Hongkong und Macao als südliche Ränder des Pearl-River-Deltas mit ein: »Already in spring 2009, only a few months after the State Council had issued the Pearl River Delta program, the Guangdong provincial government had approved more than one hundred experimental points and zones that were supposed to serve as the »carriers« [...] for realizing the plan's core objectives: Southeastern China's transition toward capital- and technology-driven industries as well as supporting qualitative social and administrative transformation. [...] While local authorities had their own interests in mind, NDRC planners emphasized that the Pearl River Delta program was designed to work out a productive division of labor between the competing jurisdictions in the area and promote future administrative and regulatory convergence« (Heilmann 2010: 19–20).

Zielen in den Plänen ermöglicht wurde. Freilich überwiegen bei der Beurteilung weiterhin ökonomische Aspekte: »Cadres are subject to annual evaluations, in which they can score up to 100 points, of which more than 70 are awarded for outcomes that are directly linked to economic growth« (Naughton 2011b: 81).

Entscheidend bei der Verwirklichung von Projekten ist die Schnittstelle zwischen der Provinz- und den nachgeordneten Bezirks- und Stadtregierungen, nicht zuletzt weil es auf diesen Ebenen um konkreter ausformulierte Projekte geht als in den häufig allgemein gehaltenen nationalen Zielvorgaben. Dabei haben die regionalen Ableger der NDRC in der intrastaatlichen Hierarchie eine Statusaufwertung erfahren, auch wenn Mitarbeiter dieser regionalen Entwicklungs- und Reformkommissionen in Interviews auf mangelnde Personalbestände bei der Einleitung und effizienten Überwachung von Projekten hinweisen (Heilmann 2010: 16).

(3) Besonders hinsichtlich der *Plananpassung* sticht eine originäre Prägung des politischen Systems hervor: Pläne mit mittel- und langfristigen Zeithorizonten werden, wie ich vorgehend in Kapitel 2 an einigen Stellen kursorisch erläuterte, durch die Erfahrungen dezentralisierter Modellversuche korrigiert und dadurch bereits während ihrer Realisierung angepasst beziehungsweise modifiziert (Chen/Wang 2010: 77–79; Naughton 2009: 15–16).⁹⁹ Weil die lokalen Pilotprojekte, »experimental points« (*shidian*) genannt, zur Bildung von Institutionen neben und in Interaktion mit bereits bestehenden Institutionen führten, um schließlich substanzielle Änderungen an der institutionellen Architektur des chinesischen Kapitalismus zu generieren, können sie ebenfalls als Beispiele für den Mechanismus des institutionellen Wandels durch *Überlagerung* (*layering*) gefasst werden.

Der Zentralstaat besitzt in diesem Zusammenhang einer »experimentation under hierarchy« eine entscheidende Rolle. Wenn lokale Experimente sich aus Sicht der Zentralregierung als förderungswürdig *und* verallgemeinerungsfähig erweisen, universalisieren sie diese landesweit und modifizieren auf diese Weise etablierte Institutionen:

⁹⁹ Ebenfalls sind Prozesse der innerstaatlichen *Imitation* bereits länger im Gange, wie folgendes Beispiel illustriert: »Shaanxi's learning from and imitating Guangdong's system of opening trade illustrates the trend in imitation of the successful areas. The governor of Shaanxi province observed that the reason that Guangdong province achieved fast economic growth was that its markets were open and interregional trade was not blockaded. Shaanxi, in contrast, maintained considerable trade barriers, including large numbers of tax offices across its different counties and prefectures. In 1991 the provincial government released its control over 125 commodity prices and withdrew 12,289 tax offices. The commodity trade soon flourished. [...] The state council made copies of Shaanxi government's documents about its reform policy and sent them to other provincial governments« (Montinola/Qian/Weingast 1995: 78).

Despite the fact that experimentation procedures have been delegated to local authorities, the central administration in Beijing plays an indispensable role in universalizing local innovations, thereby generating coordination into the Chinese policy cycle. (ten Brink 2011a: 17)¹⁰⁰

Auf mehreren Feldern wurde dieser Mechanismus im Reformprozess angewendet, etwa bei der Schaffung von Aktienmärkten, der Umwandlung der SOEs und auf dem Politikfeld der Sozialversicherungen. Bedeutsam waren und sind weiterhin die verschiedenen Varianten der Sonderwirtschaftszonen, in denen Pilotprojekte wie Landauktionen, die Zulassung von ausländischen Unternehmen oder die Liberalisierung des Arbeitsmarkts durchgeführt wurden. Wenn die Modellversuche als erfolgreich eingestuft wurden, rückten sie zur landesweiten Norm auf (Chen/Wang 2010: 77). Auch das Landesinnere wurde, etwa im Jahr 2007 (in Chongqing und Chengdu), zum Raum für Modellexperimente, unter anderem hinsichtlich einer Reform des *Hukou*-Systems und der Technologieförderung (McNally 2011: 9).

Der Kontext einer rigiden, autoritären Umwelt und die Abwesenheit formeller politischer Opposition (die eher als informelle politische Rivalität in Erscheinung tritt) ließen einen eigentümlichen Politikzyklus entstehen: Im Gegensatz zu einer Praxis, in der die Fehleranalyse und daran anschließend die Formulierung und Ausgestaltung von Gesetzen der Umsetzung vorangehen, verläuft es im Falle Chinas umgekehrt. Die politische Innovation erfolgt auf dem Wege der (erst einmal) räumlich begrenzten Implementierung, die im Falle des Erfolges verallgemeinert und schließlich zur Norm erklärt oder gar in das nationale Recht eingeschrieben wird.¹⁰¹

Wie Chinaforscher festhalten, beruhen diese originären Politiken auf historischen *Traditionen des Maoismus*:

In China, proceeding from experimental programs to national policy is shaped by a policy terminology and methodology that stem from the formative revolution-era experience of the Chinese Communist Party, which legitimated developing policy by »proceeding from point to surface« and implementing policy »in accordance with local circumstances.« (Heilmann 2008: 5; vgl. Heilmann/Perry 2011a)

100 Umgekehrt wurden und werden lokale Modellexperimente von zentralstaatlicher Seite aus gegen Lokalregierungen in Stellung gebracht, wenn sie zu scheitern drohen oder als gescheitert betrachtet werden: »[D]ecentralized experimentation minimized the risks and the costs to central policymakers by placing the burden on local governments and providing welcome scapegoats in cases of failure« (Heilmann 2008: 21).

101 Diese Praxen drohen vorschnell als auf andere Länder übertragbare Politikinstrumente anerkannt zu werden, weil sie etwa langwierige Rechtsbildungsprozesse »entbehrlich« machen. Der undemokratische Charakter der Plan-Politik und die diffusen Rückkopplungsschleifen, die der Prozess der nationalen Implementierung bewirkt (siehe 3.2.4), zeugen jedoch von den Problemen dieser Regierungstechnik.

Damit unterscheidet sich dieses System auch von einer föderalen Ordnung (vgl. Ehlert/Hennl/Kaiser 2007). Das Experimentieren »von unten« bedarf der Patronage durch höhere Gebietskörperschaften, die darüber hinaus wichtig bei der Vermarktung innovativer Modellexperimente sind: Zentrale Behörden koordinieren beispielsweise einen veritablen Politiktourismus in die als erfolgreich deklarierten Zonen, um politische Entscheidungsträger aus anderen Regionen direkt mit den Vorzügen neuer Politiken in Kontakt zu bringen und um bürokratische Beharrungskräfte durch die Erzeugung eines tatkräftigen Reformwillens einzudämmen.

Am Beispiel des Umbaus der SOEs kann dies weiter plausibilisiert werden. Die Reform der Staatsunternehmen war eine der kompliziertesten Aufgaben im Reformprozess überhaupt (Oi 2011a). Sie setzte einen erheblichen Wandel des politischen Selbstverständnisses voraus und traf auf Beharrungskräfte, zum Beispiel der Beschäftigten des öffentlichen Sektors, die eine privilegierte Stellung innerhalb der Arbeiterschaft Chinas besaßen. Im Zuge des Rückbaus der sozialpolitischen Verpflichtungen der SOEs wurden diese immer härteren Budgetrestriktionen ausgesetzt. Auch hier generierten die dezentralen Modellexperimente entscheidende Kräfte dafür, im Sinne einer institutionellen Überlagerung signifikante Veränderungen in das bestehende System einzuschleusen: So wurde die große Restrukturierungswelle ab 1997 bereits zwei Jahre zuvor in Chongqing einem lokalen Testlauf unterzogen.

Daneben wurden und werden die SOEs auch in den Provinzen häufig gezielt dem Wettbewerb ausländischer Konzerne ausgesetzt – mit der Folge, dass notleidende SOEs beseitigt, zugleich aber übrig gebliebene staatseigene Unternehmen gestärkt werden (Gallagher/Ma 2011: 157–159). Ein modifizierter Umgang mit Insolvenzen trieb die Reform der SOEs flankierend voran: Bis Mitte der 1990er war es in der politischen Führung umstritten, ob im Falle einer Insolvenz den Gläubigern oder den Beschäftigten eine rechtliche Bevorzugung zugesichert werden müsse. Danach sorgten diverse Pilotprojekte für einen Gesinnungswandel.¹⁰² Auch wenn bis in die zweite Reformphase hinein immer wieder die Vorrangigkeit von Arbeitnehmerrechten herausgestellt und in Teilen auch praktiziert wurde (etwa durch einige staatliche Kompensationszahlungen), setzte sich schließlich eine Handhabung durch, die die Gläubiger bevorteilte (Heilmann 2011a: 110). In der endgültigen Version des neuen Insolvenzrechts wurde dies zudem unter Verweis auf internationale Standards entwickelter Kapitalismen legitimiert. »By this point, experimentation no longer had a role to

102 So erließ der Staatsrat 1994 ein Rundschreiben, in dem der Umgang mit dem Konkurs von Staatsunternehmen in achtzehn Städten neuen Prozeduren unterworfen wurde (Heilmann 2011a: 107).

play« (Heilmann 2011a: 112). In der jüngsten Zeit hat der Staatsrat die in diesem Abschnitt umrissenen Politikzyklen sozusagen standardisiert (vgl. Heilmann 2010: 22–23).

3.2.3 Das fortwährende Gewicht der KPCh

Ein weiteres Kennzeichen des variierten Staatskapitalismus soll nun noch einmal beleuchtet werden: die Bedeutung der Kommunistischen Partei und ihrer Legitimationsstrategien. Denn im Unterschied zu anderen staatlich durchdrungenen Kapitalismen verfügt die chinesische Machtelite mit der Partei über einen weiteren Kanal der vertikalen politischen Intervention in die politische Verwaltung und in die Wirtschaft.

Die Rolle der KPCh ist nicht ohne Weiteres mit den großen Parteien in liberalen Demokratien zu vergleichen, weil sie gewissermaßen oberhalb des Staates anzusiedeln ist, als Instrument der Staats- und Wirtschaftsentwicklung. Ähnlichkeiten weist sie allerdings mit autoritären Regimen auf, in der vorwiegend eine Partei den Aufbau der Nation diktiert (Zheng 2010).¹⁰³ Die KPCh gibt offiziell vor, das gesellschaftliche Ganze zu verkörpern und als Stabilitätsgarant der Interessen Chinas und aller Chinesen zu dienen (Shambaugh 2009b). Weil die Staatsführung nicht mehr proklamiert, Arbeiter- und Bauernstaat, sondern ein »Volksstaat« zu sein, versteht sich infolgedessen die Arbeit der Partei(-führung) im und durch den Staat als klassenübergreifend, die, durchaus im Sinne einer Expertenherrschaft, die Modernisierung der Nation vorantreibt (Guo 2009). Kritische chinesische Autoren bezeichnen dies als Merkmal eines »Staatspartei-Systems«, in dem die KPCh integraler Bestandteil des Staatsapparates selbst ist. Die Partei kann »daher eher nur noch eine strukturell-funktionalistische Beziehung mit dem Staatsapparat haben« (Wang 2008: 467).

Genau eine Krise des Parteieinflusses in den 1990ern sind in den 2000ern eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt worden (vgl. Shambaugh 2009b: 38, 161–170; Brodsgaard/Zheng 2004; Zheng 2010). Die Partei (mit ihren mehr als 73 Millionen Mitgliedern) sollte zu einem noch wirkungsvolleren Instrument der Modernisierung transformiert werden. Tatsächlich stellen parteigelenkte Kampagnen noch immer eine außergewöhnliche politische Reservekapazität dar. Im Post-Maoismus wird ein »revolutionärer«, nach wie vor mit Elementen des Voluntarismus angereicherter Autoritarismus reaktualisiert:

[H]ow has the current regime held onto power for three decades now, weathering a series of potentially destabilizing leadership successions [...] while presiding over what may well

103 In Singapur herrschte lange ein Einparteiensystem, Ähnliches galt in Südkorea in der Phase der Militärdiktaturen, und, mit Abstrichen, in Japan.

be the fastest sustained economic and socio-cultural transformation that any nation has ever undergone? A large part of the complex answer to this question lies in the retention – and reinvention – of many elements of China’s revolutionary heritage. In moving from Maoist Communism to post-Mao authoritarianism, China has not simply jettisoned its revolutionary past as it »transits« toward a democratic future. Rather, a succession of post-Mao leaders have managed to fashion a surprisingly durable brand of »revolutionary authoritarianism« capable of withstanding challenges, including grievous and growing social and spatial inequalities, which would surely have undone less hardy regimes.

(Perry 2007: 7; vgl. Anderson 2010b; Heilmann/Perry 2011a)

Kurz, die Parteiführung überführt ältere maoistische Tugenden in die Gegenwart.¹⁰⁴ Aus diesem Grund werden Millionen von Parteikadern in den Parteischulen fortwährend auf die Leitbilder des »Sozialismus mit chinesischen Charakteristika« eingeschworen (Shambaugh 2008: 832, 840–843). Bedeutsam sind auch weiterhin die Massenorganisationen der Partei, vor allem die Gewerkschaften, die Kommunistische Jugendliga und die All China Women’s Federation.

Während die KPCh, wie nachfolgend und unter 2.3.1. erklärt, als eine *Volkspartei der kapitalistischen Modernisierung* bezeichnet werden sollte, fungiert sie gleichermaßen als eine Schleuse in die Machtelite. Der Anteil an Parteimitgliedern mit höherer Bildung gegenüber dem Arbeiter- und Bauernanteil hat erheblich zugenommen (Heberer 2008: 63). Von 2002 bis 2007 hat sie 13 Millionen neue Mitglieder aufgenommen, darunter viele junge und überdurchschnittlich gebildete Menschen (Zheng 2010: 5). Bei der Aufnahme zählen staatsbürgerliche und gemeinschaftsdienliche Tugenden.

Wie in Kapitel 2 rekonstruiert, ist das Verhältnis zwischen Staat und Partei in den letzten dreißig Jahren im Sinne einer Rationalisierung der Herrschaft korrigiert worden. Eine auch in liberalen Demokratien zu beobachtende innerbürokratische Konsensbildung und eine bürokratische »Selbstkontrolle« haben Einzug gehalten. Doch der Übergang von Kontroll- und Entscheidungskompetenzen auf staatliche Stellen, private Akteure und Nichtregierungsorganisationen¹⁰⁵ wird nur dann in Kauf genommen, wenn diese sich nicht allzu weit

104 Perry veranschaulicht dies am Beispiel der SARS-Krise: »In what Hu Jintao dubbed the »People’s War against SARS«, neighborhood committees were charged with enforcing strict sanitation standards within their jurisdictions. Activists (some dressed as that *passé* paragon of Maoist virtues, Lei Feng) went from door to door to ensure that the public adhered to the government’s guidelines. Reminiscent of public health campaigns in Mao’s day [...], the anti-SARS effort attested to the continuing capacity of the regime to mobilize its citizenry behind state-initiated projects« (Perry 2007: 15).

105 Als Nichtregierungsorganisationen zählen nicht politisch motivierte Gruppen beziehungsweise solche, die die Parteiherrschaft nicht infrage stellen, zum Beispiel Gruppierungen zum Schutz von Konsumentenrechten, Gesundheitsorganisationen oder Einrichtungen für Behinderte und Kinder (Lam 2006: 242–246). Am schnellsten sind in den letzten Jahren Umweltorganisationen gewachsen. Im Unterschied zu oppositionellen Nichtregierungsorganisationen im Ostblock

verselbstständigen.¹⁰⁶ Darüber hinaus arbeiten auf den höchsten Parteiebenen die sogenannten zentralen Führungsgruppen daran, oberhalb und zwischen zentralen Politikfeldern (Wirtschaftspolitik, Parteiangelegenheiten, Sicherheits- und Außenpolitik) eine Problembearbeitung zu garantieren und Entscheidungen vorzubereiten. Zwischen den höchsten Parteigremien, den lokalen Parteinstanzen und staatlichen Einrichtungen vermitteln ferner vertikale Strukturen. Der Zweck ist die Implementierung der zentral beschlossenen Politik und der schwierige Versuch, die fragmentierten Herrschaftsapparate zu vereinheitlichen. Denselben Zweck sollen die parteigelenkten Kampagnen und eine Einflussnahme über die Führungskräfte in den Staatsapparaten erfüllen, die die KPCh über ihr modernisiertes Stellenplan-System (*bianszhi*) sowie das Nomenklatur-System zu erhalten trachtet.¹⁰⁷ Zudem kontrolliert die Partei weiterhin bedeutende Anteile des staatlichen Gewaltmonopols, besonders im Militärbereich. Unter dem Druck sozialer Proteste sind zudem Reformen des Kadersystems durchgeführt worden, um Korruption und Netzwerkbildung Einhalt zu gebieten (Fewsmith 2011: 281).¹⁰⁸

In der Wirtschaft wird die Parteikontrolle dadurch aufrechterhalten, dass zum Beispiel Manager zu Mitgliedern von betrieblichen Parteikomitees werden (Dickson 2007). Über die Praxis der Kooptation von Unternehmern hinaus verfügt die Partei zudem über Ernennungsrechte in Firmen: Die Organisationsabteilung des ZKs der KPCh – die wahrscheinlich mächtigste »Personalabteilung« der Welt – ernannt, evaluiert, befördert, entlässt oder versetzt Kader in Partei, Regierung, aber auch im Unternehmenssektor. Im Jahr 2004 besetzte sie etwa die Konzernspitzen der drei größten Telekommunikationsunternehmen um und im Jahr 2010 bei den drei größten Ölfirmen. Allerdings hat der Durchgriff

stehen sie in China meist in einem lockeren Verbund mit dem Parteistaat und werden daher als »Government-Organized-NGOs« (GONGOs) bezeichnet (Béja 2006: 64; Saich 2004: 191).

106 Aus diesem Grund, so einige Autoren, wirkt die Stärkung der Parteidisziplin der in der zweiten Reformphase erwirkten Trennung von Partei und Staat wieder entgegen (Fewsmith 2008: 256–258; vgl. Chu/So 2010: 64–65).

107 Unter *bianszhi* ist eine mittels Bedarfsanalysen vorgenommene Planung der Besetzung des administrativen Apparats zu verstehen, das Nomenklatura-System bezeichnet dagegen die Benennung und Ab- beziehungsweise Ersetzung des engsten Führungspersonals (circa 2.500 bis 5.000 Personen). Es steht unter Leitung der Partei (Heberer 2008: 77; Shambaugh 2009b: 141). Die Kader unterliegen bestimmten Leistungszielen, die mithilfe von Evaluierungskriterien überprüft werden und für ein erhebliches Maß an Rotation der Führungskader auch auf höchsten Ebenen verantwortlich zeichnen (Saich 2004: 161). Der von oben herab verfügte Positionswechsel wird offiziell als Taktik im Kampf gegen die Korruption erklärt. Angehörige von Provinzfürhungen mussten vor dem Hintergrund strittiger Fragen mit der Führung in Beijing ihr Amt räumen und teilweise lange Haftstrafen antreten (Sheng 2007: 414).

108 Zur Bedeutung von rudimentären Formen demokratischer Partizipation in den urbanen Nachbarschaftsvierteln (*shequ*) und von dörflichen Wahlen vgl. Heberer (2008: 119–133).

der Partei auch und gerade auf den unteren Ebenen der Administration keinesfalls den Effekt einer umfassenden Synchronisierung und Überwachung, wie manche Autoren unterstellen (vgl. Lin 2011: 73).

Es existieren zudem Indizien dafür, dass die Festigkeit der Parteistrukturen in den Provinzen mit der Intensität der Integration in den Weltmarkt korreliert (Sheng 2007). Sie erscheint umso straffer, je stärker die Provinz in die Weltwirtschaft integriert ist. Und: Parteisekretäre auf Provinzebene sind vor allem dann enger mit dem Zentrum verbunden, wenn sie aus (Küsten-)Provinzen stammen, deren Handels- und Exportvolumen über dem Durchschnitt liegen.¹⁰⁹

Innerhalb der KPCh drückt sich eine Dominanz der über das Land verteilten privat-öffentlichen Wachstumsallianzen aus. Allerdings stellt sich die Partei mitnichten als ein monolithischer Block dar. In ihr kommen in diskursiv und institutionell vermittelter Weise gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zum Ausdruck – weil sie sozusagen die einzige relevante und zugleich größte Plattform für die Willensbildung im Land darstellt. In einer stark vereinfachten Darstellung können zwei zentrale Gruppierungen skizziert werden, die in einem Prozess der wechselseitigen Kontrolle um die Vorherrschaft ringen (vgl. C. Li 2009: 25–31; Fewsmith 2008: 238–245, 278–284). In einer »populistischen« Koalition um Hu Jintao und Wen Jiabao sammeln sich Personen, die einen beachtlichen sozialen Aufstieg hinter sich haben, häufig in ärmeren Provinzen hohe Positionen bekleideten und/oder ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Jugendliga waren beziehungsweise sind. In einer weiteren, »elitistischen« Gruppierung finden sich Nachkommen hoher Parteiführer (*princelings*), die sogenannte Shanghai-Gruppe, deren bekanntester Vertreter Jiang Zemin ist, und im Ausland qualifizierte Fachkräfte. Sie konzentriert ihre Macht in den reicheren Küstenregionen und dominierte die Führungsriege der Partei besonders in den 1990ern.

Zwar unterscheiden sich diese beiden Strömungen hinsichtlich ihrer grundlegenden politischen Strategien und Philosophien nicht fundamental. Doch in taktischen Fragen der Realpolitik kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen. Zwischen beiden Gruppen ist ein System der »checks and balances« entstanden, das jedoch immer wieder Spannungen erzeugt (de Haan 2010: 91). So akzentuiert die gegenwärtig vorherrschende populistische Fraktion um Hu Jintao und Wen Jiabao unter dem Druck von sozialen Missständen und sozialen Protesten die Notwendigkeit eines staatlich gesteuerten sozialen Ausgleichs stärker als die elitistische Gruppierung, die die soziale Integration eher *Trickle-down*-Effekten – angetrieben durch hohes Wachstum und Profitabilität besonders in den hoch entwickelten Küstenprovinzen – überlassen möchte.

109 Und das, obwohl hier die Anzahl der Kader im Verhältnis zur Anzahl der Kader in den Binnenprovinzen insgesamt niedriger liegt (Brodsgaard 2004: 61–63).

Ideologische Akrobatik: Leitbilder der Entwicklung und Herrschaftslegitimation

In dieser Arbeit wird die These vertreten, dass sich in China ein eigentümlicher kapitalistischer Modernisierungsprozess vollzogen hat. Das betrifft auch die Präferenzen der Partei, wie folgendes Beispiel nochmals unterstreicht:

It is not necessarily true that the Party will influence decisions that contravene the efforts of governance reform; as pointed out by John Thornton (who among many hats, is board member of one of China's largest telecom firms, China Netcom), »The chairman of Netcom likes to say that he does not see a contradiction between Party influence and the protection of (non-party) minority shareholders because the goals of the two are the same – namely, Netcom's success as a business.« (Pearson 2011: 30)

Wie aber ist dieser Sachverhalt mit der sozialistischen Ideologie der Machtelite zu vereinbaren? Indem diese Ideologie in einer Weise interpretiert wird, die es ermöglicht, »Sozialismus« in erster Linie mit wirtschaftlicher Entwicklung und nationaler Modernisierung gleichzusetzen. Hierfür werden das maoistische Avantgarde-Denken und ein extremer Fortschrittsglaube mit Prinzipien einer kapitalistischen Leistungsgesellschaft verknüpft. Im Ergebnis ist – in einer Konstellation, in der die vierte und fünfte Führungsgeneration des Landes keine mit den vorherigen Generationen vergleichbare Legitimation im Sinne des Antimperialismus und des Antifeudalismus vorweisen kann (Lam 2006: 64) – ein populistischer Pragmatismus entstanden. Zugleich verbindet sich im Sino-Marxismus der Glaube an die Vorzüge der Wirtschaftsplanung mit der Schöpferkraft des Entrepreneurs. Chen Yuan – Sohn einer der wichtigsten Führungsfiguren in der Geschichte der KPCh, Chen Yun –, Mitglied des ZKs der KPCh und Vorsitzender der China Development Bank, bringt den pragmatischen Kern der Staatspartei auf den Punkt: »We are the Communist Party and we will decide what communism means« (zitiert in: McGregor 2010: 34).

Die Legitimität der Regierung beruhte ab den 1980ern wesentlich auf einer relativ umfassenden Verbesserung des Lebensstandards. Doch erweist sich dieser Faktor allein nicht als hinreichend, eine normative Integration zu schaffen. Es gilt, weitere Faktoren zu berücksichtigen (vgl. Holbig/Gilley 2010). Dabei erlaubte die Monopolstellung der KPCh in den letzten Jahrzehnten, geradezu eine ideologische Akrobatik zu betreiben. Eine synkretistische Verbindung von Vorstellungen eines starken Staates, konfuzianischen und (kultur-)nationalistischen Auffassungen ist entstanden, die den »sinisierten« Marxismus zu einem nicht westlichen Programm der kapitalistischen Modernisierung machen.

(1) Zum einen wird der Marxismus als *Philosophie des Staatsinterventionismus* und der kompromisslosen *Produktivkraftentwicklung* wirksam in Szene gesetzt. Ein kurzer Blick in die Geschichte des Reformprozesses veranschaulicht dies: Im

Zuge der Ausweitung marktwirtschaftlicher Elemente versuchte die Machtelite um Deng Xiaoping in den frühen 1980ern zunächst mit der These des »Sozialismus mit chinesischer Prägung« einen neuen gesellschaftlichen Zustand zu beschreiben und zu legitimieren, der noch einige Jahre zuvor als in einem unveröhnlichen Gegensatz zur Sozialismuskonzeption Mao'scher Prägung stehend angegriffen worden wäre. Die inhaltliche Unbestimmtheit der Konzeption, die einen Kompromiss innerhalb der Machteliten ausdrückte, schuf zugleich einen Handlungsspielraum für die zu diesem Zeitpunkt Regierenden, die Reformpolitik voranzutreiben. Das an eine Maxime Maos erinnernde Motto Dengs, die »Praxis zum einzigen Kriterium der Wahrheit zu machen«, sollte unnötige Diskussionen im Keim ersticken, da die Realität der Reformpolitik schließlich »Erfolge« vorweisen konnte (vgl. Cho 2005: 210–218).

Mit der Formel der »sozialistischen Marktwirtschaft« wurde ab 1992 die faktische Koexistenz von marktlicher und staatlicher Steuerung begrifflich zusammgeführt. Die Marktwirtschaft wurde zu einem systemneutralen Steuerungsmedium umgedeutet, das nicht einfach mit Kapitalismus zur Deckung gebracht werden könne. Zur Entfaltung der Produktivkräfte sei der Markt als eine sinnvolle Flankierung des Plans zu verstehen. Erst eine höhere Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte ermögliche den Sozialismus – und um dies zu gewährleisten, müsse der Markt in den Dienst des Plans gestellt werden. Mit der Umwandlung der Staatsunternehmen in den 1990ern wurden Konzepte des »Mischeigentums«, als Erweiterung des öffentlichen Eigentums, vorgestellt. Teilweise unter Bezug auf tradierte kulturelle Vorstellungen wurde dabei gegen eine dichotomische Trennung von »privat« und »öffentlich« argumentiert. Zugleich erhärtete die einflussreiche These, dass ein weiterer Niedergang der staatlichen Kapazitäten die Entwicklungspotenziale des Landes hemmen könne, den fortwährenden Einfluss einer staatszentrierten Entwicklungspolitik (Herrmann-Pillath 2001: 184). Ebenso erfuhr der Pragmatismus im Umgang mit aus dem Zusammenhang gerückten marxistischen Begriffen eine Konjunktur. Unter Verweis auf Marx und Mao wurde von KP-Intellektuellen eine Adaption an neue historische Umstände eingefordert und die Rolle der Unternehmer legitimiert:

They noted that in the age of traditional manufacturing, when Marx wrote [...], workers were indeed at the forefront of productivity. However, in the information technology (IT) epoch, businessmen and professionals had displaced relatively less educated workers, not to mention farmers, as society's vanguard. (Lam 2006: 66)

In dem im Jahr 2000 von Jiang Zemin erstmals vorgestellten Konzept der »drei Vertretungen« vertritt die KPCh die »fortschrittlichen Produktivkräfte«, die »fortschrittliche Kultur« und die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Chinas. Jiang Zemin argumentierte:

Seit Beginn der Reformen hat sich die Struktur der chinesischen sozialen Schichten verändert. Es gibt beispielsweise Unternehmen und technisches Personal, die bei Unternehmen des nicht-staatlichen Sektors angestellt sind; Verwaltungsangestellte und technische Angestellte; Angestellte bei Joint Venture Firmen; Selbstständige; private Unternehmen. Auch sie arbeiten am Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung mit. Die großartige [...] Aufgabe den Sozialismus chinesischer Prägung aufzubauen, verlangt nach herausragenden Elementen aus allen Bereichen, die loyal gegenüber dem Mutterland und dem Sozialismus sind.
(zitiert in: Hartig 2008: 123)

Auf der Suche nach einem sozusagen erneuerten »Mandat des Himmels« sind unter Hu Jintao und Wen Jiabao nach 2002 vor dem Hintergrund sozialer Polarisierungen weitere inhaltliche Akzentverschiebungen zu beobachten. Mit dem »wissenschaftlichen Entwicklungskonzept« und besonders der Vorstellung einer »harmonischen sozialistischen Gesellschaft«, die bereits Eingang in das Parteistatut gefunden hat, werden verstärkt Aspekte der sozialen Gerechtigkeit und stärker als zuvor traditionelle Elemente des Konfuzianismus thematisiert (vgl. Holbig 2005, 2009).¹¹⁰ Der Fünfjahresplan von 2006 bis 2011 versprach eine sozial ausgleichende Staatsintervention zugunsten breiter Bevölkerungsschichten. Die Doktrin der permanenten Innovation der Produktivkräfte erfordert Hu Jintao zufolge gleichzeitig den Einbezug und die Adaption nicht chinesischer Wissenschaftsbestände (Lam 2006: 260).

(2) Ein zweiter Ideenstrang, der unter der Regierung Hu/Wen an Wirkmacht gewonnen hat, bezieht sich auf autoritäre Traditionen des *Konfuzianismus* und des quasisozialpartnerschaftlichen *Harmoniedenkens*. Elemente des Konfuzianismus lassen sich etwa in der Kampagne zur Schaffung einer harmonischen Gesellschaft nachweisen. Besonders Wen Jiabao reicherte seine Reden mit Zitaten aus unterschiedlichen Werken der antiken chinesischen Philosophen und Lehrmeister (von Konfuzius bis Sima Qian) an.¹¹¹ Konfuzianischen wie postmaoistischen Traditionen ist gemein, dass sie die nichtstaatlichen Eliten Chinas als Anhängsel des Staates betrachten und nicht als unabhängige Gruppen.

Die Rückbesinnung auf die moralischen Wertmaßstäbe des Konfuzianismus (nicht bloß im Sinne einer per Verwaltungsbefehl verfügten ideologischen Kampagne, sondern durchaus auch als Ergebnis einer konfuzianischen Rückbesin-

110 Ebenfalls wurde der Begriff des »New Deal« (*xinzheng*) eingeführt, als Passepartout für die Ziele der Ausbalancierung regionaler sozialer Disparitäten, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Stimulierung des Binnenkonsums, der Stärkung sozialer Sicherheitssysteme sowie der Erhöhung von politischer Transparenz (Li 2003).

111 Bereits der klassische Maoismus wies Merkmale des Konfuzianismus auf, wie Anderson unter Bezug auf voluntaristische und erziehungssozialistische Elemente des Sino-Marxismus schreibt (Anderson 2010b: 69).

nung in Teilen der Bevölkerung) dient einerseits dazu, ein moralisches Vakuum der Modernisierung zu füllen, indem auf eine Ethik der sozialen Verantwortlichkeit und der Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen rekurriert wird.¹¹² Andererseits dient sie der Legitimation des autoritären Regimes, indem Normen der Duldsamkeit, Ein- und Unterordnung und des Hierarchiedenkens geprägt werden. Für einen Rückbezug auf alte chinesische Traditionen der autoritären Herrschaft spricht ebenfalls der Bezug der Staatsführung auf die »Herrschaft mittels Tugend«, mit der die »Herrschaft durch das Gesetz« kombiniert werden soll. Die Verbindung von konfuzianischen Tugenden und der Gesetzesherrschaft, die historisch eigentlich am ehesten mit der Strömung der Legisten in Verbindung gebracht werden kann, wird als Beleg für die Entstehung eines »konfuzianischen Sozialismus« gedeutet (vgl. Lin 2011: 85–88).

(3) Ein weiterer Diskurs, der normative Orientierung geben und Identität erzeugen soll, ist – im Gefolge älterer Auffassungen des Patriotismus – der »neue Nationalismus« (Schubert 2001b; Zhao 2004). Diese Quelle politischer Legitimität in der postmaoistischen Ära hat in erster Linie pragmatische, am wirtschaftlichen Aufstieg der Nation und nicht am geopolitischen Expansionismus interessierte Zielsetzungen. Die Konjunktur des Nationalismus ging mit der Öffnungspolitik einher – der nationalistische Diskurs flankiert diese mit der praktischen Absicht, möglichst viele Vorteile aus der Integration in die Weltwirtschaft zu ziehen.

Der neue Nationalismus kann weiter differenziert werden in, einerseits, einen »Technonationalismus« (Amelung 2009), der von der Überzeugung geleitet ist, wissenschaftlich-technische Erfolge würden sich unmittelbar in eine verbesserte Position in der Welt übersetzen. Andererseits ist er als »Kultur-Nationalismus« zu fassen, den die KPCh mit dem Verweis auf Chinas »überragende« Geschichte und einen kontinuierlichen Fortschrittsprozess der Nation proklamiert. Medial wurde er etwa in Reminiszenzen an das imperiale China oder der aufstrebenden chinesischen Gesellschaft der Gegenwart wahrnehmbar (Holbig/Gilley 2010: 20–23; Schmidt-Glintzer 2008: 253).¹¹³

Zwar ist die Volksbefreiungsarmee einer der Hauptträger des Kultur-Nationalismus (Saich 2004: 154), doch auch intellektuelle Strömungen tragen zu seiner

112 Zugleich sind seit Längerem neuartige Ethiken des Konsums kreiert worden und es wird der Familie eine hohe Bedeutung beigemessen (Zurndorfer 2004).

113 Die Regierung Chinas (aber auch etwa die Singapurs) hat das Argument einer »divergierenden kulturellen Tradition« bereits häufiger dafür instrumentalisiert, ihre autoritäre Herrschaft zu rechtfertigen. Vor diesem Hintergrund argumentiert Dirlik, dass der Diskurs über eine »chinesische« Kultur und die »chineseness« zur Produktion einer neuartigen Identität beiträgt. Gleichsam werden damit Klassen- oder Geschlechterdifferenzen innerhalb ein und derselben »Kultur« ausgeblendet (Dirlik 1997: 308, 316).

Wirkmacht bei. Ein an kulturkonservativen Denktraditionen geschulter Weg der Modernisierung wird verkündet (Schubert 2001b: 70). Der neue Nationalismus hat in verschiedenen ideologischen Strömungen des Landes einen Niederschlag gefunden. In der Debatte um die marktwirtschaftlichen Reformen setzten sich, grob besehen, drei Strömungen in Szene: Neokonservative, Liberale und Neue Linke.¹¹⁴ Alle drei Strömungen eint eine grundsätzlich affirmative Haltung zum Gesellschaftssystem Chinas.¹¹⁵ Die Unterscheidung zwischen der Neuen Linken und den Liberalen verdeckt, dass sich die akademischen Protagonisten ersterer Strömung in aller Regel nicht zivilgesellschaftlichen Akteuren zuwenden (wie das der Begriff »links« hinsichtlich seiner historischen Verbindung zur Arbeiterklasse, zur Gewerkschaftsbewegung oder anderen sozialen Bewegungen suggeriert), sondern eher für differierende Positionen innerhalb der Machtelite stehen, die sich allesamt am Aufstieg der Nation orientieren. Cho fasst das intellektuelle Terrain zusammen:

Im intellektuellen Diskurs der Reformära zeigte sich eine mit der offiziellen Parteilinie konformistische Tendenz, auch wenn das Überschreiten des politisch-ideologischen Rahmens an den Rändern des Meinungsspektrums zu erkennen ist. In dessen Mitte positionieren sich die etatistischen und kulturellen traditionalistischen Konservativen, deren Diskurs sich von der offiziellen Staatsideologie nicht unterscheidet. Die regierungskritischen Diskurse vertreten in unterschiedlicher Ausrichtung radikalisierte Auffassungen der offiziellen Ideologie. So sind sie entweder viel nationalistischer oder viel marktgläubiger.

(Cho 2005: 274; vgl. Fewsmith 2008: 83–162; Schubert 2001b: 67–74)

114 Die sogenannte neokonservative Strömung besaß in der ersten Hälfte der 1990er eine beinahe hegemoniale Ausstrahlung. Nach den Unruhen von 1989 übten ihre ordnungspolitischen Überlegungen einen wegweisenden Einfluss auf den neuen Nationalismus aus. Der Liberalismus, eine in China historisch vergleichsweise unbedeutende Strömung, konnte jedoch ebenfalls an Einfluss gewinnen und unterstützte etwa mit seiner Betonung der Freiheit des Individuums – getrennt von der Forderung nach einer Demokratisierung – die Radikalisierung des Reformprozesses. Die Forderungen nach dem Schutz des Privateigentums und der Beschränkung staatlicher Macht wurden gleichwohl in den Rahmen eines staatlichen Interventionismus gestellt. Faktisch verschmolzen konservative und liberale Diskurse seit den 1990ern vielfach. Einerseits näherten sich die Neokonservativen wirtschaftspolitisch dem liberalen Lager an – selbst Hayek galt nun nicht mehr als Unperson –, auch wenn die Vorstellungen etwa des antiliberalen Etatisten Carl Schmitt und des neokonservativen Vordenkers Leo Strauss weiterhin populär blieben (Lilla 2011). Andererseits fanden die Warnungen vor drohenden gesellschaftlichen Umbrüchen und erhöhter sozialer Instabilität Gehör unter liberalen Intellektuellen. Unkritische prowestliche liberale Haltungen wichen daher teilweise der Besinnung auf den chinesischen Nationalismus und dem Interesse an einer Austerisierung von Staat und Markt.

115 Im Unterschied zu westlichen Vorstellungen kennzeichnen »linke« Vorstellungen innerhalb des chinesischen Ideensystems im Allgemeinen doktrinaire maoistische Werte und eine emphatische Unterstützung des Machtmonopols der Partei. Gleichsam argumentiert die Neue Linke gegen die »Illusionen des Markts« und darüber hinaus gegen die drohende Übernahme der Gesellschaft durch »neoliberale« Handlungsmuster.

Die einzelnen Strömungen können auf eine Unterstützung je unterschiedlicher wirtschaftlicher Akteure im herrschenden Machtblock zählen:

The New Liberals enjoyed greater resonance in the 1990s, when the government launched the policy of completely embracing foreign capital. After ten years of dependent growth, the danger of economic recolonization has become real and the New Left's discourse of national rebirth appeals to the bureaucracy. Neither the bureaucratic capitalists nor the private capitalists are homogenous. Because of their specific position in the economy there is always a faction seeing closer partnership with foreign capital as a choice, or, in contradistinction, another faction want more state intervention. The former is therefore more receptive to the New Liberals' perspective, while the latter more inclined to the New Left. (Au 2008)

Ob es sich um den Staatsinterventionismus im Interesse der allgemeinen Wohlfahrtssteigerung und einer kompromisslos-konsequenten Produktivkraftentwicklung handelt, um die mit konfuzianischen Versatzstücken ergänzten Proklamationen des Sino-Marxismus im Sinne eines staatlich verwalteten sozialen Ausgleichs, um den Versuch der Herstellung einer imaginären Gemeinschaft durch nationalistische Diskurse, oder nicht zuletzt um einige an dieser Stelle nicht weiter ausgeführte inkrementelle institutionelle Reformen, die eine Reformfähigkeit des Parteistaates auch gegenüber Forderungen nach demokratischer Teilhabe signalisieren sollen: Die staatszentrierten Leitbilder zielen ausnahmslos auf die Aufrechterhaltung der Partei Herrschaft – in einer Weise, die zugleich den Realitäten eines zunehmenden gesellschaftlichen Pluralismus (gleichsam autoritär) Rechnung trägt. Ob und inwiefern dieser Pluralismus die eigentümlichen Programmatiken der kapitalistischen Modernisierung in China infrage stellt, ist Gegenstand der folgenden Abschnitte.

3.2.4 Grenzen der politischen Steuerung

Hat der Zentralstaat mithilfe seiner Steuerungskapazitäten, von finanziellen Ressourcen und gewachsener bürokratisch-organisatorischer Fähigkeiten – verstärkt um ein Bündel effektiver Legitimationsstrategien – die Herausforderungen der kapitalistischen Modernisierung bewältigen können? Auch wenn zur Beantwortung dieser Frage keine präzisen Messergebnisse existieren, lassen sich für den Zeitraum 1995 bis 2009 doch einige Indizien vorlegen: So schuf die Zentralisierung von Ressourcen nach der Reform des öffentlichen Finanzwesens im Jahr 1994 Fundamente dafür, die sozial- und arbeitspolitisch überaus brisante Privatisierungswelle in den Griff zu bekommen, indem Millionen Arbeitern (wenngleich geringe) staatliche Kompensationszahlungen gewährt werden konnten.¹¹⁶ Den im Zuge der Asienkrise ab 1997 aufgetretenen Desintegrations-

116 Zudem erhielten viele Arbeitnehmer in den Staatsbetrieben (geringe) Firmenanteile – »as political payoffs [...] for their previous service« (Oi/Han 2011: 36) –, die sie später verkaufen konnten.

tendenzen begegnete der Zentralstaat mit an keynesianische Krisen- und Konjunkturprogramme erinnernden makroökonomischen Maßnahmen und einem politisch erleichterten Zugang zu Bankkrediten: Die expansiven, schuldenfinanzierten Staatsausgaben etwa im Bausektor und zum Ausbau des Wohlfahrtsstaates sorgten zwischen 1998 und 2007 – im Zusammenspiel mit internationalen Faktoren, vor allem den ansteigenden ausländischen Kapitalflüssen – für eine Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums und der sozialen Stabilität (Lo 2007). Ferner führte unter anderem die Gründung der NDRC und der SASAC dazu, eine (ertrags-)effizientere Regulierung staatseigener (und auch privater) Konzerne zu garantieren.

Doch in den letzten Jahren und vor dem Hintergrund der bereits benannten weltwirtschaftlichen Verwerfungen treten die (bereits zuvor latent wahrnehmbaren) Grenzen der politischen Steuerung stärker hervor. Die wettbewerbsgetriebenen Beziehungen zwischen der Zentrale und den lokalen Instanzen lassen zudem hohe Wachstumsraten und soziale Desintegrationstendenzen auf paradoxe Weise nebeneinander laufen.

Der chinesische Parteistaat weist widerspruchsvolle Entwicklungstendenzen auf, die mit der Struktur des politischen Systems und einer hieraus resultierenden Konkurrenz der politischen Instanzen unterhalb der Zentralregierung (und in dieser selbst) zusammenhängen. Die große Zahl politischer Entscheidungszentren sowie die ungleichen Entwicklungsniveaus und variierenden Produktionsregime des Landes übersetzen sich vielfach in konkurrierende politische Interessen, die die Kohärenz der staatlichen Entwicklungsprogramme infrage stellen.

In China stellt das plangemäße Handeln politischer Institutionen daher nicht immer den Normalzustand dar. Regelmäßig wird planwidrig konterkariert, werden Regeln unterlaufen beziehungsweise in ihr Gegenteil verkehrt. Dabei besitzen – trotz der Professionalisierung bürokratischer Abläufe – Individuen in hohen Ämtern enorme Kapazitäten, Regeln zu umgehen oder auf spezifische Weise auszulegen. Die in Kapitel 2 beschriebenen Kompetenzverlagerungen von der Zentral- auf die Provinzebene und auf die darunterliegenden administrativen Ebenen sowie die hiermit in Verbindung stehende Heraufkunft multipler Interessenkoalitionen haben mit anderen Worten eine Steuerungsanarchie zur Folge. Staatliche Einrichtungen beziehungsweise Regierungsbeamte agieren nicht hauptsächlich im Sinne eines umfassenden, kohärenten Projekts, sondern im partikularen Interesse einer je spezifischen Wachstumsallianz. Die Plan-Anarchie beziehungsweise der Planregionalismus wurde insofern von einem *anarchischen Marktregionalismus* abgelöst (vgl. Heberer 2008: 107–112). Subnationale Abweichungen von den zentral vorgegebenen Direktiven können also als Folge von divergierenden lokalen Wettbewerbs- und Entwicklungsstrategien

gelesen werden. Beispielhaft zeigte sich das im Versuch von Provinzen, eine eigenständige Außenwirtschaftspolitik zu betreiben, da die Zentrale eine umfassende Kontrolle der Exporte nicht gewährleistet. Außerdem sind diese an einer möglichst geringen Verlagerung von Ressourcen an die Zentralregierung interessiert. Und: Was sich auf der Ebene zwischen Provinzen und Zentralregierung als Marktregionalismus vollzieht, findet innerhalb der Provinzen in den Verselbstständigungstendenzen der Städte und Kreise ihre kommunale Entsprechung. Faktisch operieren die lokalen Einheiten häufig als eine Art Holding und weisen zusätzlich in sich selbst Verselbstständigungstendenzen auf.¹¹⁷

Beispielhaft lassen sich die Effekte dieser wettbewerbsgetriebenen Steuerungsanarchie in der gewaltigen Industrieregion am Yangtse-River-Delta mit 75 Millionen Einwohnern ablesen. Hier verfügen verschiedenste staatliche Behörden über Regulierungskompetenzen, zum Beispiel das mit dem Status einer Provinz versehene Shanghai, die Provinzregierungen in Zhejiang und Jiangsu sowie zahlreiche Stadt- und Kreisregierungen. Wegen einer fehlenden regionalen Kooperation kam es jedoch im letzten Jahrzehnt zu einem Verdrängungswettbewerb, der ineffektive Dopplungen von Kapitalanlagen zur Folge hat und die Herausbildung eines integrierten Binnenmarkts erschwert (Yu 2010). Besonders die Konkurrenzbeziehungen zwischen den größeren Städten und den untergeordneten Ortsverwaltungen waren und sind Gegenstand von konfliktbeladenen politischen Interventionen:

[T]he conflict between prefecture-level city and county (county-level city) became sharper. In order to deal with regional internal and external cut-throat competition, accelerating the growth of prefecture-level cities [...] became more urgent. In 2000, the goal of making the central cities »stronger« and »bigger« was put forward in both Jiangsu Province and Zhejiang Province. Therefore, since 2000, a large-scale adjustment has begun in the Yangtze River Delta. Prefecture-level cities have annexed counties or county-level cities and transformed the latter into the urban districts of the former. (Zhang/Wu 2006: 9)

Höhere Ebenen, hier am Beispiel der Stadtregierung von Hangzhou erläutert, versuchten, das Problem der Verwaltungsteilung mit dem Mittel der Verwaltungsangliederung zu lösen: Teile der Stadt Hangzhou, genauer, die Kreisverwaltung (»county-level city«) Xiaoshan, mit einem eigenen bürokratischen

117 Li/Li/Zhang schreiben: »The decentralization policy granted local government officials great autonomy over their economies, including the autonomy to set prices, to make investment with self-raised funds, and, more importantly, the autonomy to restructure their firms and issue licenses to newly established firms. [...] Thus, each region acts as a conglomerate or as a holding company« (Li/Li/Zhang 2000: 283). Eine Holding besteht aus einer Reihe selbstständiger Einheiten, die eng verflochten sind. Von einer Zentrale aus werden diese koordiniert. Das operative Geschäft obliegt jedoch den Einheiten, nur die allgemeine Orientierung wird von der Zentrale ausgegeben (Minssen 2008: 253).

Apparat ausgestattet, war zuvor gegenüber der Präfektur-Verwaltung wie eine konkurrierende Einheit geführt worden:

[B]ecause of the separation of administration systems, not only did the two cities each have their own municipal facility system, but also there was no public transport connection between them; taxis could not operate across the boundary; and the vehicles from both cities had to pay fees to cross the bridges over Qiantang River. (Zhang/Wu 2006: 11)

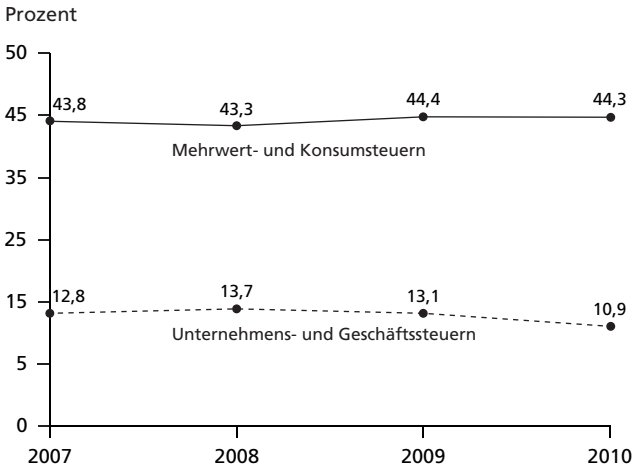
Doch auch nach der Verwaltungsangliederung bestehen die Konkurrenzbeziehungen fort und noch immer werden beispielsweise Industrieparks ohne Absprachen gebaut, um Kapital an den jeweiligen Standort zu ziehen (vgl. Yu 2010: 94, 104–110).

Insgesamt gilt: Die Zentralregierung, aber auch die subnationalen Regierungen, können vor dem Hintergrund der Heterogenität der politischen Ökonomie des Landes keine differenzierte Feinsteuerung praktizieren. Das genannte Langfrist-Entwicklungsprogramm für das Pearl-River-Delta (NDRC 2008) gibt zwar beispielsweise eine grobe Stoßrichtung vor, doch potenzielle Träger des Plans, Lokalregierungen und Unternehmen, konkurrieren um die hiermit verbundenen staatlichen Unterstützungen in einer Weise, die wirtschaftliche Instabilitäten und Korruption befördern.

Das Problem der Feinsteuerung betrifft im Übrigen auch die Zentrale selbst: Einzelne Ministerien verfügen über eine relativ große Entscheidungsfreiheit und es herrschen Interpretationsspielräume gegenüber neuen Bestimmungen. Die für die wirtschaftliche Entwicklung zentrale NDRC betont beispielsweise den Vorrang des technologischen Upgrading (NDRC 2011), das Ministry of Human Resources and Social Security (MOHRSS) dagegen sozialpolitische Komponenten der Modernisierung. Auch wenn das erst einmal im Sinne einer Arbeitsteilung intendiert sein mag, ist in den letzten Jahren eine innerstaatliche Gewichtsverlagerung zugunsten der NDRC und zum Nachteil derjenigen Ministerien zu beobachten, die für die soziale Wohlfahrt zuständig sind – im Gegensatz zur offiziellen Linie, die eine Stärkung der Sozialpolitik, nicht zuletzt im Interesse der Erhöhung des Binnenkonsums, proklamiert. Nachweisen lässt sich dies an der *Steuerpolitik*: Eigentlich könnte das Rebalancing zugunsten des Binnenkonsums über eine Änderung der nationalen Steuerpolitik begünstigt werden, zum Beispiel über eine Reduzierung der in China sehr wichtigen Mehrwert- und Konsumsteuern, die teilweise unsoziale Verteilungswirkungen erzeugen.¹¹⁸ Doch wie die Abbildung 3-3 zu ausgewählten Steuereinnahmen zeigt,

118 Es bestehen ermäßigte Steuersätze bei einigen Gütern der Grundversorgung (Kroymann 2009: 74). Zudem existiert eine progressive Einkommensteuer, die zwischen 5 Prozent (bei einem monatlichen Einkommen von bis zu 500 RMB) und 45 Prozent (bei einem Einkommen über 100.000 RMB) gestaffelt ist (Kroymann 2009: 77–78). Es bestehen freilich, auch wenn China

Abbildung 3-3 Ausgewählte Steuereinnahmen der Zentralregierung



Quelle: NBS (2008: Tabellen 7–5; 2009: Tabellen 7–5; 2010: Tabellen 8–5; 2011: Tabellen 8–5).

lagen die zentralstaatlichen Einnahmen aus Mehrwert- und Konsumsteuern in den letzten Jahren gleichbleibend hoch. Zugleich sind die Einnahmen aus Unternehmens- und Geschäftssteuern leicht gesunken.

Weitere Grenzen der Steuerung sind an den Effekten wirtschaftspolitischer Re-Regulierungsmaßnahmen abzulesen: Die meist in den 2000ern etablierten sektoralen Regulierungsbehörden können sich entweder nicht gegenüber der NDRC behaupten, und verfehlen damit ihre Wirkung, oder einzelne Wirtschaftssektoren sind mit einer derart großen Anzahl an Regulatoren versehen, dass diese entweder keinen Einfluss ausüben oder sich wechselseitig paralysieren: »The telecom sector provides the most egregious example, with at least ten other government bodies [...] retaining a say over telecom decisions« (Pearson 2011: 31). Im Finanzsystem lässt sich eine ähnliche Entwicklung nachzeichnen: »The trouble is that in China, the different regulators have over the past few years created so-called independent kingdoms; effective coordination across these fiefdoms has been difficult« (Walter/Howie 2011: 198; vgl. Pistor 2009: 6). Selbst die SASAC stellt sich in Wirklichkeit mitnichten als allmächtige Lenkungsinstanz heraus: Viele der von ihr beaufsichtigten Firmen sind gewaltige

kein Steuerparadies ist, erhebliche Absetzungsmöglichkeiten und viele Ausnahmeregeln für einkommensstarke Einwohner.

Konglomerate, die große Mengen an Ressourcen kontrollieren und daher selbst Machtpole darstellen, die nicht einfach zu kontrollieren sind. Zwar ernennt sie, zusammen mit der Organisationsabteilung des ZK der KPCh, vielfach die Leitungspersonen der ihr formell unterstellten Unternehmen, doch kann sie deren betriebswirtschaftliche Orientierung nicht annullieren. So sind ab 2010 Anstrengungen unternommen worden, die hohen Profite im staatlichen Unternehmenssektor über erhöhte Steuern teilweise abzuschöpfen. Dies erweist sich für die SASAC allerdings als schwierig, da große Staatskonzerne erfolgreich versuchen, die neuen Bestimmungen zu umgehen (McNally 2011: 16; vgl. Meyer 2011: 10). Dieser Sachverhalt stellt zudem die mitunter mystifizierten Annahmen einer umfassenden Parteikontrolle infrage. Die Tatsache, dass die KPCh Führungskräfte ein- und absetzen kann, setzt noch nicht die *betriebswirtschaftlichen* Partikularinteressen und Praktiken von Unternehmen außer Kraft. Angeblich existieren heute in 420.000 Firmen sogenannte Parteigruppen (Zheng 2010: 4). Dass diese allerdings effektive Instrumente im Sinne einer kohärenten *volkswirtschaftlichen* Steuerung verkörpern, ist fraglich.

Auch andere Zentralisierungsbemühungen und Lenkungsprojekte von Partei und Regierung erzielen nicht immer die erwünschte Wirkung (Schucher 2011: 5–6). Die vertikalen Kontrollstrukturen, die sich von der Hauptstadt bis in die lokalen Bürokratien hinab verästelten, sind nicht immer eine Garantie für den unmittelbaren Durchgriff der Zentrale. Sie werden, um in diesem Bild zu bleiben, durch horizontale Aststrukturen auf den jeweiligen administrativen Ebenen überwuchert. Jüngere Zentralisierungsbemühungen haben dadurch auf paradoxe Weise die Provinzen gestärkt (Mertha 2005).¹¹⁹ Und auch wenn die Parteiführung, ähnlich wie die alte imperiale Bürokratie, auf das Mittel der Rotation von hohen Staatsfunktionären setzt, um die Entstehung von lokalen Machtballungen zu unterbinden, kommt es zur Bildung von lokalen Interessenskoalitionen (Andreas 2009: 254).

119 Weil die Verteilung von Personal und von Haushaltsressourcen vielfach auf der Provinzebene konzentriert ist, entwickeln die Provinzen eine größere Hebelwirkung gegenüber »ihren« untergeordneten Gliederungen (auf Präfektur- oder Kreisebene) als die Zentralregierung gegenüber »ihren« Provinzen. Ein Beispiel ist die Reform der State Administration for Industry and Commerce (AIC). In dieser Reform wurde eine neue intrastaatliche Norm durchgesetzt, der zufolge lokale Regierungsbeamte weniger als bis dato den Vorgesetzten innerhalb der eigenen lokalen Administration verpflichtet sind, als nunmehr einer direkten Kontrolle der jeweils übergeordneten administrativen Instanz ausgesetzt werden. Die Abhängigkeitsbeziehungen der lokalen Stellen des AIC auf der Präfekturebene, die bis 1998 verbindliche Verpflichtungen gegenüber der Präfektur-Regierung hatten – und weniger verbindliche gegenüber der übergeordneten Behörde des AIC auf der Provinzebene –, verschoben sich: Die Provinzbehörde der AIC erhielt eine größere Kontrollmacht über die entsprechende Behörde auf der Präfekturebene (Mertha 2005: 791–792, 797–802).

Auch in anderen Bereichen wirkt der »Schatten der Hierarchie« eher selektiv: Immer wieder unterlaufen lokale Regierungen nationale Direktiven, selbst wenn es sich formell um bindende Vorgaben handelt, wie Heilmann in Bezug auf Umweltschutzmaßnahmen analysiert hat (Heilmann 2010: 16; vgl. GM 2010: 42). Dem Hinweis lokaler Funktionäre auf unzureichende organisatorische Kapazitäten bei der Umsetzung von Vorgaben kann insofern entgegengehalten werden, dass es eher um die inhaltliche Frage nach dem *Zweck* bestimmter Zielvorgaben geht als um die mangelnde organisatorische Ausstattung. Schließlich werden die Ziele der ökonomischen Entwicklung mit einem geradezu euphorischen Einsatz durchzusetzen versucht.

Die Tatsache, dass die subnationalen Instanzen als »lokale« Entwicklungsstaaten auf ihrem Hoheitsgebiet ökonomisches Wachstum stimulieren, löst nicht allein Wirtschaftsdynamiken aus. Der Wettbewerb zwischen den lokalen Staatsapparaten – auch innerhalb von Provinzen, etwa zwischen Stadtregierungen – und die intensive Staatsintervention ziehen negative Effekte nach sich. So haben sich die bereits erwähnten Probleme der Überakkumulation, das heißt der Überinvestition sowie der Verdopplung von Investitionen, in den letzten Jahren vergrößert.¹²⁰ Von den meisten Kommentatoren werden das Krisenmanagement und die großen Konjunkturprogramme ab 2008 nach wie vor als ein großer Erfolg betrachtet. Tatsächlich ging von ihm nach innen und außen eine Signalwirkung aus (Schmidt/Heilmann 2010: 22). Doch ist durch die Konjunkturspritzen ein regelrechtes Investitionsfieber ausgelöst worden, das die Überinvestitionstendenzen bis 2012 verstärkt hat.¹²¹ Investitionsprojekte und Entwicklungsprogramme wurden ohne Rücksprache mit dem Zentrum angeschoben und drohen vor dem Hintergrund eines schwachen Binnenkonsums zu scheitern, wie bereits länger kostspielige Investitionen in »weiche« Standortfaktoren bezeugen, zum Beispiel riesige Shopping Malls, die kaum frequentiert sind.

The scale of resources committed to [different] programs will contribute to macroeconomic imbalances [...]. China has faced significant inflationary challenges since the fourth quarter of 2010, and the policy response has been slow. In part, this is because the government has

120 Eine Nebenfolge dieser Politiken, die auf die Bildung von Industrieclustern setzt, ist die Vernachlässigung peripherer Regionen und zugleich die Zunahme von Verdichtungs- und Überlastungsproblemen in den urbanen Zentren.

121 Ein Beispiel stellt die 2011 eröffnete Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Beijing und Shanghai (»Linie der Harmonie«) dar. Züge mit drei unterschiedlichen Fahrtzeiten (von 5 bis 21 Stunden) befahren nunmehr die Strecke. Doch die schnellste Verbindung wird kaum nachgefragt. Um die Ausgaben zu decken, sind die Sitzplätze insgesamt verteuert worden und in den billigeren Zügen wurde der Service eingeschränkt. Zudem setzen die chinesischen Fluggesellschaften die Bahn mit günstigeren Preisen für die Verbindung Beijing-Shanghai unter Druck.

so many ambitious projects on the table, and each objective has a set of beneficiaries who are deeply engaged in protecting their projects. (Naughton 2011a: 326; Sum 2011: 200–202)

Selbst im Feld der Technologieförderung ergeben sich, wenn man sich die Umsetzung des nationalen »Fackelplans« vor Augen führt, wettbewerbsbedingte Überschneidungen und Dopplungen von Investitionen. Der geringe zentralstaatliche Anteil an den Ausgaben für den Fackelplan weist auf eine Übernahme der Finanzierung durch Lokalregierungen (und Privatunternehmen) hin, die hiermit ihre lokalen Standorte in Stellung bringen.

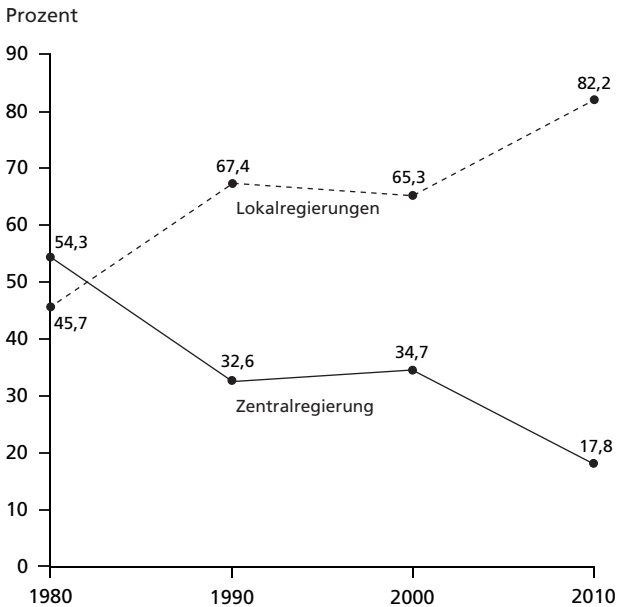
Auch hinsichtlich der Rebalancing-Bemühungen schwächen die divergierenden Präferenzen der Lokalregierungen, der Küsten- und einiger Binnenprovinzen, der Finanzmarktakteure und der transnationalen Produktionsnetzwerke die Durchsetzungsfähigkeit der Regierung. Besonders deutlich wird dies angesichts einer zunehmenden *Krise der Staatsfinanzen*.

Die Staatsverschuldung gehört zu den sensibelsten Politikbereichen in China überhaupt. Die Regierung versucht mit ihren Angaben zu einem niedrigen Budgetdefizit nicht zuletzt, internationale Investoren über mögliche Destabilisierungstendenzen im Unklaren zu lassen. Es liegen jedoch Untersuchungen vor, die eine realistischere (aber noch immer nicht allzu genaue) Sicht auf den Zustand der Staatsfinanzen zulassen. Demnach treten zur offiziell verlautbarten Staatsverschuldung von circa 27 Prozent des BIP im Jahr 2010 weitere Verbindlichkeiten hinzu: auf Ebene der Lokalregierungen und der öffentlichen Bildungseinrichtungen (Universitäten) sowie als notleidende Kredite der Staatsbanken. Insgesamt liegt sie demzufolge bei 57,5 Prozent des BIP¹²² und damit fast auf einer Höhe mit anderen Schwellenländern, wenn auch niedriger als in den USA (84 Prozent des BIP in 2009), Deutschland (74 Prozent) oder Japan (218 Prozent) (Li/Lin 2011: 538). Walter/Howie (2011: 120–127, 200–206) berechnen die Staatsverschuldung in 2010 sogar auf eine Höhe von 76 Prozent des BIP.

Wie in Kapitel 2 (2.2.3.1) erklärt, konnte die Zentrale die staatlichen *Einnahmen* in den 1990ern zwar rezentralisieren und in den 2000ern ebenfalls erheblich erhöhen (McNally 2011: 7). Doch parallel verlief ein Prozess der *Dezentralisie-*

122 Im Jahr 2001 betrug die offizielle Staatsverschuldung noch 16 Prozent des BIP, die der Lokalregierungen 2 Prozent (Li/Lin 2011: 528). Allerdings wiesen damals die Staatsbanken notleidende Kredite in Höhe von circa 40 Prozent des BIP auf. Durch eine Rekapitalisierung wurden diese entwertet. Ähnlich wie nach 2008 im Westen verwalten schon länger »bad banks« beziehungsweise Abwicklungsgesellschaften (AMCs) große Kreditsummen. Zwar ist die Anzahl notleidender Kredite laut offiziellen Angaben bis 2009 gesunken (Liang 2010: 62), allerdings liegt inoffiziellen Schätzungen zufolge die Anzahl notleidender Kredite trotz einer Professionalisierung der Kreditvergabe höher (Allen et al. 2011: 13; Yeung 2009: 289–292, 300). Dass die AMCs seit 2006 keine offiziellen Angaben mehr gemacht haben (IMF 2011: 21), weist auf erhebliche Eventualverbindlichkeiten für den Staat hin, die dieser in Zukunft eventuell auch über Steuererhöhungen »ausgleichen« wird.

Abbildung 3-4 Staatsausgaben der Zentralregierung und der Lokalregierungen



Quelle: NBS (2011: Tabelle 8-4).

zung der Ausgaben. Im Jahr 2010 übernahmen die subnationalen Regierungen 82,2 Prozent der gesamten Ausgaben mit der Folge zunehmender Staatsdefizite auf lokaler Ebene, besonders auf der Kreisebene. Ob dieser, durch ein intrastaatliches Transfersystem ermöglichte Sachverhalt (Duan/Zhan 2011: 59) umkehrbar ist, erscheint fraglich.¹²³ Indessen konnte die Zentrale in diesem Zusammenhang auch den »kostenträchtigen« Posten der Sozialausgaben nach unten verlagern. Obwohl dies offensichtlich im Kontrast zu den Verlautbarungen einer Stärkung des Binnenkonsums und der Schaffung eines sozialen Ausgleichs steht, kann die Regierung aufgrund dieser Konstellation Geld sparen und den sozialen Unmut auf untere Gebietskörperschaften ablenken.¹²⁴ Ich schließe daraus, dass

123 Der Netto-Transfer von der Zentrale auf die subnationalen Regierungsebenen ist seit 1994 gestiegen, allerdings deckt dieser die Ausgaben der unteren Ebenen nicht mehr – und zusätzlich erreicht die *subprovinziellen* Regierungen, besonders die Kreise und Gemeinden, ein nur geringer Anteil der Transfersumme (Li/Lin 2011: 534).

124 Die subprovinziellen Gebietskörperschaften müssen als Hauptanbieter von Sozialleistungen schon länger einer extremen Belastung standhalten. So sind Städte mit Prefäktur- oder Kreis-

die Zentralregierung die sozialpolitische Krise aller Rhetoriken zum Trotz bewusst in Kauf nimmt. Doch selbst wenn das nicht zutreffen sollte, bleibt dem ungeachtet ein ernsthafter Zielkonflikt bestehen.

Das Missverhältnis zwischen den Staatsausgaben der Zentrale und denen der subnationalen Instanzen hat sich von 2007 (und einem Verhältnis von 1:3) bis 2010 zu einem Verhältnis von 1:4 gesteigert (siehe Abbildung 3-4).

Der globale Wirtschaftseinbruch und die daran anschließenden Konjunkturstimuli beförderten eine explosive Erhöhung der (schuldenfinanzierten) Ausgaben.¹²⁵ Weil der Zentralstaat weder diese Erhöhung noch die weiterhin hohen außeretatmäßigen Posten der subnationalen Regierungen merklich zurückführt, spricht Wong – im Unterschied zu Autoren, die die zentralstaatlichen Lenkungs-kapazitäten hypostasieren und sogar den Übergang in ein dekommodifiziertes System der sozialen Sicherung prognostizieren (Hu 2010) – von einer Krise des Fiskalsystems (Wong 2009). Zudem verstetigt diese Entwicklung die regionalen Disparitäten:

As off-budget resources are generally more plentiful in rich regions than poor ones – whether »management fees« collected on enterprise gross turnover or profits, revenues from land transfers or user charges – this reliance on off-budget finance probably exacerbates regional disparities since, unlike budgetary revenues, they are not subject to redistribution through the intergovernmental fiscal system. (Wong 2009: 946; vgl. McNally 2011: 7)¹²⁶

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich diese Tendenzen in der nächsten Zeit umkehren – zumal vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung des Landes (Aoki 2011: 21).¹²⁷ Die Folge: Die lokalen Entscheidungsträger können nunmehr ihrerseits darauf verweisen, dass eine Umsetzung nationaler Direkti-

stadtstatus dazu verpflichtet, die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherungen und Gesundheitsfürsorge zu tragen. Die lokalen Regierungen sind dadurch angehalten, eine hohe Leidenfähigkeit in der örtlichen Bevölkerung zu fördern. Dies schlägt sich in schlechten Umfragewerten für lokale Regierungen nieder – im Vergleich zu einer relativ hohen Zufriedenheit mit der Zentralregierung (vgl. Saich 2008: 188–195).

125 Die Lokalregierungen haben sich hierfür risikobehaftete Kreditinstrumente geschaffen (Huo/Wang 2011).

126 Im ländlichen Raum kommt es zu Haushaltskrisen, weil eine Reihe von Einnahmequellen versiegt sind (Duan/Zhan 2011: 61).

127 Allerdings, und das relativiert dieses Krisenszenario, verfügt der Staat weiterhin über ein großes und im Falle rentabler Staatsunternehmen wachsendes Staatsvermögen und er ist zudem als Eigentümer von Grund und Boden im Besitz einer weiteren lukrativen Einnahmequelle. Mithilfe des Besitzes an Boden kann der Staat Landnutzungsrechte an Privatpersonen (gegen eine Landnutzungsgebühr) überlassen, gegebenenfalls aber auch wieder zurücknehmen (Kroymann 2009: 56–64). Im ländlichen China sowie in stadtnahen Außenbezirken stehen Grund und Boden dagegen im Kollektiveigentum, das heißt faktisch unter Kontrolle der Lokalregierungen (Bu 2009: 143–144).

ven, etwa den Ausbau der Sozialsysteme betreffend, aufgrund einer mangelnden finanziellen Deckung nicht realisierbar ist oder zeitlich verschoben werden muss.

Freilich wird diese Haltung auf lokaler Ebene ohnehin durch eine sozusagen anti-redistributive Prioritätensetzung gefördert: »Public goods and services [...] are never a prioritized criterion in cadre performance evaluation, and neither are local officials motivated for such services by democratic elections« (Duan/Zhan 2011: 66). In den Jahren 2008/2009 hat sich die angespannte Lage bereits in interprovinziellen Konflikten entladen, die sich um finanzielle Belastungen drehten, die mit der Entlassung von Arbeitsmigranten verbunden waren. Während eine Entlassungswelle in Guangdong die Sozialkassen der Provinz nicht ernsthaft belastete, weil die betroffenen Arbeitsmigranten in Binnenprovinzen registriert sind, befürchteten Binnenprovinzen eine Überlastung der eigenen Finanzkraft.

3.2.5 Zwischenfazit

In diesem Kapitel habe ich eine Reihe von Belegen für die These angeführt, der zufolge weite Teile des politischen Systems kapitalistischen Triebkräften unterworfen sind, die sich in der Praxis des Zentralstaates und seiner lokalen Gegenstücke nachweisen lassen. Zugleich hat sich dabei die im Forschungsrahmen entwickelte holistische Strategie eines Augenmerks auf die Wechselwirkungen und Spannungsverhältnisse einerseits von krisenhaften wirtschaftlichen Dynamiken und der Transformation des Staates und andererseits zwischen privaten und öffentlichen Akteuren als hilfreich erwiesen.

Die restrukturierten staatlichen Institutionen Chinas setzen den Marktverkehr mittlerweile als fundamentale Grundlage der Sozialordnung voraus. Sie agieren als staatliche Entrepreneure und fördern Märkte – und zwar auch in den staatlichen Institutionen selbst, in denen ein hoher Wettbewerbsdruck herrscht. Einer durch Momente der indikativen Planung ergänzter, neodirigistisch-schumpeterianischen Perspektive folgend, strebt die Staatsführung den Anschluss an die entwickeltsten Volkswirtschaften der Erde an, was exemplarisch im Feld der Wirtschaftspolitik und der Technologieförderung belegt wurde.

Abgezielt wird auf eine staatliche *Ordnung* des Marktverkehrs, auf eine *regulation for competition*, also eine die Marktexpansion und den Wettbewerb fördernde politische Regulierung. Auch marktbegrenzende Maßnahmen laufen nicht auf eine Infragestellung dieses Systems hinaus, sondern beabsichtigen ebenfalls eine parteistaatliche »Makro-Steuerung« der Marktexpansion. Wen Jiabao hat das im Jahr 2008 unterstrichen:

The complete formulation of our economic policy is to give full play to the basic role of market forces in allocating resources under the macroeconomic guidance and regulation of

the government. We have one important piece of experience of the past thirty years, that is to ensure that both the visible hand and the invisible hand are given full play in regulating the market forces. (zitiert in: Bremmer 2010: 129)

Die Erbarmungslosigkeit, mit der dabei agiert wird, erinnert Chinaforscher an »certain affinities with the »business as warfare« theme that permeates recent writing on market competition by today's captains of global capitalism« (Heilmann/Perry 2011b: 13).

Besonders hinsichtlich der Wirtschaftspolitik wird der Staatsführung regelmäßig eine vorzügliche Beherrschung von Regierungstechnologien attestiert. Und in der Tat ist – in einer zweckrational-instrumentellen Perspektive wohlgemerkt – das politische System Chinas im Sinne eines »institutional learning« und durch Prozesse der institutionellen Überlagerung und Konversion effektiv reorganisiert worden. Zugleich sind die Formen des Regierens angepasst worden, wie ich im Abschnitt zum Verhältnis lokaler Modellexperimente und zentraler Koordination nachwies. In den originären Politikzyklen des chinesischen Staatskapitalismus, in denen bindende Vorgaben, vertragliche sowie informelle Abmachungen, Prozesse der Imitation und vor allem indikative Lenkungsmethoden zusammenlaufen, treten die heterarchische, netzwerkartige Aushandlung und die Marktvermittlung an die Seite der hierarchischen Verordnung. Hiermit bestätigt sich im Übrigen die Forschungsannahme, der zufolge in China nicht von einer strikten Separierung, sondern von einer Ausdifferenzierung zwischen staatlichem und marktlichem Handeln ausgegangen werden muss.

Dabei gilt der Parteistaat hinsichtlich seiner Implementierungskapazitäten im Westen schon allein deshalb als bevorteilt, weil dieser längerfristiger und nachhaltiger politische Strategien verfolgen könne als liberaldemokratisch verfasste Staaten, die einer von Wahlperioden gekennzeichneten Zeitlichkeit unterworfen seien (vgl. Meerwaldt 2010). Zusätzlich besitzt die KPCh ein weitgehend intaktes Herrschaftsmonopol, und parteigelenkte Kampagnen stellen eine außerordentliche politische Reservekapazität dar. Ihrer Herrschaftslegitimation eigen ist der Synkretismus, das heißt die Verknüpfung verschiedenartiger Denktraditionen, selbst vorgeblich antikapitalistischer, zu einem pragmatischen sino-marxistischen Kanon, der, präziser, als ein nicht westliches Programm der kapitalistischen Modernisierung bezeichnet werden sollte. In diesem fließt eine Philosophie des Staatsinterventionismus und der Produktivkraftentwicklung mit einem teils aus dem Konfuzianismus abgeleiteten quasisozialpartnerschaftlichen Harmoniedenken und nationalistischen Diskursen zusammen. Gedeckt wird es durch einen Opportunismus der Intellektuellen. Wenn es jemals einen funktionierenden »ideellen Gesamtkapitalisten« (Engels 1962: 222) gegeben hat, so könnte man es überspitzt formulieren, dann ironischerweise unter einer »kommunistischen« Herrschaft.

Die Parteiherrschaft und die Leitbilder der Entwicklung dieses *capitalism without democracy* vermögen es jedoch mitnichten, sämtliche Widersprüche der Modernisierung Chinas – durch eine Konfliktregulierung, die auf eine Kombination aus Zwang, Verhandlung und Reziprozität setzt – abzuschwächen oder gar zu lösen. Auch wenn es dem Zentralstaat und der KPCh in vielerlei Hinsicht gelingt, die Zentrifugalkräfte der Marktexpansion, der politischen Fragmentierung und Regionalisierung einzudämmen, resultiert hieraus keine in sich konfliktfreie Vereinigung. Das im internationalen Vergleich über erhebliche Steuerkapazitäten verfügende Mehrebenensystem gelangt vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Instabilitäten, regional ungleicher Entwicklungsniveaus und divergierender Interessenkoalitionen an Grenzen der Handlungskapazitäten.

Unter den in diesem Kapitel beschriebenen Fallstricken ragen folgende Punkte heraus. Es ist festzustellen, dass die unteren Vollzugsinstanzen die ihnen übertragenen Direktiven nicht zwangsläufig befolgen. Nicht nur hinsichtlich der redistributiven Staatsaufgaben entpuppen sich dabei die Plan-Projekte der Regierung als prekär. Da öffentliche Aufgaben bereits auf zentraler Ebene nicht autonom von zentralstaatlichen Akteuren entschieden und wahrgenommen werden, sondern im auch informellen Verbund unter Beteiligung mehrerer Akteurguppen – getrieben von den Imperativen der Kapitalakkumulation –, treten immer wieder Probleme auf. Die horizontalen und vertikalen Verflechtungsstrukturen rufen Blockadesituationen, Umsetzungslücken sowie Anpassungsschwierigkeiten und Fehlkalkulationen unter anderem im Finanz- und Sozialsektor hervor. Da eine Entflechtung des chinesischen Mehrebenensystems nahezu unmöglich erscheint, konstituiert dies eine besondere Form der *Politikverflechtungsfalle*. Im Sinne des Forschungsrahmens dieser Arbeit wird letztere jedoch nicht in erster Linie auf politisch-organisatorische Schwachstellen zurückgeführt, sondern mit den Effekten der nachholenden kapitalistischen Entwicklung in Verbindung gebracht.

Die lokale Wirtschaftspolitik verläuft nicht im Modus einer auf die Volkswirtschaft ausgerichteten, kooperativ-kohärenten Perspektive, sondern sie ist gewissermaßen betriebswirtschaftlich orientiert – mit der Folge eines lokalen Standortwettbewerbs, der seit 2008 Überinvestitionen und eine Krise der Staatsfinanzen befördert hat. Als eine weitere Grundlage dieser Entwicklung wurde die Dezentralisierung der Ausgaben herausgestellt, die das Problem der Staatsverschuldung verstärkt. Bildlich gesprochen, erscheint die politische Ökonomie Chinas somit mitunter nicht wie ein durch einen allmächtigen Kapitän gesteuerter Supertanker, sondern eher wie eine Armada kleiner Schiffe, die, jeweils an ihren Einzelinteressen orientiert, mit voller Geschwindigkeit in verschiedene Richtungen fahren, ohne jedoch die Rückwirkungen auf die gesamte Flotte zu bedenken. Dass dieses Mehrebenengeflecht den Herausforderungen der nächsten Phase der Modernisierung ohne größere Konflikte gerecht werden

soll – allerdings vor allem dann, wenn die günstigen weltwirtschaftlichen Gelegenheitskonstellationen entfallen und soziale Auseinandersetzungen zunehmen – erscheint fragwürdig.

Hinzu treten, um einen letzten Punkt zu nennen, parteiinterne Strömungskämpfe. Wie Autoren nicht ohne Grund spekulieren, ist im Falle einer Verschärfung der Krisenphänomene mit einer Zunahme der eliteninternen Konflikte und, in deren Folge, mit weiteren politischen Blockaden zu rechnen. Ob aus dem ab Herbst 2012 durchgeführten Führungswechsel eine weitere Gewichtsverlagerung zugunsten der populistischen Koalition folgt, ist nicht gesichert. Wahrscheinlicher ist ein unkoordiniertes »Team der Rivalen« (Schucher 2011: 6), das noch dazu mit einem mangelhaften System des korporatistischen Interessenausgleichs und Grenzen des chinesischen Modells der Subordination konfrontiert wird, wie der nachfolgende Teil der Arbeit zeigt.

3.3 Grenzen des chinesischen Typus der Subordination? Der Wandel der industriellen Arbeitsbeziehungen

In den ersten beiden Teilen dieses Kapitels wurden die Arbeitnehmer eher als passive Objekte unternehmerischer und staatlicher Politiken denn als handelnde Subjekte identifiziert. De facto wirkt die neu zusammengesetzte Arbeiterschaft aber auch aktiv auf das soziale Gefüge der Volksrepublik ein. Auf der Grundlage meiner Annahmen zur Bedeutung von gesellschaftlichen Kräftekonstellationen und Klassenauseinandersetzungen in kapitalistisch dominierten Modernisierungsprozessen wird im Folgenden die zentrale Bedeutung der chinesischen Arbeiterschaft noch einmal systematisch analysiert. Dabei spezifiziere ich zum einen die Vorstellung, der zufolge die Lohnabhängigen ein entscheidendes Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung bildeten, indem ich die Bedeutung einer Segmentierung und Segregation der Arbeiterschaft und einer Verbetrieblichung der Arbeitsbeziehungen für die ertragseffiziente wirtschaftliche Entwicklung erkläre. Zum anderen arbeite ich in einer Analyse von Strukturmerkmalen des Arbeitssystems heraus, dass die Zentralregierung quasikorporatistische Konsultationsmechanismen eingeführt hat und eine Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen vorantreibt. Diese mit dem Ziel einer Konfliktregulierung beabsichtigten Entwicklungen greifen jedoch nicht, weil die Lohnabhängigen im System industrieller Beziehungen institutionell kaum repräsentiert sind.

Sichtbar wird das an der steigenden Zahl der Sozialproteste inner- und außerhalb der Betriebe. Die Anzahl der amtlich verlautbarten »inoffiziellen Massenereignisse« (unter anderem Demonstrationen, gewaltsame Protestaktionen,

Konflikte am Arbeitsplatz) ist von 10.000 im Jahr 1996 auf 87.000 im Jahr 2005 und 127.000 im Jahr 2008 eskaliert (CLB 2009: 45; Chan/Pun 2009: 288).¹²⁸ Die Beteiligung von Arbeitnehmern ist substanziell gestiegen:

The strikes in the new booming capitalist industries [...] have been steadily increasing in scale and extent, so that »collective bargaining by riot« [...] has become the normal method by which workers defend their rights and interests. Workers have developed a very good idea of what they can get away with and how far they can go. (Clarke/Pringle 2009: 93)

Der urbane Raum scheint sich zum entscheidenden Feld für Streiks und soziale Unruhen entwickelt zu haben – im Unterschied zu den 1990ern, als vorwiegend der ländliche Raum Schauplatz zahlreicher, meist gegen lokale Gebietskörperschaften gerichteter Proteste war (Heberer 2007: 165).¹²⁹ Zu den betrieblichen Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen, die Verletzung von Arbeitsstandards oder ausstehende Lohnzahlungen gesellen sich zudem verschiedene außerbetriebliche Protestformen und »violent riots«.

Eine besondere Aufmerksamkeit wurde zuletzt einer Streikwelle in der Provinz Guangdong im Frühsommer 2010 zuteil – offiziellen Angaben von Gewerkschaftsvertretern zufolge hat es in dieser Zeit allein in der Stadt Guangzhou über sechzig Streiks gegeben. Sie fand im Kontext der tragischen Selbstmordserie bei Foxconn statt, dem größten taiwanesischen Subcontractor für westliche Markenfirmen. Infolge eines spontanen Streiks von Arbeitern eines unternehmenseigenen Zulieferers von Honda im Industriebezirk Nanhai in Foshan – anlässlich einer unzureichenden Implementierung des zuvor gesetzlich erhöhten Mindestlohns – entwickelte sich eine wochenlange Bewegung, die innerhalb (und außerhalb) Chinas ein ungewöhnlich großes Medienecho fand. Sie war deshalb so brisant, weil sie die als Tabuzone behandelten Machtverhältnisse im Betrieb in den Blick rückte. Im Vergleich zu vergangenen Auseinandersetzungen trug die Bewegung zudem offensivere Züge (vgl. Butollo/ten Brink 2012; Hui 2011). Das galt nicht allein für die erfolgreich durchgesetzten Lohnforderungen von etwa 35 Prozent. Ebenso verbreitete sich die Bewegung im Unterschied zu früheren Protesten, die lokal isoliert stattfanden, schnell. Und: Waren die Mobilisierungen der Beschäftigten zuvor fast immer unmittelbar gegen lokale Regierungen gerichtet, ähnelten die Auseinandersetzungen nunmehr klassischen

128 Es muss an dieser Stelle herausgestellt werden, dass diese Zahlen ungenau sind; leider existieren hierzu meiner Kenntnis nach keine wesentlich präziseren Daten.

129 Ländliche Arbeitsbeziehungen ebenso wie die großen informellen Sektoren in den Städten (häufig auch im Dienstleistungsbereich) bleiben des Weiteren unberücksichtigt. Auch wenn die Verteidigung von bäuerlichen Interessen immer wieder Teil des öffentlichen Diskurses ist, existieren noch immer keine bedeutenden regionalen oder nationalen Interessenverbände der Bauern. Gerade die ärmere ländliche Bevölkerung bleibt gesellschaftlich exkludiert.

Formen kollektiver Tarifauseinandersetzungen. Nicht zuletzt zeichnete sich die Streikwelle durch einen hohen Partizipationsgrad und demokratische Prinzipien aus. Teilweise forderten die Arbeiter das Recht auf eine unabhängige Interessenvertretung im Betrieb ein. Im Falle von Honda Nanhai führte die Konfrontation mit der Betriebsgewerkschaft, die sich als ineffektiv erwiesen hatte, zur Wahl eines Streikkomitees.¹³⁰

Die Zunahme der Arbeitskonflikte und Sozialproteste vor dem Hintergrund ungewöhnlich hoher BIP-Wachstumsraten sowie wirtschaftlicher Rebalancing-Bemühungen der Regierung lassen darauf schließen, dass die Wohlstandssteigerung bei Weitem nicht alle Teile der Bevölkerung in gleichem Maße umfasst. Das gilt besonders für die Arbeitsmigranten:

[D]uring the eight years after the Chinese central government began making [...] moves towards class compromise in 2002, migrant worker insurgency grew rapidly. While there are a number of factors behind this, the overarching reason is that while the country experienced an economic boom of historic proportions things did not significantly improve for migrant workers. (Friedman 2011: 151; vgl. Chan/Pun 2009)

Auch wenn im Jahr 2010 eine Arbeitskräfteknappheit in den Exportindustrien die Risiken einer Streikteilnahme begrenzte, das heißt, dass die Teilnehmenden im Falle einer Entlassung relativ wahrscheinlich andere Arbeitsstellen finden konnten, weist dies darauf hin, dass die seit Jahren anvisierte Umorientierung auf eine sozialpolitisch »inklusive« Entwicklung nicht greift. Immer mehr wird den herrschenden Eliten verdeutlicht, dass die sozioökonomische (und letztlich politische) Stabilität des Systems ohne die Stärkung institutionalisierter Rechte und Konfliktlösungsmechanismen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene kaum gewährleistet werden kann (Butollo/Lüthje 2012). In der Tat sind bereits die neueren, in Kapitel 2 eingeführten arbeits- und sozialpolitischen Bestimmungen als staatliche Reaktionen auf Arbeiterkämpfe zu verstehen:

The unprecedented wave of labour legislation [...] was no accident. It was a direct response to the pressure exerted by the workers' movement over the previous decade [der 2000er-Jahre]. A government committed to maintaining social order and harmony could no longer afford to ignore the strikes and protests staged by workers on an almost daily basis across the country. It sought to create a comprehensive legislative framework that could help mitigate labour conflicts and better protect the legal rights of individual workers. This legislative approach has made workers much more aware of their rights and they are now more willing to use the mediation, arbitration and court systems to stand up for those rights. (CLB 2009: 13)

130 In den Debatten um die Streiks wurde das Argument laut, die Regierung ließe diese Proteste gezielt zu, auch weil es sich um japanische Firmen handelte. Doch handelt es sich bei den betroffenen Unternehmen um chinesisch-japanische Joint Ventures; zudem existieren keine stichhaltigen Beweise für diese These (vgl. Butollo/ten Brink 2012).

Im Folgenden stelle ich Strukturmerkmale des chinesischen Arbeitssystems heraus (3.3.1 und 3.3.2) und versuche zu beantworten, weshalb dieses trotz der Etablierung quasikorporatistischer Konsultationsmechanismen keine zufriedenstellende »Harmonisierung« der Arbeitsbeziehungen bewirkt und ebenfalls keine von der Zentralregierung erwünschte signifikante Stärkung der Binnennachfrage erzeugt (3.3.3 und 3.3.4). Im letzten Abschnitt des Kapitels (3.3.4.1) werden die Unzulänglichkeiten des chinesischen Korporatismus anhand der zunehmenden spontanen Arbeiterproteste weiter behandelt. Da letztere zugleich Ansatzpunkte einer autonomen Interessenwahrnehmung bilden, die das Regime verhindern möchte, fasse ich Faktoren zusammen, die einen Einstieg in das Ende des chinesischen Modells der Subordination wahrscheinlicher werden lassen.

3.3.1 Strukturmerkmale des chinesischen Arbeitssystems

Trotz der vorhandenen regionalen Unterschiede können im Zuge der historischen Umwandlung ländlicher in industrielle Arbeitskraft vorrangige Merkmale des städtischen Arbeitssystems beschrieben werden. Erstens stelle ich nun die Struktur der Arbeiterschaft und der segmentierten Produktionsregime in kurzen Zügen vor, um anschließend die vier Parteien im System der industriellen Beziehungen (staatliche Instanzen, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Arbeitnehmer) einzuführen, die ein vierpoliges Kraftfeld konstituieren.

(1) *Die segregierte Arbeiterschaft.* Offiziellen Angaben zufolge zählte die erwerbstätige Bevölkerung im Jahr 2009 rund 779 Millionen Personen (NBS 2010: Table 4-1). Die Anzahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft sank bis Ende 2009 auf 297 Millionen Personen. Die Urbanisierung hat dazu beigetragen, dass in den Küstenprovinzen im Jahr 2009 nur noch 26,4 Prozent in der Landwirtschaft tätig waren, im Unterschied zu 46,3 Prozent in den Binnenprovinzen (Aoki 2011: 7). Im sekundären Sektor arbeiteten 2009 circa 216 Millionen Menschen, darunter etwa drei Viertel in der verarbeitenden Industrie und ein weiterer großer Teil in der Baubranche. Im tertiären Sektor, der den sekundären Sektor seit Mitte der 1990er zahlenmäßig übertrifft, arbeiteten 2009 ungefähr 266 Millionen Menschen. In den 2000ern ist die erwerbsfähige Bevölkerung jahresdurchschnittlich um 10 Millionen Menschen gewachsen (Herd/Koen/Reutersward 2010: 6).¹³¹

Unter den städtischen Beschäftigten ist die Gruppe der landesinternen *Arbeitsmigranten* mittlerweile sogar offiziellen Zahlen zufolge die zahlenmäßig größ-

131 Die Arbeitslosenquote in den urbanen Zonen lag 2009 offiziell bei 4,3 Prozent (NBS 2010: Table 4-1). Inoffizielle Schätzungen liegen über dieser Quote.

te (F. Cai 2010: 94). Von 2000 bis 2008 ist ihr Anteil an der erwerbstätigen Stadtbevölkerung von 36 Prozent auf etwa 60 Prozent gestiegen (Leung/Pun 2009: 552; vgl. Pun/Lu 2010; Pan/Rui 2011).¹³² Die größte Arbeitnehmergruppe des Landes, die nur über eine temporäre Aufenthaltsgenehmigung in den Städten verfügt, besitzt faktisch einen Gastarbeiterstatus. Im Unterschied zur ersten Generation dieser »Bauern-Arbeiter« (*nongmingong*) verwurzelt sich jedoch die zweite, ab 1980 geborene Generation der Arbeitsmigranten stärker in den Städten, wenngleich sie noch immer häufig den Ort und die Arbeitsstelle wechselt und nur vorübergehend einen festen Wohnsitz hat (Wenten 2011: 45).

Verursacht wird die Arbeitsmarktsegregation durch die Aufrechterhaltung des *Hukou*-Systems. Unter anderem hat es erhebliche Bruttolohnspreizungen zwischen Arbeitsmigranten und ortsansässigen Arbeitskräften zur Folge.¹³³ Dieses System einer restriktiven Wohnsitzkontrolle mit einem Landbewohner- und Stadtbewohnerstatus schreibt die Disparitäten zwischen städtischem und ländlichem Leben fort, selbst im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern. Die »Wanderarbeiter« werden in den Städten einer Art sozialer Apartheid unterworfen, die ihnen existenzielle Bedürfnisse vorenthält (etwa Sozialwohnungen, Zugang zu Bildungseinrichtungen, Gesundheits- und Rentenleistungen). Das Migrationskontrollregime wird in der Hauptstadt weiterhin als unentbehrliche Säule der Stabilität und Grundlage der wirtschaftlichen Dynamik betrachtet und vom zuständigen Ministry of Public Security mit großer Mühe zu koordinieren versucht (Wang 2011).

Die kaum steuerbaren internen Wanderungsbewegungen haben das *Hukou*-System zwar an einigen Stellen durchlöchert und im Sinne eines durch informelle Institutionen induzierten Konversionsprozesses graduell verändert (Young 2011: 148–151). Das System der Wohnsitzregistrierung wurde dezentralisiert¹³⁴ und modifiziert, seine Funktion jedoch insgesamt aufrechterhalten (eine detaillierte Analyse findet sich bei Chan/Buckingham 2008; Wang 2011). Westliche Medienberichte über dessen Auflösung haben sich regelmäßig als Fehlannahmen herausgestellt. In kleineren Städten sind die Barrieren des Erwerbs eines

132 Um ihre Gesamtzahl anzugeben, gilt es auch die (häufig statistisch) vernachlässigten Arbeitsmigranten in jenen suburbanen Regionen zu berücksichtigen, die faktisch städtischen Charakter aufweisen. Demzufolge arbeiten in China insgesamt etwa 250 Millionen Binnenmigranten. Allein in der Provinz Guangdong lebten 2010 etwa 26 Millionen Arbeitsmigranten. Erst seit 2002/2003 steht ihnen der Beitritt in die Gewerkschaft frei (Lam 2006: 97).

133 Der Lohn der Arbeitsmigranten ist im letzten Jahrzehnt in absoluten Zahlen weitaus weniger stark gestiegen als der anderer städtischer Arbeitnehmer (Herd/Koen/Reutersward 2010: 21).

134 Die Reform des *hukou* führte zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf lokale Regierungen. Große Städte bestimmen mittlerweile die Zulassungskriterien selbst (Chan/Buckingham 2008: 594).

permanenten lokalen *hukou* ab 1998 zwar reduziert worden. Doch in den großen Städten liegt die Möglichkeit des Erwerbs dagegen fast bei null (Herd/Koen/Reutersward 2010: 18).¹³⁵ Hauptsächlich vermögende und über einen hohen Bildungsstand verfügende Arbeitsmigranten gelangen in den Besitz einer permanenten städtischen Registrierung (Wang 2011: 129). Und diejenigen weniger vermögenden Personen, die ein lokales *hukou* erhalten, verlieren im Moment der Registrierung die Anrechte auf ihr Land:

In most cases, those people are included in the city's social welfare system in exchange for their loss of land permanently, an asset which usually can derive far greater present and future financial benefits in the urbanizing region. Some critics have considered this »equalization« an indirect pillaging of peasants' property. (Chan/Buckingham 2008: 598–599)¹³⁶

(2) *Segmentierte Produktionsregime*. Nur auf den ersten Blick hinterlässt das riesige Arbeitskräfteheer in China den Eindruck einer homogenen Masse. In Wirklichkeit ist es im Reformverlauf in verschiedenartige Produktionsregime zergliedert worden. Lüthje unterscheidet auf Grundlage umfassender empirischer Untersuchungen fünf Grundtypen betrieblicher Produktionsregimes in den industriellen Kernbranchen des Landes (Lüthje 2009, 2010; vgl. Butollo/Lüthje 2012; Lüthje/Luo/Zhang 2013).¹³⁷

- Das für staatseigene Unternehmen (etwa in der Stahlindustrie) typische *SOE classic* (Lüthje 2010: 476) ist charakterisiert durch relativ stabile Stammbesetzungen zumeist mittlerer und hoher Qualifikation, einen vergleichsweise geringen Anteil an Arbeitsmigranten, niedrige Basislöhne und, dementspre-

135 Bis heute markiert der Besitz eines städtischen *hukou* einen enormen Vorteil. Seit Ende der 1990er können sich Bauern zwar legal in kleinen Städten (Land- und Kreisstädten) niederlassen und sich dort einfacher als zuvor registrieren lassen. Doch die Situation in größeren Städten ist komplizierter, wengleich einige Städte mit reformierten *Hukou*-Systemen experimentieren (zum Beispiel in Chengdu oder Chongqing). Seit 2010 können Personen in suburbanen Gebieten vielfach ein lokales *hukou* erhalten, wenn sie mindestens ein Jahr dort lebten und arbeiteten; doch teilweise stimmen die betroffenen lokalen Führungsorgane dagegen – etwa in reich gewordenen Dörfern und Kleinstädten in Guangdong, deren Leitungspersonal um seine Pfründe (zum Beispiel aus der Bodenverpachtung) fürchtet.

136 Zwar garantiert das Sozialversicherungsgesetz von 2010 für alle chinesischen Staatsbürger das Recht zur »Teilnahme an der Sozialversicherung und für Versicherungsteilnehmer den Erwerb eines einklagbaren Leistungsanspruchs im Versicherungsfall« (Brückner 2011: 2). Doch in Fragen der Implementierung bestehen weiterhin erhebliche Mängel fort.

137 Die folgende Aufgliederung stimmt nicht mit den im ersten Teil dieses Kapitels (unter 3.1.1.2) beschriebenen Produktionsregimen überein, da hier nach Arbeitsbeziehungen, nicht hauptsächlich nach Eigentumsverhältnissen differenziert wird. Kritische Arbeits- und Industriesoziologen verwenden den Begriff des Produktionsregimes, um die Strukturen und Regelwerke in Unternehmen gewissermaßen aus Sicht der Arbeitnehmer zu fassen (vgl. Burawoy 1985; Hürtgen et al. 2009).

chend, hohe Anteile betrieblicher Sonderzulagen (bis zu 50 Prozent des Basislohns). Traditionell besitzt die Gewerkschaft eine wichtige Rolle im »Co-Management« des Unternehmens.

- Das *multinational/joint venture classic* ähnelt dem *SOE classic* hinsichtlich der relativen Stabilität von Produktions- und Belegschaftsstrukturen und beschäftigt vorwiegend städtische Arbeitskräfte, die besser entlohnt und rechtlich abgesichert werden als Arbeitsmigranten. Hieraus folgen etwa in der Automobil- und Chemieindustrie vergleichsweise höhere Basislöhne, geregeltere Arbeitszeiten und eine Orientierung auf Weiterbildungsmaßnahmen. Die Gewerkschaften sind ins betriebliche Management kooptiert.¹³⁸
- Ein weiteres Produktionsregime wird als Regime der *multinational high performance* gekennzeichnet. Es ist durch eine extreme Leistungsorientierung, Belegschaftsflexibilität, niedrige Basisgehälter und schwache Gewerkschaften gekennzeichnet. Vertreten wird es insbesondere durch amerikanische, europäische, aber auch chinesische und weitere ostasiatische IT-Unternehmen.¹³⁹
- Das vielleicht bedeutsamste Produktionsregime ist das der »flexiblen Massenproduktion«. Es beruht insbesondere auf der Ausbeutung niedrig bezahlter Arbeitskraft der Arbeitsmigranten und ist etwa bei den (auslands-) chinesischen Kontraktfertigern und Großzulieferern für westliche Elektronikkonzerne zu finden. Sehr lange, flexible Arbeitszeiten und niedrige Basisgehälter herrschen vor, ausgeprägte Lohnhierarchien zwischen Produktionsarbeitern und Ingenieuren existieren und Gewerkschaftsstrukturen sind, wenn sie überhaupt existieren, durch die Betriebsleitung dominiert.
- Das Modell des *low wage classic* beispielsweise in der Textilindustrie steht am unteren Ende der Hierarchie der Produktionsregime. In kleinen, mittleren,

138 Untersuchungen japanisch-chinesischer Joint Ventures in der Automobilindustrie stellen heraus, dass japanische Produktionsmodelle implementiert werden, aber eine Verbindung mit den in China herrschenden Formen der industriellen Beziehungen eingehen (Lüthje 2009). Eine moderne Fertigungsorganisation mit hohem Automationsgrad bei gleichsam hoher Arbeitsintensität junger, relativ stabiler Belegschaften und Basislöhne mit einer starken Leistungsorientierung durch hohe Überstundenzuschläge beziehungsweise Prämien kennzeichnen das Produktionsregime. Moderne Formen des Personalmanagements sind zu einer betriebsgemeinschaftlich orientierten *advocacy* verknüpft, die mit dem Vorhaben einer »harmonischen« Gesellschaft in Einklang gebracht werden soll.

139 Ein Beispiel stellt der bereits angegebene Standort des deutschen Leuchtmittelherstellers in Foshan dar. Dessen Produktionsregime ist durch einen hohen Mechanisierungsgrad sowie durch flexible Arbeitsformen gekennzeichnet, verbunden mit einer hohen internen Konkurrenz zwischen den Mitarbeitern. Das Unternehmen läuft an sieben Tagen der Woche jeweils vierundzwanzig Stunden. Der Basislohn liegt zwar relativ hoch; variable Lohnanteile liegen aber immer noch bei etwa einem Drittel des Gesamtlohns. Für die Gewerkschaftsarbeit ist eine Person zuständig, die dem Personalchef unterstellt ist. Große Teile der Belegschaft leben in Unterkünften auf dem Betriebsgelände.

aber auch zahlreichen großen Unternehmen dieses Typus werden vorwiegend Arbeitsmigranten eingesetzt, Gewerkschaften sind in der Regel nicht existent.

Eine Reihe weiterer Faktoren befördern die Segmentierung: So existieren insgesamt starke Hierarchisierungen der Lohnsysteme¹⁴⁰ – innerhalb der gerade benannten Produktionsregime und entlang der Produktionskette (etwa zwischen Stammwerken und Zulieferern) – und bedeutende Systeme der Arbeitnehmerüberlassung beziehungsweise der Leiharbeit (Friedman/Lee 2010: 510–513). Es besteht ein *gender gap*, das heißt eine Differenz in der Bezahlung männlicher und weiblicher Arbeitskräfte bei vergleichbarer Arbeitserfahrung und Bildung, die von 12 Prozent im Jahr 1988 auf 19 Prozent im Jahr 2002 anstieg. Zudem existieren Spaltungstendenzen zwischen den Beschäftigten, die durch negative ethnische Klassifikationen der ortsansässigen Bevölkerung gegenüber zugezogenen Arbeitsmigranten charakterisiert sind. Ein Teil der städtischen Werk tätigen hat zugleich individuelle Aufstiegsmotivationen ausgebildet, die mitunter solidarische Verhaltensweisen gegenüber Kollegen minimieren.

Dennoch können in den verschiedenen Produktionsregimen und Beschäftigungsverhältnissen Gemeinsamkeiten festgestellt werden. Der geringe Einfluss der Arbeitnehmer auf die betriebliche Leistungs politik oder bei betrieblichen Umstrukturierungen und Produktionsverlagerungen begründen insgesamt eine starke Abhängigkeit von Arbeitgeberentscheidungen. In den meisten Industrie-sektoren liegen die Basislöhne zudem nur bei ungefähr 50 Prozent des Gesamtlohns. Die Ableistung von Überstunden und die Gewährung von Prämien als Lohnzusatzleistungen zeugen von der schwachen Verhandlungsposition der Lohnabhängigen. Damit einher geht eine heftige Konkurrenz unter den Beschäftigten, die um individuelle Besserstellungen kämpfen, und ein sozialer Unterbietungswettlauf, den Gewerkschaften eigentlich zu überwinden trachten. Doch ernst zu nehmende kollektive Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen existieren genauso wenig wie branchenweite Tarifverträge:

Ungeachtet der Unterschiede zwischen den betrieblichen Produktionsregimes kann das Fehlen wirksamer kollektiver Regulierungen von Basislöhnen, Zulagen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen als das gemeinsame Charakteristikum der betrieblichen Arbeitsbeziehungen angesehen werden, sowohl in staatseigenen als auch privaten Betrieben. Die hohe Flexibilität der Löhne ist sozusagen der kleinste gemeinsame Nenner zwischen Arbeitsregimes am oberen und unteren Ende der Hierarchie, oft verbunden mit ausgedehnten Überstunden. Die

140 Im Automobilssektor liegen die Arbeiterlöhne überdurchschnittlich hoch; in der Textilbranche existieren dagegen die niedrigsten Durchschnittslöhne (und es werden häufig noch Stücklöhne bezahlt). Im (weniger umfassend empirisch erschlossenen) tertiären Sektor scheinen noch stärkere Hierarchisierungen der Lohnsysteme zu existieren.

sprichwörtliche Leistungsbereitschaft chinesischer Arbeiter erscheint so keineswegs als ein »natürliches« Merkmal. (Butollo/Lüthje 2012: 8)

Die beschriebene Struktur einer segregierten und segmentierten Arbeiterschaft bildet die Grundlage eines unentwickelten, quasikorporatistischen Geflechts, in dem vier zentrale Akteurguppen interagieren.

3.3.2 Die »vier Parteien« im System der Arbeitsbeziehungen

In der VPÖ sowie industriesoziologischen Ansätzen wird auf Konzepte des Korporatismus rekurriert, um die in Industriegesellschaften üblichen, dreiseitigen Beziehungsgeflechte zwischen Arbeitgebern, Beschäftigten und dem Staat abzubilden. Dabei ist eine stabile korporatistische Struktur als funktionales Komplement einer gelingenden Kapitalakkumulation identifiziert worden (vgl. Wright 2000).

Normativ gelten auch in China korporatistische Beziehungen als förderlich, insbesondere für die Harmonisierung vertikaler Sozialkonflikte. Aus Sicht der staatlichen Behörden besteht ein zusätzlicher Vorteil korporatistischer Arrangements darin, ihren Einfluss auf dem Wege der institutionellen Pluralisierung abzusichern und sich zugleich von Steuerungsaufgaben zu entlasten (Holbig/Reichenbach 2005: 51). Dementsprechend haben die chinesischen Behörden erhebliche Anstrengungen unternommen, derartige Institutionen aufzubauen. Auf allen relevanten Verwaltungsebenen wurden dreiseitige *Konsultationskonferenzen* zur Harmonisierung der Arbeitsbeziehungen ins Leben gerufen (Chang/Lüthje/Luo 2008: 16; vgl. Shao/Nyland/Zhu 2011). Das Ministry of Human Resources and Social Security (MOHRSS) vertritt darin auf nationaler Ebene¹⁴¹ die Regierung, die Gewerkschaft ACFTU die Arbeitnehmer und die China Enterprise Confederation repräsentiert die Arbeitgeber (von vorwiegend staatseigenen Unternehmen). Jüngst ist der Unternehmerverband der Privatunternehmer, die AC-FIC, hinzugetreten. Auf den Konferenzen werden diverse Fragen des Arbeitsrechts thematisiert und Leitlinien zur Erstellung von Arbeitsverträgen erarbeitet. Sie zielen insbesondere auf die Prävention und Eingrenzung von betrieblichen Konflikten, zudem werden (etwa auf Stadtebene) die Mindestlöhne festgelegt.¹⁴² Interviews mit Konferenzdelegierten zufolge haben diese Zusammenkünfte,

141 Auf den darunterliegenden Verwaltungsebenen sind die lokalen Arbeitsverwaltungen zuständig, die teilweise durch andere Behörden ergänzt werden, im Falle des boomenden Suzhou (Provinz Jiangsu) zum Beispiel die Economic and Information Technology Commission.

142 Zwischen 1990 und 2002 ist der Mindestlohn im Pearl-River-Delta insgesamt um lediglich 70 RMB erhöht worden. In den letzten Jahren stieg er dagegen stärker. In Shenzhen, einem Zentrum des Pearl-River-Deltas, ist er von 690 RMB im Jahr 2005 auf 1.000 RMB im Jahr 2008

trotz einer manchmal unklaren rechtlichen Bindewirkung, tatsächlich schon regional erfolgreich auf Konflikte reagiert und diese lösen können (Shao/Nyland/Zhu 2011: 368). Die Gewerkschaft ACFTU erweist sich in den tripartistischen Konferenzen als eine treibende Kraft.

Um die veränderten Arbeitsbeziehungen zu analysieren, sind verschiedene Positionen eingenommen worden. Einige Autoren sprechen von einer Transformation der »staatskorporatistischen« Regulierung des Arbeitssystems zu einem in den Strukturen einer marktorientierten Gesellschaft verankerten »gesellschaftlichen Korporatismus«, in dem der Staat kein Diktat mehr ausübt, sondern die verschiedenen Gruppen in Verhandlungen zu einem temporären Konsens gelangen (Chan 1993, 2008).¹⁴³ Bis dato ist jedoch eine nur unvollständige Form des Korporatismus entstanden. Insbesondere mangelt es an einer für entwickelte Kapitalismen typischen, kollektiven Interessenwahrnehmung der Belegschaften. Weil die Gewerkschaft keine Unabhängigkeit von der Staatspartei erlangt hat und eher als ein Intermediär agiert, tritt in China faktisch ein vierter Akteur zum üblicherweise dreigliedrigen Korporatismus hinzu – die von den Gewerkschaften kaum repräsentierte Arbeiterschaft. Ein Blick auf die vier zentralen Akteure verschafft einen groben Eindruck von dieser Konstellation.

(1) *Die staatlichen Institutionen.* Analog zu den sich transformierenden Beziehungen auf der Ebene der Unternehmensorganisation kann auf der Ebene des Arbeitssystems festgestellt werden, dass die Rücknahme direkter beziehungsweise imperativer staatlicher Eingriffe mit einer Tendenz zu einer vermittelteren politischen Einflussnahme – das heißt besonders der Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen – einhergeht. Das Ziel besteht in der Institutionalisierung rechtlicher und regulatorischer Normen zur Regulierung des Lohnarbeitsverhältnisses. Als Grundlagen dienen das 1994 beschlossene Arbeitsgesetz, eine

angehoben worden. Die weltweite Krise hat allerdings die Zentralregierung beziehungsweise das MOHRSS dazu veranlasst, eine temporäre Aussetzung der Erhöhung von Mindestlöhnen zu verfügen (CLB 2009: 6). Im Jahr 2010 wurden die Mindestlöhne dann landesweit um durchschnittlich 23 Prozent erhöht; in Shenzhen lag er mit monatlich 1.320 RMB am höchsten. Das durchschnittlich verfügbare monatliche Pro-Kopf-Einkommen in den Städten lag 2010 landesweit nur bei etwa 1.600 RMB und auf dem Land bei gerade einmal 500 RMB (CLB 2011: 7–8).

143 Eine größere Unabhängigkeit der Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftliche Strukturen gelten als wahrscheinliche Resultate dieser Entwicklung. Da in einigen entwickelteren Provinzen Chinas eine Schicht von hoch qualifizierten Arbeitnehmern sowie städtische Mittelschichten mit hoher Konsumneigung existieren, werden zudem Szenarien einer »Europäisierung« oder »Japanisierung« des chinesischen Systems der industriellen Beziehungen diskutiert (vgl. Chiu/Frenkel 2000). Andere Autoren betonen dagegen die Konflikthaftigkeit der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und schreiben den Arbeitsbeziehungen den Charakter eines »desorganisierten Despotismus« zu (vgl. Lee 1999).

Reihe nachfolgender Regelungen und das 2008 verabschiedete Arbeitsvertragsgesetz, in dem Parameter von Arbeitsverträgen festgelegt wurden.

The Labour Contract Law makes major steps in improving the ability of workers to ensure that they are actually paid for work that has been undertaken. One of the most important improvements concerns underpayment of wages [...]. If no contract has been signed (as is the case for most private sector employees), the law specifies that after working for one month the person is deemed to have been employed on an indefinite contract. (Herd/Koen/Reutersward 2010: 26)

Da keine kollektiven Arbeitsrechte (etwa das Tarifvertrags- oder Arbeitskampfrecht) garantiert werden, haben individuelle Klagefälle sowie Schlichtungsverfahren und Gerichtsprozesse in den letzten Jahren erheblich zugenommen (CLB 2011: 11, 46; Shen 2007: 91–93, 104–106, 137).

Zugleich versucht der chinesische Zentralstaat, wie in Kapitel 2 erwähnt, seit Längerem, soziale Polarisierungen durch den Aufbau eines sozialen Sicherungssystems und durch Beschäftigungsgesellschaften sowie Umschulungsmaßnahmen nach westlichem Muster abzufedern. Das zentralstaatliche MOHRSS verweist darauf, dass die lokalen Arbeitsverwaltungen im Jahr 2008 bei der Rückzahlung von ausstehenden Löhnen Unterstützung in Höhe von 8,33 Milliarden RMB leisteten (CLB 2009: 8). Die sozialpolitischen Maßnahmen und Zusicherungen stellen Reaktionen des Zentralstaates auf Legitimationsdefizite dar. Hierauf deuten auch die Umstände der Einführung des Begriffs der »harmonischen« Gesellschaft: Die Rede Hu Jintaos im Februar 2005, in der dieser erstmals die »harmonische sozialistische Gesellschaft« proklamierte, wurde erst Monate später, »im Kontext der sozialen Protestwelle im Sommer«, veröffentlicht (Holbig 2005: 16).

Allerdings klafft zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Arbeits- und Sozialpolitik weiterhin eine erhebliche Lücke: Viele Regelungen, selbst die mit Gesetzesstatus, werden nur unzureichend umgesetzt und Gesetze werden vor Ort reinterpretiert (Herd/Koen/Reutersward 2010: 24–29; Friedman/Lee 2010: 513–514). Dabei erweisen sich nicht allein die Arbeitgeber, sondern auch die Lokalregierungen als unzuverlässige Partner. Trotz einer vorgesehenen Höchst Arbeitszeit von wöchentlich 40 Stunden arbeiten Lohnabhängige (mit Überstunden) leicht 60 Stunden und mehr. Bis heute gründen Arbeitsverhältnisse trotz einer neuen Gesetzeslage vielfach, besonders für Arbeitsmigranten, auf mündlichen Abmachungen und befördern damit eine sehr hohe Fluktuationsrate der Arbeitskräfte und einen sehr niedrigen Deckungsgrad bei Sozialversicherungen (Pan/Rui 2011: 211–212). Kollektive Arbeitskampfmaßnahmen befinden sich weiterhin in einer rechtlichen Grauzone. Zwar veröffentlichen Provinzregierungen Papiere, in denen sie Lohnsteigerungen anregen. Ob diese einen nennenswerten Einfluss auf die Lohnpolitik der Betriebe ausüben, ist jedoch fraglich,

zumal die Höhe der Reallohnsteigerung in den amtlichen Leitlinien von der Profitabilität der Unternehmen abhängig gemacht wird.

Die Arbeitsregulierung mag sich auf Betriebsebene formal in einem Wandel von individual- zu kollektivvertraglichen Regelungenformen befinden, allerdings bleiben diese unterinstitutionalisiert oder unwirksam. Luo veranschaulicht:

Millions of collective contracts have been signed in the last few years, but in reality, wages and other labor standards remain low and unstable. Rather than being the result of effective bargaining, the majority of collective contracts are signed, either as a way for enterprise unions to fulfill the official quota of upper-level trade unions, or as a perfunctory effort of employers under the pressure of local labor administration. Accordingly, many collective contracts contain only general principles or legal terms, instead of any substantial statements or quantitative figures on labor standards. [...] In practice, workers are usually excluded from the process, enterprise unions are unwilling or unable to make any resistance, and consequently collective contracts are virtually in the hands of employers. At the same time, coordination at above-enterprise level, e.g. regional or industrial bargaining, is largely absent. (Luo 2011: 67)

Nach wie vor existieren keine ernst zu nehmenden Ansätze zu einer Regulierung der Arbeitsstandards auf überbetrieblicher Ebene oder gar branchenweiten Tarifverhandlungen. Insgesamt erscheint das Arbeitsrecht in erster Linie immer noch als ein Individualarbeitsrecht¹⁴⁴, ergänzt um lokale, teils sektorspezifische Leitlinien, die von nationalen Bestimmungen häufig abweichen. Erhebliche Umsetzungsdefizite, differierende lokale Rechtsauslegungen und Selbstverpflichtungen zeugen davon, dass das chinesische Arbeitsrecht fortlaufend auch als *soft law* funktioniert (vgl. Chang/Lüthje/Luo 2008: 188–190; Geffken 2005: 77, 99).¹⁴⁵

(2) *Die Gewerkschaften.* Die All China Federation of Trade Unions (ACFTU) bildet mit ihren über 200 Millionen Mitgliedern formell die größte Gewerkschaftsorganisation der Welt. Nachdem die ACFTU die Arbeitsmigranten im Jahr 2003 zu einem Teil des Proletariats erklärte, ist ihre Mitgliedschaft offiziell stark gestiegen.¹⁴⁶ Sie wird freilich vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften

144 Auch wenn das chinesische Recht hinsichtlich der Menschenrechte kollektive Rechte formuliert, werden Arbeitsrechte vornehmlich als individuelle Rechte ausgewiesen (Saich 2004: 143). Besonderheiten der »kulturellen Tradition« Chinas (»Kollektivismus«) spielen an dieser Stelle offensichtlich keine Rolle mehr.

145 Die Rechtskontrolle ist Aufgabe der lokalen Arbeitsverwaltungen, der Schiedskommissionen und der Gerichte.

146 Noch wenige Jahre zuvor waren Gewerkschaftsangaben zufolge nur etwa 125 Millionen Mitglieder in über 900.000 Basisgliederungen registriert. Dies ist nicht gleichbedeutend mit einer aktiven Mitgliedschaft oder demokratischen Rechten. Die sehr hohe Mitgliederzahl kommt auch deshalb zustande, weil laut Gewerkschaftsgesetz Angestellte in Unternehmen bereits dann als Gewerkschaftsmitglieder zählen, wenn eine betriebliche Gewerkschaft gegründet wird.

(IBFG) nicht als unabhängige Gewerkschaft anerkannt, weil sie weitgehend unter Kontrolle des Parteistaates, konkret: der KPCh, steht (CLB 2009). Nach ihrer Auflösung während der Kulturrevolution genießt sie erst wieder seit 1978 einen legalen Status.

Als einzige nationale Gewerkschaftsorganisation ist die ACFTU mit ihren Untergliederungen auf quasi allen Verwaltungsebenen vertreten. In jüngerer Zeit sind ländliche Siedlungsgewerkschaften und städtische Gebietsgewerkschaften zwischen den Einheiten auf Betriebsebene und den höheren Ebenen der ACFTU als neue Ebenen der Gewerkschaftsorganisation eingeführt worden. Sie pflegen meist enge Bindungen zur lokalen Partei- und Staatsstruktur. Insgesamt dominiert die gewerkschaftliche Organisation entlang des Betriebs diejenige des Sektors: Branchengewerkschaften spielen in China noch kaum eine Rolle, was eine schwierige Ausgangsposition für die Etablierung kollektiver Tarifverhandlungen und -verträge darstellt.¹⁴⁷ Dagegen existierten offiziellen Angaben zufolge Ende 2007 circa 1,7 Millionen Betriebsgewerkschaften.

Bis heute ist der Status der ACFTU in der wissenschaftlichen Debatte umstritten, da sie nicht als autonome Interessenvertretung der Lohnabhängigen fungiert (vgl. Feng 2003). In der Tat ist etwa ihr Leitbild als »klassenübergreifend« und vorwiegend der »nationalen« Modernisierung verpflichtet zu verstehen – »the interests of the working class were always seen as a particular subset of the general interests of the nation, a formula that persists to this day« (Friedman 2011: 154). Diese Organisationsphilosophie trägt zu einer ausgeprägt konservativen Haltung der ACFTU bei.¹⁴⁸

Allerdings hat sich die Rolle der ACFTU im Gefolge der wettbewerbsgetriebenen kapitalistischen Modernisierung und der (begrenzten) gesellschaftlichen Pluralisierung partiell gewandelt. Sie ist nicht mehr allein für die Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin und die Verwaltung von Teilen des Sozialwesens zuständig. Bereits Ende der 1980er setzte sich die ACFTU (mit nur geringem Erfolg) für eine größere Unabhängigkeit ein (Clarke/Pringle 2009: 86). Ab den

147 In der Hierarchie stehen die Gewerkschaftsorganisationen auf Provinzebene direkt unterhalb der nationalen Einheitsgewerkschaft. Hernach folgen die Ebene der Städte und die darunter liegenden administrativen Ebenen: die Distrikt-, Kreis- beziehungsweise Gemeindeebene. Parallel zu dieser geografischen Untergliederung haben in den letzten Jahren in der ACFTU organisierte Branchengewerkschaften auf Provinz- und teilweise auf Stadtebene erstmals an Bedeutung gewonnen (Friedman 2011: 59–60).

148 Die Kommunistische Partei Vietnams hat der unter Parteikontrolle stehenden Gewerkschaft Vietnam General Confederation of Labour eine größere Autonomie als in China zugebilligt (Chan 2011; Clarke/Pringle 2009). Aufgrund einer Geschichte starker Gewerkschaftsbewegungen besonders in Südvietnam tritt die Gewerkschaft offensiver für Arbeiterinteressen ein (Chan 2011: 40). Im Falle des Scheiterns kollektiver Verhandlungen bei Arbeitskonflikten besteht ein Streikrecht.

1990ern betrieb sie daraufhin ein aktives, wenngleich inhaltlich begrenztes, arbeitspolitisches Lobbying. Gegenwärtig zielt die ACFTU darüber hinaus erstens auf die rechtliche Vertretung der Arbeitnehmer und organisiert einen Rechtsbeistand für ihre Mitglieder. In Konfliktfällen spielt sie jedoch meist nur eine vermittelnde, defensive Rolle. Zweitens unternimmt sie Schritte zur Stärkung der Gewerkschaftsstrukturen auf betrieblicher Ebene, auch und gerade in Privatunternehmen, und konnte zur Etablierung kollektiver Regelungen beitragen, die aber, wie erwähnt, häufig entweder kaum eine Bindewirkung haben oder substanzlose Hüllen darstellen (CLB 2011: 39–40).¹⁴⁹ Zudem führt sie, drittens, Arbeitsplatzinspektionen durch. Es ist daher plausibel, die Gewerkschaft als intermediäre Organisation zwischen den Arbeitgebern, dem Parteistaat und den Arbeitnehmern (beziehungsweise auch den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern) zu fassen.

Der hochgradig fragmentierte Produktionsbereich der Volksrepublik verlangt aber aus Sicht der Staatsführung eine modernisierte gewerkschaftliche Interessenvertretung, denn eine Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen erfordert größere Kapazitäten der ACFTU (Luo 2011). Die ACFTU soll sich freilich zugleich in den Grenzen der von der Partei- und Staatsführung entwickelten Vorstellungen von harmonischen Arbeitsbeziehungen im Sinne eines betrieblichen Co-Managements und einer Verregelung von Arbeitskonflikten bewegen. Als Kriterien zur Bewertung von »harmonischen« Arbeitsbeziehungen gelten unter anderem die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, das Betriebsklima, die Erzielung von *Win-win*-Situationen zwischen den Akteuren sowie die erfolgreiche Beilegung von Arbeitskonflikten.¹⁵⁰ Aus diesem Grund erhält in der Regel die kooperative Beziehung zum Unternehmen in konkreten Arbeitskonflikten den Vorrang vor der (konfliktbeladenen) Positionierung aufseiten der Arbeiter. Nicht wenige Gewerkschaftsfunktionäre nutzen ihre Position des Weiteren als Ausgangsbasis für eine Unternehmenskarriere oder

149 Im Jahr 2008 kam es etwa zum Aufbau von betrieblichen Gewerkschaftsstrukturen in den Firmen der »Fortune 500«, die nach Gewerkschaftsangaben mittlerweile zu 80 Prozent eine gewerkschaftliche Vertretung aufweisen. Aber auch in anderen medial beachteten Arbeitskonflikten griff die ACFTU in Form von öffentlichen Stellungnahmen oder Vermittlungsversuchen gegen die Verletzung von Arbeitsrechten in in- und ausländischen Unternehmen ein.

150 In der Ausbildung von Gewerkschaftsfunktionären, wie mir in Guangzhou (im Oktober 2010, nach der großen Streikwelle) erörtert wurde, werden Fähigkeiten vermittelt, gegenüber den Unternehmen eine Kritik an einer »überzogenen Profitgier« artikulieren, »Fairness« gegenüber den Beschäftigten einfordern und an die Einhaltung der Gesetzgebung erinnern zu können. Zugleich müssen die jungen Funktionäre der Unternehmensleitung vor Augen führen können, dass eine Nichteinhaltung der Standards Proteste der Belegschaften nährt, die das Betriebsklima schädigen.

den Aufstieg in höhere staatliche Instanzen.¹⁵¹ Die Mobilisierungskraft und der Zusammenhalt der Gewerkschaft werden auf diese Weise geschwächt. Und dies befördert das ohnehin sehr geringe Vertrauen der Arbeitnehmer in die ACFTU.

Auf Betriebsebene besteht häufig eine enge Kooperation zwischen dem (Personal-)Management und den betrieblichen Gewerkschaftsstrukturen.¹⁵² Die Personalabteilungen großer Unternehmen sind oft an der Gründung einer Betriebsgewerkschaft beteiligt. Häufig sind die Gewerkschaftsstellen mit Vertretern des Managements besetzt. »Thus, while much of the criticism of Chinese unions focuses on their lack of independence from the Party-state, lack of independence from capital is an equally vexing problem« (Friedman 2011: 62).¹⁵³ Die Arbeitnehmer werden nicht involviert, selbst in den Fällen, in denen Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene als Verhandlungspartner in Erscheinung treten.

Neben der betrieblichen Arbeitnehmervertretung existieren in vielen großen Unternehmen *Parteizellen* und die sogenannten *Belegschafts- und Arbeitervertretungsräte*.¹⁵⁴ Letztere sind jedoch kaum mit (deutschen) Betriebsräten zu vergleichen (vgl. Chan 2008). Zentrale Autorität in einem der Workers Congresses ist häufig der betriebliche Gewerkschaftsvorsitzende. Ihre gesetzlich verbrieften Kontroll- und Mitspracherechte (zum Beispiel ein Vorschlagsrecht bei der Auswahl des Managements) besitzen mehrheitlich eine rein formale Bedeutung, wie Interviews mit Beschäftigten bestätigen (Chan 2006: 95). Die langen, häufig jährlichen Intervalle zwischen den Treffen der Räte verhindern eine Arbeit im Stile von Betriebsräten, die sich idealerweise den tagtäglichen Problemen der

151 Die Entlohnung auch der betrieblichen Gewerkschaftsvorsitzenden liegt erheblich über einem Facharbeiterlohn. Arbeitssoziologen der Sun Yat-Sen University zufolge lag der Lohn des Gewerkschaftsvorsitzenden bei dem durch den Streik im Jahr 2010 bekannt gewordenen Honda-Zulieferer über dem Zehnfachen des dortigen Arbeiterlohns.

152 Bei Betriebsbesichtigungen in japanisch-chinesischen Joint Ventures in der Automobilindustrie und anschließenden Interviews wurde deutlich, dass die Gewerkschaftsvertreter an Vorstandssitzungen teilnehmen und mit der Geschäftsführung unter anderem über Überstunden verhandeln. Zudem organisiert die Gewerkschaft eine Reihe von Festivitäten (Ehrungen, Sport- und Kulturveranstaltungen).

153 Die Finanzierung der Gewerkschaften und ihrer mehr als 500.000 hauptamtlich Beschäftigten wird über einen gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitgeberbeitrag gewährleistet. Hinzu treten geringe Beiträge der Beschäftigten. Teilweise werden auch Gelder innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen querverteilt, überdies werden Zinsen aus Ersparnissen eingenommen.

154 Die Partei hat in den Betrieben ebenfalls eine Mittlerrolle und balanciert Konflikte aus. Betriebliche Parteikomitees existieren nicht nur in SOEs, sondern teilweise auch in in- und ausländischen Privatfirmen (Chang/Wong 2004). Arbeiter richten Beschwerden häufig zuerst an die betriebliche Parteizelle (CLB 2009: 37–38). In einem Joint Venture von Honda in Guangdong bestimmt die Parteizelle überdies den »Mitarbeiter des Monats«. Schilder der KPCh in einer großen Honda-Fertigungshalle in Huangpu (einem Distrikt von Guangzhou) stellen regelmäßig die Gesichter »exzellenter Arbeiter« zur Schau. Laut der Betriebsgewerkschaft erstreckt sich die Parteimitgliedschaft vom einfachen Arbeiter bis zum Manager.

Belegschaft widmen. Die Arbeitsverträge, an deren Verhandlung sie beteiligt sind, erinnern an Betriebsvereinbarungen und nicht an Tarifverträge: Die Höhe der Löhne ist in der Regel nicht Gegenstand der Verträge. Eher werden Fragen der betrieblichen Wohlfahrt und Überstundenregelungen thematisiert.

Die Gewerkschaften agieren alles in allem in doppelter Weise dysfunktional: Weder bedienen sie sich einer aus anderen Ländern bekannten Strategie auf Branchenebene, um die Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern einzudämmen, noch sind sie in der Lage oder willens, auf betrieblicher Ebene ihre Funktion als Interessenvertretung wahrzunehmen, was ein geringes Vertrauen der Arbeitnehmer in die ACFTU zur Folge hat.¹⁵⁵ Ihr Selbstverständnis als Moderatoren der innerbetrieblichen Beziehungen und ihre Abhängigkeit von Arbeitgebern und Partei setzt ihnen bereits vorgängig enge Grenzen hinsichtlich einer unabhängigen Interessenwahrnehmung.

(3) *Die Arbeitgeber.* Die Arbeitgeber kontrollieren die wichtigsten volkswirtschaftlichen Ressourcen und besitzen häufig politischen Einfluss. Die im ersten Teil des Kapitels 3 diskutierten Arbeitgeber- und Interessenverbände der Unternehmen (zum Beispiel ACFIC), die Lobbyfunktionen etwa in den Beratungsprozessen für Arbeitsgesetze ausüben, verkörpern bereits länger den formalen Rahmen des chinesischen Quasi-Korporatismus. Ab den 1980ern konnten sie eigendynamisch expandieren (Holbig/Reichenbach 2005; Unger/Chan 1995: 38).

Die Arbeitgeber sind dadurch zu »strategischen Gruppen« geworden (Heberer 2002). In vielen Fragen haben sie »ein bemerkenswertes Bewusstsein gemeinsamer Interessen und Positionen« entwickelt und agieren »jenseits von vielerlei Differenzen in Weltanschauung, Mentalität und Auftreten im praktischen Sinne des Wortes »kollektiv« (Chang/Lüthje/Luo 2008: 11). In den offiziellen, dreiseitigen Konsultationskonferenzen halten sich die Arbeitgeber mit offensiven Vorstößen gegen die Gewerkschaften zurück. Zugleich umgehen sie im Betrieb häufig die Arbeitsstandards und sabotieren die Umsetzung neuer Arbeitsrechte. Chinesische *und* ausländische Lobbygruppen trugen zudem bereits in der Bera-

155 Ausnahmen bestätigen in diesem Feld bis auf Weiteres die Regel: So ist es in einigen Städten der Küstenprovinz Zhejiang zu sektoralen Lohnvereinbarungen gekommen (Friedman 2011: 91–111). Allerdings existieren hier (zum Beispiel in und um Wenzhou) im Unterschied zu anderen Landesteilen auch aktivere Arbeitgeberverbände. Zudem bestehen aufgrund der vergleichsweise geringen Betriebsgrößen (mit circa 100 Beschäftigten) relativ enge soziale Bindungen zwischen Arbeitern, Angestellten und Managern. Trotzdem war es in erster Linie eine Zunahme an Arbeitskonflikten, die die Unternehmen beziehungsweise ihre Verbände dazu veranlasste, mit den örtlichen Parteistrukturen und den Gewerkschaften über stabilisierende Maßnahmen zu verhandeln. Mit der Unterstützung der Lokalregierungen wurden kollektive Lohnvereinbarungen etwa für Unternehmen in der Brillenherstellung geschlossen. Jüngst haben Feldforschungen freilich auf erhebliche Umsetzungslücken aufmerksam gemacht (Friedman 2011: 111–114).

tungsphase des Gesetzentwurfs des Arbeitsvertragsgesetzes von 2008 zu einer Entschärfung des Gesetzes bei (Friedman/Lee 2010: 526; GM 2010: 87–96).¹⁵⁶ Und noch nach Inkrafttreten des Gesetzes kam es zu einer öffentlichen Kritik durch Großunternehmen wie Huawei oder Lenovo (GM 2010: 94–95).

Häufig erweisen sich die Anreiz- und Motivationssysteme der Unternehmen in China demnach als resistent gegenüber rechtlichen Verpflichtungen. Parallel wird versucht, sich im Rahmen des internationalen Konzepts der *corporate social responsibility* zum eigentlichen Interessenvertreter der Beschäftigten zu erklären. Vielfach dient dieses Mittel dazu, die Managementkontrolle über die Beschäftigten auszubauen, die rechtlichen Verordnungen der Volksrepublik zu umgehen und die Gewerkschaft im Betrieb auszumanövrieren (Sum/Pun 2005; vgl. zur Kritik auch: Beckert 2009: 17).

(4) *Die Beschäftigten.* Im Unterschied zu den Arbeitgebern ist in der »sozialistischen« Volksrepublik den Beschäftigten lediglich ein Platz als machtlose, ausführende Objekte zugewiesen. Ihnen fehlt eine unabhängige Interessenvertretung. »Labor remains entirely excluded or at least entirely subservient to the CCP's monopoly on labor organization« (Frazier 2011: 109). Zwar räumt die Verfassung eine Reihe von Bürgerrechten ein, doch diese werden in der Realität des Modernisierungsprozesses substantziell eingeschränkt:

China's constitution provides for a wide range of citizens' rights, including the rights to freedom of information, free speech, freedom of association and the right to demonstrate. The reality for China's workers is that information is monopolised by managements, freedom of speech is curtailed by internet censorship and the official media, the ACFTU monopolises the right of association, and the local police decide who can demonstrate and when. (CLB 2009: 22)

Da die ACFTU, wenn überhaupt, nur als schwacher Verhandlungsführer der Beschäftigten in Erscheinung tritt, ist das Niedriglohnregime trotz Reallohnsteigerungen in den 2000ern insgesamt erhalten worden. Umfragen weisen darauf hin, dass die Arbeitnehmer häufig nicht einmal über die Kenntnis der Existenz einer (betrieblichen) Gewerkschaft verfügen. Sollte dies der Fall sein, sind Ar-

156 Die Arbeitsstandards waren in den letzten Jahren immer wieder Gegenstand öffentlicher Debatten. Im Jahr 2006 setzte sich in der Diskussion um den Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes und die Frage, ob »hohe« oder »niedrige« Arbeitsstandards zur Norm gemacht werden sollten – »insbesondere mit Blick auf die Einführung unbefristeter Arbeitsverträge, die Regelung von Leiharbeit und den Kündigungsschutz« (Chang/Lüthje/Luo 2008: 5) –, eine Position durch, die niedrige Arbeitsstandards als vorteilhaft für die wirtschaftliche Entwicklung betrachtet und behauptet, die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung oder staatlicher Regulierungen würde die Arbeitslosigkeit langfristig ansteigen lassen.

beitnehmer aufgrund eines fehlenden Vertrauens häufig nicht willens, sich an die Gewerkschaft zu wenden (Blecher 2008: 265; CLB 2011: 25).

Obleich sich unabhängige Gewerkschaften in China bislang nicht haben formieren können, besitzen kollektive Formen der Konfliktaustragung durchaus eine Bedeutung. Neben den individuellen Klagemöglichkeiten¹⁵⁷ sind neue Formen der Gegenwehr entstanden – beispielsweise mehr oder weniger lose Assoziationen von Beschäftigten aus bestimmten Städten und Provinzen oder NGOs, die als Organisationen der Arbeiterselbsthilfe fungieren.¹⁵⁸ Dabei erscheint das Arbeitsrecht als wichtige Bezugsgröße der Arbeitnehmer. Die kollektiven Kampfmaßnahmen der Beschäftigten werden weiter unten detaillierter behandelt, da sie einerseits die Mängel des chinesischen Korporatismus offenlegen und andererseits Ansatzpunkte einer autonomen Interessenwahrnehmung bilden, die das Regime verhindern möchte.

3.3.3 »Tripartismus mit vier Parteien«: Erste Schlussfolgerungen

Aus dem Vorangegangenen lassen sich erste Schlussfolgerungen ziehen: *Erstens* kann nun die These der Bedeutung des großen Angebots an Arbeitskräften als Rückgrat der chinesischen Wirtschaftsentwicklung spezifiziert werden: Es war insbesondere die Segmentierung und Segregation der Arbeiterschaft, die sich als Quelle der Wertschöpfung und Motor der Akkumulation erwiesen hat. Derart blieb die Ware Arbeitskraft nicht nur »preisgünstig«, sondern die Beschäftigten wurden zugleich geografisch und betriebsintern gespalten. Ein prekärer Beschäftigungsstatus ist weiterhin die Norm für die Masse der Werktätigen. Dem entspricht, dass die Regulation des Lohnverhältnisses auf der Ebene der einzelnen Unternehmen angesiedelt ist und es an einer kollektiven und branchenübergreifenden Regulierung von Arbeits- und Sozialstandards mangelt. Der lokale Raum ist zur zentralen Arena des Managements von Arbeitsbeziehungen geworden, vergleichbar im Übrigen mit Entwicklungen in anderen Industriegesellschaften seit den 1980ern, mit der Folge einer »increased flexibility in managerial strategies in geographically segmented labour markets« (Harvey

157 Allerdings konnten in diesen individualisierten Auseinandersetzungen nur begrenzt reale Erfolge erzielt werden: »On average over the decade to 2007, employees were successful in more than 85Prozent of cases. However, while workers were successful in claims for wages amounting to CNY 6 billion in 2007, only a small portion of the total due was actually repaid to workers in 2007. Overall, enforcement to date has thus been very limited« (Herd/Koen/Reutersward 2010: 29).

158 Einige mit regimekritischen NGOs in Hongkong verbundene festlandchinesische NGOs leisten etwa in Dongguan oder Guangzhou Hilfe im Krankheitsfall, Rechtsbeistand und führen Bildungsveranstaltungen durch.

1989: 11). Das gegenwärtige System industrieller Beziehungen in China ähnelt insgesamt jedoch weniger den Korporatismen Westeuropas, als es – zumindest in einigen Produktionssegmenten – an ostasiatische Modelle des Betriebspaternalismus erinnert, die eine wirksame Betriebsgemeinschaft anstreben.

Zweitens sind durch die Zentralregierung quasikorporatistische Konsultationsmechanismen mit dem Ziel einer Konfliktregulierung eingeführt worden und es findet eine Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen statt, wobei letztere allerdings weiterhin viele weiche Regeln einschließen. Doch diese »autoritär-sozialpartnerschaftliche« Strategie greift nicht, weil die Beschäftigten im System industrieller Beziehungen und Konsultationen institutionell kaum repräsentiert sind (Butollo/Lüthje 2012). Noch ist kein genuin »gesellschaftlicher« Korporatismus festzustellen. Weil die Gewerkschaften trotz ihrer neuen Aufgabenfelder keine wirkliche Unabhängigkeit von der Staatspartei *und* den Arbeitgebern erlangt haben, tritt in China ein vierter Akteur hinzu – die von der ACFU kaum vertretene Arbeiterschaft. Es handelt sich deshalb um einen »Tripartismus mit vier Parteien«, ein zuerst von chinesischen Wissenschaftlern eingeführter Begriff, weil die Beschäftigten zwar weitgehend außerhalb der sich formalisierenden Konsultationssysteme stehen, diese jedoch durch ihre eigene Initiative und durch ihren Widerstand beeinflussen.

Drittens stand und steht die fragmentierte Repräsentation von Beschäftigteninteressen erst einmal nicht im Gegensatz zu dem an der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts interessierten Parteistaat und den lokalen, privat-öffentlichen Wirtschaftsallianzen. Bei der Überwachung von Arbeitsrechten hielt und hält sich der chinesische Staat in einer geradezu »neoliberalen« Weise vornehm zurück, wenn der ungebremste Akkumulationsfluss des Kapitals dadurch in Gefahr gerät, aufgehalten zu werden.¹⁵⁹ Zugleich ist auf diese Weise zum Beispiel im Pearl-River-Delta eine stillschweigende Übereinkunft zwischen reichen Bauern, Lokalregierungen und ausländischen Investoren entstanden, die das *Hukou*-System perpetuiert:

Large portions of agricultural land in the Pearl River Delta region have become industrial, and in most areas the land use rights still rest with the collectives, which have been actively constructing and renting out factory buildings to foreign investors for the past twenty-some

159 Ein gutes Beispiel stellen Unternehmen im Produktionsregime der flexiblen Massenproduktion dar: »Der staatliche Einfluss auf die Unternehmensführung ist bei diesen Unternehmen eher gering, da sie von staatlichen Stellen zumeist nicht als Träger strategischen Know-Hows, sondern als Montageunternehmen angesehen werden. Die zahlreichen aus Taiwan und Hongkong stammenden Unternehmen in diesem Bereich bewegen sich allerdings als »patriotische Investoren« unter einem besonderen Schutzschild lokaler und nationaler Regierungsstellen, gerade auch hinsichtlich der (Nicht-)Überwachung arbeitsrechtlicher Vorschriften« (Butollo/Lüthje 2012: 6–7).

years. Villagers, as a group, have become a rentier class. The very direct personal gains that can be made from foreign investors using migrant workers from poorer provinces contribute to the villagers' unconscionable disregard for the exploitation of the migrant workers [...]. There is an unspoken alliance between the local village governments (and the levels of government immediately above them) and foreign-invested enterprises with regard to keeping the migrant production-line workers in line. (Chan 2011: 41)

Da dem Staat unter zunehmendem Legitimationsdruck jedoch die Aufgabe einer (im Forschungsrahmen erwarteten) partiell ausgleichenden Rolle, auch gegenüber unternehmerischen Partikularinteressen, zukommt – und die Zentralregierung die Stabilität des Systems insgesamt aufrechtzuerhalten trachtet –, entsteht ein Grundproblem der Arbeits- und Sozialpolitik in China: Einerseits ist zumindest der Zentralstaat an funktionierenden Konsultationsmechanismen und einem Interessenausgleich interessiert, andererseits konstituieren »preisgünstige« Arbeitskräfte nach wie vor einen weltwirtschaftlichen Konkurrenzvorteil. Zugleich erschweren die Verbetrieblichung der industriellen Beziehungen und die Segmentierung der Produktionsregime die Normierung von Löhnen, Arbeitszeiten usw. in einem hohen Ausmaß.

Werden in jüngster Zeit Entwicklungstendenzen sichtbar, die diese fragilen Grundlagen des chinesischen Kapitalismus verändern?

3.3.4 Zwischen einem unvollständigen Korporatismus und eruptiven Sozialprotesten: Perspektiven der Arbeitsbeziehungen im chinesischen Kapitalismus

Funktionierende korporatistische Strukturen bedürfen zahlreicher institutioneller Voraussetzungen. Wie die folgende Darstellung zeigt, sind diese Voraussetzungen im staatskapitalistischen Mehrebenensystem Chinas kaum vorhanden: Weder die strukturelle Heterogenität im Arbeits- und Wirtschaftssystem noch die Praktiken und Präferenzen der Arbeitgeber und staatlichen Akteure lassen eine effiziente Regulierung des Arbeitssystems und eine »Institutionalisierung des Klassenkonflikts« in der nahen Zukunft zu.

Auf das Interesse der *Arbeitgeber* an der Konservierung des verbetrieblichten Systems der Arbeitsbeziehungen und der Niedriglöhne ist ausführlich hingewiesen worden. Zwar steigen die Qualifikationsanforderungen und es existiert partiell eine Arbeitskräfteknappheit¹⁶⁰, doch haben diese Trends bislang keine

160 Tatsächlich kommt es in bestimmten Sektoren und an einigen Orten zu einer Arbeitskräfteknappheit, zum Beispiel in den Industriesektoren einiger Küstenregionen. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass nicht alle Arbeitsmigranten an die Küste ziehen, sondern vermehrt in Großstädten ihrer Heimatprovinzen nach Arbeit suchen (CLB 2011: 9). Absolut betrachtet, ist die Quelle preisgünstiger Arbeitskräfte aus ländlichen Gegenden jedoch nicht zum

signifikanten Lohnsteigerungen und qualitative Verbesserungen der Arbeitsstandards ausgelöst (Yu 2010).

Der *Zentralstaat* hat dagegen die Absicht, einen funktionierenden Korporatismus zu etablieren. Dieses Interesse korreliert mit dem Versuch, ein Rebalancing der Wirtschaft und eine Stärkung der Binnennachfrage zu bewirken.¹⁶¹ Allerdings soll sich diese Stärkung offensichtlich in engen Grenzen halten, wie eine Analyse der Regierungspraxis zeigt. Zwischen Anspruch und Realität besteht ein Widerspruch. In den tripartistischen Konsultationskonferenzen besitzt der Staat zwar eine zentrale Rolle. Allerdings haben die Beschlüsse eine nur geringe Bindewirkung und/oder sie sind im Vergleich zu funktionierenden Korporatismen in sehr hohem Maße arbeitgeberfreundlich. Zudem begünstigen die unzähligen Konsultationskonferenzen auf lokaler Ebene die regionale Heterogenität und Fragmentierung, anstatt eine koordinierende beziehungsweise vereinheitlichende Funktion zu übernehmen.

An anderen Stellen handeln staatliche Institutionen eher in der Form reaktiver Maßnahmen und begegnen sozialen Auseinandersetzungen mit einer Kombination aus Zugeständnissen, Vermittlung, Versprechen sowie Drohungen und physischer Gewalt. Auf aufkeimende Proteste wird häufig mit Entschädigungen reagiert: Im Jahr 2008 wurde etwa ein Protest von Taxifahrern in Beijing mit einer monatlichen Extrazahlung von umgerechnet 100 Euro befriedet.

Die Zentralregierung ist zwar bemüht, ihre als »soziales Management« (*shehui guanli*) umschriebene arbeitspolitische Praxis weiter auszubauen (Schucher/Cesay 2011). Bislang zeichnete sich diese Praxis jedoch durch einen konservativen, paternalistischen Kontrollcharakter aus.¹⁶² Sie funktioniert als ein System

Versiegen gekommen, da die Landwirtschaft noch immer knapp 40 Prozent der Erwerbstätigen umfasst und sich die soziale Kluft zwischen Stadt und Land weiter vergrößert – und damit der Antrieb, die Dörfer zu verlassen. »[It] may take another decade for the share of labour in agriculture to fall to 25 Prozent. In Japan, it was only when farming employment fell to this level that the wages of people moving from farms to cities started to take off rather than remaining at a subsistence level« (Herd/Koen/Reutersward 2010: 14).

161 Dieser Umorientierung lag nicht zuletzt eine Erosion der traditionellen Basis der KPCh zugrunde: Weil Teile der im Staatssektor beschäftigten Arbeiterschaft soziale Einschnitte hinnehmen mussten, stellte dies die Legitimität der Partei infrage (Dickson 2003).

162 Der Staat hat etwa Expertenteams bestellt, um die »Probleme« der Arbeitsmigranten zu untersuchen und griff dabei auf die Government-Organized-NGOs zurück. Die Untersuchungsergebnisse wurden zu einer Grundlage der partiellen Reform des *Hukou*-Migrationskontrollregimes (Béja 2006: 66–67). Die Expertise »eingebundener« Intellektueller schränkt jedoch zugleich die Möglichkeiten autonomer Äußerungen der betroffenen Gruppen ein. »The Communist Party looks as if it is returning to nineteenth-century paternalism as it itself is developing ideas reminiscent of the ones that had emerged among Christian industrial magnates. This is especially ironic since the theoreticians of socialism, such as Marx or Proudhon, had denounced this ideology with great vehemence« (Béja 2006: 68).

der Nachsorge, das heißt eines Krisenmanagements, das vorwiegend nach dem Auftreten von Konflikten in Erscheinung tritt.¹⁶³ Mit der Reform des Arbeitsrechts möchte der Staat in erster Linie die Grundlagen dafür legen, die komplexe Arbeitswelt Chinas besser ordnen zu können und in dieser Weise unberechenbare Widerstände einzugrenzen. Die Ursache der Implementierungslücken, die Praxis der Arbeitgeber, wird damit nicht beseitigt (Friedman/Lee 2010).

Dass die zentralstaatlichen Bemühungen häufig an den divergierenden Präferenzen der *Lokalregierungen* beziehungsweise den öffentlich-privaten Wirtschaftsallianzen scheitern, ist in dieser Arbeit detailliert erläutert worden. Doch lässt sich die Halbherzigkeit der Zentralregierung nicht allein hieraus ableiten, wie beispielsweise die Frage der Reform des *Hukou*-Systems verdeutlicht. Eigentlich wäre eine Umstellung des Registrierungssystems technisch durchaus zu bewerkstelligen. Doch in der gegenwärtigen Kräftekonstellation verhindern Befürchtungen steigender Arbeitskosten und Sozialleistungen auch aufseiten der Zentrale eine grundlegende Reform:

[T]here are reasons to believe that even for the national government, maintaining a competitive edge in labour costs is crucial to China's positioning as the »world's factory« in the global economy. *Hukou* is obviously central to the current system of sustaining super-low-cost Chinese labour in the international market. (Chan/Buckingham 2008: 604)¹⁶⁴

Es besteht demzufolge ein Zielkonflikt zwischen den Versprechen nach sozialer Gerechtigkeit und den Policies, die auf den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit abzielen.

Friedman beschreibt in diesem Zusammenhang ferner das Entstehen einer »Aufruhrfalle«, die den Zentralstaat davon abhält, mit härteren Maßnahmen gegen die Implementierungslücken auf lokaler Ebene vorzugehen und eine unabhängige Vertretung von Arbeiterinteressen zuzulassen:

The one way to break this alliance [von Lokalregierungen und Unternehmen] and ensure legal compliance – opening up space for the development of a potentially coercive countervailing force at the point of production, i.e. independent worker organization – remains anathema to higher levels of the state since they fear it would threaten their monopoly on power. Hence, the conundrum of insurgency trap. (Friedman 2011: 152)

Um das von der Staatsführung anvisierte Rebalancing des Wachstums zuwege zu bringen, müssten die Reallöhne beträchtlich erhöht werden. Doch der

163 Zugleich liegen die Ausgaben zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung, das heißt der Konfliktprävention, sehr hoch (CLB 2011: 10).

164 Ein weiteres Beispiel liefert der Umgang der Zentrale mit dem Mittel der Petition. Dieses sollte eigentlich ab 2005 ausgedehnt werden, doch ist hierfür bis heute kaum ein empirischer Beleg zu finden – teilweise hat die Zentralregierung die lokalen Regierungen sogar gezwungen, das Petitionswesen einzuschränken (Schucher/Ceesay 2011: 5).

Durchsetzung dieser Erfordernisse fehlt es nach wie vor an der Mobilisierungsfähigkeit der *Gewerkschaften*. Erst eine umfassende Transformation der Gewerkschaftspraxis und -strukturen, ihrer Leitlinien sowie der Organisation der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit könnte eine derartige Kraft konstituieren.¹⁶⁵ Gibt es innerhalb der ACFTU Strömungen, die diese Vorstellung strategisch (das heißt mit all ihren möglichen Konsequenzen) durchsetzen möchten?

Es lassen sich meines Wissens hierfür nur wenige Indizien anführen: In der traditionell reformfreudigen Provinz Guangdong gibt es einige Modernisierungsbemühungen von Reformkräften innerhalb der Gewerkschaft, die mittelfristig zur Etablierung eines »vollständigen« Korporatismus beitragen könnten, weil sie ein größeres Gewicht auf die Interessenvertretung der Arbeitnehmer legen. Nach Angaben der Guangzhou Federation of Trade Unions (GZFTU) hat etwa eine vielversprechende Kampagne zur Gründung von Bauarbeitergewerkschaften in Guangzhou stattgefunden. Eine quasi gewerkschaftsfreie Branche ist hier in den letzten Jahren mit Unterstützung der Stadtregierung gewerkschaftlich organisiert worden.¹⁶⁶ Die lokalen Gewerkschaften führen regelmäßig Inspektionen durch, um den Arbeitsschutz und die Einhaltung von Verträgen zu überprüfen. Überdies sind mit der Hilfe der Gewerkschaften Schulen für Arbeitsmigranten gegründet worden. In Diskussionen und Interviews mit chinesischen Gewerkschaftlern während der Forschungsaufenthalte in China wurde deutlich, dass in diesem Segment der Industrie die Trennung von Management und Betriebsgewerkschaft auf die Tagesordnung kommen könnte. Die für die Betriebsarbeit abgeordneten und von der Baugewerkschaft in Guangzhou bezahlten Vollzeit- sowie Teilzeitkräfte werden von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt und stehen – im Unterschied zu anderen Gewerkschaftsangehörigen – in relativ engem Kontakt mit den Beschäftigten. Womöglich überträgt sich über diese Verknüpfungsstellen stärker als zuvor betrieblicher Unmut auch in die Gewerkschaftsstrukturen.

In eine verwandte Richtung weisen Argumentationsmuster einzelner Gewerkschaftsfunktionäre im Zuge des Einbruchs der Exportwirtschaft 2008/2009, in denen sie die (Entlassungs-)Politiken der Arbeitgeber nicht als ein individuel-

165 Freilich könnte etwa das historische Beispiel Deutschlands, in dem Tarifverträge zur partiellen Verlagerung der Konkurrenz zwischen den Unternehmen um die Lohnhöhe in den Bereich der Produktivitätssteigerung beziehungsweise der Innovationskonkurrenz beitragen, auch von den politischen Entscheidungsträgern herangezogen werden, um für eine radikale Reform der Arbeitsbeziehungen zu werben.

166 Nach mündlichen Angaben der GZFTU arbeiteten in Guangzhou im Jahr 2009 circa 300.000 Bauarbeiter auf über 2000 Baustellen. Ende 2009 waren bereits 60.000 Arbeiter in circa 560 betrieblichen Gewerkschaftsgliederungen organisiert.

les Fehlverhalten, sondern als »systemisches« Dilemma bezeichneten.¹⁶⁷ Aufrufe zur Stärkung des Binnenkonsums im Rahmen einer Kritik der großen Konjunkturprogramme ab 2008 erinnern an keynesianische Forderungen westeuropäischer Gewerkschaften. Der Vorsitzende der GZFTU, Chen Weiguang, votierte zudem in öffentlichen Veranstaltungen mit Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wenn auch etwas vage, für eine Ausweitung des *collective bargaining* über die bestehenden rechtlichen Grundlagen hinaus.¹⁶⁸ Auch wenn sich die reformorientierten Strömungen in der ACFTU darum bemühen, ihre Praktiken und Reformforderungen als förderliche Grundlage eines nachhaltigen Wachstums des nationalen Standorts zu bezeichnen, kündigen sich hier möglicherweise härtere Konflikte über den zukünftigen Kurs des ACFTU an.

Bis auf Weiteres verstehen sich jedoch selbst die meisten reformorientierten Gewerkschafter in der Provinz Guangdong als Vermittler von Arbeitskonflikten und nicht als Speerspitze eines gesellschaftlichen Drucks für Arbeitnehmerrechte. Solange der Druck der Belegschaften auf die Arbeit der Gewerkschaften den Druck der Unternehmen, den des Parteistaates und den organisationsinterner Beharrungstendenzen nicht aufwiegen kann, ist daher nur mit partiellen Reformen des Gewerkschaftsverbands zu rechnen. Ob die »vierte Partei« der Arbeitnehmer den notwendigen Druck für signifikante Veränderungen entwickeln kann, ist Gegenstand des folgenden Abschnitts.

Das Ende der Subordination, oder: Wird der Korporatismus von unten erzwungen?

In diesem Abschnitt werden Beschränkungen und Möglichkeiten der entstehenden Arbeiterbewegungen in China, besonders in den Küstenregionen, behandelt. Da die Zunahme an Protestbewegungen der Lohnabhängigen gewissermaßen die Spitze eines Eisberges an gestiegenen sozialen Ansprüchen und Erwartungen an würdevolle Arbeitsbedingungen verkörpern, so könnte man meinen, ebnen diese einer funktionierenden Interessenvermittlung sowie einer Steigerung des Binnenkonsums förmlich den Weg. Doch obwohl etwa eine reformorientierte Strömung in der ACFTU eine größere Unabhängigkeit und eine Stärkung gewerkschaftlicher Vertretungskompetenz in den Betrieben an-

167 Jüngst hat die ACFTU ein Pilotprogramm in zehn Provinzen aufgelegt, in dem betriebliche Gewerkschaftsfunktionäre nicht mehr durch den Arbeitgeber, sondern durch die Gewerkschaft finanziert werden (CLB 2011: 39). Ob dieses landesweit eingeführt wird, ist noch nicht abzusehen.

168 Auf dem International Symposium on Labor Relations and Labor Rights under the Global Recession in Guangzhou (7.–8.11.2009). Chen argumentierte zugleich ordnungsorientiert, indem er darauf hinwies, dass eine »bessere« Gewerkschaftsorganisation die Zahl der Arbeitskonflikte und Streiks verringern beziehungsweise präventiv unterbinden würde.

strebt und eine kleine Zahl chinesischer Experten Reformen des Systems der Lohnfindung fordert, reagieren große Teile der politischen und wirtschaftlichen Machteliten besorgt. Die sozialpolitischen Zusicherungen der Zentralregierung drohen, so wird befürchtet, allzu unrealistische Ansprüche der Arbeiter zu befördern.¹⁶⁹ Der Faktor also, der wohl mehr als andere in der Lage wäre, ein *social upgrading* einzuleiten, wird aus diesem Grund einzuhegen versucht, und eine tief greifende Reform der Gewerkschaften hinausgezögert.

Der historische Verlauf der Arbeiterproteste und -striks legt dabei erst einmal nahe, über deren *Beschränkungen* sprechen zu müssen, das heißt die Faktoren zu benennen, die verhinderten, dass der chinesische Kapitalismus bereits zu einem, von einigen Autoren erwarteten, neuen »Epizentrum« (Silver/Zhang 2009) der Arbeiterbewegung wurde. Die kapitalistische Modernisierung hat nur sehr wenig breitere, überregionale Gegenbewegungen hervorgerufen (vgl. Cai 2011). Wenn es in der Vergangenheit zu Arbeiterprotesten kam, konnten diese (mit der Ausnahme der Bewegung von 1989) meist relativ problemlos eingedämmt werden – indem sie erfolgreich isoliert, in die Kanäle rechtlicher Auseinandersetzungen gelenkt oder (etwa im Zuge der Restrukturierung der staatseigenen Betriebe) durch eine Kombination aus finanzieller Kompensation, punktuellen Disziplinarmaßnahmen gegen korrupte Manager und Repressionsmaßnahmen begrenzt wurden.¹⁷⁰ Darüber hinaus wirkten die betrieblichen Parteizellen und Gewerkschaftsgliederungen mäßigend auf entstehende Arbeiterunruhen ein.

Noch wichtiger aber sind zur Erklärung der relativ überschaubaren und erst in den 2000ern steigenden Anzahl von Protesten zwei weitere Sachverhalte: Erstens zog nicht lediglich die Segmentierung in verschiedene Produktionsregime, sondern auch die dezentrale Machtstruktur des Parteistaates eine *Dezentralisierung des Widerstands* nach sich. Ein »zellulärer Aktivismus« punktueller, voneinander isolierter Proteste entstand:

169 Tatsächlich hat etwa die Anhebung der Mindestlöhne, die mit dem Ziel einer Befriedung von Konflikten eingeführt wurden, die Erhöhung von Erwartungen der Arbeitnehmer zur Folge. Wie Holbig argumentiert, begibt sich die Zentralregierung im Rahmen ihrer arbeits- und sozialpolitischen Bemühungen »in eine stärkere Abhängigkeit von – möglicherweise volatilen – gesellschaftlichen Erwartungen. Damit setzt sie sich dem erhöhten Risiko eines Legitimationsverlustes durch den Entzug gesellschaftlicher Akzeptanz aus, falls diese Erwartungen eine unerwartete Eigendynamik entfalten und zu einer breiten Mobilisierung sozialer Proteste führen sollten« (Holbig 2005: 19; vgl. Clarke/Pringle 2009: 93).

170 In diesem Zusammenhang ist es wichtig, noch einmal festzuhalten, dass sich in der Volksrepublik öffentliche Strukturen herausgebildet haben, die zwar nicht unabhängig, aber auch nicht identisch mit dem Parteistaat sind. Im Gegensatz zum politischen Raum, den die KPCh weiterhin besetzt, hat sie im sozialen Raum Öffnungen zugelassen. Kritik wird partiell, im rudimentären Sinne von Konsultationen und Verhandlungen mit sozialen Gruppen, zugelassen.

Due to uneven local economic development and a tendency of workers to address their grievances vis-à-vis local state institutions, »cellular activism« of geographically limited, atomized protest is prevalent, not the formation of a generalized class interest. [...] Second, [...] migrant workers characteristically act only when their legal rights are being violated. Accordingly, they mostly direct their claims to the respective local governments, calling for the reinstatement of their rights. [...] Furthermore, migrant workers in most cases protest in defense of their rights, not in support of better payment or working conditions. (Butollo/ten Brink 2012: 422–423; vgl. Lee 2007: 176–194; Shen 2007: 60–62)¹⁷¹

Die Konzentration des Widerstandes auf die lokalen Regierungen gestattete es der Zentralregierung, sich im Falle eines Falles von diesen zu distanzieren: etwa durch die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen einzelne »korrupte« lokale Entscheidungsträger oder durch kritische Pressemitteilungen. Die Zentrale erschien mit anderen Worten als der tolerantere Teil des Herrschaftsapparates und konnte zuweilen sogar mit Maßnahmen gegen die »Korruption« einen Legitimationsgewinn verbuchen (Cai 2008: 417).

Zweitens existierten außerbetriebliche Faktoren, die den Protest eindämmten: insbesondere *soziale Abfederungsmechanismen* im Krisenfall. Eine Grundlage für die relativ geringe Zahl an explosiven massenhaften Sozialprotesten liegt in (dürftigen) materiellen Absicherungen der Beschäftigten. Während viele Arbeitnehmer des nordöstlichen *rustbelt* im Zuge der Restrukturierungsmaßnahmen der SOEs ab Mitte der 1990er Wohnungen in ihren Besitz überschrieben bekamen, verfügten die Arbeitsmigranten des *sunbelt* der Küstenregionen meist über ein Stück Land in ihren Heimatdörfern als soziale Rückzugsposition (Lee 2007: 23, 33, 125–130, 206–210; Chu/So 2010: 67). Arbeitsmigranten konnten und können im Falle von Entlassungen oder von drastischen Schikanen zeitweise in ihre Heimat zurückkehren und dort auf gewisse Sicherheiten zurückgreifen.

Access to land and its associated functions for the social reproduction of migrants' labor power helps reduce employers' burden to pay adequately for workers' survival and limits workers' propensity to sustain labor strife in the cities. (Lee 2007: 205; vgl. Friedman/Lee 2010: 516)

Um nicht missverstanden zu werden: Trotz dieser Beschränkungen haben die »zellulären« Arbeiterproteste, wie weiter oben belegt, einen großen Anteil daran gehabt, den Staat und die Arbeitgeber zu materiellen Zugeständnissen zu zwingen und eine normative Umorientierung der Zentralregierung (Stärkung

171 Die Heterogenität des politischen Systems führte dazu, dass Lokalregierungen mit unterschiedlichen Mitteln auf Sozialproteste reagierten und derart eine Verallgemeinerung der Unzufriedenheit verhinderten – »given that local governments assume considerable power and autonomy, there can be variation in their attitudes towards disgruntled citizens. Such variation may reduce citizens' blame of the political system (i.e., they attribute the problems to their local governments), and citizens' perceptions of the regime's legitimacy may vary across the country« (Cai 2008: 430).

der Binnennachfrage, Etablierung von Arbeitsstandards, Schaffung korporatistischer Strukturen) herbeizuführen. Ob diese jedoch genügend Kraft dafür aufbieten können, die sozial- und arbeitspolitischen Absichten der Regierung in qualitative soziale Verbesserungen zu überführen, bleibt fraglich. Obwohl diese Frage hier nicht abschließend beantwortet werden kann – schließlich liegt ihre Beantwortung in der Zukunft –, lassen sich doch einige Faktoren benennen, die den weiteren Verlauf der sozialen Auseinandersetzungen prägen werden.

Zuvorderst steht dabei, dass einige Beschäftigtengruppen im Verlaufe der Zeit wertvolle Erfahrungen sammelten, die ihre Kampffähigkeit erhöhten. »The spontaneous struggles of workers have achieved the unexpected goal of training small circles of individual activists, and from this milieu occasionally a loose or more integrated network of activists could be forged« (Au 2009; vgl. allgemein zur Frage der Klassenformierung auch: Wright 1997: 373–406). Des Weiteren kommt es in jüngster Zeit vermehrt zur regionalen beziehungsweise sektoralen Ausbreitung von Streikbewegungen¹⁷², zu offensiveren Forderungen und zu einer Radikalisierung einzelner Lohnarbeitergruppen. In einigen sozialen Kämpfen, zum Beispiel in Streiks 2007 in Shenzhen und Chengdu, forderten die Beschäftigten das Recht auf die Wahl eigener Gewerkschaftsvertreter unter dem Dachmantel der ACFTU (CLB 2009: 19–20; CLB 2011: 15–24). In anderen Fällen, vor allem in den bereits zurückliegenden Kämpfen im nordöstlichen *rustbelt*, wurde etwa 2002 in Liaoyang (Provinz Liaoning) eine Untergrundgewerkschaft gegründet, die jedoch einer Mischung aus Repression und staatlicher List zum Opfer fiel (Lam 2006: 95–96). Auf explizit politische Stellungnahmen wird in den meisten Arbeitskämpfen verzichtet.

Waren die Hoffnungen der Arbeitsmigranten bis in die 2000er in die Implementierung rechtlicher Standards und die Lokalregierungen gerichtet, bereiteten bittere Erfahrungen sowohl mit der Untätigkeit lokaler Behörden (zum Beispiel den Arbeitsverwaltungen) als auch der Begrenztheit des Arbeitsrechts den Boden für eine Radikalisierung sowie für eine Orientierung an kollektiven Kampfformen (Leung/Pun 2009: 557). Ein Fall in der Schmuckindustrie in Shenzhen, in dem es um schädliche Arbeitsbedingungen ging, belegt das. Nachdem sich das Mittel der lokalen Petition nach mehreren Versuchen als erfolglos erwies, organisierten die aktiven Arbeitnehmergruppen eine nationale Petition und weitere Proteste. Durchgesetzt wurden schließlich Kompensationszahlungen für Arbeitnehmer, die an einer Staublunge litten. Der erfolgreiche Widerstand entwickelte sich von einer betrieblichen zu einer betriebsübergreifenden Taktik

172 In diesen Fällen kam es häufig zu weitreichenden Repressionsmaßnahmen (Clarke/Pringle 2009: 90).

und von einer individualisierten zu einer kollektiven Kampfpraktik. Dabei änderte sich das Verhältnis der Arbeitnehmer zum Arbeitsrecht:

Workers no longer saw litigation as a legal procedure that could guarantee justice in and of itself. Rather than depending only on the lawyers, they now relied on their own collective social actions. Legal action was reduced to a means of workers' class struggle. Workers were aware of their agency role in bringing about social and legal change. (Leung/Pun 2009: 561)

Einen vorläufigen Höhepunkt markierte die erwähnte Streikwelle im Frühsommer 2010, die vor allem in der Automobilindustrie für erhebliche Produktionsausfälle und finanzielle Verluste sorgte. Die Wucht der Streikwelle im Sommer 2010 war Produkt des Wachstumsschubs nach dem Einbruch der Exportwirtschaft 2008/2009, in dessen Folge die Produktionsmacht einiger Beschäftigtengruppen wuchs. Weil es zugleich einen Arbeitskräftemangel in der Region des Pearl-River-Deltas gab, erhöhte das zusätzlich die Marktmacht der Arbeiter und damit die Voraussetzungen für erfolgreiche Lohnkämpfe (Butollo/Lüthje 2012: 14; vgl. CLB 2011: 14, 24, 41; Hui 2011; für eine skeptischere Perspektive vgl. Chan 2011: 47–51). Einige Arbeitgeber haben im Pearl-River-Delta auf die Streikbewegungen und die Skandale um Foxconn mit Lohnerhöhungen reagiert.

Noch die Streikwelle von 2010 reflektierte allerdings die Zerklüftung der chinesischen Wirtschaft und wies »zelluläre« Beschränkungen auf – abgesehen von wenigen Ausnahmen waren weder Unternehmen des Typus *SOE classic* noch klassische Billiglohnproduzenten, und ebenfalls nicht die großen Kontraktfertiger wie Foxconn betroffen. Gleichwohl begegneten die politischen Entscheidungsträger den Protesten kaum mit direkter Repression und sie zeigten sich kompromissbereit. Einige Reformkräfte gingen sogar noch weiter: »[U]nion officials and legislators from Guangdong began openly calling for the legalization of strikes« (Friedman 2011: 153). In Guangdong wurde daraufhin ein Gesetzentwurf zur Reform des betrieblichen Interessenausgleichs eingereicht, der stärker als zuvor kollektive Verhandlungen zwischen dem Firmenmanagement und der Betriebsgewerkschaft über die Entlohnung institutionalisieren würde. Doch bis 2012 hat nicht zuletzt der Druck von Investorenverbänden aus Hongkong die Verabschiedung des Gesetzentwurfs verhindert (CLB 2011: 36; Butollo/ten Brink 2012: 436–438).

Alles in allem stellt sich die segmentierte Arbeiterschaft Chinas dennoch als unterrepräsentierter Träger sozialer Gegenmacht heraus. Eine Produktions- und Marktmacht diverser Arbeitergruppen kontrastiert dabei mit ihrer geringen Organisationsmacht (vgl. Wright 2000: 962). Verschiedene Faktoren (wie die Inflation der Lebensmittelpreise; vgl. ADB 2011: 120) können jederzeit wieder zu sozialen Protesten führen.

Für die Frage des Aufbaus effizienter korporatistischer Strukturen bedeutet all das keineswegs eine reibungslose Zukunft. Zwar üben die Streik- und Pro-

testbewegungen einen Reformdruck aus. Doch ungeachtet einiger Zugeständnisse bleiben die grundsätzlichen Widerstände aufseiten (nicht nur) des (lokalen) Staates und der Arbeitgeber bestehen. Insofern wird eine Dynamik befördert, in der die Fragilität des chinesischen Quasi-Korporatismus eher eruptive Sozialproteste anheizt, als umgekehrt durch letztere zum wirksamen Funktionieren gebracht zu werden.

3.3.5 Zwischenfazit

Meine Untersuchung der chinesischen Arbeitsbeziehungen hat ergeben, dass die Beziehungen zwischen staatlichen Instanzen, Gewerkschaften, Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen fragmentierten, unvollständigen Korporatismus konstituieren. Es ist ein vierpoliges Kraftfeld entstanden, das eine Institutionalisierung von Konflikten erschwert und das Arbeitsrecht vielfach, wenn auch in abnehmendem Maße, als sanktionslos erscheinen lässt. Auf Betriebsebene existieren weiterhin weiche Regeln oder es herrscht gar die Regellosigkeit beispielsweise hinsichtlich von Stunden- und Monatslöhnen sowie von Arbeitskonflikten.

Die Normierung arbeitsrechtlicher Standards scheitert dabei nicht allein an der Verschiedenartigkeit industrieller Produktionsregime, sondern wird ebenso durch transnationale Unternehmen und die privat-öffentlichen Wachstumsallianzen des variierten Staatskapitalismus behindert, die an einer Aufrechterhaltung des Niedriglohnregimes interessiert bleiben. In diese Wachstumsallianzen, die mit allen Mitteln die Kapitalakkumulation beschleunigen und die Profitabilität der Unternehmen erhöhen möchten, sind jedoch nicht allein die subnationalen Regierungen, sondern ist letztlich auch die Zentralregierung integriert.

Das Grundproblem der Arbeits- und Sozialpolitik in China besteht darin, dass der Zentralregierung zwar an wirksamen Konsultationsmechanismen und einem intakten Interessenausgleich gelegen ist, sie allerdings zugleich die Konkurrenzvorteile niedriger Arbeitskosten aufrechterhalten möchte. Die arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen der (Zentral-)Regierung verkörpern daher in erster Linie Elemente eines reaktiven Managements der Arbeitsbeziehungen und sie zielen in der Regel nicht auf den als Tabuzone behandelten Produktionsbereich selbst. Kriterien der sozialen Gerechtigkeit beziehungsweise der Gleichheit spielen keine vorrangige Rolle. Weiterhin besteht überwiegend der Versuch, soziale Konflikte in das Rechtssystem zu verschieben, sie mittels Schlichtungsverfahren zu kanalisieren und den Protest insgesamt zu individualisieren. Die Führungsriege um Hu und Wen vertritt insgesamt eine Art wohlwollenden Neo-Autoritarismus, der auf begrenzte Reformen setzt, aber darüber hinaus keine Zugeständnisse an weitergehende Reformforderungen wie die grundlegende

Stärkung der ACFTU macht – von der Erlaubnis nicht offizieller politischer Parteien, Gewerkschaften und Bauernverbände sowie der Etablierung weiterer demokratischer Institutionen ganz zu schweigen.¹⁷³ Ebenfalls bleibt die nationale Staatsführung an der Persistenz des modifizierten *Hukou*-Systems interessiert – aufgrund dessen Funktion als internes Migrationskontrollregime, mit der Folge einer Fortdauer der Arbeitsmarktsegregation.

Die neue Arbeiterschaft des Landes wird an der Aufbietung von sozialer Gegenmacht gehindert. Sie soll konsumieren, nicht opponieren. Zwar existieren reformorientierte Kräfte in den Gewerkschaften, die an westlichen Modellen der Sozialpartnerschaft orientiert sind und auf eine Effizienzsteigerung des chinesischen Korporatismus mittels des aktiven Einbezugs der Belegschaften setzen. Doch dieser Umarmungsstrategie ist augenscheinlich bisher kein durchgreifender Erfolg beschieden. Aus diesem Grund bilden insbesondere die meist jungen Arbeitsmigranten eine teils unsichtbare, teils unberechenbare »vierte Partei« in den chinesischen Arbeitsbeziehungen. Deren Proteste tragen gerade deshalb ein erhebliches Konflikt- und Eskalationspotenzial in sich, weil es kein funktionierendes *collective bargaining* und keine Verhandlungssysteme gibt, die Arbeitnehmerinteressen ernsthaft berücksichtigen.

Noch stellen die Subordinierten keine akute Bedrohung des politischen Status quo dar. Zukünftig droht die Hegemonie der herrschenden staatskapitalistischen Wachstumsallianzen im Falle von Zuspitzungen sozialer Konflikte gleichwohl infrage gestellt zu werden. Dem Wirtschaftssystem fehlen gewissermaßen die Stoßdämpfer, die es zur Fortsetzung des Wachstumspfades heute mehr als früher nötig hätte. Obwohl Rebellionen zu den wichtigsten Traditionen des Reichs der Mitte gehören, bleibt offen, ob sich die Eliten dieser historischen »Erbblast« besinnen. Eines aber kann ungeachtet des tatsächlichen Auftretens umfassender Revolten mit größerer Sicherheit behauptet werden: Dass die Staatsführung ein erfolgreiches Rebalancing der Wirtschaft bewirkt, ohne signifikante Lohnerhöhungen und einen substanziellen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme zu gewährleisten, erscheint undenkbar.

173 Xu Kuangdi, ehemaliger Oberbürgermeister von Shanghai, argumentiert in einem Gespräch unverblümt, dass weitgehende demokratische Reformen den ökonomischen Fortschritt behindern, da im Falle einer Demokratisierung »die Armen den Reichen einen Teil ihres Besitzes wegnehmen möchten. [...] Wenn wir Chinesen heute andere kopieren und die Entscheidung direkten Wahlen überlassen, werden die Leute sagen: »Wir wollen, dass jeder einen guten Job hat.« Irgendwer dürfte dann verkünden: »Ich werde einen Teil des Besitzes der Reichen den Armen geben, und man wird ihn wählen. Das hat keinen Zweck: Mit Gleichmacherei löst man das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung nicht« (zitiert in: Hayes 2010: 96). Auch die Aufhebung des Medienmonopols der Partei durch unabhängige Zeitungen oder Webseiten findet keine Zustimmung, obgleich dieses durch die neuen Medien bereits objektiv geschliffen wurde.

Kapitel 4

Fazit

Der chinesische Modernisierungsprozess wurde in dieser Arbeit mithilfe eines politökonomischen Scheinwerfers beleuchtet. Abschließend lässt sich ein klareres Urteil über die Wesensmerkmale und Triebkräfte des gegenwärtigen chinesischen Systems sowie dessen dynamisch-paradoxe Entwicklungstendenzen bilden. Darüber hinaus erläutere ich Implikationen für die Kapitalismus- und Chinaforschung.

4.1 Kapitalistische Entwicklung in China

Die zeitgenössische Entwicklung in China beruht wesentlich auf Triebkräften des Kapitalismus, die auch in anderen Modernisierungsprozessen beobachtet werden können: Ein maß- und endloser Akkumulationszwang, der mit utopischen Verheißungen, individuellen Aufstiegsmotivationen und Profitorientierung verknüpft ist, hat signifikante wirtschaftliche Dynamiken befördert und den institutionellen Wandel des Landes dominiert. Die wettbewerbsgetriebene Akkumulation, das Konkurrenzdenken, kapitalistische Beschleunigungslogiken sowie der Versuch, Institutionen zu unterlaufen, haben in markt-, aber auch in nicht marktförmigen Beziehungen eine herausragende Bedeutung. Diese Momente haben die chinesische Sozialordnung permanent destabilisiert und verändert. Wie in anderen Kapitalismen auch, ist der Marktverkehr auf nichtökonomische Institutionen angewiesen, unter denen der Staat und weitere informelle Koordinationsformen eine zentrale Rolle einnehmen. Es sind des Weiteren systematisch unterscheidbare strategische Handlungskapazitäten der drei untersuchten Akteurgruppen (Unternehmen, staatliche Akteure, Arbeitnehmer) festzustellen, die aus ungleichen Ressourcenausstattungen beziehungsweise Klassenpositionen resultieren. Diese wiederum konstituieren eine grundlegende Spannung zwischen der Marktexpansion und der sozialen Kohärenz Chinas. Alles in allem hat die kapitalistische Dynamik in großem Umfang nicht-, vor- und proto-kapitalistische Institutionen in sich aufgenommen und umgestaltet.

Allerdings kann nicht bei der Feststellung stehengeblieben werden, dass die Expansion von Märkten, der Zwang zur Profitmaximierung und die damit einhergehende Verwertung der Ware Arbeitskraft auch in China einen Kern des sozialen Wandels bilden. Obwohl die beschriebenen Triebkräfte der kapitalistischen Entwicklung zur Geltung kommen, geschieht dies vielfach in eigentümlicher Weise. Die spezifischen sozioökonomischen Voraussetzungen und historischen Traditionen des Landes, seine Stellung im Weltsystem, die Auseinandersetzungen der zentralen Akteurgruppierungen usw. haben – beeinflusst durch den globalen Liberalisierungstrend in der Phase nach den 1970ern – eine Spielart des Kapitalismus hervorgebracht, die ich in Ermangelung eines passenderen Begriffs als variierte Form eines wettbewerbsgetriebenen, staatlich durchdrungenen Kapitalismus bezeichne. Dabei besaßen diverse strategische Projekte der politischen Machteliten sowie der privat-öffentlichen lokalen Wachstumsallianzen eine strukturbildende Kraft, die sich vor dem Hintergrund von ökonomischer Unterentwicklung und nur punktuell auftretender sozialer Gegenbewegungen beziehungsweise deren Unterdrückung in eine rücksichtslose Form der kapitalistischen Modernisierung übersetzte. Der »Sino-Marxismus« erzielte im Rückbezug auf historische Traditionen, weit mehr jedoch im Einbezug moderner Institutionen und in enger Verbindung mit in- und ausländischen Privatunternehmen (teilweise in der Form einer stillschweigenden Übereinkunft) eine Modernisierung, die eine eigentümliche Variante der kapitalistischen Entwicklung begründete.

Doch steht dem Begriff des staatlich durchdrungenen Kapitalismus nicht die Wirklichkeit einer intern zergliederten Wirtschaft in China entgegen, wie Chinaforscher (vgl. Tsai 2007: 150–166, 197–199) argumentieren, die gewissermaßen gleichzeitig verschiedene Spielarten des Kapitalismus in China identifizieren? Dieser empirischen Feststellung halte ich entgegen, dass sie nicht umstandslos theoretisch generalisiert werden kann. Wie erwähnt, sind nationale kapitalistische Systeme immer unvollständig integriert, verkörpern eine institutionelle Bricolage und bilden keine übergreifende, fortwährende Beständigkeit aus. Häufig hilft es jedoch zu klären, ob bestimmte Facetten des jeweiligen Systems eine dominante Rolle für die Gesamtentwicklung spielen und ob diese für eine *Einheit in der Vielfalt* stehen. Tatsächlich bilden, so mein Befund, staatskapitalistische Formen ein übergreifendes Moment der chinesischen Wirtschaftsentwicklung. Ein solcher *variegated state-permeated capitalism* ist über den permanenten Einfluss staatlicher Interventionen in der Wirtschaft hinaus durch eine herausragende Rolle staatszentrierter Leitbilder gekennzeichnet. Im Gegensatz zu den Liberalisierungsprojekten in kapitalistischen Demokratien und jüngst den unfreiwillig vollzogenen massiven Staatseingriffen hat es die Forschung in China mit Projekten zu tun, die trotz interner Liberalisierungs- und Vermarktlichungstendenzen sehr bewusst auf die makropolitische Steuerung

orientieren.¹ Auf diese Weise wurde ein heterogenes Ensemble von Unternehmenstypen und Produktionsregimen gewissermaßen in ein staatskapitalistisches Dispositiv eingebunden. In diesem erscheinen enge privat-öffentliche Koordinationsbeziehungen zentral – im Unterschied etwa zu Kapitalismen, in denen die Marktkoordination (USA), die »strategische« Koordination über Verbände (BRD) oder die Abhängigkeit gegenüber multinationalen Netzwerken (zum Beispiel in Teilen Osteuropas) dominanter ist. Folglich konnten in dieser Arbeit Dimensionen des chinesischen Kapitalismus analysiert werden, die auf den Aspekt der Vielfalt rekurrieren, ohne deren verbindende beziehungsweise überlagernde Elemente zu vernachlässigen.

Zentraler, wenn auch nicht einziger historischer Ausgangspunkt der Untersuchung bildete das Ende der Kulturrevolution. Die hiermit verbundene schwere Krise lieferte wichtige Impulse für den Ende der 1970er einsetzenden Reformprozess, ohne dass dieser jedoch einen vollständigen Bruch mit der Phase des klassischen Maoismus verkörperte. Entgegen dem Erklärungsversuch eines linearen Wechsels von der Plan- zur Marktwirtschaft, der häufig als systematischer Bruch gedacht wird, fand ein Übergang von einer Form der nationalen Modernisierung, die bereits kapitalistische Mechanismen imitierte (»Proto-Kapitalismus«), zu einer neuartigen Variante der kapitalistischen Modernisierung statt. Die chinesische Machelite war demnach weitaus besser auf den Übergang in (auch privat-)kapitalistische Verkehrsformen »vorbereitet«, als dies das noch immer in der Forschung verbreitete Argument einer »kommunistischen«, »nicht-« oder »nachkapitalistischen« Entwicklungslogik unter Mao suggeriert.

Über die Bedeutung maoistisch-proto-kapitalistischer Institutionen und der auf eine nationale ökonomische Entwicklung zielenden Machelite hinaus existierten zugleich weitere günstige Bedingungen für Prozesse der kapitalistischen Entwicklung und des graduellen institutionellen Wandels. Als vorteilhafte Voraussetzungen – auch gegenüber anderen Entwicklungs- und Schwellenländern – für den nach ökonomischen Kriterien erfolgreichen Wachstumspfad ab Ende der 1970er stellten sich folgende Faktoren heraus: das im Vergleich etwa zur Sowjetunion weniger dezentralisierte System der Kommandowirtschaft (das

1 Welche Bedeutung dem staatlichen Handeln normativ beigemessen wird, unterscheidet sich in unterschiedlichen Kapitalismusvarianten deutlich. Block hat dies jüngst mit Blick auf einen »verborgenen« Entwicklungsstaat in den USA nachgewiesen (Block 2008). Der in den Vereinigten Staaten vorherrschende »market fundamentalism« wird realiter durch Entwicklungspolitik konterkariert, die es nachvollziehbar erscheinen lassen, von einem »hidden developmental network state« zu sprechen, der insbesondere auf den subnationalen Ebenen zur Förderung neuer Technologien beiträgt (Block 2008: 171–174, 188–193). In der Volksrepublik China dagegen wird die Leitungs- und Steuerungsfunktion des Staates bewusst nicht »versteckt«, sondern geradezu proklamiert.

realiter als Plan-Anarchie funktionierte und somit Konkurrenzbeziehungen bereits einbegriff), das niedrige Niveau der Industrialisierung dieses Spätentwicklers, das schier unerschöpfliche Heer an preisgünstigen und vergleichsweise gut ausgebildeten Arbeitskräften sowie die Existenz einer modernen Sozialbeziehungsweise Klassenstruktur und ein vergleichsweise funktions- und adaptionsfähiges politisches System. Landesintern hatten die maoistischen Landreformen zur Beseitigung unproduktiver, feudaler Schichten beigetragen. Jenseits der Landesgrenzen erwiesen sich die ostasiatischen Entwicklungsstaaten einerseits in den 1970ern als neue Leitbilder der Modernisierung. Andererseits ließ die globale Krise des Staatsinterventionismus eine Reihe weiterer Optionen in den Gesichtskreis der Machteliten (das heißt auch und gerade ihres technokratischen Flügels) und neuer politischer sowie privater Entrepreneurere treten: Chinas Variante der Liberalisierung reiht sich insofern in einen globalen Umbruch ein, obgleich sich die Umstrukturierung in spezifischer Weise vollzog.

Im Gefolge der Krise des klassischen Maoismus und geänderter weltwirtschaftlicher sowie geopolitischer Konstellationen entwickelten kapitalistische Triebkräfte in China eine enorme und unvorhergesehene Eigendynamik, die ich von den 1980ern bis in die 2000er (Kapitel 2) und schließlich mit einem Fokus auf die Jahre 2008 bis 2011 (Kapitel 3) ausführlich rekonstruiert habe. Im Folgenden fasse ich die wesentlichen Dimensionen des Kapitalismus in China noch einmal zusammen. Während ich nun, entlang der Bereiche Unternehmensbeziehungen (1), Arbeitsbeziehungen (2), Staat und weiterer nichtökonomischer Institutionen (3) sowie der internationalen Einbettung Chinas (4) auch jeweils bereicherspezifische Zweckdienlichkeiten hinsichtlich einer ökonomischen Effizienz- beziehungsweise Ertragssteigerung nenne, wende ich mich im nächsten Abschnitt vor allem den Paradoxien des chinesischen Kapitalismus zu.²

(1) *Unternehmensbeziehungen*. In der Arbeit sind vorrangige Merkmale und zentrale Antriebskräfte in der historischen Evolution der chinesischen Volkswirtschaft benannt worden. Im Unterschied zu älteren Vorstellungen eines Staatskapitalismus, in denen dieser als Synonym für eine Kommandowirtschaft galt, verkörpert die wirtschaftliche Organisation Chinas gegenwärtig insgesamt eine *mixed economy*, in der Wettbewerbsprinzipien sektorenübergreifend und über verschiedene Eigentumsformen hinweg herrschen. Einige Leitsektoren der Wirtschaft werden zwar weiterhin von staatseigenen Unternehmen beziehungsweise Unter-

² Ich habe das Finanzsystem in Kapitel 1 und 2 als eine von fünf zentralen Dimensionen kapitalistischer Systeme gesondert dargestellt. Im Folgenden werden Aspekte des Finanzsystems vor allem in den Bereich der Unternehmensbeziehungen und den des Staates, ähnlich wie bereits in Kapitel 3, integriert.

nehmensgruppen kontrolliert, doch koexistieren diese mit Privatkonzernen, die mittlerweile – inländische und ausländische Unternehmen zusammengenommen – rund zwei Drittel des wirtschaftlichen Wachstums erbringen.³

Es ist dabei in Erinnerung zu rufen, dass eine Entgegenstellung von privaten und staatlichen Akteuren keine hinreichende Erklärungskraft für die Dynamiken des Unternehmenssektors bietet, sondern hierfür die Interdependenzen zwischen privaten und staatlichen Akteuren herangezogen werden müssen. Jene heterogenen, als *privat-öffentliche Wirtschaftsregime* bezeichneten und im Forschungsrahmen als Herrschaftsverbände klassifizierten Allianzen schufen ein dynamisches Setting für rentable Investitionen und trugen damit gleichzeitig zur relativen Stabilität des soziopolitischen Status quo bei – ein Faktor, der, gerade in Anbetracht der intern desintegrierten Sozialbeziehungen anderer Schwellenländer, nicht unterschätzt werden darf.

Im Unterschied zu Theorien, in denen enge privat-öffentliche Verknüpfungen und überhaupt ein Übermaß an Staatsintervention Praktiken verkörpern, die den chinesischen Entwicklungstypus destabilisieren und die ihn von einem »förderlichen« privat-unternehmerischen Kapitalismus unterscheiden (Huang 2008), bilden enge Verbindungen zum Staat in der hier vorgetragenen Analyse geradezu unerlässliche Grundlagen der Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen. So besitzen staatliche Institutionen einen entscheidenden Anteil nicht nur bei der Reproduktion der Wertschöpfung, sondern auch bei der ökonomischen Effizienzsteigerung im Dienste einer maß- und endlosen Akkumulation des (nunmehr privaten wie öffentlichen) Kapitals. Alles in allem überwiegen – um ein wichtiges Unterscheidungskriterium der Vergleichenden Politischen Ökonomie zu nennen – die privat-öffentlichen Wachstumsallianzen die Bedeutung privater horizontaler Kooperationen zwischen Unternehmen. In der Sprache der VPÖ zeitigte somit ein auf den ersten Blick inkohärent erscheinendes Setting dennoch institutionelle Komplementaritäten, das heißt produktive Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung.

Als bereichsspezifische Zweckdienlichkeiten lassen sich im Unternehmenssektor folgende Punkte formulieren. Erstens haben sich die umfassenden *Konkurrenzwänge* als entscheidende Motoren des Wandels herausgestellt und überlagern auch etwa die Bedeutung der Privatisierungsprozesse. Nicht erst seit dem WTO-Beitritt im Jahr 2001, der die einheimischen Unternehmen unter verstärkten Wettbewerbsdruck setzte, sind die Unternehmen der wettbewerbsgetriebenen Akkumulation unterworfen, weshalb die wirtschaftliche Entwicklung auch

3 Auch andere staatlich durchgedrungene Kapitalismen der Gegenwart dürfen nicht einfach als Neuaufgaben einer Kommandowirtschaft betrachtet werden (McNally 2011; May/Nölke/ten Brink 2013).

durch die Zentralregierung nicht umfassend geplant werden kann. Auf dem chinesischen Binnenmarkt schlägt eine anarchische Wettbewerbsdynamik durch, die eine Reihe von Ökonomen gewissermaßen frohlocken lässt (vgl. Holz 2008: 1683). Ebenso finden die Wettbewerbsimperative in den »strategischen« staatseigenen Unternehmen, wenn auch bisweilen in einem geringeren Ausmaß, einen Widerhall. Um dies ein letztes Mal zu illustrieren: Im Unterschied zum ursprünglichen Plan der Zentralregierung, der eine hochgradig zentralisierte, staatlich dominierte Automobilindustrie vorsah, kam es zu einem Dezentrierungsprozess. Die größten staatlichen Hersteller wie SAIC (Shanghai Automotive Industries Corporation) und FAW (First Automotive Works) haben seit 2000 Marktanteile an andere in- und ausländische (Privat-)Unternehmen verloren (Wedeman 2011: 72–73). Die regionalen/lokalen Regierungen arbeiteten gegen die Zentrale, indem sie die Vorgaben umgingen, lokale Produzenten förderten und diese etwa in Joint Ventures mit ausländischen Automobilkonzernen an Weltmarktstandards gewöhnten (Thun 2004).⁴

Zweitens erlaubt es die Größe und Heterogenität des Landes den wirtschaftlichen Akteuren, von *ungleichen Akkumulationsbedingungen und Arbeitssystemen* zu profitieren und

[to] move from region to region to find the most supportive government officials for their private firms, which in turn motivates officials to lend »helping hands« rather than »grabbing hands« in the provision of public goods or services (e.g., granting of licenses to start-up firms), or else there will be an outflow of profitable private businesses from the region. (Allen et al. 2011: 44–45)

Aus den ungleichen Bedingungen ziehen in- und ausländische, private wie staats-eigene Firmen ihren Nutzen. Die heterogenen Entwicklungsniveaus des Landes ebnen darüber hinaus einem internen Standortwettbewerb den Weg, indem subnationale Regierungen mithilfe gezielter Industrie- und Steuerpolitiken auf den Wettbewerb anderer Regionen reagieren.

Drittens konnte das chinesische Finanzsystem trotz einiger Bankenkrisen insgesamt eine erfolgreiche *Kreditallokation* gewährleisten. Einerseits übte der Staat über den dominanten Bankensektor eine Lenkungsfunktion aus, der besonders staatseigenen Unternehmen und strategischen Industrien zum Vorteil gereichte. Andererseits konnte auch die Bedeutungszunahme der Kapitalmärkte, in der

4 Die Verschärfung des Wettbewerbs, im Modus der Unterbietungskonkurrenz, wurde dabei ergänzt durch eine regionale Diversifizierung der Allianzen – »because most automakers were now operating in multiple provinces, they had incentives to form alliances with multiple governments« (Wedeman 2011: 75). Zugleich betrieb das erfolgreiche Unternehmen Geely ein Lobbying mit dem Ergebnis, als erster einheimischer privater Autoproduzent genehmigt zu werden und diese Weise den institutionellen Wandel anzutreiben (Kennedy 2011c: 113).

zweiten Phase der Reformen, das investitionsgetriebene Wachstumsregime stützen. »China has managed to create a sustainable Schumpeterian-Keynesian credit-investment-income-creation process, which has led to economic prosperity« (Herr 2011: 25). Zusätzlich haben sich informelle Kreditbeziehungen, die nicht dem westlichen Standard entsprechen und daher häufig in die Kritik geraten, als institutionell kompatibel erwiesen – besonders bei der Kapitalbeschaffung zur Finanzierung privater Investitionen.

Schließlich hat, viertens, der *Schumpeter'sche Unternehmer* eine signifikante Bedeutung erlangt: von den regelverletzenden Praxen der frühen De-facto-Privatunternehmer (»wearing a red hat«), über die »patriotischen« auslandschinesischen Investoren bis hin zu risikobereiten festlandchinesischen Unternehmern diverser Provenienz – vom ehemaligen Manager eines Staatskonzerns, der heute einen international wettbewerbsfähigen Konzern führt, über den lokalen Regierungsbeamten bis hin zum *Start-up*- beziehungsweise *Venture*-Kapitalisten. Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass der ökonomische Erfolg dieser völlig auf die Verfolgung begrenzter Einzelinteressen fokussierten Entrepreneur*innen allerdings erst in Verbindung zu ihrer weiteren institutionellen Einbettung angemessen zu verstehen ist. Die Wirklichkeit einer staatskapitalistischen Unternehmenskultur wird durch die Formel eines chinesischen Privatunternehmers auf den Punkt gebracht: »Unternehmer müssen in China Politiker sein; wenn sie es nicht verstehen, politisch zu sein, scheitern sie« (zitiert in: Heberer 2002: 25).

(2) *Arbeitsbeziehungen*. Eine erhebliche Herausforderung der Reformperiode stellte angesichts grundlegender Veränderungen im System von Arbeit und sozialer Sicherung, welche umfassende Kommodifizierungs- und Prekarisierungsprozesse nach sich zogen, die Gewährleistung der sozialen Integration dar.

Ein wesentliches Merkmal des uneinheitlichen, verschiedenartige Produktionsregime umfassenden chinesischen Arbeitssystems ist die Bildung eines vierpoligen Kraftfeldes zwischen den verantwortlichen staatlichen Institutionen, den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern. Es ist ein fragmentierter und unvollständiger Korporatismus entstanden. Weil die Gewerkschaft ACFTU bislang keine tatsächliche Unabhängigkeit von der Staatspartei und den Arbeitgebern erlangt hat, bleiben die Beschäftigten unterrepräsentiert. Eine paradoxe Konsequenz dieser Entwicklung, die insbesondere die Arbeitsmigranten betrifft, ist die Tatsache, dass inmitten des von außen häufig als geordnet beziehungsweise »kollektivistisch« erscheinenden Systems gewissermaßen eine Assimilation an eine neoliberale Utopie erzielt wurde: »The Party state has created a rough approximation of the neoliberal ideal whereby a disorganized mass of individuals is forced to confront the hegemonic power of state and capital as individuals« (Friedman/Lee 2010: 530).

Zwar drängt der Staat vor dem Hintergrund wachsender Arbeiterkämpfe auf eine umfassende Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen – die Rücknahme direkter beziehungsweise imperativer staatlicher Eingriffe auf der Produktionsebene ging im Reformverlauf mit einer Tendenz zu einer vermittelteren politischen Einflussnahme einher – und er zielt auf die Bildung von wirksamen korporatistischen Arrangements. Doch erweisen sich die gesetzlichen Standards vielfach als sanktionslos und die korporatistischen Institutionen als unvollständig, weil die Interessen der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaft kaum oder nicht vertreten werden. Die Regulation des Lohnverhältnisses ist überdies auf der Ebene der einzelnen Unternehmen konzentriert. Wirksame kollektive und branchenübergreifende Regulierungen von Arbeits- und Sozialstandards fehlen weitgehend. Weiche Regeln und teilweise Regellosigkeit prägen das betriebliche Arbeitssystem weiterhin.

Alles in allem zogen die Arbeitgeber aus der Segregation und Prekarisierung der Arbeiterschaft – nicht allein in Produktionsregimen, in denen vorwiegend niedrig qualifizierte Arbeit nachgefragt wird – erhebliche Vorteile.

(3) *Der Staat und weitere nichtökonomische Institutionen.* Die chinesische Reformwende ab den 1970ern wird in dieser Arbeit nicht als umfassender Bruch mit der Vergangenheit interpretiert, sondern als gradueller und im Ergebnis tief greifender Umstrukturierungsprozess. In diese Perspektive ist insbesondere die Transformation des Parteistaates von der letzten Phase der maoistischen Entwicklungsdiktatur bis hin zu einer autoritären handlungsfähigen Agentur zur Förderung der wirtschaftlichen Modernisierung einzuordnen.

Im Reformverlauf beförderten die übergreifenden Prozesse der Marktexpansion die Etablierung eines wettbewerbsgetriebenen Mehrebenensystems (auf horizontaler sowie vertikaler Ebene) und Dezentralisierungstendenzen. Doch die Zentralregierung und die Staatspartei konnten ihre Macht reproduzieren: über eine Kontrolle essenzieller Ressourcen beziehungsweise Reservekapazitäten (unter anderem Steuereinnahmen, Land und Boden, Gewaltapparate), über den Einfluss auf das Finanzsystem (welches indes Räume für informelle Kreditbeziehungen ließ) und auf staatseigene und private Unternehmen⁵ sowie mithilfe von indikativen Plan-Politiken. War der Zentralstaat in der ersten Reformphase noch tendenziell »reaktiv« in Erscheinung getreten, was einen Einflussverlust zur Folge hatte, konnten in der zweiten Phase ab den 1990ern im Rahmen einer proaktiven Haltung größere Handlungsspielräume für die Zen-

⁵ Im Allgemeinen gilt, so der Befund: Je größer das Unternehmen, desto eher ist der Staat an einer engen Beziehung interessiert, auch wenn es sich um ein formalrechtlich privates Unternehmen handelt.

tralregierung geschaffen werden. In ihr sind neue Regulierungsaufgaben verankert worden, die dem Ziel einer *Ordnung der Märkte* unterstellt wurden. Der Staat schafft derart die Rahmenbedingungen, unter denen der private Entrepreneur, der Manager eines SOE oder eines FIE, aber auch der marktorientierte Staatsfunktionär agieren. Erst in diesem weiteren Sinne des Versuchs der Vereinigung unternehmerischer Schöpferkraft und staatlicher Handlungskapazitäten kann hinreichend von einem, gleichsam wettbewerbsgetriebenen und intern heterogenen, staatlich durchdrungenen Kapitalismus gesprochen werden. Ähnlich wie in der Transformation und Reterritorialisierung des Staates in OECD-Ländern mobilisierte der Parteistaat dabei den Wettkampf der Regionen. Und ebenfalls ging dies mit diversen Einschnitten in den redistributiven Aufgabenbereichen des Staates beziehungsweise staatseigener Betriebe einher.

Insbesondere die Praxis der subnationalen Vollzugsebenen kann dabei als ein Gegenteil zum international beobachteten Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten gelesen werden. In der Form lokaler Wachstumskoalitionen zwischen politischen Funktionsträgern und in- beziehungsweise ausländischen Unternehmen, flankiert von informellen *Guanxi*-Netzwerken, hat sich ein staatskapitalistisches Machtgeflecht herausgebildet. Obgleich letzteres aufgrund seiner Heterogenität fragmentiert ist und es punktuell zu Störungen in den privat-öffentlichen Wachstumsallianzen des chinesischen Kapitalismus kommt, funktionieren diese Allianzen – die keinerlei Partizipationsrechte der arbeitenden Bevölkerung vorsehen – im Interesse einer maß- und endlosen Kapitalakkumulation. Es kann daher nicht verwundern, wenn selbst (im Westen häufig als antistaatlich klassifizierte) Vertreter des *venture capital* in der Volksrepublik auf die Frage nach der Notwendigkeit eines Systemwandels unverblümt verlaublichen: »Keep It Red« (Li 2010). Bei aller Heterogenität der industriellen Produktionsregime und der institutionellen Bricolage in unterschiedlichen Landesteilen hat sich die durch das kapitalistische Handeln der verantwortlichen staatlichen Institutionen garantierte Einheit in der Vielfalt als förderliche Grundlage des wirtschaftlichen Wachstums erwiesen.

Dabei traten die Netze aus Unternehmen und subnationalen politischen Instanzen im Reformverlauf in einen Wettbewerb mit anderen Allianzen. Ein Setting bildete sich heraus, das als ein funktionales Äquivalent eines harten Budgetzwangs verstanden werden sollte: Lokale politische Entscheidungsträger sowie Manager staatlicher Unternehmen und Manager beziehungsweise Eigentümer halbstaatlicher Unternehmen entwickelten fortan ein privaten Eigentümern ähnelndes wirtschaftliches Verhalten. Maßgebend war dabei nicht ihr rechtlicher Status beziehungsweise ihre institutionelle Form – also etwa die eines »politischen« Akteurs –, sondern ihre faktische (Unternehmer-)Funktion. Stilisierte, einander entgegengesetzte Vorstellungen von Privat- und Staatsunternehmen

tragen insofern wenig zur Klärung bei.⁶ Vielmehr muss der weitere institutionelle Rahmen, unter dem Akteure agieren – in diesem Fall unter anderem ein hoher Konkurrenzdruck und das Interesse der lokalen politischen Entscheidungsträger an einer gelingenden Kapitalakkumulation – in die Rechnung einbezogen werden.

Jenseits dieser Feststellungen lassen sich weitere Transformationen der Staatlichkeit in China nachweisen. Was zu Beginn der Reformära in der Gestalt eines vorsichtigen *trial and error* und von begrenzten Regelverletzungen auftrat, hat sich in den 1990ern zu einer gezielten Förderung von Marktprozessen und des privaten Unternehmertums fortgebildet.⁷ Dabei entwickelte der zentrale Staats- und Parteiapparat, in dessen Zentren sich relativ homogene technokratische Machteliten befinden, die Fähigkeit fort, positive lokale Erfahrungen landesweit zu verallgemeinern. Durch die Mittel der Fiskal- und Geldpolitik, durch indikative und nur noch in begrenztem Umfang imperative Planungsmethoden ordnet der Staat die Märkte, anstatt sie zu begrenzen – indem die Regierung etwa staatseigene Unternehmen einem regulierten Wettbewerb aussetzt. Dass diese Ordnung des Markts nur partiell gelingt und die wirtschaftliche Entwicklung nicht in einem übergreifenden Sinne geplant ist, das heißt, eher sektorale Re-Regulierungen vorgenommen werden, als den Liberalisierungstrend im Ganzen zurückzudrängen, ist wiederum Ausdruck der bereits erreichten Durchgriffstiefe des Marktverkehrs, in dem die Plan-Politiken selbst Teil »of the adaptation of individual government agencies and firms to the continuously evolving signals of the market economy« geworden sind (Naughton 2011b: 81).

Der autoritäre Staat zielt darüber hinaus darauf ab, die Herrschaft *mittels* des Rechts – nicht zu verwechseln mit der Herrschaft *des* Rechts, in der dieses

6 Genauso wenig wie die Annahme eines vollkommenen Wettbewerbs in neoklassischen Ansätzen: Weiche Budgetbeschränkungen sind nämlich auch in »liberalen« Varianten des Kapitalismus vorzufinden. Staatliche Institutionen treten in Krisensituationen eine Schulden- beziehungsweise Haftungsübernahme an. Jüngst hat sich dies in der Problematik des »too big to fail« bestätigt. Unternehmen wurden vor der Insolvenz bewahrt, weil staatliche Instanzen diesen eine »systemische« Relevanz attestierten.

7 Die riskante und über Umwege beziehungsweise Prozesse der institutionellen Überlagerung induzierte Etablierung des Privateigentums trägt, das soll hier noch einmal wiederholt werden, einem originären Interesse der Bürokratie Rechnung, dem ebenfalls theoretisch Rechnung getragen werden sollte: »[It has] to do with the material interests of this [...] bureaucracy. If there is any continuity between Mao's China and Deng's/post-Deng's China, it is less the continuity of a »socialist tradition« but more the privileges of the bureaucracy as represented by the CCP: what ism: it believes is always of secondary importance; what is paramount is its monopoly of political power. And as time went by the party became more and more conscious of the fact that without the introduction of the right to private property there was always the risk that its monopoly on political power to distribute social surplus would not pass down to its children« (Au 2011: 7).

idealerweise unabhängig von der Regierungssicht Anwendung finden würde – aufrechtzuerhalten. Exemplarisch wurde das im Feld der Arbeitsbeziehungen gezeigt. Unterdessen lässt der Staat verbandliche Teilautonomien und Räume zu, die nicht durch den zentralen Regierungsapparat kontrolliert werden. In diesem Zusammenhang sind allerdings nicht automatisch autonome zivilgesellschaftliche Räume entstanden, sondern eher autoritäre Netzwerkgemeinschaften zwischen politischen und privaten Akteuren. Im Gegensatz zu liberaldemokratisch verfassten Kapitalismen hat sich in China eine eigentümliche Pluralisierung der Machteliten mit Wurzeln in der Mao-Ära und davor fortentwickelt.

Die KPCh verfügt indessen, trotz zahlreicher Alterserscheinungen und einiger Legitimationseinbußen, über ein intaktes Herrschaftsmonopol. Sie war und ist, ungeachtet parteiinterner Konflikte, nicht Bremsklotz, sondern Instrument der Reformpolitik. Die gezielten Kampagnen der Staatspartei werden nach wie vor als eine beträchtliche politische Reservekapazität bewertet. Der Herrschaftslegitimation des »Sino-Marxismus« eigen ist der Synkretismus, das heißt die Verbindung verschiedener Denktraditionen, selbst vorgeblich antikapitalistischer, zu einem pragmatischen Kanon, der als ein nicht westliches Programm der kapitalistischen Modernisierung bezeichnet werden kann. In diesem fließt eine Philosophie des Staatsinterventionismus und der Produktivkraftentwicklung mit einem, teils aus dem Konfuzianismus abgeleiteten, sozialpartnerschaftlichen Harmoniedenken und nationalistischen Diskursen zusammen.

Insgesamt konnte der durch dynamische Marktkräfte bestimmte Modernisierungsprozess Chinas bislang weitgehend unhinterfragt im Interesse der herrschenden Allianz aus wirtschaftlichen und politischen Eliten gesteuert werden. Als zweckdienlich im Sinne einer ökonomischen Effizienzsteigerung erwiesen sich dabei insbesondere das wirtschaftspolitische Krisenmanagement und die Adaptionenfähigkeiten in der Entwicklungsplanung – in der im Unterschied zu anderen historischen Entwicklungsstaaten in Ostasien auf Grundlage unterschiedlicher Voraussetzungen agiert werden musste, etwa was die umfassendere Öffnung der Wirtschaft für ausländische Investoren anbetrifft. In der Tat ist – in einer zweckrational-instrumentellen Perspektive wohlgermerkt – das politische System Chinas in den verschiedenen Phasen der Reform im Sinne eines »institutional learning« und durch Prozesse der institutionellen Überlagerung effektiv reorganisiert worden. Zugleich sind die Formen des Regierens angepasst worden. In den eigentümlichen Politikzyklen des chinesischen Staatskapitalismus – in denen bindende Vorgaben, vertragliche sowie informelle Abmachungen, Prozesse der Imitation und vor allem indikative Lenkungsmethoden zusammenlaufen – treten die heterarchische, netzwerkartige Aushandlung und die Marktvermittlung an die Seite der hierarchischen Verordnung.

(4) *Internationale Einbettung*. Darauf, dass die im internationalen Vergleich über einen langen Zeitraum währenden, sehr hohen BIP-Wachstumsraten Chinas als eine Ausnahme zu werten sind, hat die historische Rekonstruktion der weltwirtschaftlichen und -politischen Einbettung des Landes verwiesen. Die Arbeit bringt dabei einen vernachlässigten Erklärungsfaktor ins Spiel: Ohne einen Einbezug der günstigen weltwirtschaftlichen und ostasiatischen Gelegenheitskonstellationen seit den 1970ern ist eine überzeugende Erklärung für das ungewöhnlich lange Wachstum nicht möglich. Im Gegenteil: Eine Analyse, die den externen Ursachen der wirtschaftlichen Dynamik nicht oder nur begrenzt Rechnung trägt, läuft Gefahr, einseitig zu verallgemeinern und entweder eine verkürzte liberale Erfolgsgeschichte der Vermarktlichung zu erzählen oder eine staatszentrierte Perspektive einzunehmen, in der der chinesische Leviathan zum omnipotenten, vorausschauenden Lenker der Wirtschaft hypostasiert wird.

Die Entstehung des arbeitsintensiven Exportregimes der Volksrepublik seit den 1980ern fiel in eine Phase der extensiven globalen Freihandelspolitik und einer neuen internationalen Arbeitsteilung. Die hiermit verbundenen Umstrukturierungen stellten für das chinesische Festland, umgeben von den dynamischen Volkswirtschaften Ostasiens und innovativen exilchinesischen Unternehmensgruppen, günstige Ausgangsbedingungen der Öffnungspolitik dar. In den darauffolgenden Jahrzehnten konnte die Volkswirtschaft zudem von einer fortgeschrittenen Transnationalisierung der Produktion und einer Wachstumsschwäche beziehungsweise Überakkumulation des Kapitals in den alten Zentren des globalen Kapitalismus, inklusive Japans, profitieren. Die ausländischen Investitionen beförderten die innere wirtschaftliche Dynamik und das technologische Upgrading, sie unterfütterten (über Steuereinnahmen) die Steuerkapazitäten der staatlichen Institutionen und ließen chinesische Produzenten über die transnationalen Waren- und Wertschöpfungsketten an den Nachfragepotenzialen des Nordens teilhaben. Es war auch und gerade der Konsumnachfrage in den größten OECD-Wirtschaften geschuldet, dass die chinesische Wirtschaft seit den 1990ern keinen ernsthaften Einbruch erlitten hat. Insgesamt haben die ökonomische Öffnung und die Einbettung in globale Wertschöpfungsketten im Unterschied zu den historischen Erfahrungen anderer Entwicklungs- und Schwellenländer nicht zu Einschränkungen der politischen Handlungsspielräume der Volksrepublik geführt. Dies ebnete einer Vergrößerung der Machtkapazitäten des chinesischen Staats den Weg, der unter anderem die Marktzugangskriterien kontrolliert, aber auch außen(-wirtschafts-)politisch zunehmend selbstbewusster agiert.⁸

8 Die globalen Konsequenzen dieser Entwicklungen lassen sich wie folgt kursorisch zusammenfassen: Die Unternehmen der entwickelten Volkswirtschaften schaffen sich vor dem Hinter-

Um den neuen chinesischen Kapitalismus im Ganzen kennzeichnen zu können, müssen demzufolge die Evolution des China Circle und die sukzessiv umfassender werdende Weltmarktintegration berücksichtigt werden. Chinas variegierter Kapitalismus ist weitgehend, das heißt nicht mehr allein in den Küstenregionen, in transnationale Wirtschaftsnetze eingebunden – häufig als untergeordneter Teil der Markenfirmen, die ihre Produkte in China montieren lassen – und damit abhängig von patriotischen exilchinesischen und anderen ausländischen Unternehmen.

4.2 Paradoxien des chinesischen Kapitalismus

Alles in allem fungierte das staatskapitalistische Setting, vor allem in der zweiten Reformphase, als Stabilitätsanker der Entwicklung. Der wirtschaftliche Erfolg des Landes wird dabei von regimekritischen Intellektuellen in plausibler Weise als nicht immer bewusst intendierte und mithin paradoxe Realisierung der ursprünglichen sozioökonomischen Entwicklungsziele des Maoismus gefasst, der vor allem anderen auf eine nationale Entwicklung der Produktivkräfte abzielte. China ist sozusagen, entgegen einer »Fehlinterpretation« des Westens, am »einsigen Ziel angekommen« (Wang 2010).

Allerdings, so kann überoptimistischen Wachstumsprognosen entgegengehalten werden (Lin 2009: 30–31), drohen einige in der Untersuchung herausgearbeitete Entwicklungstendenzen des chinesischen Kapitalismus das verhältnismäßig konsistente Wachstumsmodell zu unterminieren. Ebenso ist fraglich, ob sich das weitgehende Fehlen einer Zivilgesellschaft unbegrenzt verlängern lässt und sich nicht vielmehr Grenzen des chinesischen Modells der Subordination beziehungsweise Mängel bei dem Versuch der sozialen Integration durch die Schaffung effektiver Abstimmungsprozesse andeuten. Genau diejenigen Merkmale, die als Quellen des wirtschaftlichen Erfolgs gelten – wie die streng nach ökonomischem Wachstum strebenden lokalen Entwicklungsstaaten sowie eine angebotsorientierte, Lohn- und Verteilungsfragen kaum berücksichtigende und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen geringschätzende Politik –, tragen krisenhafte Schattenseiten in sich. Dazu gehören folgende Paradoxien der Prosperität.

grund einer Überakkumulation von Kapital und Anlagenotständen paradoxerweise neue Konkurrenten in dem Maße, wie sie versuchten, von der chinesischen Dynamik zu zehren. Resultat ist eine Restrukturierung der Konkurrenzverhältnisse auf den internationalen Märkten, da chinesische Konzerne nun ihrerseits zu internationalen Großinvestoren aufsteigen. Diese weltwirtschaftlichen Verschiebungen ziehen nicht intendierte außenwirtschafts- und geopolitische Verschiebungen nach sich (ten Brink 2011).

(1) *Widersprüche der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.* Um die Auswirkungen der kapitalistischen Modernisierung abzumildern – normativ wird dies mit der Vision einer harmonischen Gesellschaft unterlegt – und aufgrund erheblicher Nachfrageausfälle während der globalen Krise 2008/2009 drängt die chinesische Zentralregierung auf ein umfangreiches Rebalancing der Wirtschaft in Richtung einer stärkeren Binnenmarktorientierung und einer sozial gerechten Wirtschaftsordnung. Doch dieses Unterfangen ließ sich bislang nicht realisieren. Zu den hohen Hürden auf diesem Weg gehören die Aufrechterhaltung des exportorientierten Niedriglohnregimes sowie Trends zur Überinvestition und der spekulativen Überhitzung.

Die Exportabhängigkeit des Landes, und damit die Abhängigkeit von einer instabilen Weltwirtschaft, ist entgegen politischen Zielsetzungen nicht eingedämmt worden. Ab Mitte 2011 hat ein Rückgang der Exportnachfrage insbesondere vor dem Hintergrund der Eurokrise noch einmal unterstrichen, wie sehr die Volkswirtschaft den Rhythmen der Weltwirtschaft unterworfen ist. Das BIP-Wachstum musste umgehend nach unten korrigiert werden. In diesem Zusammenhang wird zugleich das Niedriglohnregime perpetuiert. Da die einheimischen und internationalen Unternehmen an den mit niedrigen Löhnen und Steuern verbundenen Wettbewerbsvorteilen bis auf Weiteres überaus interessiert bleiben und lokale Regierungen als Bestandteil der mächtigen lokalen Wachstumsallianzen diesem Interesse fortwährend entgegenkommen, kann von keiner substanziellen Änderung dieser Sachlage ausgegangen werden.

Ebenfalls existieren die identifizierten strukturellen Nachfragerücken auf dem Binnenmarkt fort. Hinsichtlich ihrer redistributiven Maßnahmen entpuppen sich die Plan-Projekte der Regierung als nachlässig, obwohl ein erfolgreiches Rebalancing der Wirtschaft ohne signifikante Lohnerhöhungen und einen grundlegenden Ausbau der sozialen Sicherungssysteme undenkbar erscheint. Viele der seit Jahren thematisierten Umstrukturierungsziele sind nicht ansatzweise erreicht worden. Wie an der zögerlichen Haltung des Parteistaa-tes gegenüber einer Reform der Staatsgewerkschaften, des *Hukou*-Registrierungssystems und der Lohnfindung abzulesen ist, kann mit einer hohen Wahrscheinlichkeit Ähnliches für die Ziele des 12. Fünfjahresplans (2011–2015) erwartet werden.⁹ Die neue Zentralregierung Chinas wird erheblich mit diesen Problemen zu ringen haben.

9 Hiermit wird im Übrigen eine Hoffnung von Ökonomen infrage gestellt, die China bereits als künftige Lokomotive der Weltwirtschaft wähen. Hierfür fehlt schlicht und einfach noch die notwendige innere Nachfrage, die etwa die amerikanische Wirtschaft lange (wenn auch im Zeitverlauf immer mehr schuldenfinanziert) aufbringen konnte. Es versteht sich von selbst, dass weitere Forschungen notwendig sein werden, die das »Rebalancing« der Wirtschaft betreffen.

Die volatile Nachfrage auf den Weltmärkten und die schwache Binnenkaufkraft wiederum stimulieren einen Trend zur Überinvestition. Während die soziale Polarisierung das Wachstum der inneren Nachfrage gefährdet, hat die Dezentralisierung der politischen Governance einen Trend zur Überinvestition und Dopplung von Investitionen beschleunigt, wie zuletzt die Folgen der großen Konjunkturprogramme belegen. In diesem Zusammenhang stellt sich die expansive Geldpolitik als eine Ursache spekulativer Blasen an den Immobilienmärkten heraus. Zwar versucht die Regierung, Überhitzungserscheinungen einzudämmen, doch offenbaren sich auch in diesem Bereich die Schranken nationalstaatlicher Interventionen in volatile Märkte. Wenn die chinesischen Blasen platzen, droht das Ausmaß der Überkapazitäten in der Realwirtschaft noch sichtbarer zu werden. Ferner kann dies die Konsumentennachfrage drosseln und schließlich eine Finanzkrise nach sich ziehen, die der Staatsrat, das Finanzministerium, die Zentralbank, aber auch andere politische Organe wie der Staatsfonds Huijin bearbeiten müssen.¹⁰

(2) *Grenzen der staatlichen Steuerung.* Die Überinvestitions- beziehungsweise Unterkonsumtionstendenzen erinnern an klassische kapitalistische Krisenmechanismen und sind sozusagen Ausdruck der Anarchie in der chinesischen Wirtschaft und ihrer Einbettung in volatile internationale Märkte. Ergänzt wird dies um die punktuell krisenverschärfenden Policies der wettbewerblich verfassten staatlichen Institutionen. Es sind Spannungsverhältnisse zwischen den politischen Steuerungsversuchen der Regierung und der Realität einer dezentralen Wirtschaftsstruktur nachgewiesen worden.

Darunter fallen auch folgende, meiner These zum bisherigen Scheitern der Umstrukturierungsbemühungen partiell entgegenlaufende Tendenzen: Entwicklungspolitiken im dörflichen China, Wachstumspotenziale der Binnenwirtschaft, mittelfristige Effekte des Aufbaus von Sozialversicherungssystemen und der Schaffung eines korporatistischen Interessenausgleichs, finanz- und steuerpolitische Maßnahmen, die den Überhitzungserscheinungen in der Industrie oder am Immobilienmarkt entgegenwirken, sowie administrative Reformen, mit denen unter anderem auf das Missverhältnis zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben reagiert wird.

- 10 Weil die Regierung und Interessengruppen im Finanzsektor einen umfassenden Schutz der großen staatseigenen Banken als sakrosankt betrachten, droht zusätzlich die Problematik des »too big to fail« akut zu werden: »[I]t may create perverse »too big to fail« incentives for state-owned banks, in that if these banks believe that there will be a »bailout« whenever they run into future financial distress, they have an incentive to take on risky [...] projects [...]. This moral hazard problem can thwart the government's efforts in keeping the NPLs in check« (Allen et al. 2011: 14). In den kommenden Jahren wird eine Zunahme der notleidenden Kredite die Krisenanfälligkeit des Finanzsystems wahrscheinlich erhöhen. Das Problem betrifft auch die nicht standardisierten Kreditbeziehungen: Im Herbst 2011 unterstrichen dies Meldungen über Firmenpleiten in Wenzhou, einer Hochburg der Netze aus informellen (Privat-)Krediten und riskanten Spekulationen.

Ich habe zu zeigen beabsichtigt, dass die häufig als vergleichsweise effizient eingestuften Regierungstechnologien des Parteistaates – das heißt der Versuch einer sich kommunistisch nennenden Machtelite, den Staat gewissermaßen zu genau jenem Instrument zu machen, welches Friedrich Engels einmal kritisch als »ideellen Gesamtkapitalisten« bezeichnete – genau von jenen Wettbewerbsmechanismen konterkariert werden, die dieser in Gang setzte. Weil nationale Policies durch lokale Regierungen immer wieder planwidrig konterkariert, unterlaufen oder lediglich in modifizierter Weise umgesetzt werden, haben die anspruchsvollen Versuche der Rezentralisierung der politischen Steuerung widersprüchliche Effekte und Anpassungsschwierigkeiten zur Folge. Zwar verfügt die an der Restrukturierung interessierte Zentralregierung über umfangreiche Steuerungskapazitäten. Dennoch gelingt es ihr nicht, den internen Standortwettbewerb und die damit verbundenen risikoreichen Wachstums- und Finanzpolitiken subnationaler Regierungen und von Finanzmarktakteuren in den Griff zu bekommen. Aus der großen Zahl unkoordinierter politischer Entscheidungszentren in Zusammenhang mit den ungleichen Entwicklungsniveaus des Landes ergeben sich erhebliche Interessendivergenzen.

Es trifft zu, dass die Beseitigung von Marktschranken von den zentralstaatlichen Versuchen einer Verknüpfung von Zentrale und subnationalen Einheiten zum Aufbau eines Ordnungsrahmens des Marktverkehrs begleitet werden. Die ungleiche Entwicklung des Landes und die unterschiedlichen Präferenzen der subnationalen Wachstumsallianzen stellen diesen Rahmen jedoch infrage. Zudem erfordert diese positive Integration regelmäßig die Abstimmung einer großen Zahl politischer Akteure mit unterschiedlichsten Interessen, die häufig nur schwer zu gewährleisten ist. Regelmäßig resultieren hieraus unbefriedigende Ad-hoc-Entscheidungen. Öffentliche Aufgaben werden nicht autonom von Akteuren der zentralstaatlichen Ebene, sondern im Verbund unter Beteiligung mehrerer Akteurebenen sowie informell wahrgenommen. Weil diese Verflechtungsstrukturen immer wieder Blockadesituationen in Sachentscheidungen hervorrufen, eine Entflechtung des chinesischen Mehrebenensystems jedoch nahezu unmöglich ist, konstituiert das mit anderen Worten eine besondere Form der Politikverflechtungsfalle. Im Sinne meines Forschungsrahmens wird diese allerdings nicht in erster Linie auf politisch-organisatorische Schwachstellen zurückgeführt, sondern mit den Konsequenzen der nachholenden kapitalistischen Entwicklung in Verbindung gebracht. Zusätzlich bestätigt sich hiermit eine weitere, untergeordnete Forschungsannahme, der zufolge weiche, ausdeutbare Regularien im Gegensatz zur harten Grammatik sanktionierbarer Gesetze in China eine große Bedeutung haben.

Insgesamt offenbaren sich also deutliche Grenzen der Durchgriffsmacht des Zentralstaates beziehungsweise es lassen sich variierende Steuerungskapa-

zitäten des Zentralstaates auf unterschiedlichen Politikfeldern nachweisen.¹¹ In jüngster Zeit werden diese Schranken durch eine zunehmende Staatsverschuldung weiter verdeutlicht.

Des Weiteren stellen die Präferenzen des Zentralstaates selbst die Grundlagen eines Zielkonflikts zwischen einer sozial ausgewogenen, nachhaltigen Entwicklung und der ökonomischen Effizienzsteigerung dar. Denn auch die Regierung in Beijing beziehungsweise mächtige Interessenkoalitionen in ihr haben letztlich ein Interesse an der Aufrechterhaltung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit, die jedoch, so die Einschätzung, im aktuellen Entwicklungsstadium – das heißt, solange die Produktivität nicht an die Werte hoch entwickelter Volkswirtschaften heranreicht und die Wettbewerbsfähigkeit auch auf dem Feld der technologischen Innovation oder Ähnlichem erzielt werden könnte – nur unter Inkaufnahme einer mangelhaften sozialen Sicherung und teilweise regelloser Arbeitsbedingungen zu realisieren ist. Dass die Zentrale also gleichsam selbst Teil der paradoxalen Entwicklung ist, wird nicht zuletzt im Feld der Arbeits- und Sozialpolitik deutlich.

(3) *Grenzen des chinesischen Typus der Subordination.* Zweifellos ging die Reformphase, die graduelle Verschiebungen in der Sozialstruktur der Machteliten und die Entstehung einer konsumorientierten Mittelklasse auslöste, vorwiegend mit einer Zementierung der Ohnmacht in den unteren Gesellschaftsschichten einher. Es darf daher nicht verwundern, dass sich nur wenige Chinaforscher die Frage nach den Grenzen der Subordination oder von Veränderungspotenzialen, die »von unten« kommen, stellen. Zumal die Erblast der elitenzentrierten Totalitarismusforschung weiterhin wirkt. Sinnbildlich stehen hierfür Aussagen von prominenten Chinawissenschaftlern wie Minxin Pei: »[A]ny change is apt to come from the top rather than the bottom« (Pei 2009). Doch auch wenn der Reformprozess durch den »Klassenkampf von oben« und Machtverschiebungen innerhalb der Eliten wesentlich geprägt wurde, stellten bereits frühzeitig soziale Proteste den Hintergrund für die politischen Bemühungen um die Schaffung sozialstaatlicher und arbeitsrechtlicher Standards dar. In jüngster Zeit nimmt die Erklärungskraft konflikttheoretischer Annahmen noch zu, was dafür spricht, die Entstehung sozialer Widerstände in China und Grenzen der Unterwerfung zu untersuchen sowie Mängel des korporatistischen Interessenausgleichs an-

11 Es würde sich – um Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen zu benennen – anbieten, empirische Untersuchungen in einzelnen Politikfeldern durchzuführen, um ausführlichere Einsichten über die Steuerungskapazitäten, aber auch die Zielkonflikte der staatlichen Institutionen zutage zu fördern. Weil die Kapazitäten des Staates und seine Steuerungsinstrumente auf unterschiedlichen Ebenen differieren, wäre hierbei auf Politikfeldanalysen und Sektoruntersuchungen zurückzugreifen.

hand von spontanen Streikbewegungen zu dokumentieren. Es mehren sich die Anzeichen, dass eine wesentliche Grundlage der chinesischen Wirtschaftsentwicklung langsam erodiert. Die Beschäftigten entwickeln sich zum Träger potenzieller sozialer Gegenmacht.

Zwar unternimmt die Regierung im Unterschied zu den Arbeitgebern Anstrengungen, den fragmentierten Quasi-Korporatismus zu vervollständigen und zu einer wirksamen Interessenabstimmung zu gelangen. Doch die autoritär-sozialpartnerschaftlichen Strategien des chinesischen Staates greifen nicht, weil die Beschäftigten im Arbeitssystem weiterhin institutionell kaum repräsentiert sind. Die arbeitende Bevölkerung soll lediglich ihren Konsum steigern können, nicht jedoch zur oppositionellen Kraft aufgewertet werden. Die Normierung von Arbeitsstandards scheidet dabei nicht allein an der Verschiedenartigkeit der industriellen Produktionsregime. Sie wird ebenso durch die an niedrigen Löhnen und Standards interessierten lokalen Wachstumsallianzen behindert. Weil die Zentralregierung sich in einem zurzeit unauflösbaren Zielkonflikt zwischen einer massiven Aufwertung ebenjener Standards und den Konkurrenzvorteilen niedriger Arbeitskosten befindet, repräsentieren ihre arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen lediglich ein System der halbherzigen Nachsorge, das heißt ein Krisenmanagement, das in der Regel erst nach dem Auftreten von Konflikten in Erscheinung tritt. Vorwiegend verschiebt sie soziale Konflikte in das Rechtssystem und kanalisiert diese mithilfe von Schlichtungsverfahren. Die gegenwärtige Machtelite vertritt alles in allem einen wohlwollenden Neo-Autoritarismus, der auf begrenzte Reformen setzt, aber grundlegende Reformen wie die der Gewerkschaft ACFU oder des internen Migrationskontrollregimes (*bukou*) verweigert.

Ebenso gilt der Produktionsbereich weiter als Tabuzone. Die Billigung des individualisierten Protests kann dem enormen Kräfteungleichgewicht im Produktionsbereich allein nicht wirksam entgegenwirken. Eine signifikante Aufwertung kollektiver Rechte beziehungsweise der wohl wirkungsvollsten Arbeitnehmerrechte der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts ist aber gegenwärtig unwahrscheinlich:

Since workers have a stronger incentive to have the laws enforced than do employers, the one path out of this impasse would be to allow workers to exercise collective and independent power. [...] However, granting workers the *collective* right of freedom of association is one measure that the central government appears constitutionally opposed to. The consequence is that higher levels of the state are in a bind, where they are unwilling to do the thing that would allow for their laws to be fully implemented. (Friedman/Lee 2010: 530)

Besonders die Sozialproteste der Arbeitsmigranten, der mittlerweile größten Arbeitnehmergruppe, stellen daher eine unberechenbare Kraft dar. Deren Proteste

tragen ein Eskalationspotenzial gerade deshalb in sich, weil es keinen funktionierenden Interessenausgleich und keine intakten Verhandlungssysteme gibt. Insofern erweist sich das weitgehende Fehlen einer autonom agierenden Zivilgesellschaft möglicherweise zunehmend selbst als Wachstumshemmnis. Mittelfristig könnte das sogar den politischen Status quo gefährden. Obgleich die Zentrale mit allen erdenklichen Mitteln einen gesellschaftlichen Zusammenhalt anstrebt – dazu gehören Leitbilder wie »wissenschaftliche Entwicklung«, »Harmonie« oder »Kultur«, die als semantisches Passepartout gebraucht werden, um die Gesellschaft zusammenzuhalten und Sinn zu stiften –, bleibt fraglich, ob diese tatsächlich einen längerfristigen Schutz gegen die Defizite des chinesischen Korporatismus, den Anstieg sozialer Spannungen sowie die unkontrollierte Entwicklung sozialer Ansprüche und anderer Anerkennungsbedürfnisse bieten.

4.3 Theoretische Implikationen für die Kapitalismus- und Chinaforschung

Bei der Erklärung vorrangiger Kennzeichen des sozioökonomischen Systems der Volksrepublik sowie von wesentlichen Dynamiken und Paradoxien der chinesischen Entwicklungsweise haben sich eine Reihe von theoretischen Überlegungen und Vorannahmen als hilfreich erwiesen.

Bevor diese noch einmal zusammengefasst werden, möchte ich jedoch zwei Bemerkungen voranstellen: *Zum einen* haben sich mehrere Konzepte aus der Chinaforschung als innovativ erwiesen, die ich an dieser Stelle nicht noch einmal ausführlicher darstelle. So dienten Konzepte des »fragmentierten Korporatismus« oder des »Tripartismus mit vier Parteien« einer Analyse der Arbeitsbeziehungen, des Unternehmenssektors und der Verbände. Außerdem trugen Überlegungen zu den originären Politikzyklen des autoritären Pluralismus und der institutionellen Adaptionen zum Verständnis des Wandels der Staatlichkeit bei und halfen bei der Überwindung von Markt/Staat- beziehungsweise Markt/Plan-Dichotomien: China ist demzufolge als Paradebeispiel eines *entrepreneurship* durch staatliche Akteure und privat-öffentliche Netzwerke zu begreifen.

Zum anderen ist meine Arbeit, in der ich vor allem grundlegende Dynamiken und Widersprüche des kapitalistischen Modernisierungsprozesses in China dargestellt habe, letztlich nur eine bescheidene Vorarbeit für fokussiertere empirische Untersuchungen, in denen spezifischere Kausalitäten und Querwirkungen zwischen Institutionen nachgewiesen werden und/oder sich Einzelvariablen plausibel isolieren lassen, um bestimmte Entwicklungstendenzen detaillierter

nachzeichnen und erklären zu können. Die ausführliche historische Rekonstruktion des Reformprozesses und der drei als maßgeblich beschriebenen Akteurguppierungen dient insofern einer Annäherung an die komplexe Wirklichkeit Chinas und kann im besten Fall als ein Ausgangspunkt für genauere politökonomische, vergleichende wie sektorale, Untersuchungen fungieren.¹²

Darüber hinaus stützen meine mittels einer historischen Rekonstruktion generierten Befunde die Überlegungen einer erweiterten Kapitalismusanalyse, in der eine weitreichende Annahme – zur Rolle universeller Triebkräfte des *variegated capitalist world system* – mithilfe von Analysen zur historischen Periodisierung des Kapitalismus und zu unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen und Akteurkonstellationen in einer plausiblen Weise zu synthetisieren versucht wurde. Der hier in Ansätzen entwickelte Forschungsrahmen kann als Beitrag zu einer Kapitalismusforschung verstanden werden, die die Gemeinsamkeiten und Unterschiede politischer Ökonomien aus einer verknüpften Analyse ökonomischer und nichtökonomischer Faktoren gewinnt. Es ergeben sich folgende Implikationen für die Kapitalismus- und Chinaforschung:

(1) Die umfassende politökonomische Analysestrategie hat sich bei der Vermeidung von einseitigen Verallgemeinerungen als nützlich erwiesen. Die inter- und transnationale Einbettung der Zeitgeschichte Chinas bietet eine wesentliche Voraussetzung der Erklärung der Wachstumsdynamik, zumal sich die transnationale Gestalt des *Chinese capitalism*, das heißt etwa der bedeutsamen Netzwerke der Exilchinesen, einer Schematisierung entlang von national begrenzten Analysen entzieht. Die Tatsache, dass China auch und gerade deshalb zum attraktivsten Produktionsstandort der Erde avancierte, weil die Realakkumulation in

12 So können auf der hier erarbeiteten Grundlage, um ein Beispiel zu nennen, Determinanten der Lohnentwicklung und Interaktionen mit der Arbeits- und Geldpolitik systematisch und unter Anwendung qualitativer und quantitativer Methoden untersucht werden. Dieses Unterfangen könnte davon profitieren, dass zuvor verdeutlicht wurde, dass etwa die Gewerkschaften in China (im Unterschied zu OECD-Ländern) nicht ohne Weiteres als Interessenvertretungen der Lohnabhängigen verstanden werden können und ebenso die Geldpolitik im staatlich dominierten Finanzsystem Chinas eine weniger große Unabhängigkeit erlangt hat, als das in anderen politischen Ökonomien der Fall ist. Zu weiteren für die VPÖ und IPÖ interessanten Fragestellungen gehören Fragen der Unternehmensorganisation und -entwicklung, zum Beispiel detailliertere Untersuchungen zu den Präferenzen verschiedener Kapitalfraktionen oder in unterschiedlichen Sektoren. Desgleichen sollte auf die Frage nach einer spezifischen »conception of control«, das heißt geteilten Vorstellungen und Praktiken im Unternehmenssektor, die der Stabilisierung von Märkten dienen und im Gegensatz zur hegemonialen Orientierung am Shareholder-Value im angelsächsischen Raum stehen könnten, eingegangen werden (vgl. Fligstein/Zhang 2011: 53–54). Zusätzlich erscheinen vergleichende Untersuchungen mit den institutionellen Regimen anderer Schwellenländer, besonders der BRI(C)-Staaten, fruchtbar (vgl. Nölke 2011).

den alten Zentren sich ab den 1980ern verlangsamte, verweist auf einen Zusammenhang, dem weder in der liberalen Erfolgsgeschichte der Vermarktlichung noch in einer staatszentrierten Perspektive ein gebührender Platz eingeräumt wird. Der hier vorgetragene Ansatz unterstützt damit theoretische Annahmen, die im Hinblick auf die Untersuchung von Kapitalismen von der Notwendigkeit sprechen, nicht mehr nur nationale, sondern auch internationale »Komplementaritäten« in den Blick zu nehmen.¹³ Weil neben räumlichen auch zeitliche Faktoren die sozioökonomische Dynamik des Landes begünstigten, wird zudem die Bedeutung des Zeitfaktors beim ertragseffizienten Ineinandergreifen von preisgünstigen Arbeitskräften, funktionsfähigen Infrastrukturen der Produktion und Investitionen unterstrichen.

(2) Unter Rückgriff auf das Konzept eines heterogenen kapitalistischen Weltsystems, das die konkurrenz- und krisengetriebenen Rhythmen der Weltwirtschaft betont, ist der Vorzug einer Untersuchungsperspektive herausgestellt worden, die, in einem ersten Schritt, den Blick auf die *Gemeinsamkeiten* nationaler Spielarten des Kapitalismus richtet. Diese Analysestrategie hilft beispielsweise dabei, kulturalistische Vorstellungen eines Kapitalismus mit chinesischen Charakteristika zu widerlegen. Zugleich ist ihr ein Fokus eigen, der, in einem nächsten Schritt, die Untersuchung von *Unterschieden* und *Spezifika* der kapitalistischen Entwicklung in China zulässt. Letztere stellen variierende *outcomes* eines global übergreifenden, kapitalistisch dominierten Vergesellschaftungsmodus dar. Die nationalen beziehungsweise regionalen Ökonomien konvergieren nicht einfach zu einer homogenen weltwirtschaftlichen Einheit. Ein Geflecht sich unterscheidender, aber miteinander verbundener und durch ständige Differenzierungs- und Anpassungsprozesse gekennzeichnete Kapitalismen konstituiert das Weltsystem.

Die in dieser Arbeit analysierten kapitalistischen Triebkräfte sind dabei phasenspezifischen Ausprägungen unterworfen – ab den 1930ern etwa einer aufgewerteten Rolle des Staates in der Wirtschaft und seit den 1970ern weitreichenden Vermarktlichungs- und Liberalisierungstendenzen. War die chinesische Volkswirtschaft in ihrer »proto-kapitalistischen« Phase nach 1949 noch durch ähnliche Handlungszwänge gekennzeichnet, die in der Periode des »Staatsinterventionismus« ab den 1930ern zur Determinante auch und gerade in anderen unentwickelten Gesellschaften und Entwicklungsstaaten wurden – die politi-

13 Diese Einsicht »can give rise to a new research agenda, which is concerned with the emergence of institutional complementarities across rather than within countries« (Bohle/Greskovits 2009: 380). Als Modell der »abhängigen Marktökonomie« an der Peripherie Westeuropas ist das bereits nutzbar gemacht worden (Nölke/Vliegenthart 2009). Es bezeichnet Volkswirtschaften, in denen ausländische Investoren eine dominierende Stellung einnehmen und die Wirtschaft in transnationale Netzwerke integrieren.

sche Ökonomie Chinas unter Mao war niemals wirklich unabhängig von weltwirtschaftlichen, geopolitischen und weiteren intergesellschaftlichen Entwicklungen –, vollzog sich unter Deng ein tief greifender institutioneller Wandel, der mit der aus der Krise der 1970er resultierenden globalen Liberalisierungsphase in Verbindung stand. Dass diese globale »Reformbewegung« in China mitnichten einen Übergang in eine liberale Marktwirtschaft auslöste, ist wiederum auf die sedimentierten Traditionen eines exzeptionell starken Staates, einer vergleichsweise wenig durch oppositionelle Gruppierungen herausgeforderten Partielite und weiterer Pfadabhängigkeiten zurückzuführen. Wie in anderen Varianten des Kapitalismus auch (in Deutschland oder Japan zum Beispiel) haben sich die übergreifenden Dynamiken der Liberalisierung in eigentümlicher Weise Bahn gebrochen und dem chinesischen Kapitalismus Züge eines quasi-liberalen Etatismus verliehen, in dem sich Konkurrenzzwänge weitreichend in das Handeln staatlicher Institutionen einschrieben.

(3) Die Untersuchungsergebnisse verweisen dementsprechend auf die Notwendigkeit einer Verkopplung theoretischer Einsichten und Instrumentarien der Disziplinen der VPÖ sowie der IPÖ. Die Akzentuierung globaler und phasenspezifischer Triebkräfte des Kapitalismus ist nicht an die Stelle einer vergleichenden Kapitalismusforschung und der Untersuchung unterscheidbarer institutioneller Regime zu setzen, sondern muss mit ihr verknüpft werden, um einen angemessenen Einblick in regionale beziehungsweise nationale und phasenspezifische Eigentümlichkeiten des Kapitalismus zu erhalten. Hinsichtlich der chinesischen Wirtschaftspolitik, des Unternehmenssektors, der korporatistischen Arrangements oder des Finanzsystems habe ich diese Zusammenhänge zu verdeutlichen versucht.

(4) Bei der Untersuchung der *outcomes* der kapitalistischen Entwicklung in China haben sich darüber hinaus neben der Annahme, dass liberale und koordinierte Marktwirtschaften um weitere (effiziente) Spielarten des Kapitalismus ergänzt werden müssen, eine Reihe von Annahmen bewährt, die ich hier noch einmal abschließend zusammenfasse:

- Das Augenmerk auf die Wechselverhältnisse zwischen den drei inhomogenen Akteurgruppen der Unternehmen, der staatlichen Entscheidungsträger und der Arbeitnehmer hat zu einem Verständnis der *instabilen Dynamik* der Volksrepublik beigetragen. Während Teile der Chinawissenschaften noch immer auf Grundlage einer Elitenzentrierung verallgemeinern, kann der Blick auf die Rolle der Subordinierten und auf Klassenauseinandersetzungen, auch im autoritären System der Volksrepublik, zusätzliche Einblicke in den Reformverlauf verschaffen. Wie an mehreren Beispielen aufgezeigt –

den sozialen Auseinandersetzungen Ende der 1970er, des Jahres 1989 und im Zuge der globalen Krise ab 2008 –, haben diese die Richtung der Reformen maßgeblich beeinflusst. Das gilt auch für weniger turbulente Phasen, beispielsweise während der Übergabe der Macht an die Hu/Wen-Administration zu Beginn der 2000er: Obwohl die lokalen privat-öffentlichen Wachstumsallianzen nicht ernsthaft für eine politische Umorientierung eintraten, kam es damals vor dem Hintergrund wachsender sozialer Unzufriedenheit zu einer solchen und infolgedessen zu einer stärkeren Betonung der sozial ausgleichende Rolle des Staates.

- Mittels der Methode der historischen Rekonstruktion wurde die Bedeutung von sozioökonomischen *Krisen* unterstrichen. Der Reformprozess verlief auch in einem Modus des kriseninduzierten institutionellen Wandels. Wichtige Maßnahmen der Zentralregierung – wie die Reformen des Finanzmarkts, der Unternehmensorganisation oder des Arbeits- und Sozialsystems – sind als Reaktionen auf kleinere, sektorale und größere, übergreifende Krisen zu begreifen. Krisen- und konflikttheoretische Betrachtungsweisen stellen sich also als hilfreich heraus. Nicht zuletzt berührt das die Analyse der jüngsten sozialen Spannungen, die darauf hindeuten, dass in einer Situation, in der hohe Wachstums- und Profitraten nur geringe *Trickle-down*-Effekte (vor allem im Interesse der Arbeitsmigranten) zeitigen, die Wahrscheinlichkeit abnimmt, dass diese Konstellation institutionell auf Dauer gestellt werden kann.
- Zu einem systematischen Verständnis des Reformprozesses in China tragen neuere politikwissenschaftliche Instrumentarien bei, die verschiedene *Formen und Mechanismen des graduellen institutionellen Wandels* beschreiben und unterscheiden. Während in den 1970ern und 1980ern Prozesse des Erschöpfens und des Verfalls klassischer maoistischer Politikstile, Selbstverständnisse und Institutionen relevante Mechanismen des Wandels verkörperten, wurde im Zeitverlauf das Entwicklungsmuster der institutionellen Überlagerung zu einer dominanten Form. In einem Kontext, in dem die Durchsetzung qualitativ neuartiger Institutionen nicht einfach zu realisieren war, mündeten die Prozesse der Überlagerung formeller Institutionen »von unten« (durch innovative informelle Praktiken der neuen De-facto-Privatunternehmer beispielsweise) dabei in institutionelle Konversionen und in Reformen »von oben«. Die lokalen Pilotprojekte, die zur Bildung von Institutionen neben und in Interaktion mit bereits bestehenden Institutionen führten, und schließlich, auf dem Wege der landesweiten Universalisierung, substantielle Änderungen an der institutionellen Architektur des chinesischen Kapitalismus bewirkten, belegen dies. Befördert wurden diese Änderungen durch wettbewerbsinduzierte Leistungsanreize und/oder eine Orientierung an der betrieblichen Profitmaximierung. Das Phänomen des *drift* mit der Fol-

ge der Auflösung von Institutionen erscheint unterdessen weniger relevant, als noch im Forschungsrahmen angenommen. Dagegen haben sich erhebliche Veränderungen durch Imitation von solch unterschiedlichen Dingen wie dem Modell Silicon Valley, avancierten Technologien oder westlichen Corporate-Governance- und Sozialversicherungssystemen und durch den Mechanismus des *borrowing* ergeben, das heißt durch die erfolgreiche Wiedereingliederung talentierter Unternehmer oder Forscher, die im Ausland studiert oder gearbeitet haben. Die theoretische Konsequenz lautet, dass in politökonomischen Analysen die Verbindung von pfadabhängigen und pfadgestaltenden Prozessen zu berücksichtigen ist.

- Schließlich hat sich die Vorstellung von *ungleichen und kombiniert-verknüpften Entwicklungsprozessen* als nützlich erwiesen, um, einerseits, den sozioökonomischen Sprung der Volksrepublik ab den 1970ern auch als eine Nebenfolge der Entwicklungsvorsprünge der dominanten Volkswirtschaften der Erde auszuweisen: Von letzteren konnte die politische Ökonomie Chinas erheblich profitieren (zum Beispiel durch den Einsatz bewährter Technologien und Geschäftsmodelle sowie durch ausländische Investitionen). Andererseits gab ein Augenmerk auf die ungleichen Entwicklungsniveaus des Landes und die heterogenen Produktionsregime Aufschluss über spezifische Wettbewerbsvorteile der Volksrepublik, die freilich durch politische Maßnahmen wie die Schaffung von Infrastrukturen der Produktion oder die Aufrechterhaltung uneinheitlicher Arbeitsbeziehungen unterstützt und reproduziert werden. Der interne Standortwettbewerb manifestiert sich daher vor allem als ein Ringen um vorteilhafte Steuer- und Lohnsysteme. Ferner half die Vorstellung einer kombinierten Entwicklung ebenfalls bei der Begründung von Verknüpfungen moderner Formen des Wirtschaftens mit eigenständigen Traditionen, die einen relativ effizienten Ablauf wirtschaftlichen Handelns garantieren. Ich konnte so spezifische kulturelle Ressourcen der Wachstumsdynamik, etwa die *Guanxi*-Netzwerke, auf eine nicht kulturalistische Weise interpretieren, indem herausgestellt wurde, dass ältere chinesische Traditionen in der jüngeren Geschichte des Landes reinterpretiert und dabei reaktualisiert, das heißt zu modernen Elementen umfunktioniert wurden.

(5) Hinsichtlich der *Rolle des Staates* und von *nichtmarktlichen Institutionen* ergeben sich eine Reihe von theoretischen Implikationen, die in das Instrumentarium der Kapitalismus- und Chinaforschung zu integrieren wären:

- Generell habe ich zu verdeutlichen versucht, dass zur Erklärung ökonomischer Entwicklungstendenzen nichtökonomische Institutionen berücksichtigt werden müssen. Wenn es zutrifft, dass in China universelle Triebkräfte der kapitalistischen Entwicklung beziehungsweise deren phasenspezifische

Ausprägungen nachzuweisen sind, die politische Ökonomie Chinas aber fortwährend spezifische Charakteristika aufweist, so muss die Kapitalismusforschung vor allem an den Unterschieden der nichtökonomischen Institutionen in unterschiedlichen Ländern und Regionen ansetzen, um differierende *outcomes* der kapitalistischen Entwicklung erklären zu können. Folglich gilt es etwa bei Untersuchungen des unternehmerischen Handelns, über ein einseitiges neoklassisches oder neoschumpeterianisches Verständnis der Innovationsfähigkeiten des individuellen Entrepreneurs hinaus auch auf die institutionellen und organisatorischen, das heißt auch öffentlich bereitgestellten Rahmenbedingungen der Innovationsfähigkeit zu rekurrieren:

[E]ntrepreneurialism should be conceived as a more collective process in contrast to the Schumpeterian mainstream. Even when employers see the role of local governments to be of very limited and tangential importance to success, businesses are in truth shaped by numerous supportive institutions. (ten Brink 2011a: 15; vgl. Herrmann 2010)¹⁴

- Wie betont, hat der chinesische Reformprozess zu einer eigentümlichen Symbiose der gesellschaftlichen Entwicklung geführt, die auf paradoxe Weise Aspekte kombinierte, die zuvor konkurrierenden Projekten der Moderne zugeordnet wurden: das der Vermarktlichung und das des Parteistaates. Es kann aus diesem Grund nicht von einer, in der Forschung manchmal expliziten, häufiger jedoch impliziten Annahme einer schroffen Transformation vom »Plan« zum »Markt« ausgegangen werden. Vielmehr unterlag das institutionelle Regime Chinas einem Veränderungsprozess, der ab den 1970ern in ein neuartiges, polyzentrisches Mischungsverhältnis zwischen Plan, Markt und anderen informellen und interpersonalen Koordinierungsformen mündete. Aufgrund des Fehlens präziser Grenzen zwischen privaten und öffentlichen Institutionen, in der die für westliche liberale Demokratien typische (letztlich jedoch auch lediglich idealtypische) Trennung zwischen freiem Markt, souveränem Staat und Zivilgesellschaft nicht analog aufgetreten ist, mutet es forschungsstrategisch als sinnvoll an, künftig weniger von einer strikten Separierung als von einer semipermeablen Ausdifferenzierung zwischen marktlichem und staatlichem Handeln auszugehen. Mit dem Begriff des privat-öffentlichen Regimes wurde deshalb der Sachverhalt gefasst, dass zu den bekannten Kernaufgaben des Staates in China nicht nur der Versuch einer Koordination der Wirtschaftstätigkeit hinzutritt und die staatlichen Instanzen enge Beziehungen zu privaten Akteuren pflegen, sondern diese

14 Wie Deutschmann bemerkt, ist diese Vereinseitigung möglicherweise gar nicht auf Schumpeter selbst zurückzuführen: »Interestingly, for Schumpeter, the entrepreneur is not necessarily a self-employed businessman, but anybody who takes on the entrepreneurial function of promoting »new combinations« (Deutschmann 2009b: 5).

selbst punktuell zu kapitalistischen Akteuren werden. Auch »Planung« kann durchaus kompatibel mit kapitalistischer Entwicklung sein. Unter bestimmten Voraussetzungen, etwa dem Fehlen einer machtvollen autonomen Zivilgesellschaft, die den Inhalt des Staatshandelns modifizieren könnte, treten insofern staatliche wie private Akteure als zwei Seiten ein- und desselben kapitalistischen Modernisierungsprozesses in Erscheinung. Da kapitalistische Triebkräfte unter gewissen Bedingungen auf staatliche wie private Akteure in ähnlicher Weise wirken – es sei hier abstrahiert von den unterschiedlichen Reproduktionskriterien des Staates und der Unternehmen – kann aus diesem Blickwinkel die Eigentümer- und Managerfunktion sehr wohl auch von einer selbsternannten kommunistischen Nomenklatur übernommen werden, selbst wenn diese vom produzierten Reichtum individuell weniger profitieren mag als private Anteilseigner einer Aktiengesellschaft oder Konzernmanager.¹⁵

- Auf einer niedrigeren Abstraktionsebene sind in der Untersuchung einige auch bereits von Chinaforschern herausgearbeitete Methoden und Mechanismen des staatlichen Handelns identifiziert worden, die zu einem Verständnis des chinesischen Mehrebenensystems beitragen und künftig auch bei vergleichenden Untersuchungen vor allem anderer autoritärer Staaten oder Schwellenländer dienlich sein könnten. Dazu gehören politische Programme und Pläne mit langen Zeithorizonten, die Bedeutung dezentralisierter Modellversuche und deren landesweite Verallgemeinerung, die *regulation for competition*, das heißt eine auf Marktexpansion und Wettbewerbsförderung zielende Regulierung (unter anderem mit der Hilfe sektorspezifischer Regulierungsbehörden), sowie informelle Aushandlungsprozesse auf verschiedenen administrativen Ebenen.
- Es bleibt ebenfalls festzuhalten, dass der chinesische Kapitalismus, in dem das Aushandeln zu einem entscheidenden Instrument der Willensbildung und Entscheidung geworden ist, im Unterschied zu entwickelten OECD-Volkswirtschaften stärker auf einer *netzwerkförmigen* Koordination beruht und einen geringeren Grad an formaler Organisation aufweist. Über Ansätze hinaus, die argumentieren, dass unzählige, meiste kleine, spezialisierte Firmennetzwerke das Upgrading spät entwickelter Kapitalismen anführen, wird in dieser Arbeit allerdings auf die Bedeutung *staatlich durchdrungener* Netzwerkstrukturen verwiesen. Damit bestärkt dieser Befund die Annahme

15 Die Annahmen etwa der Property-Rights-Theorie in der Neuen Institutionenökonomik, der zufolge die zentrale institutionelle Voraussetzung kapitalistischer Dynamik in der Garantie privater Eigentumsrechte durch einen liberalen Staat beziehungsweise ein unparteiisches Rechtssystem liegt, bedarf insofern für den Fall China einer Modifizierung.

des Nutzens der nichtmarktlichen Koordinationsformen bei der Erfassung von Spezifika einzelner Kapitalismen.

- Eine weitere Konsequenz der Untersuchung besteht darin, dass der Fall China als Beleg für die *Mannigfaltigkeit staatlicher Interventionsoptionen* dient. Dieser Sachverhalt sollte in die Diskussionen um die Transformationen des modernen Staates (zumindest in Schwellenländern) einfließen. Im historischen Zeitverlauf lässt sich dabei eine Erweiterung der politischen Eingriffsmöglichkeiten und Instrumentarien nachweisen, die der Vorstellung einer »postnationalen« Welt widerspricht. War das Interventionsarsenal bei den ersten »Spätentwicklern« im späten 19. Jahrhundert wie Preußen beziehungsweise dem Deutschen Reich noch weitgehend auf die Beeinflussung der Umwelt von Unternehmen begrenzt (unter anderem durch Zölle, Subventionen und die Etablierung der Geldpolitik durch die Gründung der Reichsbank), erweiterte sich der potenzielle Spielraum des Staates im 20. Jahrhundert. In der Phase des Staatsinterventionismus ab den 1930ern auch und gerade in Ostasien, ging der Trend über die Manipulation der Firmenumwelt hinaus in Richtung einer direkten Ersetzung unternehmerischen Handelns, der Investitionslenkung durch staatliche Entwicklungspläne und der Industriepolitik. Ermöglicht wurde dies durch einen enormen Zuwachs an administrativen Kapazitäten und ökonomischem Wissen. Im Falle der Bildung korporatistischer Strukturen dehnten sich zudem die Möglichkeiten der Arbeits- und Sozialpolitik aus. Seit den 1970ern haben sich in China darüber hinaus die Instrumentarien des Krisenmanagements etwa mittels parteigelenkter Kampagnen weiterentwickelt. Ähnliches lässt sich bei dem Versuch, eine gesteuerte Öffnung und Integration in den Weltmarkt zu organisieren, feststellen. Die Machtelite verknüpfte dabei auch solche Governance-Methoden, die über den engeren Raum der staatlichen Institutionen hinausreichen – wie erwähnt, laufen im politischen Prozess imperative und indikative Vorgaben mit nichtstaatlichen Präferenzen zusammen und (informelle) netzwerk- sowie marktförmige Vermittlungs- und Aushandlungsprozesse werden mit der hierarchischen Verordnung verbunden. Auch dieser Sachverhalt erhärtet die Vermutung, dass die Kapitalismusforschung auf staatstheoretische Analysen nicht verzichten darf.
- Schließlich ziehen die hier vorgetragenen Befunde eine weitere theoretische Implikation nach sich, die mit der instabilen Dynamik kapitalistischer Sozialordnungen insgesamt zusammenhängt. Zwar schuf der Prozess der Dezentralisierung in China mittels der Instrumente der experimentellen Adaption ein Policy-Regime, in dem staatliche Akteure auch gegenwärtig eine dominierende Rolle ausüben. Weil dieses Regime jedoch durch vielfältige externe Einflüsse überlagert wird, unterliegt es keiner unhinterfragten, hegemonia-

len Steuerung. National und international induzierte Destabilisierungsprozesse stellen einen, aus meiner Analyse nur auf den ersten Blick ableitbaren, Steuerungsoptimismus infrage. Nicht die Reduktion auf rationales Handeln politischer Akteure in Reaktion auf Ineffizienzen, sondern der Einbezug von krisenbetroffener Unsicherheit und Ambivalenz mutet daher forschungsstrategisch adäquat an.

(6) Eine letzte Schlussfolgerung kann wie folgt formuliert werden. Meines Erachtens trägt die Entwicklung in China gegenwärtig dazu bei, dass eine problematische Perspektive eingenommen wird: Denn in einer Konstellation, in der in den kapitalistischen Demokratien die »Ehe« zwischen Kapitalismus und Demokratie zu zerbrechen droht, in der Sozialwissenschaftler mit guten Gründen eine Entleerung der Demokratie oder postdemokratische Prozesse (»Regierung der Fachleute«, unkontrollierbare supranationale Agenturen) diagnostizieren und auf eine Zukunft hinweisen, in der konformistische Verhaltensweisen wieder stärker eingefordert werden, könnte der undemokratische, jedoch vielerorts, wenn auch (noch) stillschweigend, als effizientestes Wirtschaftssystem der Gegenwart bewertete Kapitalismus Chinas zum Vorbild nicht allein der Schwellenländer, sondern selbst hoch entwickelter Industriegesellschaften stilisiert werden.¹⁶

Eine erschreckende Erkenntnis kann demzufolge lauten, dass die alte Feststellung Lenins, sozusagen unter Vorgriff auf die hegemonietheoretischen Arbeiten Gramscis, der zufolge die »demokratische Republik [...] die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus« sei (Lenin 1970: 15), in jüngster Zeit gerade durch seine vermeintlichen Epigonen vor den Augen der Weltöffentlichkeit widerlegt wird. Es besteht mit anderen Worten die Gefahr, dass eine Sichtweise, wonach der *Kapitalismus ohne Demokratie* nunmehr als förderlichste »Hülle« der wirtschaftlichen Entwicklung gelten kann, unter Teilen der Machteliten des Südens und des Westens an Einfluss gewinnt. Insofern bestünde eine weitere Implikation dieser Untersuchung darin, ihre Inhalte gegen derartige Vorstellungen zu richten – indem etwa unter Verweis auf die exzeptionell günstigen weltwirtschaftlichen Umstände des chinesischen »Wirtschaftswunders«, das heißt bereits vor der Hinzuziehung demokratietheoretischer Argumente und normativer Überlegungen, festgestellt wird, dass ein solches »Wunder« aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu wiederholen ist und ebenso wenig dauerhaft fortbestehen kann.

16 Ungeachtet dessen erinnert das Beispiel China daran, dass der Kapitalismus mindestens genauso lange ohne repräsentative Demokratie existiert hat wie mit ihr (etwa im Europa des späten 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts). Auch deshalb sollten die Systeme des »Westens« im Übrigen nicht stillschweigend als vermeintlich unproblematische Vorbilder in der Diskussion um »Chinas Zukunft« gelten.

Abbildungen und Tabellen

Abbildungen

3-1	Wirtschaftswachstum in China 1979 bis 2009	218
3-2	Anteil der Löhne, Gewinne und des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt	234
3-3	Ausgewählte Steuereinnahmen der Zentralregierung	272
3-4	Staatsausgaben der Zentralregierung und der Lokalregierungen	276

Tabellen

2-1	Staatseinnahmen der Zentralregierung und der Lokalregierungen, Anteil in Prozent	140
2-2	Staatsausgaben der Zentralregierung und der Lokalregierungen, Anteil in Prozent	141
2-3	Ausgewählte öffentliche Ausgaben von Zentralregierung und Lokalregierungen, in Prozent, 2010	169
3-1	Zusammensetzung des BIP nach Wirtschaftssektoren, in Prozent	219
3-2	Exporte aus China, 1985 bis 2010, in Prozent	223

Abkürzungen

ACFIC	All China Federation of Industry and Commerce
ACFTU	All China Federation of Trade Unions
ADI	Ausländische Direktinvestition
CBRC	China Banking Regulatory Commission
COE	Collectively Owned Enterprise
FIE	Foreign Invested Enterprise
FOE	Foreign Owned Enterprise
GZFTU	Guangzhou Federation of Trade Unions
IPÖ	Internationale Politische Ökonomie
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
MOFCOM	Ministry of Commerce
MOHRSS	Ministry of Human Resources and Social Security
NBS	National Bureau of Statistics of China
NDRC	National Development and Reform Commission
NPL	Non Performing Loan
PBOC	People's Bank of China
POE	Privately Owned Enterprise
R&D	Research and Development
RMB	Renminbi
SASAC	State Asset Supervision and Administration Commission
SETC	State Economic and Trade Commission
SDPC	State Development Planning Commission
SOE	State Owned Enterprise
TVE	Township and Village Enterprise
USD	US-Dollar
VPÖ	Vergleichende Politische Ökonomie

Literatur

- ADB (Asian Development Bank), 2011: *Asian Development Outlook 2011: South-South Economic Links*. Asian Development Bank. <www.adb.org/documents/books/ado/2011/ado2011.pdf>
- Adorno, Theodor W., 1996: Über Statik und Dynamik als soziologische Kategorien. In: Theodor W. Adorno (Hg.), *Gesammelte Schriften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 217–237.
- Aglietta, Michel, 1979: *A Theory of Capitalist Regulation: The US-Experience*. London: New Left Books.
- Ahlers, Anna L./Gunter Schubert, 2009: »Building a New Socialist Countryside« – Only a Political Slogan? In: *Journal of Current Chinese Affairs* 38(4), 35–62.
- Ahrens, Joachim/Patrick Jünemann, 2006: Transitional Institutions, Institutional Complementarities and Economic Performance in China: A »Varieties of Capitalism« Approach. In: *Duisburg Working Papers on East Asian Studies* No. 72/2007, 3–54. <www.uni-due.de/in-ecast/fileadmin/publications/gruen/paper72.pdf>
- Akyüz, Yilmaz, 2011: Export Dependence and Sustainability of Growth in China. In: *China and World Economy* 19(1), 1–23.
- Allen, Franklin/Jun Qian/Meijun Qian, 2003: *Comparing China's Financial System*. In: *China Journal of Finance* 1, 1–28.
- Allen, Franklin, et al., 2011: *China's Financial System: Opportunities and Challenges*. <http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1945259>
- Altwater, Elmar/Birgit Mahnkopf, 1996: *Grenzen der Globalisierung: Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Amable, Bruno, 2003: *The Diversity of Modern Capitalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Amelung, Iwo, 2009: Modernität, Aberglaube und nationale Identität: Überlegungen zur Entwicklung der Wissenschaft in China. In: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 6(2), 96–118.
- Amsden, Alice H./Wan-wen Chu, 2003: *Beyond Late Development: Taiwan's Upgrading Policies*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Anderlini, Jamil, 2008: China Investment Arm Emerges From Shadows. In: *Financial Times*, 5. Januar 2008. <www.ft.com/cms/s/0/fd0b7e6e-bb2f-11dc-9fbc-0000779fd2ac.html>
- Anderson, Perry, 2010a: Sinomania. In: *London Review of Books* 32(2), 3–6.
- , 2010b: Two Revolutions: Rough Notes. In: *New Left Review* 61(1–2), 59–96.
- Andreas, Joel, 2009: *Rise of the Red Engineers: The Cultural Revolution and the Origins of China's New Class*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- , 2010: A Shanghai Model? In: *New Left Review* 65(9–10), 63–85.

- Aoki, Masahiko 2011: *The Five Phases of Economic Development and Institutional Evolution in China and Japan*. Presidential Lecture, 16th World Congress of International Economic Association, Beijing. <www.stanford.edu/~aoki/publications/5-phases-Aoki-%28July%205%29.pdf>
- Aoki, Masahiko/Kevin Murdock/Masahiro Okuno-Fujiwara, 2005: Beyond the East Asian Miracle: Introducing the Market-Enhancing View. In: Masahiko Aoki/Hyung-Ki Kim/Masahiro Okuno-Fujiwara (Hg.), *The Role of Government in East Asian Economic Development: Comparative Institutional Analysis*. Oxford: Clarendon Press, 1–37.
- Appelbaum, Richard P., 2009: Big Suppliers in Greater China: A Growing Counterweight to the Power of Giant Retailers. In: Ho-fung Hung (Hg.), *China and the Transformation of Global Capitalism*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 65–85.
- Arnason, Johann Pall, 1976: *Zwischen Natur und Gesellschaft: Studien zu einer Kritischen Theorie des Subjekts*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.
- , 2003a: *Civilizations in Dispute: Historical Questions and Theoretical Traditions*. Leiden: Brill.
- , 2003b: Entangled Communisms: Imperial Revolutions in Russia and China. In: *European Journal of Social Theory* 6(3), 307–325.
- , 2005: The Varieties of Accumulation: Civilisational Perspectives on Capitalism. In: Christian Joerges/Bo Strath/Peter Wagner (Hg.), *The Economy as a Polity: The Political Constitution of Contemporary Capitalism*. London: UCL Press, 17–36.
- , 2008: East Asian Modernity Revisited. In: Judit Árokay/Verena Blechinger-Talcott/Hilaria Gössmann (Hg.), *Irmela Hijiya-Kirschnerit zu Ehren: Festschrift zum 60. Geburtstag*. München: Iudicium, 395–407.
- Arrighi, Giovanni, 2008: *Adam Smith in Beijing: Die Genealogie des 21. Jahrhunderts*. Hamburg: VSA.
- Arrighi, Giovanni, et al., 2003: Historical Capitalism, East and West. In: Giovanni Arrighi/Takeshi Hamashita/Mark Selden (Hg.), *The Resurgence of East Asia: 500, 150 and 50 Year Perspectives*. London: Routledge, 259–333.
- Aspers, Patrik/Jens Beckert, 2008: Märkte. In: Andrea Maurer (Hg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag, 225–246.
- Au, Loong-Yu, 2008: *The New Chinese Nationalism*. <www.solidarity-us.org/node/1886>
- , 2009: *China: End of a Model ... Or the Birth of a New One?* <<http://newpolitics.mayfirst.org/fromthearchives?nid=88>>
- Bai, Chong-En/Jiangyong Lu/Zhigang Tao, 2009: How Does Privatization Work in China? In: *Journal of Comparative Economics* 37(3), 453–470.
- Becker, Joachim, 2002: *Akkumulation, Regulation, Territorium: Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Marburg: Metropolis.
- Beckert, Jens, 2009: *Die Anspruchsinflation des Wirtschaftssystems*. MPIfG Working Paper 09/10. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- , 2011: *Imagined Futures: Fictionality in Economic Action*. MPIfG Discussion Paper 11/8. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Beckert, Jens/Rainer Diaz-Bone/Heiner Ganßmann (Hg.), 2007: *Märkte als soziale Strukturen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Beeson, Mark, 2009: Developmental States in East Asia: A Comparison of the Japanese and Chinese Experiences. In: *Asian Perspective* 33(2), 5–39.

- Béja, Jean-Philippe, 2006: The Changing Aspects of Civil Society in China. In: *Social Research* 73(1), 53–74.
- Benz, Arthur, 2009: *Politik in Mehrebenensystemen*. Wiesbaden: VS Verlag Verlag.
- Bernstein, Thomas P., 1999: Farmer Discontent and Regime Responses. In: Merle Goldman/Roderick MacFarquhar (Hg.), *The Paradox of China's Post-Mao Reforms*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 197–219.
- Beyer, Jürgen, 2006: *Pfadabhängigkeit: Über institutionelle Kontinuität, anfällige Stabilität und fundamentalen Wandel*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Bian, Morris L., 2005: *The Making of the State Enterprise System in Modern China*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Bidet, Jacques, 1991: Für eine metastrukturelle Theorie der Moderne. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 39(12), 1331–1340.
- Biggart, Nicole Woolsey, 1997: Explaining Asian Economic Organization: Toward a Weberian Institutional Perspective. In: Marco Orru/Nicole Woolsey Biggart/Gary G. Hamilton (Hg.), *The Economic Organization of East Asian Capitalism*. Thousand Oaks: Sage, 3–32.
- Blecher, Marc, 2008: When WAL-MART Wimped Out. In: *Critical Asian Studies* 40(2), 263–276.
- Block, Fred, 1994: The Roles of the State in the Economy. In: Neil J. Smelser/Richard Swedberg (Hg.), *The Handbook of Economic Sociology*. Princeton: Princeton University Press, 691–710.
- , 2005: Towards a New Understanding of Economic Modernity. In: Christian Joerges/Bo Strath/Peter Wagner (Hg.), *The Economy as a Polity: The Political Constitution of Contemporary Capitalism*. London: UCL Press, 3–17.
- , 2008: Swimming Against the Current: The Rise of a Hidden Developmental State in the United States. In: *Politics and Society* 36(2), 169–206.
- Bohle, Dorothee/Béla Greskovits, 2009: Varieties of Capitalism and Capitalism »tout court«. In: *Archives de l'européenne de Sociologie – European Journal of Sociology* 50(3), 355–368.
- Bourdieu, Pierre, 1992: *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg: VSA.
- Boyer, Robert, 2000: Is a Finance-led Growth Regime a Viable Alternative to Fordism? A Preliminary Analysis. In: *Economy and Society* 29(1), 111–145.
- , 2005: *How and Why Capitalisms Differ*. MPIfG Discussion Paper 05/4. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Bradach, Jeffrey L./Robert G. Eccles, 1991: Price, Authority and Trust: From Ideal Types to Plural Forms. In: Grahame Thompson et al. (Hg.), *Markets, Hierarchies and Networks: The Coordination of Social Life*. London: Sage, 277–292.
- Brand, Ulrich 2006: *Die politische Form der Globalisierung: Politische Institutionen und soziale Kräfte im internationalisierten Staat*. Habilitationsschrift. Kassel: Universität Kassel.
- Brandt, Loren/Eric Thun, 2010: The Fight for the Middle: Upgrading, Competition, and Industrial Development in China. In: *World Development* 38(11), 1555–1574.
- Bremmer, Ian, 2010: *The End of the Free Market: Who Wins the War Between States and Corporations?* New York: Portfolio.
- Brenner, Neil, 2004: Urban Governance and the Production of New State Spaces in Western Europe, 1960–2000. In: *Review of International Political Economy* 11(3), 447–488.
- Brenner, Neil/Susanne Heeg, 1999: Lokale Politik und Stadtentwicklung nach dem Fordismus: Möglichkeiten und Beschränkungen. In: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen* 2, 103–119.

- Brenner, Robert, 2006: *The Economics of Global Turbulence: The Advanced Capitalist Economies from Long Boom to Long Downturn, 1945–2005*. London: Verso.
- Breslin, Shaun, 2004: *Capitalism with Chinese Characteristics: The Public, the Private and the International*. Asia Research Centre Working Paper 104. Murdoch: Asia Research Centre.
<www.arc.murdoch.edu.au/publications/wp/wp104.pdf>
- , 2007a: *China and the Global Political Economy*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- , 2007b: Beyond the Disciplinary Heartlands: Studying China's International Political Economy. In: David Zweig/Zhimin Chen (Hg.), *China's Reforms and International Political Economy*. London: Routledge, 21–41.
- , 2010: China's Emerging Global Role: Dissatisfied Responsible Great Power. In: *Politics* 30(S1), 52–62.
- Brodsgaard, Kjeld Erik, 2004: Management of Party Cadres in China. In: Kjeld Erik Brodsgaard/Yongnian Zheng (Hg.), *Bringing the Party Back In: How China Is Governed*. Singapur: Eastern Universities Press, 57–91.
- Brodsgaard, Kjeld Erik/Yongnian Zheng (Hg.), 2004: *Bringing the Party Back In: How China Is Governed*. Singapur: Eastern Universities Press.
- Brückner, Lisa, 2011: »Papiertiger« oder effektives Sicherungsmodell – Das Sozialversicherungsgesetz der VR China tritt in Kraft. <www.eu-china.net/web/cms/upload/pdf/materialien/eu-china-hintergrundinformationen1–2011_11–08–18.pdf>
- Bu, Yuanshi, 2009: *Einführung in das Recht Chinas*. München: C.H. Beck.
- Bunker, Stephen G./Paul S. Ciccantell, 2007: *East Asia and the Global Economy: Japan's Ascent, with Implications for China's Future*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Burawoy, Michael, 1985: *Politics of Production*. London: Verso.
- , 1996: The State and Economic Involution: Russia through a China Lens. In: *World Development* 24(6), 1105–1117.
- Butollo, Florian/Boy Lühje, 2012: *Drei Seiten – vier Parteien? Arbeitskonflikte, Gewerkschaften und kollektive Arbeitsstandards in China*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Butollo, Florian/Tobias ten Brink, 2012: Challenging the Atomization of Discontent: Patterns of Migrant-Worker Protest in China during the Series of Strikes in 2010. In: *Critical Asian Studies* 44(3), 419–440.
- Cai, Fang, 2010: Labor Market Development and Expansion of Rural and Urban Employment. In: Fang Cai (Hg.), *Transforming the Chinese Economy*. Leiden: Brill, 85–114.
- Cai, Yongshun, 2008: Power Structure and Regime Resilience: Contentious Politics in China. In: *British Journal of Political Science* 38(3), 411–432.
- , 2010: *Collective Resistance in China: Why Popular Protests Succeed or Fail*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- , 2011: Distinguishing Between Losers: Institutionalizing Inequality in China's Corporate Restructuring. In: Jean C. Oi (Hg.), *Going Private in China: The Politics of Corporate Restructuring and System Reform*. Stanford, CA: Walter H. Shorenstein Asia-Pacific Research Center Books, 71–93.
- Callinicos, Alex, 2006: *The Resources of Critique*. Cambridge: Polity.
- Castells, Manuel, 2003: *Das Informationszeitalter*, Bd. 3: *Jahrtausendwende*. Opladen: Leske + Budrich.
- Castoriadis, Cornelius, 1988: The Relations of Production in Russia. In: Cornelius Castoriadis (Hg.), *Political and Social Writings*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 107–158.

- Chan, Anita, 1993: Revolution or Corporatism? Workers and Trade Unions in Post-Mao China. In: *The Australian Journal of Chinese Affairs* 29(1), 31–61.
- , 2001: *China's Workers under Assault: The Exploitation of Labor in a Globalizing Economy*. Armonk, NY: M. E. Sharpe.
- , 2006: Arbeitsbeziehungen in China: Zwischen organisiertem und neoliberalen Kapitalismus. In: *Das Argument* 268, 92–97.
- , 2008: The Evolution of China's Industrial System, the Japanese-German Model, and China's Workers' Congress. In: *Labour Relations Journal* 1, 52–65.
- , 2011: Strikes in China's Export Industries in Comparative Perspective. In: *The China Journal* 65(1), 27–51.
- Chan, Anita/Jonathan Unger, 2009: A Chinese State Enterprise under the Reforms: What Model of Capitalism? In: *The China Journal* 62(2), 1–26.
- Chan, Chris King-Chi/Ngai Pun, 2009: The Making of a New Working Class? A Study of Collective Actions of Migrant Workers in South China. In: *The China Quarterly* 198, 287–303.
- Chan, Kam Wing/Will Buckingham, 2008: Is China Abolishing the Hukou System? In: *The China Quarterly* 195, 582–606.
- Chang, Eric C./Sonia M. L. Wong, 2004: Political Control and Performance in China's Listed Firms. In: *Journal of Comparative Economics* 32(4), 617–636.
- Chang, Kai/Boy Lüthje/Siqi Luo, 2008: *Die Transformation der Arbeitsbeziehungen in China und ihre Besonderheiten*. Arbeitspapier des HBS-Forschungsprojektes »Sozialökonomische Transformation und industrielle Beziehungen in China«. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Chen, Jiagui/Qin Wang, 2010: The Reform, Opening, and Development of China's Industrial Economy. In: Fang Cai (Hg.), *Transforming the Chinese Economy*. Leiden: Brill, 39–83.
- Chen, Wenhong, 2007: Does the Colour of the Cat Matter? The Red Hat Strategy in China's Private Enterprises. In: *Management and Organization Review* 3(1), 55–79.
- Chen, Xiangming, 2005: *As Borders Bend: Transnational Spaces on the Pacific Rim*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Chibber, Vivek, 2003: *Locked in Place: State-Building and Late Industrialization in India*. Princeton: Princeton University Press.
- Chin, Gregory T., 2007: Between »outside-in« and »inside-out«: The Internationalization of the Chinese State. In: David Zweig/Zhimin Chen (Hg.), *China's Reforms and International Political Economy*. London: Routledge, 155–170.
- Chiu, Stephen W. K./Stephen J. Frenkel, 2000: *Globalization and Industrial Relations in China*. Bangkok: International Labour Organization.
- Cho, Hyekyung, 2005: *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Chow, Gregory C., 2012: *China as a Leader of the World Economy*. Singapur: World Scientific.
- Chu, Yin-wah (Hg.), 2010: *Chinese Capitalisms: Historical Emergence and Political Implications*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Chu, Yin-wah/Alvin Y. So, 2010: State Neo-Liberalism: The Chinese Road to Capitalism. In: Yin-wah Chu (Hg.), *Chinese Capitalisms: Historical Emergence and Political Implications*. Houndmills: Palgrave Macmillan, 46–72.
- Clarke, Simon/Tim Pringle, 2009: Can Party-led Trade Unions Represent Their Members? In: *Post-Communist Economies* 21(1), 85–101.
- CLB (China Labour Bulletin), 2009: *Going it Alone: The Workers' Movement in China (2007–2008)*. Hong Kong: China Labour Bulletin.

- CLB (China Labour Bulletin), 2011: *Unity Is Strength: The Workers' Movement in China (2009–2011)*. Hong Kong: China Labour Bulletin.
- Cliff, Tony, 1974: *State Capitalism in Russia*. Pluto Press: London.
- Coates, David, 2000: *Models of Capitalism: Growth and Stagnation in the Modern Era*. Cambridge: Polity.
- (Hg.), 2005a: *Varieties of Capitalism, Varieties of Approaches*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- , 2005b: Paradigms of Explanation. In: David Coates (Hg.), *Varieties of Capitalism, Varieties of Approaches*. Houndmills: Palgrave Macmillan, 1–25.
- Cohen, Benjamin J., 2009: The Future of Reserve Currencies. In: *Finance and Development* 9/2009, 26–29.
- Conlé, Marcus, 2011: *The Continuity and Change of China's Capitalism: An Evolutionary Perspective*. Konferenzbeitrag, Annual Conference of the Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE), Autonomous University of Madrid, Madrid, Spain, 23. June 23 2011.
- Crouch, Colin, 2005: *Capitalist Diversity and Change: Recombinant Governance and Institutional Entrepreneurs*. Oxford: Oxford University Press.
- Crouch, Colin/Martin Schröder/Helmut Voelzkow, 2009: Regional and Sectoral Varieties of Capitalism. In: *Economy and Society* 38(4), 654–678.
- Cumings, Bruce, 1999: Webs with No Spiders, Spiders with No Webs: The Genealogy of the Developmental State. In: Meredith Woo-Cumings (Hg.), *The Developmental State*. Ithaca, NY: Cornell University Press, 61–92.
- Dale, Gareth, 2004: *Between State Capitalism and Globalisation: The Collapse of the East German Economy*. Bern: Peter Lang.
- Damian, Tobin, 2011: Austerity and Moral Compromise: Lessons from the Development of China's Banking System. In: *World Development* 39(5), 700–711.
- DB (Deutsche Bank), 2010: *China's Provinces: Digging One Layer Deeper*. <www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD0000000000254347.pdf>
- de Haan, Arjan, 2010: The Financial Crisis and China's »Harmonious Society«. In: *Journal of Current Chinese Affairs* 39(2), 69–99.
- Derichs, Claudia/Thomas Heberer, 2008: Grundlagen politikwissenschaftlicher Komparatistik. In: Thomas Heberer/Claudia Derichs (Hg.), *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens: VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*. Wiesbaden: VS Verlag, 1–20.
- Deutschmann, Christoph, 2009a: *Soziologie kapitalistischer Dynamik*. MPI Scholar in Residence Lectures 09/2. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/aktuelles/SiR/MPIFG-Deutschmann_0902.pdf>
- , 2009b: *The Entrepreneur in Economic Sociology*. Konferenzbeitrag, Annual Conference of the Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE), Paris, 15.–19. July 2009.
- Deyo, Frederic C., 1993: *Beneath the Miracle: Labor Subordination in the New Asian Industrialism*. Berkeley: University of California Press.
- Dickson, Bruce J., 2003: *Red Capitalists in China: The Party, Private Entrepreneurs, and Prospects for Political Change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- , 2007: Integrating Wealth and Power in China: The Communist Party's Embrace of the Private Sector. In: *The China Quarterly* 192, 827–854.
- Dirlik, Arif, 1997: Critical Reflections on »Chinese Capitalism« as Paradigm. In: *Identities* 3(3), 303–330.
- Dittmer, Lowell, 1987: *China's Continuous Revolution: The Post-liberation Epoch, 1949–1981*. Berkeley: University of California Press.

- Dörre, Klaus/Stephan Lessenich/Hartmut Rosa (Hg.), 2009: *Soziologie, Kapitalismus, Kritik: Eine Debatte*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Dreyer, June Teufel, 1996: *China's Political System: Modernization and Tradition*. Boston: Allyn and Bacon.
- Duan, Haiyan/Vivian Zhan, 2011: Fiscal Transfer and Local Public Expenditure in China: A Case Study of Shanxi Province. In: *The China Review* 11(1), 57–88.
- Duckett, J., 2001: Bureaucrats in Business, Chinese-Style: The Lessons of Market Reform and State Entrepreneurialism in the People's Republic of China. In: *World Development* 29(1), 23–37.
- Durkheim, Emile, 1988: *Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Edmonds, Christopher/Sumner J. La Croix/Yao Li, 2007: China's Rise as a Trading Power. In: Christopher A. McNally (Hg.), *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragon's Lair*. London: Routledge, 169–189.
- Ehlert, Niels/Annika Hennl/André Kaiser, 2007: Föderalismus, Dezentralisierung und Performanz: Eine makroquantitative Analyse der Leistungsfähigkeit territorialer Politikorganisation in entwickelten Demokratien. In: *Politische Vierteljahresschrift* 48(2), 243–268.
- Eifler, Ulrike, 2007: *Neoliberale Globalisierung und die Arbeiterbewegung in China*. Stuttgart: Ibidem.
- Eisenstadt, Shmuel N., 2006: *Theorie und Moderne. Soziologische Essays*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Elam, Mark, 1997: National Imaginations and Systems of Innovation. In: Charles Edquist (Hg.), *Systems of Innovation: Technologies, Institutions and Organizations*. London: Pinter, 157–173.
- Engels, Friedrich, 1962: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: Karl Marx/Friedrich Engels (Hg.), *MEW, Band 19*. Berlin: Dietz, 189–228.
- Ernst, Dieter, 2006: *Innovation Offshoring: Asia's Emerging Role in Global Innovation Networks*. Honolulu: East-West Center.
- Ernst, Dieter/Barry Naughton, 2007: China's Emerging Industrial Economy: Insights from the IT Industry. In: Christopher A. McNally (Hg.), *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragon's Lair*. London: Routledge, 39–59.
- EUCCC (European Union Chamber of Commerce in China), 2010: *European Business in China Position Paper 2009/2010*. <www.europeanchamber.com.cn/en/european-chamber-publications>
- Evans, Peter, 1995: *Embedded Autonomy: States and Industrial Transformation*. Princeton: Princeton University Press.
- Eyal, Gil/Iván Szelényi/Eleanor Townsley, 2000: *Making Capitalism without Capitalists: Class Formation and Elite Struggles in Post-Communist Central Europe*. London: Verso.
- Fan, Peilei, 2011: Innovation, Globalization, and Catch-up of Latecomers: Cases of Chinese Telecom Firms. In: *Environment and Planning A* 43(4), 830–849.
- Felipe, Jesus/Editha Laviña/Emma Xiaoqin Fan, 2008: The Diverging Patterns of Profitability, Investment and Growth of China and India during 1980–2003. In: *World Development* 36(5), 741–774.
- Feng, Chen, 2003: Between the State and Labour: The Conflict of Chinese Trade Unions' Double Identity in Market Reform. In: *The China Quarterly* 176, 1006–1028.
- Fewsmith, Joseph, 2008: *China since Tiananmen: From Deng Xiaoping to Hu Jintao*. New York: Cambridge University Press.

- Fewsmith, Joseph, 2011: The Elusive Search for Effective Sub-County Governance. In: Sebastian Heilmann/Elizabeth J. Perry (Hg.), *Mao's Invisible Hand*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 269–296.
- Field, Mark George, 1976: *Social Consequences of Modernization in Communist Societies*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Fligstein, Neil, 2001: *The Architecture of Markets: An Economic Sociology of Twenty-First-Century Capitalist Societies*. Princeton: Princeton University Press.
- Fligstein, Neil/Jianjun Zhang, 2011: A New Agenda for Research on the Trajectory of Chinese Capitalism. In: *Management and Organization Review* 7(1), 39–62.
- Frazier, Mark W., 2011: Welfare Policy Pathways among Large Uneven Developers. In: Scott Kennedy (Hg.), *Beyond the Middle Kingdom*. Stanford, CA: Stanford University Press, 89–109.
- Friedman, Eli David, 2011: *Rupture and Representation: Migrant Workers, Unions and the State in China*. Dissertation. Berkeley: Universität Berkeley, CA.
- Friedman, Eli/Ching Kwan Lee, 2010: Remaking the World of Chinese Labour: A 30-Year Retrospective. In: *British Journal of Industrial Relations* 48(3), 507–533.
- Fröbel, Folker/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye, 1988: Die Entwicklungsländer in der internationalen Arbeitsteilung. In: Elmar Altvater et al. (Hg.), *Die Armut der Nationen: Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire*. Berlin: Rotbuch, 92–101.
- Gallagher, Mary E./Yue Ma, 2011: FDI and Corporate Restructuring in China: Is the Medicine Worse than the Disease? In: Jean C. Oi (Hg.), *Going Private in China: The Politics of Corporate Restructuring and System Reform*. Stanford, CA: Walter H. Shorenstein Asia-Pacific Research Center Books, 135–173.
- Gates, Hill, 1996: *China's Motor: A Thousand Years of Petty Capitalism*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Gaulier, Guillaume/Francoise Lemoine/Deniz Ünal-Kesenci, 2007: China's Integration in East Asia: Production Sharing, FDI & High-Tech Trade. In: *Economic Change and Restructuring* 40(1–2), 27–63.
- Geffken, Rolf, 2005: *Der Preis des Wachstums: Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht in der Volksrepublik China*. Hamburg: VSA.
- Gereffi, Gary, 2009: Development Models and Industrial Upgrading in China and Mexico. In: *European Sociological Review* 25(1), 37–51.
- Gereffi, Gary/John Humphrey/Timothy Sturgeon, 2005: The Governance of Global Value Chains. In: *Review of International Political Economy* 12(1), 78–104.
- Gerschenkron, Alexander, 1966: *Economic Backwardness in Historical Perspective: A Book of Essays*. Cambridge, MA: Belknap Press of Harvard University Press.
- Gerth, Karl 2010: *The Past, Present & Future of Consumerism in China – Interview with Karl Gerth*. <<http://thechinaobserver.com/2010/08/04/the-past-present-future-of-consumerism-in-china-interview-with-karl-gerth/>>
- Gey, Peter, 1985: Planwirtschaft und Industrialisierung - Probleme sozialistischer Wirtschaftssysteme in Entwicklungsländern am Beispiel Polens, Jugoslawiens, Chinas und Kubas. In: Peter Gey/Jiri Kosta/Wolfgang Quaisser (Hg.), *Sozialismus und Industrialisierung: Die Wirtschaftssysteme Polens, Jugoslawiens, Chinas und Kubas im Vergleich*. Frankfurt a.M.: Campus, 15–55.
- Gilley, Bruce, 2008: Legitimacy and Institutional Change: The Case of China. In: *Comparative Political Studies* 41(3), 259–284.

- Glyn, Andrew, 2006: *Capitalism Unleashed: Finance, Globalization, and Welfare*. Oxford: Oxford University Press.
- GM (Globalization Monitor), 2010: *Complicity, Campaigns, Collaboration, and Corruption: Strategies and Responses to European Corporations and Lobbyists in China*. Hongkong: Globalization Monitor Limited.
- Goldman, Merle/Roderick MacFarquhar (Hg.), 1999a: *The Paradox of China's Post-Mao Reforms*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- , 1999b: Dynamic Economy, Declining Party-State. In: Merle Goldman/Roderick MacFarquhar (Hg.), *The Paradox of China's Post-Mao Reforms*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 3–29.
- Gore, Lance L. P., 2011: *China's »Mini-State Council«: National Development and Reform Commission*. EAI Background Brief No. 614. <www.eai.nus.edu.sg/BB614.pdf>
- Grobe-Hagel, Karl, 1990: Die Elite der Partisanen: Mit den Mitteln von 1935 ins dritte Jahrtausend. In: Ulrich Menzel (Hg.), *Nachdenken über China*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 23–47.
- Guo, Dingping, 2009: The Changing Nature of Chinese Socialism Comparative Perspectives. In: *European Journal of East Asian Studies* 8(1), 1–29.
- Guthrie, Doug, 2002: *Dragon in a Three-Piece Suit: The Emergence of Capitalism in China*. Princeton: Princeton University Press.
- Hagemann, Ernst, 1990: Öffnung mit Zugluft: Getrübe Aussichten in der Außenwirtschaft. In: Ulrich Menzel (Hg.), *Nachdenken über China*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 105–125.
- Hall, Peter A., 2008: Systematic Process Analysis: When and How To Use It. In: *European Political Science* 7(3), 304–317.
- Hall, Peter A./David Soskice, 2001: An Introduction to Varieties of Capitalism. In: Peter A. Hall/David Soskice (Hg.), *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press, 1–68.
- Hamilton, Gary G., 2006a: *Commerce and Capitalism in Chinese Societies*. London: Routledge.
- , 2006b: Hong Kong and the Rise of Capitalism in Asia. In: Gary G. Hamilton (Hg.), *Commerce and Capitalism in Chinese Societies*. London: Routledge, 129–145.
- Hamilton, Gary G./Nicole Woolsey Biggart, 1997: Market, Culture, and Authority: A Comparative Analysis of Management and Organization in the Far East. In: Marco Orru/Nicole Woolsey Biggart/Gary G. Hamilton (Hg.), *The Economic Organization of East Asian Capitalism*. Thousand Oaks: Sage, 111–150.
- Hamilton, Gary G./Misha Petrovic/Robert C. Feenstra, 2006: Remaking the Global Economy: U.S. Retailers and Asian Manufacturers. In: Gary G. Hamilton (Hg.), *Commerce and Capitalism in Chinese Societies*. London: Routledge, 146–183.
- Hancké, Bob/Martin Rhodes/Mark Thatcher (Hg.), 2007: *Beyond Varieties of Capitalism: Conflict, Contradictions, and Complementarities in the European Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Hansakul, Syetarn, 2007: *Chinas Bankensektor: Bereit für die nächste Runde?* Frankfurt a.M.: Deutsche Bank Research.
- Harman, Chris, 2009: *Zombie Capitalism: Global Crisis and the Relevance of Marx*. London: Bookmarks.
- Harris, Nigel, 1970: *Die Ideologien in der Gesellschaft: Eine Untersuchung über Entstehung, Wesen und Wirkung*. München: C.H. Beck.
- , 1978: *The Mandate of Heaven: Marx and Mao in Modern China*. London: Quartet Books.

- Harris, Nigel, 1986: *The End of the Third World: Newly Industrializing Countries and the Decline of an Ideology*. Harmondsworth/Middlesex: Penguin Books.
- Hartig, Falk, 2008: *Die Kommunistische Partei Chinas heute: Von der Revolutions- zur Reformpartei*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Hart-Landsberg, Martin 2010: *The U.S. Economy and China: Capitalism, Class, and Crisis*. <<http://monthlyreview.org/2010/02/01/the-u-s-economy-and-china-capitalism-class-and-crisis>>
- Hart-Landsberg, Martin/Paul Burkett, 2006: China and the Dynamics of Transnational Accumulation: Causes and Consequences of Global Restructuring. In: *Historical Materialism* 14(3), 3–43.
- Hartmann, Jürgen, 2006: *Politik in China: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Harvey, David 1989: From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: *Geografiska Annaler. Series B, Human Geography* 71(1), 3–17.
- , 2010: *The Enigma of Capital: And the Crises of Capitalism*. London: Profile Books.
- Hay, Colin, 2002: *Political Analysis: A Critical Introduction*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Hayes, Christopher, 2010: Die große Spaltung: Kapitalismus auf Chinesisch. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2010, 89–98.
- Haynes, Mike, 2002: Marxism and the Russian Question in the Wake of the Soviet Collapse. In: *Historical Materialism* 10(4), 317–362.
- He, Jianwu/Louis Kuijs, 2007: *Rebalancing China's Economy: Modeling a Policy Package*. World Bank China Research Paper 7. <www.worldbank.org.cn/english/content/working_paper7.pdf>
- He, Qinglian, 2006: *China in der Modernisierungsfalle*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Heberer, Thomas, 2002: *Strategische Gruppen und Staatskapazität: Das Beispiel der Privatunternehmer in China*. Duisburg Working Papers on East Asian Studies 46. Duisburg: Gerhard Mercator-Universität Duisburg.
- , 2007: Institutionelle Defizite gefährden Chinas soziale und politische Stabilität: Von der Rolle einer Supermacht des 21. Jahrhunderts ist das Land noch weit entfernt. In: *Zeitschrift für Politik* 54(2), 162–178.
- , 2008: Das politische System der VR China im Prozess des Wandels. In: Thomas Heberer/Claudia Derichs (Hg.), *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens: VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*. Wiesbaden: VS Verlag, 21–177.
- Heberer, Thomas/Gunter Schubert (Hg.), 2009: *Regime Legitimacy in Contemporary China: Institutional Change and Stability*. London: Routledge.
- Heberer, Thomas/Anja Senz, 2009: Reform, Demokratisierung, Stabilität oder Kollaps? Literaturbericht zur Entwicklung des chinesischen Herrschaftssystems. In: *Politische Vierteljahresschrift* 50(2), 306–326.
- Heilmann, Sebastian, 2004: *Das politische System der Volksrepublik China*. Wiesbaden: VS Verlag.
- , 2008: Policy Experimentation in China's Economic Rise. In: *Studies in Comparative International Development* 43(1), 1–26.
- , 2009: Weltwirtschaftliche Integration und politisch-administrative Modernisierung: Die Volksrepublik China als lernendes autoritäres System? In: Hanns W. Maull/Martin Wäger (Hg.), *Ostasien in der Globalisierung*. Baden-Baden: Nomos, 155–168.

- Heilmann, Sebastian, 2010: *The Reinvention of Development Planning in China, 1993–2010*. Konferenzbeitrag. Joint International Conference of the Research Network »Governance in China« and the Association for Social Science Research on China (ASC), Würzburg, 26.–28. November 2010.
- , 2011a: Experience First, Laws Later: Experimentation and Breakthroughs in the Restructuring of China's State Sector. In: Jean C. Oi (Hg.), *Going Private in China: The Politics of Corporate Restructuring and System Reform*. Stanford, CA: Walter H. Shorenstein Asia-Pacific Research Center Books, 95–118.
- , 2011b: Making Plans for Markets: Policies for the Long Term in China. In: *Harvard Asia Quarterly* 13(2), 33–40.
- Heilmann, Sebastian/Elizabeth J. Perry (Hg.), 2011a: *Mao's Invisible Hand: The Political Foundations of Adaptive Governance in China*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- , 2011b: Embracing Uncertainty: Guerilla Policy Style and Adaptive Governance in China. In: Sebastian Heilmann/Elizabeth J. Perry (Hg.), *Mao's Invisible Hand*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 1–29.
- Heinrich, Michael, 2003: *Die Wissenschaft vom Wert: Die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Herd, Richard/Vincent Koen/Anders Reutersward, 2010: *China's Labour Market in Transition: Job Creation, Migration and Regulation*. OECD Economics Department Working Papers 749. Paris: OECD.
- Herr, Hansjörg, 2002: Tastendes Suchen statt beherrztes Springen: Chinas erfolgreicher Reformprozess. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* 3/2002, 26–48.
- , 2008: Das chinesische Wechselkursystem. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7, 27–32.
- , 2011: Perspectives on High Growth and Rising Inequality. In: Christoph Scherrer (Hg.), *China's Labor Question*. München: Rainer Hampp Verlag, 7–27.
- Herr, Hansjörg/Silke Tober, 1999: Unterschiedliche Marktconstellationen: Was unterscheidet die Entwicklung in der VR China von den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und den Visegradstaaten? In: Hansjörg Herr/Kurt Hübner (Hg.), *Der »lange Marsch« in die Marktwirtschaft: Entwicklungen und Erfahrungen in der VR China und Osteuropa*. Berlin: edition sigma, 77–118.
- Herrmann, Andrea M., 2010: Against the Schumpeterian Mainstream: A Review of Institutional Approaches to Entrepreneurship. In: *Socio-Economic Review* 8(4), 735–746.
- Herrmann-Pillath, Carsten, 1995: *Marktwirtschaft in China: Geschichte – Strukturen – Transformation*. Opladen: Leske + Budrich.
- , 2001: Staatliche Kapazität, Regulation und Krise: Systemerbe und Globalisierung in der chinesischen Transformation. In: Gunter Schubert (Hg.), *China: Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert*. Hamburg: Institut für Asienkunde, 183–234.
- , 2006: *China's Path-Dependent Transition: Culture Mediating Between Market and Socialism*. <<http://ssrn.com/abstract=950698>>
- , 2007: *Adam Smith and Confucius: A Tour d'Horizon Towards a Transcultural Foundation of Institutions*. <<http://ssrn.com/abstract=966033>>
- Hirsch, Joachim, 2005: *Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA.

- Holbig, Heike, 2003: Gelingt die politische Steuerung der wirtschaftlichen Dynamik in China? In: *China aktuell* 32(1), 43–51.
- , 2004: The Party and Private Entrepreneurs in the PRC. In: Kjeld Erik Brodsgaard/Yongnian Zheng (Hg.), *Bringing the Party Back In: How China Is Governed*. Singapur: Eastern Universities Press, 239–268.
- , 2005: »Wissenschaftliches Entwicklungskonzept«, »Harmonische Gesellschaft« und »Eigenständige Innovation«: Neue parteipolitische Prioritäten unter Hu Jintao. In: *China aktuell* 34(6), 13–19.
- , 2009: Ideological Reform and Political Legitimacy in China: Challenges in the Post-Jiang Era. In: Thomas Heberer/Gunter Schubert (Hg.), *Regime Legitimacy in Contemporary China*. London: Routledge, 13–34.
- Holbig, Heike/Bruce Gilley, 2010: *In Search of Legitimacy in Post-revolutionary China: Bringing Ideology and Governance Back In*. Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies. <http://repec.giga-hamburg.de/pdf/giga_10_wp127_holbig-gilley.pdf>
- Holbig, Heike/Thomas Reichenbach, 2005: *Verbandliche Interessenvermittlung in der VR China: Der Bund für Industrie und Handel zwischen staatlichem Kontrollanspruch und privatwirtschaftlicher Selbstbehauptung*. Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Hollingsworth, J. Rogers/Robert Boyer (Hg.), 1997: *Contemporary Capitalism: The Embeddedness of Institutions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Holz, Carsten A., 2008: China's Economic Growth 1978–2025: What We Know Today About China's Economic Growth Tomorrow. In: *World Development* 36(10), 1665–1691.
- Hong, Eunsuk/Laixiang Sun, 2006: Dynamics of Internationalization and Outward Investment: Chinese Corporations' Strategies. In: *The China Quarterly* 187, 610–634.
- Honneth, Axel, 2007: Eine soziale Pathologie der Vernunft: Zur intellektuellen Erbschaft der Kritischen Theorie. In: Axel Honneth (Hg.), *Pathologien der Vernunft: Geschichte und Gegenwart der Kritischen Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 28–56.
- Honohan, Patrick, 2008: Finance for Urban Centers. In: Yusuf Shahid/Tony Saich (Hg.), *China Urbanizes: Consequences, Strategies, and Policies*. Washington, DC: World Bank, 105–123.
- Höpner, Martin, 2005: What Connects Industrial Relations and Corporate Governance? Explaining Institutional Complementarity. In: *Socio-Economic Review* 3(2), 331–358.
- Howell, Jude, 2006: Reflections on the Chinese State. In: *Development and Change* 37(2), 273–297.
- Hsing, You-tien, 1998: *Making Capitalism in China: The Taiwan Connection*. Oxford: Oxford University Press.
- Hsueh, Roselyn, 2011: *China's Regulatory State: A New Strategy for Globalization*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Hu, Angang, 2010: Government Transformation and Public Finance. In: Fang Cai (Hg.), *Transforming the Chinese Economy*. Leiden: Brill, 149–199.
- Huang, Xiaoming, 2011: Institutional Analysis and China's Transformation: Issues and Concepts. In: Xiaoming Huang (Hg.), *The Institutional Dynamics of China's Great Transformation*. New York: Routledge, 1–24.
- Huang, Yanjie/Shao Feng Chen, 2010: Pearl River Delta in a Crisis of Industrialisation. In: Yongnian Zheng/Sarah Y. Tong (Hg.), *China and the Global Economic Crisis*. Singapur: World Scientific, 67–87.
- Huang, Yasheng, 2008: *Capitalism with Chinese Characteristics: Entrepreneurship and the State*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Hui, Sio-ieng, 2011: Understanding Labour Activism: The Honda Workers' Strike. In: Christoph Scherrer (Hg.), *China's Labor Question*. München: Rainer Hampp Verlag, 133–151.
- Hung, Ho-fung, 2008: Rise of China and the Global Overaccumulation Crisis. In: *Review of International Political Economy* 15(2), 149–179.
- (Hg.), 2009a: *China and the Transformation of Global Capitalism*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- , 2009b: The Three Transformations of Global Capitalism. In: Ho-fung Hung (Hg.), *China and the Transformation of Global Capitalism*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 1–21.
- , 2009c: America's Head Servant? The PRC's Dilemma in the Global Crisis. In: *New Left Review* 60(11–12), 5–25.
- , 2010: Uncertainty in the Enclave. In: *New Left Review* 66(11–12), 55–77.
- Huo, Kan/Changyong Wang, 2011: *Peering into a Black Hole of Government Debt*. <<http://english.caixin.cn/2011-03-09/100234187.html>>
- Hürtgen, Stefanie, et al., 2009: *Von Silicon Valley nach Shenzhen: Globale Produktion und Arbeit in der IT-Industrie*. Hamburg: VSA.
- Hurtienne, Thomas, 1988: Gibt es für den verschuldeten Kapitalismus einen Weg aus der Krise? In: Elmar Altvater, et al. (Hg.), *Die Armut der Nationen: Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire*. Berlin: Rotbuch, 128–151.
- IMF (International Monetary Fund), 2004: *World Economic Outlook, April 2004: Advancing Structural Reforms*. Washington, DC: International Monetary Fund.
- , 2011: *People's Republic of China: Financial System Stability Assessment*. Washington, DC: IMF/World Bank Financial Sector Assessment Program. <www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2011/cr11321.pdf>
- Itoh, Makoto, 2003: Sozialistische Marktwirtschaft und der chinesische Weg. In: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 7–8.
- Jacques, Martin, 2009: *When China Rules the World: The End of the Western World and the Birth of a New Global Order*. New York: Penguin.
- Jessop, Bob, 2002: *The Future of the Capitalist State*. Cambridge: Polity.
- , 2007: *State Power: A Strategic-Relational Approach*. Cambridge: Polity.
- , 2009: *Cultural Political Economy: Rethinking the Linkages between Culture and the Political Economy of Variegated Capitalism in a World Market organized in the Shadow of Neo-Liberalism*. Konferenzbeitrag. Ringberg Conference on Varieties of Capitalism, at Ringberg Castle, 17.–19. November 2009.
- , 2010: Cultural Political Economy and Critical Policy Studies. In: *Critical Policy Studies* 3(3–4), 336–356.
- Jessop, Bob/Stijn Oosterlynck, 2008: Cultural Political Economy: On Making the Cultural Turn Without Falling into Soft Economic Sociology. In: *Geoforum* 39(3), 1155–1169.
- Jessop, Bob/Ngai-Ling Sum, 2006: *Beyond the Regulation Approach: Putting Capitalist Economies in their Place*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Jung, Joo-Youn, 2011: Reinvented Intervention: The Chinese Central System and State-owned Enterprise Reform in the WTO Era. In: Jean C. Oi (Hg.), *Going Private in China: The Politics of Corporate Restructuring and System Reform*. Stanford, CA: Walter H. Shorenstein Asia-Pacific Research Center Books, 119–134.

- Kaldor, Nicholas, 1972: The Irrelevance of Equilibrium Economics. In: *Economic Journal* 82(328), 1237–1255.
- Karl, Rebecca E., 2010: *Mao Zedong and China in the Twentieth-Century World: A Concise History*. Durham, NC: Duke University Press.
- Kay, Cristóbal, 2002: Why East Asia overtook Latin America: Agrarian Reform, Industrialisation and Development. In: *Third World Quarterly* 23(6), 1073–1102.
- Kennedy, Scott, 2007: Transnational Political Alliances: An Exploration with Evidence from China. In: *Business & Society* 46(2), 174–200.
- (Hg.), 2011a: *Beyond the Middle Kingdom: Comparative Perspectives on China's Capitalist Transformation*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- , 2011b: Overcoming Our Middle Kingdom Complex: Finding China's Place in Comparative Politics. In: Scott Kennedy (Hg.), *Beyond the Middle Kingdom*. Stanford, CA: Stanford University Press, 3–21.
- , 2011c: Fragmented Influence: Business Lobbying in China in Comparative Perspective. In: Scott Kennedy (Hg.), *Beyond the Middle Kingdom*. Stanford, CA: Stanford University Press, 113–135.
- King, Lawrence P./Iván Szelenyi, 2005: Post-Communist Economic Systems. In: Neil J. Smelser/Richard Swedberg (Hg.), *The Handbook of Economic Sociology*. Princeton: Princeton University Press, 205–229.
- King Whyte, Martin, 1989: Who Hates Bureaucracy? A Chinese Puzzle. In: Victor Nee/David Stark (Hg.), *Remaking the Economic Institutions of Socialism: China and Eastern Europe*. Stanford, CA: Stanford University Press, 233–254.
- Kirshner, Jonathan, 2008: Dollar Primacy and American Power: What's at Stake? In: *Review of International Political Economy* 15(3), 418–438.
- Knöbl, Wolfgang, 2007: *Die Kontingenz der Moderne: Wege in Europa, Asien und Amerika*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Kornai, János, 1992: *The Socialist System: The Political Economy of Communism*. Oxford: Oxford University Press.
- Kosta, Jiri, 1985: Die chinesische Volkswirtschaft vom »Großen Sprung nach vorne« bis zur gegenwärtigen Wirtschaftsreform: Ein Kampf zwischen zwei Konzepten. In: Peter Gey/Jiri Kosta/Wolfgang Quaisser (Hg.), *Sozialismus und Industrialisierung: Die Wirtschaftssysteme Polens, Jugoslawiens, Chinas und Kubas im Vergleich*. Frankfurt a.M.: Campus, 229–247.
- Kroeber, Arthur R., 2011: Developmental Dreams: Policy and Reality in China's Economic Reforms. In: Scott Kennedy (Hg.), *Beyond the Middle Kingdom*. Stanford, CA: Stanford University Press, 44–65.
- Kroymann, Benjamin, 2009: *Das Kapitalgesellschaftsrecht der VR China: Analyse der Rahmenbedingungen für ausländische Investoren*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Krug, Barbara, 1993: *Chinas Weg zur Marktwirtschaft: Eine politisch-ökonomische Analyse der Wirtschaftstransformation 1978–1988*. Marburg: Metropolis.
- , 2001: *Kultur und wirtschaftliche Entwicklung in China*. ERIM Report 2001–82. Rotterdam: Erasmus Research Institute of Management. <<http://publishing.eur.nl/ir/repub/as-set/143/erimrs20020109151735.pdf>>
- Krumbein, Wolfgang, et al. (Hg.), 2008: *Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum – Theorien und Konzepte im Überblick*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Lam, Willy Wo-Lap, 2006: *Chinese Politics in the Hu Jintao Era: New Leaders, New Challenges*. Armonk, NY: East Gate.
- , 2009: PLA's »Absolute Loyalty« to the Party in Doubt. In: *China Brief* 9(9), 2–4.
- Lane, David, 1976: *The Socialist Industrial State: Towards a Political Sociology of State Socialism*. London: Allen & Unwin.
- Lane, David/Martin Myant (Hg.), 2007: *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Lane, Philip R./Sergio L. Schmukler, 2007: International Financial Integration of China and India. In: L. Alan Winters/Yusuf Shahid (Hg.), *Dancing with Giants: China, India, and the Global Economy*. Washington, DC: World Bank, 101–132.
- Lardy, Nicholas R., 1998: *China's Unfinished Economic Revolution*. Washington, DC: Brookings.
- , 2002: *Integrating China into the Global Economy*. Washington, DC: Brookings.
- Laurenceson, James/Danielle Rodgers, 2010: China's Macroeconomic Volatility: How Important is the Business Cycle? In: *China Economic Review* 21(2), 324–333.
- Lawrence, Thomas B./Roy Suddaby, 2006: Institutions and Institutional Work. In: Stewart R. Clegg et al. (Hg.), *The Sage Handbook of Organization Studies*. London: Sage, 215–254.
- Ledeneva, Alena, 2008: Blat and Guanxi: Informal Practices in Russia and China. In: *Comparative Studies in Society and History* 50(1), 118–144.
- Lee, Ching Kwan, 1999: From Organized Dependence to Disorganized Despotism: Changing Labour Regimes in Chinese Factories. In: *The China Quarterly* 157, 44–71.
- , 2007: *Against the Law: Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt*. Berkeley: University of California Press.
- Lee, Ching Kwan/Mark Selden, 2007: *China's Durable Inequality: Legacies of Revolution and Pitfalls of Reform*. <www.japanfocus.org/-C_K_-Lee/2329>
- Lee, Eun-Jeung, 1997: *Konfuzianismus und Kapitalismus: Markt und Herrschaft in Ostasien*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Leibfried, Stephan/Michael Zürn (Hg.), 2006: *Transformationen des Staates*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lenin, Vladimir I., 1970: Staat und Revolution. In: Iring Fetscher (Hg.), *Lenin Studienausgabe*. Bd. 2. Frankfurt a.M.: Fischer, 7–100.
- Leung, Chris, 2011: *China: Inflation and Labor Productivity*. Frankfurt a.M.: Deutsche Bank. <www.intmf.com/Uploads/Knowledge-Center/cn_21_February_2011.pdf>
- Leung, Pak Nang/Ngai Pun, 2009: The Radicalisation of the New Chinese Working Class: A Case Study of Collective Action in the Gemstone Industry. In: *Third World Quarterly* 30(3), 551–565.
- Lewis, John W., 1963: *Leadership in Communist China*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Leys, Simon, 1972: *Maos neue Kleider: Hinter den Kulissen der Weltmacht*. München: Verlag Kurt Desch.
- Li, Cheng, 2003: The »New Deal« Politics and Policies of the Hu Administration. In: *Journal of Asian and African Studies* 38(4–5), 329–346.
- , 2009: The Chinese Communist Party: Recruiting and Controlling the New Elites. In: *Journal of Current Chinese Affairs* 38(3), 13–33.
- Li, Eric, 2010: A Color Revolution in China? Keep it Red. In: *International Herald Tribune*, 7. Dezember 2010. <www.nytimes.com/2010/12/07/opinion/07iht-edli.html?scp=1&sq=A%20color%20revolution%20in%20China%20Keep%20it%20red&st=cse>

- Li, Hongbin/Scott Rozelle, 2003: Privatizing Rural China: Insider Privatization, Innovative Contracts and the Performance of Township Enterprises. In: *The China Quarterly* 176, 981–1005.
- Li, Minqi, 2009: *The Rise of China and the Demise of the Capitalist World Economy*. New York: Monthly Review Press.
- Li, Peilin, 2011: China's New Stage of Development. In: *China: An International Journal* 9(1), 133–143.
- Li, Shaomin/Shuhe Li/Weiying Zhang, 2000: The Road to Capitalism: Competition and Institutional Change in China. In: *Journal of Comparative Economics* 28(2), 269–292.
- Li, Shaomin/Jun Xia, 2008: The Roles and Performance of State Firms and Non-State Firms in China's Economic Transition. In: *World Development* 36(1), 39–54.
- Li, Shiyu/Shuanglin Lin, 2011: The Size and Structure of China's Government Debt. In: *The Social Science Journal* 48(3), 527–542.
- Li, Weisen, 2011: China's Road to Rechtsstaat: Rule of Law, Constitutional Democracy and Institutional Change. In: Xiaoming Huang (Hg.), *The Institutional Dynamics of China's Great Transformation*. New York: Routledge, 98–109.
- Li, Xiaoxi, 2008: 30 Years of Reform Transforms China Beyond Recognition. In: *China Economist* 16(9–10), 84–94.
- Liang, Yan, 2010: China and the Global Financial Crisis: Assessing the Impacts and Policy Responses. In: *China and World Economy* 18(3), 56–72.
- Lieberthal, Kenneth, 1995: *Governing China: From Revolution through Reform*. New York: W. W. Norton.
- Lieberthal, Kenneth/Michel Oksenberg, 1988: *Policy Making in China: Leaders, Structures, and Processes*. Princeton: Princeton University Press.
- Lilla, Mark, 2011: Leo Strauss in Peking: Chinas merkwürdiges Interesse für westliche Philosophen. In: *Leviathan* 39(2), 195–200.
- Lim, Kean Fan, 2010: On China's Growing Geo-Economic Influence and the Evolution of Variegated Capitalism. In: *Geoforum* 41(5), 677–688.
- Lin, Chun, 2006: *The Transformation of Chinese Socialism*. Durham, NC: Duke University Press.
- Lin, Justin Yifu, 2009: *On China's Economy: Der chinesische Weg zur Wirtschaftsmacht*. Heidelberg: ABC Verlag.
- Lin, Nan, 1995: Local Market Socialism: Local Corporatism in Action in Rural China. In: *Theory and Society* 24(3), 301–354.
- , 2011: Capitalism in China: A Centrally Managed Capitalism (CMC) and Its Future. In: *Management and Organization Review* 7(1), 63–96.
- Lipietz, Alain, 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«. In: *Prokla* 58, 109–137.
- Lippit, Victor D., 1997: Market Socialism in China? In: *Review of Radical Political Economics* 29(3), 112–123.
- Liu, Alan P. L., 1986: *How China Is Ruled*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Liu, Xielin/Boy Lüthje/Peter Pawlicki, 2007: China: Nationales Innovationssystem und marktwirtschaftliche Transformation. In: Frank Gerlach/Astrid Ziegler (Hg.), *Innovationspolitik: Wie kann Deutschland von anderen lernen?* Marburg: Schüren Verlag, 222–249.
- Lo, Dic, 2006: *Making Sense of China's Economic Transition*. Department of Economics Working Paper 148. London: University of London, School of Oriental and African Studies. <www.soas.ac.uk/economics/research/workingpapers/file28831.pdf>

- Lo, Dic, 2007: *China's Quest for Alternative to Neo-Liberalism: Market Reform, Economic Growth, and Labor*. Department of Economics Working Paper 153. London: University of London, School of Oriental and African Studies.
- Lo, Dic/Yu Zhang, 2011: Making Sense of China's Economic Transformation. In: *Review of Radical Political Economics* 43(1), 33–55.
- Lüthje, Boy, 2006: Ökonomische Modernisierung und industrielle Beziehungen im neuen chinesischen Kapitalismus. In: *Das Argument* 48(5–6), 61–75.
- , 2009: *Tripartism with Four Parties? Regimes of Production and Industrial Relations in Chinese Core Industries*. Konferenzbeitrag. Conference »Work and Inequality in the Global Economy: Mexico, China, and the United States«, University of California, Los Angeles, 8.–10. Oktober 2009.
- , 2010: Arbeitsbeziehungen in China in der Wirtschaftskrise: »Tripartismus mit vier Parteien«? In: *WSI-Mitteilungen* 9/2010, 473–479.
- Lüthje, Boy/Siqi Luo/Hao Zhang, 2013: *Beyond the Iron Rice Bowl – Regimes of Production and Industrial Relations in China*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Luo, Siqi, 2011: Collective Contracts, but no Collective Bargaining. In: Christoph Scherrer (Hg.), *China's Labor Question*. München: Rainer Hampp Verlag, 49–69.
- Lütz, Susanne, 2003: *Governance in der politischen Ökonomie*. MPIfG Discussion Paper 03/5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Luxemburg, Rosa, 1981: Die Akkumulation des Kapitals: Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Rosa Luxemburg (Hg.), *Gesammelte Werke*. Berlin: Dietz, 6–411.
- Lyons, Thomas P., 1990: Planning and Interprovincial Co-ordination in Maoist China. In: *The China Quarterly* 121, 36–60.
- Ma, Guonan/Wang Yi, 2010: *China's High Saving Rate. Myth and Reality*. BIS Working Papers 312. Basel: Bank for International Settlements. <www.bis.org/publ/work312.pdf>
- Mackert, Jürgen, 2006: *Ohnmächtiger Staat? Über die sozialen Mechanismen staatlichen Handelns*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Mahoney, James/Kathleen Thelen, 2010: A Theory of Gradual Institutional Change. In: James Mahoney/Kathleen Thelen (Hg.), *Explaining Institutional Change: Ambiguity, Agency, and Power*. Cambridge: Cambridge University Press, 1–37.
- Mann, Michael, 1990: *Geschichte der Macht: Von den Anfängen bis zur griechischen Antike*. Bd. 1. Frankfurt a.M.: Campus.
- , 1998: *Geschichte der Macht: Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten*. Bd. 3, Teil I. Frankfurt a.M.: Campus.
- Manor, James, 2009: *Politics and Experimentation in India: The Contrast with China (Draft)*. China Analysis 74. <www.chinapolitik.de/studien/china_analysis/no_74.pdf>
- Marx, Karl, 1986: Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels (Hg.), *MEW, Band 25*. Berlin: Dietz.
- May, Christian/Andreas Nölke/Tobias ten Brink, 2013: Institutionelle Determinanten des Aufstiegs großer Schwellenländer: Eine global-politökonomische Erweiterung der »Varieties of Capitalism«. In: Elena Heßelmann/Cord Jakobeit/Franziska Müller/Ingrid Wehr/Aram Ziai (Hg.), *Entwicklungstheorien*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 54. Berlin: Springer, im Erscheinen.

- Mayntz, Renate, 1996: Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie. In: Klaus von Beyme/Claus Offe (Hg.), *Politische Theorien in der Ära der Transformation*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 26. Opladen: Westdeutscher Verlag, 148–168.
- , 2002: Zur Theoriefähigkeit makro-sozialer Analysen. In: Renate Mayntz (Hg.), *Akteure – Mechanismen – Modelle: Zur Theoriefähigkeit makro-sozialer Analysen*. Frankfurt a.M.: Campus, 7–43.
- Mayntz, Renate/Fritz W. Scharpf, 1995: Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt a.M.: Campus, 39–72.
- McGregor, Richard, 2010: *The Party: The Secret World of China's Communist Rulers*. New York: HarperCollins.
- McMillan, John/Barry Naughton, 1996: Elements of Economic Transition. In: John McMillan/Barry Naughton (Hg.), *Reforming Asian Socialism: The Growth of Market Institutions*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 3–15.
- McNally, Christopher A. (Hg.), 2007a: *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragon's Lair*. London: Routledge.
- , 2007b: The Institutional Contours of China's Emergent Capitalism. In: Christopher A. McNally (Hg.), *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragon's Lair*. London: Routledge, 105–125.
- , 2007c: Introduction: The China Impact. In: Christopher A. McNally (Hg.), *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragon's Lair*. London: Routledge, 3–16.
- , 2011: *State Capitalism is Dead! Long Live State Capitalism! Rebalancing China's Political Economy*. Konferenzbeitrag »Annual Meeting of the Association of Asian Studies«. Honolulu, Hawaii, 31. March – 3. April 2011.
- McNally, Christopher A./Yin-Wah Chu, 2006: Exploring Capitalist Development in Greater China: A Synthesis. In: *Asian Perspective* 30(2), 31–64.
- McNally, Christopher A./Hong Guo/Guangwei Hu, 2007: *Entrepreneurship and Political Guanxi Networks in China's Private Sector*. East-West Center Working Papers: Politics, Governance, and Security Series 19. Honolulu: East-West Center.
- McNally, Christopher A./Teresa Wright, 2010: Sources of Social Support for China's Current Political Order: The »Thick Embeddedness« of Private Capital Holders. In: *Communist and Post-Communist Studies* 43(2), 189–198.
- Meerwaldt, Kerstin, 2010: Von wirtschaftlicher Stärke und politischer Macht nach der Krise: Ein Bericht von der Expertentagung »The Economic Crisis as a Litmus-Test – Will the West Gain or Lose?«. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 3(1), 119–123.
- Mertha, Andrew C., 2005: China's »Soft« Centralization: Shifting Tiao/Kuai Authority Relations. In: *The China Quarterly* 184, 791–810.
- Meuschel, Sigrid, 1993: Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: *Geschichte und Gesellschaft* 19(1), 5–14.
- Meyer, Marshall W., 2011: Is It Capitalism? In: *Management and Organization Review* 7(1), 5–18.
- Meyer-Clement, Elena/Gunter Schubert, 2004: *Greater China – Idee. Konzept. Forschungsprogramm*. Greater China Occasional Papers 1. Tübingen: Eberhard Karls Universität, Seminar für Sinologie und Koreanistik.

- Michelson, Ethan, 2007: Lawyers, Political Embeddedness, and Institutional Continuity in China's Transition from Socialism. In: *American Journal of Sociology* 113(2), 352–414.
- Minssen, Heiner, 2008: Unternehmen. In: Andrea Maurer (Hg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag, 247–267.
- Montinola, Gabriella/Yingyi Qian/Barry R. Weingast, 1995: Federalism, Chinese Style: The Political Basis for Economic Success in China. In: *World Politics* 48(1), 50–81.
- Naughton, Barry, 1995: *Growing Out of the Plan: Chinese Economic Reform 1978–1993*. Cambridge: Cambridge University Press.
- (Hg.), 1997: *The China Circle: Economics and Electronics in the PRC, Taiwan, and Hong Kong*. Washington, DC: Brookings.
- , 2007: *The Chinese Economy: Transitions and Growth*. Cambridge, MA: MIT Press.
- , 2009: *Singularity and Replicability in China's Developmental Experience (Draft)*. China Analysis 68. <www.chinapolitik.de/studien/china_analysis/no_68.pdf>
- , 2010a: *Reading the NPC: Post-Crisis Economic Dilemmas of the Chinese Leadership*. <<http://media.hoover.org/sites/default/files/documents/CLM32BN.pdf>>
- , 2010b: *The Policy Challenges of Post-Stimulus Growth*. <www.globalasia.org/print.php?c=e287>
- , 2011a: China's Economic Policy Today: The New State Activism. In: *Eurasian Geography and Economics* 52(3), 313–329.
- , 2011b: China's Distinctive System: Can It Be a Model for Others? In: S. Philip Hsu/Yu-Shan Wu/Suisheng Zhao (Hg.), *In Search of China's Development Model: Beyond the Beijing Consensus*. London: Routledge, 67–85.
- NBS (National Bureau of Statistics of China), 1983: *China Statistical Yearbook 1983*. Beijing: China Statistics Press. <www.stats.gov.cn/english/statisticaldata/yearlydata/>
- , 1986: *China Statistical Yearbook 1986*. Beijing: China Statistics Press. <www.stats.gov.cn/english/statisticaldata/yearlydata/>
- , 1991: *China Statistical Yearbook 1991*. Beijing: China Statistics Press. <www.stats.gov.cn/english/statisticaldata/yearlydata/>
- , 1996: *China Statistical Yearbook 1996*. Beijing: China Statistics Press. <www.stats.gov.cn/english/statisticaldata/yearlydata/>
- , 2001: *China Statistical Yearbook 2001*. Beijing: China Statistics Press. <www.stats.gov.cn/english/statisticaldata/yearlydata/>
- , 2008: *China Statistical Yearbook 2008*. Beijing: China Statistics Press. <www.stats.gov.cn/tjsj/ndsj/2008/indexch.htm>
- , 2009: *China Statistical Yearbook 2009*. Beijing: China Statistics Press. <www.stats.gov.cn/tjsj/ndsj/2009/indexch.htm>
- , 2010: *China Statistical Yearbook 2010*. Beijing: China Statistics Press. <www.stats.gov.cn/english/statisticaldata/yearlydata/>
- , 2011: *China Statistical Yearbook 2011*. Beijing: China Statistics Press. <www.stats.gov.cn/english/statisticaldata/yearlydata/>
- N'Diaye, Papa, 2010: *Transforming China: Insights from the Japanese Experience of the 1980s*. IMF Working Paper 10/284. Washington, DC: International Monetary Fund. <www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2010/wp10284.pdf>

- NDRC (National Development and Reform Commission), 2008: *The Outline of the Plan for the Reform and Development of the Pearl River Delta (2008–2020)*. <<http://en.ndrc.gov.cn/policyrelease/P020090120342179907030.doc>>
- , 2011: *Report on the Implementation of the 2009 Plan for National Economic and Social Development and on the 2010 Draft Plan for National Economic and Social Development*. <www.china-daily.com.cn/china/2010npc/2010-03/16/content_9597963.htm>
- Nee, Victor, 1989: A Theory of Market Transition: From Redistribution to Markets in State Socialism. In: *American Sociological Review* 54(5), 663–681.
- , 2005: Organizational Dynamics of Institutional Change: Politicized Capitalism in China. In: Victor Nee/Richard Swedberg (Hg.), *The Economic Sociology of Capitalism*. Princeton: Princeton University Press, 53–74.
- Nee, Victor/Sonja Opper, 2007: On Politicized Capitalism. In: Victor Nee/Richard Swedberg (Hg.), *On Capitalism*. Stanford, CA: Stanford University Press, 93–127.
- Nee, Victor/Sonja Opper/Sonia Wong, 2007: Developmental State and Corporate Governance in China. In: *Management and Organization Review* 3(1), 19–53.
- Nee, Victor/Sijin Su, 1996: Institutions, Social Ties, and Commitment in China's Corporatist Transformation. In: John McMillan/Barry Naughton (Hg.), *Reforming Asian Socialism: The Growth of Market Institutions*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 111–134.
- Nolan, Peter, 2004: *Transforming China: Globalization, Transition and Development*. London: Anthem Press.
- , 2010: America and the Crossroads of Capitalist Globalization. In: *Challenge* 53(6), 77–92.
- Nolan, Peter/Jin Zhang, 2010: Global Competition after the Financial Crisis. In: *New Left Review* 64(7–8), 97–108.
- Nölke, Andreas, 2011: Die BRIC-Variante des Kapitalismus und soziale Ungleichheit: Das Beispiel Brasilien. In: Ingrid Wehr/Hans-Jürgen Burchardt (Hg.), *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika: Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt*. Baden-Baden: Nomos, 137–152.
- Nölke, Andreas/Arjan Vliethehart, 2009: Enlarging the Varieties of Capitalism: The Emergence of Dependent Market Economies in East Central Europe. In: *World Politics* 61(4), 670–702
- North, Douglass C., 2005: The Chinese Menu (for Development). In: *The Wall Street Journal*, 7. April 2005. <<http://online.wsj.com/article/SB111283514152300351.html>>
- Obinger, Herbert, et al., 2010: Der Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten: Eine Zwischenbilanz. In: *Der Moderne Staat* 3(1), 209–233.
- Offe, Claus, 2006: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur Politischen Soziologie*. Frankfurt a.M.: Campus.
- O'Hara, Phillip Anthony, 2006: A Chinese Social Structure of Accumulation for Capitalist Long-Wave Upswing? In: *Review of Radical Political Economics* 38(3), 397–404.
- Oi, Jean C., 1995: The Role of the Local State in China's Transitional Economy. In: *The China Quarterly* 144, 1132–1149.
- , (Hg.), 2011a: *Going Private in China: The Politics of Corporate Restructuring and System Reform*. Stanford, CA: Walter H. Shorenstein Asia-Pacific Research Center Books.
- , 2011b: Politics in China's Corporate Restructuring. In: Jean C. Oi (Hg.), *Going Private in China: The Politics of Corporate Restructuring and System Reform*. Stanford, CA: Walter H. Shorenstein Asia-Pacific Research Center Books, 1–18.

- Oi, Jean C./Chaohua Han, 2011: China's Corporate Restructuring: A Multi-Step Process. In: Jean C. Oi (Hg.), *Going Private in China: The Politics of Corporate Restructuring and System Reform*. Stanford, CA: Walter H. Shorenstein Asia-Pacific Research Center Books, 19–37.
- Osterhammel, Jürgen, 1989: *China und die Weltgesellschaft: Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit*. München: C.H. Beck.
- Pan, Liu/Wang Rui, 2011: Regulating Land Transfers: Steps towards Private Ownership. In: Christoph Scherrer (Hg.), *China's Labor Question*. München: Rainer Hampp Verlag, 209–221.
- Pang, Cuiping, 2005: *Investmentbanken in China: Performanz und Eigentumsformen*. Tausunstein: Dr. H. H. Driesen.
- Panitch, Leo, 2009: Giovanni Arrighi in Beijing: Eine Alternative zum Kapitalismus? In: *Sozialismus* 36(1), 17–24.
- Park, Sung-Jo, 1986: Die VR China und ihre Entwicklung zu einer »sozialistisch-marktwirtschaftlichen« Leistungsgesellschaft. In: Wilfried Röhrich (Hg.), *Gesellschaftssysteme der Gegenwart: Politökonomische Systemanalysen im internationalen Kontext*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 138–155.
- Pearson, Margaret M., 2010: *The Impact of the PRC's Economic Crisis Response on Regulatory Institutions: Preliminary Thoughts*. China Analysis 78. <www.chinapolitik.de/studien/china_analysis/no_78.pdf>
- , 2011: Variety Within and Without: The Political Economy of Chinese Regulation. In: Scott Kennedy (Hg.), *Beyond the Middle Kingdom*. Stanford, CA: Stanford University Press, 25–43.
- Pei, Minxin, 1994: *From Reform to Revolution: The Demise of Communism in China and the Soviet Union*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- , 2006: *China's Trapped Transition: The Limits of Developmental Autocracy*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- , 2009: Will the Chinese Communist Party Survive the Crisis? How Beijing's Shrinking Economy May Threaten One-Party Rule. In: *Foreign Affairs*, 12. März 2009. <www.foreignaffairs.com/articles/64862/minxin-pei/will-the-chinese-communist-party-survive-the-crisis?page=2>
- Perry, Elizabeth J., 2007: Studying Chinese Politics: Farewell to Revolution? In: *The China Journal* 57(1), 1–22.
- Perry, Elizabeth J./Mark Selden (Hg.), 2003: *Chinese Society: Change, Conflict and Resistance*. New York: RoutledgeCurzon.
- Pickles, John/Adrian Smith (Hg.), 1998: *Theorising Transition: The Political Economy of Post-Communist Transformations*. London: Routledge.
- Pierson, David, 2011: *Underground Loans Rock Chinese City*. <www.garp.org/risk-news-and-resources/risk-headlines/story.aspx?newsId=36075>
- Pissler, Knut B., 2009: Sozialistisches Recht. In: Jürgen Basedow/Klaus J. Hopt/Reinhard Zimmermann (Hg.), *Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts*. Tübingen: Mohr Siebeck, 1421–1424.
- Pistor, Katharina, 2009: *The Governance of China's Finance (Draft)*. National Bureau of Economic Research, Project on Capitalizing China, Cambridge. <www.nber.org/chapters/c12073.pdf>

- Pohlmann, Markus, 2002: *Der Kapitalismus in Ostasien: Südkoreas und Taiwans Wege ins Zentrum der Weltwirtschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Polanyi, Karl, 1978: *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Pollock, Friedrich, 1975: Staatskapitalismus. In: Helmut Dubiel (Hg.), *Friedrich Pollock: Studien des Kapitalismus*. München: C. H. Beck, 72–100.
- Pomeranz, Kenneth, 2000: *The Great Divergence: China, Europe, and the Making of the Modern World Economy*. Princeton: Princeton University Press.
- Pun, Ngai/Huilin Lu, 2010: Unvollendete Proletarisierung: Das Selbst, die Wut und die Klassenaktionen der zweiten Generation von BauernarbeiterInnen im heutigen China. In: *Sozial Geschichte Online* 4, 36–69.
- Pye, Lucian W., 1998: *The Spirit of Chinese Politics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Redding, Gordon, 1990: *The Spirit of Chinese Capitalism*. Berlin: de Gruyter.
- , 2005: The Thick Description and Comparison of Societal Systems of Capitalism. In: *Journal of International Business Studies* 36(2), 123–155.
- Redding, Gordon/Michael A. Witt, 2007: *The Future of Chinese Capitalism: Choices and Chances*. Oxford: Oxford University Press.
- Resnick, Stephen A./Richard D. Wolff, 1989: *Knowledge and Class: A Marxian Critique of Political Economy*. Chicago: University of Chicago Press.
- Roach, Stephen S., 2011: *China's Turning Point*. <www.project-syndicate.org/commentary/roach2/English>
- Robins, F., 2010: China: A New Kind of »Mixed« Economy? In: *Asian Business and Management* 9(1), 23–46.
- Rosenberg, Justin, 2006: Why is There No International Historical Sociology? In: *European Journal of International Relations* 12(3), 307–340.
- Rowen, Henry S., 2007: When Will the Chinese People Be Free? In: *Journal of Democracy* 18(3), 38–52.
- Sablowski, Thomas, 2009: Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise. In: *Kritische Justiz* 42(2), 116–131.
- Sachs, Jeffrey/Wing Thye Woo, 1999: Zum Verständnis der Reformverfahren in China, Osteuropa und Russland. In: Hansjörg Herr/Kurt Hübner (Hg.), *Der »lange Marsch« in die Marktwirtschaft: Entwicklungen und Erfahrungen in der VR China und Osteuropa*. Berlin: edition sigma, 19–44.
- Saich, Tony, 2004: *Governance and Politics of China*. New York: Palgrave Macmillan.
- , 2008: The Changing Role of Urban Government. In: Yusuf Shahid/Tony Saich (Hg.), *China Urbanizes: Consequences, Strategies, and Policies*. Washington, DC: World Bank, 181–206.
- SASAC (State-owned Assets Supervision & Administration Commission of the State Council), PRC, 2008: *General Information on Reform and Development of SOEs over the Past Five Years since the Establishment of SASAC*. <www.sasac.gov.cn/n2963340/n2964712/5349959.html>
- Sauer, Dieter/Christa Lang (Hg.), 1999: *Paradoxien der Innovation: Perspektiven sozialwissenschaftlicher Innovationsforschung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Saxenian, AnnaLee, 2005: Brain Circulation and Capitalist Dynamics: Chinese Chipmaking and the Silicon Valley-Hsinchu-Shanghai Triangle. In: Victor Nee/Richard Swedberg (Hg.), *The Economic Sociology of Capitalism*. Princeton: Princeton University Press, 325–351.

- Scharping, Thomas, 1988: Sprünge im Spiegel: Das China-Bild im Wandel der westlichen Forschung. In: *Kölner China-Studien* 1, 1–28.
- Schimank, Uwe, 2009: »Vater Staat«: Ein vorhersehbares Comeback. Staatsverständnis und Staatstätigkeit in der Moderne. In: *Der Moderne Staat* 2(2), 249–270.
- Schmalz, Stefan, 2011: Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 2008 auf das internationale Staatensystem. In: Tobias ten Brink (Hg.), *Globale Rivalitäten: Staat und Staatensystem im globalen Kapitalismus*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 125–144.
- Schmalz, Stefan/Matthias Ebenau, 2011: *Auf dem Sprung – Brasilien, Indien und China: Zur gesellschaftlichen Transformation in der Krise*. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Schmidt, Dirk, 2009: Die Grenzen des chinesischen Wirtschaftswachstums. In: Hanns W. Maull/Martin Wagener (Hg.), *Ostasien in der Globalisierung*. Baden-Baden: Nomos, 131–154.
- Schmidt, Dirk/Sebastian Heilmann, 2010: *Dealing with Economic Crisis in 2008–09: The Chinese Government's Crisis Management in Comparative Perspective*. China Analysis 77. <www.china-politik.de/studien/china_analysis/no_77.pdf>
- Schmidt, Vivien A., 2000: Still Three Models of Capitalism? The Dynamics of Economic Adjustment in Britain, Germany and France. In: Roland Czada/Susanne Lütz (Hg.), *Die politische Konstitution von Märkten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 38–73.
- , 2009: Putting the Political Back into Political Economy by Bringing the State Back in Yet Again. In: *World Politics* 61(3), 516–546.
- Schmidt-Glintzer, Helwig, 2008: *Kleine Geschichte Chinas*. München: C.H. Beck.
- Schneider, Ben Ross, 2008: *Comparing Capitalisms: Liberal, Coordinated, Network, and Hierarchical Varieties*. Unveröffentlichtes Manuskript. <www.ces.fas.harvard.edu/events/papers/Schneider_Comparing_Capitalisms.pdf>
- Schubert, Gunter (Hg.), 2001a: *China: Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert*. Hamburg: Institut für Asienkunde.
- , 2001b: Still in Search of Wealth and Power? Nationalism und nationale Identität im China des beginnenden 21. Jahrhunderts. In: Gunter Schubert (Hg.), *China: Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert*. Hamburg: Institut für Asienkunde, 55–80.
- , 2008: Das politische System Hongkongs. In: Thomas Heberer/Claudia Derichs (Hg.), *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens: VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*. Wiesbaden: VS Verlag, 179–195.
- Schucher, Günter, 2011: »Unausgeglichen, unkoordiniert, nicht nachhaltig« – Chinas Entwicklung vor großen Problemen. In: *GIGA Focus Asien* 3, 1–8.
- Schucher, Günter/Kawsu Ceesay, 2011: Wird China zum neuen Modell für soziale Stabilität? In: *GIGA Focus Asien* 8, 1–8.
- Schüler-Zhou, Yun/Margot Schüller/Magnus Brod, 2010: Chinas Going Global: Finanzmarktcrise bietet Chancen für chinesische Investoren im Ausland. In: *GIGA Focus Asien* 8, 1–7.
- Schwinn, Thomas, 2009: Multiple Modernities: Konkurrierende Thesen und offene Fragen. In: *Zeitschrift für Soziologie* 38(6), 454–476.
- Selden, Mark, 1993: *The Political Economy of Chinese Development*. Armonk, NY: M. E. Sharpe.
- Selden, Mark/Chih-ming Ka, 1993: Original Accumulation, Equality, and Late Industrialization: The Cases of Socialist China and Capitalist Taiwan. In: Mark Selden (Hg.), *The Political Economy of Chinese Development*. Armonk, NY: M. E. Sharpe, 109–136.

- Selden, Mark/Aiguo Lu, 1993: The Reform of Landownership and the Political Economy of Contemporary China. In: Mark Selden (Hg.), *The Political Economy of Chinese Development*. Armonk, NY: M. E. Sharpe, 187–205.
- Selwyn, Ben, 2011: Trotsky, Gerschenkron and the Political Economy of Late Capitalist Development. In: *Economy and Society* 40(3), 421–450.
- Shahid, Yusuf/Kaoru Nabeshima, 2008: Optimizing Urban Development. In: Shahid Yusuf/Tony Saich (Hg.), *China Urbanizes: Consequences, Strategies, and Policies*. Washington, DC: World Bank, 1–40.
- Shahid, Yusuf/Kaoru Nabeshima/Dwight H. Perkins, 2006: *Under New Ownership: Privatizing China's State-owned Enterprises*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Shambaugh, David, 2008: Training China's Political Elite: The Party School System. In: *The China Quarterly* 196, 827–844.
- , 2009a: The China Quarterly and Contemporary China Studies. In: *The China Quarterly* 200, 911–916.
- , 2009b: *China's Communist Party: Atrophy and Adaptation*. Berkeley: University of California Press.
- Shao, Sijun/Chris Nyland/Cherrie Jiuhua Zhu, 2011: Tripartite Consultation: An Emergent Form of Governance Shaping Employment Relations in China. In: *Industrial Relations Journal* 42(4), 358–374.
- Shen, Jie, 2007: *Disputes and Their Resolution in China*. Oxford: Chandos Publishing.
- Sheng, Hong, 2011: Institution Formation, Imitation, and Borrowing: Zhongguancun as a Case Study on Mechanisms of Institutional Change. In: Xiaoming Huang (Hg.), *The Institutional Dynamics of China's Great Transformation*. New York: Routledge, 36–54.
- Sheng, Yumin, 2007: Global Market Integration and Central Political Control: Foreign Trade and Intergovernmental Relations in China. In: *Comparative Political Studies* 40(4), 405–434.
- Shih, Victor, 2008: *Factions and Finance in China: Elite Conflict and Inflation*. New York: Cambridge University Press.
- Shirk, Susan L., 1989: The Political Economy of Chinese Industrial Reform. In: Victor Nee/David Stark (Hg.), *Remaking the Economic Institutions of Socialism: China and Eastern Europe*. Stanford, CA: Stanford University Press, 328–362.
- , 1993: *The Political Logic of Economic Reform in China*. Berkeley: University of California Press.
- , 2008: *China: Fragile Superpower: How China's Internal Politics Could Derail its Peaceful Rise*. Oxford: Oxford University Press.
- Shonfield, Andrew, 1968: *Geplanter Kapitalismus*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Shue, Vivienne, 1988: *The Reach of the State: Sketches of the Chinese Body Politic*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Silver, Beverly J./Lu Zhang, 2009: China as an Emerging Epicenter of World Labor Unrest. In: Ho-fung Hung (Hg.), *China and the Transformation of Global Capitalism*. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 174–187.
- Smith, Richard, 1993: The Chinese Road to Capitalism. In: *New Left Review* 199, 55–99.
- Smuthkalin, Worawut, 2011: The Politics of Social Security Reform in Corporate Restructuring in China. In: Jean C. Oi (Hg.), *Going Private in China: The Politics of Corporate Restructuring and System Reform*. Stanford, CA: Walter H. Shorenstein Asia-Pacific Research Center Books, 175–202.

- Snow, Edgar, 1963: *The Other Side of the River: Red China Today*. London: Victor Gollancz.
- So, Alvin Y., 2005: Beyond the Logic of Capital and the Polarization Model. In: *Critical Asian Studies* 37(3), 481–494.
- Solga, Heike, 1995: *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*. Berlin: Akademie Verlag.
- Spence, Jonathan D., 1995: *Chinas Weg in die Moderne*. München: Hanser.
- Standifird, Stephen S./R. Scott Marshall, 2000: The Transaction Cost Advantage of Guanxi-Based Business Practices. In: *Journal of World Business* 35(1), 21–42.
- Stark, David, 1996: Recombinant Property in East European Capitalism. In: *American Journal of Sociology* 101(4), 993–1027.
- Stark, David/Victor Nee, 1989: Toward an Institutional Analysis of State Socialism. In: Victor Nee/David Stark (Hg.), *Remaking the Economic Institutions of Socialism: China and Eastern Europe*. Stanford, CA: Stanford University Press, 1–31.
- Steinherr, Alfred, 2008: Großer Sprung im zweiten Anlauf: 30 Jahre Wirtschaftsreformen in China. In: *Wochenbericht des DIW Berlin* 75(51–52), 825–836.
- Strange, Gerard, 2011: China's Post-Listian Rise: Beyond Radical Globalisation Theory and the Political Economy of Neoliberal Hegemony. In: *New Political Economy* 16(5), 539–559.
- Streeck, Wolfgang, 2009: *Re-Forming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- , 2010a: *E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism*. MPIfG Discussion Paper 10/12. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- , 2010b: *Taking Capitalism Seriously: Toward an Institutional Approach to Contemporary Political Economy*. MPIfG Discussion Paper 10/15. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Streeck, Wolfgang/Kathleen Thelen, 2005: Introduction: Institutional Change in Advanced Political Economies. In: Wolfgang Streeck/Kathleen Thelen (Hg.), *Beyond Continuity: Institutional Change in Advanced Political Economies*. Oxford: Oxford University Press, 1–39.
- Streeck, Wolfgang/Kozo Yamamura (Hg.), 2001: *The Origins of Nonliberal Capitalism*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Stubbs, Richard, 2007: China, Southeast Asia and East Asian Economic Regionalism. In: David Zweig/Zhimin Chen (Hg.), *China's Reforms and International Political Economy*. London: Routledge, 77–93.
- Sum, Ngai-Ling, 1999: Rethinking Globalisation: Re-articulating the Spatial Scale and Temporal Horizons of Trans-border Spaces. In: Kris Olds et al. (Hg.), *Globalisation and the Asia-Pacific*. London: Routledge, 124–139.
- , 2011: Financial Crisis, Land-Induced Financialization and the Subalterns in China. In: Christoph Scherrer (Hg.), *China's Labor Question*. München: Rainer Hampp Verlag, 199–208.
- Sum, Ngai-Ling/Ngai Pun, 2005: Globalization and Paradoxes of Ethical Transnational Production: Code of Conduct in a Chinese Workplace. In: *Competition and Change* 9(2), 181–200.
- Swedberg, Richard, 2005: The Economic Sociology of Capitalism: An Introduction and Agenda. In: Victor Nee/Richard Swedberg (Hg.), *The Economic Sociology of Capitalism*. Princeton: Princeton University Press, 3–40.
- Szamosszegi, Andrew/Cole Kyle, 2011: *An Analysis of State-owned Enterprises and State Capitalism in China*. Washington, DC: U.S.-China Economic and Security Review Commission.

- Szelényi, Iván, 1982: The Intelligentsia in the Class Structure of State-Socialist Societies. In: Michael Burawoy/Theda Skocpol (Hg.), *Marxist Inquiries: Studies of Labor, Class, and States*. Chicago: University of Chicago Press, 287–326.
- , 2010: Capitalism in China? Comparative Perspectives. In: Yin-Wah Chu (Hg.), *Chinese Capitalisms: Historical Emergence and Political Implications*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 199–226.
- Szelényi, Iván/Eric Kostello, 1996: The Market Transition Debate: Toward a Synthesis? In: *American Journal of Sociology* 101(4), 1082–1096.
- Tamás, Gáspár Miklós, 2007: Ein ganz normaler Kapitalismus. *Grundrisse 22 Zeitschrift für linke Theorie und Debatte*. <www.grundrisse.net/grundrisse22/Gaspar_Miklos_Tamas.htm>
- Taube, Markus, 2001: Fit für das nächste Jahrhundert? Die Wachstumsfaktoren der chinesischen Volkswirtschaft auf dem Prüfstand. In: Gunter Schubert (Hg.), *China: Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert*. Hamburg: Institut für Asienkunde, 135–181.
- , 2007: Prinzipien der Entstehung eindeutiger Verfügungsrechtsstrukturen in der VR China: Das Beispiel der Township Village Enterprises. In: *Zeitschrift für Politik* 54(2), 179–214.
- , 2009: Ökonomische Entwicklung in der Volksrepublik China: Nachholendes Wachstum im Zeichen der Globalisierung. In: Hanns W. Maull/Martin Wagener (Hg.), *Ostasien in der Globalisierung*. Baden-Baden: Nomos, 111–130.
- ten Brink, Tobias, 2008: *Geopolitik: Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- , 2010: *Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus*. MPIfG Discussion Paper 10/1. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- (Hg.), 2011: *Globale Rivalitäten: Staat und Staatensystem im globalen Kapitalismus*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- , 2011a: *Institutional Change in Market-Liberal State Capitalism: An Integrative Perspective on the Development of the Private Business Sector in China*. MPIfG Discussion Paper 11/2. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- , 2011b: *Kooperation oder Konfrontation? Der Aufstieg Chinas in der globalen politischen Ökonomie*. MPIfG Working Paper 11/7. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- , 2012a: Überlegungen zum Verhältnis von Kapitalismus und Staatenkonkurrenz. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 5(1), 97–116.
- , 2012b: Wiedergewinnung des Gleichgewichts? Sozio-ökonomische Dynamiken im neuen chinesischen Kapitalismus. In: *Leviathan* 40(2), 202–222.
- , 2012c: Kontinuität und Wandel: China in der westlichen Chinaforschung. In: *Geographische Revue* 14(2), 36–52.
- Thompson, Grahame, et al. (Hg.), 1991: *Markets, Hierarchies and Networks: The Coordination of Social Life*. London: Sage.
- Thun, Eric, 2004: Industrial Policy, Chinese-Style: FDI, Regulation, and Dreams of National Champions in the Auto Sector. In: *Journal of East Asian Studies* 4(3), 453–489.
- Tilly, Charles, 1992: *Coercion, Capital, and European States, AD 990–1992*. Oxford: Blackwell.
- Tong, Sarah Y., 2010: China's Decisive Response to the Economic Crisis Bears Fruits. In: Yongnian Zheng/Sarah Y. Tong (Hg.), *China and the Global Economic Crisis*. Singapur: World Scientific, 47–65.

- Tsai, Kellee S., 2005: Capitalists without a Class: Political Diversity Among Private Entrepreneurs in China. In: *Comparative Political Studies* 38(9), 1130–1158.
- , 2006: Adaptive Informal Institutions and Endogenous Institutional Change in China. In: *World Politics* 59(1), 116–141.
- , 2007: *Capitalism without Democracy: The Private Sector in Contemporary China*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Ueda, Kazuo, 2011: Japan's Bubble, the USA's Bubble and China's Bubble. In: *China and World Economy* 19(1), 47–62.
- Unger, Jonathan, 2002: *The Transformation of Rural China*. Armonk, NY: M.E. Sharpe.
- , 2007: The Cultural Revolution at the Grass Roots. In: *The China Journal* 57(1), 109–137.
- Unger, Jonathan/Anita Chan, 1995: China, Corporatism, and the East Asian Model. In: *Australian Journal of Chinese Affairs* 33(1), 29–53.
- , 1999: Inheritors of the Boom: Private Enterprise and the Role of Local Government in a Rural South China Township. In: *The China Journal* 42(2), 45–74.
- van der Pijl, Kees, 2006: *Global Rivalries from the Cold War to Iraq*. London: Pluto Press.
- von Senger, Harro, 2009: Demokratie aus Sicht des Sinomarxismus. In: *Schweizer Monatshefte, Sonderthema 5: Wege des Ostens: Japan, China und die Krise*, 8–11.
- Wade, Robert, 1990: *Governing the Market: Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization*. Princeton: Princeton University Press.
- Walder, Andrew G., 1986: *Communist Neo-Traditionalism: Work and Authority in Chinese Industry*. Berkeley: University of California Press.
- , 1995: Local Governments as Industrial Firms: An Organizational Analysis of China's Transitional Economy. In: *American Journal of Sociology* 101(2), 263–301.
- Walker, Richard/Daniel Buck, 2007: The Chinese Road: Cities in the Transition to Capitalism. In: *New Left Review* 46(7–8), 39–66.
- Walter, Carl E./Fraser J. T. Howie, 2011: *Red Capitalism: The Fragile Financial Foundation of China's Extraordinary Rise*. Singapur: John Wiley & Sons.
- Wang, Fei-Ling, 2011: China's Evolving Institutional Exclusion: The Hukou System and Its Transformation. In: Xiaoming Huang (Hg.), *The Institutional Dynamics of China's Great Transformation*. New York: Routledge, 110–129.
- Wang, Hongying/James N. Rosenau, 2009: China and Global Governance. In: *Asian Perspective* 33(3), 5–39.
- Wang, Hui, 2008: Das Vergessen der sechziger Jahre: Entpolitisierte Politik und Hegemonie im neuen China. In: *Prokla* 152, 459–477.
- , 2010: China hat keine klare Ideologie mehr: Reformen müssen von innen kommen – Gespräch mit Wang Hui, einem der gewichtigsten Intellektuellen seines Landes. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 5. November 2010. <www.nzz.ch/nachrichten/kultur/aktuell/china_hat_keine_klare_ideologie_mehr_1.8276681.html>
- Wank, David L., 1996: The Institutional Process of Market Clientelism: Guanxi and Private Business in a South China City. In: *The China Quarterly* 147, 820–838.
- , 1999: *Commodifying Communism: Business, Trust, and Politics in a Chinese City*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Weber, Max, 1991: *Die protestantische Ethik*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

- Wedeman, Andrew, 2011: Crossing the River by Feeling for Stones or Carried Across by the Current? The Transformation of the Chinese Automotive Sector. In: Scott Kennedy (Hg.), *Beyond the Middle Kingdom*. Stanford, CA: Stanford University Press, 66–88.
- Weggel, Oskar, 1997: *China im Aufbruch: Konfuzianismus und politische Zukunft*. München: C.H. Beck.
- , 1999: Methodik der China-Forschung (Teil 2): Zur Einstimmung: »Substanz«-Fragen und Makroanalytik. In: *China aktuell* 28(8), 803–811.
- Wen, Jiabao, 2011: *Report on the Work of the Government, delivered at the Fourth Session of the Eleventh National People's Congress on March 5, 2011*. <<http://online.wsj.com/public/resources/documents/2011NPCWorkReportEng.pdf>>
- Wenten, Frido, 2011: Restructured Class-Relations since 1978. In: Christoph Scherrer (Hg.), *China's Labor Question*. München: Rainer Hampp Verlag, 28–48.
- Werner, Jenni, 2010: *Die politische Förderung technologischer Innovation in der VR China*. China Analysis 81. <www.chinapolitik.de/studien/china_analysis/no_81.pdf>
- Whitley, Richard, 2002: The Social Construction of Business Systems in East Asia. In: Richard Whitley (Hg.), *Competing Capitalisms: Institutions and Economies*, Vol. 2. Cheltenham: Edward Elgar, 46–73.
- Williamson, Peter J./Ming Zeng, 2007: The Global Impact of China's Emerging Multinationals. In: Christopher A. McNally (Hg.), *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragon's Lair*. London: Routledge, 83–101.
- Wilson, Jeanne L., 2007a: China's Transformation Towards Capitalism. In: David Lane/Martin Myant (Hg.), *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. Houndmills: Palgrave Macmillan, 239–257.
- , 2007b: The Impact of the Demise of State Socialism on China. In: David Lane (Hg.), *The Transformation of State Socialism: System Change, Capitalism or Something Else?* Houndmills: Palgrave Macmillan, 269–285.
- Witt, Michael A., 2010: *China: What Variety of Capitalism?* INSEAD Working Paper. <www.insead.edu/facultyresearch/research/doc.cfm?did=46188>
- Wong, Christine, 2007: Budget Reform in China. In: *OECD Journal on Budgeting* 7(1), 1–24.
- , 2009: Rebuilding Government for the 21st Century: Can China Incrementally Reform the Public Sector? In: *The China Quarterly* 200, 929–952.
- World Bank (Hg.), 2009: *Global Economic Prospects: Commodities at the Crossroads*. Washington, DC: World Bank.
- Wright, Erik Olin, 1997: *Class Counts: Comparative Studies in Class Analysis*. Cambridge University Press: Cambridge.
- , 2000: Working-Class Power, the Capitalist-class Interests, and Class Compromise. In: *American Journal of Sociology* 105(4), 957–1002.
- Wu, Jieh-Min, 2001: State Policy and Guanxi Network Adaptation in China: Local Bureaucratic Rent-Seeking. In: *Issues and Studies* 37(1), 20–48.
- Wu, Jinglian, 2005: *Understanding and Interpreting Chinese Economic Reform*. Singapur: Thomson.
- Wu, Jinglian/Shitao Fan, 2010: Beyond the East Asian Miracle: Looking Back and Future Prospects for China's Economic Growth Model. In: Fang Cai (Hg.), *Transforming the Chinese Economy*. Leiden: Brill, 241–277.
- Xie, Weizhi, 1993: The Semihierarchical Totalitarian Nature of Chinese Politics. In: *Comparative Politics* 25(3), 313–330.

- Yang, Dali L., 1996: Governing China's Transition to the Market: Institutional Incentives, Politicians' Choices, and Unintended Outcomes. In: *World Politics* 48(3), 424–452.
- , 2004: *Remaking the Chinese Leviathan: Market Transition and the Politics of Governance in China*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Yang, Dali L./Fubing Su, 2000: Political Institutions, Provincial Interests, and Resource Allocation in Reformist China. In: *Journal of Contemporary China* 9(24), 215–230.
- Yang, Mayfair Mei-hui, 2000: Putting Global Capitalism in its Place: Economic Hybridity, Bataille, and Ritual Expenditure. In: *Current Anthropology* 41(4), 477–495.
- , 2002: The Resilience of Guanxi and its New Deployments: A Critique of Some New Guanxi Scholarship. In: *The China Quarterly* 170, 459–476.
- Yergin, Daniel/Joseph Stanislaw, 1999: *Staat oder Markt: Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Yeung, Godfrey, 2009: How Banks in China make Lending Decisions. In: *Journal of Contemporary China* 18(59), 285–302.
- Yeung, Henry Wai-chung, 2004: *Chinese Capitalism in a Global Era: Towards Hybrid Capitalism*. London: Routledge.
- , 2006: Change and Continuity in Southeast Asian Ethnic Chinese Business. In: *Asia Pacific Journal of Management* 23(3), 229–254.
- Yeung, Henry Wai-chung/Weidong Liu, 2008: Globalizing China: The Rise of Mainland Firms in the Global Economy. In: *Eurasian Geography and Economics* 49(1), 57–86.
- Yeung, Henry Wai-chung/Kris Olds, 2000: Globalizing Chinese Business Firms: Where are they Coming From, Where are they Heading? In: Henry Wai-chung Yeung/Kris Olds (Hg.), *Globalization of Chinese Business Firms*. New York: Palgrave Macmillan, 1–28.
- You, Jong-Il, 2002: Changing Capital-Labour Relations in South Korea. In: Juliet Schor/Jong-Il You (Hg.), *Capital, the State and Labour: A Global Perspective*. Cheltenham: Edward Elgar, 111–151.
- Young, Jason, 2011: China's Changing Hukou System: Institutional Objectives, Formal Arrangements, and Informal Practices. In: Xiaoming Huang (Hg.), *The Institutional Dynamics of China's Great Transformation*. New York: Routledge, 130–151.
- Yu, Hong, 2010: Impact of the Global Economic Crises on the Pearl River Delta and Yangtze River Delta Regions. In: Yongnian Zheng/Sarah Y. Tong (Hg.), *China and the Global Economic Crisis*. Singapur: World Scientific, 89–112.
- Yuan, Lei, 2008: Policy Recommendations for Developing Foreign-invested Enterprise in China. In: *China Economist* 16, 95–106.
- Zeng, Jin/Kellee S. Tsai, 2011: The Local Politics of Restructuring State-owned Enterprises in China. In: Jean C. Oi (Hg.), *Going Private in China: The Politics of Corporate Restructuring and System Reform*. Stanford, CA: Walter H. Shorenstein Asia-Pacific Research Center Books, 39–69.
- Zhang, Jingxiang/Fulong Wu, 2006: China's Changing Economic Governance: Administrative Annexation and the Reorganization of Local Governments in the Yangtze River Delta. In: *Regional Studies* 40(1), 3–21.
- Zhang, Wei, et al., 2007: Venture Capital and the Financing of China's New Technology Firms. In: Christopher A. McNally (Hg.), *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragon's Lair*. London: Routledge, 60–82.

- Zhao, Suisheng, 2004: *A Nation-State by Construction: Dynamics of Modern Chinese Nationalism*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Zheng, Yongnian, 2007: *De Facto Federalism in China: Reforms and Dynamics of Central-Local Relations*. Singapur: World Scientific.
- , 2010: *The Chinese Communist Party as Organizational Emperor: Culture, Reproduction, and Transformation*. London: Routledge.
- Zheng, Yongnian/Sarah Y. Tong (Hg.), 2010: *China and the Global Economic Crisis*. Singapur: World Scientific.
- Zhu, Andong/David M. Kotz, 2011: The Dependence of China's Economic Growth on Exports and Investment. In: *Review of Radical Political Economics* 43(1), 9–32.
- Zhu, Yingying, et al., 2008: Foreign Strategic Investment and China's Financial Security. In: *China Economist* 16, 46–60.
- Zhu, Zhichang, 2007: Reform without a Theory: Why Does it Work in China? In: *Organization Studies* 28(10), 1503–1522.
- Ziltener, Patrick, 2006: Gesellschaftliche Heterogenität, Staat und Demokratie in Ostasien: Ein statistischer Ländervergleich. In: *ASIEN* 98, 9–25.
- Zurndorfer, Harriet T., 2004: *Confusing Confucianism with Capitalism: Culture as Impediment And/Or Stimulus to Chinese Economic Development*. <<http://chip.choate.edu/bbcswebdav/institution/HPRSS/departement/Thematic%20World%20History/Spring%20Term/Zurndorfer.pdf>>
- Zweig, David, 2002: *Internationalizing China: Domestic Interests and Global Linkages*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- , 2010: The Rise of a New »Trading Nation«. In: Lowell Dittmer/George T. Yu (Hg.), *China, the Developing World, and the New Global Dynamic*. Boulder, CO: Lynne Rienner Publishers, 37–59.
- Zweig, David/Zhimin Chen (Hg.), 2007: *China's Reforms and International Political Economy*. London: Routledge.